Wiener Stadtbibliothek
57291 F

F 37291 Dez. 71

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861

Silvain

internationales studentenheim doebling:
batikmalerei - ausstellung

1 wien, 1.12. rk) bildbatiken von lore h e u e r m a n n bilden den inhalt einer ausstellung, die ,von der gesellschaft der kunstfreunde veranstaltet, kommenden freitag, dem 3. dezember, um 19.30 uhr von vizebuergermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r in der galerie doebling im internationalen studentenheim, 19, gymnasiumstrasse 85, eroeffnet werden wird.

die technik der batikmalerei findet hauptsaechlich in nordafrika, indien und java anwendung. man versteht darunter eine eigene mischtechnik aus farbe und wachs, die auf seide aufgetragen wird. der arbeitsablauf sieht zunaechst die faerbung der seide vor, danach wird das fluessige wachs an den noch ungefaerbten stellen aufgetragen. sodann taucht man das gewebe in das farbbad, laesst es trocknen, deckt ab und faerbt wieder - wobei dieser prozess so lange wiederholt wird, bis die gewuenschte farbigkeit des bildes erreicht ist.

die ausstellung ist bis 9. jaenner 1972,und zwar mittwoch bis sonntag, jeweils von 18 bis 20 uhr, geoeffnet. vom 23. bis 28. dezember beziehungsweise am 31. dezember und am 1. jaenner 1972 bleibt die ausstellung geschlossen.

0907

WIENER STADTBIBLIOTHEK

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien — Presseforum — A 1082 Wien, 1 Rathausstr. 1, Telephon 42800 Durchwahl Kl. 2971 - 2974, FS (7) 5662 — Chefredakteur: Wilhelm Adametz — Für den Inhalt verantwortlich: Chefredakteur-Stellvertreter Robert Prosel

fuer das franz josefs-spital:
neues versorgungssystem geplant

2 wien, 1.12. (rk) unter fuehrung von gesundheitsstadtrat dr. g l u e c k unternahmen kuerzlich vertreter des anstaltenamtes, der finanzverwaltung, des kontrollamtes der stadt wien und der wigast eine studienreise nach schweden, der ddr, der schweiz und italien, um hier neue speisenverteilungssysteme kennenzulernen und auf ihre anwendbarkeit fuer wiener spitaeler zu pruefen. nach abschluss der studienreise fand montag im buero von stadtrat dr. glueck eine besprechung der reiseteilnehmer statt, in deren verlauf eine gemeinsame empfehlung an finanzstadtrat otto s c h w e d a ausgearbeitet worden ist.

die studienreise kam zustande, weil das franz josefs-spital dringend eine neue kueche benoetigt. um den bau einer veralteten anlage zu verhindern, empfahl finanzstadtrat schweda die reise, in deren verlauf das sogenannte nacka-system studiert werden sollte. als besonders eindrucksvoll erwies sich die perfektionierte herstellung der nacka-portionen in der italienischen stadt servalle, wo ein privater industriebetrieb rund 30.000 einheiten pro tag kocht, in plastiksaeckchen abfuellt, kuehlt, die luft entzieht und die saeckchen hermetisch abschliesst. diese saeckchen werden entweder in der firma oder in den beziehenden anstalten in vorratsraeumen aufgehoben, die eine temperatur von 2bis 3 grad aufweisen muessen.

mit hilfe des nacka-systems, das also fertig gekochte, bis zu 21 tagen lagerungsfaehigen mahlzeit-portionen bedeutet, waere nach ansicht der experten eine rationalisierung moeglich, durch die auch fuer das kuechen- und spitalspersonal die 5-tage-woche beziehungsweise 40-stunden-woche leichter verwirklicht werden koennte. das saeckchen muss naemlich am verbrauchstag nur im geschlossenen zustand in kochendem wasser aufgewaermt und der inhalt auf die teller geleert werden.

in der sitzung bei stadtrat dr. glueck wurde beschlossen, der finanzverwaltung zu empfehlen, im franz josefs-spital neben einer

./.

konventionellen kueche eine kleine ''nacka-einheit'' zu errichten und als musterbetrieb zu fuehren.

die in der nacka-kueche hergestellten speisen koennten vom franz josefs-spital auch in andere, nicht zu weit entfernt gelegene spitaeler gebracht werden, wodurch auch fuer das personal der belieferten spitaeler weitgehende rationalisierungsmassnahmen auf dem personalsektor moeglich gemacht werden.
0950

geehrte redaktion!

3 wir erinnern daran, dass morgen, donnerstag, der erste tunneldurchschlag mit hilfe der schildmaschine in anwesenheit von buergermeister felix s l a v i k vorgenommen wird.

zeit: 2. dezember, 12 uhr.

ort: zielschacht bei der paulanergasse (scala), ausgabe der der helme - helmzwang - im gebaeude der wiener verkehrsbetriebe, favoritenstrasse 11.
0951

kulturausschuss: namhafte subventionen

4 wien, 1.12. (rk) der kulturausschuss des gemeinderates beschloss dienstag die vergebung einer reihe von subventionen: darunter befinden sich unter anderem das niederoesterreichische tonkuenstlerorchester (100.000 schilling), die sportfoerderung der stadt wien 1971 (59.000 schilling), ''die frau und ihre wohnung'' (30.000 schilling), arbeitsgemeinschaft der wiener bezirksmuseen (10.000 schilling) und wiener singgemeinschaften (10.000 schilling).
0955

wieder boxen im stadthallenring

7 wien, 1.12. (rk) nach laengerer pause geht am freitag, dem 10. dezember, wieder ein internationaler kampfabend der berufsboxer in der wiener stadthalle in szene. im mittelpunkt des meetings steht ein zehnrunder im weltergewicht, bei dem der tuerkische weltranglisten-boxer cemal kamaci gegen den italiener serafino luccherini in den ring steigt.

im weltergewicht gibt es uebringens noch ein zweites match ueber 8 runden, das der oesterreichische meister helmut stary gegen francesco tomasoni (italien) bestreitet. in einem weiteren achtrunder stehen sich die beiden bantam-gewichtler stefan kobli und ambrogio mariani (italien) einander gegenueber.

der vorverkauf fuer dieses meeting beginnt am montag, dem 6. dezember, an den kassen der wiener stadthalle.
1040

geehrte redaktion!

5 wir erinnern daran, dass morgen donnerstag in der secession die pressefuehrung durch die ausstellung ''das gute bild fuer jeden'' stattfindet. gleichzeitig wird vizebuergermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r den kunstbericht des kulturamts fuer den zeitraum vom 1. jaenner 1970 bis zum 30. september 1971 vorlegen.

bitte merken sie vor:

zeit: donnerstag, 2. dezember, 11 uhr.

ort: secession.

0956

marokkanischer aussenminister im wiener rathaus

8 wien, 1.12. (rk) der zur zeit zu einem offiziellen besuch in oesterreich weilende aussenminister des koenigreiches marokko, dr. abdellatif f i l a l i , stattete mittwoch auf einladung von buergermeister felix s l a v i k dem wiener rathaus einen besuch ab, um sich in das goldene buch der stadt wien einzutragen.

der buergermeister geleitete den auslaendischen gast in den blumengeschmueckten roten salon, wo er dem minister die stadtraete kurt h e l l e r , maria j a c o b i , otto p e l z e l m a y e r und hubert p f o c h vorstellte.

in seiner begruessungsansprache wies slavik zunaechst auf die historische bedeutung des roten salons als ort der wiedergeburt der republik oesterreich nach dem zweiten weltkrieg hin. was die beziehungen zwischen oesterreich und marokko betreffe, so bestuenden gluecklicherweise keine offenen probleme. abschliessend sprach der buergermeister den wunsch nach intensivierung dieser beziehungen im beiderseitigen interesse aus.

aussenminister filali dankte fuer den herzlichen empfang im wiener rathaus und kam unter anderem auf die grosse tradition der bundeshauptstadt zu sprechen, wobei er betonte, dass die stadt wien fuer alle welt ein begriff sei.

nachdem sich der aussenminister ins goldene buch der stadt wien eingetragen hatte, ueberreichte ihm wiens stadtoberhaupt zur erinnerung an seinen besuch im wiener rathaus das aquarell ''allee im prater'' von prof. erich m i l l e r - h a u e n f e l s .
1058

ab donnerstag:

flutlichtanlage fuer freyung wird montiert

9 wien, 1.12. (rk) ab donnerstag vormittag geht auf der freyung vor der schottenkirche eine grosse magirusleiter der wiener feuerwehr ''in stellung'': es wird auf dem dach des hauses freyung nr. 6 (schottenstift) eine scheinwerferbatterie montiert, die sowohl den platz als auch die fassaden der kirche und der angrenzenden haeuser in ein warmes, gelbliches licht tauchen wird. zwei natrium-hochdruck-fluter (einer mit einer 400-watt-lampe, der zweite mit zwei 400-watt-lampen) sind die lichtquellen. nach fertigstellung der leitungen wird die spezialbeleuchtung - wie stadtraetin dr. maria s c h a u m a y e r mitteilte - in etwa einer woche eingeschaltet werden koennen. gleichzeitig wird durch die magistratsabteilung fuer oeffentliche beleuchtung versucht, die eigentliche strassenbeleuchtung der freyung der sonnenaehnlichen lichtfarbe der flutlichtanlagen anzupassen.

wien, das nach dem urteil von experten zu den hellsten metropolen zaehlt, hat bekanntlich bereits zwei architekturensembles der innenstadt, naemlich den michaelerplatz und den bereich der alten universitaet, mit einer solchen spezialbeleuchtung ausgestattet

geehrte redaktion!

der guenstigste zeitpunkt fuer photo- und filmaufnahmen von der montage der flutlichtanlage ist donnerstag, 2. dezember, um etwa 10 uhr. wir laden sie herzlich ein, von dieser gelegenheit gebrauch zu machen.

1123

hauptklaeranlage:

versuche ueber schlammverwertung

10 wien, 1.12. (rk) derzeit werden durch die zustaendigen fachleute des magistrats die verschiedenen moeglichkeiten der verwertung des abwasserschlamms aus der wiener hauptklaeranlage in simmering untersucht. es werden auch eingehend die moeglichkeiten einer landwirtschaftlichen verwertung des ausgefaulten und pasteurisierten schlammes fuer duengezwecke geprueft. in verbindung mit der hochschule fuer bodenkultur fuehrt die magistratsabteilung fuer kanalisation eine versuchsserie auf einer etwa 3,5 hektar grossen flaeche des landwirtschaftsbetriebes der stadt wien im raum baden - laxenburg durch. die duengeversuche werden unter anderem mit zuckerrueben, wintergerste, erbsen und bruchbohnen gemacht und stehen unter der leitung von dozent dr. supersperg. fuer die fortfuehrung der tests bewilligte der tiefbauausschuss des wiener gemeinderats am mittwoch 326.000 schilling.
1220

preisguenstige gemuese- und obstsorten

6 wien, 1.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: karotten 5 schilling, chinakohl 4 schilling, weisskraut 5 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 schilling, bananen 6 bis 7 schilling, mandarinen 9 bis 10 schilling, orangen 8 schilling je kilogramm.
1034

kinder- und jugendbuchpreise 1971 ueberreicht

12 wien, 1.12. (rk) mittwoch ueberreichte vizebuergermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r im rathaus die kinder- und jugendbuchpreise 1971. preistraeger sind heuer elly d e m m e r (kleinkinderbuchpreis), kaethe r e c h e i s (kinderbuchpreis), herbert t i c h y und walter w e i s s (jugendbuchpreis) und angelika k a u f m a n n (illustrationspreis).

der kleinkinder-, kinder- und jugendbuchpreis ist jeweils mit 10.000 schilling dotiert, der illustrationspreis mit 5.000 schilling.

''oesterreich jugendschrifttum international anerkannt''

bei der ueberreichung der buchpreise erklaerte vizebuergermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r , das jugendbuch duerfe nicht nur als hilfe im ununterbrochenen bildungsprozess des heranwachsenden einzelmenschen verstanden werden, sondern bilde auch eine barriere gegen die totale manipulation des bewusstseins. der aufstieg des oesterreichischen jugendschrifttums zu internationaler anerkennung sei heute bereits feststehende tatsache.

namens der preistraeger dankte bei dem festakt im stadtsenatssaal der schriftsteller walter w e i s s : er erklaerte, zweck des jugendbuches sei es nicht allein, spannung und entspannung zu vermitteln, sondern vielmehr dem jungen menschen auf wissen und toleranz einzupflanzen.

an der ueberreichung der buchpreise nahmen die stadtraete dr. hannes k r a s s e r und hubert p f o c h sowie stadtschulratspraesident dr. hermann s c h n e l l teil.
1547

angelobung von bezirksraeten

11 wien, 1.12. (rk) am dienstag wurden von stadtrat dkfm.alfred h i n t s c h i g in vertretung des buergermeisters die neu berufenen bezirksraete heinz p o p e l k a (7.bezirk), hans m a l y (20. bezirk) und walter p r i n z (22.bezirk) angelobt.
1326

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861

donnerstag, 2. dezember 1971 blatt 3441

wiener schnellbahn: fahrgastbefragung

3 wien, 2.12. (rk) ergaenzend zur untersuchung der wirtschaftlichen auswirkungen bestehender und neuer schnellbahnlinien fuer wien wird das oesterreichische institut fuer raumplanung in der naechsten zeit auch eine fahrgastbefragung durchfuehren. diese befragung soll exakte angaben ueber die zusammenhaenge zwischen der pendelwanderungsbereitschaft nach wien und der attraktivitaet der oeffentlichen regionalverkehrsmittel liefern.

das ergebnis der fahrgastbefragung koennte weiters darueber auskunft geben, welche voraussetzungen und bedingungen in die planung einzubeziehen sind, um den oeffentlichen verkehr in der region so zu gestalten, dass die erreichbarkeit wiens als arbeits- und einkaufsort wesentlich erleichtert und ueberdies der anteil des individualverkehrs moeglichst gering gehalten wird.

die dringlichst erforderlichen massnahmen sind allerdings defensiv: es gilt, durch aktivitaeten, die natuerlich mit dem bund koordiniert sein muessen, den anteil des oeffentlichen regionalverkehrs am gesamtverkehrsaufkommen nicht noch weiter schrumpfen zu lassen.

0919

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien — Presseforum — A 1082 Wien, 1 Rathausstr. 1, Telephon 42800 Durchwahl Kl. 2971 - 2974, FS (7) 5662 — Chefredakteur: Wilhelm Adametz — Für den Inhalt verantwortlich: Chefredakteur-Stellvertreter Robert Prosel

ab samstag ''gehschule'' am graben

13 wien, 2.12. (rk) eine ''schule des gehens'' gibt es ab samstag 11 uhr in der wiener fussgaengerzone. in der alten nebenfahrbahn des grabens wird eine 50 meter lange und vier meter breite gehschule von haus rucker und co. aufgestellt. ''gehen in der stadt. in der mitte der strasse, wo sonst nur autos fahren. gehen ohne autos. am stephansplatz, am graben, in der kaerntner strasse. schicken sie ihren fuss wieder zur schule. er hat es dringend noetig, damit er endlich lernt, dass gehen ein erlebnis sein kann'', heisst es in der ankuendigung von haus rucker und co ueber den ''parcours'' fuer fussgaenger. die ''gehschueler'' haben maximal einen hoehenunterschied von einem meter zu ueberwinden und muessen wellen, ein schwankendes tal und enge passagen durchschreiten. insgesamt gibt es sechs derartige stationen.

unter dem zelt am stock im eisen-platz tritt fuer die kleinen besucher des weihnachtskorso 71 taeglich zweimal der kasperl auf: ab 16 uhr gibt es hintereinander zwei vorstellung des kasperltheaters.
1225

grossmarkt: vertrag mit oebb

9 wien, 2.12. (rk) der grossmarkt wien-inzersdorf liegt nicht nur fuer den strassenverkehr aeusserst guenstig, sondern wird sich natuerlich auch der schiene bedienen: donnerstag genehmigte der wirtschaftsausschuss des gemeinderates auf antrag von stadtrat otto p e l z e l m a y e r den abschluss eines ''anschlussbahnvertrages'' mit den oesterreichischen bundesbahnen.

ebenfalls auf antrag des stadtrats wurde eine - vom stadtsenat bereits vorgenehmigte - erhoehung der baurate fuer den grossmarkt um 25 millionen schilling beschlossen, die durch dne ausgezeichneten baufortschritt aktuell geworden war.
1125

strassenkapazitaeten sollen besser genutzt werden

2 wien, 2.12. (rk) da die erweiterung der strassenflaechen in den inneren bereichen wiens nur in sehr begrenztem umfang moeglich ist und andererseits die belastung des strassennetzes immer groesser wird, muss eine bessere ausnuetzung der vorhandenen strassenkapazitaeten erreicht werden. der planungsausschuss des wiener gemeinderates hat daher prof. dr. g. s t e i e r w a l d mit der entwicklung einer konzeption fuer die automatische zentrale beobachtung und beeinflussung des verkehrs betraut. ueberdies soll auch die anwendbarkeit von betriebssystemen fuer den ruhenden verkehr sowie fuer ausfallsstrassen mit ausgepraegten richtungsunterschieden - also die moeglichkeit, eine bestimmte anzahl von fahrspuren in der fruehspitze fuer die eine und in der abendspitze fuer die andere richtung zu reservieren - untersucht werden. die kosten von einer halben million schilling wurden genehmigt.

der planungsausschuss hat ueberdies einen weiteren methodischen auftrag vergeben: prof. dr. josef d o r f w i r t h soll fuer das gesamte strassenetz von wien einen planungskataster des individualverkehrs erstellen, damit immer wiederkehrende statistische arbeiten leichter und ausbaureihungen und wirtschaftlichkeitsuntersuchungen ueberhaupt durchgefuehrt werden koennen. der erste schritt fuer diese arbeit wird es sein, dass fuer das gesamte stadtgebiet alle strassen in durch zwei netzknoten begrenzte abschnitte unterteilt werden. zudem werden die genauen angaben der einzelnen strassen, also breite der fahrbahn und des gehsteiges sowie angaben des ruhenden verkehrs und des massenverkehrs gespeichert. die kosten fuer diesen auftrag betragen 1,05 millionen schilling.
0915

schulausstellung: 750 jahre wiener stadtrecht

8 wien, 2.12. (rk) anlaesslich des 750jaehrigen jubilaeums des ersten wiener stadtrechtes vom 18. oktober 1221, findet zur zeit in der knaben- und maedchenhauptschule, 10, heppelplatz 1, eine ausstellung statt. die von dr. hans k u t s c h e r a gestaltete schau vermittelt einen ueberblick der geschichtlichen entwicklung der stadt wien und des wiener stadtrechtes von 1221 bis zur gegenwart. ausgestellt sind fotokopien der aeltesten wiener stadtrechts-urkunden, so etwa der freiheitsbrief von friedrich dem zweiten, das rudolfinum, die stadtrechte albrecht des ersten und albrecht des zweiten, die pancharta friedrich des dritten und das landesgesetzblatt vom 20. november 1920, womit wien ein eigenes bundesland wurde.

im mittelpunkt der ausstellung steht eine fotokopie des stadtrechtes herzog leopold des sechsten vom 18. oktober 1221 in originalgroesse aus dem codex 352 der oesterreichischen nationalbibliothek. ebenso werden stadtplaene und ansichten wiens von 1470 bis zur gegenwart gezeigt.

die ueberaus aufschlussreiche und sehenswerte ausstellung ist bis auf weiteres jeweils montag und dienstag in der zeit von 15 bis 17 uhr zu besichtigen.
1014

galerie alsergrund:
aquarelle, tempera und gouachen

4 wien, 2.12. (rk) dem maler und graphiker karl h a s l a u e r ist eine ausstellung gewidmet, die kommenden sonntag, den 5. dezember, um 11 uhr in der galerie alsergrund, 9, waehringer strasse 43, durch bezirksvorsteher karl s c h m i e d b a u e r eroeffnet werden wird. gezeigt werden etwa 30 arbeiten - aquarelle, tempera, gouachen und zeichnungen - des kuenstlers.

haslauer, geboren 1922 in salzburg, lebt seit seiner fruehesten jugend in wien, wo er auch sein graphikstudium absolvierte. seine ausstellungstaetigkeit begann 1954. seit damals hat er sein schaffen bereits vielfach nicht nur in wien, sondern auch in den bundeslaendern der oeffentlichkeit vorgestellt.

die ausstellung wird vom 5. bis 19. dezember, jeweils samstag und sonntag, von 10 bis 12 uhr geoeffnet sein.
0920

begleitstrassen der verbindungsbahn werden projektiert

1 wien, 2.12. (rk) die begleitstrassen der verbindungsbahn wurden bekanntlich mit dem bundesstrassengesetz 1971 vom bund uebernommen und sollen zu einer attraktiven verbindung der bereiche unter st. veith, lainz, speising und hetzendorf werden. fuer den abschnitt zwischen dem wiental und der hofwiesengasse soll nun ein generelles projekt fuer den ausbau dieses strassenzuges erstellt werden. der planungsausschuss hat an die zivilingenieure alfred m u e h l b a c h e r und guenter b u s c h a n einen entsprechenden auftrag erteilt und dafuer 280.000 schilling genehmigt.

auch fuer den ausbau der triester strasse zwischen der suedautobahn inzersdorf und der wiener landesgrenze soll ein generelles projekt erstellt werden. dabei soll auch eine variante zur loesung der kreuzung mit der perfektastrasse erarbeitet sowie eine umprojektierung der sterngasse von der pfarrgasse bis zur anton baumgartner-strasse vorgenommen werden. dieses projekt wird prof. dr. josef d o r f w i r t h erstellen.

schliesslich hat der planungsausschuss auch noch die ausarbeitung eines generellen projektes fuer den ausbau des handelskai, der bekanntlich ebenfalls ins bundesstrassennetz aufgenommen worden ist, an den zivilingenieur helmut w e r n e r vergeben. die projektierung bezieht sich auf den abschnitt des handelskai zwischen der stadlauer bruecke und der freudenauer hafenbruecke. dabei muss natuerlich die abstimmung mit anderen planungsmassnahmen, wie etwa dem donauhochwasserschutz, dem rechten hauptsammler und den vorhaben der oebb erzielt werden.

0907

Musikveranstaltungen in der Zeit vom 6. bis 12. Dezember 1972

Wien, 2.12. (RK)

Montag, 6. Dezember:

18,30 Uhr, Johannesgasse 8, Konzertsaal, Hochschule für Musik und darstellende Kunst: Klavierabend der Klasse Alexander Jenner.

19.00 Uhr, Akademie-Kirche, St.Ursula, Johannesgasse 8, Wien 1, Mozartgemeinde Wien - Hochschule für Musik und darstellende Kunst: W.A.Mozart: Requiem KV 625 im Rahmen eines feierlichen Seelenamtes, gehalten von Rector ecclesiae Prof.Dr.Hermann Kronsteiner, Solisten: Maria Vittoria Romano (Sopran), Mihoko Aoyama (Alt), Rudi Olster (Tenor), John Porter (Baß), Prof.Dr. Hans Haselböck (Orgel), Chor der Abteilung Kirchenmusik, ein Kammerorchester (Mitglieder des Volksopern-Orchester) Leitung: Prof.Dr. Hans Gillesberger, Choralschola der Abteilung für Kirchenmusik, Leitung: Dr.Hubert Dopf.

19.00 Uhr, VHS Favoriten-Liesing, 10, Arthaberplatz 18, VHS Favorit Liesing: Liederabend mit Marianne Becker (Sopran), verbindende Worte und am Klavier: Robert Schollum (Purcell, Gasparini, Schubert, Brahms, Reger, Debussy, R.Strauss).

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Wiener Konzerhausgesellschaft: Gitarreabend Julian Bream (Visée, Weiss, Bach, Granados, Villa-Lobos, Arnold).

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, ÖGB: "Musik der Nationen": NÖ Tonkünstler, Dirigent Edouard Remoortel, Solist: Radu Aldulescu Barsukoff: 2 symphonische Skizzen, Haydn: Cellokonzert C-Dur, Debussy: "Iberia", Schumann: 4. Symphonie d-moll.

Dienstag, 7. Dezember:

18.30 Uhr, Konzertsaal, Wien 1, Johannesgasse 8, Hochschule für Musik und darstellende Kunst: Öffentliche Diplomprüfung Gitarre und Vortragsabend Klasse Prof.Karl Scheit.

19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Gesellschaft der Musikfreunde: A.o.Gesellschaftskonzert - Klavierabend Jörg Demus, J.S.Bach: "Die Clavierübung", 1. Abend.

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Wiener Konzerthausgesllschaft: 3. Konzert im Zyklus V. Liederabend Barry McDaniel (Bariton), am Klavier: Robert Spillmann: Schubert: "Die Winterreise".

19.30 Uhr, Albertina, Albertina-Zyklus 1971/72, 2.Abend: Vokalensemble und Instrumentalsolisten des Collegium musicum, Leitung: Josef Mertin, Werke von Heinrich Schütz

./.

(aus den Symphoniae sacrae) und Claudio Monteverdi (aus den Madrigalen).

20.00 Uhr, Josefinum, 9, Währinger Straße 34, Konzert Spontan Music Trio (Ensemble für Gruppenimprovisation)

20.00 Uhr, Amerika Haus, Amerika Haus, The American Opera Workshop presents: "La Grande Breteche" by Stanley Hollingworth.

Mittwoch, 8. Dezember:

15.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Theater der Jugend: Mozart Sängerknaben, Leitung Erich Schwarzbauer, C.Ph.E.Bach: Magnificat, Mozart: Cantate dominum, Hugo Distler: Vorspruch, Ernst Pepping: Ballade
Volkslieder aus Europa: Österreich: Der Wachtelschlag, Klopfet mir keiner an, Belgien: Cäcilia, Böhmen: Komm doch her, Slowakei: 2 Tanzlieder, Italien: O klopfe leis, Schubert: Die Zwillingsbrüder.

17.00 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Programmfolge: Jubilarfeier des Wiener Männergesang-Vereines: W.A.Mozart: Divertimento KV Anhang 226, Peter Schmidl (Klarinette), Christian Cubach (Klarinette), Fritz Faltl (Fagott); Mitglieder der Wiener Philharmoniker, W.A.Mozart aus "Die Hochzeit des Figaro", Canzone des Cherubino, 2. Akt. Puccini aus "Tosca", Gebet, 2.Akt; es singt Kammersängerin Lotte Rysanek, am Flügel Josef Böck. Josef Weinheber: Es liest Kammerschauspieler Prof.Fred Liewehr, Jubilarenehrung, Beethoven: Bundeslied, Richard Trunk: Nachklang, Karl Etti: Der Österreicher hat ein Vaterland, Ausführende: Wiener Männergesang-Verein, Leitung: Karl Etti.

18.30 Uhr, Paulanerkriche, 4, Paulanergasse 6, Adventliedersingen des Jugendchores "Maria Regina", Leitung: Frau Prof.Spitz

Donnerstag, 9. Dezember:

18.30 Uhr, Konzertsaal, Johannesgasse 8, Hochschule für Musik und darstellende Kunst: Violoncelloabend Klasse Prof.Richard Krotschak.

19.00 Uhr, Amerika Haus, VHS Wiener Uranie-Wiener Arbeiterkammer-Amerika Haus: Vortragsreihe Herbert Moulton: "Das amerikanische Musical", 10.Abend. The 1960's: Das "Unified Musical", "Hair" und Rock letzte Entwicklungen. Mit Lichtbildern und musikalischen Beispielen.

19.00 Uhr, Domes-Heim,4,Theresianumgasse 16-18, Konservatorium der Stadt Wien: Programm siehe 10. Dezember 1971.

19.30 Uhr, Schönbrunner Schloßtheater, Reinhardt-Seminar - Österr. Amerik.Gesellschaft:"Tut was Ihr wollt", ein Rockmusical von Donald Driver.

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Musikalische Jugend: Voraufführung zum 1. Konzert im Wr.Symphoniker-Zyklus d.Gd.M., (Programm siehe 12. Dezember 1971)

./.

19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Hochschule für Musik und darstellende Kunst: Bösendorfer-Klavierwettbewerb.

20.00 Uhr, Amerika Haus, The American Opera Workshop presents: "La Grande Breteche", by Stanley Hollingworth.

Freitag, 10. Dezember:

11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Kulturamt der Stadt Wien - Theater der Jugend: 12.Konzert für Schüler der 3.Klassen. Wiener Symphoniker, Dirigent: Karl Österreicher, Solisten Rudolf Scholz (Orgel), Heinrich Schiff (Cello), Händel: Orgelkonzert F-Dur, op.4/Nr.4, Resphighi: Adagio mit Variationen für Violoncello und Orchester.G.v.Einem; Capriccio für Orchester, op.2. Tschaikowsky: Aus der "Nußknacker-Suite", op.71a.

19.00 Uhr, Domes-Heim,4,Theresianum, Konservatorium der Stadt Wien: "Stücke für die Jugend","Zirklus Pfifferoni" (Text und Musik Hans Ulrich Staeps), Klasse für angewandte Rhythmik, Leitung: Prof.H.U. Staeps "Struwelpeter" v.C.Bresgen, Abteilung für tänzerische Erziehung, Leitung:Prof.Hedwig Fakas.

19.00 Uhr, Konzertsaal, Johannesgasse 8, Hochschule für Musik und darstellende Kunst - Österr.-Runänische Gesellschaft: Jahresabschlußfeier; Künstl.Programm von den rum. Studierenden der Hochschule für Musik und Operettenmelodie ausgeführt von den Studierenden der Klasse Kammersängerin Esther Rethy.

19.30 Uhr, Wiener Funkhaus, Großer Sendesaal, ORF: 3.Konzert im Zyklus VI. NÖ Tonkünstler, Dirigent: Edouard van Remoortel Solistin: Idil Biret (Klavier), Daniel Lesur: Andrea del Sarto, Ouverture, Vincent d'Indy: Symphonie sur un chant montanguard francais für Klavier und Orchester, Theodor Berger: Jahreszeiten.

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Fest Soirée für Frieden und Freundschaft: Mitwirkend: Wanda Wilkomirska (Vidine), Ljubow Timofejewa (Klavier), Karola Agai (Sopran), L.Szendrey-Karper (Gitarre), Regina Smendzianka (Klavier), Fritz Muliar (Rezitation), Gerry Wolff und Gisela May (Chansons).

19.30 Uhr, Konzerthaus, Schubert-Saal, Elisabeth Spiller - Hans Wawrzik: "Musik für zwei Klaviere" (Petyrek, Reger, Strawinsky, Martinu).

19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Gesellschaft der Musikfreunde: A.o.Gesellschaftskonzert - Klvierabend Jörg Demus, J.S. Bach: "Die Clavierübung", 2. Abend.

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, ÖGB: Voraufführung zum 1.Konzert im Wr.Symphoniker-Zyklus d.G.d.M.(Programm siehe 12.Dez.).

19.30 Uhr, Amerika Haus, Kammerkonzert North Carolina Chamber Singers, Leitung: Robert T.Allen, Werke von der Renaissance bis zur Gegenwart.

./.

Samstag, 11. Dezember:

11.30 Uhr, Paulanerkirche, Orgelkonzert Wolfgang Guhswald jun. (Reger, Schubert, Bach, Alain, Beethoven, Widor, Guhswald).

15.30 Uhr, Konzertsaal, Johannesgasse 8, Hochschule für Musik und darstellende Kunst: Klaviernachmittag der Studierende des Vorbereitungslehrganges für Klavier, Klasse Prof.Renate Kramer-Preisenhammer.

15.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart-Saal, Theater der Jugend: Mozart Sängerknaben, Leitung Erich Schwarzbauer, (Programm siehe 8.Dezember).

17.00 Uhr, VHS 15, Sperrgasse 8-10, VHS für Hörbehinderte - Kulturamt der Stadt Wien: Kammermusikabend, Karl Stierhof (Viola), Ewald Winkler (Violoncello), Roman Ortner (Klavier), Mendelssohn, P.W.Fürst N.Sprongl,Kurt Rapf, J.Brahms.

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Theater der Jugend: Voraufführung zum 1.Konzert im Wiener Symphoniker-Zyklus d.G.d.M. (Programm siehe 12. Dezember).

19.30 Uhr, Stadthalle, Kulturvereinigung der Jugend: Stimmen der Welt - Ivan Rebroff.

19.30 Uhr, Schönbrunner Schloßtheater, Reinhardt Seminar - Österr. Amerik.Gesellschaft: "Tut was Ihr wollt", Rockmusical von Donald Driver.

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Gesellschaft der Musikfreunde: 1.Konzert im Wiener Symphoniker-Zyklus. Dirigent: Josef Krips, Solist: Ludwig Streicher, C.M.Weber: Ouverture zu "Euryanthe", Rubin: Konzert für Kontrabaß und Orchester. (Uraufführung); Beethoven: 3. Symphonie ("Eroica").

60. geburtstag von heinz leinfellner

5 wien, 2.12. (rk) am 4. dezember vollendet der bildhauer prof. heinz l e i n f e l l n e r das 60. lebensjahr.

er wurde 1911 in steinbruecK (steiermark) geboren. zuerst studierte er an der kunstgewerbeschule in graz, dann an der wiener akademie bei anton hanak. 1947 bis 1952 war leinfellner als assistent von prof. fritz wotruba taetig. 1959 wurde er zum professor an der akademie fuer angewandte kunst ernannt. seine werke wurden durch inlaendische ausstellungen und durch mehrmalige beteiligung an den biennalen in venedig und sao paolo bekannt. lange zeit bevorzugte heinz leinfellner den naturstein als material, er verwendete aber auch kunststein, beton und keramik. seine gestaltungen, vor allem reliefs und rundplastiken sind oftmals - vor allem im zusammenhang mit wohn- und nutzbauten - von grosser bedeutung. eine gewisse dekorative wirkung, die von ihnen ausgeht, ist dafuer entscheidend. leinfellner erfuellte unter anderem eine ganze reihe von auftraegen fuer die stadt wien. als leiter der keramikklasse an der hochschule fuer angewandte kunst bildete er eine stattliche reihe junger kuenstler heran.
0935

preisguenstige gemuese- und obstsorten

15 wien, 2.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: karotten 5 schilling, chinakohl 4 schilling, weisskraut 4 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 schilling, bananen 6 bis 7 schilling, mandarinen 9 bis 10 schilling, orangen 6 bis 8 schilling je kilogramm.
1337

neue 300-tonnen-pruefpresse fuer versuchsanstalt

12 wien, 2.12. (rk) in der pruefhalle der staedtischen versuchs- und forschungsanstalt an der rinnboeckstrasse in simmering wird eine neue pruefpresse zur untersuchung von baumaterialien mit einer druckkraft von 300 tonnen aufgestellt werden. untersuchungen von betonprobewuerfeln, ziegeln und baumaterial aus stein und kunststein gehoeren zu den wichtigsten taetigkeiten des physikalisch-technischen labors der versuchsanstalt. es ist zu erwarten, dass in den naechsten jahren die verwendung von beton- und kunststoffbeton im baugeschehen noch intensiver wird, so dass die tests mit diesen materialien im interesse der sicherheit an bedeutung gewinnen. die bisher verwendete pruefpresse verfuegt nur ueber eine druckkraft von 180 tonnen und zeigt ueberdies abnuetzungserscheinungen. der baubehoerdeausschuss des wiener gemeinderates genehmigte auf antrag von stadtrat dr. maria s c h a u m a y e r donnerstag den ankauf der 300-tonnen-pruefmaschine von der schweizer spezialfirma amsler fuer den verkaufspreis von 350.000 schilling.
1208

''goldener marc aurel'' fuer einen freund wiens

14 wien, 2.12. (rk) der italienische publizist prof. dino s a t o l l i , vizepraesident der roemischen pressekammer und in wien vor allem durch die 3.500 artikel bekannt, die er ueber die bundeshauptstadt in italienischen zeitungen veroeffentlicht hat - fuer diese taetigkeit ist satolli im vergangenen april von landeshauptmann felix slavik mit dem goldenen ehrenzeichen fuer verdienste um das land wien ausgezeichnet worden - hat kuerzlich in rom eine weitere hohe ehrung erhalten: den ''goldenen marc aurel'' fuer kulturelle, menschliche und soziale verdienste. damit hat dieser besondere freund wiens einen preis erhalten, der den namen des philosophenkaisers traegt, der in vindobona lebte und wirkte und das erste bindeglied zwischen tiber und donau darstellte.
1242

1970 bis 71:
294 kunstfoerderungsankaeufe, 74 kuenstlerische auftraege

6 wien, 2.12. (rk) zwischen dem 1. jaenner 1970 und dem 30. september 1971 hat die stadt wien fuer kunstfoerderungsankaeufe und kuenstlerische auftraege insgesamt 6,7 millionen aufgewendet. vizebuergermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r legte donnerstag den vertretern der presse detaillierte aufstellungen ueber ankaeufe und auftraege vor.

im einzelnen wurden in dem genannten zeitraum von 21 monaten fuer fast 300 kunstfoerderungsankaeufe 1,027.268 schilling ausgegeben. fuer 74 kuenstlerische auftraege bezahlte die stadt wien die gesamtsumme von 5,715.059 schilling.

''ein platz fuer die kunst''

seit einiger zeit uebe das herannahen des jahres 2.000 eine zunehmende faszination aus - es stehe gewissermassen fuer die zukunft schlechthin. daher gelte es, nicht nur politisch, wirtschaftlich und wissenschaftlich vorauszuplanen, sondern auch der kunst und dem kuenstler einen platz zu sichern, erklaerte vizebuergermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r bei der praesentation des ''berichtes ueber die kunstfoerderung der stadt wien 1970 - 1971'' donnerstag in der secession.

in dem kunstbericht sind nicht nur die kunstfoerderungsankaeufe und die kuenstlerischen auftraege enthalten, sondern auch alle foerderungsmassnahmen der stadt wien auf den gebieten theater, film, musik, literatur, ausstellungen, preise und ehrungen.

frau froehlich-sandner erklaerte in diesem zusammenhang, die foerderungstaetigkeit der stadt wien koenne nach art und umfang nicht nur neben der republik oesterreich, sondern noch viel mehr im vergleich zu anderen grossstaedten bestehen.
1346

secession: ''das gute bild fuer jeden''

7 wien, 2.12. (rk) vizebuergermeister gertrude f r o e h - l i c h - s a n d n e r fuehrte donnerstag die presse durch die heurige ausstellung ''das gute bild fuer jeden'', die freitag nachmittag eroeffnet werden wird. die ausstellung findet heuer zum 22. mal statt. 170 kunstwerke stehen zum verkauf bereit, ausreichende reserven sind vorhanden. der ausstellungsbesucher, der sich fuer ein kunstwerk entschieden hat, kann dieses nach bezahlung sofort mitnehmen. ausserdem besteht die moeglichkeit, an ort und stelle einen passenden rahmen zu erwerben. diese ausstellung, die das kulturamt der stadt wien zusammen mit den wiener kuenstlerverbaenden seit 1950 jaehrlich veranstaltet, ist am letzten tag immer so gut wie ausverkauft.

die daten:

oeffnungszeiten: 4. bis 23. dezember, 10 bis 19 uhr (taeglich, also auch samstags und sonntags sowie am feiertag, dem 8. dezember), 24. dezember: 10 bis 12 uhr

hoechstpreise der kunstwerke:

oelbilder und kleinplastiken	4 500 schilling
aquarelle	1 200 schilling
zeichnungen	1 000 schilling
keramiken	600 schilling
druckgraphiken	400 schilling

jedes jahr mehr erfolg

die ausstellung ''das gute bild fuer jeden'' ist jedes jahr erfolgreicher: der erloes fuer die verkauften kunstwerke hat im vorjahr zum ersten mal die 250.000-schilling-marke ueberschritten. interessanterweise ergeben sich diese erfolge trotz einer schwach sinkenden besucherfrequenz.

auch heuer ist damit zu rechnen, dass ausser den bereits ausgestellten 170 kunstwerken auch alle reserven verkauft werden (verkaufszahlen 1969: 525, 1970: 443).

1351

der erste u-bahn-tunnel

10 wien, 2.12. (rk) der erste u-bahn-abschnitt, der mit hilfe des vollmechanischen schildes in wien ausgefahren worden ist -er fuehrt vom karlsplatz zur paulanergasse - ist fertiggestellt. in anwesenheit von buergermeister felix s l a v i k und stadtrat kurt h e l l e r fand donnerstag mittag der durchschlag statt. die laenge des tunnels betraegt 491,6 meter, die zahl der tunnelringe macht 436 aus. ein ring besteht aus neun tuebbings und wiegt insgesamt rund 5,5 tonnen. fuer die herstellung dieses tunnels wurden daher 2.398 tonnen sphaeroguss-tuebbings versetzt.

mit der schildfahrt wurde heuer am 18. juni begonnen, der zielschacht wurde am 27. november um 4.10 uhr frueh erreicht. es wurde an insgesamt 90 tagen gearbeitet. 15 tage musste die schildmaschine wegen des einbaues der luftdruckschleuse stehen. ein weiterer stillstand von 55 tagen war leider wegen rechtlicher schwierigkeiten unvermeidlich. trotzdem wurde der urspruengliche terminplan lediglich um 17 tage ueberschritten.

dies war deshalb moeglich, weil die leistungen der schildmaschine ueber den annahmen lagen. die durchschnittliche tagesleistung machte 5,45 meter aus, was in anbetracht des erstmaligen einsatzes eines solchen geraetes in wien und der damit verbundenen ''lehrzeit'' als ueberaus guenstig angesehen wird. dazu kam noch, dass der ganze streckentunnel ohne einsatz von druckluft hergestellt werden konnte. es hat sich naemlich gezeigt, dass dank der intensiv durchgefuehrten bodenverfestigungen (injektionen) der austritt von grundwasser in den tunnel in jederzeit beherrschbaren grenzen geblieben ist. der tagesrekord wurde in der vorwoche mit einer vortriebsleistung von 15 meter erreicht. waehrend der gesamten tunnelarbeiten gab es keinen arbeitsunfall mit nennenswerter verletzung.

der 275 tonnen schwere ''maulwurf'' wird nun in den naechsten wochen im zielschacht demontiert. die einzelnen teile werden mit hilfe eines portalkranes herausgehoben und wieder zum karlsplatz gebracht. ende februar wird die schildmaschine mit der herstellung des paralleltunnels vom karlsplatz zur paulanergasse beginnen. aus sicherheitsgruenden wird auch diesmal wieder eine

./.

ueberdruckschleuse eingebaut, doch hofft man, auch die zweite roehre ohne einsatz von druckluft in einer zeit von insgesamt drei monaten fertigstellen zu koennen.

tunnelabschnitt fertig

donnerstag mittag, - genau um 12.29 uhr - war es soweit: der ''maulwurf'', 275 tonnen schwer, ruckte 25 meter tief unter dem strassenniveau der favoritenstrasse bei der paulanergasse um 30 zentimeter weiter vor: der erste streckentunnel der u-bahn vom karlsplatz zur paulanergasse war fertiggestellt.

buergermeister s l a v i k , stadtrat h e l l e r , baudirektor dr. k o l l e r , gemeinderaete und u-bahn-spezialisten trafen auf die mineure, die sich in 90-taegiger arbeit vom karlsplatz bis zum zielschacht vorgearbeitet hatten.

nach einem herzlichen ''glueck auf'' und einer kurzen begruessung der gaeste durch einen vertreter der bauleitung dankte buergermeister slavik der bauausfuehrenden arbeitsgemeinschaft im namen der wiener bevoelkerung fuer die ausgezeichnete bewaeltigung der nicht gerade leichten aufgabe. er stellte in aussicht, dass der u-bahn-bau im unverminderten tempo fortgesetzt wird. die noetigen geldmittel - die durch die bewohner wiens aufgebracht werden - seien auch fuer das kommende jahr bereitgestellt. ''groesstmoegliches bautempo bei optimaler vorsicht'' bleibe auch in zukunft oberstes gebot.

bekanntlich gab es waehrend der gesamten tunnelarbeiten keinen arbeitsunfall mit nennenswerter verletzung. slavik sprach die hoffnung aus, dass es auch in zukunft so bleiben werde.

als zeichen des dankes der wiener bevoelkerung an die arbeiter ueberreichte der buergermeister den arbeitern ein kleines geschenkk. der u-bahnbau bringe auch die oesterreichischen bundeslaender einander naeher, meinte slavik. an der u-bahn bauen bekanntlich arbeiter aus ganz oesterreich.

im anschluss an die kurze feier besichtigten techniker und gaeste den ''karlsplatz im kellergeschoss'', wiens derzeit groesste baustelle, wo gegenwaertig an den stationstunneln gearbeitet wird.

1533

winterbau im akh:
adaptierung der kardiologischen und strahlentherapeutischen klinik

18 wien, 2.12. (rk) ueber antrag von gesundheitsstadtrat dr. g l u e c k genehmigte der gesundheitsausschuss in seiner sitzung am donnerstag eine zusaetzliche baurate von 540.000 schilling fuer adaptierungsarbeiten an der kardiologischen und strahlentherapeutischen klinik. der stadtrat begruendete die erhoehung mit dem zuegigen baufortschritt im vergangenen sommer an den beiden anstalten, wodurch die 3. baurate mit der urspruenglich festgesetzten summe von 4,5 millionen schilling bereits verbraucht worden ist. mit der zusatzsumme werden vor allem solche arbeiten moeglich, die im rahmen einer winterbaustelle durchgefuehrt werden koennen.

die gleichfalls weit fortgeschrittenen sanierungsarbeiten in der urologischen universitaetsklinik machen es notwendig, dass auch hier die 3. baurate aufgestockt wird. stadtrat dr.glueck beantragte eine zusatzsumme von 450.000 schilling, die vom ausschuss genehmigt wurde.
1519

ueberwachungsstation fuer elisabethspital

17 wien, 2.12. (rk) in der medizinischen abteilung des kaiserin elisabeth-spitales in der huglgasse wird eine ueberwachungsstation geschaffen, in der besonders schwer erkrankte patienten mit modernsten geraeten beobachtet werden. die ueberwachungsstation wird, so berichtete gesundheitsstadtrat dr. g l u e c k in der ausschussitzung am donnerstag, insgesamt 900.000 schilling kosten.
1515

wohnbaufoerderungsbeirat gab 1,47 milliarden s frei

16 wien, 2.12.(rk) der wohnbaufoerderungsbeirat gab donnerstag vormittag in einer sitzung - vorsitz stadtrat s u t t n e r - freies licht fuer eine der kraeftigsten wohnbauimpulse der letzten jahre: der beirat begutachtete insgesamt ansuchen mit einer gesamthoehe von 1,47 milliarden positiv. 1,1 milliarden schilling kommen gemeinnuetzigen bauvereinigungen zugute, 206 millionen erhalten sonstige juristische personen, 75 millionen die stadt wien, der rest des ''grossen kuchens'' entfaellt auf private antragsteller.

mit den 1,47 milliarden schilling sollen insgesamt 7.200 wohnungen, 53 geschaeftslokale und 129 ledigenraeume geschaffen werden.

zum ersten mal wurde der beirat donnerstag auch in seiner neuen funktion als begutachter des wiener zuschussfonds aktiv und behandelte jene antraege positiv, die bis zum gesetzlichen inkrafttreten des vor kurzem vom gemeinderat beschlossenen fonds durch uebergangsbestimmungen erledigt werden.

ausserdem stimmte der beirat der vergabe von geldmittel fuer wohnungsverbesserungen in einer gesamthoehe von 95,8 millionen zu. mit diesem darlehen sollen insgesamt 11.420 wohnungen besser ausgestattet werden.
1550

rindernachmarkt vom 2. dezember

19 wien, 2.12. (rk) unverkauft vom vormarkt: 1 kuh, blieb unverkauft. auslandsschlachthof (laut mitteilung des veterinaeramtes der stadt wien): 23 stiere aus ungarn zum preis von 16.70 bis 18.70.

schweinenachmarkt vom 2. dezember

20 wien, 2.12. (rk) unverkauft und neuzufuhr: 0. auslandsschlachthof (laut mitteilung des veterinaeramtes der stadt wien): 49 schweine aus bulgarien, 100 aus rumaenien, zum preis von 14.80 bis 16.40.

pferdenachmarkt vom 2. dezember

21 wien, 2.12. (rk) kein auftrieb.
1557

steigendes aepfelangebot

22 wien, 2.12. (rk) die guenstigere witterung in dieser woche hat den preisauftrieb bei obst und gemuese gebremst. bei kohl und rotkraut sanken die preise sogar, leichte preissteigerungen gab es bei chinakohl, karfiol, glaskochsalat, porree, radieschen und endiviensalat. stabil ist die preissituation bei karotten, kohlrabi, weisskraut und sellerie, groessere schwankungen gibt es beim glassalat. die anlieferungen von gemuese sind im wesentlichen gleich geblieben, bei chinakohl, kohl, rotkraut und sellerie gab es eine zunahme, nur bei karfiol einen groesseren rueckgang. erdaepfel und zwiebel werden bei gleichbleibenden preisen in groesseren mengen angeboten.

unter den auslandslieferungen ist hervorzuheben, dass erstmals in dieser saison karfiol, kochsalat und grundsalat aus italien gekommen sind. die preise liegen nur knapp ueber den inlandspreisen. aegyptische fisolen wurden billiger, bulgarische gurken etwas teurer, rumaenische paradeiser blieben unveraendert.

auf dem obstmarkt werden vor allem aepfel angeboten. die zulieferungen steigen, die preise sind stabil. im auslandsangebot ueberwiegen italienische birnen, italienische und tuerkische weintrauben, israelische erdbeeren sowie bananen, zuckermelonen und ananas, alles zu gleichgebliebenen preisen. etwas staerkere zufuhren gibt es an griechischen orangen, tuerkischen mandarinen, italienischen und griechischen zitronen sowie - bei sinkenden preisen - von italienischen blondorangen.
1615

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861

wien 2000 - mathematisch simuliert

3 wien, 3.12. (rk) die elektronische datenverarbeitung wird immer mehr zum unentbehrlichen ruestzeug der planung: mit hilfe sogenannter simulationsmodelle ist es heute moeglich, die vielschichtigen auswirkungen planerischer massnahmen in ihren wechselbeziehungen sichtbar zu machen. ein von einem deutschen institut erarbeitetes simulationsmodell - es heisst polis - soll nun auf die eignung fuer die planungsaufgaben der stadt wien erprobt werden. als zweiter schritt soll dann ein stadtentwicklungsmodell entstehen.

wie stadtrat ing. fritz h o f m a n n im planungsausschuss berichtete, koennte dieses simulationsmodell bei uebertragung auf wiener verhaeltnisse eine wichtige entscheidungshilfe bei der langfristigen planung werden und wesentlich zur verringerung des risikos bei investitionen der oeffentlichen und privaten hand beitragen. dem antrag, das battelle-institut in frankfurt mit dieser ausfgabe zu betrauen, stimmten die mitglieder des ausschusses einstimmig zu. die voraussichtlichen kosten betragen 1,1 millionen schilling.
0937

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien — Presseforum — A 1082 Wien, 1 Rathausstr. 1, Telephon 42800 Durchwahl Kl. 2971 - 2974, FS (7) 5662 — Chefredakteur: Wilhelm Adametz — Für den Inhalt verantwortlich: Chefredakteur-Stellvertreter Robert Prosel

so schuetzen sie ihre wasserleitung vor frost

1 wien, 3.12. r) schaeden an wasserleitungen, die durch frost verursacht werden, koennen sehr laestig sein. vor allem ein wechsel zwischen nachtfrost und tauwetter am tag ist gefaehrlich. es gibt jedoch einige alte ''hausmittel'', nuetzliche tips, die von den wiener wasserwerken zusammengestellt wurden. so empfiehlt es sich, vor allem bei aelteren haeusern, freiliegende wasserleitungsteile in ungeheizten raeumen mit stoffresten zu umhuellen. fuer wasserzaehler und haupthaehne ist es guenstig, wenn sie mit einem ''schutzmantel'' in form eines mit holzwolle oder aehnlichem material gefuellten und mit einem leicht abnehmbaren deckel versehenen holzkastens umkleidet werden. bei starker kaelte sollten haustore und gangfenster immer geschlossen bleiben. zeitweilige absperrung und entleerung der leitungen, die der frosteinwirkung ausgesetzt sind, sind eine weitere schutzmassnahme. dies muesste im einvernehmen mit den hausparteien geschehen.

zur verhinderung von frostschaeden darf keinesfalls wasser durch rinnenlassen von leitungshaehnen und klosetts verschwendet werden. jene wasserabnehmer, die ihre gartengrundstuecke nur in der warmen jahreszeit nutzen, haben die moeglichkeit, den wasserzaehler gegen entrichtung einer gebuehr ueber die wintermonate ausbauen lassen.

sollten trotz vorsichtsmassnahmen gebrechen an der wasserleitung auftreten, steht der bereitschaftsdienst der wasserwerke unter der telefonnummer 57 75 75 mit ratschlaegen zur verfuegung.
0925

die verkehrsmassnahmen der kommenden woche:

karlsplatz: umleitungsstrecke wird gesperrt

2 wien, 3.12. (rk) im bereich des umleitungszirkus karlsplatz erfolgt vom 7. zum 8. dezember eine wesentliche veraenderung: die verbindungsfahrbahn zwischen dem rondeau vor der karlskirche zur akademiestrasse und diese selbst wird fuer den durchzugsverkehr gesperrt, weil dringende bauarbeiten fuer die herstellung einer kuenftigen passage im bereich zwischen den alten stationsgebaeuden der stadtbahn eine fortfuehrung des verkehrs technisch unmoeglich machen. der durch die karlsgasse beziehungsweise argentinierstrasse kommende verkehr muss daher umgeleitet werden, und zwar so, dass die autos dem rondeau (vor der kirche) entlang weiterfahren und erst die nächste verbindungsstrasse in der verlaengerung der dumbastrasse zum musikvereinsgebaeude benuetzen. die neue fahrtroute wird durch lichtsignalanlagen entsprechend abgesichert.

diese aenderung des umleitungszirkus karlsplatz bringt nach meinung der verkehrsfachleute den autofahrern deshalb keine spuerbaren erschwernisse, weil ja die einfahrt ins stadtzentrum via akademiestrasse durch die umdrehung der einbahnregelung kaertner strasse ohnehin nicht mehr moeglich ist. es wird daher angenommen, dass diese verkehrsrelation in naechster zeit schwaecher wird.
0932

die sendung des wiener buergermeisters

5 wien, 3.12. (rk) morgen samstag spricht buergermeister felix s l a v i k um 13.20 uhr in oesterreich-regional in der sendung des wiener buergermeisters ueber die schwerpunkte des wiener budgets 1972.
1029

paedagogisches institut:
informative schau der staedtischen kindergaerten

7 wien, 3.12. (rk) wiens staedtischen kindergaerten ist eine ausstellung gewidmet, die kommenden montag, den 6.dezember, um 10.30 uhr durch stadtschulratspraesident dr. hermann s c h n e l l im paedagogischen institut, 7, burggasse 14 bis 16,eroeffnet werden wird.

durch ein dort aufgebautes modell des kindergartens 11, rinnboeckstrasse 47, werden verschiedene ausschnitte aus dem paedagogischen alltag im kindergarten gezeigt. ferner vermittelt die ausstellung auch einen interessanten einblick in das noch im versuchsstadium befindliche wiener-kindergarten-intensivprogramm.

geehrte redaktion!

sie werden herzlich dazu eingeladen, berichterstatter und fotoreporter zur eroeffnung dieser ausstellung zu entsenden.

bitte merken sie vor:

zeit: montag, 6. dezember, 10.30 uhr.

ort: paedagogisches institut der stadt wien, 7, burggasse 14-16.
1040

geehrte redaktion!

6 wir erinnern daran, dass kommenden montag buergermeister felix s l a v i k und gesundheitsstadtrat dr.otto g l u e c k die erste chirurgische abteilung mit unfallchirurgie im pavillon 30 des wilhelminenspitals ihrer bestimmung uebergeben werden.

zeit: montag, 6.dezember, 9 uhr.

ort: wilhelminenspital, pavillon 30, 16, montleartstrasse 37.
1033

korso 71: besucherrun

9 wien, 3.12. (rk) aus der kurzfristigen provisorischen fussgaengerzone in der innenstadt, dem weihnachtskorso, koennte nach den ersten erfahrungen durchaus ein ''jahreszeitenkorso'' werden. dies liess stadtrat ing. fritz h o f m a n n freitag frueh in einem pressegespraech ueber die ersten erfahrungen und beobachtungen seit inkrafttreten der zone durchblicken. stadtrat hofmann, der den grossteil der ersten ergebnisse durchaus positiv bewertet, stellte in aussicht, dass die endgueltige entscheidung ueber eine zeitliche verlaengerung der fussgaengerzone in den naechsten zwei wochen fallen werde. besprechungen mit vertretern der handelskammer sollen darueber in naechster zeit gefuehrt werden.

der korso 71 wird nicht nur vom grossteil der besucher positiv aufgenommen, nach den ersten erfahrungen und den passantenzaehlungen durch das wiener institut fuer standortberatung haben auch die geschaeftsleute allen grund zur freude: die ersten resultatet der passantenzaehlung zeigen, dass die besucherzahlen - selbst wenn man die vorweihnachtszeit beruecksichtigt - stark in die hoehe geschnellt sind. um einen vergleich mit anderen einkaufsvierteln und -strassen herzustellen, zaehlte das wist in der letzten zeit an donnerstagen und samstagen auch die besucher in der rotenturmstrasse, am kohlmarkt und auf der mariahilfer strasse. dabei fiel auf, dass die besucherfrequenz unverhaeltnismaessig staerker stieg als in der mariahilfer strasse. dies laesst den schluss zu, dass der korso 71 auch die in der naehe liegenden geschaeftsstrassen positiv beeinflusst.

architekt windbrechtinger, der von der stadtverwaltung mit der gestaltung des korso 71 beauftragt worden war, erwaehnte, dass vor allem die aktionen auf geteilte aufnahme bei der bevoelkerung stiessen. ueberrascht sei er ueber die kritik an der tonkulisse gewesen. stadtrat hofmann ergaenzte, dass nach einstellen der musikberieselung allerdings ebenfalls stimmen laut wurden,die die tonkulisse vermissten. die aktionen - baelle, gehschule etc. - seien

./.

nach windbrechtinger nicht als gestaltungsmoeglichkeit einer fussgaengerzone, sondern als experiment zur erforschung der verhaltensweisen der besucher aufzufassen.

ueberrascht war die stadtverwaltung von der tatsache, dass die urspruenglich befuerchteten schwierigkeiten beim lieferverkehr sich als nahezu unbegruendet erwiesen haben. die zulieferung in den morgenstunden funktioniert klaglos.

bei zeitlicher verlaengerung des korso kuendigte stadtrat hofmann auch eine aenderung der linienfuehrung der staedtischen autobusse an - soweit es die gegebenheiten erlauben. beim autobusverkehr ist seit bestehen der zone eine leichte frequenzsteigerung zu bemerken.

eine reihe von untersuchungen laeuft zur zeit: passantenzaehlungen, besucher-, bewohner- und geschaeftsleutebefragungen, laermpegelmessungen, messungen der qualitaet der luft, zaehlung des lieferverkehrs. mit ersten ergebnissen dieser untersuchungen ist in den naechsten wochen zu rechnen.
1305

ab heute:

felberstrasse frei

10 wien, 3.12. (rk) freitag wurde die felberstrasse vom neubauguertel bis zur schweglerstrasse nach grundlegender sanierung mit einem kostenaufwand von 18,2 millionen schilling fertiggestellt und im beisein von tiefbaustadtrat kurt h e l l e r fuer den verkehr freigegeben.

nach umfassenden einbauten - wasser und gasrohrleitungen - erneuerung der strassenbahngeleise, e-werk- und telefonkabelneulegungen - konnte mit den eigentlichen strassenbauarbeiten an dem rund 750 meter langen strassenstueck im august 1971 begonnen werden. der endgueltige drei zentimeter dicke hartgussasphaltbelag kann aus technischen gruenden allerdings erst 1972 ohne groessere verkehrsbehinderungen aufgebracht werden.

zur verbesserung der verkehrsverhaeltnisse dienen eine neue lichtsignalanlage fuer die kreuzung felberstrasse/schweglerstrasse und eine neue haltestelleninsel vor der kreuzung schweglerstrasse.
1309

staedtebund-hauptausschuss:

appell an den nationalrat

11 wien, 3.12. (rk) ''wenn die freie gemeinde weiterhin die gesunde basis der republik sein und bleiben soll, muss die vorbildliche und umfangreiche autonomie unserer gemeinden auch finaziell gesichert sein.'' in diesem satz gipfelt ein appell an den neuen nationalrat, der vom hauptausschuss des oesterreichischen staedtebundes am freitag in einer tagung im wiener rathaus unter dem vorsitz von buergermeister felix s l a v i k einstimmig beschlossen wurde.

im appell wird einleitend zu den bevorstehenden verhandlungen ueber einen neuen finanzausgleich festgestellt, dass diesmal eine benachteiligung der groesseren staedte und gemeinden, wie sie beim finanzausgleich 1967 eingetreten ist, vermieden werden muss. als vordringlich werden massnahmen zur entlastung der spitalserhalter, fuer den kommunalen strassenbau, fuer den schulbau, fuer die wasserversorgung und abwasserbeseitigung sowie fuer den fremdenverkehr bezeichnet. den gemeinden muesste ein angemessener anteil an der mehrwertsteuer gesichert werden, belastungen aus dieser steuer seien zu vermeiden.

viele aufgaben erwachsen den gemeinden aus den problemen der gesunderhaltung der bevoelkerung und des umweltschutzes. die erforderlichen mittel dafuer muessten gesichert werden. der staedtebund bietet dem neuen ministerium fuer diese aufgaben enge zusammenarbeit an und verlangt ausreichende gesetzliche bestimmungen fuer den umweltschutz.

ein modernes bodenrecht wird als grundlegende voraussetzung fuer eine wuenschenswerte staedtebauliche entwicklung dringend gefordert, zugleich werden die massnahmen von regierung und parlament zur verstaerkung des wohnungsbaus begruesst. schliesslich wird eine verstaerkte heranziehung der gemeinden zur mitberatung von gesetzen und verordnungen verlangt. den gemeinden duerften im interesse ihres bemuehens, den buergern zeitgemaesse einrichtungen zur verfuegung zu stellen und moderne lebensbedingungen zu schaffen,

./.

keine weiteren belastungen durch gesetzliche massnahmen auferlegt werden.

minister moser ueber bodenprobleme

am beginn der tagung des hauptausschusses des oesterreichischen staedtebundes gedachte buergermeister felix s l a v i k des verstorbenen steirischen landeshauptmannes josef k r a i n e r .

bautenminister josef m o s e r sprach ueber aktuelle probleme seines ressorts und beschaeftigte sich dabei besonders mit der bodenbeschaffung und der assanierung. ohne genuegende baugruende kann es keinen ausreichenden wohnungsbau geben. deshalb wurde der gesetzentwurf ausgearbeitet, der nicht oder unzureichend verbaute gruende im staedtischen bereich einer verbauung zufuehren und die erneuerung der veralteten stadtteile sichern soll. derzeit fehlt jede rechtsgrundlage, an diese probleme heranzugehen.

in oesterreich ist der wohnungsbau seit 1967 ruecklaeufig. das ist vor allem auf die hohen kosten zurueckzufuehren, wobei nicht nur die anzahlung, sondern auch die monatliche mietbelastung fuer viele untragbar ist. die aenderung der foerderungsbestimmungen, die von der regierung im parlament eingebracht wurde, soll hier eine besserung schaffen. am ueberproportionalen ansteigen der wohnbaukosten sind aber in hohem masse auch die enormen steigerungen der bodenpreise schuld.

minister moser nahm eingehend zur diskussion ueber die geplante moeglichkeit der enteignung von grundstuecken stellung. enteignungsbestimmungen gibt es seit vielen jahren etwa fuer den strassenbau und den bau von eisenbahnlinien, ohne dass sich jemand daran stoesst. was aber beim auto selbstverstaendlich ist, wird dort, wo es um ein elementares beduerfnis des menschen, um das dach ueber dem kopf, geht, geradezu als gotteslaesterung empfunden.

in der regel wuerde die enteignung nur als ''rute in der auslage'' dienen. allein die existenz dieser moeglichkeit macht es - wie die erfahrung beim strassenbau zeigt - wesentlich leichter, zu einer einigung auf dem verhandlungsweg zu kommen. bei einer

./.

nuechternen, von emotionen freien sachdiskussion werde man sicher zu einer regelung des bodenproblems kommen.

zum strassenbau stellte minister moser fest, dass er ein kontaktkomitee berufen habe, dem auch die vertreter der bundeslaender angehoeren. dieses komitee soll die zahlreichen strassenbauvorhaben nach ihrer dringlichkeit ordnen. zur wirksamen heranziehung der wissenschaft wird in der bundesversuchs- und forschungsanstalt ein eigenes institut fuer strassenforschung eingerichtet.

im ganzen sei fuer die bauwirtschaft auch 1972 ein gutes jahr zu erwarten. das bauvolumen duerfte 60 milliarden schilling erreichen.

besserstellung der krankenschwestern

vizebuergermeister hans b o c k informierte ueber das abkommen zwischen staedtebund, spitalserhalterverband und gewerkschaft, das ab 1. jaenner 1972 eine soziale besserstellung fuer diplomierte krankenschwestern und krankenpfleger bringt. die bezuege werden bis zum 20. dienstjahr um monatlich 500 schilling, ab dem 21. dienstjahr um monatlich 600 schilling erhoeht, ausserdem werden verschiedene zulagen neu eingefuehrt oder erhoeht. vizebuergermeister bock hob besonders hervor, dass es erstmals gelungen ist, eine regelung fuer ganz oesterreich zu treffen. ueber die besserstellung der medizinisch-technischen assistenten und des sanitaetshilfsdienstes wird noch verhandelt.

staedtebund-generalsekretaer otto s c h w e d a berichtete ueber das erste kontaktgespraech mit dem oesterreichischen gemeindebund ueber den kommenden finanzausgleich. bei der festlegung der wuensche der gemeinden ist die tatsache, dass ihre aufgaben immer groesser werden, gleichsam das dach fuer alles andere. der staedtebund bemueht sich um die ausarbeitung eines praezisen forderungskatalogs, der alles enthaelt, was fuer die mitgliedsgemeinden wuenschenswert und fuer die finanzausgleichspartner noch zumutbar ist.

auf antrag von generalsekretaer schweda beschloss der hauptausschuss die aufnahme der kaerntner gemeinde maria woerth als mitglied des staedtebundes.

1445

aenderung der geschaeftseinteilung des magistrates:
bessere koordinierung zwischen planung und bauausfuehrung

12 wien, 3.12. (rk) stadtrat dkfm. h i n t s c h i g berichtete freitag im zustaendigen gemeinderatsausschuss ueber eine reihe von geplanten aenderungen in der geschaeftseinteilung des magistrates, die alle eine effizientere arbeit in der verwaltung ermoeglichen sollen. die fuer die oeffentlichkeit interessanteste aenderung betrifft die ''uebersiedlung'' der stadtbauamtsdirektion von der geschaeftsgruppe tiefbau (stadtrat heller) in die geschaeftsgruppe planung (stadtrat ing. hofmann).

diese aenderung wurde ins auge gefasst, um in hinblick auf die grossen staedtebaulichen aufgaben der naechsten zeit die zusammenarbeit zwischen den planenden und bauausfuehrenden dienststellen enger zu gestalten.

die magistratsabteilung 18 - stadt- und landesplanung - faellt in zukunft durch diese neuregelung wieder unter die oberkontrolle des stadtbaudirektors. eine zweite groessere aenderung betrifft das jagd- und forstwesen. das forstamt, bisher in der geschaeftsgruppe fuer wirtschaftsangelegenheiten (stadtrat pelzelmayer) uebersiedelt in die geschaeftsgruppe fuer rechtsangelegenheiten (stadtrat dr. krasser), die bisher bereits die rechtsbelange des jagd- und forstwesens betreute.

verschiedene andere, kleinere aenderungen wurden notwendig, um neuen aufgaben, die durch neue gesetze, verordnungen etc. fuer abteilungen entstehen werden oder bereits entstanden sind, auch in der geschaeftseinteilung gerecht zu werden. der ausschuss stimmte den aenderungen zu.
1451

expertenseminar in der hochschule fuer bodenkultur:
stadtraetin schaumayer: friedhoefe rechtzeitig einplanen

4 wien, 3.12. (rk) fuer eine rechtzeitige einplanung der erforderlichen friedhoefe bei der schaffung neuer stadtteile und satellitenstaedte plaedierte stadtraetin dr. maria s c h a u - m a y e r in einem referat, das sie freitag im rahmen des seminars ''friedhof'' der oesterreichischen garten- und landschaftsarchitekten auf der hochschule fuer bodenkultur hielt.

man sei heute auf einem punkt angelangt, der ein neues ueberdenken des friedhofswesens erforderlich mache. es setze sich zunehmend die erkenntnis durch, dass guenstige relationen zwischen wohnstaetten und friedhoefen nicht nur einem anliegen der aelteren personen entsprechen, sondern sich auch vorteilhaft auf den pflegezustand der graeber auswirken.

der flaechenbedarf der wiener friedhoefe hat in den letzten 50 jahren erheblich zugenommen. waehrend 1920 die gesamte friedhofsflaeche in wien 279 hektar und 1945 382 hektar betrug, werden derzeit bereits 450 hektar von friedhoefen eingenommen. die notwendigkeit, dass im zusammenwirken mit der stadtplanung vorsorge fuer friedhofsflaechen getroffen werden muss, ergebe sich auch aus der tatsache, dass von den bestehenden 46 staedtischen friedhoefen weniger als die haelfte erweiterungsfaehig sind, fuehrte die stadtraetin weiter aus.

studie fuer das jahr 2000

mit den bereits gewidmeten erweiterungsflaechen und neuen anlagen duerfte man bis zur jahrhundertwende das auslangen finden. fuer die kuenftige entwicklung postulierte stadtraetin dr.schaumayer aber eine studie, die im zusammenwirken mit der stadtplanung den bedarf fuer das jahr 2000 feststellen soll. sie bekenne sich dazu, dass der friedhof als ein element der staedtischen landschaft zu werten sei. darueber hinaus muesste die friedhofsverwaltung eine umstrukturierung der vorhandenen friedhoefe mit dem ziel einer auflockerung in richtung hainartiger friedhof in angriff nehmen.

im zusammenhang mit der gestaltung von friedhoefen hob stadtraetin dr. schaumayer die bedeutung des erstmals in

./.

oesterreich durchgefuehrten friedhofswettbewerbs fuer die gestaltung der erweiterung des wiener suedwestfriedhofs hervor. das mit dem ersten preis ausgzeichnete projekt soll 1972 zur realisierung kommen.

direktor proebsting: keine amerikanischen bestattungssitten in wien

''bestattung - kult oder geschaeft?'' war das thema, mit dem sich der direktor der staedtischen bestattung, kommerzialrat dipl.-ing. karl p r o e b s t i n g , freitag in einem seminar ''friedhof'' der oesterreichischen garten- und landschaftsarchitekten beschaeftigte. dabei wandte er sich entschieden gegen tendenzen anderer europaeischer bestattungsunternehmen, die aus kommerziellen gruenden amerikanische bestattungssitten nachahmen und bereits einbalsamierungsschulen und aufwendige schauraeume eingerichtet haben. damit werde die totenfeier zu einem statussymbol des wohlstandes umfunktioniert.

direktor proebsting unterstrich, dass die bestattung in erster linie eine soziale aufgabe sein muesse, wie sie seit jahrhunderten zuerst durch die familie, dann durch religionsgemeinschaften und heute ueberwiegend durch oeffentliche oder gemeinnuetzige institutionen erfuellt werde. eine pompoese prachtentfaltung entspreche nicht diesem gedanken. das bestattungswesen sei stets ausdruck der kultur eines volkes. wiens staedtischebestattung ist mit rund 32.000 auftraegen pro jahr bekanntlich das groesste unternehmen dieser art in europa.

proebsting, der zugleich generalsekretaer der europaeischen bestatter-union ist, gab in seinem referat einen ausfuehrlichen historischen rueckblick sowie einen ueberblick ueber das bestattungswesen im ausland.

''friedhofsgestaltung in europa''

weitere spezialreferate hielten der praesident des verbandes der oesterreichischen garten- und landschaftsarchitekten, prof. ing. karl paul f i l i p s k y (''entwicklung und tendenzen in der europaeischen friedhofsgestaltung''), der namhafte deutsche fachmann dr. hans kurt b o e h l k e (''die geistige stellung des fried-

./.

hofes in der heutigen europaeischen gesellschaft''), oberamtsrat karl o l z i n g e r , linz (''friedhofsverwaltung - wirtschaftliche und kulturelle probleme''), prof. dipl.-ing. dusan o g r i n , ljubljana, (''der friedhof im stadtgefuege'') und prof. dr. friedrich w o e s s (sic) (''der friedhof im laendlichen raum'').

namens der oesterreichischen garten- und landschaftsarchitekten plaedierte professor filipsky fuer einen engen konnex zwischen friedhofsgestaltung und stadtplanung. die garten- und landschaftsarchitekten seien bereit, an dieser verantwortungsvollen aufgabe der gesellschaft aktiv mitzuarbeiten, was auch durch das von ihnen veranstaltete seminar dokumentiert werde. filipsky begruesste auch die initiative der stadt wien zu dem ''wettbewerb sued-west-friedhof'' und sprach die hoffnung aus, dass sich auch andere oesterreichische staedte und gemeinden davon anregen liessen. der verband der oesterreichischen garten- und landschaftsarchitekten regte schliesslich einen design-wettbewerb fuer beleuchtungsanlagen, brunnen, und abfallkoerbe auf friedhoefen an.

im rahmen einer pressekonferenz des veranstalteten verbandes der garten- und landschaftsarchitekten unterstrich stadtraetin dr. maria s c h a u m a y e r , dass sie sich zu einem maximum an gestaltung bei friedhoefen und zu einem minimum an zwang bei der gestaltung des einzelnen grabes bekenne. hinsichtlich der grabgestaltung koenne jedoch durch das angebot von wahlmoeglichkeiten eine steuerung vorgenommen werden.
1505

b e r i c h t i g u n g

in unserem konzertspiegel vom 6. bis 12. dezember (rk-seiten 3446 bis 3449) wurden das orgelkonzert (wolfgang guhswald jun.) um 11.30 uhr in der paulanerkirche und das 1. konzert im wr.symphoniker-zyklus (dirigent: josef krips) um 19.30 uhr im musikverein, grosser saal, irrtuemlich fuer samstag, 11. dezember, angesetzt. beide konzerte finden aber erst am s o n n t a g , dem 1 2 . d e z e m b e r statt.
+++

strompreisregulierung auch fuer wien

15 wien, 3.12. (rk) auf grund der donnerstag nacht abgeschlossenen verhandlungen zwischen der oesterreichischen elektrizitaetswirtschaft und dem interministeriellen komitee ueber die neuen strompreise wurde mit 1. juni 1972 eine generelle strompreiserhoehung um 14 prozent vereinbart. die wiener stadtwerke-e-werke werden auf grund dieser festlegung nun die berechnungen fuer die einzelnen tarifarten beginnen. ein antrag der wiener stadtwerke-e-werke wird rechtzeitig dem wiener gemeinderat vorgelegt werden.
1517

secession: ''das gute bild fuer jeden''

16 wien, 3.12. (rk) in der secession eroeffnete freitag nachmittag vizebuergermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r die ausstellung ''das gute bild fuer jeden''. diese ausstellung findet heuer zum 22. mal statt und soll das wiener publikum dazu anregen, kunstwerke als weihnachtsgeschenke zu erwerben.

die ausstellung ist bis zum 23. dezember taeglich (auch an samstagen, sonntagen und am 8. dezember, einem feiertag) von 10 bis 19 uhr geoeffnet, schliesslich noch am 24. Dezember von 10 bis 12 uhr.

zunaechst wurden 100 kunstwerke in der secession ausgestellt, ausreichende reserven sind vorhanden.

der besucher, der ein kunstwerk erwerben moechte (oelbilder, aquarelle, druckgraphiken, kleinplastiken), kann dieses nach bezahlung sofort mitnehmen.
1600

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861

s p e r r f r i s t 1 3 . 3 0 u h r

die sendung des wiener buergermeisters:
budget 1972: 26 milliarden fuer die wiener

1 wien, 4.12. (rk) in der sendung des wiener buergermeisters sprach buergermeister felix s l a v i k heute samstag, den 4. dezember, um 13.20 uhr im programm oesterreich-regional ueber die schwerpunkte des wiener budgets 1972.

der buergermeister fuehrte aus: ''naechste woche, am dienstag abend, werden wir den weihnachtsbaum auf dem rathausplatz feierlich illuminieren. sie wissen ja, dass uns der baum diesmal vom bundesland steiermark geschenkt wurde. landeshauptmann krainer haette bei der feier den baum den wienern uebergeben sollen. so faellt ein schatten der trauer auf dieses vorweihnachtliche fest. und mit dem dank an unsere steirischen landsleute fuer den schoenen christbaum verbinden wir unser tiefes beileid zu dem grossen verlust, den die steiermark und darueber hinaus ganz oesterreich durch den tod von landeshauptmann krainer erlitten hat.

acht tage budgetdebatte

naechste woche am donnerstag beginnen im wiener rathaus die budgetberatungen, die fuer acht tage angesetzt sind. fuer das

./.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien — Presseforum — A 1082 Wien, 1 Rathausstr. 1, Telephon 42800 Durchwahl Kl. 2971 - 2974, FS (7) 5662 — Chefredakteur: Wilhelm Adametz — Für den Inhalt verantwortlich: Chefredakteur-Stellvertreter Robert Prosel

naechste jahr hat die stadt wien ein budget geplant, das zum erstenmal die 20-milliarden-grenze ueberschreitet. trotz den grossen aufgaben, die 1972 bewaeltigt werden muessen, ist es gelungen, einen so gut wie ausgeglichenen voranschlag zu erstellen. der veranschlagte abgang soll 287 millionen schilling betragen, das sind nur 1,4 prozent der gesamtausgaben. zu diesen ausgaben der hoheitsverwaltung kommen noch die aufwendungen unserer stadtwerke in der hoehe von 5,6 milliarden schilling.

bis dienstag der kommenden woche haben sie, liebe wienerinnen und wiener, noch gelegenheit, in den budgetentwurf unserer stadt einsicht zu nehmen. das budget - ein 145 seiten starkes buch - kann taeglich zwischen 8 und 16 uhr studiert werden, und ich kann nur jedem am schicksal unserer stadt interessierten buerger empfehlen, sich den voranschlag der stadt wien anzusehen. ich moechte bei dieser gelegenheit auch darauf hinweisen, dass waehrend der auflage des budgetentwurfes jedermann das recht hat, sogenannte erinnerungen zum budgetentwurf abzugeben, das heisst, seine meinung dazu zu sagen. diese erinnerungen werden von den zustaendigen gemeinderatsausschuessen gewissenhaft geprueft.

es sind also insgesamt, hoheitsverwaltung und stadtwerke zusammengenommen, fast 26 milliarden schilling, die im kommenden jahr von der stadt wien ausgegeben werden. die frage liegt nun auf der hand, was geschieht mit dem vielen geld, das die stadt wien im kommenden jahr ausgeben will? einen grossen teil beanspruchen natuerlich die vielfaeltigen dienstleistungen, die die gemeindeverwaltung der wiener bevoelkerung zur verfuegung stellt. denken sie an das schulwesen, das wohlfahrtswesen und an das gesundheitswesen, aber auch an die versorgung mit wasser, gas und strom und vieles andere. ohne diese leistungen waere das leben in einer grosstadt gar nicht mehr denkbar.

7,4 milliarden investitionen

besonders wichtig erscheint mir jedoch, dass die stadt wien im kommenden jahr wieder viel investieren will. es sind investitionen fuer unsere bevoelkerung und sie kommen unserer wiener wirtschaft zugute. damit kann die gemeindeverwaltung wesentlich mithelfen, die arbeitsplaetze zu sichern und den bedarf an neuen arbeitsplaetzen zu wecken. die entwicklung

./.

unserer stadt haengt entscheidend von der entwicklung unserer wirtschaft ab. hoheitsverwaltung und stadtwerke zusammen planen fuer 1972 investitionen in der gesamthoehe von fast 7,4 milliarden schilling. allein die hoheitsverwaltung beabsichtigt, fuenfeinhalb milliarden schilling zu investieren. bei den stadtwerken, die einen investitionsrahmen von 1,8 milliarden geplant haben, muessen allerdings vorlaeufig 748 millionen gesperrt bleiben, weil die noetige deckung fehlt. das ist mit ein grund, warum die verkehrsbetriebe gezwungen sind, ihre tarife zu erhoehen: wir muessen den stadtwerken die moeglichkeit geben, die geplanten investitionen durchzufuehren. wir muessen weiter kraftwerke bauen, um den staendig steigenden strombedarf decken zu koennen, wir muessen das erdgasumstellungsprogramm weiter durchfuehren, wenn wir die gasversorgung fuer die naechsten jahrzehnte sicherstellen wollen und wir muessen fuer die verkehrsbetriebe neue strassenbahnwagen und neue autobusse anschaffen, und die neue hauptwerkstaette fertigstellen, um weiter rationalisieren zu koennen und um den fahrgaesten ein besserer service zu bieten.

eine milliarde fuer die u-bahn

bei den investitionen der hoheitsverwaltung sind es vor allem unsere grossbauvorhaben, die das meiste geld benoetigen. so haben wir allein fuer den u-bahn-bau mehr als eine milliarde im budget 1971 eingesetzt und fuer die anschaffung von u-bahn-wagen sowie fuer den ausbau der probestrecke fast 64 millionen. die arbeiten fuer das grosse hochwasserschutzprojekt stehen mit 340 millionen schilling zu buche und fuer den weiterbau der grossen hauptklaeranlage in kaiser-ebersdorf ohne die damit im zusammenhang stehenden kanalbauten wollen wir 70 millionen aufwenden. der grossmarkt inzersdorf, der im kommenden jahr bereits seinen betrieb aufnehmen soll, erfordert 100 millionen und die errichtung der neuen zentralen versorgungsanlagen in st. marx 90 millionen schilling.

darf ich ihnen noch einige weitere investitionsschwerpunkte des wiener budgets fuer 1972 nennen. da ist natuerlich vor allem der wohnbau, fuer den zweieinhalb milliarden schilling ausgegeben werden. damit wird der bau von ungefaehr 13.000 wohnungen moeglich gemacht. davon entfallen auf den reinen kommunalen wohnbau 5.000

./.

wohnungen. fuer den amtssitz internationaler organisationen beim donaupark haben wir mehr als 91 millionen vorgesehen. fuer den schulbau sind mehr als 190 millionen geplant. wir werden damit die errichtung von 20 neuen schulen fortsetzen oder beenden und mit dem bau von sieben weiteren schulen beginnen koennen. fuer den kindergartenbau wenden wir wieder 36 millionen schilling auf. im kommenden jahr koennen bereits 24.000 kinder in den staedtischen kindertagesheimen betreut werden.

riesiges spitalsdefizit

ein riesendefizit von fast zwei milliarden bringt uns im kommenden jahr der betrieb der staedtischen spitaeler. wir bauen natuerlich weiter am neuen allgemeinen krankenhaus - dafuer sind 120 millionen vorgesehen, dazu kommen 120 millionen bundesmittel. ferner moechte ich den bau des sonderkinderkrankenhauses in speising hervorheben und den weiterbau an der krankenanstalt rudolfsstiftung. wesentlich hoeher als heuer werden die ausgaben fuer den baederbau sein, die von 58 millionen auf mehr als 123 millionen stiegen. allein fuer das stadthallenbad, das wir fuer die schwimmeuropameisterschaften 1974 brauchen, werden 33 millionen vorgesehen und fuer den neubau des dianabades sind es 28 millionen.

fuer den neubau von strassen werden wir im kommenden jahr fast 182 millionen aufwenden. fuer bruecken- und wasserbau sollen 76 millionen aufgewendet werden.

die investitionen unserer wasserwerke belaufen sich auf mehr als 200 millionen, davon werden allein 30 millionen fuer die dritte wasserleitung verwendet. die staedtischen gaertner haben infolge der arbeiten fuer die wiener internationale gartenschau 1974 128 millionen mehr zur verfuegung. in diesem zusammenhang muss auch das kurmittelhaus fuer die heilquelle in ober-laa erwaehnt werden, dafuer sind 30 millionen vorgesehen.

es sind nur einige schwerpunkte aus dem wiener budget fuer 1972, die ich aufgezaehlt habe. aber ich glaube, sie koennen schon daraus erkennen, dass die wiener gemeindeverwaltung nicht ueber mangel an arbeit zu klagen haben wird. meine bitte in diesem

./.

zusammenhang geht an alle wienerinnen und wiener, ihrer stadtverwaltung im wohlverstandenen eigenen interesse dabei zu helfen.

apropos interesse. wenn sie sich eingehend ueber das wiener budget 1972 informieren wollen, moechte ich sie einladen, den budgetberatungen im gemeinderatssitzungssaal auf der besuchergalerie beizuwohnen. kostenlose karten fuer die sitzungen bekommen sie im rathaus, im praesidialbuero. die beratungen beginnen am donnerstag, dem 9. dezember, um 10 uhr mit dem grundsatzreferat von finanzstadtrat otto schweda und werden an den folgenden tagen jeweils um 9 uhr vormittag fortgesetzt. es ist anzunehmen, dass die sitzungen bis zum spaeten nachmittag dauern.

am freitag wird ueber das personalbudget und ueber die gruppe kultur, schulverwaltung und sport berichtet werden. am samstag stehen wohlfahrts- und gesundheitswesen auf der tagesordnung. montag, den 13. dezember, werden die budgetberatungen mit den geschaeftsgruppen planung und hochbau fortgesetzt, am dienstag geht es um tiefbau und baubehoerdliches, am mittwoch um die geschaeftsgruppen liegenschaftswesen und wohnungswesen, am donnerstag wird ueber die wirtschaftsangelegenheiten und ueber die gruppe ''verschiedene rechtsangelegenheiten und forstwesen' beraten. im anschluss daran wird der gemeinderat das budget der hoheitsverwaltung beschliessen. am freitag wird dann stadtrat nekula ueber den wirtschaftsplan der wiener stadtwerke fuer das jahr 1972 referieren. damit werden die budgetberatungen im wiener rathaus beendet sein.''

+++

''fahrplan'' der budgetdebatte

2 wien, 4.12. (rk) die budgetdebatte des wiener gemeinderates beginnt heuer, wie bereits gemeldet, am donnerstag, dem 9. dezember, um 10 uhr mit dem referat von stadtrat otto s c h w e d a . daran schliessen sich die generaldebatte und die debatte ueber die geschaeftsgruppe 2 (finanzwesen). an den folgenden tagen beginnen die sitzungen immer um 9 uhr, wobei folgender ''fahrplan'' vorgesehen ist:

freitag, 10. dezember: geschaeftsgruppen 1 (personalangelegenheiten, verwaltungs- und betriebsreform - vizebuergermeister hans b o c k) und 3 (kultur, schulverwaltung, sport - vizebuergermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r) .

samstag, 11.dezember: geschaeftsgruppen 4 (wohlfahrtswesen - stadrat maria j a c o b i) und 5 (gesundheitswesen - stadtrat dr. otto g l u e c k) .

montag, 13. dezember: geschaeftsgruppen 6 (planung - stadtrat ing. fritz h o f m a n n) und 7 (hochbau - stadtrat hubert p f o c h) .

dienstag, 14.dezember: geschaeftsgruppen 8 (tiefbau - stadtrat kurt h e l l e r) und 9 (baubehoerdliche und sonstige technische angelegenheiten - stadtrat dkfm. dr. maria s c h a u m a y e r) .

mittwoch, 15. dezember: geschaeftsgruppen 10 (liegenschafts- und zivilrechtswesen, verschiedene angelegenheiten - stadtrat dkfm. alfred h i n t s c h i g) und 11 (wohnungswesen - stadtrat reinhold s u t t n e r) .

donnerstag, 16. dezember: geschaeftsgruppen 12 (wirtschaftsangelegenheiten - stadtrat otto p e l z e l m a y e r) und 13 (verschiedene rechtsangelegenheiten, forstwesen - stadtrat dr. hannes k r a s s e r) .

freitag, 17.dezember: geschaeftsgruppe 14 (staedtische unternehmungen - stadtrat franz n e k u l a) .

am 16.dezember beginnt die budgetdebatte des gemeinderates erst nach einer fuer 9 uhr angesetzten landtagssitzung, auf deren tagesordnung vorerst eine aenderung der besoldungsordnung

./.

steht. am 17. dezember schliesst sich an die debatte ueber den wirtschaftsplan der wiener stadtwerke eine gemeinderatssitzung, auf deren tagesordnung bisher 13 punkte stehen. vermutlich wird auch die tarifregulierung der wiener verkehrsbetriebe in dieser sitzung behandelt werden.
+++

am 8. dezember gilt sonntagstarif

3 wien, 4.12. (rk) am mittwoch, dem 8. dezember (maria empfaengnis) gilt bei den wiener verkehrsbetrieben der sonntagstarif. es gelten also die kinder-sonn- und feiertags-zweifahrtenscheine um 1 schilling, waehrend die kurzstreckenkarten, die teilstreckenfahrscheine fuer das tarifgebiet 2, die arbeitslosen- und jugendfuersorgefahrscheine sowie die wochenstreckenkarten ungueltig sind.
+++

empfang fuer pharmaziestudententag

4 wien, 4.12. (rk) die teilnehmer am 1. internationalen pharmaziestudententag, der derzeit vom fachverband oesterreichischer pharamzeuten und der fachgruppe pharmazie der oesterreichischen hochschuelerschaft in wien abgehalten wird, waren freitag abends gaeste eines empfanges im wiener rathaus. vizebuergermeister hans b o c k begruesste die tagungsteilnehmer in gegenwart von stadtrat hubert p f o c h namens der stadtverwaltung.
+++

wochenprogramm der wiener stadthalle

6 wien, 4.12. (rk) in der wiener stadthalle gibt es vom 6 bis 12. dezember folgende veranstaltungen:

montag,	6.dezember:	publikumseislaufen	13.30 bis 18.00 uhr
dienstag,	7.dezember:	publikumseislaufen	13.30 bis 18.00 uhr
		eis-tanzabend	20.00 uhr
mittwoch,	8.dezember:	handball-meisterschaft	8.00 uhr
		publikumseislaufen	8.00 bis 12.30 uhr
			13.30 bis 18.00 uhr
donnerstag,	9.dezember:	publikumseislaufen	13.30 bis 18.00 uhr
freitag,	10.dezember:	publikumseislaufen	13.30 bis 18.00 uhr
		eis-tanzabend	20.00 uhr
samstag,	11.dezember:	handball-meisterschaft	14.00 uhr
		publikumseislaufen	8.00 bis 12.30 uhr
			13.30 bis 18.00 uhr
		ivan rebroff	19.30 uhr
sonntag,	12.dezember:	publikumseislaufen	8.00 bis 12.30 uhr
			13.30 bis 18.00 uhr

fuehrungen in der stadthalle

mittwoch, 8.dezember: 10.00, 11.00, 12.00 und 14.00 uhr,
samstag, 11.dezember: 14.00 uhr
sonntag, 12.dezember: 10.00, 11.00, 12.00 und 14.00 uhr.
+++

wochenprogramm des planetariums

5 wien, 4.12. (rk) das planetarium in der prater hauptallee (beim riesenrad) fuehrt in der kommenden woche folgende veranstaltungen durch:

mittwoch, 8. dezember: der ringplanet saturn, 9.30, 15, 17 und 19 uhr.

samstag, 11. dezember: adventgestirne 1971, 15, 17 und 19 uhr.

sonntag, 12. dezember: adventgestirne 1971, 9.30, 15, 17 und 19 uhr.

+++

bezirksmuseum mariahilf:

waldemar-ausstellung eroeffnet

7 wien, 4.12. (rk) im bezirksmuseum mariahilf, 6, gumpendorfer strasse 4, eroeffnete freitag vizebuergermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r eine gedaechtnis-ausstellung fuer den vor 25 jahren - am 27. dezember 1946 - verstorbenen volksschauspieler richard w a l d e m a r . mit einer vielfalt von exponaten, wie theaterzetteln, buehnenfotos und persoenlichen erinnerungsstuecken wird waldemars kuenstlerische laufbahn dargestellt.

an der eroeffnung der ausstellung nahmen neben bezirksvorsteher hubert f e i l n r e i t e r auch die tochter waldemars, frau grete f i g d o r , der vorsitzende der arbeitsgemeinschaft der wiener bezirksmuseen, gemeinderat prof. ludwig s a c k m a u e r , der praesident der wiener messe ag, bundesrat a.d. alfred p o r g e s , raimundtheater-direktor prof. rudolf m a r i k sowie die fruehere operetten-soubrette und oftmalige partnerin waldemars, lya b a y e r , teil.

richard waldemar, der eigentlich richard kramer hiess, wurde am 3. mai 1869 in wien geboren. zunaechst darsteller ernster charakterrollen, wurde bei ihm erst spaeter sein komikertalent entdeckt. er spielte in der josefstadt, im kolosseum, im apollotheater und schliesslich im carltheater, wo er zusammen mit girardi ueberwaeltigende publikumserfolge feierte. zu ''dem'' charakterkomiker wurde er aber erst unter marischkas fuehrung im theater an der wien, wo er in nahezu allen operetten an der seite vieler beruehmter kollegen mitwirkte.

die stadt wien ehrte richard waldemar zu seinem 60. geburtstag durch die ernennung zum buerger der stadt wien und zum 70. geburtstag erhielt er den ehrenring seiner heimatstadt. 1969 erfuhr der grosse kuenstler im nachhinein noch eine grosse ehrung: im waldemarpark in der hofmuehlgasse in mariahilf wurde eine bueste des volksschauspielers enthuellt.

die ausstellung ist bis 27. februar 1972 jeden sonntag von 9.30 bis 12 uhr geoeffnet.
1056

neue rettungsstation der arbeitersamariter

9 wien, 4.12. (rk) der arbeiter-samariter-bund oesterreichs hat eine neue rettungsstation, in der auch die zentrale der organisation untergebracht ist. das gebaeude pillergasse 24 im 15. bezirk ist vor 60 jahren als station der wiener freiwilligen rettungsgesellschaft, damals noch fuer pferdegespanne, errichtet worden. auf grund eines einstimmigen gemeinderatsbeschlusses wurde es nun um 3,9 millionen schilling grundlegend modernisiert und am samstag von buergermeister felix s l a v i k den arbeitersamaritern uebergeben. in dem haus sind der fuhrpark mit zwanzig fahrzeugen, eine katastrophenstation, schulungsraeume, bueros und eine funkstation untergebracht. die bisherige zentrale der arbeitersamariter auf dem margaretenguertel wird kuenftig fuer erste-hilfe-kurse im rahmen des fahrschulunterrichts benuetzt werden.

der buergermeister wuerdigte die leistungen der arbeitersamariter, ihren wasserrettungsdienst, ihren wintersport-unfalldienst, die krankentransporte, die beteiligung am aerztenotdienst, die blutspendenaktion und nicht zuletzt die erste-hilfe-kurse, im jahr etwa hundert mit mehr als 2.000 teilnehmern.

gesundheitsminister primaria dr. ingrid l e o d o l t e r dankte den arbeitersamaritern, besonders namens der aerzteschaft, fuer ihre korrekte und umfangreiche arbeit.

wissenschaftsminister dr. hertha f i r n b e r g , die praesidentin des arbeitersamariterbundes, verwies darauf, dass zugleich mit der eroeffnung der neuen station noch zwei andere ereignisse gefeiert werden koennen - der 25jaehrige bestand der organisation seit der wiedergruendung nach dem 1934 erfolgten verbot und die uebernahme zweier neuer einsatzfahrzeuge, die von der zentralsparkasse und von der staedtischen versicherung gespendet wurden. die arbeitersamariter fuehren heuer rund 28.000 krankentransporte durch, dazu mehr als 9.000 ausfahrten fuer den aerztenotdienst. ein betraechtlicher teil dieser leistungen, vor allem die wochenendeinsaetze, wird ehrenamtlich erbracht.

unter den vielen gratulanten, die sich zum festtag der arbeitersamariter einstellten, waren auch die stadtraete hubert p f o c h und reinhold s u t t n e r .

1156

internationales studentenheim:
bildbatiken von lore heuermann

8 wien, 4.12. (rk) im internationalen studentenheim der stadt wien in doebling eroeffnete freitag abend vizebuergermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r eine ausstellung mit bildbatiken von lore h e u e r m a n n . die kuenstlerin aus westfalen, die sich in oesterreich schon einen sehr guten namen gemacht hat, praesentiert zwei zyklen: '' die frau'' und ''die kommunikation''.

frau heuermann hatte zuletzt im april in der ''kleinen galerie'' ausgestellt. Die kuenstlerin hat sich zu knappen direkten aussagen hin entwickelt, in deren mittelpunkt die frau steht - die frau in ihrer stellung innerhalb der gesellschaft und der kunst.

bei der eroeffnung der ausstellung, die bis anfang naechsten jahres im studentenheim zu sehen ist, sang barbara s t r o m b e r g e r chansons. (die ausstellung ist mittwoch bis sonntag von 18 bis 20 uhr geoeffnet. eintritt frei. geschlossen: 23. bis 28. dezember sowie 31. dezember und 1. jaenner. letzter tag der ausstellung 9. jaenner 1972.)
1127

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861

finanzausschuss:

subventionen im dienste der gesundheit

1 wien, 6.12. (rk) der finanzausschuss des gemeinderates genehmigte auf antrag von stadtrat otto s c h w e d a subventionen im gesamtbetrag von fast 5,5 millionen schilling, die vor allem dem gesundheitswesen dienen. das st.anna-kinderspital erhaelt zur sicherung seiner existenz das diesjaehrige defizit von 4,236.000 schilling von der stadt wien ersetzt. in der stiftung ''genesungsheim kalksburg'' wird die stadt wien wie bisher die kosten fuer zwanzig betten fuer alkoholkranke uebernehmen und zusaetzlich noch die kosten fuer zwei betten in der neuen spezialstation zur behandlung drogenabhaengiger patienten, die auf initiative wiens geschaffen wurde. fuer diese 22 stiftungsbetten ist eine million schilling notwendig.

weitere subventionen erhalten die wiener psychoanalytische vereinigung (130.000 schilling), der oesterreichische jugendrat fuer entwicklungshilfe (10.000 schilling) und der bund technischer amateure (6.000 schilling).

0919

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien — Presseforum — A 1082 Wien, 1 Rathausstr. 1, Telephon 42800 Durchwahl Kl. 2971 - 2974, FS (7) 5662 — Chefredakteur: Wilhelm Adametz — Für den Inhalt verantwortlich: Chefredakteur-Stellvertreter Robert Prosel

christl mardayn zum gedenken

7 wien, 6.12. (rk) auf den 8.dezember fiele der 75.geburtstag der schauspielerin prof. christl m a r d a y n , die 1896 in wien geboren wurde.

bereits als kind lernte sie gesang, besuchte dann 6 jahre lang die musikakademie und lernte in der opernklasse geiringer das fach der opernsoubrette. zum erstenmal betrat sie 1918 noch unter der direktion weingartner die buehne der volksoper. 1920 wurde sie von karczag an das raimundtheater geholt, wo sie sich zur ersten operettensoubrette entwickelte. vom raimund-theater ging sie 1921 an das carltheater, wo sie, mit unterbrechungen, bis zu dessen schliessung taetig war. daneben sang sie aber auch im theater an der wien und schliesslich eine saison in zuerich. die folgenden jahre war sie auf tourneen, insbesondere in deutschland. war christl mardayn bis dahin die gefeierte operettensoubrette, so wurde sie nun von max reinhardt, der ihre grosse schauspielerische begabung erkannte, an seine buehnen geholt. von 1931 bis 1942 war christl mardayn staendiges mitglied des glaenzendes ensembles des theaters in der josefstadt, spielte aber auch in reinhardts deutschem theater in berlin. seit 1942 war sie im volkstheater beschaeftigt, war aber auch als gast in der josefstadt zu sehen. auch in der volksoper war christl mardayn in ihrem alten operettenfach noch taetig. sie wirkte in unzaehligen rollen sowohl auf der buehne wie im film. ihre groessten leistungen hatte sie in der komoedie und im schauspiel aufzuweisen. christl mardayn hatte auch eine anzahl von jahren als lehrerin am konservatorium der stadt wien verbracht, wo sie die schauspielklasse mit viel erfolg fuehrte. sie war es, die den ganz jungen eleven die ersten arm- und beinbewegungen beibringen musste und die ersten klaren saetze lehrte. auch diese taetigkeit hatte sie mit charme und vergnuegen aus gefuehrt.

christl mardayn ist am 23. juli 1971 gestorben.

0958

friedrich schloegl zum gedenken

8 wien, 6.12. (rk) auf den 7. dezember faellt der 150.geburtstag von friedrich s c h l o e g l.

er war das kind ganz armer eltern, konnte seine mittelschulstudien nicht beenden, sondern musste im alter von neunzehn jahren in eine militaerrechnungskanzlei als praktikant eintreten. seine im vormaerz entstandenen und in den verschiedenen almanachen gedruckten erstlingsprodukte sind nicht der erwaehnung wert. erst 1857 erhielt er als schriftsteller sein erstes honorar. sein freund karl sitter gruendete damals das humoristische wochenblatt ''figaro'', spaeter mit dem beiblatt ''wiener luft''. schloegl trat in die redaktion ein und fand bald sein richtiges genre. das kleine wiener sittenbild, humoristisch und satirisch gesehen, den wienern und ihren sitten und unsitten einen spiegel vorhaltend, wird seine besondere spezialitaet. im neugegruendeten ''neuen wiener tagblatt'' wird er staendier mitarbeiter, ebenso in der ''deutschen zeitung'', wo er topographische skizzen und schilderungen seiner zahlreichen reisen durch die oesterreichischen laender schreibt. auch sein freund peter rosegger holt ihn zu seiner zeitschrift ''heimgarten''.
bald erschienen seine zahlreichen schilderungen in buchform. schloeglssatiren und skizzen sind niemals billige scherze. seine liberale haltung laesst ihn vieles mutig aussprechen. in der type des hausherren ''herr von gramerstaetter'' hat er den typus des selbstgefaelligen spiessers geschaffen, der nur das zinseinnehmen und das wirtshaus als sinnvoll ansieht und alles ablehnt, was ihn in seiner ruhe stoert. zeiterscheinungen, wie etwa dem volkssaengertum, stand schloegl recht kritisch gegenueber. in der kleinen abhandlung ''bei den volkssaengern und volkssaengerinnen'' weiss er genau zwischen dem wertvollen teil dieser erscheinung und der zote zu unterscheiden. hier spart er auch nicht mit tadel. schloegl starb am 7. oktober 1882 in wien und wurde in purkersdorf begraben.
1004

weihnachts- und silvesterfeiern in den pensionistenklubs

4 wien, 6.12. (rk) wie bereits in den jahren vorher, werden von der gemeinde wien in einigen bezirken am 24. und 31. dezember pensionistenklubs fuer einsame menschen offengehalten. der besuch der klublokalitaeten ist allen einsamen personen, auch wenn sie nicht klubbesucher sind, frei zugaengig. der sinn dieser aktion liegt darin, alleinstehenden wienerinnen und wienern gerade an jenen tagen, an denen sie sich vielleicht gerade besonders verlassen fuehlen, gelegenheit zu bieten, dieser einsamkeit zu entfliehen. infolge des grossen zuspruches in den letzten jahren wird jenen interessenten, die keine pensionistenklubbesucher sind, nahegelegt, sich fuer die veranstaltungen am 24. und 31. dezember bei den zustaendigen fuersorgereferaten vormerken zu lassen. die anmeldungen werden dort bis 15. dezember entgegengenommen.

am heiligen abend werden folgende pensionistenklubs geoeffnet sein: 2, pazmanitengasse 17 (16 bis 20 uhr), 2, ybbsstrasse 15 (16 bis 20 uhr), 3, erdbergstrasse 16-18 (im hof, 16 bis 20 uhr), 6, grabnergasse 11-13 (15 bis 18 uhr), 8, bennoplatz 1a (16 bis 20 uhr), 10, puchsbaumplatz 13 (16 bis 20 uhr) 11, enkplatz 2 (16 bis 20 uhr), 13, wolkersbergenstrasse 170 (16 bis 19 uhr), 16, wurlitzergasse 59 (14 bis 18 uhr), 17, weissgasse 15 (14 bis 17 uhr), eingang: haslingergasse 29, 18, weimarerstrasse 8-10 (15 bis 18 uhr), 21, jedleseerstrasse 66 (15 bis 20 uhr), 22, erzherzog karlstrasse 65 (15 bis 20 uhr), eingang: gumploviczstrasse.

zu silvester werden folgende pensionistenklubs geoeffnet sein: 6,wallgasse 4 (15 bis 18 uhr), 10, troststrasse 17 (16 bis 20 uhr), 11, enkplatz 2 (16 bis 20 uhr), 16, wurlitzergasse 59 (14 bis 18 uhr), 17, weissgasse 15 (14 bis 17 uhr), eingang: haslingergasse 29.

0944

landschaftsplanung fuer nordost-autobahn

6 wien, 6.12. (rk) strassen und autobahnen sind nicht nur verkehrsbaender, sondern in ebenso hohem masse bestandteil der landschaft, durch die sie fuehren. im staedtischen bereich umso mehr als die verdichtung der verkehrsbaender die landschaft ganz entscheidend mitbestimmt. die stadtplanung traegt dieser erkenntnis rechnung und wird die planung der nordost-autobahn nicht allein den strassenbauingenieuren ueberlassen, sondern auch einen landschaftsarchitekten beiziehen. ein diesbezueglicher antrag wurde kuerzlich vom planungsausschuss genehmigt.

der bekannte wiener gartenarchitekt karl schmidhammer wurde mit der generellen landschaftsplanung fuer den bereich der kuenftigen autobahn betraut. die vorstellungen der stadtverwaltung ueber die zu leistende arbeit: ermittlung des wertes der direkt in anspruch genommenen oder beeintraechtigten landschaft, abschaetzung der gefaehrdungen fuer fauna und flora, staedtebauliche verarbeitung der zaesur, die durch den bau der autobahn entsteht, flurbereinigung, eventuelle umwidmung der betroffenen gebiete, festlegung ausreichender abstandszonen, entsprechende gelaendemodellierung, querungsmoeglichkeiten fuer fussgaenger und vieles mehr.

die voraussichtlichen kosten fuer diese arbeit werden 180.000 schilling betragen.
0941

siemens-areal wird ausgebaut

3 wien, 6.12. (rk) das traditionelle siemens-zentrum in floridsdorf ist im ausbau begriffen. auf dem neuen betriebsbaugebiet wird nun ein erster teilabschnitt der noch unbenannten strasse 1 ausgebaut, um den erweiterten siemenswerken eine zufahrtsmoeglichkeit zur leopoldauer strasse zu schaffen. fuer 600.000 schilling vergab nun der tiefbauausschuss des wiener gemeinderates die erd-, strassenbau- und asphaltbetonarbeiten fuer dieses strassenprojekt.
0922

weihnachtsaktion fuer sozial beduerftige kinder

wien, 6. 12. (rk) so wie jedes jahr werden auch heuer 240 sozial beduerftige wiener kinder von der staedtischen erholungsfuersorge zu weihnachten betreut. die auswahl der kinder erfolgt durch die fuersorgerinnen der wiener bezirksjugendaemter, die der zentrale des jugendamtes auch deren wuensche uebermitteln. fuer die anschaffung der weihnachtsgeschenke steht ein betrag von 190 schilling pro kind zur verfuegung. die fuer diese kinder besorgten weihnachtsgeschenke werden kommenden donnerstag, den 9. und freitag, den 10.dezember, in den raeumen des jugendamtes, 1, schottenring 24, 4.stock, zimmer 401, ausgestellt und koennen dort von jedermann in der zeit von 8 bis 16 uhr besichtigt werden.

die kinder stammen aus familien, die ihnen eine echte weihnachtsfreude nicht bieten koennen. es handelt sich dabei zumeist um kinderreiche familien beziehungsweise auch um solche, bei denen der vater gestorben oder arbeitsunfaehig ist.

ihre weihnachtsferien werden die kinder in den staedtischen kinde erholungsheimen lehenhof und sulzbach- ischl verbringen, und zwar 110 kinder im kindererholungsheim lehenhof (vom 16.dezember 1971 bis 10.jaenner 1972) und 130 kinder im kindererholungsheim sulzbach-ischl (vom 17.dezember 1971 bis 10. jaenner 1972). der weihnachtsabend wird festlich gestaltet und soll es den kindern ermoeglichen, die weihnachtsfeiertage in ruhe und entspannung zu verleben.

0934

geehrte redaktion !

wir erinnern daran, dass morgen dienstag der wiener weihnachtsbaum 1971 illuminiert wird.

bitte merken sie vor:

zeit:dienstag, 7.dezember, 17.30 uhr.

ort: rathausplatz.

1006

karlsplatz:

ab dienstag nacht neue route

14 wien, 6.12. (rk) im bereich des umleitungszirkuses karlsplatz erfolgt - wie bereits berichtet - vom 7. zum 8. dezember eine wesentliche veraenderung: die verbindungsfahrbahn zwischen dem rondeau vor der karlskirche zur akademiestrasse und diese selbst wird fuer den durchzugsverkehr gesperrt, weil dringende bauarbeiten fuer die herstellung einer kuenftigen passage im bereich zwischen den alten stationsgebaeuden der stadtbahn eine fortfuehrung des verkehrs technisch unmoeglich machen. der durch die karlsgasse beziehungsweise argentinierstrasse kommende verkehr muss daher umgeleitet werden, und zwar so, dass die autos dem rondeau (vor der kirche) entlang weiterfahren und erst die naechste verbindungsstrasse in der verlaengerung der dumbastrasse zum musikvereinsgebaeude benuetzen. die neue fahrtroute wird durch lichtsignalanlagen entsprechend abgesichert. mit den arbeiten zur aenderung wird dienstag abend um 20 uhr begonnen.

diese aenderung des umleitungszirkusses karlsplatz bringt nach meinung der verkehrsfachleute den autofahrern deshalb keine spuerbaren erschwernisse, weil ja die einfahrt ins stadtzentrum via akademiestrasse durch die umdrehung der einbahnregelung kaertner strasse ohnehin nicht mehr moeglich ist. es wird daher angenommen, dass diese verkehrsrelation in naechster zeit schwaecher wird.

1124

bezirksvertretungssitzung in dieser woche

11 wien, 6.12. (rk) in dieser woche findet folgende bezirksvertretungssitzung statt:

dienstag, 7.dezember: 18.30 uhr, hietzing, hietzinger kai 1, 2. stock, grosser festsaal des amtshauses.

1007

wohlfahrtsausschuss:
zusaetzlich 6,8 millionen fuer pflegedienste

13 wien, 6.12. (rk) einen betrag in der hoehe von 6,8 millionen schilling fuer leistungen der wohlfahrtskrankenpflege genehmigte montag der gemeinderatsausschuss fuer wohlfahrtsangelegenheiten.

bekanntlich waren im laufe des heurigen jahres eine reihe von verbesserungen bei der inanspruchnahme von aerztlichen und medikamentoesen leistungen wirksam geworden, womit jedoch auch erhebliche mehrkosten verbunden sind.

im heimhilfe- und heimpflegedienst werden heuer voraussichtlich 340.000 pflegestunden geleistet, was gegenueber dem vorjahr eine steigerung von rund 55.000 stunden darstellt. auch das interesse fuer die im herbst 1969 ins leben gerufene aktion ''essen auf raedern'' steigt staendig. waren es mitte 1971 rund 2.000 personen, die taeglich ein warmes mittagessen zugestellt bekamen, so sind es gegenwaertig bereits mehr als 2.300 personen, die von dieser moeglichkeit gebrauch machen. ein gut eingespielter apparat von organisationen hat der aktion zu diesem erfolg verholfen, wobei die gemeinde wien fuer die entlohnung und das kilometergeld der zusteller aufkommt.
1115

galerie alsergrund:
graphik-ausstellung eroeffnet

12 wien, 6.12. (rk) aquarelle, tempera, gouachen und zeichnungen von karl h a s l a u e r bilden den inhalt einer ausstellung, die bezirksvorsteher karl s c h m i e d b a u e r sonntag in der galerie alsergrund, 9, wachringer strasse 43, eroeffnete.

haslauer, 1922 in salzburg geboren, lebt seit seiner fruehesten jugend in wien, wo er auch sein graphikstudium absolvierte. 1954 hatte er seine erste ausstellung, der in den darauffolgenden jahren zahlreiche andere sowohl in wien als auch in den bundeslaendern folgten. neben der landschaft und dem portrait hat haslauer - er ist naturalist - viele seiner arbeiten historischen motiven wiens gewidmet.

die ausstellung ist bis 19. dezember jeden samstag und sonntag von 10 bis 12 uhr geoeffnet.
1105

finanzausschuss:

kredithilfe fuer den grosshandel

2 wien, 6.12. (rk) der finanzausschuss des gemeinderates billigte eine kreditaktion, mit der die ansiedlung oder die strukturverbessernde umsiedlung von grosshandelsbetrieben gefoerdert wird.

mit einem anteil von 13 prozent an der wertschoepfung der wiener wirtschaft steht der grosshandel hinter der industrie (25,6 prozent) an zweiter stelle. acht prozent der wiener berufstaetigen arbeiten im grosshandel. die mehrzahl der grosshandelsunternehmen befindet sich im dichtverbauten gebiet der stadt und hat infolge des starken individualverkehrs groesste schwierigkeiten beim lieferverkehr. der moeglichkeit, in eine guenstigere lage zu uebersiedeln, kommt deshalb grosse bedeutung zu. nun haben sich einige wiener kreditinstitute bereit erklaert, fuer solche uebersiedlungen oder auch neuansiedlungen gemeinsam darlehen in der gesamthoehe von 100 millionen schilling bei 15 jahren laufzeit und 7,5 prozent jaehrlichen zinsen bereitzustellen. die stadt wien wird dazu einen zinsenzuschuss von je zwei prozent in den ersten drei jahren der rueckzahlungszeit gewaehren. die kosten dafuer werden 5 bis 6 millionen schilling betragen.
0921

preisguenstige gemuese- und obstsorten

9 wien, 6.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 4 schilling, karotten 5 bis 6 schilling, weisskraut 3 bis 4 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 schilling, birnen (qualitaetsklasse 1) 8 bis 9 schilling, griechische orangen 8 bis 9 schilling je kilogramm.
1005

747 neue staedtische wohnungen
ein ganzes haus fuer koerperbehinderte

15 wien, 6.12. (rk) fuer den bau von insgesamt 747 wohnungen in drei grossen staedtischen wohnbauvorhaben erteilte montag der hochbauausschuss des wiener gemeindesrates ''gruenes licht'' und stellte dafuer 124 millionen schilling bereit.

hochbaustadtrat hubert p f o c h referierte ueber die geplanten neubauten per albin hansson-siedlung ost, bauteil 7 (110 wohnungen, davon 26 fuer koerperbehinderte, 43 pkw-stellplaetze) und in der markusgasse im 14. bezirk (163 wohnungen, 1 kindertagesheim fuer vier gruppen, 85 pkw-stellplaetze in einer ueberdeckten garage). die koerperbehinderten- wohnungen stellen ein novum dar: erstmals wird ein neungeschossiges haus mit ''massgeschneiderten'', den beduerfnissen der koerperbehinderten angepassten wohnungen und mit einem speziallift ausgestattet. der lebensbereich der invaliden ist in den verband der aus fuenf wohnhaeusern bestehenden anlage voll integriert. die fuer 163 wohnungen geplante anlage in der markusgasse wird an ein bereits bestehendes staedtisches wohnhaus anschliessen.

das groesste bauvorhaben sind die 474 wohnungen in vierzehn haeusern, mit je sechs bis elf geschossen, die den vierten bauteil des grossen wohnbauprojekts an der thuerndlhofstrasse in simmering bilden. eine zweigeschossige, offene garage - zunaechst fuer 154 pkw-stellplaetze, mit spaeterer ausbaumoeglichkeit fuer einen pkw-stellplatz pro wohnung - ist der wohnhausanlage zugeordnet. von den 474 wohnungen sind 260 als c-typen (3 zimmer und kueche) geplant.

fuer eine in der gerichtsgasse im 21. bezirk geplante anlage mit etwa 50 wohneinheiten vergab der hochbauausschuss die ausarbeitung des vorentwurfes an architekt josef k a l b a c .
1149

im wilhelminenspital:
neue unfall- und dringlichkeitschirurgie eroeffnet

17 wien, 6.12. (rk) hunderte schwestern, aerzte und angestellte nahmen zusammen mit buergermeister felix s l a v i k, vizebuergermeister hans b o c k, den stadtraeten dr. otto g l u e c k, kurt h e l l e r, hubert p f o c h, oberstadtphysikus dr. albert k r a s s n i g g und dem leiter der magistratsabteilung 17 (obersenatsrat dr. w i d m a y e r) an der eroeffnung der neuen unfall- und dringlichkeitschirurgie im wilhelminenspital teil. als besonderen ehrengast begruesste buergermeister slavik den vater der modernen unfallchirurgie prof. dr. b o e h l e r.

nach der begruessung durch bezirksvorsteher josef s r p berichtete stadtrat pfoch, dass die bauarbeiten fuer die unfall- und dringlichkeitschirurgie im pavillon 30 ende april 1967 begonnen haben und nach dreieinhalb jahren abgeschlossen wurden. seit dem jaenner 1971 war man hauptsaechlich mit der medizinisch-technischen einrichtung des neubaues beschaeftigt, zu beginn des jahres 1972 wird der spitalsbetrieb aufgenommen werden. das gebaeude ist 65 meter lang, 45 meter breit und 22 meter hoch. die verbaute flaeche betraegt 2.600 quadratmeter. die beheizung des hauses sowie die versorgung mit heisswasser erfolgt von der muellverbrennungsanlage floetzersteig. der operations- und ambulanztrakt sind mit einer zusaetzlichen klimaanlage, die innenliegenden raeume mit einer abluftanlage versehen. um einen moeglichst raschen zutransport der patienten zu ermoeglichen, wurde eine eigene ''rettungsstrasse'' errichtet. die stadt wien machte fuer den bau 100 millionen, fuer die einrichtung desselben 30 millionen schilling fluessig.

gesundheitsstadtrat dr. glueck unterstrich die wichtigkeit der neuen unfallchirurgie im wilhelminenspital: allein im jahr 1970 sind in dem sehr veralteten ehemaligen chirurgischen pavillon 1.500 operationen und 9.400 kleine chrirurgische eingriffe

./.

durchgefuehrt worden. das krankenhaus versorgt das ganze westliche einzugsgebiet und muss vor allem die leider immer zahlreicher werdenden opfer des verkehrs aufnehmen.

in der unfall- und dringlichkeitschirurgie finden 144 patienten in drei- und sechbettigen zimmern aufnahme. die kinderstation hat eine aufnahmekapazitaet von 15 patienten, wobei ein eigener raum mit acht betten fuer kleinkinder vorgesehen ist. im parterre des siebengeschossigen hauses sind ambulanzen, ein schockbekaempfungsraum, ein septischer und ein ''akuter'' operationssaal mit einem beobachtungszimmer sowie eine roentgenanlage untergebracht. im ersten stock befindet sich der eigentliche operationstrakt mit vier operationssaelen, einer zentral-sterilisation (hier wird das instrumentarium in einer ultraschall-instrumentenanlage fuer die operation vorbereitet) und einem aufwachraum. ergaenzt wird der operationstrakt durch eine intensivpflegestation. zur nachbehandlung steht den patienten im tiefparterre ein mit modernsten geraeten ausgestattetes physikalisches institut zur verfuegung. die aerztliche leitung der unfall- und dringlichkeitschirurgie liegt in den haenden von professor dr. georg s a l e m .

buergermeister slavik legte in seiner eroeffnungsrede besonderen wert auf die feststellung, dass im budget 1972 der stadt wien von den mehr als 20 milliarden schilling, die zu verwalten sind, 3 milliarden schilling fuer krankenanstalten ausgegeben werden. von diesen 3 milliarden schilling ist nur eine milliarde durch von patienten selbst aufgebrachten mitteln und von den krankenkassen gedeckt. die beiden restlichen milliarden muessen von der stadt wien bezahlt werden. als ein besonderes problem bezeichnete der buergermeister die tatsache, dass in zunehmendem mass patienten aus anderen bundeslaendern in wiener krankenanstalten behandelt werden wollen. fuer die ungedeckten kosten ihrer behandlung muss gleichfalls die wiener bevoelkerung mit ihrer steuerleistung aufkommen. so erfreulich der gute ruf der wiener medizinischen schule ist, muss doch bedacht werden, dass

./.

20 bis 25 prozent der patienten nicht in der oesterreichischen bundeshauptstadt ansaessig sind.

mit einem appell an die autofahrer beendete der buergermeister die festrede: leider gibt es immer mehr verkehrsunfaelle mit opfern, die mit immer schwierigeren verletzungen in krankenhaeuser eingeliefert werden. um sie am leben zu erhalten, sind unzaehlige bluttransfusionen notwendig. aus diesem grund hat die stadt wien vor wenigen tagen die ''rollende blutbank'' in betrieb genommen. vor allem der autofahrer, der staendig der gefahr ausgesetzt ist, sollte mit einer blutspende zur reibungslosen versorgung der patienten beitragen. auch die moral der autofaher sollte sich ein wenig aendern: erste-hilfeleistung bei unfaellen sollte selbstverstaendlich werden und die erschreckende gleichgueltigkeit menschlicher anteilnahme weichen.
1225

dianabad:

innenausbau in vollem gang

16 wien, 6.12. (rk) beim neuen dianabad in der lilienbrunngasse im 2. bezirk sind nun die arbeiten fuer den innenausbau in vollem gang: montag bewilligte der hochbauausschuss des wiener gemeinderates 3,7 millionen schilling fuer die herstellung der holzsichtdecken in der schwimmhalle und im umkleidetrakt sowie 1,3 millionen schilling fuer die feuchtigkeitsisolierungen aus spezialmaterialien in den einzelnen gebaeuden.
1153

zur aufdeckung unerkannter tuberkulosekranker:
neuer roentgenzug nimmt seine fahrt auf

18 wien, 6.12. (rk) kommenden montag wird gesundheitsstadtrat dr. otto g l u e c k im arkadenhof des wiener rathauses einen neuen roentgenzug fuer das gesundheitsamt uebernehmen. der roentgenzug wird gezielt ueberall dort eingesetzt, wo erfahrungsgemaess bisher unerkannte tuberkuloseerkrankte gefunden werden koennen. die ''risikogruppen'' stellen vor allem die lehrer, schulwarte, erzieher, kindergaertnerinnen und alle jene berufsangehoerigen dar, die mit der erziehung und betreuung jugendlicher befasst sind. untersucht werden auch alle 17jaehrigen schueler der hoeheren und mittleren schulen sowie saemtliche lehrlinge im gleichen alter. zu den aufgaben des roentgenzuges gehoeren auch die untersuchungen bei jungmaennern des bundesheeres, krankenpflegepersonal, angestellten groesserer betriebe, die dem bazillenausscheidergesetz unterliegen, sowie reihenuntersuchungen zur erfassung von tbc-kranken, krankheitsverdaechtigen und ihren infektionsquellen. schliesslich muessen sich auch das heimpersonal und die heiminsassen staedtischer herbergen einer untersuchung im roentgenzug unterziehen.

sinn und zweck dieser durchuntersuchungen ist, unerkannte tuberkulosefaelle aufzudecken und sie nicht zu einer gefaehrlichen streuquelle werden zu lassen. der roentgenbus ist so beschaffen, dass sich die roentgenapparatur in einer strahlensicheren kabine befindet, wodurch die wartenden und das bedienungspersonal voll geschuetzt sind. im roentgenzug befindet sich auch ein anmeldeschalter, ein warteraum und eine dunkelkammer. der bus ist mit einer air-conditionsanlage und einer dieseloel-warmwasserheizung ausgeruestet und stellt einen der modernsten roentgenzuege europas dar.

geehrte redaktion !

sie sind herzlich eingeladen, an der uebernahme des roentgenzuges teilzunehmen.

bitte merken sie vor:

zeit: montag, 13. dezember, 11 uhr.

ort: arkadenhof des wiener rathauses.
im anschluss an die uebergabe findet in der garderobe des steinernen saal 1 ein gespraech statt.

1325

karl waldbrunner buerger der stadt wien

19 wien, 6.12. (rk) im stadtsenatssaal des wiener rathauses erhielt montag in anwesenheit von bundespraesident franz j o n a s der **fruehere** erste praesident des nationalrates, bundesminister a.d. dipl.-ing. karl w a l d b r u n n e r, aus der hand von buergermeister felix s l a v i k buergerurkunde und buergernadel der stadt wien. der ueberreichung war der kuerzlich gefasste einstimmige beschluss des wiener gemeinderates vorangegangen, dipl.-ing. waldbrunner anlaesslich der vollendung seines 65. lebensjahres in wuerdigung seiner hervorragenden verdienste um den wiederaufbau der republik nach beendigung des zweiten weltkrieges zum buerger der stadt wien zu ernennen. es war dies das 138. mal, dass das buergerrecht der stadt wien verliehen wurde.

buergermeister felix slavik, der den geehrten als einen ueberaus engagierten menschen bezeichnete, wuerdigte sodann leben und arbeit des ausgezeichneten. als sohn eines metallarbeiters in wien geboren, erhielt er 1930 das ingenieurdiplom fuer elektrotechnik an der technischen hochschule in wien. 1932 ging er im auftrag der russisch-oesterreichischen handelsorganisation ratao in die sowjetunion, wo er als elektrotechniker bei verschiedenen kraftwerksbauten mitarbeitete. im mai 1937 kehrte er wieder in die heimat zurueck, wo er anschliessend bei siemens-schuckert und schoeller-bleckmann taetig war. mit der sozialdemokratischen bewegung war waldbrunner seit seiner fruehesten jugend eng verbunden. nach seiner rueckkehr aus der sowjetunion betaetigte er sich in der illegalen organisation der ''revolutionaeren sozialisten''. nach beendigung des krieges war er einer der ersten, die sich dr. karl renner fuer die bildung einer neuen regierung zur verfuegung stellten. er war zuerst staatssekretaer im bundesministerium fuer vermoegenssicherung und wirtschaftsplanung, 1946 wurde er gesandter oesterreichs in moskau. als

./.

erster vertreter oesterreichs in der sowjetunion und als mitglied der oesterreichischen delegation war er in einer der schwierigsten phasen der staatsvertragsverhandlungen in den jahren 1947 und 1948 taetig. 1949 wurde er mit der leitung des bundesministeriums fuer verkehr und verstaatlichte betriebe betraut, ab juli 1956 zum bundesminister fuer verkehr und elektrizitaetswirtschaft berufen. mit seiner wahl zum zweiten nationalratspraesidenten im jahr 1962 schied waldbrunner aus der regierung aus. 1970 wurde er schliesslich zum ersten praesidenten des nationalrates gewaehlt.

nach der ueberreichung von buergerbrief und buergernadel dankte dipl.-ing. waldbrunner in bewegten worten fuer die hohe auszeichnung und die anerkennenden worte, wobei er betonte, dass die geschichte dieser jahre ein beweis dafuer sei, was der starke wille und die zusammenarbeit einer gemeinschaft vermoegen. wien stehe heute vor der realisierung zahlreicher grosser und wichtiger projekte. dazu wuensche er der stadtverwaltung den besten erfolg sowie viel glueck fuer die zukunft.

der ueberreichung der buergerurkunde wohnten unter anderem die drei praesidenten des nationalrates, anton b e n y a , dr. alfred m a l e t a und otto p r o b s t , die bundesminister dr. hannes a n d r o s c h , dr. christian b r o d a , dr. ingrid l e o d o l t e r , karl l u e t g e n d o r f , ing. josef m o s e r , dipl.-ing. dr. oskar w e i h s , die vorsitzenden des wiener landtages dr. karl s t e m m e r und maria h l a w k a sowie die mitglieder des stadtsenates bei.

1429

paedagogisches institut:

kindergarten-ausstellung eroeffnet

20 wien, 6.12. (rk) wiens staedtischen kindergaerten ist eine ausstellung gewidmet, die stadtschulratspraesident dr.hermann s c h n e l l montag in anwesenheit von jugendamtsleiter obersenatsrat dr. walter p r o h a s k a im paedagogischen institut der stadt wien, 7, burggasse 14-16, eroeffnet hat. diese praesentation ist zum teil eine wiederholung der bereits am tag der offenen tuer im rathaus gezeigten kindergaertnerinnen-ausstellung ''welt des kindes - weg ins leben''.

die ausstellung zeigt ausschnitte aus dem kindergartenalltag und versucht, die paedagogischen anliegen des wiener kindergartens darzustellen. der kindergarten als vorschulische bildungsstaette soll den kindern die bildende spielathmosphaere im kindergartenbereich erhalten. dies betrifft auch die raeumliche anlage des kindergartens, der nach alterspezifischen beduerfnissen eingerichtet ist. das paedagogische konzept im kindergartenbau wird durch ein modell des kindergartens 11, rinnboeckstrasse 47, dargestellt. die ausstellung vermittelt auch einen interessanten einblick in das noch im versuchsstadium befindliche wiener kindergarten-intensivprogramm.
1447

rinderhauptmarkt vom 6. dezember

21 wien, 6.12. (rk) unverkauft vom vormarkt: 1 kuh, neuzufuhren inland: 21 ochsen, 75 stiere, 280 kuehe, 96 kalbinnen, summe 472. gesamtauftrieb 21 ochsen, 75 stiere, 281 kuehe, 96 kalbinnen, summe 473. verkauft wurden 21 ochsen, 75 stiere, 279 kuehe, 96 kalbinnen, summe 471, unverkauft blieben 2 kuehe.

preise: ochsen 16 bis 19, extrem 0, stiere (16) 11 stueck, 16.50 bis 19, extrem 19.20/1 stueck, kuehe 11.50 bis 15.50 extrem 16/1stueck, kalbinnen 16 bis 18.50, extrem 18.80/1 stueck, beinlvieh kuehe 10.50 bis 11.30, ochsen und kalbinnen 12.50 bis 15.80 schilling je kilogramm.

der durchschnittspreis ermaessigte sich bei ochsen um 104 groschen, stieren 21 groschen, kuehen 29 groschen, kalbinnen 37 groschen je kilogramm. die durchschnittspreise einschliesslich beinlvieh betragen bei ochsen 16.26, stieren 17.95, kuehen 12.83, kalbinnen 16.86 schilling je kilogramm. beinlvieh verbilligte sich bis zu 10 groschen je kilogramm.
1456

kommenden donnerstag:

premierenfahrt der ''rollenden blutbank''

22 wien, 6.12.(rk) die erste ausfahrt der einzigen in oesterreich vorhandenen ''rollenden blutbank'', die kuerzlich in den dienst gestellt worden ist, wird kommenden donnerstag um 10.30 uhr zu der firma schenk in der jedleseer strasse 59 im 21. bezirk stattfinden. in dieser firma wurden unter denkbar unguenstigen umstaenden bereits einige blutabnahmen vorgenommen. heuer **werden zum erstenmal** die blutspenden unter entsprechenden raeumlichen voraussetzungen in der ''rollenden blutbank'' durchgefuehrt werden.

geehrte redaktion

wir laden sie herzlich ein, am ersten einsatz der ''rollenden blutbank'' teilzunehmen.

bitte merken sie vor:

zeit: donnerstag, 6. dezember, 10.30 uhr.

ort: 21, jedleseer strasse 59.

1546

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861

messung der attraktivitaet von stadtteilen

4 wien, 7.12. (rk) im auftrag der wiener stadtplanung wird das institut fuer empirische sozialforschung in den naechsten monaten eine ummfrage bei der bevoelkerung starten, deren ziel es ist, echte bewertungskriterien zur messung der attraktivitaet von stadtteilen zu erhalten.

das groesste problem bei dieser aufgabe: wohnwert, urbanitaet und attraktivitaet von stadtteilen sind von einer vielzahl von faktoren abhaengig. durch die studie soll der versuch unternommen werden, zu einem generalisierten bewertungsverfahren zu gelangen, das mit hilfe weniger kenngroessen auskommen kann.

die umfrage, die den lebensstil, praeferenzen und wohnwuensche der bevoelkerung ausloten will, wird in 30 wiener zaehlbezirken durchgefuehrt. der planungsausschuss stimmte der vergabe dieser arbeit kuerzlich zu. kosten: 1,1 millionen schilling.
0915

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien — Presseforum — A 1082 Wien, 1 Rathausstr. 1, Telephon 42800 Durchwahl Kl. 2971 - 2974, FS (7) 5662 — Chefredakteur: Wilhelm Adametz — Für den Inhalt verantwortlich: Chefredakteur-Stellvertreter Robert Prosel

neue form der lenkerpruefung:

sicher auto fahren - leichter gemacht

eine nuetzliche broschuere des wiener verkehrsamt-leiters

1 wien, 7.12. (rk) im licht der neuen form der lenker-pruefung - 10 bis 15 minuten (und damit doppelt so viel wie bisher) praktische pruefung durch einen pruefungskommissaer - gewinnt eine soeben erschienene broschuere an interesse, die vom chef des wiener verkehrsamtes, hofrat dr. hermann w e i n m a n n , unter mitarbeit leitender polizeijuristen anderer bundeslaender zusammengestellt und von der mobil oil austria herausgegeben wurde. unter dem titel ''sicher auto fahren'' wird dem pruefungskandidaten das wesentliche der strassen-verkehrsordnung und des kraftfahrgesetzes praxisnah und leicht fasslich ''ausgedeutscht''.

die wichtigsten kapitel der durch zeichnungen von rolf totter aufgelockerten und mit einem stichwortverzeichnis versehenen 36-seiten-broschuere behandeln den vorrang, die fahrgeschwindig-keit, das ueberholen und vorbeifahren, bodenmarkierungen, halten und parken, verhalten bei unfaellen, alkohol am steuer und fahren auf autobahnen. mobil stellt diese broschuere kostenlos allen fahrschulen oesterreichs zur verteilung an die fahrschueler zur verfuegung. die lektuere empfiehlt sich aber auch fuer ''alte hasen'' am volant, um das praktische wissen dem letzten stand der strassenverkehrsordnung angleichen zu koennen.

0858

teilnehmer an unesco-seminar im rathaus

2 wien, 7.12. (rk) die wiener arbeitsgemeinschaft der unesco - praesidentin vizebuergermeister gertrude f r o e h l i c h-s a n d n e r , generalsekretaer dr. l o v e c e k vom kulturamt - veranstaltet in diesen tagen ein internationales orientierungsseminar unter dem thema ''freiheit und autoritaet''. an dem seminar, das im schulungsheim bildungsinstitut hohe warte stattfindet, nehmen uno und unesco-klubs und internationale studentenklubs aus oesterreich, der bundesrepublik und jugoslawien teil. in vertretung von frau vizebuergermeister froehlich-sandner begruesste montag abend der leiter des kulturamtes, senatsrat dr. f o l t i n e k , die seminaristen bei einem empfang im rathaus.
0904

1972: 221 waschmaschinen fuer staedtische wohnhaeuser

3 wien, 7.12. (rk) auch an den waschmaschinen und zentrifugen in den kleinwaschkuechen der staedtischen wohnhausanlagen nagt der zahn der zeit: wie in den vorjahren, wird auch im kommenden jahr der austausch einer reihe von maschinen notwendig sein. fuer den ankauf von maschinen stehen im voranschlag 1972 insgesamt 4,35 millionen schilling zur verfuegung. der zustaendige gemeinderatsausschuss beschloss kuerzlich, fuer diesen betrag insgesamt 221 waschmaschinen und zentrifugen anzuschaffen. damit wird die modernisierung der gemeinschaftseinrichtungen fuer die mieter von gemeindewohnungen konsequent fortgesetzt.
0909

kommende woche:

adoptiertes puppenglueck im rathaus

5 wien, 7.12. (rk) so wie jedes jahr vor weihnachten wird es auch heuer wieder im wiener rathaus das traditionelle ''adoptierte puppenglueck'' geben. kommenden montag, den 13. dezember, wird wohlfahrtsstadtraetin maria j a c o b i im wappensaal des rathauses, um 15 uhr, im rahmen einer feier kleinen maedchen puppen zur adoption uebergeben. sinn und zweck dieser von frau jacobi ins leben gerufenen aktion ist es, die maedchen auf ihre muetteraufgaben vorzubereiten und sie beweisen zu lassen, dass sie bereits etwas vom hegen und pflegen verstehen.

geehrte redaktion!

sie sind herzlich eingeladen, berichterstatter und photoreporter zu dieser puppenadoption zu entsenden.

bitte merken sie vor:

zeit: montag, 13. dezember, 15 uhr.

ort: wappensaal des wiener rathauses.

0931

preisguenstige gemuese- und obstsorten

6 wien, 7.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 4 schilling, weisskraut 4 schilling, karotten 5 bis 6 schilling je kilogramm, glassalat 4 schilling je stueck.

obst: birnen, italienische (qualitaetsklasse 1) 8 bis 9 schilling, mandarinen, tuerkische, 9 bis 10 schilling, orangen, blond, 5.50 bis 6 schilling je kilogramm.

1031

neue bezirksamtsleiter in simmering und favoriten

8 wien, 7.12.(rk) zwei wiener wachstumsbezirke haben seit dienstag neue bezirksamtsleiter: simmering und favoriten. beide beamten wurden von magistratsdirektor dr. rudolf e r t l in ihre neuen funktionen eingefuehrt und erhielten aus seiner hand das ernennungsdekret des buergermeisters.

in simmerin fuehrt ab nun eine frau das bezirksamt: obermagistratsrat dr. erika h o r t i g , bisher stellvertretender leiter des kulturamts. ihr vorgaenger, obermagistratsrat dr. kurt j a n k o v i c , uebernahm noch am selben tag die leitung des bezirksamtes in favoriten.

bei beiden veranstaltungen - sie fanden unmittelbar nacheinander statt - wuerdigte magistratsdirektor dr. rudolf ertl die verdienste der neuen leiter. frau dr. hortig habe jede ihrer aufgaben schon bisher mit hingabe erfuellt und werde sich, wie ueberall, so auch in ihrem neuen wirkungskreis ''die herzen im sturm erobern''. dr. jankovic werde, wie bisher, so auch in favoriten das gute klima der zusammenarbeit mit den gewaehlten vertretern des bezirkes, mit gewerkschaft und personalvertretung ebenso wie mit allen mitarbeitern pflegen.

vizebuergermeister hans b o c k bezeichnete die bezirksaemter als ''vorfelder des magistrats'', bei denen der kontakt mit dem buerger besonders eng und unmittelbar sei. hier vor allem gelte es, den menschen in den mittelpunkt jeder verwaltungsentscheidung zu stellen. korrektheit und sauberkeit in der verwaltung seien zwar unentbehrliche forderung, doch meschlichkeit nicht zu entbehren. nur so koennten gewisse versuche der letzten zeit erfolglos bleiben, zwischen die beamtenschaft und den buerger einen keil zu treiben.

in der modernen verwaltung seien gute ergebnisse immer weniger durch die isolierte taetigkeit des einzelnen, sondern vielmehr durch die arbeit von teamgemeinschaften zu erzielen, erklaerte obermagistratsrat dr. erika h o r t i g bei antritt ihrer neuen taetigkeit als bezirksamtsleiter in simmering. persoenlich empfinde sie das gefuehl der auszeichnung durch ihre berufung ebenso wie wie das gewicht der neuen ver-

./.

antwortung. ihr sehnlichster wunsch sei immer - auch waehrend der vier jahre in der kulturverwaltung - die taetigkeit in einem bezirksamt gewesen. sie sei besonders gluecklich, in diesem traditionsreichen bezirk wirken zu koennen, der bei aller aufgeschlossenheit doch vom gesunden lokalpatriotismus getragen sei.

obermagistratsrat dr. kurt j a n k o v i c , der sich mit bewegten worten von seinen mitarbeitern in simmering verabschiedet hatte, erklaerte im bezirksamt favoriten, er danke dem buergermeister fuer dessen hohes vertrauen. an seine neuen mitarbeiter richtete jankovic die eindringliche bitte, in ihrer verwaltungstaetigkeit immer die sorgen und wuensche der buerger im auge zu behalten.

beide bezirksvorsteher, wilhelm w e b e r (simmering) und emil f u c i k (favoriten), begruessten ''ihre'' neuen bezirksamtsleiter mit besonderer herzlichkeit und versicherten sie der kooperationsbereitschaft der gewaehlten bezirksvertreter. in favoriten gedachten alle redner des verstorbenen bezirksamtsleiters dr. theodor n i e r a t s c h k e r , der - wie dr. ertl erklaerte - ''sein amt bis zuletzt aufopfernd gefuehrt'' habe und ein ebenso hervorragender beamter wie mensch gewesen sei.

moderne leistungsverwaltung mit ''horizontalem fuehrungsstil''

qualitaeten in der menschenfuehrung werden - bei vorausgesetzter fachlicher und persoenlicher qualifikation - fuer die leitenden beamten in der verwaltung von jahr zu jahr wichtiger: dies erklaerte obersenatsrat dr. walter p r o h a s k a als gewerkschaftsvertreter dienstag bei der einfuehrung der beiden neuen bezirksamtsleiter in simmering und favoriten, an der auch der leiter der amtsinspektion, obersenatsrat dr. karl t h e u e r , teilnahm.

prohaska erklaerte, angesichts des umstandes, dass die aufgaben der administration staendig wachsen, sei die demokratisierung nicht nur gegenueber dem buerger, sondern auch innerhalb der verwaltung ein anliegen, an dem gewerkschaft und personalvertretung gerne mitarbeiten werden. veraltete strukturen muessten durch den ''horizontalen fuehrungsstil'' abgeloest werden. nur damit koenne man eine zeitgemaesse leistungsverwaltung in die wirklichkeit umsetzen.

1328

weihnachtstisch der wiener:
billige importe von gaensen und truthuehnern

9 wien, 7.12. (rk) waehrend in der leichten musik vorwiegend das goldene herz des wieners besungen wird, verlaesst sich die nahrungsmittelindustrie lieber vertrauensvoll auf den wiener magen: fuer die kommenden feiertage erreichen die fleischeinlagerungen (fleisch, wild, gefluegel) bereits jetzt fast die 4-millionen-kilogramm-marke, das entspricht ungefaehr einem pro kopf-quantum von 2,5 kilogramm fuer jeden wiener.

und das sind die einlagerungsbestaende: 1.504 tonnen fleisch, fleischwaren und innereien, 2.155 tonnen gefluegel, 175 tonnen wild, 256 tonnen eier, 518 tonnen gemuese.

meldung von der preisfront: der import von gaensen und truthuehnern wurde von der entrichtung der ausgleichsteuer freigestellt, was sich im preis fuer den konsumenten auswirken sollte. ansonsten wird gemuese und gefluegel etwa auf dem preisniveau des vorjahres liegen, teurer werden fleisch, eier und fische sein, eine wesentliche verteuerung ist fuer wild zu erwarten.
1339

personalnachrichten

10 wien, 7.12. (rk) der wiener stadtsenat hat am dienstag den aerztlichen abteilungsvorstand dr. otto e r h a r t (ma 17) in die d i e n s t k l a s s e r o e m . s i e b e n befoerdert.

anlaesslich ihrer versetzung in den ruhestand wurde dem leiter der magistratsabteilung 48, senatsrat dipl.-ing. franz f i s c h e r , und dem leiter der magistratsabteilung 70, senatsrat dr. fritz s c h o p f , der titel o b e r s e n a t s r a t verliehen. aus dem gleichen anlass wurde dem amtsrat julius f u c h s (ma 6) und dem technischen amtsrat ing. ferdinand g o e r l i c h (ma 33) der titel o b e r a m t s r a t verliehen.
1343

leopoldstaedter bezirksmuseum:
enkaustische malerei und bildhauerei

7 wien, 7.12. (rk) unter der devise ''wir stellen vor'' fuehrt das leopoldstaedter bezirksmuseum, 2, karmelitergasse 9, seit einiger zeit einen veranstaltungszyklus durch, dessen bestreben es ist, mit einer fortlaufenden ausstellungsreihe verschiedene kuenstler der oeffentlichkeit vorzustellen. im rahmen dieser reihe findet kommenden donnerstag, den 9. dezember, um 17.30 uhr, durch bezirksvorsteher hubert h l a d e j die eroeffnung einer neuen ausstellung statt. sie ist arbeiten der akademischen malerin und graphikerin sylvia p e n t h e r (bildtafeln in enkaustischer malerei, oelbilder, farbstiftzeichnungen und handgewebte bilder) und der bildhauerin berta k l e m e n t (holz, keramik, stein) gewidmet.

die ausstellung wird bis einschliesslich 9. jaenner 1972 jeweils mittwoch 17 bis 19 uhr und samstag 14.30 bis 17 uhr und sonntag von 9 bis 12 uhr geoeffnet sein.
1038

hohe wiener auszeichnung fuer otto probst

11 wien, 7.12. (rk) die wiener landesregierung hat dienstag auf antrag von landeshauptmann-stellvertreter gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r beschlossen, dem dritten praesidenten des nationalrates, otto p r o b s t , in wuerdigung seiner ueberragenden verdienste um den wiederaufbau der republik oesterreich nach dem zweiten weltkrieg das grosse goldene ehrenzeichen mit dem stern fuer verdienste um das land wien zu verleihen.

der zeitpunkt der feierlichen ueberreichung der hohen auszeichnung durch landeshauptmann felix s l a v i k wird rechtzeitig mitgeteilt.
1346

wiener kultuschillinggesetz in der landesregierung eingebracht

13 wien, 7.12. (rk) als sechstes bundesland wird nun auch in wien eine abgabe eingefuehrt, die von den inhabern einer fernseh- oder rundfunk-hauptbewilligung zu entrichten sein wird. sie betraegt monatlich zehn prozent der fuer jede hauptbewilligung zu leistenden zahlung, wobei betraege bis einschliesslich 50 groschen abgerundet, betraege ueber 50 groschen auf einen vollen schilling-betrag aufgerundet werden. das ertraegnis wird fuer kulturelle zwecke, insbesondere fuer die altstadterhalrung verwendet werden.

finanzstadtrat otto s c h w e d a , der am dienstag den entwurf dieses wiener kulturschillinggesetzes in der wiener landesregierung eingebracht hat, verwies auf den umstand, dass das seinerzeitige kulturgroschengesetz weggefallen ist. andererseits verdienen die kulturellen bestrebungen und aufgaben insgesamt nicht nur staerkere beachtung, sondern verlangen auch mehr mittel. im neuen gesetz werde deutlich ausgedrueckt, dass das ertraegnis der abgabe kulturellen zwecken dienen soll und insbesondere fuer die altstadterhaltung zu verwenden ist.

das wiener kulturschillinggesetz wird in der naechsten geschaeftssitzung des wiener landtages, die naechste woche stattfindet, behandelt werden. es soll aber erst mit 1. maerz 1972 wirksam werden, weil die postverwaltung fuer die umstellung bei der einhebung eine gewisse anlaufzeit braucht.
1425

erhoehung der blindenbeihilfe in wien

12 wien, 7.12. (rk) auf antrag von wohlfahrtsstadtraetin maria j a c o b i hat dienstag die wiener landesregierung eine erhoehung der blindenbeihilfe um 7,4 prozent unter gleichzeitiger aufrundung auf den naechsten vollen zehn-schilling-betrag mit wirkung vom 1. jaenner 1972 beschlossen. blinde erhalten ab diesem zeitpunkt statt bisher 898 schilling jetzt 970 schilling, die schwerstsehbehinderten statt bisher 525 schilling jetzt 570 schilling, und zwar wie schon bisher vierzehnmal jaehrlich. der dadurch im naechsten jahr fuer die gemeinde wien entstehende mehraufwand wird mit 2,750.000 schilling angenommen.
1350

wien:

mittwoch beginnt der christbaumverkauf

14 wien, 7.12. (rk) mittwoch, den 8. dezember, einen tag nach der feierlichen illuminierung des grossen wiener weihnachtsbaumes auf dem rathausplatz, beginnt der einzelverkauf von christbaeumen an etwa 470 plaetzen des stadtgebiets von wien. wie im vorjahr ist mit einem gesamtangebot von rund 230.000 christbaeumen zu rechnen, wobei in den letzten jahren eine langsam fallende kauflust zu bemerken ist: immer mehr wiener machen ueber die feiertage urlaub ausserhalb wiens und fallen somit als kaeufer aus.

hauptlieferant des weihnachtlichen schmuckstuecks fuer die wiener wohnungen ist auch heuer wieder das bundesland niederoesterreich, mit abstand dahinter oberoesterreich und die steiermark. das verhaeltnis fichte- tanne betraegt im angebot etwa vier zu eins. an importen werden rund 5.000 daenische tannen angeboten.

das marktamt wird die einhaltung aller einschlaegigen bestimmungen laufend ueberpruefen, vor allem die kenntlichmachung der preise. christbaeume koennen bis einschliesslich 24.dezember in wien gekauft werden.
1431

naechste woche konzertstunde beim buergermeister

17 wien, 7.12. (rk) buergermeister felix s l a v i k hat 80 erzieher von staedtischen kinder- und jugendheimen zu einer konzertstunde ins rathaus eingeladen. in den repraesentationsraeumen werden lehrer und studierende des konservatoriums werke von chopin, liszt, puccini, abraham, kalman, benatzky und anderen zu gehoer bringen.

geehrte redaktion

zu der konzerstunde im rathaus laden wir sie herzlich ein.

zeit: dienstag, 14. dezember, 15 uhr.

ort: rathaus, repraesentationsraeume.
1500

schweinehauptmarkt vom 7. dezember

15 wien, 7.12. (rk) unverkauft vom vormarkt 0, neuzufuhr inland 1.578, hievon 18 durchlaufer, gesamtauftrieb dasselbe, verkauft alles.

preise: extrem 18.30 bis 18.80, 1. qualitaet 17.70 bis 18.20, 2. qualitaet 17 bis 17.60, 3. qualitaet (15.50 19 stueck) 16.20 bis 16.90, zuchten extrem 14 bis 14.50, zuchten 13 bis 13.85, altschneider 11.30 bis 12.50.

der durchschnittspreis fuer inlaendische schweine erhoehte sich um 28 groschen und betraegt 17.47. aussermarktbezuege in der zeit vom 3. bis 7. dezember ohne direkteinbringung 0. auftrieb im auslandsschlachthof: 50 schweine aus rumaenien, 560 aus ungarn und 491 aus der ddr. verkauf zu preisen von 15 bis 16.50.

pferdehauptmarkt vom 7. dezember

16 wien, 7.12. (rk) auftrieb 11 stueck, hievon 0 fohlen, herkunft der tiere: 4 aus niederoesterreich, 7 aus dem burgenland. verkauft wurden als schlachttiere 1 stueck, als nutztiere 0, unverkauft blieben 10 stueck.

preise: schlachttiere , pferde 2. qualitaet 7.20. der durchschnittspreis fuer inlaendische schlachtpferde ermaessigte sich um 1.33 und betraegt 7.20 schilling je kilogramm.

1459

weihnachtsbaum: gedenken an josef krainer

19 wien, 7.12.(rk) mit einer fanfare vom balkon des rathauses begann dienstag nachmittag die illuminierungsfeier des wiener weihnachtsbaumes 1971. landtagspraesident professor dr. hanns k o r e n nannte die fast 40 meter hohe fichte aus dem muerztal ein ''gruess gott an alle wiener'' aus der heimat des dichters peter rosegger. in grosser ergriffenheit gedachte koren jenes mannes, der eigentlich diesen baum an die bundeshauptstadt haette uebergeben sollen: des vor wenigen tagen verstorbenen landeshauptmannes josef k r a i n e r . die steiermark beklage und betrauere diesen verlust, das land sei verwaist. am ende seiner rede schaltete koren die beleuchtung des weihnachtsbaumes ein. vor der gesenkten steirischen fahne enthuellte er mit buergermeister felix s l a v i k die widmungstafel, auf der landeshauptmann josef krainer als spender des baumes im namen aller steirer eingetragen ist.

auch buergermeister felix slavik leitete seine rede mit dem gedenken an josef krainer ein: ein schatten der trauer falle ueber diese feier, und alle wiener naehmen grossen anteil an dem unersetzlichen verlust, den das land steiermark erlitten habe.

der baum, sagte slavik, solle in wien leuchten als ein zeichen fuer die zeit des friedens, den sich oesterreich nach der katastrophe des zweiten weltkrieges errungen habe. er solle aber auch mahnung sein dafuer, dass in manchen teilen der welt nach wie vor die zeit des krieges herrsche. buergermeister slavik drueckte auf dem rathausplatz den dank der wiener an alle steirer fuer den weihnachtsbaum 1971 aus und wuenschte den steirern und wienern ein frohes, friedvolles weihnachtsfest.

an der feier auf dem rathausplatz nahmen fast alle mitglieder des wiener stadtsenates teil, aus der steiermark auch landesrat sepp g r u b e r .
1833

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861

2. universitaets-frauenklinik:
modernisierter labortrakt mit isotopenraum

2 wien, 9.12. (rk) um bis zur inbetriebnahme des neuen allgemeinen krankenhauses die medizinische versorgung der wiener bevoelkerung und die forschungsmoeglichkeiten fuer die wissenschaft lueckenlos garantieren zu koennen, muessen auch im alten allgemeinen krankenhaus noch eine reihe von umbauten durchgefuehrt werden. kuerzlich ist der erweiterte labortrakt der 2. universitaets-frauenklinik seiner bestimmung uebergeben worden. die nutzflaeche des neuen labortraktes betraegt 600 quadratmeter. von besonderer bedeutung ist der mit umfangreichen sicherheitsadaptierungen ausgestattete raum fuer isotopenuntersuchungen. ein krankensaal, der durch zwischenwaende unterteilt wurde, war die ''ausgangsbasis'' fuer die neugeschaffenen labors. das bauvorhaben wurde in zwei etappen mit einem kostenaufwand von 6,7 millionen schilling durchgefuehrt.
0923

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien — Presseforum — A 1082 Wien, 1 Rathausstr. 1, Telephon 42800 Durchwahl Kl. 2971 - 2974, FS (7) 5662 — Chefredakteur: Wilhelm Adametz — Für den Inhalt

naechsten donnerstag pressefuehrung:
hermannsauna wird eroeffnet

4 wien, 9.12. (rk) hochbaustadtrat hubert p f o c h wird kommenden donnerstag, 16. dezember, im rahmen einer pressefuehrung die neue ''hermannsauna'' in wien-neubau vorstellen. die sauna mit 48 umkleidegelegenheiten wurde anstelle eines brausebades im staedtischen volksbad in der hermanngasse 28 eingebaut. damit wurde einer seit jahren deutlichen tendenz rechnung getragen: der fallenden frequenz bei den reinigungsbaedern, da alle wohnhausneubauten mit bad oder brausebad ausgestattet werden, und dem zunehmenden besuch in den saunabaedern. die saunabaeder gewinnen gerade bei den juengeren jahrgaengen immer mehr an attraktivität. interessant ist uebrigens, dass diese erste in einem volksbad eingebaute sauna unweit des ersten volksbades europas, das 1887 in der mondscheingasse 9 eroeffnet wurde, liegt.

geehrte redaktion!

wir laden sie herzlich ein, zu der pressefuehrung mit stadtrat pfoch berichterstatter und fotoreporter zu entsenden.

zeit: donnerstag, 16. dezember, 10.30 uhr.

ort: hermannsauna, 7, hermanngasse 28, erdgeschoss.

0955

verein fuer geschichte der stadt wien:
das barocke wien in der sicht franzoesischer zeitgenossen

3 wien, 9.12. (rk) im rahmen des vortragsprogrammes des vereines fuer geschichte der stadt wien wird freitag, den 10. dezember, universitaetsprofessor dr. erich z o e l l n e r ueber das thema ''das barocke wien in der sicht franzoesischer zeitgenossen'' sprechen. der vortrag findet um 18 uhr bei freiem eintritt im grossen vortragssaal des amtshauses, 8, friedrich schmidt-platz 5 (souterrain), statt.

0942

Gemeinderat der Stadt Wien

Rednerliste

zum Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1972,
zur Gebührenüberprüfung
und zum Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1972

Berichterstatter Amtsf.StR.	Hauptstück	zum Wort gemeldet			
		DFP	FPÖ	ÖVP	SPÖ
Schweda Do. 9.12.	II. und Generaldebatte	Dr. Tuma	Dr. Hirnschall	Dkfm.Dr. Ebert	Ing. Hofstetter
VBgm. Bock Fr.10.12.	I	Joachim Müller	Dr. Hirnschall	Köchl Lehner	Gratzl Wiesinger
VBgm. Gertrude Fröhlich-Sandner Fr.10.12.	III	Joachim Müller	Prof.Dr. Wolfram	Prof. Bittner Prof. Zörner	Hermine Fiala Gawlik
Maria Jacobi Sa.11.12.	IV	Joachim Müller	Prof.Dr. Wolfram	DDr.Gräf Gertrude Härtel	Herbert Mayr Maria Szöllösi
Dr. Glück Sa.11.12.	V	Dr. Tuma	Krenn	Dipl.Ing. Blaschka Lehner	Margarete Tischler Dr. Zeman
Ing. Hofmann Mo.13.12.	VI	Joachim Müller	Dr. Hirnschall	Dr.Goller Neusser	Czettel Edlinger
Pfoch Mo.13.12.	VII	Dr. Tuma	Prof.Dr. Wolfram	Traindl Dkfm.Dr. Wöber	Dipl.-Vw. Karoline Pluskal Schemer

Berichterstatter Amtsf.StR.	Hauptstück	DFP	FPÖ	ÖVP	SPÖ
Heller Di.14.12.	VIII	Joachim Müller	Klement	Hofmann Dipl.Ing. DDr.Strunz	Ing. Nedwed
Dkfm.Dr. Maria Schaumayer Di.14.12.	IX	Dr. Tuma	Krenn	Matza	Brosch
Dkfm. Hintschig Mi.15.12.	X	Joachim Müller	Dr.Hirnschall	Dr.Glatzl Dr. Habl	Outolny Friederike Seidl
Suttner Mi.15.12.	XI	Joachim Müller	Prof.Dr. Wolfram	Leinkauf Dr.Peter Mayr	Czettel
Pelzelmayer Do.16.12.	XII	Dr. Tuma	Krenn	Gockner Jedletzberger	Hala Maria Hlawka
Dr.Krasser Do.16.12.	XIII	Dr. Tuma	Klement	Dr. Macher	Lausecker
Nekula Fr.17.12.	Wirtschaftsplan WStW	Joachim Müller	Klement	Haag Kowarsch	Seeböck

(Mehrere Redner derselben Partei wurden vorerst alphabetisch angeführt)

neue ampeln in betrieb

6 wien, 9.12. (rk) donnerstag vormittag wurde an der stark befahrenen kreuzung ober-laaer strasse/himberger strasse eine verkehrslichtsignalanlage mit lokalautomatik in betrieb genommen.

zur sicherung des durch bauarbeiten erforderlich gewordenen neuen ''umleitungszirkusses'' am karlsplatz - wir berichteten ausfuehrlich darueber - wurde ecke lothringer strasse/dumbastrasse eine lichtsignalanlage in betrieb genommen.

gemeinsam mit der freigabe der stranzenbergbruecke ueber die verbindungsbahn werden freitag auf den beiden brueckenkoepfen fasangartengasse und hetzendorfer strasse koordinierte lichtsingalanlagen eingeschaltet. sie stellen die erste ausbaustufe einer kuenftigen signalgruppe stranzenbergbruecke - stranzenberggasse - graf seilern-gasse dar. die signalgruppe soll im naechsten jahr komplettiert werden.
1054

morgen, freitag:

stranzenbergbruecke frei

5 wien, 9.12. (rk) buergermeister felix s l a v i k wird freitag vormittag im beisein von tiefbaustadtrat kurt h e l l e r die stranzenbergbruecke ueber die verbindungsbahn, die mit ihren beiden auffahrtsrampen von der fasangartengasse und von der hetzendorfer strasse eine gesamtlaenge von 120 meter hat, fuer den verkehr freigeben.

geehrte redaktion !

wird laden sie herzlich ein, berichterstatter und photoreporter zu entsenden.

zeit: freitag, 10. dezember, 11 uhr.

ort: treffpunkt ecke stranzenberggasse/fasangartengasse.
1048

Gesperrt bis 17.30 Uhr:

Neue Sonderausstellung im Leopoldstädter Bezirksmuseum

Wien, 9.12. (RK) Im Leopoldstädter Bezirksmuseum, 2, Karmelitergasse 9, fand Donnerstag durch Bezirksvorsteher Hubert Hladej die Eröffnung einer neuen Sonderausstellung statt. Sie ist Arbeiten der akademischen Malerin und Graphikerin Sylvia Penther (Bildtafeln in enkaustischer Malerei, Ölbilder, Farbstiftzeichnungen und handgewebte Bilder) und der Bildhauerin Berta Klement (Holz, Keramik und Stein) gewidmet. Bekanntlich führt das Leopoldstädter Bezirksmuseum unter der Devise "Wir stellen vor" seit einiger Zeit einen Veranstaltungszyklus durch, dessen Bestreben es ist, mit einer fortlaufenden Ausstellungsreihe Künstler der verschiedensten Sparten der Öffentlichkeit vorzustellen.

Die Ausstellung wird bis einschließlich 9. Jänner 1972 jeweils Mittwoch von 17 bis 19 Uhr, Samstag von 14.30 bis 17 Uhr und Sonntag von 9 bis 12 Uhr geöffnet sein.

1106

\- - -

preisguenstige gemuese- und obstsorten

7 wien, 9.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 4 schilling, weisskraut 4 schilling, karotten 5 bis 6 schilling je kilogramm, glassalat 5.50 bis 6 schilling je stueck.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 schilling, bananen 6 bis 7 schilling, mandarinen 10 schilling, orangen 8 schilling je kilogramm.

1055

Wiener Gemeinderat

Wien, 9.12. (RK)

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Felix Slavik trat der Wiener Gemeinderat am Donnerstag zusammen, um über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien zu beraten.

Zwei Anträge der Bezirksvorstehung 1, und zwar "Subventionierung von Parkgaragenbauten" sowie "Schaffung einer Kreditaktion für Heizungsumstellung" wurden dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Neue Gemeinderätin

Anstelle von Leopoldine Schlinger (SPÖ-Leopoldstadt) wurde Evelyne Andrlik in den Gemeinderat berufen. Bürgermeister Slavik sprach der ausscheidenden Gemeinderätin den Dank für ihre geleistete Arbeit aus und würdigte ihre Tätigkeit.

Neuwahlen für Ausschüsse

Durch die Wahl des Gemeinderates Herbert Mayr zu einem Vorsitzenden des Gemeinderates in der letzten Sitzung wurde die Wahl eines Schriftführer notwendig. Gemeinderat Wiesinger (SPÖ) wurde für diese Funktion gewählt. Anstelle von Gemeinderätin Hermine Fiala wurde Gemeinderätin Friedrike Seidl (SPÖ) in den Gemeinderatsausschuß I und in die Gemeinderätliche Personalkommision und Gmeinderätin Hermine Fiala in den Gemeinderatsausschuß V gewählt. Die neue Gemeinderätin Evelyne Andrlik wurde in die Gemeinderatsausschüsse IV und XII sowie in die sogenannte Altersheimkommission gewählt.

\- - -

Wiener Gemeinderat:

Das Budget 72: Rekordinvestitionen

Generaldebatte zum Budget 1972 und Spezialdebatte zur Geschäftsgruppe II (Finanzwesen).

Referent Stadtrat Otto Schweda (SPÖ)

Einnahmen 20.073,536.400 Schilling, Ausgaben 20.360,708.800 Schilling.

Wien, 9.12. (RK) Die Investitionen der Stadt Wien steigen im kommenden Jahr gegenüber 1971 um 26,8 Prozent oder 1.164 Millionen auf 5.515 Millionen. Damit erhöht sich auch der Anteil der Investitionen am Gesamtbudget um 2,8 Prozent, während der Anteil der Personalkosten und des Sachaufwandes sinkt. Diese Tatsachen standen im Mittelpunkt des Berichtes von Stadtrat Schweda (SPÖ) über das Gesamtbudget und über die Geschäftsgruppe 2 (Finanzwesen).

Bei der Budgeterstellung stehen heute die wirtschaftspolitischen Funktionen des Budgets im Vordergrund - das weitere Wirtschaftswachstum, die soziale Sicherheit mit der Vollbeschäftigung als Grundlage, die Verteilung der Einkommen nach sozialen Geisichtspunkten und die Versorgung der Gesellschaft mit den Gütern und Leistungen, die der Private nicht liefern kann oder soll.

Österreich liegt, was das Wirtschaftswachstum betrifft, sowohl 1970 als auch 1971 mit an der Spitze der 16 OECD-Staaten und wird auch 1972 mit einem prognostizierten Wachstum von 4 bis 4,5 Prozent in der Spitzengruppe sein. Produktion und Produktivität der Wiener Industrie wachsen allerdings langsamer als der österreichische Durchschnitt, nämlich infolge des Mangels an Arbeitskräften.

./.

Der Sicherung des nötigen Arbeitskräftepontentials kommt daher große Bedeutung zu. Die Stadt Wien wirkt mit ihren zahlreichen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen Branchenschwächen entgegen und setzt darüber hinaus mit ihren Investitionen für die Verbesserung der Infrastruktur wesentliche Wachstumsimpulse. Aber nicht nur die ökonomische, sondern auch die soziale Infrastruktur - Wohnungen, Spitäler, Bildungsstätten, Kulturförderung, Sport- und Erholungseinrichtungen usw. - erfordern enorme Anstrengungen.

Die Entwicklung ist derzeit von ungeheurer Dynamik getragen, die konzeptiv erfaßt werden muß. Das Gesicht der Stadt wird weitgehend verändert, die Entwicklung auf Jahrzehnte festgelegt. Das vorliegende Budget gibt ein Gefühl der Sicherheit, den Erfordernissen Rechnung getragen zu haben.

Es zeichnen sich die Schwerpunkte ab, mit denen das Arbeitsprogramm erfüllt wird, aber es kommen immer neue Wünsche dazu. Wien ist keine arme Stadt, eine sorgsame Finanzpolitik hat in den vergangenen Jahren dafür gesorgt. Das darf aber nicht zur Sorglosigkeit verleiten, schon gar nicht bei der Aufnahme von Fremdkapital. Wien darf nicht in eine Schuldenzone geraten, die letzten Endes die Entwicklung lähmen und die Bevölkerung untragbar belasten würde. Fremdmittel dürfen nur in einem wirtschaftlich zu verantwortenden Ausmaß aufgenommen werden.

Die Geschäftsgruppe Finanzwesen hat mit 4.971 Millionen wie in den vergangenen Jahren die höchsten Ausgaben aller Geschäftsgruppen. Darunter sind 1.080 Millionen für den U-Bahn-Bau, 340 Millionen für den verbesserten Hochwasserschutz, 80 Millionen für die Aufschließung von Betriebsbaugebieten, 84 Millionen für den Wiener Beitrag zur Errichtung der UNO-City und 555,7 Millionen für die Übernahme von Pensionslasten der Stadtwerke.

Stadtrat Schweda beschäftigte sich dann mit Gebührenfragen. Verschiedene Gebühren - zum Beispiel für Wasser, Kanalisation und Müllabfuhr - wurden seit Jahren nicht nachgezogen und sind nicht kostendeckend.

./.

Die Stellungnahme der Bundesregierung veranlaßte die Stadtverwaltung, im Interesse der allgemeinen Preisentwicklung 1971 von einer Nachziehung abzusehen. Auf die Dauer wird dies aber nicht möglich sein. Es werden immer höhere Leistungen beansprucht - aber für die geforderten Leistungen müssen auch entsprechende Gegenleistungen in Form von wenigstens annähernd kostendeckenden Tarifen erbracht werden. Im Zusammenhang mit einer Tariferhöhung der Verkehrsbetriebe wird jetzt der sogenannte "Nulltarif" als neue Entdeckung verkündet. Der Gedanke ist gar nicht neu, seit langem beschäftigen sich Fachleute in aller Welt damit, ohne eine brauchbare Lösung gefunden zu haben. Die Kernfrage ist: Wer bezahlt das? Alles, was von verschiedenen Gruppen, die sich sonst sehr wenig um den Massenverkehr kümmern, derzeit dazu gesagt wird, ist aus der Sicht der Praxis unausgegoren. Im kommenden Jahr wird eine umfassende und tiefgreifende Durchleuchtung der Tarifprobleme erfolgen. Das ist nicht eine Angelegenheit weniger Wochen und nicht nur eine Angelegenheit Wiens. Auch der Österreichische Städtebund wird sich damit befassen und dabei auch den Nulltarif natürlich nicht außer acht lassen.

Diese Grundsatzfragen sind umso dringender, als im kommenden Jahr über einen neuen Finanzausgleich verhandelt werden muß. Dabei wird es unter anderem um die Beseitigung jener Benachteiligung der Industriegemeinden gehen, zu der es im letzten Finanzausgleich gekommen ist. Zentrale Forderungspunkte sind: mehr Unterstützung bei der Spitalserhaltung - die Wien im kommenden Jahr mit fast zwei Milliarden Schilling belasten wird -, beim Schul- und Straßenbau, bei der Wasserversorgung und bei der Abwasserbeseitigung. Durch die Umstellung von der Umsatzsteuer auf die Mehrwertsteuer, die der Finanzminister für den 1. Jänner 1973 plant, dürfen den Gemeinden keine Mehrbelastungen entstehen.

Die Gemeinden sehen sich immer neuen Aufgaben und der Intensivierung der bestehenden Aufgaben gegenüber. Der Lebensstandard der Bevölkerung wächst, persönliche Wünsche vom Auto bis zum Haushaltsgerät, vom Urlaub im Süden bis zu dem Kram, der einfach Freude macht, können immer besser erfüllt werden

./.

Alle diese Dinge haben ihren Preis, der selbstverständlich auch bezahlt wird. Eine gleiche Bereitschaft, den angemessenen Preis zu bezahlen, besteht bei den Leistungen der Gemeinschaft nicht. Der Wunsch nach meh Leistungen der Gemeinschaft ist oft mit dem Wunsch verbunden, dafür weniger zu bezahlen. Von Leuten, die damit ihr wirtschaftliches oder ihr politisches Geschäft machen wollen, wird der Ruf initiiert: Die Gemeinde soll zahlen. Die Gemeinde ist aber kein Phantom, sondern die Gemeinschaft der Bürger. Von irgendwoher muß das Geld kommen, mit dem die wachsenden Aufgaben bewältigt werden.

Vor einigen Jahrzehnten beschränkte sich die Tätigkeit der Gemeinschaft auf einige wenige Aufgaben, wie Gericht, Polizei, Schule, Straßenbau. Der Städter von heute könnte ohne die Gemeinschaftseinrichtungen, wie Energieversorgung, öffentlicher Verkeh , Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung usw., nur wenige Tage existieren. Mit der wachsenden Freiheit, dem wachsenden Lebensstandarf und der wachsenden Mobilität ist auch die Abhängigkeit des einzelnen von der Gemeinschaft gewachsen und sie wird weiter wachsen. Der Lebensstandard des einzelnen ist nicht nur vom persönlichen Einkommen, sondern in immer höherem Maße vom Vorhandensein und Funktionieren der Gemeinschaftseinrichtungen abhängig.

116 Erinnerungen

StR Schweda berichtete, daß heuer 131 Gemeindebürgerdie Möglichkeit benützt haben, in das aufgelegte Budget der Stadt Einsicht zu nehmen. Im Vorjahr waren es nur 67. Es wurden heuer 116 Erinnerungen zum Budget abgegeben, gegenüber 60 im Vorjahr. Diese annähernde Verdoppelung des Interesses ist sehr erfreulich. Die eingebrachten Erinnerungen, die in der Mehrzahl Verkehrsprobleme betreffen, werden den zuständigen Ausschüssen zur Erledigung zugewiesen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

\- - -

Musikveranstaltungen in der Zeit vom 13. bis 19. Dezember 1971

Wien, 9.12. (RK)

Montag, 13. Dezember:

11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Kulturamt der Stadt Wien - Theater der Jugend: 13. Orchesterkonzert für Schüler der 3.Klassen. Wiener Symphoniker, Dirigent: Karl sterreich Solisten: Rudolf Scholz (Orgel), Heinrich Schiff (Cello). Händel: Orgelkonzert F-Dur, op.4/Nr.4; Resphighi: Adagio mit Variationen für Violoncello und Orchester; G.v.Einem: Capriccio für Orchester, op.2; Tschaikowsky: Aus der "Nußknacker"-Suite,op.71a.

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, ÖGB - Musik• Jugend: Chor- und Orchesterkonzert. NÖ-Tonkünstlerorchester, Dirigent: Günther Theuring; Wiener Jeunesse-Chor. Scho'lum: Gesang aus der Nacht; Weill: Berliner Requiem; M.Haydn: Requiem.

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozart Saal, Wiener Konzerthausgesellschaft: Gulda spielt J.S.Bach: Englische Suite, a-moll, und dirigiert sein "Concertino for Players and Singers" (Urauffg.); Mitwirkend: Wiener Kammerorchester, Wiener Kammerchor.

19.00 Uhr, 2, Hollandstraße 4, Collegium Hungaricum - Österr.-Ungar.Ges.: Konzert der in Wien studierenden ungarischen Musikstudenten (Schütz, Mozart, Chopin, Schubert, Telemann, Ravel, Bartók, Villa-Lobos, Elgar).

19.30 Uhr, Wiener Urania, Mittlerer Saal, Wiener Urania - Kulturamt der Stadt Wien: "Faszination Oper" - ein Zyklus von und mit Erik Werba. Im Mittelpunkt: Staatsppernsängerin Gertrude Jahn (Mezzosopran). Die Sängerin und ihr Rollenfach - Gespräch mit der Sängerin - Vortrag von Arien.

19.00 Uhr, Haus der Begegnung, 21. Angererstraße 14, Konservatorium der Stadt Wien: Orchesterkonzert der Zweigschulen.

18.30 Uhr, 1, Johannesgasse 8, Konzertsaal, Hochschule für Musik und darstellende Kunst: Liederabend der Klasse a.o. Prof. D.Buchholz (Mozart, Beethoven, Tschaikowsky, Brahms).

./.

Dienstag, 14. Dezember:

19.30 Uhr, Musikverein - Großer Saal, Musikalische Jugend: Chor-Orchesterkonzert. (Programm siehe 13. Dez.), Dirigent: Günther Theuring

19.30 Uhr, Musikverein - Brahms-Saal, Musikalische Jugend: Duo-Abend Wolfgang Schulz (Flöte) - Helmut Deutsch (Klavier) (Ph. E. Bach, J. S. Bach, Prokofjew, Eder, Jolivet)

19.30 Uhr, Konzerthaus - Schubert-Saal, Wiener Konzerthausgesellschaft: "Wir stellen vor": Ulrike Kneuer (Viola da Gamba), Eiko Enoki (Cembalo), Händel: Sonate C-Dur; Couperin: Aus "Pieces de Clavecin"; Marais: Couplets de folies d-moll; J. S. Bach: Chromatische Fantasie und Fuge d-moll, BWV 903; Sonate D-Dur, BWV 1028.

18.30 Uhr, Palais Palffy - Figaro-Saal, Österreichisches Kulturzentrum - Hochschule für Musik: Zyklus "Premiere der Jugend": Studierende und Absolventen der Hochschule für Musik und darstellende Kunst (Brahms, Chopin, Haydn, Martin, Paganini, Rautavaara, Saint-Saens, Weber, Wolf, Szymanowski).

19.30 Uhr, Konzerthaus - Mozart-Saal, Konservatorium der Stadt Wien: Orchesterkonzert der Zweigschulen

18.30 Uhr, 1, Johannesgasse 8 - Konzertsaal, Hochschule für Musik und darstellende Kunst: Kompositionsabend der Klasse Prof. Heinrich Gattermeyer

Mittwoch, 15. Dezember:

19.30 Uhr, Musikverein - Brahms-Saal, Gesellschaft der Musikfreunde: A. o. Gesellschaftskonzert - Klavierabend Jörg Demus, J. S. Bach: "Die Clavierübung", 3. Abend

20.00 Uhr, Theater im Zentrum, Musikalische Jugend: 3. Konzert im Zyklus IX, Kombi. Chansonabend Georg Kreisler "Autobiographie"

19.30 Uhr, Konzerthaus - Mozart-Saal, Wiener Konzerthausgesellschaft: 2. Orgelabend Anton Heiller; J. S. Bach: Präludium und Fuge a-moll, BWV 551; acht Choralvorspiele aus dem "Orgelbüchlein", BWV 572, Fantasie C-Dur, BWV 570; acht Choralvorspiele aus dem "Orgelbüchlein", BWV 543

19.30 Uhr, 1, Johannesgasse 8, Konzertsaal, Gesellschaft für Musiktheater: Einführungsvortrag zur bevorstehenden Premiere der Staatsoper von Verdis "La Traviata". Es spricht: Franz Eugen Dostal, mit Schallplattenbeispielen

19.30 Uhr, 1, Seilerstätte 26, Festsaal, Hochschule für Musik und darstellende Kunst: "Alte Musik zur Weihnacht", Ausführende: ein Ensemble der Hochschule

./.

18.30 Uhr, 1, Seilerstätte 26, Festsaal, Hochschule für Musik und darstellende Kunst: Vortragsabend der Klasse Hans Maria Kneihs (in Zusammenarbeit mit der Abteilung Kirchenmusik)

19.00 Uhr, 21, Angererstraße 14, Haus der Begegnung, VHS Floridsdorf - Kulturamt der Stadt Wien: "Italienische Musik des Barocks", Ausführende: Ellen Klein (Sopran), Thomas Kakuska (Violine), Wolfgang Herzer (Violoncello), Vera Schwarz (Cembalo), (Vivaldi, Sammartini, Scarlatti, Corelli, Caldara)

Donnerstag, 16. Dezember:

19.30 Uhr, Konzerthaus - Großer Saal, Musikalische Jugend: 4. Konzert im Zyklus II - "Vorwiegend Haydn", Voraufführung zum 5. Konzert im Zyklus I der Wiener Konzerthausgesellschaft (Programm siehe 17. Dezember)

19.30 Uhr, 19, Pfarrplatz 3, Beethoven-Saal, Wiener Beethovengesellschaft: Beethoven-Sonatenabend, am Flügel: Alexander Jenner

19.00 Uhr, Domes-Heim, 4, Theresianumgasse 16-18, Konservatorium der Stadt Wien: Opernfragmente aus "Tiefland", "Boris Godunow" und "Hoffmann's Erzählungen", Ausführende: Studierende der Opernklasse, Gesamtleitung: Kammersänger Prof. Peter Klein (Staatsoper)

19,00 Uhr, Amerika-Haus, VHS Urania - Wiener Arbeiterkammer - Amerika-Haus: "Das amerikanische Musical" von und mit Herbert Moulton, 11. Abend. The 1960's: Das "Unified Musical", "Hair" und Rock - letzte Entwicklungen, mit Lichtbildern und musikalischen Beispielen

19.30 Uhr, Schönbrunner Schloßtheater, Reinhardt-Seminar - Österr. Amerik. Gesellschaft: "Tut was Ihr wollt", ein Rockmusical von Donald Driver

18.30 Uhr, 1, Johannesgasse 8 - Konzertsaal, Hochschule für Musik: Violinabend der Klasse o.Prof. Franz Samohyl (Bach, Händel, Brahms, Saint Saens, Paganini)

18.30 Uhr, 1, Seilerstätte 26, Festsaal, Hochschule für Musik: Klavierabend der Klasse Prof. Walter Robert

Freitag, 17. Dezember:

19.30 Uhr, Musikverein - Großer Saal, Gesellschaft der Musikfreunde - ORF: 1. Konzert im Zyklus III. ORF-Symphonieorchester, Dirigent: Hans Swarowsky, Singverein der Gesellschaft der Musikfreunde. Einstudierung Helmuth Froschauer (Paul Hindemith: Nobilissima Visione, Arthur Honegger: König David (Symphonischer Psalm)

15.30 Uhr, Konzerthaus - Mozart-Saal, Theater der Jugend: Mozart-Sängerknaben, Leitung: Erich Schwarzbauer (Programm siehe 18. Dezember)

./.

19.30 Uhr, Musikverein - Brahms-Saal, Musikalische Jugend: Liederabend Bernd Weikl, am Flügel: Roman Ortner (Beethoven, Schubert, Wolf, Reutter, Honegger)

19.30 Uhr, Konzerthaus - Großer Saal, Wiener Konzerthausgesellschaft: 5. Abend, Zyklus I, Wiener Symphoniker, Dirigent: Bruno Maderna, Solistin: Christiane Edinger (Violine), Haydn: Symphonie G-Dur Nr. 94, Schumann: Violinkonzert d-moll, Mendelssohn: 3. Symphonie a-moll, op. 56

19.00 Uhr, Konzerthaus - Mozart-Saal, Bachgemeinde Wien: Chor und Orchester der Bachgemeinde, Dirigent: Prof. Julius Peter, Solisten: Dr. Rudolf Scholz (Gesang) und Herbert Metzger (Orgel), J. S. Bach: Weihnachtsoratorium

18.30 Uhr, 1, Johannesgasse 8, Konzertsaal, Mozartgemeinde Wien - Hochschule für Musik: W. A. Mozart: Kompositionen aus dem Todesjahr (anläßlich der 180. Wiederkehr des Todestages am 5. Dezember 1971), Ausführende: Klasse o.Prof Dr. Erik Werba und a.o.Prof. Kurt Schmidek

19.30 Uhr, Schönbrunner Schloßtheater, Reinhardt-Seminar - Österr. Amerik. Gesellschaft: "Tut was Ihr wollt", ein Rockmusical von Donald Driver

Samstag, 18. Dezember:

19.30 Uhr, Musikverein - Großer Saal, Volksbildungskreis: 3. Konzert im Zyklus "Musik der Meister": Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Dirigent: Kurt Wöss, Solist: Hubert Jelinek (Harfe), Schubert: 6. Symphonie, Dittersdorf: Harfenkonzert, Brahms: 4. Symphonie

19.30 Uhr, Musikverein - Brahms-Saal, Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Abonnement - Liederabend, Serie A. Walter Berry - am Flügel: Erik Werba (Schubert, Brahms, Martin, Ravel, Wolf)

15.30 Uhr, Konzerthaus - Mozart-Saal, Theater der Jugend: Mozart-Sangerknaben, Leitung: Erich Schwarzbauer, Chöre von C.PH.E. Bach, Mozart, Distler und Pepping, Volkslieder aus Europa, Schubert: Szenische Aufführung des Singspieles "Zwillingsbrüder"

19.30 Uhr, Schönbrunner Schloßtheater, Reinhardt-Seminar - Österr. Amerik. Gesellschaft: "Tut was Ihr wollt", ein Rockmusical von Donald Driver

16.00 Uhr, Konzerthaus - Mozart-Saal, Bachgemeinde Wien: J. S. Bach: Weihnachtsoratorium (Programm siehe 17. Dezember)

./.

Sonntag, 19. Dezember:

16.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal, 5. Sonntagnachmittagkonzert des NÖ-Tonkünstlerorchesters, Dirigent: Karl Etti, Solist: Thomas Kakusa (Violine); Beethoven: 6. Symphonie Haydn: Violinkonzert C-Dur; Reger: Mozart-Variationen.

11.00 Uhr, Wiener Funkhaus, Großer Sendesaal, ORF: 4.Konzert der Sonntagvormittagkonzerte. Wiener Symphoniker, Dirigent: Horst Stein. Solist: Alexander Tscherepnin (Klavier); Hector Berlioz: Ouverture zu "Benvenuto Cellini" ; Alexander Tscherepnin: 5. Klavierkonzert Max Reger: Hiller-Variationen.

11.30 Uhr, Paulanerkirche, Orgelkonzert Wolfgang Guhswald (Reger, Schubert, Bach, Beethoven).

10.00 Uhr, Hochschulkirche St.Ursula, Hochschule für Musik und darstellende Kunst: Orgelmesse. Werke von Couperin und Dandrieu. An der Orgel: Alfred Halbartschlager (Klasse Prof.Dr. Hans Haselböck).

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Generaldebatte

Wien, 9.12. (RK) GR. Dr. Tuma (DFP) erklärt, die DFP habe den Voranschlag als Oppositionspartei eingehend geprüft. Sie anerkenne, daß der neue Finanzstadtrat außerhalb der politischen Sphäre dann, wenn es sich um sachliche Dinge dreht, tatsächlich zu sachlicher Auseinandersetzung auch mit den kleinen Fraktionen bereit ist.

Zu überlegen sei, inwieweit durch dieses Budget die Interessen des Einzelnen berücksichtigt wurden, ob die Sparsamkeit der Verwaltung in genügendem Maße und am richtigen Platz erfolgt und inwieweit die Verwendung der Mittel nach demokratischen Grundsätzen gewährleistet ist.

Zur Frage der Budgetklarheit: Diese ist dadurch nicht gegeben, daß man die Personalkosten in einer eigenen Geschäftsgruppe veranschlagt und nicht in den einzelnen Sparten. Was die Konjunkturgemäßheit des Budgets betrifft, wird es durch die erheblichen Preissteigerungen des Jahres 1972 der Konjunkturpolitik nicht dienlich sein. In Wien überdrehe man die Dinge, da man in unverantwortlichem Maße überhitze. Es wäre notwendig gewesen, derzeit keine Gebührenerhöhungen vorzunehmen und mit den Investitionen etwas zurückzuhalten.

Zum Null-Tarif: Es sei ein legitimes Anliegen zumindest Versuche anzustellen.

Völlig vernachlässigt wird auch in diesem Voranschlag die Sicherheit des einzelnen Bürgers. Nicht beachtet wird auch das Bedürfnis des Menschen auf den Schutz seiner Umwelt.

Auf dem Sektor der Gesundheitspolitik scheinen langsam Maßnahmen anzulaufen, die die Situation entschärfen. Im Argen liege jedoch die Vergabe von Altgemeindewohnungen. Eine alte Forderung seiner Fraktion sei die Vergabe unter öffentlicher Kontrolle.

Die Entschädigungen bei Enteignungen müßten auch nach sozialen Gründen bewertet werden. Der volle Ersatz müßte nicht in Geld sondern in Sachwerten geleistet werden.

./.

Für Kultur, Volksbildung, Sport und die Schulen werden nur 4,7 Prozent des Gesamtbudgets aufgewendet. Ein viel zu geringer Betrag.

Zur Kontrolle der Verwaltungstätigkeit: Die Beanstandungen müßten in einer Untersuchungskommission in öffentlicher Sitzung behandelt und überprüft werden.

Seine Fraktion werde dem Budget und dem Gebührenspiegel nicht zustimmen.

Der Generalredner der FPÖ, Dr. Hirnschall, meinte einleitend, die etwa 16prozentige Zunahme der Budgetansätze sei nicht Ausdruck einer höheren Wirtschaftskraft Wiens, sondern eher einer inflationistischen Entwicklung. Seiner Meinung nach sei Wien zudem die einzige Großstadt Mitteleuropas, die eine Stagnation aufweise. Der Geburtenrückgang sei Ausdruck dafür, daß Wien seine Anziehungskraft vor allem auf die jüngeren Menschen in den angrenzenden Bundesländern doch zum Teil eingebüßt habe. Als weiteres Indiz für die Stagnation auch im wirtschaftlichen Bereich führte der FPÖ-Redner an, eine Untersuchung habe gezeigt, daß in den letzten fünf Jahren 137 Betriebe aus Wien abgewandert seien und daß Wien beim Produktionszuwachs hinter Niederösterreich an letzter Stelle rangiere.

In diesem Zusammenhang müsse auch das Gastarbeiterproblem gesehen werden. Während in anderen Ländern die Gastarbeiter zusätzlich zu den einheimischen Arbeitskräften geholt würden, müßten sie vor allem in Wien jenes Manko ausgleichen, das durch die Abwanderung der einheimischen Arbeitskräfte ins Ausland entstehe. Man sollte daher vor allem versuchen, die eigenen Arbeitskräfte im Lande zu behalten. Bedenken meldete Hirnschall auch gegen die Absicht an, aus Gastarbeitern Zuwanderer zu machen. Dies sei erst kürzlich im Gemeinderat bei der Schaffung eines Fonds für Zuwanderer zum Ausdruck gekommen. Eine solche organisierte Seßhaftmachung von Gastarbeitern müsse sehr kritisch beobachtet werden. Wenn es auch den Firmen gelinge, ordentliche Quartiere für Gastarbeiter zu schaffen, so seien sie doch wesentlich überfordert, müßten sie ordentliche Wohnungen für die Zuwandererfamilien finanzieren. Gemeindewohnungen für die Ausländer kämen aber wohl kaum in absehbarer Zeit in Frage, da es ja noch immer 17.000 Vormerkungen von Wiener Familien gäbe.

./.

Ähnlich sei es bei den Kindergärten und den Schulen, meinte Hirnschall. Sollte man sich über diese Bedenken hinwegsetzen, bestehe die Gefahr, daß es in einigen Stadtteilen zu Slumbildungen komme. Aus diesem Grunde habe München bereits die Zuwanderung weiterer Gastarbeiter gestoppt. Schließlich dürfe man auch nicht die Probleme übersehen, die entstehen, wenn es einmal zu einer wirtschaftlichen Rezession spürbaren Ausmaßes kommen sollte.

GR. Hirnschall ging dann auf Einzelheiten des Budgetentwurfes ein und meinte, daß auf der Ausgabenseite eindeutig eine Schwerpunktbildung festzustellen sei. So sei es erfreulich, daß für die U-Bahn mehr als eine Milliarde Schilling zur Verfügung gestellt werde. Die erstmalige Zahlung eines Bundesbeitrages von 150 Millionen Schilling sei jedoch ein Beweis, daß es seinerzeit ein Fehler gewesen sei, einen fixen Bundesbeitrag statt einer prozentuellen Beteiligung auszuhandeln, die auf ursprünglich fünf Milliarden geschätzten Kosten für das Grundnetz lägen bereits heute bei weit mehr als sieben Milliarden.

So sehr es verständlich sei, bedeutende Beträge etwa für die UNIDO und die Großgrünanlage in Ober-Laa vorzusehen, so handle es sich doch nicht um solche existentielle Vorhaben, wie etwa der Ausbau der Altersheime. Und deren Dotierung mit 35 Millionen Schilling sei der Tiefpunkt der Budgetpolitik. Auch die Investitionen auf dem Kindergartensektor seien leider im kommenden Jahr mit 5,4 Millionen Schilling geringer als 1971. Die Altstadterhaltung sei mit 3,6 Millionen ebenfalls viel zu gering dotiert. Aber der Presse- und Informationsdienst sei der Stadt mehr wert, als Naturschutz, Lärmbekämpfung, Kampf gegen die Luftverschmutzung und die Altstadterhaltung zusammen.

Was schließlich die Tarife angehe, so sei die FPÖ der Meinung, daß eine Erhöhung verschiedener Gebühren vom Budget her nicht notwendig sei, da ja der präliminierte Abgang unbedeutend sei. Tariferhöhungen könnten daher zum derzeitigen Zeitpunkt nur als mutwillig bezeichnet werden.

Seine Fraktion werde dem Budget und den Ansätzen des II. Hauptstückes nicht zustimmen.

./.

Als Generalredner der ÖVP kritisierte Dkfm. Dr. Ebert zunächst die Steigerung des Budgetrahmens um 16 Prozent gegenüber dem Jahr 1971. Dies lasse darauf schließen, daß der letzte Voranschlag unrealistisch war und daß ihm viel gefehlt habe, das nunmehr nachgeholt werden müßte. Der Redner beschäftigte sich sodann mit dem Problem des Umweltschutzes, wobei er betonte, daß hier wesentlich mehr getan werden müßte. So weist das Wiener Budget 1972 für den Umweltschutz lediglich einen Betrag von 650.000 Schilling auf, das sind nur 0,003 Prozent des Gesamtbudgets.

Der Massenverkehr in Wien sei antiquiert und behindere in seiner Schwerfälligkeit zum Teil den Individualverkehr. Eine bessere Koordinierung bei der Planung und bei der Durchführung der verschiedenen Baugeschehen wäre hier notwendig. In diesem Zusammenhang kritisierte der Redner auch das Fehlen von Konzepten, wie und wo gebaut wird und ob die Art des Bauens auch den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht. Die Verstädterung bringe immer größere Schwierigkeiten mit sich. Dr. Ebert warnte vor den sogenannten "Satellitenstädten". Zu einer sinnvollen Wohnbaupoltik gehöre unter anderem die Errichtung von ausreichenden natürlichen Spielplätzen für die Jugend in den neuen Wohnsiedlungen. Zur Realisierung der überaus wichtigen vorschulischen Ausbildung und zur Entlastung der berufstätigen Mütter müßten noch zehntausende Kindergartenplätze geschaffen werden. Ebenso dürfe das Interesse der Gemeinde an einer guten Ausbildung nicht auf den Sektor der Pflichtschule beschränkt bleiben. Die Stadtverwaltung müßte sich, so wie andere Städte, auch aktiv am Ausbau ihrer Hochschulen beteiligen. Der Redner erhob auch die Forderung nach Errichtung von familiengerechteren Wohnungen. Ebenso reklamierte er, daß auf dem Gebiet der Altstadterhaltung bisher viel zu wenig getan worden sei. Auf die kürzlich in Wiens Innenstadt installierte Fußgängerzone zu sprechen kommend, meinte er, daß solche Zonen nur dann wirksam werden könnten, wenn sie nicht als Experimente aufgefaßt werden. Dringend notwendig sei auch die Erstellung eines räumlichen Entwicklungskonzeptes für Wien. Erst wenn man sich über das genaue Strukturbild Wiens im klaren sei, könnten die notwendigen Verkehrs-, Wohnungs-, Erholungs-

./.

raum- und sonstigen Planungen vorgenommen werden. Was die zur Zeit geltende Bauordnung betrifft, so sei sie völlig veraltet, sie verhindere das Bauen anstatt es zu fördern.

Am Schluß seiner Ausführungen forderte der Redner den verstärkten Bau von Kinderspielplätzen, von Kindergärten, von familiengerechteren Wohnungen und von modern, attraktiv gestalteten öffentlichen Verkehrsmitteln sowie die Schaffung von Großparkplätzen am Stadtrand. Durch ausreichende Dotierung des Gesundheitsressorts müßte erreicht werden, daß wirklich jeder Wiener im Notfall die ihm zustehende ärztliche Versorgung bekomme. Abschließend auf Wiens Wirtschaft zu sprechen kommend, meinte er, daß nur eine gesunde Wirtschaft Vollbeschäftigung, Steuerkraft chancenreiche Aufstiegsmöglichkeiten und einen guten Verdienst der Bevölkerung garantiere. GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) deklariere als richtungsweisende Schwerpunkte des Voranschlages die Ausweitung der Investitionen (plus 27 Prozent) sowie die Umschichtung der Mittel in Richtung auf die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Das veranschlagte Investitionsvolumen in der Höhe von 5,5 Milliarden Schilling habe nicht nur belebende Funktion für die Wiener Wirtschaft in einer Spätphase der Hochkonjuntkur, sondern erbringe gewissermaßen im Schneeballsystem weitere Folgewirkungen: auf die Aufschließung von Betriebsansiedlungsgebieten etwa folgen die privaten Investitionen der angesiedelten Firmen.

Wien sei in der glücklichen Lage, fast alle Investitionen aus Eigenmitteln vornehmen zu können. Das sei nicht überall so. Die Gemeinden seien zwar fast zur Hälfte an dem Gesamtvolumen der öffentlichen Hand beteiligt, seien aber zum Teil außerordentlich hoch verschuldet. Aber natürlich gelte überall und nicht nur in Wien das Ziel solcher Investitionstätigkeit: Belebung der Wirtschaft, dadurch Sicherung der Arbeitsplätze und der Kaufkraft, dadurch wieder Erhaltung der Sparfreudigkeit.

Sehr eingehend behandelte Hofstetter die schon bestehenden und die noch zu schaffenden Kooperationsebenen mit dem Bund. Dank der neuen, Wien gegenüber aufgeschlossenen Haltung der Bundesregierung unter sozialistischer Führung seien schon auf vielen Gebieten Arrangements möglich geworden (Telefon-

./.

anschlüsse, Schnellbahn, Bau von Mittelschulen). Neue Regelungen seien noch hinsichtlich möglicher Bundeszuschüsse für den Bau von Hallenbädern, für die Sportförderung im allgemeinen und schließlich bei Vergabe von Mitteln aus dem Wasserwirtschaftsfonds zu treffen. Dasselbe gelte für das Problem der Spitalerhaltung. Jeder Wiener sei im Jahre 1972 durch den Abgang an den Krankenanstalten mit einem Betrag von 1.200 Schilling belastet. Eine Erhöhung des Bundesbeitrages wäre hier eine große Hilfe.

Hofstetter stellte schließlich noch fest, daß die Berücksichtigung des Umweltschutzes im Voranschlag ihrem Umfang nach nicht lediglich nach jenen Posten klassifiziert werden dürfe, die tatsächlich die Bezeichnung Umweltschutz tragen. Das richtige Bild ergebe sich vielmehr erst bei Bedachtnahme auf die Materien des Hochwasserschutzes, des Kläranlagenbaues und der Wasserversorgung. Im übrigen werde der im November konstituierte Wiener Beirat für Fragen des Umweltschutzes ja die theoretische Arbeit an der Wurzel des Übels der Umweltverschmutzung in Angriff nehmen.

Sein Schlußwort begann Finanzstadtrat Schweda mit der Feststellung, daß durch den Debattenbeitrag seines Vorredners - des Generalredners der SPÖ - bereits viel vorweggenommen worden sei. Er könne sich daher ersparen, zu manchen bereits behandelten Fragenkomplexen noch einmal Stellung zu nehmen.

Zu den einzelnen Schwerpunkten: Gebühren: Der Großteil der Gebühren sei seit 1968 nicht erhöht worden. Vollbeschäftigung und Wohlstand gäben jetzt das Recht, die Gebühren in vertretbarem Maß den Erfordernissen anzupassen. Konjuntkurüberhitzung: Er könne die Ansicht nicht teilen, daß die Stadt Wien dazu beitrage. Man könne nicht einerseits fordern, den U-Bahnbau beispielsweise zu beschleunigen, wenn man andererseits die dafür notwendigen Investitionen in Frage stellt. Auch der Bau der 3. Wasserleitung und der absolute Hochwasserschutz seien so dringlich, daß man hier nicht Investitionen stoppen könne.

./.

Umweltschutz: Insgesamt gebe die Stadt Wien im kommenden Jahr 386 Millionen Schilling in verschiedensten Bereichen dafür aus, die Umweltbedingungen in Wien zu verbessern.

Zu den Angriffen bezüglich der Modalitäten bei der Wohnungsvergabe: Die generelle Verdächtigung, die Wohnungsvergabe erfolge nach einseitigen politischen Richtlinien, habe die Verwaltung nicht verdient. Er könne sich nicht scharf genug gegen diese Verdächtigung wehren. Zu den einzelnen Ansätzen: Das Budget setze Prioriäten, daher könnten auch die Ansätze nicht überall in gleichem Maße steigen. Zum Vorwurf zu hoher Repräsentationsausgaben: Wien werde immer mehr zur Kongreßstadt, daher müsse die Stadt auch immer größeren gesellschaftlichen Aufgaben gerecht werden.

Problem Gastarbeiter: Er richte insbesondere an die Freiheitliche Partei und deren Generaldebattenredner, Dr. Hirnschall, den Appell, die Dinge nicht engstirnig zu sehen. Wien wisse sich bei der Behandlung des Gastarbeiterproblems und den zu ergreifenden Initiativen in bester Gesellschaft. Die EWG und der Europarat beschäftigten sich in der letzten Zeit äußerst intensiv mit den Wanderarbeitern. Schweda zitierte eine Resolution des Rates der Gemeinden Europas, in der es hieß, daß die zehn Millionen Wanderarbeiter nicht unwesentlich zur europäischen Solidarität über die Staatsgrenzen hinaus beitragen und alle Voraussetzungen geschaffen werden müßten, um dieser Entwicklung im positiven Sinne gerecht zu werden.

Auf die Frage der Installierung einer Budgetkommission könne er, der Finanzstadtrat, nicht eingehen. Das sei eine Angelegenheit der einzelnen politischen Fraktionen, hier zu einer neuen Form der Erarbeitung des Budgetvoranschlages zu gelangen.

Gebühren: Es wird ständig behauptet, daß Gebührenerhöhungen nicht notwendig seien - und zugleich werden neue Forderungen erhoben. Keiner sagt aber dazu, welche jetzigen Vorhaben und Leistungen zurückgestellt werden sollen.

Kulturschilling: Er besteht bereits in fünf Ländern, Landeshauptmann Krainer hat sich sehr positiv dazu geäußert, die Tiroler Landesregierung will ihn jetzt erhöhen.

./.

Wiener Jugend: Sie ist lebendig wie die Jugend in anderen Städten auch. Sie hat das Recht auf diese Beweglichkeit und auch auf Kritik, wobei natürlich auch etwas daneben gehen kann. Man muß bemüht sein, sie auf den Weg zur schließlichen Einordnung zu führen.

Wohnbauförderung: Es gibt sowohl in der Stadtverwaltung weitere Überlegungen als auch Gespräche zur Koordinierung mit dem Bund.

Fußgängerzone: Es ist ein Beginn - und gar kein schlechter. (Zwischenruf Dr. Ebert, ÖVP: Gehudelt!). Machen wir etwas prompt, dann sagt man, wir hudeln. Andernfalls sagt man, wir lassen uns zu viel Zeit. Wie mans macht, ist es schlecht.

Grundkäufe: Im Interesse der städtebaulichen Entwicklung werden immer Mittel für Grundkäufe im vertretbaren Ausmaß zur Verfügung stehen. Das ist unbedingt notwendig. Wenn man im 10. Bezirk eine Schule braucht, kann man sie nicht im 22. Bezirk bauen, weil man dort zufällig die nötigen Baugründe besitzt. Es muß endlich zu einem Gesetz kommen, das es der Stadt ermöglicht, unter zumutbaren Voraussetzungen die nötigen Gründe zu erwerben.

Abschließend sagte Stadtrat Schweda, daß der Dank an die Wirtschaft und die Bevölkerung für die Steuerleistungen, den er kürzlich ausgesprochen hat, auf mokante Kritik gestoßen sei. Trotzdem wiederhole er nun diesen Dank, weil die Steuerleistung von Wirtschaft und Bevölkerung die Voraussetzung für alle Leistungen der Stadt ist. Kritik ist zweifellos notwendig - aber ein Wort von Eugen Roth stimme eben:

Ein Mensch wir laut, wenn er was will.
Wenn er's erst hat, dann wird er still.

Abstimmung über die Ansätze der Geschäftsgruppe 2: Von SPÖ und ÖVP gebilligt.

Abstimmung über die Erinnerungen: Einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Die Budgetberatungen werden morgen, Freitag, um 9 Uhr, mit dem Referat von Vizebürgermeister Hans Bock (SPÖ) über die Geschäftsgruppe I (Personalangelegenheiten) fortgesetzt. Im Anschluß daran wird Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner (SPÖ) über ihre Geschäftsgruppe "Kultur, Schulverwaltung, Sport" referieren.

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

Frau lief in Straßenbahn - tot

Wien, 9.12. (RK) Mittwoch früh, knapp nach 0 Uhr, überquerte die 75jährige Leopoldine Mayer die Gleisanlage der Straßenbahn auf dem Neubaugürtel in der Höhe der Goldschlagstraße. Die Frau achtete nicht auf einen herannahenden Zug der Linie 8. Der Fahrer konnte trotz Notbremsung die Kollision nicht mehr vermeiden. Frau Mayer wurde niedergestoßen und erlitt einen Schädelbruch. Sie starb kurz nach ihrer Einlieferung in die II. Unfallstation.

\- - -

schweinenachmarkt vom 9. dezember

18 wien, 9.12. (rk) neuzufuhren inland: 0. auftrieb und preis im auslandsschlachthof: 50 schweine aus rumaenien zu 14.80 je kilogramm.

rindernachmarkt vom 9. dezember

19 wien, 9.12. (rk) unverkauft vom vormarkt: 2 kuehe, summe 2. neuzufuhren inland: 3 kuehe, summe 3. gesamtauftrieb 5 kuehe, summe 5. verkauft 3 kuehe, summe 3. unverkauft 2 kuehe, summe 2. auftrieb und preis im auslandsschlachthof: 33 rinder aus ungarn, verkauft zum preis von 18.30 bis 18.70.

pferdenachmarkt vom 9. dezember

20 wien, 9.12. (rk) kein auftrieb.
1519

80. geburtstag von arnold pillat

21 wien, 9.12. (rk) am 10. dezember vollendet der ophthalmologe emer. univ.prof. dr. arnold p i l l a t das 80. lebensjahr.

er wurde in ruschowan bei leitmeritz in der tschechoslowakei geboren. 1919 uebersiedelte dr. pillat nach wien und trat in die 2. augenklinik der universitaet ein, wo er unter prof. dimmer arbeitete. in den jahren 1921 bis 1932 war er assistent an der 1. augenklinik der universitaet wien, 1928 habilitierte er sich bereits als privatdozent fuer ophthalmologie. waehrend dieser jahre war er in zahlreichen laendern gastprofessor, so in den jahren 1927 bis 1933 am rockefeller-institut und der pekinger medizinischen hochschule. aus dieser zeit hat er zahlreiche erfahrungen nach oesterreich mitgebracht, ueber die er in vorlesungen und aufsaetzen berichtete. insbesondere hat er die chinesische heilmethode der akapunktur anerkannt. 1930 war er gastprofessor an der medizinischen hochschule in mukden in der mandschurei. 1933 kehrte er wieder nach wien zurueck und wurde leiter der augenstation der klinik der stadt wien in lainz. 1936 wurde er extraordinarius fuer ophthalmologie an der universitaet graz, 1941 ordentlicher professor. 1944 uebersiedelte er endgueltig nach wien und wurde chef der 1. augenklinik der universitaet wien. auch in den letzten jahren war pillat mehrfach repraesentativer sprecher bei internationalen fachkongressen, im jahre 1955 war er zu einer vortragsreise in die vereinigten staaten eingeladen und hielt im zuge dieser in zahlreichen amerikanischen staedten vortraege ueber verschiedene themen der augenheilkunde. pillat ist mitglied der griechischen ophthalmologischen gesellschaft, der amerikanischen akademie fuer ophthalmologie und otolaryngolie, der deutschen gesellschaft für ophthalmologie und der oesterrdichischen ophthalmologischen gesellschaft. neben seiner ausserordentlich umfangreichen praktischen taetigkeit, die ihn als augenarzt weit ueber oesterreich und das deutsche sprachgebiet hinaus international bekannt gemacht hat, ist er auch als wissenschaftlicher forscher auf diesem spezialgebiet eifrig taetig. seine speziellen forschungssparten sind: vitamin a und auge, chemische behandlung maligner

./.

tumore. auch die zahl seiner publikationen und beitraege ist ausseordentlich umfangreich. bereits im jahre 1941 erschien sein buch ''kurze kriegsaugenheilkunde'', dem im jahre 1949 die arbeit ''erste hilfe am auge'' folgte. in dem grossen ''atlas photographischer bilder des menschlichen augenhintergrundes'' (gemeinsam mit f. dimmer) stammen zahlreiche beitraege von ihm.
1557

vinzenz gorgon zum gedenken

22 wien, 9.12. (rk) auf den 10. dezember faellt der 10. todestag des bekannten malers und graphikers prof. vinzenz g o r g o n.

aus der graphischen lehr- und versuchsanstalt hervorgegangen, hat er von 1928 an viele jahre lang deren abteilung fuer lithographie geleitet. bereits seine ersten in der secession und im hagenbund ausgestellten arbeiten brachten ihm zwei staatliche foerderungspreise ein. 1926 wurde prof. gorgon mit dem preis der stadt wien ausgezeichnet, 1927 mit der goldenen ehrenmedaille des kuenstlerhauses, dem er seit 1919 angehoerte, und 1943 bei der bildnisausstellung im kuenstlerhaus mit dem ersten preis. anlaesslich seines 70. geburtstages war ihm der goldene lorbeer des kuenstlerhauses ueberreicht worden. obwohl ihn seine reisen durch halb europa fuehrten, bevorzugte prof. gorgon in seinen zahlreichen landschaften vor allem motive aus der umgebung wiens, aus suedmaehren oder aus kaernten, somit aus seiner engeren heimat, themen, die er durch geistreiche vertiefung und effektvolle farbgebung stets interessant zu gestalten wusste. als graphiker bevorzugte er die lithographie. in vielerlei techniken bewandert, hat er sich auch als freskenmaler betaetigt und u.a. auch die kirche von steinklamm bei mariazell sowie die von gruenau bei pressburg mit wandgemaelden geschmueckt. werke von seiner hand wurden von den staedtischen sammlungen wiens angekauft.
1600

israelischer verkehrsminister auf der u-bahn-baustelle karlsplatz

10 wien, 9.12. (rk) der israelische verkehrsminister shimon p e r e s , der sich derzeit zu einem offiziellen besuch in oesterreich aufhaelt, stattet heute, donnerstag, um 14 uhr, der u-bahn-grossbaustelle karlsplatz in begleitung des oesterreichischen verkehrsministers erwin f r u e h b a u e r einen besuch ab. tiefbaustadtrat kurt h e l l e r wird den gaesten das baugeschehen am karlsplatz erlaeutern. in begleitung des israelischen ministers befindet sich unter anderem der generaldirektor der israelischen eisenbahnen, abraham z w i c k .
1136

marktuebersicht:

preise fast unveraendert

23 wien, 9.12. (rk) eier, gemuese und obst notieren zu fast unveraenderten preisen auf den wiener maerkten. lediglich die schwaechere beschickung mit inlaendischem glassalat bewirkte einen preisanstieg, der allerdings durch verbilligungen bei endiviensalat und chinakohl gewissermassen ausgeglichen wird.

aus dem ausland kommen auf allen sektoren bedarfsdeckende anlieferungen. besonders stark werden derzeit italienische birnen und ueberseeische bananen angeboten. ansonsten schichtet sich das importangebot etwas um: die orangenzufuhr aus griechenland und italien geht zurueck, dafuer steigen die importe aus spanien und israel.
1607

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861

Freitag, 10. Dezember 1971 Blatt 3543

Mehr Geld für Krankenschwestern, Forcierung der Teilzeitbeschäftigung

2. Tag der Budgetdebatte, 1. Referat

Wien, 10.12. (RK) Verwaltungsgruppe I, Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform.

Referent: Vizebürgermeister Hans Bock (SPÖ).

Einnahmen 413,665.700 Schilling, Ausgaben 1.274.764.700 Schilling.

Die Verringerung von Dienstposten allein sei noch keine Verwaltungsreform, betonte Vizebürgermeister Bock in seinem Referat zur Geschäftsgruppe I. Sie bedeute zwar eine Einsparung, die aber nur dann verantwortet werden könne, wenn die Verwaltung in der Bewältigung ihrer Aufgaben keine Behinderung erfährt, das heißt, wenn die Leistungsfähigkeit dadurch erhalten bleibt. Die allgemeine Entwicklung und die Schaffung neuer Einrichtungen in verschiedenen Bereichen der Verwaltung, insbesonders im sozialen und medizinischen Sektor, verlange eine ständige Personalvermehrung. Konkret: Gegenüber dem Voranschlag 1971 steigt der Personalstand beim Magistrat im engeren Sinn, also ohne Stadtwerke - um 740 auf 38.070. Diese Steigerung sei vor allem auf einen Mehrbedarf bei den Kindertagesheimen, sowie bei Kranken- und Wohlfahrtsanstalten, zurückzuführen. Der Mehraufwand gegenüber 1971 beträgt rund 481,3 Millionen Schilling. Das zusätzliche Personal, die zweite Etappe der Arbeitszeitverkürzung und die neue Bezugsregelung ab 1. Juli 1972 begründen die höheren Ausgaben. Der Anteil des Personalaufwandes im Budgetentwurf: 29,8 Prozent.

./.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien — Presseforum — A 1082 Wien, 1 Rathausstr. 1, Telephon 42800 Durchwahl Kl. 2971 - 2974, FS (7) 5662 — Chefredakteur: Wilhelm Adametz — Für den Inhalt verantwortlich: Chefredakteur-Stellvertreter Robert Prosel

Bei den Wiener Stadtwerken wird der Personalstand 17.281 betragen. Das bedeutet gegenüber dem Jahre 1971 eine Verminderung von 126 Dienstposten. Diese Verminderung an Dienstposten sei trotz Arbeitszeitverkürzung vor allem durch Rationalisierungsmaßnahmen erzielt worden. Auch bei den Stadtwerken ist nominell eine Steigerung der Personalausgaben gegenüber dem Vorjahr von 1.846 Millionen Schilling auf auf 2.016 Millionen Schilling zu verzeichnen.

Eine sinnvolle und erfolgreiche Verwaltungsreform könne nur durch ständige Überprüfung des Verwaltungsapparates in seinen Funktionen und Anpassung an die modernen Arbeitsmethoden unserer Zeit erreicht werden. Allerdings müßten auch bei der Gesetzgebung Schwerpunkte gesetzt werden, meinte der Referent.

Arbeitszeitverkürzung erfolgt bekanntlich in drei Etappen. Die erste erfolgte am 5. 1. 1970, die zweite Etappe tritt am 3. 1. 1972 in Kraft und die dritte Etappe wird mit 6. 1. 1975 verwirklicht. Seit nunmehr fast zwei Jahren beträgt die wöchentliche Arbeitszeit auf Gund eines Stadtsenatsbeschlusses 43 Stunden. Ab 3. 1. 1972 soll die Arbeitszeit auf 42 Stunden reduziert werden.

Die Amtsstunden werden, sofern nicht aus dienstlichen Gründen andere Regelungen notwendig sind, von Montag bis Donnerstag von 7,30 Uhr bis 16,00 Uhr und am Freitag von 7,30 Uhr bis 15.30 Uhr dauern. Diese Zeiteinteilung wurde im Einvernehmen mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten festgelegt und ist der Bundesregelung ähnlich. Gleichzeitig wurde mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten vereinbart, daß die Dienststunden nach der letzten Etappe der Arbeitszeitverkürzung im Jahre 1975 von 7,30 Uhr bis 15,30 Uhr festgesetzt werden.

./.

Die Konsequenzen der verkürzten Arbeitszeit liegen klar auf der Hand. Trotz weiterer Rationalisierungs- und organisatorischer Maßnahmen ist eine Personalvermehrung und Kostenerhöhung durch notwendige Mehrdienstleistungen gegeben.

Im Hinblick auf die weitere Arbeitsverkürzung im Jahre 1975 und unter Berücksichtigung der angespannten Arbeitsmarktsituation wird es notwendig sein, im verstärkten Maße weitere Rationalisierungsmaßnahmen durchzuführen. Die Rationalisierung muß noch mehr in den Vordergrund gestellt werden. Zusätzlich: Forcierung der Teilzeitbeschäftigtenarbeit. Die Stadtverwaltung hat bereits teilzeitbeschäftigte Bedienstete. Vizebürgermeister Bock vertrat die Auffassung, daß durch Teilzeitbeschäftigung vor allem vielen Frauen eine Berufsmöglichkeit geboten werden soll.

In letzter Zeit habe sich das Interesse für eine Teilzeitbeschäftigung auf dem Arbeitsmarkt verstärkt. Die Stadtverwaltung wolle mit dieser Entwicklung Schritt halten.

Bei der Vereinbarung über die Besoldung der öffentlich Bediensteten ab 1. Jänner 1972 ist unter anderem eine Neuregelung der Besoldung des Krankenpflegepersonals und der Hebammen Realität geworden. Nach dieser Regelung wird den Bediensteten im Krankenpflegedienst eine allgemeine Zulage, die einen Bestandteil des Gehaltes bilden soll, zuerkannt, ferner die Chargenzulagen neu geregelt und eine Nebengebühr für die Intensivschwestern, Operationsschwestern und Anästhesieschwestern geschaffen. Das Bemerkenswerte an dieser Vereinbarung: Zum ersten Mal wurden Verhandlungen von den Vertretern des Personalausschusses des Städtebundes, des Spitalerhalterverbandes sowie der Gewerkschaften der Gemeindebediensteten und der öffentlich Bediensteten geführt. Es war daher auch möglich, eine für ganz Österreich gültige Vereinbarung abzuschließen. Trotz dieser Besserstellung der Krankenschwestern werde es wahrscheinlich auch weiterhin einen Schwesternmangel in Wien geben. Auch in anderen Ländern gibt es fast unlösbare Schwierigkeiten bei der Lösung des Personalproblems. Die Ursache ist überall gleich: Die jährliche Zahl der beschäftigten diplomierten Schwestern nimmt zwar zu, leider aber nicht im gleichen Maß, wie der Bedarf steigt.

Zu den Bemühungen, Krankenpflegepersonal aus dem Ausland zu erhalten: Im Frühjahr 1972 kommen ungefähr 30 bis 50 diplomierte Schwestern aus Korea. In der Bundesrepublik Deutschland sind bereits 4.000 Schwestern aus diesem Land tätig. Man habe mit koreanischen Krankenschwestern gute Erfahrungen gemacht.

Vizebürgermeister Bock stellte eine Änderung der Ausbildung von diplomierten Krankenschwestern in Aussicht. Es lägen bereits Verbesserungsvorschläge für eine Novellierung des Krankenpflegegesetzes vor. Die Stadt Wien erwarte gerade durch diese Verbesserung der Ausbildungsbestimmungen eine wesentliche Hilfe für die Zukunft.

Die Einführung der gleitenden Arbeitszeit habe bewiesen, daß auch die Verwaltung elastisch sein könne, stärker als traditionsgebundene Vorstellungen es für möglich hielten. Die gleitende Arbeitszeit habe sich sehr positiv auf das Betriebsklima ausgewirkt und gute Ergebnisse gebracht. Der Bedienstetenkreis, der diese Regelung in Anspruch nehmen kann, soll erweitert werden..

Seit Beginn der Vorschlagsaktion haben sich mehr als 700 Mitarbeiter der Stadtverwaltung zu Wort gemeldet. Mehr als 40 Vorschläge konnten in der relativ kurzen Zeit positiv beurteilt werden. Die Einsender haben bereits ihre Prämie erhalten oder werden sie in Kürze bekommen. Die Prämien für diese Mitarbeiter betragen insgesamt mehr als 100.000 Schilling. Durch die Vorschläge wurden Einsparungen von mehr als einer Million Schilling pro Jahr möglich. Neue Initiativen zum Ausbau der Vorschlagsaktion werden vorbereitet.

Technische Einrichtungen sollen künftig jedem Bürger unserer Stadt die Möglichkeit geben, 24 Stunden am Tag, entweder über Telefon oder persönlich, Wünsche, Anregungen und Beschwerden zu deponieren, kündigte Vizebürgermeister Bock an. Das Bemühen der Stadtverwaltung wird es sein, diese Anfragen rasch und unbürokratisch zu erledigen. Nach Abschluß der technischen Vorarbeiten soll die Öffentlichkeit auf breiter Basis auf diese Möglichkeit zur Kontaktnahme mit der Verwaltung aufmerksam gemacht werden.

./.

Die Lebensformen, die Bedürfnisse, die sozialen und kulturellen Lebensbedingungen einer Gemeinschaft sind andauernd in Fluß und verändern sich. Daher sei es notwendig, auch in der Verwaltung den Beamten in ihrer Ausbildung, noch mehr aber in ihrer Fortbildung, größtes Augenmerk zuzuwenden. Schon im kommenden Jahr soll das Ausbildungssystem für die Beamtenschaft in eine unserer Zeit entsprechende Form gebracht werden. Gleichzeitig sollen Einrichtungen, die der Fortbildung der Beamten dienen, in größtem Ausmaß gefördert werden.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

"Kulturpolitik: Engagement mit schöpferischen Initativen"

2. Tag der Budgetdebatte, 2. Referat

Verwaltungsgruppe III, Kultur, Schulverwaltung und Sport. Referent: Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner (SPÖ). Einnahmen: 34,216.100 Schilling, Ausgaben 977,581.900 Schilling.

Der Großteil der Gesamtmittel, nämlich mehr als 700 Millionen Schilling, sei dem Bildungsbereich zugeordnet, erklärte Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner Freitag in ihrer Budgetrede. Davon entfallen 600 Millionen auf die Schulverwaltung. Mit diesen Mitteln werden im kommenden Jahr 325 neue Klassen errichtet werden.

Frau Fröhlich-Sandner betonte dabei besonders die Bemühungen um Chancengleichheit schon in der früheren Kindheit. Der Verwirklichung dienen alle Maßnahmen der vorschulischen Erziehung. Aus den vielen Schulversuchen sind die 140 Förderungskurse in deutschem Sprachunterricht zu erwähnen, die für die rund 2.000 Kinder von Gastarbeitern eingerichtet worden sind.

Frau Fröhlich-Sandner betonte aber auch besonders die Bedeutung der Erwachsenenbildung in der Zeit des raschen Veraltens erworbenen Schulwissens: Für die Wiener Volkshochschulen sieht der Voranschlag 8 Millionen Schilling vor, für die Errichtung von Häusern der Begegnung (zusammen mit dem Voranschlag Hochbau) insgesamt 29 Millionen Schilling.

Der Sport ist im Voranschlag 1972 mit 105 Millionen Schilling vertreten, das bedeutet einen Zuwachs von 27 Prozent. Der Großteil, nämlich 62 Millionen, entfällt auf Sportbauten. In diesem Zusammenhang erwähnte die Referentin das Hallenkonzept, das innerhalb der nächsten Jahre die Errichtung von 11 Hallen - zum Teil in Verbindung mit Schulbauten - vorsieht.

Als Grundlage der Kunstförderung bezeichnete Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner eine möglichst umfassende dauernde Auftragserteilung und Ankaufstätigkeit, die Förderung privater Galerien und entsprechende Förderungsmaßnahmen für Literatur, Musik, darstellende Kunst und Film. Dafür stehen im kommenden Jahr rund 150 Millionen Schilling zur Verfügung.

Den großen Wiener Privatbühnen werden 1972 45,6 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden, den Mittel- und Kleinbühnen 1,75 Millionen. Auch die Subvention für die Wiener Festwochen wird erhöht.

Das bevorstehende Gesetz über den Kulturschilling werde, erklärte Frau Fröhlich-Sandner, Mittel bringen, die als gezielte Hilfe auf dem Gebiet der Altstadterhaltung eingesetzt werden könnten. Gleichzeitig werde nach Abschluß der Bestandaufnahme aller wertvollen und erhaltungswürdigen Objekte in Wien eine Novelle der Bauordnung mit den entsprechenden Schutzbestimmungen vorbereitet; denn neben den durch Zeiterfordernisse gestellten Aufgaben dürfe die Erhaltung der einmaligen historischen Atmosphäre Wiens nicht vergessen werden.

Als Einzelschwerpunkte der direkten Kulturarbeit nannte Frau Fröhlich-Sandner unter anderem die Tätigkeit des Landesjugendreferates und des Wiener Jugendkreises (Dotierung 1972: 9,1 Millionen). Fünf Jugendzentren sind in Betrieb, weitere sieben im Bau.

Die Modeschule der Stadt Wien in Schloß Hetzendorf (Dotierung 1972: 6,2 Millionen Schilling) hat in ihrem Jubiläumsjahr Anerkennung und Erfolge weit über Österreich hinaus eingeheimst.

Mit nicht weniger als 65 Millionen Schilling präsentiert sich der Aufwand für Musikangelegenheiten: Dazu zählt die Obsorge für die Wiener Symphoniker ebenso wie das Konservatorium der Stadt Wien. Dazu gehört aber auch die massive Unterstützung der bedeutenden Konzertgesellschaften und -vereinigungen in Wien, das gesamte musikalische Sommerprogramm, rege Konzerttätigkeit für die Wiener Schuljugend und schließlich die Förderung hervorragender Werke der Musikwissenschaft.

Auf dem Gebiet des Films würdigte Frau Fröhlich-Sandner den Umstand, daß sich die Wiener Filmfestwochen, die "Viennale", ohne jeden Rummel bereits einen festen Platz im internationalen Filmgeschehen sichern konnten. Die Filmförderung der Stadt Wien

./.

berücksichtigt drei Schichten des filmischen Entstehungsprozesses: Auftragsproduktionen, Kurz- und Experimentalfilme, schließlich die Förderung von Filmveranstaltungen mit künstlerisch hochwertigem Programm.

Abschließend erklärte Frau Fröhlich-Sandner, der weltweite Ruf nach mehr Bildung erhalte immer stärker. Deshalb habe auch die alte Forderung der österreichischen Arbeiterbewegung, "Wissen macht frei", in der heutigen Zeit nichts von ihrer Aktualität verloren.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Verbesserter Hochwasserschutz:

Arbeiten für Entlastungsgerinne vergeben

Wien, 10.12. (RK) Der Tiefbauausschuß des Wiener Gemeinderates hat am Freitag über Auftrag von Stadtrat Kurt Heller mehrheitlich die Vergabe des ersten Bauloses für das Entlastungsgerinne vergeben und die Gesamtkosten von 800 Millionen Schilling genehmigt. Dieses erste Baulos umfaßt neun Kilometer des künftigen zweiten Donaubettes zwischen dem Gebiet des neuen Kraftwerkes Donaustadt und dem Lobauer Hafen. Die Bauarbeiten werden so vorgenommen, daß während ihrer gesamten Dauer - sieben bis acht Jahre - selbstverständlich der Hochwasserschutz im bisherigen Ausßmaß nicht nur gewährleistet, sondern schon etappenweise verbessert wird. Das Ziel des Projektes ist es bekanntlich, Wien auch vor den Folgen eines sogenannten tausendjährigen Hochwassers zu schützen, das heißt, daß eine Wassermenge von 14.000 Kubikmeter pro Sekunde abgeführt werden kann.

In der Höhe des Kraftwerkes Donaustadt wird zunächst ein sogenanntes Abbruchbauwerk in einer Breite von 170 Meter - für das Entlastungsgerinne wird das Überschwemmungsgebiet 7,5 Meter tief abgetragen werden, während gleichzeitig die neue, etwa 20 Kilometer lange Donauinsel in einer Höhe von 5,5 Meter aufgeschüttet wird - und zudem ein eigener Damm errichtet, damit die Arbeiten geschützt sind. Das zweite Donaubett wird von diesem Abbruchbauwerk stromabwärts errichtet.

In der Debatte des Tiefbauausschusses wies Gemeinderat Neusser namens der ÖVP darauf hin, daß seine Fraktion entsprechend ihrer seinerzeitigen Haltung beim Grundsatzbeschluß des Gemeinderates über das Projekt des verbesserten Hochwasserschutzes von Wien auch nicht für den Antrag in diesem Ausschuß stimmen könne.

\- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes

Personaldebatte

GR. Joachim Müller (DFP) erhebt die Frage, wer die Aufwandsentschädigungen von rund zehn Millionen erhält und für welchen Zweck. Als zu groß bezeichnet er die Diskrepanz in der Höhe der Pensionen. Mit gutem Beispiel müßte die Stadtverwaltung beim Einsatz von Kraftfahrzeugen für Dienstfahrten vorangehen. Die Vermehrung der Dienstfahrten führt vielfach auch zu einer Überlastung der Lenker und dadurch zu Unfällen. In diesem Zusammenhang urgiert der Redner eine Gesetzesvorlage über den Verzicht der Schadenersatzforderung der Stadt Wien gegenüber ihren Organen. Als Interimslösung bis zur Beschlußfassung sollten persönliche Haftpflichtversicherungen abgeschlossen werden.

Zur Gehaltspolitik: Die Unterschiede zwischen Grundgehalt und Zulagen wurden von seiner Fraktion wiederholt aufgezeigt und müßten endlich beseitigt werden. Das System der Zulagen sei problematisch und müßte durch leistungsgerechte Gehälter, eventuell in der Art von Sonderverträgen ersetzt werden.

Zur Lösung des Schwesternproblems könnte der Einsatz von Kurzzeit-Hilfskräften beitragen.

Die Ansätze für Fortbildung, erstmals im Budget aufscheinend, begrüßt der Redner. Jene drei Millionen Schilling, die in den Ansätzen für Personalwerbung aufscheinen, beantragt der Redner zu streichen und die ersparten Mittel einer wirtschaftlicheren Verwendung zuzuführen. Gebührenerhöhungen bedingen nämlich als Voraussetzung eine sparsame Verwaltung. Da sich diese nicht erkennen läßt, stimme seine Fraktion den Ansätzen nicht zu.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) kritisierte zunächst die gekürzten Budgetmittel für die von der Stadt Wien durchgeführte Vorschlagsaktion: Der Erfolg dieser Aktion sei in Frage gestellt. Als unbegreifliche Mehrausgaben und als Diskrepanz bezeichnete der Redner die Erhöhung der Ausgaben für die Funktionäre der Stadt Wien um sechs Prozent, während sich deren Pensionen um 33 Prozent erhöhen. In dieser Hinsicht forderte er mehr Transparenz und stellte namens seiner Fraktion den Antrag, daß die Gehaltsansätze der Funktionäre der Stadt Wien künftighin in die allgemeine Besoldungsliste aufgenommen werden sollten.

Am 1. Jänner 1972 tritt eine neue Bezugsregelung für die Besoldung des Krankenpflegepersonal in Kraft, womit das von seiner Fraktion schon sehr lange geforderte Sozialschema zumindest zum Teil erfüllt werde. In diesem Zusammenhang deponierte Dr. Hirnschall erneut die Forderung, daß Diplomierte (also qualifiziertes Personal) nicht - wie es leider so oft geschehe - zu verschiedenen Hilfsdiensten herangezogen werden dürfte. Ebenso reklamierte er den Entwurf eines entsprechenden Zwischendienstzeitengesetzes für eine gerechtere Gesetzesregelung des Ruhebezuges für Gemeindebedienstete.

Als Provisorium bezeichnete er den Umstand, daß es in Wien noch immer keine gesetzlich geregelte Personalvertretung gebe.

Abschließend stellte er namens seiner Fraktion den Antrag, daß freiwerdende Dienstposten der Stadt Wien künftig unter Bekanntgabe der Bedingungen rechtzeitig im offiziellen Amtsblatt der Stadt Wien bekanntgemacht werden sollten. In Anbetracht der derzeit herrschenden Personalpolitik der Stadtverwaltung könne seine Fraktion jedoch den vorliegenden Budgetentwurf ihre Zustimmung nicht erteilen.

Einen Katalog von Maßnahmen zur Besserstellung der Bediensteten der Stadt Wien legte Gemeinderat Köchl (ÖVP) in seinem Debattenbeitrag vor. Darunter: Verzicht auf Kündigung für Vertragsbedienstete - in Klagenfurt bereits Realität -, Forcierung der Teilzeitbeschäftigung vor allem zur Verminderung von Problemen der berufstätigen Mütter, darüber hinaus ähnlich der in Behandlung stehenden Regelung beim Bund ein Rechtsanspruch auf Teilzeitbeschäftigung bis zur Vollendung des fünfzehnten Lebensjahres des Kindes, Schaffung von besseren Möglichkeiten zur Weiterbildung von Bediensteten: Bildungszulagen für Kindergärtnerinnen und Volksbibliothekaren, Anrechnung einer Lektoratszeit im Ausmaß von fünf Wochenstunden, Erhöhung des Treuegeldes für städtische Bedienstete, Haftpflichtversicherung für Dienstnehmer, finanzielle Besserstellung der Fahrer bei den Verkehrsbetrieben, modernere Dienstkleidung für das Personal der Verkehrsbetriebe und mehr.

Wie sein Vorredner Dr. Hirnschall forderte auch Gemeinderat Köchl eine öffentliche Ausschreibung der Dienstposten. Er legte

./.

zwei Anträge vor. In dem einen wird der Stadtrat ersucht, analog den Initiativen anderer Bundesländer einen Personalvertretungserlaß auszuarbeiten, im dem zweiten Antrag wird zum Schutz vor "Computerkriminalität" ein Wiener Datenschutzgesetz gefordert. Köchl nannte zahlreiche ausländische Beispiele für Bemühungen, der Allmacht der Computer Herr zu werden.

GR. Wiesinger (SPÖ) verweist auf die Tätigkeit der im März dieses Jahres geschaffenen Arbeitsgemeinschaft, die sich mit der Neuregelung des Disziplinarrechts beschäftigt. Die Kommission besteht aus 13 Mitgliedern, unter ihnen sind acht Juristen. Man ist in den bisher abgehaltenen elf Sitzungen einen großen Schritt in der Demokratisierung unserer Verwaltung weitergekommen. Schließlich soll der Beamte bei disziplinären Bestrafung nicht schlechter behandelt werden. als der Bedienstete der Privatwirtschaft.

Am Beginn der Verhandlungen standen drei wichtige Probleme, nämlich die Klärung des Begriffes Standesansehen, die Frage der Bereinigung der sogenannten Doppelbestrafung für Beamte, die außerhalb ihres Dienstes schon von einem Gericht bestraft wurden, und schließlich sollte überprüft werden, ob das bisherige Disziplinarverfahren nicht verbessert werden könnte. In den ersten beiden Punkten wurde bereits eine entsprechende Neuformulierung geschaffen. Bisher war es doch so, daß Bedienstete nach einem Verkehrsunfall mit Personenschaden vom Gericht abgestraft wurden und dann von einer Disziplinarkommission neuerdings eine Strafe erhielten. Die Neuformulierung erfolgte in der Richtung, daß der Senat bei der Bemessung der Strafe darauf Rücksicht nimmt, ob der Beschuldigte wegen dieser Tat schon von einem inländischen Gericht bestraft wurde. Ein völliges Vermeiden einer Doppelbestrafung wird sich allerdings nicht in allen Fällen vermeiden lassen.

./.

Bezüglich Verbesserung des Disziplinarverfahrens wird im Frühjahr ein Entwurf vorgelegt werden können. Die Zahl der Disziplinarfälle ist nicht groß. So gab es 1969 insgesamt 65 Fälle, 1970 waren es 46 und 1971 sind nur 38 Fälle angefallen. Die Änderung der Disziplinarbestimmungen ist also nicht wegen der großen Zahl von Disziplinarfällen notwendig, sondern sie soll das Disziplinarrecht nur weiter reformieren und demokratisieren.

GR. Lehner (ÖVP) beschäftigte sich in seinem Debattenbeitrag mit verschiedenen Problemen des Krankenpflegepersonals. Bezugnehmend auf die mit 1. Jänner 1972 in Kraft tretenden Vereinbarungen für die Bediensteten im Krankenpflegedienst meinte er, daß diese neue Regelung überaus erfreulich sei. Es sei viel erreicht worden, doch müßte noch manches überdacht werden.

Bezüglich der Werbung: sie hätte bereits früher und konzentrierter eingesetzt werden müssen und sollte auch in Zukunft in gezielter Form betrieben werden. In diesem Zusammenhang schnitt der Redner verschiedene Probleme des Krankenhauspersonals an, wobei er die Forderung nach der Errichtung eigener Wohnheime für verheiratete Krankenschwestern sowie Kindergärten stellte. Zur Erhöhung der Attraktivität des Krankenpflegedienstes wäre darüber hinaus auch die Schaffung eines eigenen Gehaltschemas sowie die Zuerkennung der Reife (Matura - Gehaltsgruppe B) im Rahmen des neuen, modernen Ausbildungsweges für Diplomschwestern vorzusehen. Weiter führte der Debattenredner Klage darüber, daß durch die jahrelange Versäumnisse des Personalreferates derzeit ein Manko von 350 Diplomschwestern bestehe. In diesem Zusammenhang reklamierte er auch verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten für Lehrschwestern und geriatrische Krankenpfleger. Ebenso wäre die Einführung einer eigenen Haftpflichtversicherung für das Krankenhauspersonal, Verbesserungen der Ruhensbestimmungen und der Urlaubsansprüche sowie die Erhöhung der diversen Zulagen und Zahlungen notwendig.

Als zentrales Thema behandelte GR. Gratzl (SPÖ) in seinem Debattenbeitrag das Gastarbeiterproblem. Er stelle deswegen die Situation und die Probleme der ausländischen Gastarbeiter in Wien und in Österreich in den Mittelpunkt, um die Abwehrstellung, die

./.

in gewissen Kreisen der Bevölkerung vorhanden ist, zu entschärfen.

Er habe den Eindruck, meinte Gratzl, daß sehr häufig von verschiedener Seite das Gastarbeiterproblem so dargestellt würde, als würde es nur in Wien existieren. Um mit dieser Vorstellung aufzuräumen, schlüsselte er die in Österreich arbeitenden ausländischen Gastarbeiter nach Bundesländer auf. In ganz Österreich seien nach der letzten Zählung 171.000 Gastarbeiter tätig, davon in Wien 61.000. Das kleine Bundesland Vorarlberg beschäftige immerhin 20.000 Gastarbeiter, im Verhältnis zu Wien prozentmäßig wesentlich mehr.

Es seien in der nächsten Zeit starke Initiativen der Stadtverwaltung notwendig, um die Probleme in Wien zu verhindern. Klubs, Sprachkurse und andere Hilfestellungen müßten in Zukunft für uns Verpflichtung sein, meinte der Redner. Der Redner zitierte einen Leserbrief aus einer österreichischen Zeitung. Der Briefschreiber habe sinngemäß gefordert, die Wüstensöhne - gemeint waren die Tunesier - mögen dort bleiben, wo sie zur Zeit noch sind, nämlich in der Wüste. Grätzl appellierte an das Verständnis und die Menschlichkeit der Bevölkerung, um die Diskriminierung der für Wiens Wirtschaft wichtigen Arbeitskräfte abzubauen.

Die Debatte hat gezeigt, daß man in manchen Fragen mit sachlicher Begründungen verschiedene Auffassungen vertreten kann, stellte Vizebürgermeister Bock im Schlußwort fest. Es wurden für und gegen Sonderverträge, für und gegen Zulagen, für und gegen die Werbung Gründe angeführt. Die Stadtverwaltung versucht, unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte den Gegebenheiten Rechnung zu tragen.

Aufwandsentschädigungen: Etwa 43 Prozent sind für die Netzkarten der Gemeinderäte und Bezirksräte, etwa 34 Prozent sind Aufwandsentshhädigungen für die Mitglieder des Stadtsenats, je zehn Prozent für Kommissiongebühren und für Reisespesen, der Rest für Telefonpauschale, Goldene Hochzeiten, Taxispesen usw.

Personalwerbung: Ihre Streichung wäre ein tödlicher Stoß für die Personalpolitik der Stadt. Diejenigen, die jetzt die Unterlassung der Personalwerbung verlangen, wären dann die ersten, die der Stadtverwaltung ein Versagen vorwerfen würden.

./.

Haftpflichtversicherung für Bedienstete: Ein Gesetzentwurf war fertig, mußte jedoch aufgrund einiger Einwände des Bundeskanzleramtes umgearbeitet werden. Der neue Entwurf wird voraussichtlich der nächsten Landtagssitzung vorgelegt werden.

Kürzung der Mittel für die Vorschlagsaktion: Für 1971 war mehr Geld angesetzt, weil es am Beginn einer solchen Aktion immer einen größeren Andrang gibt. Selbstverständlich werden die Mittel für Prämienauszahlungen immer voll zur Verfügung stehen.

Geringere Geldabfuhr der Funktionäre: Bisher wurden auch Gehälter, die Stadträte als Gemeindebedienstete bekommen hätten, unter den Geldabfuhren der Funktionäre angeführt. Das geschieht jetzt nicht mehr, diese Gehälter werden stillgelegt.

Höhere Pensionsleistungen an Funktionäre: Erstmals seit 1945 bekommt ein ehemaliger Bürgermeister eine Pension, außerdem sind einige Stadtsenatsmitglieder mit Pensionsberechtigung ausgeschieden.

Ausschreibung von Dienstposten: Auf Bundesebene ist ein entsprechender Gesetzentwurf in Ausarbeitung, den die Stadt Wien abwartet, um dann dieses Gesetz zu übernehmen oder ein eigenes auszuarbeiten.

Kündigungsschutz für Vertragsbedienstete: In Wien besteht ebenso wie in Klagenfurt die Bestimmung, daß Vertragsbedienstete nach 15 Dienstjahren, wenn sie das 50. Lebensjahr überschritten haben, diesen Kündigungsschutz besitzen.

Teilzeitbeschäftigung: Die Stadt Wien hat 2.195 teilzeitbeschäftigte Mitarbeiterinnen. In Österreich gibt es relativ etwas weniger teilzeitbeschäftigte Frauen als in anderen Ländern, aber das hängt damit zusammen, daß die Zahl der berufstätigen Frauen in Österreich besonders hoch ist.

Datenschutzgesetz: Die Magistratsdirektion befaßt sich damit. Es ist allerdings noch viel Zeit. Die Maschinen werden in zwei Jahren aufgestellt werden und dann wird es Jahre bis zum Aufbau der Datenbank dauern. Inzwischen finden Koordinationsgespräche mit dem Bund und anderen Körperschaften statt und es wird vielleicht zu einer gesamtösterreichischen Lösung kommen.

./.

Personalvertretung: Die Stadtverwaltung will nicht bestimmen, wer ihr als Verhandlungspartner gegenübertritt. Das ist Sache des Personals, seiner Gewerkschaft und seiner Vertretung.

Krankenschwestern: Das ist nicht nur ein österreichisches Problem. Wien rückt ihm von allen Seiten zu Leibe - mit der Gehaltsverbesserung, mit der Änderung des Krankenpflegegesetzes und mit den anerkannten Leistungen auf dem Wohnungssektor.

Gastarbeiter: Die koreanischen Krankenschwestern werden in Korea in deutschen Spitälern ausgebildet und müssen einen Sprachkurs absolvieren. Die als "Wüstensöhne" beschimpften Tunesier beherrschen immerhin zwei Sprachen. Sie sind überwiegend Facharbeiter, die auch als Facharbeiter in den Werkstätten eingesetzt werden sollen. Würde die Stadt Wien nicht 2.500 Gastarbeiter beschäftigen, dann könnten viele Arbeiten nicht mehr bewältigt werden, etwa auf den Gebieten Spitalsreinigung, Spitalsküchen, Straßenreinigung, Friedhöfe, Gärtnerei usw.

Die Wiener Verwaltung, stellte VBgm Bock abschließend fest, ist stets um moderne Methoden bemüht und scheut auch vor Experimenten nicht zurück. Natürlich gibt es in einer so großen Verwaltung mit 55.000 Bediensteten manchmal Schwierigkeiten. Aber stets überwiegt das Bemühnen um eine menschliche und gerechte Verwaltung. Dabei soll man nicht vergessen, daß nur ein verschwindender Prozentsatz der Bediensteten hinter Schreibtischen mit Akten beschäftigt ist. Wiens Stadtverwaltung ist international als eine der besten und sparsamsten anerkannt.

Abstimmung: Die Ansätze der Geschäftsgruppe Personalangelegenheiten von SPÖ und ÖVP gebilligt. Der FPÖ-Antrag auf Streichung der Mittel für Personalwerbung von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt. Alle anderen Anträge einstimmig dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Kulturdebatte

GR. Müller (DFP) begrüßte zunächst die Forcierung des Schulbaues in Wien. Bezüglich des Sportstättenkonzeptes forderte er den Bau von weiteren Bezirkssportanlagen und meinte, daß die Aktion "Sportplatz der offenen Tür" im Interesse einer gesunden Jugend weiter ausgedehnt werden sollte. Weiter forderte er den "Nulltarif" auch für die städtischen Museen sowie die kostenlos Entlehnung in den städtischen Büchereien. Er kritisierte die Kunstförderung der Stadt Wien, die er als stark "protektionistisch" bezeichnete. Was die Volksheime, Volkshochschulen und Häuser der Begegnung betrifft, so würden sie nach wie vor im zunehmenden Maß für parteipolitische Zwecke herangezogen werden. Abschließend kritisierte er, daß in Bezug auf das Altstadterhaltungsgesetz noch immer nichts geschehen sei. Anstelle dieser wirklich notwendigen gesetzlichen Maßnahme werde nunmehr der "Kulturschilling" eingeführt. Er reklamierte hingegen die notwendigen gesetzlichen Grundlagen für einen wirksamen Umweltschutz.

Die DFP werde den Budgetansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen.

Zum ersten Mal sei seit vielen Jahren der Rückgang des städtischen Kulturbudgets zumindest gestoppt worden, erklärte als nächster Debattenredner GR. Dr. Wolfram (FPÖ). Der Anteil am Gesamtbudget mache für das kommende Jahr 4,8 Prozent aus und sei damit um 0,1 Prozent höher als für 1971. Trotzdem hinke Wien damit noch immer weit hinter anderen Städten Österreichs und Europas zurück. So wende Linz (ohne Sport) 19,3, Salzburg 17,4, München 16,4 und Graz 12,8 Prozent ihrer Budgets für Kultur und Schule auf.

Sehr enttäuscht sei er über die gestrigen Ausführungen des Finanzreferenten Otto Schweda gewesen, fuhr Wolfram fort. In dessen Ausführungen sei so recht eine selbstgefällige Greisler-gesinnung zu verspüren gewesen, Denn woher nähme Schweda das Wissen, zur Behauptung, Wien wende ohnehin genug für die Kultur auf? Man habe vielmehr den Eindruck, die Budgetmittel würden an die einzelnen Ressorts nach einem Art Ranglersystem - der Stärkere bekomme eben mehr - verteilt.

./.

Heftig kritisierte der Freiheitliche das Fehlen jedes Hinweises in der Budgetrede von Frau Fröhlich-Sandner auf das Altstadterhaltungsgesetz. Dessen Schicksal wachse sich schon zu einem handfesten Skandal aus, werde es doch schon seit dem Jahr 1967 versprochen. Inzwischen würden immer mehr Demolierer und Spekulanten den wertvollen Althausbestand Wiens dezimieren. Dr. Wolfram stellte in diesem Zusammenhang einen Antrag: Die Mittel für Stadt- und Ortsbildpflege sollten von 1,3 auf fünf Millionen und jene zur Erhaltung von Baudenkmälern von fünf auf zehn Millionen Schilling aufgestockt werden.

Der Redner lobt sodann ohne jede Einschränkung die große Kokoschka-Ausstellung, die heuer im Belvedere zu sehen gewesen sei, bedauerte es aber gleichzeitig, daß es in Wien keine eigenen Räumlichkeiten für derartige große Ausstellungen gebe.

Der Schulneubau hinke weiterhin nach, und was die Kinder von Gastarbeitern schließlich anlange, so stellten sie wegen ihrer mangelnden Deutschkenntnisse für die Lehrerschaft, aber auch für die Wiener Kinder ein echtes Problem dar. Man solle doch nicht versuchen, diese Kinder seßhaft zu machen, weil eine Umfrage ergeben habe, daß 85 Prozent der aus Jugoslawien und 92 Prozent der aus der Türkei stammenden Gastarbeiter in ihre Heimat zurückkehren möchten.

Besonders katastrophal sei es um den Naturschutz in Wien bestellt, obwohl es ein recht gutes Gesetz aus dem Jahr 1954 gebe. Aber derzeit gebe es in Wien nicht einmal ein Teilnaturschutzgebiet, da unverständlicherweise nicht einmal die Untere Lobau oder der Lainzer Tiergarten zu einem solchen erklärt worden seien. Wolfram stellt in diesem Zusammenhang einen weiteren Antrag und verlangt eine Erhöhung der für den Naturschutz vorgesehenen Gelder von 400.000 auf eine Million Schilling.

./.

Die Freiheitlichen könnten diesem unzureichenden Kulturbudget nicht die Zustimmung geben.

Prof. Zörner (ÖVP) versuchte in seiner Rede die Öffentlichkeit mit der - wie er es nannte - "rauhen Schulwirklichkeit" der Gegenwart zu konfrontieren. Seiner Meinung nach stehe die relativ hohe Zahl von Wiener Schülern an Privatschulen in keinem Verhältnis zur unzureichenden Förderung durch die öffentliche Hand. Sein Vorwurf richtet sich primär an die Adresse der sozialistischen Bundesregierung. Es sei unverständlich, daß die günstige Regelung für Privatschulen, die bereits im Frühjahr ins Parlament hätte kommen sollen, wieder zurückgezogen wurde. Er, Zörner, habe gehört, daß die Wiener sozialistische Parteifraktion durch massive Kritik diese Regelung verhindert habe. Er richtete an die Adresse der Wiener SPÖ den Appell, doch auch für Chancengleichheit an privaten Schulen zu sorgen.

Er kritisierte außerdem, daß es seit Bestehen der SPÖ-Regierung zum ersten Mal große Unzulänglichkeiten bei der Erledigung finanzieller Ansprüche der Lehrer gäbe. Auszahlung für Schulkurse würden in jüngster Zeit erst sechs bis neun Monate später erfolgen. Man könne von den Lehrern nicht erwarten, daß sie das Geld aus der eigenen Tasche vorstrecken. Prof. Zörner brachte daher einen Antrag ein, der einen Vorschuß für die Lehrer in der Höhe von 90 Prozent der zu erwartenden Ausgaben verlangt.

Nach einer weiteren Kritik an Zuständen verschiedener Schulen in Wien, die jedoch zum überwiegenden Teil in Bundeskompetenz fallen, kritischen Anmerkungen zu den Schulversuchen, bei denen seiner Meinung nach die wissenschaftliche Kontrolle mangelhaft sei, forderte er Frau Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner auf, zur Bereinigung der Probleme und Konflikte intensiven Kontakt mit dem Unterrichtsminister zu halten.

GR. Hermine Fiala (SPÖ) definierte die kulturellen Ziele einer Großstadt als das Bestreben, sämtliche positiven Aspekte der gesellschaftlichen Entwicklung jedem einzelnen Bürger zugänglich zu machen. Dabei spiele die Chancengleichheit eine große Rolle, und

./.

zwar schon vor und bei Beginn der schulischen Erziehung: die durch Milieuverschiedenheiten im Elternhaus entstandenen Nachteile bei manchen Kindern müßten durch die Gesellschaft ausgeglichen werden.

Dasselbe gelte für die Jugendzentren: hier biete sich reiche Möglichkeit zur außerschulischen Betätigung in Bildungs- und Freizeitbereichen, ganz zu schweigen von dem staatsbürgerlichen Wert dieser Einrichtungen, in denen der junge Mensch seine Funktion innerhalb der Gruppe verstehen und ausüben lernt, also die Verwirklichung des Grundsatzes "Freiheit in Verantwortung".

Besondere Anerkennung zollte die Rednerin der Modeschule Hetzendorf und dem Konservatorium der Stadt Wien: diese beiden Einrichtungen seien nicht nur wirkungsvolle Bildungsträger für die Wiener Jugend, sondern fungieren als Werbeträger Wiens sehr intensiv im Ausland.

Bekanntlich wirken beide Institutionen vielfach an Präsentationen der Bundeshauptstadt in anderen Ländern mit. Darüber hinaus genießen speziell die Austauschkonzerte des Wiener Konservatoriums guten Ruf - das zeigen nicht zuletzt die Rezensionen in ausländischen Zeitungen. Die Modeschule Hetzendorf ihrerseits ist bei internationalen Modewettbewerben als Preisjäger gefürchtet.

Für die Belange des Naturschutzes reklamierte die Rednerin die Mitarbeit der Bevölkerung, da dieser Komplex von Problemen nicht vom Schreibtisch her zu lösen sei.

GR. Prof. Bittner (ÖVP) erklärt, sich nur mit den wichtigsten Problemen dieser umfangreichen Geschäftsgruppe beschäftigen zu wollen. Vergleiche mit anderen österreichischen Städten könnten seiner Ansicht nach nicht gezogen werden, da die Art der Veranschlagung überall eine andere sei. Die Ansätze für den Körpersport seien gestiegen, doch ist zu hoffen, daß nicht wie im vergangenen Jahr 85 Prozent der Mittel allein für die Stadthallen - Stadion-Betriebsgesellschaft bestimmt sind. Die Sportorganisationen müßten überall dort gefördert werden, wo sie der Förderung bedürfen

./.

Das gelte auch für die sehr begrüßenswerte Aktion der "Fahrt zum Schnee", wo man ASKÖ und UNION die gleichen Bedingungen bieten müßte. Mehr Förderung müßte dem Breitensport zukommen. Man müßte eine Möglichkeit finden, die Turnsäle auch zum Wochenende der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Die Unterstützung des Kinder- und Jugendeislaufens sollte auf allen Kunsteisbahnen erfolgen. Der Redner stellt einen diesbezüglichen Antrag. Eine Förderung des Spitzensportes wäre durch folgende Aktionen möglich: Bezahlung eines qualifizierten hauptamtlichen Trainers, Unterstützung von Lehrgängen, Anschaffung moderner Trainingsgeräte und Übernahme der Reisekosten bei internationalen Wettkämpfen. Außerdem sollten die Sportvereine nach einem Prämiensystem gefördert werden, dessen Grundlage die Placierung bei nationalen und internationalen Meisterschaften sein müßte.

Ob die Platzwahl für die Errichtung der Landessportschule im Bereich des West-Stadions gut ist, müßte nochmals eingehend überlegt werden. Vielleicht könnte die Schule in Kooperation mit Niederösterreich und dem Burgenland, auch außerhalb Wiens, errichtet werden.

Der Redner regt eine Überdachung des Stadions an. Vielleicht wäre das eine Möglichkeit, um es attraktiver zu machen. Das Sportinteresse hat sich verlagert, was die große Anziehungskraft des Reit- und Springturniers und der Eishockeyspiele in der Donauparkhalle zeigt.

Ein zweiter Antrag des Redners geht dahin, im Floridsdorfer Bad ein eigenes kleines Sprungbecken mit Sprunganlage zu errichten.

Dringend urgiert der Redner das versprochene Landessportgesetz. Als besonders bedauerlich bezeichnet er es, daß der Bundesbeitrag für die Wiener Festwochen gekürzt wurde. Man sollte vielleicht auch darüber nachdenken, wie man den Festwochen eine neue Note geben könnte.

Bei den Museen müßte man die Öffnungzeiten ausländischen Verhältnissen anpassen. Die geplante Landesjugendherberge müßte so errichtet werden, daß sie internationalen Ansprüchen gerecht wird.

Der Verlag für Jugend und Volk habe in den 50 Jahren seines Bestandes sehr bedeutende Akzente auf dem Sektor des Buchwesen gesetzt.

./.

GR. Gawlik (SPÖ) wandte sich entschieden gegen eine Schiller-Zitierung von GR. Prof. Wolfram, die unvollständig gewesen sei. Die Regiebemerkung über das Auseinandertreiben des Reichstages durch Lanzenträger fehlte. Wir waren Zeitgenossen, als Reichstage mit Gewalt auseinandergetrieben wurden. Solche Dinge soll man vorsichtig zitieren, sonst gerät man in den Verdacht faschistoider Gesinnung.

In unserer Welt gelingt es nicht, die Menschen von der Armut zu befreien, ihnen die Freiheit und den Frieden zu bringen. Woran soll sich die Jugend, die eine solche Welt vorfindet, orientieren? Die Zeit könnte reif dafür werden, daß wieder ein Scharlatan die Weichen falsch stellt und die Demokratie zerstört. Die äußeren Lebensverhältnisse werden besser, aber Anlagen der Menschen verkümmern, geistige Substanz geht verloren. Die Gemeinschaft muß dem entgegenwirken, sie muß die Jugend zu kritischem Denken und verantwortungsbewußten Handeln formen.

Die Bemühungen der Stadtverwaltung sind ein großer Beitrag dazu. Noch nie wurde so viel für die Schulen geleistet. Es gibt zwar Kritik an angeblich mangelhafter Schulbauplanung, aber dem Gemeinderat liegt ein Überblick über die Schätzungen der Schülerzahlen und des Schulklassenbedarfs und die Vergleichsziffern des Effektivstandes vor, die nur wenig voneinander abweichen. Das beweist, wie gewissenhaft und gründlich geplant wird. Dabei wird auch berücksichtigt, daß in neuen Wohngebieten, wo vor allem junge Familien einziehen, vorerst ein großer Schulraumbedarf besteht, der nach einiger Zeit stark nachläßt. Damit dann nicht die Schulgebäude leerstehen, wurde erstens ein Schul-Wohn-Typ entwickelt, das ist ein Schulbau, der verhältnismäßig leicht in ein Wohnhaus umgewandelt werden kann, und werden zweitens mobile Klassenzimmer eingesetzt.

GR. Gawlik kritisierte das veraltete Berufsausbildungssystem, das den Bedürfnissen des Industriezeitalters nicht mehr entspricht. Die Lehrlinge haben einen Anspruch darauf, methodisch und zeitnah ausgebildet zu werden, deshalb muß man das Ausbildungssystem von Grund auf neu durchdenken. Die Berufsschulen haben die

./.

wichtige Aufgabe, den jungen Menschen zu formen und dabei auch die Versäumnisse mancher Lehrbetriebe zu kompensieren. Es ist deshalb besonders erfreulich, daß für die Berufsschulen heuer um 23 Prozent mehr Mittel als voriges Jahr bewilligt werden. Nur ein äußerst leistungsfähiges Bildungssystem gewährleistet das Funktionieren der Demokratie, denn diese verlangt Verstand und Mitdenken.

Der Sport soll die Menschen wieder zum natürlichen Leben führen. Die Stadt Wien hat für den Sport in den Jahren 1968 bis 1971 für Sportbauten rund 114 Millionen, für Sportförderung 79 Millionen und für andere Maßnahmen zugunsten des Sports 34 Millionen, außerdem noch 193 Millionen für Schwimmbäder, insgesamt also 420 Millionen aufgewendet. 1972 werden die Ansätze für den Sport noch wesentlich höher sein als in den vergangenen Jahren.

Die Behauptung, daß nur 15 Prozent der Gastarbeiter hier bleiben wollen, ist irreführend. Unter den Familien, die hier sind, ist dieser Prozentsatz weitaus höher. Ein demokratischer Gemeinderat sollte jedenfalls die Integration der Gastarbeiter, die wir brauchen, nicht in Frage stellen.

In ihrem Schlußwort hob Frau Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner hervor, daß nicht der Prozentsatz des Kulturbudgets am Gesamtbudget über die kulturelle Leistung einer Gemeinschaft entscheide, sondern die Leistung selbst. Neben der sogenannten Kulturmilliarde werde in Wien aus den Mitteln des Bundes für kulturelle Belange so viel ausgegeben wie kaum in einer anderen Stadt der Welt.

Zum Schulbau: Ein planvolles Konzept sei vorhanden, dies gelte es, in Zukunft zu realisieren. Zum Problem Gastarbeiterkinder: Sie könne aus eigener Erfahrung sagen, daß bei richtigem Engagement der Lehrer die Schwierigkeiten der Sprache beim Unterricht überwunden werden können.

Sie müsse den Vorwurf, die öffentlichen Schulen würden den privaten Schulen vorgezogen, in aller Schärfe zurückweisen. Wien mache hier keinen Unterschied, sei es bei den Stipendien oder bei den Lehrmitteln. Es sei unrichtig, wenn behauptet wurde, Arbeiter-

./.

kinder hätten bereits die gleichen Bildungschancen. Noch immer - das sei statistisch nachzuweisen - hätten viel zu wenig Arbeiterkinder die Möglichkeit, an Hochschulen zu studieren.

Daß nun ein künftiges Altstadterhaltungsgesetz nicht mehr in den Bereich des Kulturamtes allein falle, sei keine Flucht vor der Verantwortung. Für die Suche nach der günstigsten Methode der Konkretisierung habe man einige Zeit gebraucht. Nun sei in Kürze die finanzielle Basis für ein wirkungsvolles Gesetz geschaffen. Es sei nur natürlich, daß die Finanzverwaltung in der letzten Zeit ein gewichtiges Wort mitgesprochen habe.

Zum "Nulltarif" im kulturellen Bereich: bei städtischen Museen sei der "Nulltarif" bereits zum Teil verwirklicht. Zur Hebung des kulturellen Bewußtseins seien aber vor allem neue Impulse und Attraktivitäten notwendig. Der freie Eintritt genüge keinesfalls.

Zum Vorwurf, in den Wiener Volksbildungshäusern seien zu viele Mitglieder der Sozialistischen Partei tätig: Die Volksbildner spiegeln nur die politische Wirklichkeit in dieser Stadt wider, meinte Frau Fröhlich-Sandner.

Sportförderung: Vor zwei Jahren waren dafür 46 Millionen vorgesehen. 1972 werden es 105 Millionen sein. Das bedeutet eine Steigerung des Budgets um 130 Prozent innerhalb von zwei Jahren.

Die Kritik, für den Schisport werde zu wenig getan, könne sie nicht ernst nehmen. Immerhin sei Wien die einzige Stadt der Welt, in deren Einzugsbereich FIS-A-Rennen, Fahrten zum Schnee für Jugendliche und Kinder veranstaltet werden und durch die Erzeugung von künstlichen Schnees der Bevölkerung die Möglichkeit geboten wird, in der Großstadt selbst diesen Sport auszuüben.

Das Kulturbudget wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Die Anträge der FPÖ, (Erhöhung der Mittel für Naturschutz und Denkmal- und Ortsbildpflege), der DFP (Installierung einer Expertenkommission zur Erhaltung des Stadtbildes) wurden abgelehnt.

Die Anträge der ÖVP (Vorschuß für Lehrer für Schikurse, Vergrößerung des Floridsdorfer Hallenbades und Subventionierung der Kunsteisbahnen) wurden einstimmig zugewiesen.

./.

Die Beratungen werden morgen Samstag, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen (Referent Stadträtin Maria Jacobi (SPÖ) und im Anschluß daran mit der Geschäftsgruppe V, Gesundheitswesen (Referent Stadtrat Dr. Otto Glück, ÖVP) fortgesetzt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

statistisches jahrbuch der stadt wien 1970:
wirtschaftsteil wesentlich erweitert

3 wien, 10.12. (rk) das statistische jahrbuch der stadt wien ueber das jahr 1970 liegt nun in neuer form vor. ausser der erfolgten trennung vom verwaltungsbericht (''die verwaltung der stadt wien 1970'' wurde schon im juni fertiggestellt) erfolgten neben einer geaenderten aeusseren aufmachung auch eine inhaltliche neugestaltung, wobei vor allem der wirtschaftsteil wesentlich erweitert wurde. gerade in unserer zeit ist ja der bedarf an informationen ueber den stand und die entwicklung von sozialen und wirtschaftlichen strukturen und prozessen ausserordentlich gross.

auf dem gebiet der bevoelkerungsstatistik faellt auf, dass die zahl der polizeilich gemeldeten auslaender Ende 1970 auf 93.642 anstieg, das bedeutet gegenueber 1966 eine steigerung um 81,8 prozent, die vor allem durch die erhoehte zahl der gastarbeiter bedingt ist.

auf dem gebiet des wohnungswesens wurden aktuelle daten ueber die bewohnten wohnungen nach dem ausstattungstyp, haushaltstyp und wohnungsaufwand aufgenommen. von den 729.000 bewohnten wiener wohnungen, die im mikrozensus erfasst werden, weisen nur 73.000 wohnungen die hoechste wohnungsqualitaet (wasseranschluss, wc, badezimmer oder duschnische und zentralheizung) auf. der durchschnittliche wohnungsaufwand der 647.000 wohnungen, die gegen entgelt benuetzt werden, betraegt 338 schilling pro wohnung und monat.

eine erhebung ueber den arbeitsplatz- und berufswechsel der unselbstaendig beschaeftigten zeigt, dass im laufe eines jahres 364.700 dienstgeberwechsel zu verzeichnen waren. an der spitze dieser arbeitsplatzwechsel liegen vor allem die gaststaetten- und bauberufe.

in den wirtschaftsteil wurde eine gliederung der betriebsstaetten und beschaeftigten nach wirtschaftsabteilungen und -klassen sowie nach bezirken aufgenommen. auch die daten ueber die wiener industrie konnten mit der aufnahme einer umfangreichen tabelle ueber produktionsmengen wesentlich erweitert werden. es ist

./.

zum beispiel daraus zu ersehen, dass 1970 von der wiener elektroindustrie 303.737 fernsehgeraete produziert wurden, um etwa 50.000 mehr als im vorjahr.

neu hinzugekommmen sind auch ergebnisse der wiener bauwirtschaft. 616 unternehmungen des bauhauptgewerbes meldeten fuer 1969 beschaeftigtenstand, verdienste, umsaetze, investitionen und anderes mehr.

im kapitel verkehr wurden zusaetzlich tabellen ueber den strassengueterverkehr aufgenommen, die die verflechtung wiens mit den bundeslaendern, aber auch mit dem ausland erkennen lassen. zusaetzlich konnte auch der werkfernverkehr auf der strasse naeher beleuchtet werden.

neu ist auch eine ausweisung der gueltigen zivilluftfahrtscheine. danach gibt es in wien 480 segelflieger, 33 fallschirmspringer und 626 flugzeug- und hubschrauberpiloten. ebnso neu ist eine zeitungsstatistik.

im kapitel wahlen wurden neben den ergebnissen der nationalratswahl 1970 einschliesslich der wiederholungswahl in drei wahlkreisen auch die bundespraesidentenwahl vom 25. april 1971 und die nationalratswahlenvom 10. oktober 1971 aufgenommen.

das statistische jahrbuch der stadt wien enthaelt auf 362 seiten in 25 systematisch gegliederten abschnitten 318 tabellen. ein ausfuehrliches stichwortverzeichnis am schluss des bandes erleichtert das auffinden des gewuenschnten zahlenmaterials.

dieses jahrbuch, herausgegeben vom magistrat der stadt wien, ist zum preis von 120 schilling durch den buchhandel oder ueber den verlag fuer jugend und volk ges.mbh, tiefer graben 7-9, 1010 wien, zu beziehen.
1009

./.

am montag:

preisverteilung ''wien im blumenschmuck 1971''

5 wien, 10.12. (rk) montag findet im festsaal des wiener rathauses die traditionelle preisverteilung der aktion ''wien im blumenschmuck 1971'' statt. an dem heuer im fruehjahr und sommer durchgefuehrten wettbewerb zur verschoenerung der stadt machten 1.580 teilnehmer, davon 47 firmen und drei hausgemeinschaften mit. buergermeister felix s l a v i k wird zusammen mit stadtrat kurt h e l l e r die spitzenpreise der stadt wien verteilen.

ein kuenstlerisches programm unter mitwirkung von elfriede o t t , heinz c o n r a d s , prof. erik w e r b a , prof. gustav z e l i b o r , heribert r o n g e und dem orchester franz b i l e k umrahmt die preisverteilung. die conference hat willy k r a l i k .

geehrte redaktion

wir laden sie herzlich ein, zu der preisverteilung berichterstatter und photoreporter zu entsenden.

bitte merken sie vor:

zeit: montag, 13. dezember, 17 uhr (plaetze bitte bis 16.50 uhr einnehmen).

ort: festsaal des rathauses, zugang: lichtenfelsgasse 2, feststiege 1.

1026

preisguenstige gemuese- und obstsorten

8 wien, 10.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: karotten 5 bis 6 schilling, weisskraut 4 schilling je kilogramm, glassalat 4 bis 6 schilling je stueck.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 schilling , bananen 7 schilling, orangen 8 schilling, mandarinen 10 schilling je kilogramm.

1033

amtlicher wohnungstausch-anzeiger

4 wien, 10.12. (rk) die neue nummer des ''amtlichen wohnungstausch-anzeigers'' ist soeben erschienen. sie enthaelt auf 20 seiten tauschangebote aus saemtlichen wiener bezirken. in spezialrubriken sind ferner angebote von hauswartwohnungen und tauschangebote aus den bundeslaendern enthalten.

zur feststellung der wirksamkeit der im tauschanzeiger veroeffentlichten inserate wurde kuerzlich eine untersuchung bei gemeindewohnungen durchgefuehrt. daraus geht hervor, dass durch den tauschanzeiger im jahre 1969 348 gemeindemieter einen wohnungstausch durchfuehren konnten. dazu kommen noch die vielen wohnungstaeusche mit privatwohnungen.

eine einschaltung in die naechste nummer des amtlichen wohnungstausch-anzeigers, der am 27. jaenner 1972 erscheint, kann bis spaetestens 13. jaenner im tauschreferat der gemeinde wien, 1, rathausstrasse 2, 1. stock, zimmer 166, vorgenommen werden.
1015

bezirksvertretungssitzungen in der kommenden woche

7 wien, 10.12. (rk) in der kommenden woche finden folgende bezirksvertretungssitzungen statt:

montag, 13. dezember: 17 uhr, donaustadt, 22, lorenz kellner-gasse 15, sitzungssaal.

dienstag, 14. dezember: 17.30 uhr, mariahilf, 6, amerling-strasse 11, 1. stock, zimmer 108, sitzungssaal.

mittwoch, 15. dezember:

17 uhr, josefstadt, 8, schlesingerplatz 4, 3. stock.

17.30 uhr, favoriten, 10, keplerplatz 5.
1037

neue verbindung hietzing - meidling:
buergermeister slavik gab stranzenbergbruecke
fuer verkehr frei

17 wien, 10.12. (rk) buergermeister felix s l a v i k gab freitag vormittag im beisein von tiefbaustadtrat kurt h e l l e r die neue bruecke im zuge der stranzenberggasse ueber die verbindungsbahn fuer den verkehr frei. buergermeister slavik erklaerte bei der eroeffnung der stranzenbergbruecke, dass mit dieser neuen verbindung zwischen hietzing und meidling wieder ein wesentlicher schritt fuer die sicherheit des strassenverkehrs getan wurde.

tiefbaustadtrat h e l l e r hob hervor, dass die stranzenbergbruecke in der rekordzeit von 13 monaten mit einem kostenaufwand von 8 millionen schilling errichtet werden konnte. die betonbruecke ist 21 meter breit,die fuenfspurige fahrbahn 15 meter und die beiden gehsteige je drei meter. die laenge betraegt 47,1 meter, die gesamtlaenge mit den beiden auffahrtsrampen von der fasangartengasse und von der hetzendorfer strasse 120 meter. wegen der elektrifizierung der strecke huetteldorf-maxing im heurigen sommer musste das tragwerk ueber dem gleiskoerper in moeglichst kurzer zeit errichtet werden.

teil des uebergeordneten strassennetzes

die stranzenbergbruecke stellt die verbindung zwischen dem strassenzug edelsinnstrasse - fasangartengasse und der kreuzung atzgersdorfer strasse/hetzendorfer strasse her und bildet somit einen bestandteil des uebergeordneten strassennetzes von wien. fuer den nach dem suedwesten wiens orientierten verkehr werden ausserdem die edelsinnstrasse,die graf seilern-gasse, die fasangartengasse und die atzgersdorfer strasse, einschliesslich verschiedener einmuendender strassen, ausgebaut. erst diesen herbst konnte mit dem neubau der graf seilern-gasse und der fasangartengasse begonnen werden: hier gestalteten sich die grundfreimachungen besonders schwierig, auch mussten umfangreiche einbauten installiert werden. der strassenabschnitt edelsinnstrasse - klimt-

./.

gasse kann somit voraussichtlich im fruehjahr 1972 dem verkehr uebergeben werden.

unterfuehrung edelsinnstrasse

in engem zusammenhang mit diesem bauvorhaben steht auch die tieflegung der donaulaendebahn unter die altmannsdorfer strasse sowie die unterfahrung mit der edelsinnstrasse. die stuetzmauern und brueckentragwerke fuer die unterfuehrung edelsinnstrasse sollen 1972 soweit fertiggestellt werden, dass noch im gleichen jahr mit den strassenbauarbeiten in der edelsinnstrasse begonnen werden kann. dieser neue strassenzug wird suedlich der stranzenbergbruecke in der atzgersdorfer strasse fortgesetzt.

zur eroeffnung der stranzenbergbruecke, die trotz kuehlem wetter zahlreiche zuschauer anzog, waren auch die beiden bezirksvorsteher wilhelm h r a d i l und eduard p o p p , sowie leitende magistratsbeamte mit stadtbaudirektor prof. dipl.-ing. dr. rudolf k o l l e r erschienen.

abbruch der kernbruecke

am sonntag vormittag wird eine 60 mann starke einheit der pioniertruppen-schule klosterneuburg unter dem kommando von hauptmann leopold b e c k die provisorisch errichtete Kernbrücke wieder abbrechen.

1405

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861

Samstag, 11. Dezember 1971 Blatt 3574

Weitere Forcierung der Sozialarbeit

3. Tag der Budgetdebatte, 1. Referat

Wien, 11.12. (RK) Verwaltungsgruppe IV, Wohlfahrtswesen. Referent Stadträtin Maria Jacobi (SPÖ).

Einnahmen: 258,354.400 Schilling, Ausgaben: 1.186,213.900 Schilling.

Die Sozialarbeit in Wien wird auch im kommenden Jahr weiter forciert werden, teilte Stadträtin Maria Jacobi am Beginn ihrer Budgetrede mit. Für die Tätigkeit des Wiener Wohlfahrtsamtes sind 1972 insgesamt 1.186,2 Millionen Schilling vorgesehen, was einer Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 11.9 Prozent gleichkommt. Rechnet man dazu noch die Beträge für Investitionen, die die Stadt Wien für die Fonds "Kuratorium Wiener Pensionistenheime" und "Kuratorium Wiener Jugendheime" gewährt, so erhöht sich der gesamte Sozialaufwand auf 1.265,5 Millionen Schilling.

Vergleicht man diesen Sozialaufwand mit dem anderer Städte, so wäre zu diesem Betrag noch die Summe von 447,9 Millionen Schilling hinzuzufügen, die für die Wiener Altersheime im Kapitel Gesundheitswesen budgetiert ist, da der Aufwand für Altersheime überall in der Welt im Sozialbudget aufscheint. Damit erreicht das Sozialbudget einen Anteil von 8,4 Prozent des Gesamtbudgets.

Nach einem Finanzbericht des Internationalen Gemeindeverbandes liegt Wien damit nicht nur wesentlich höher als vergleichbare deutsche Städte, wie etwa Hamburg und München, wo dieser Anteil zirka sieben bis acht Prozent beträgt, sondern sogar mit Schweden auf einer Ebene.

./.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien — Presseforum — A 1082 Wien, 1 Rathausstr. 1, Telephon 42800 Durchwahl Kl. 2971 - 2974, FS (7) 5662 — Chefredakteur: Wilhelm Adametz — Für den Inhalt

Im Laufe ihrer Ausführung kam die Stadträtin auch auf das neue Sozialhilfegesetz zu sprechen, um dessen Neufassung sich die Konferenz der Sozialreferenten seit mehr als einem Jahrzehnt bemüht. Ein Musterentwurf eines solchen Gesetzes wurde bereits fertiggestellt, der für Wien nun die Möglichkeit ergibt, einen eigenen Entwurf, der insbesondere organisatorisch die Stellung Wiens als Bundesland und Gemeinde berücksichtigt, auszuarbeiten. Derzeit noch in der Begutachtung wird dieser Entwurf voraussichtlich schon im kommenden Jahr zur Diskussion und Beschlußfassung zugeleitet werden.

Im einzelnen sieht das Budget allein bei der Wohlfahrtspflege eine Steigerung von 44 Millionen (+ 19,6 Prozent) vor. Für die Pensionistenklubs sind im kommenden Jahr 9 Millionen vorgesehen. Der Mehraufwand von 1,2 Millionen ist durch die Vermehrung der Klubs von 122 auf 125 bedingt. Insgesamt rechnet man für die kommende Betriebsperiode mit etwa 7ooo bis 75oo täglichen Besuchern. Eine enorme Steigerung sei auch für die Wohlfahrtskrankenhilfe zu verzeichnen, die mit 3o,7 Millionen Schilling, um mehr als 9 Millionen höher dotiert wird. Während die Kosten für die ärztliche Behandlung relativ geringfügig sind, nahm die Tätigkeit der Hauskrankenpflege massiv zu. Heimhilfe, Hauskrankenpflege und Essen auf Rädern haben an Umfang gewonnen. Daher ist im kommenden Jahr ein Aufwand von 22,7 Millionen vorgesehen. Die Aktion Essen auf Rädern - mit privaten Verbänden durchgeführt - betreute im November mehr als 23oo Personen. Die Heimhilfe und Hauskrankenpflege werden ihre Leistungen von (1969) 24o.ooo Stunden auf voraussichtlich 34o.ooo in diesem Jahr erhöhen.

Der Personenkreis, der im Rahmen des Behindertengesetzes betreut wird (vorgesehener Kostenaufwand 46 Millionen Schilling), ist mit rund 9oo seit einigen Jahren stabil. Für die Novellierung des Behindertengesetzes wurden die Vorarbeiten bereits in Angriff genommen. Ein Kernstück der Novelle soll die Einführung der Maßnahmen im Sinne des Behindertengesetzes für Hilfsbedürftige Personen sein, die nach den derzeitigen Rechtsvorschriften weder Leistungen aus dem Behindertengesetz, noch nach den Sozialversicherungsvorschriften erhalten können.

Die Errichtung von Sozialberatungsstellen in allen Wiener Bezirken habe sich als richtig erwiesen, erklärte Frau Jacobi.

./.

Sie wurden in diesem Arbeitsjahr von rund 3400 Ratsuchenden aufgesucht. Wie wichtig die Information der Wiener Bevölkerung über die sozialen Hilfen der Stadt Wien (Informationskarten) war, wurde durch die deutlichen Frequenzsteigerungen, vor allem bei den Beratungsdiensten sowohl der Erwachsenenfürsorge als auch des Jugendamtes und der Inanspruchnahme des sozialen Notrufes gezeigt.

Im kommenden Jahr und zwar im Frühjahr werde das Pensionistenheim Favoriten für 250 Pensionäre zur Verfügung stehen. Im Bau befinden sich zwei weitere Pensionistenheime und zwar in der Großfeldsiedlung und in der Thürnlhofstraße, mit deren Fertigstellung ebenfalls im kommenden Jahr zu rechnen ist. Mit Beginn des kommenden Jahres wird darüberhinaus mit dem Bau von zwei weiteren Heimen im 14. Bezirk und im 15. Bezirk begonnen werden. Ein weiteres Objekt und zwar im 23. Bezirk, befindet sich zur Zeit in Planung.

Für die Jugendfürsorge stehen insgesamt 743,4 Millionen zur Verfügung, wobei die Kindertagesheime, für die allein 330,2 Millionen Schilling aufgewendet werden, Vorrang genießen. Insbesondere wird man bemüht sein, die neuen Siedlungsgebiete entsprechend zu versorgen. So sind für die Fertigstellung und den Bau von neuen Kindertagesheimen insgesamt werden elf entstehen, 41,1 Millionen Schilling vorgesehen. Das Intensivprogramm für basale Begabungsförderung, das zum Ziel hat, im Hinblick auf eine Chancengleichheit Milieubarrieren abzubauen, wird derzeit in 22 Halbtagsgruppen sowie in 20 Ganztagsgruppen für Fünf- bis Sechsjährige und in 20 Familiengruppen mit Erfolg durchgeführt.

Als erfreuliche Entwicklung bezeichnete Stadträtin Jacobi auch die Tatsache, daß es in letzter Zeit gelungen sei, die Zahl der Absolventen in den verschiedenen Lehranstalten für Sozialberufe zu erhöhen. In diesem Zusammenhang wies sie auf die Errichtung einer neuen zentralen Schule für Sozialberufe im 21. Bezirk hin. Diese Schule wird insgesamt 980 Schüler aufnehmen können.

Derzeit befinden sich 5489 Kinder in der Obhut der Stadt Wien, davon 3557 in Heimen und 1932 bei Pflegeeltern. Insgesamt stehen für Pflegekinder 189,1 Millionen zur Verfügung.

Der Aufwand für die stadtischen Heime für Kinder und Jugendlich beträgt im kommenden Jahr 196,2 Millionen. Der Betrag soll dazu

./.

dienen, eine weitere Verbesserung der Situation in den Heimen durchzuführen. Dazu hat die, von der im Frühjahr abgehaltenen Enquete über aktuelle Fragen der Heimerziehung, die sich aus Wissenschaftlern und Praktikern zusammensetzte, eine Reihe realisierbarer Vorschläge ausgearbeitet. Als erste Voraussetzung für eine Verbesserung der Situation haben die Beratungen der Kommission unter anderem die Notwendigkeit ergeben, die Gruppenzahl zu reduzieren.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Weiterer Ausbau des Gesundheitsdienstes

3. Tag der Budgetdebatte, 2. Referat

Wien, 11.12. (RK) Verwaltungsgruppe V, Gesundheitswesen. Referent: Stadtrat Dr. Otto Glück (ÖVP)

Einnahmen 1.488,683.300 Schilling, Ausgaben 3.259,979.800 Schilling.

Die Gesundheitssicherung der Bevölkerung sei eine der wichtigsten Aufgaben der Gesundheitspolitik, erklärte Gesundheitsstadtrat Dr. Otto Glück in seiner Budgetrede. Dies treffe im besonderen Maße auch auf die Vorsorgemedizin zu, zu der die Vorbeugung von Krankheiten und die Früherfassung beginnender Erkrankungen zählen. So werde man auch im kommenden Jahr verschiedene bereits bewährte Aktionen des Gesundheitsdienstes fortführen und weiter ausbauen. In diesem Zusammenhang erwähnte der Stadtrat unter anderem die Polio-Schutzimpfung und eine für das Frühjahr 1972 geplante Tetanus-Impfaktion. Weiter eine Fortsetzung des Ausbaues der Referate für Krebsfürsorge sowie verschiedene Leistungen des schulärztlichen Dienstes, der von Jahr zu Jahr an Umfang zunimmt. Unter anderem ist im Jahr 1972 auch damit zu rechnen, daß wieder weit mehr als 100.000 Kinder zahnärztlich untersucht werden müssen. Von den Fachärzten in den Jugendzahnkliniken wurde dabei festgestellt, daß die Behandlungsbedürftigkeit ungefähr 25 Prozent beträgt. Die Karieshäufigkeit ist um 50 Prozent gesungen.

Eingehend beschäftigte sich Dr. Glück auch mit dem Kapitel "Rauschgift und Drogen", wobei er betonte, daß die Bestimmungen der Suchtgiftgesetznovelle 1971, die am 1. 9. 1971 in Kraft getreten ist, entscheidende Mehrarbeit für die psychohygienischen Beratungsstellen mit sich bringen werden.

Seit Jänner 1971 erhält jedes in Wien zur Welt gekommene Kind einen Gesundheitspaß. In diesen Paß sollen alle wichtigen medizinischen Daten eingetragen werden.

./.

Gleichzeitig damit wurde auch eine kleinformatige Notfallskarte aufgelegt, die der Erwachsene stets bei sich tragen soll. In dieser sind die Daten vermerkt, die es bei einem Unfall oder bei plötzlicher Krankheit dem Erste Hilfe-leistenden Arzt möglich machen, wirkungsvolle Sofortmaßnahmen zu ergreifen. Im kommenden Jahr wird diese Notfallskarte in allen Apotheken aufliegen. Ebenso wird der seit Jahren bestehende Schwangerenpaß derzeit umgearbeitet und verbessert.

Zum Kapitel Spitäler: Im Jahr 1972 wwrden 11.127 Betten für akut Erkrankte zur Verfügung stehen. Pro Patient und Tag ergeben sich bei 3,250.000 Pflegetagen Ausgaben ohne Investitionen von 642 Schilling, mit Investitionen von 738 Schilling. Von den Ausgaben entfallen allein auf Personalkosten 1,4 Millionen. Trotz Rationalisierung und Modernisierung erfordern der Betrieb und die Erhaltung der Krankenanstalten von Jahr zu Jahr einen höheren Aufwand. Auf dem Inventarsektor werden 61,8 Millionen für die Erhaltung und 35,6 Millionen für die Anschaffung medizinischer Apparate erforderlich sein.

Für die bauliche Erhaltung in den städtischen Krankenanstalten sind 39,2 Millionen vorgesehen und für die baulichen Herstellungen 276 Millionen. Von den letztgenannten Beträgen erhält allein das Allgemeine Krankenhaus 145 Millionen, davon 120 Millionen als weitere Rate für den Neubau. Baulich fertiggestellt wird die 1. Chirurgische und die 1. Universitäts-Frauenklinik. Das Bestrahlungszentrum der 1. und 2. Universitäts-Frauenklinik wird Anfang März 1972 seiner Bestimmung übergeben werden. Für das zweite große Bauvorhaben, den Neubau der Krankenanstalt Rudolfsstiftung, sind für das Jahr 1972 60 Millionen Schilling vorgesehen. An der Fertigstellung des Rohbaues des Bettenhauses wird derzeit noch gearbeitet.

Im weiteren Verlauf seines Referates beschäftigte sich der Gesundheitsstadtrat mit dem Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst, dessen Schwerpunkt derzeit in der Ausrüstung der Ambulanz-Wagen zur Sofortbehandlung bei aktuem Herzalarm liegt.

Die städtischen Altersheime sind für 1972 mit mehr als 30 Millionen Schilling für bauliche Herstellungen dotiert. In Lainz, in Baumgarten, im Rochusheim und im Altersheim Liesing werden umfangreiche Arbeiten weitergeführt beziehungsweise abgeschlossen. Was das neu zu bauende Altersheim Süd betrifft, so wurde das Raum- und Funktionsprogramm bereits ausgearbeitet und weitergeleitet.

Als wichtige Aufgabe auf dem Krankenhaussektor bezeichnete Dr. Glück auch die Heranziehung und Ausbildung des Nachwuchses. Auf dem Pflegesektor ist jedoch voraussichtlich mit einer Verschärfung der Personalsituation zu rechnen, da der Bedarf an geschultem Pflegepersonal von Jahr zu Jahr steigt. So fehlen derzeit bereits über 300 Schwestern. Eine gewisse Entschärfung könnte zweifellos die Tatsache bringen, daß das Krankenpflegepersonal mit 1. Jänner 1972 finanziell wesentlich bessergestellt sein wird.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

wochenprogramm der wiener stadthalle

4 wien, 11.12. (rk) in der wiener stadthalle finden in der zeit von 13. bis 19. dezember folgende veranstaltungen statt:

montag,	13.dezember:	publikumseislaufen	13.30 bis 18.00 uhr
dienstag,	14.dezember:	publikumseislaufen	13.30 bis 18.00 uhr
		eis-tanzabend	20.00 uhr
mittwoch,	15.dezember:	publikumseislaufen	13.30 bis 18.00 uhr
donnerstag,	16.dezember:	publikumseislaufen	13.30 bis 18.00 uhr
freitag,	17.dezember:	hallen-fussballturnier	19.30 uhr
		publikumseislaufen	13.30 bis 18.00 uhr
		eis-tanzabend	20.00 uhr
samstag,	18.dezember:	hallen-fussballturnier	19.00 uhr
		handball-meisterschaft	14.00 uhr
		publikumseislaufen	8.00 bis 12.30 uhr
			13.30 bis 18.00 uhr
sonntag,	19.dezember:	hallen-fussballturnier	15.00 uhr
		faustball-meisterschaft	8.00 uhr
		publikumseislaufen	8.00 bis 12.30 uhr
			13.30 bis 18.00 uhr

fuehrungen in der stadthalle

samstag,	18.dezember:	14.00 uhr
sonntag,	19.dezember:	10.00, 11.00, 12.00 und 14.00 uhr.

+++

wochenprogramm des planetariums

5 wien, 11.12. (rk) das planetarium in der prater hauptallee (beim riesenrad) fuehrt in der kommenden woche folgende veranstaltungen durch:

dienstag, 14. dezember: sonderveranstaltung: die transparenz der atmosphaere bei verschiedenen wetterlagen, es spricht wiss. oberrat dr. leopold kletter, leiter der wetterabteilung der zentralanstalt fuer meteorologie und geodynamik, wien, 19 uhr.

samstag, 18. dezember: adventgestirne 1971, 15, 17 und 19 uhr.

sonntag, 19. dezember: adventgestirne 1971, 9.30, 15, 17 und 19 uhr.

wandelgestirne (5)

grundlagenkurs im planetarium, 14taeglich, jeweils donnerstag um 19 uhr. referent: hermann mucke.

donnerstag, 16. dezember: die scheinbare bewegung der kometen.

+++

seminar ueber kostenrechnung beim schweissen

3 wien, 10.12. (rk) die allgemeine forderung nach erhoehung der wirtschaftlichkeit beeinflusst in steigendem masse auch die schweisstechnische forschung. der genauen erfassung aller kostenanteile kommt fuer die kalkulation eine entscheidende bedeutung zu. dabei koennen vor allem wirtschaftlichkeitsvergleiche zwischen verschiedenen schweissverfahren zur hebung der produktivitaet eines betriebes beitragen.

die technischen und kaufmaennischen gesichtspunkte bei der kostenermittlung von schweissarbeiten werden in einem seminar ''kostenrechnung beim schweissen'' behandelt, das am 13. und 14. jaenner 1972 in der schweisstechnischen zentralanstalt, wien 3, arsenal, objekt 207 stattfindet.

+++

unternehmensausschuss beschloss neue verkehrstarife

6 wien, 11.12. (rk) die angekuendigte tarifaenderung bei den wiener verkehrsbetrieben wurde samstag frueh vom gemeinderatsausschuss fuer die staedtischen unternehmungen mit mehrheit beschlossen. stadtrat franz n e k u l a verwies darauf, dass im wirtschaftsplan der wiener stadtwerke fuer das jahr 1972 derzeit investitionsvorhaben der verkehrsbetriebe in der hoehe von 268 millionen schilling mangels bedeckung gesperrt sind. dadurch sind die noetigen rationalisierungen und die betriebliche weiterentwicklung gefaehrdet. der betriebsverlust fuer das jahr 1972 wuerde ohne die tariferhoehung 621 millionen schilling betragen. die vorgeschlagene aenderung wird mehreinnahmen von rund 192 millionen schilling bringen. bekanntlich wird nach der neuregelung der tagesfahrschein 6 (bisher 5) schilling kosten, der vorverkaufsfahrschein 5 (bisher 4) schilling. der kurzstreckenfahrschein um 8 schilling wird kuenftig fuer vier (bisher sechs) fahrten gelten. er wird nur mehr im vorverkauf erhaeltlich sein, kuenftig jedoch auch an sonn- und feiertagen gelten. alle uebrigen tarife werden im ungefaehr gleichen verhaeltnis erhoeht.

gleichzeitig wird der anteil der finanzverwaltung an den pensionsleistungen der stadtwerke von derzeit 75 auf 80 prozent erhoeht. damit steigt die leistung der finanzverwaltung zugunsten der stadtwerke um 71,3 millionen auf 626,9 millionen schilling. dazu gab der ausschuss einstimmig seine zustimmung.

wie hoch die aufwendungen der stadtwerke im interesse einer ordentlichen versorgung der bevoelkerung sind, ergab sich aus einigen weiteren beschluessen des ausschusses, die durchweg einstimmig gefasst wurden. so werden noch heuer zusaetzliche vier millionen schilling fuer die stromversorgung (leitungen, hausanschluesse, netzumspanneranlagen), 13,4 millionen fuer den umbau und neubau von regleranlagen des gaswerkes und zwei millionen fuer grundkaeufe fuer das u-bahn-gelaende in heiligenstadt und fuer ein geplantes umspannwerk im raum grossenzersdorf aufgewendet.

1040

Brände auf Naschmarkt und Südostbahnhof

Wien, 11. 12. (RK) Zwei gefährliche Brände mußte die Wiener Feuerwehr in der Nacht zum Samstag bekämpfen.

Auf dem Frachtenbahnhof Südost sind aus bisher unbekannter Ursache fünfzig Holzplatten und drei Kubikmeter Verpackungsmaterial um etwa 21 Uhr in Brand geraten, die hinter der sogenannten Wikinghalle gelagert waren. Das Feuer konnte gelöscht werden, ehe es sich ausbreitete.

Kurz nach Mitternacht kam der zweite Alarm: Brand auf dem Naschmarkt. Als die Feuerwehr eintraf, standen bereits neun Marktstände in Flammen. Es wurde Alarmstufe 2 gegeben. In einem Großeinsatz, der zwei Stunden dauerte, konnte ein Übergreifen der Flammen auf andere Marktstände verhindert werden. Die mutmaßliche Brandursache war ein Heizlüfter, der im Objekt 606-607 der Firma Rosner eingeschaltet war.

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Wohlfahrtsdebatte

Wien, 11.12. (RK) GR. Wölger (DFP) erklärte, der steigende Bedarf an gewissen Wohlfahrtseinrichtungen werde durch die Stadtverwaltung nicht befriedigt. Dies gelte insbesondere für die Kindertagesheime: hier solle durch eine Elternbefragung der Gesamtbedarf an Plätzen in Wien ermittelt werden. Es wäre auch zu prüfen, ob die Plätze in den Kindertagesheimen nicht überhaupt den Kindern berufstätiger Mütter vorbehalten bleiben sollten. Dazu komme das Problem, daß in vielen Fällen die täglichen Arbeitszeiten der Mütter länger seien als die Öffnungszeiten der Kindergärten.

Zum Komplex der Heime erklärte Wölger, sicher sei der gute Wille der Heimleitungen unbestritten. Er selbst habe sich davon bei einem Besuch im Lindenhof überzeugen können. Die Schwierigkeiten entstünden jedoch durch drückende Personalnot. Außerdem dränge sich eine grundsätzliche Überprüfung der Erziehungsmethodik auf.

Schließlich die Altersfürsorge: Die durch die Tätigkeit der Wissenschaft ständig steigende Lebenserwartung bringe immer neue Aufgaben für die Gemeinschaft mit sich. Wölger lobte in diesem Zusammenhang die Bestrebungen zur Errichtung weiterer Pensionistenheime ebenso wie die Aktion "Essen auf Rädern". Trotz der dankenswert sachlichen und korrekten Haltung von Stadtrat Maria Jacobi und allen Beamten der Geschäftsgruppe gegenüber seiner Partei sei die DFP nicht in der Lage schloß Wölger, den Ansätzen der Geschäftsgruppe IV zuzustimmen, weil im Wohlfahrtswesen noch viel mehr getan werden müsse.

Prof. Dr. Wolfram (FPÖ) weist zunächst "in eigener Sache" den von GR. Gawlik in der gestrigen Debatte erhobenen Verdacht faschistoider Gesinnung als an die falsche Adresse gerichtet zurück und betont, daß im polnischen Reichstag, von dem Freitag die Rede war, Korruption und Bestechlichkeit geherrscht habe, so daß dessen Auflösung die logische Folge gewesen sei.

./.

Der Redner bemängelt, daß der Anteil des Sozialbudgets am Gesamtbudget von 6,3 Prozent im Jahr 1970 auf 6,1 Prozent im Jahr 1971 und auf 5,8 Prozent im kommenden Jahr zurückgegangen sei. Die knapper werdenden Mittel reichten nicht für die Lösung der zahlreichen Probleme.

Als eines der ernsten Probleme bezeichnt Prof. Wolfram die Tatsache, daß die Ausgaben für die Dauerunterstützungen seit 1969 um 35 Prozent gestiegen seien, die Gruppe der Dauerunterstützten in Wien trotzdem seit Jahren konstant groß geblieben sei. Als außerordentlich erfreulich bezeichnet er die Steigerung der Ansätze für Wohlfahrtskrankenhilfe, die bauliche Verbesserung der Obdachlosenheime und die Erhöhung der Mietzins- und Wohn.

Ausführlich beschäftigt sich der Redner mit der Vorschulerziehung und fordert in diesem Zusammenhang die Einführung einer Elternschulung und einer pädagogischen Mütterberatung, da die Eltern vielfach nicht imstande seien, ihre Erzieherrolle richtig zu erfüllen.

Prof. Wolfram stellt sodann die Frage, um wieviel die Beiträge für die Kindertagesheime gestiegen seien, da es auffällig sei, daß die Einnahmen aus den Kindertagesheimen sich um 32 Prozent erhöhten, die Zahl der Plätze aber nur um vier Prozent gestiegen sei. Außerdem verlangt er die Umstellung der Beitragszahlung auf den bargeldlosen Zahlungsverkehr.

In einem Abänderungsantrag, den der Redner vorlegt, wird die Erhöhung des Ansaetzes für bauliche Herstellungen an Kindertagesheimen von 36,3 Millionen auf 45 Millionen verlangt.

Abschließend fordert Prof. Wolfram eine Intensivierung der Tätigkeit der Sozialberatungsstellen, erkundigt sich nach dem Termin der Fertigstellung des Sozialhilfegesetzes, anerkennt, daß in Wien für die Altersbetreuung sehr viel getan werde, und bezeichnet schließlich die Erwachsenen an der immer weiter um sich greifenden Drogensucht unter den Jugendlichen als mitschuldig - und zwar durch das schlechte Vorbild, das diese mit ihrem Alkohol- und Nikotinmißbrauch der Jugend böten;

./.

ein Haschischraucher sei für die Gesellschaft weniger schädlich als ein betrunkener Autofahrer.

Den Budgetansätzen stimme die FPÖ-Fraktion zu.

Als nächster Debattenredner gab GR. DDr. Gräf (ÖVP) seiner Freude darüber Ausdruck, daß das Jugendschutzgesetz bereits so weit gediehen sei, um in der nächsten Landtagssitzung im Entwurf vorgelegt werden zu können.

Bezüglich der vorschulischen Erziehung müßte Vorsorge getroffen werden, daß der junge Mensch einerseits nicht überfordert wird, andererseits müsse er dazu gebracht werden, sich zur Gemeinschaft und zur Leistung zu bekennen. Wer der Jugend Anstrengung erspart, leistet ihr damit keinen guten Dienst.

Im Zusammenhang mit der Steigerung der Elternbeiträge für die Kindertagesheime stellte der Debattenredner die Frage, ob etwaige Erhöhungen bereits im Budget berücksichtigt seien, die noch nicht beschlossen wurden. Für kinderreiche Familien stellen sich die Kindergartenkosten oft unzumutbar hoch. Als Beispiel führte GR. DDr. Gräf eine Familie mit fünf Kindern an, deren Einkommen 8.000 Schilling beträgt; diese Familie habe für fünf Kindergartenplätze insgesamt 3.600 Schilling zu bezahlen.

Abschließend forderte der Debattenredner die Einführung monatlicher bargeldloser Bezahlung der Kindergartengebühr sowie die Ausdehnung der ärztlichen Betreuung auch auf die privaten Kindergärten.

GR. Mayr (SPÖ) stellte fest, daß der Begriff Wohlfahrtswesen heute nicht mehr zeitgemäß sei, es sollte vielmehr Sozialwesen heißen. So erfahre der Aufgabenbereich dieser Geschäftsgruppe auf Grund seiner zahlreichen Servicemöglichkeiten von Jahr zu Jahr eine ständige Erweiterung. Zu Problemen der Jugendfürsorge meinte der Redner: Wir müssen der Jugend helfen, ihre Zukunft zu meistern, die Zukunft bauen muß sie sich jedoch selbst.

Zum Thema Säuglingssterblichkeit: der derzeitige Prozentsatz von 2,6 wäre zu hoch. Der Redner forderte eine intensivere Betreuung der werdenden Mütter und die Einführung von eigenen genetischen Beratungsstellen.

Als überaus erfreulich bezeichnete er die Tatsache, daß schon Ende 1972 von 20 versprochenen Kindertagesheimen 18 zur

./.

Verfügung stehen werden. Das heißt, daß Ende 1972 die Stadt Wien Müttern von 25.000 Kindern die Sorge für die tägliche Betreuung abnehmen wird können.

Mit dem Kindergartenintensivprogramm für Begabungsförderung, das zum Ziel hat, zugunsten der Chancengleichheit für alle Kinder Milieubarrieren abzubauen, werden gegenwärtig wertvolle Erfahrungen für die vorschulische Erziehung gesammelt. In diesem Zusammenhang gab GR. Mayr auch die Anregung, daß bereits in diesem Stadium das Augenmerk auf verschiedene Schädigungen der Kinder gerichtet werden sollte.

Zum Problem heimentlassener Jugendlicher: Hier wirke sich die besonders in letzter Zeit stark forcierte Nachbetreuung durch Sozialarbeiter und Pädagogen überaus positiv aus. Fürsorger und Erzieher, die gemeinsam in der offenen Intensivbetreuung arbeiten, konnten gerade bei Gesprächen mit kontaktgestörten Jugendlichen beachtenswerte Erfolge erzielen.

Zum Thema Betreuung der Heimpfleglinge meinte der Debattenredner, daß es freilich wesentlich besser für die Jugendlichen wäre, wenn diese erst gar nicht in Heime eingewiesen werden müßten. Die Schuld dafür sei sehr oft im Elternhaus zu suchen.

GR. Gertrude Härtel (ÖVP) verwies auf den Personalmangel in der Sozialarbeit: Es sei zu überlegen, ob man nicht Pensionisten - am besten ehemalige Fürsorgeräte - zeitweise in der Sozialarbeit einsetzen sollte. Damit könnte auch die bedauerliche zeitliche Begrenzung bei der Inanspruchnahme des sozialen Notrufs beseitigt werden.

Ein Personalproblem bestehe auch bei der Hauskrankenpflege und beim Heimhilfedienst. Da noch für lange Zeit nicht mit einem ausreichenden Angebot an Alterskrankenhäusern und -pflegeheimen gerechnet werden könne, sollte die Werbung für einschlägiges Personal zur Verstärkung der bestehenden Dienste intensiviert werden.

Hinsichtlich der Pensionistenklubs und der Schiffsfahrten auf der Donau für alte Menschen wendete sich die Rednerin gegen, wie sie sagte, parteipolitische Praktiken: Es müsse vermutet werden, daß mit öffentlichen Geldern unter dem Titel der Pensionistenklubs auch sozialistische Parteilokale adaptiert

./.

würden. Bei einer Schiffsfahrt für alte Menschen wiederum, die knapp vor der letzten Nationalratswahl stattgefunden habe, seien die Teilnehmer plötzlich im Besitze von Taschentüchern gewesen, die als Verzierung eine rote Nelke getragen hätten.

Schließlich ging GR. Härtel noch auf die Probleme ein, die sich durch die kalte Jahreszeit für die alten Menschen ergeben: Sehr oft müsse die Feuerwehr ausrücken, weil sich alte Menschen durch unsachgemäße Handhabung von Heizungseinrichtungen selbst in Gefahr brächten. Nun gebe es aber ein absolut gefahrenfreies Heizgerät auf dem Markt, nämlich einen elektrischen Ölradiator mit Thermostat. Dieses Gerät verursache keine höheren Betriebskosten als herkömmliche Heizungsmethoden und stelle sich in der Anschaffung auf rund 1.200 Schilling. Die Rednerin regte an, das Wohlfahrtsamt solle alten Menschen einen Zuschuß für die Anschaffung dieses Gerätes gewähren.

GR. Maria Szöllösi (SPÖ) befaßt sich mit den Schwerpunkten der Erwachsenenfürsorge in Wien. Ein Fünftel der Gesamtbevölkerung Österreichs setze sich aus Menschen über sechzig zusammen, 61 Prozent von ihnen seien Frauen. Menschen über 65 stellen 14 Prozent der Gesamtbevölkerung; deren Zahl werde in den nächsten Jahren noch größer werden. Erst gegen 1980 sei eine Änderung dieses Verhältnisses zu erwarten. Es sei Aufgabe der Gesellschaft, der Jugend die Probleme der älteren Menschen nahezubringen und damit um mehr gegenseitiges Verständnis zu werben.

Die Rednerin führt vor allem das Fehlen direkter menschlicher Kontakte, das Fehlen einer Aussprachemöglichkeit von Mensch zu Mensch als Hauptgrund für die Vereinsamung der älteren Menschen an. Durch die Einrichtungen der Technik werde deren Einsamkeit noch verstärkt. Deshalb könne gerade bei den vielen Aktionen und Einrichtungen der Wiener Erwachsenenfürsorge von großen sozialen Taten gesprochen werden: Ob es nun die Pensionistenheime oder die Pensionistenklubs seien, ob es die Aktion "Essen auf Rädern" oder die Landaufenthaltsaktion sei - alle diese Aktionen fördern die menschlichen Kontakte in großartiger Weise. Die Landaufenthaltsaktionen etwa, gehen weit über den Rahmen ähnlicher Aktionen hinaus, ebenso die Ausflugsaktionen für

./.

Pensionistenklub-Besucher und die Schiffahrten für alte Leute. Die Sozialberatungsstellen seien sehr gut besucht, denn auch diese Einrichtungen kämen dem Bedürfnis der alten Menschen nach mehr Aussprachemöglichkeiten besonders gut entgegen.

In diesem Zusammenhang weist Frau Szöllösi auf die - private - Initiative einer Frau in der Bundesrepublik Deutschland hin, die sich in einer Annonce mit den Worten "Ich habe Zeit" als Gesprächspartnerin für einsame Menschen anbietet. Die Rednerin regt an, zu untersuchen, ob es nicht möglich wäre, eine ähnliche Aktion seitens der Stadt Wien zu starten.

In Ihrem Schlußwort stellte Stadträtin Maria Jacobi fest, daß zur Eruierung der erforderlichen Kindergartenplätze keine Elternbefragung notwendig sei, dazu genügen die Geburtszahlen. Angestrebt wird, für jedes Kind im Alter von fünf Jahren einen Kindergartenplatz bereit zu haben.

Von den Kindergärten sind viele bereits ab 6 Uhr früh geöffnet, dreizehn halten bis 18 Uhr offen.

Die verstärkte Bekämpfung der Armut ist daraus ersichtlich, daß der dazu erforderliche Aufwand von 2,8 auf 9 Millionen Schilling erhöht wurde.

Erziehungsberatungsstellen: Leider gelingt es nicht immer, jene Eltern zum Besuch der Beratungsstellen zu bringen, die eine Schulung dringend nötig hätten. Es wird versucht, durch Fürsorgerinnen mit diesen Eltern Kontakt zu bekommen.

Vorschulung: Die Vorschulung in den Kindergärten ist ein Versuchsprogramm, das erst nach drei Jahren abgeschlossen sein wird. Nach dem ersten Jahr können noch keine endgültigen Resultate vorgelegt werden. Die Durchführung dieses Programmes erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Wiener Stadtschulrat.

Erhöhte Einnahmen aus den Elternbeiträgen: Die Einnahmen erhöhen sich aus mehreren Gründen, so sind um 1800 Kinder mehr, und viele Eltern kommen in eine höhere Lohnstufe.

Bauaufwand: Zur Verringerung des Bauaufwandes kommt es, weil durch Fertigteilbauweise die Baukosten gesenkt werden konnten. Ein Kindertagesheim mit fünf Gruppen, dessen Errichtung früher 9,5 Millionen Schilling gekostet hat, stellt sich dadurch auf nur 6,5 Millionen. Leider kann vorläufig nicht mehr gebaut werden, weil nicht genug Personal vorhanden ist, die Personalsituation werde sich aber bald bessern.

./.

Sozialhilfegesetz: Seine Fertigstellung hängt davon ab, wie lange die Begutachtung dauert. Wahrscheinlich wird es im Herbst in den Landtag kommen.

Abstimmung: Die Ansätze des Wohlfahrtsbudgets wurden von SPÖ, ÖVP und FPÖ gebilligt.

Der Abänderungsantrag der FPÖ wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Überreichung des Großen Silbernen Ehrenzeichens

Wien, 11.12. (RK) Im Roten Salon des Wiener Rathauses wird Landeshauptmann Felix Slavik kommenden Mittwoch, den 15. Dezember, um 15 Uhr, dem bekannten Wissenschaftler em.o. Hochschulprofessor Dipl.-Ing. Dr. Dr. h.c. Anton Grzywienski das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien überreichen.

Geehrte Redaktion!

Sie werden herzlich eingeladen, zu dieser Überreichung Berichterstatter und Photorporter zu entsenden.

Bitte,merken Sie vor:

Zeit: Mittwoch, 15. Dezember, 15 Uhr

Ort: Roter Salon des Wiener Rathauses

\- - -

Richtigstellung

Auf Blatt 3552 der Rathaus-Korrespondenz vom 10. Dezember soll es hinsichtlich eines Antrages der FPÖ im Diskussionsbeitrag von GR. Dr. Hirnschall richtig heißen: „...daß die Gehaltsansätze der Spitzenbeamten der Klasse A/EG künftighin in die allgemeine Besoldungsliste aufgenommen werden sollten."

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Gesundheitsdebatte

Wien, 11.12. (RK) GR. Wölger (DFP) urgiert einen Antrag seiner Fraktion auf Einrichtung einer zentralen Stelle im Pressedienst, die die oft unrichtigen, Ärzte und Pflegepersonal diffamierenden Zeitungsmeldungen sofort berichtigt. Die Diskussion um die Form und die notwendige Umorganisierung unseres Gesundheitswesen und die gesundheitliche Betreuung nehme kein Ende, ist sie doch letzten Endes eine Frage, die uns alle angeht. Nach Ansicht des Redners würde sich eine entsprechende Bezahlung von Ärzten und Pflegepersonal günstig auswirken. Dem Pflegepersonal könne man die großen Erschwernisse dieses Dienstes nur durch entsprechend hohe Gehälter abgelten.

Als wesentliche Fragen, um deren Beantwortung der Redner den Stadtrat ersucht, bezeichnet er folgende: ist zu jeder Stunde für jeden unserer Mitbürger ein Arzt erreichbar, steht jederzeit für jeden ein Spitalsbett zur Verfügung und gibt es so viele praktische Ärzte oder Ambulatorien, daß die Patienten entsprechend behandelt werden können? Welche Möglichkeiten gibt es zur Verbesserung des Ärztenotdienstes und was geschieht zur rascheren Modernisierung und Vermehrung der Bettenzahl der Altersheime?

Bei der Besetzung von Primariaten und leitenden ärztlichen Positionen dürfte man bei Bund und Gemeinden nicht nach politischen Gesichtspunkten vorgehen, sondern müßte die Stellen nach den Qualitäten der Bewerber besetzen. Der Redner schließt mit dem Dank an Ärzte und Pflegepersonal.

GR. Krenn (FPÖ) beschäftigte sich sehr eingehend mit den prophylaktischen Möglichkeiten im Kampf gegen die häufigsten Krankheiten.

Die Einrichtung fahrbarer Herzstationen sei sehr begrüßenswert, jedoch müßte noch viel mehr zur Aufklärung über Symptome und richtige Ernährung getan werden.

./.

Die Arbeit der Gesundenuntersuchungsstellen, noch dazu jetzt mit verkürzter Wartezeit, ist vorbildlich. Personalprobleme sollten jedoch nicht ausschlaggebend sein, daß diese Untersuchungsstellen nicht weiter ausgebaut werden können.

Begrüßenswert war die Anti-Raucher-Kampagne der Ärztekammer, bedauerlich die mangelhafte Beteiligung der Stadt Wien daran. Der Redner erwähnte, daß die Austria-Tabakwerke derzeit fieberhaft an der Entwicklung einer nikotinfreien Zigarette arbeiten.

GR. Krenn sprach die Hoffnung aus, daß die Erhöhung der Tabakpreise weitere Raucher abschrecke und die gewonnenen Steuermittel für Präventivmaßnahmen eingesetzt werden. Auch hinsichtlich Lärm- und Abgasbekämpfung forderte der Redner energische Maßnahmen.

In Wien sei die Zahl der Geschlechtskranken 1970 mit 3.880 Fällen auf mehr als das Doppelte gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Tourismus, steigende Gastarbeiterzahl und Gruppensex seien wesentliche Faktoren für diese Erscheinung.

Krenn deponierte dann einen Antrag, der dringende Maßnahmen zur Einschränkung der Straßen- und Geheimprostitution und eine Überprüfung des seinerzeitigen ÖVP-Antrages auf Einrichtung öffentlicher Häuser forderte.

Ausführlich befaßte sich GR. Krenn mit den Gastarbeitern unter dem Aspekt einer Infektionsquelle für anzeigepflichtige Krankheiten und Ungeziefer. So hätten Untersuchungen ergeben, daß 30 Prozent der türkischen Arbeiter an Wurmbefall der verschiedensten Arten leiden. Im Hinblick auf die weitere Einstellung von Gastarbeitern, insbesondere auch von Tunesiern - stellte Krenn namens der FPÖ einen zweiten Antrag, wonach Gastarbeiter vor ihrer Einstellung einer parasitologischen Untersuchung unterzogen werden sollen.

./.

Aus sanitären Gründen sprach sich der Redner grundsätzlich gegen die Seßhaftmachung und Einbürgerung von Arbeitern aus der Türkei oder aus Tunesien, aber auch von Schwestern aus Korea aus. (Zwischenruf Stadtrat Heller: "Nur die Herrenrasse gehört hierher!")

Schließlich stellte Krenn noch eine Anfrage an Gesundheitsstadtrat Dr. Glück bezüglich der angekündigten Gespräche mit der Gebietskrankenkasse.

Dipl.-Ing. Blaschka (ÖVP) beschäftigte sich mit der Bedeutung der vorbeugenden Behandlung. Seiner Meinung nach bestehe in der regelmäßigen ärztlichen Betreuung der Kinder zwischen dem Säuglingsalter und dem Beginn der Pflichtschule - mit Ausnahme jener, die einen Kindergarten besuchen - eine gewisse Lücke. Es sollte daher auf die Eltern eingewirkt werden, ihre Kinder auch in diesem Lebensabschnitt regelmäßig ärztlich untersuchen zu lassen. Erstmals habe Wien im Vorjahr bei den Schülern der vierten Klassen Volksschule beziehungsweise den Absolventen des Polytechnischen Jahrganges auch Harnproben untersuchen lassen.

Blaschka meinte sodann, es sei bedauerlich, daß Wien kein Hallenschwimmbad besitze, das für Körperbehinderte geeignet sei. Er stellte einen entsprechenden Antrag.

Die Lungentuberkulose weise weiterhin eine rückläufige Tendenz auf und die Reorganisation des Rettungswesens sei durch den Um- beziehungsweise Neubau von Stationen nun abgeschlossen. Die letzte Bilanz des Rettungsdienstes: 37.700 Ausfahrten mit 383.000 Kilometer. Im gleichen Zeitraum wies der Krankenbeförderungsdienst etwa 70.000 Ausfahrten und 993.000 Kilometer auf.

Dr. Zeman (SPÖ) regte an, in einem Wiener Spital eine eigene Spezialabteilung für die Behandlung frischer Schlaganfälle einzurichten. Für diese Spezialabteilung käme das Krankenhaus Rosenhügel in Frage. Wie wichtig und dringend eine derartige Einrichtung sei, versuchte Dr. Zeman durch Zahlen zu untermauern. In Wien würden monatlich rund 130 frische Schlaganfälle gezählt. Eine eigene Abteilung zur bestmöglichen Behandlung sei daher durchaus vertretbar.

./.

Auf dem Gebiet der Selbstmordverhütung sei Wien beispielgebend und führend. Während in den übrigen österreichischenn Bundesländern die Selbstmordrate in den letzten Jahren sehr stark gestiegen ist, sank sie in der Bundeshauptstadt. Dies sei vor allem auf die Verhütungs- und Behandlungszentren zurückzuführen. Dr. Zeman regte an, auch die Selbstmordprophylaxe in den Gesundheitsdienst einzugliedern und nicht privaten Stellen zu überlassen.

Zum Schwesternproblem: er sehe das Hauptproblem des Schwesternmangels darin, daß die Aufnahme in die Schwesternschulen erst vom 17. Lebensjahr an erfolgen kann. Dadurch werden viele Mädchen abgeschreckt, diesen Beruf zu ergreifen, weil die Kontinuität nach Absolvierung der Pflichtschule nicht gegeben ist. Eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen, den Schulbesuch bereits mit 15 Jahren zu ermöglichen, sei in Arbeit. Er verspreche sich sehr viel davon. Dr. Zeman würdigte die Leistung der Stadt Wien, die in manchen Spitälern für die Ausbildung der diplomierten Krankenschwestern pro Person mehr als 100.000 Schilling im Jahr ausgibt.

Nach einem Lob der Gesundenuntersuchungsstellen und der modernsten Methoden hob Dr. Zeman die Bemühungen um die Erarbeitung einer neuen Früherkennungsmethode bei Krebs hervor. Ein ganz neues Verfahren, das eine Pionierleistung für die ganze Welt darstelle, sei in Ausarbeitung und könne vielleicht in Zukunft helfen, die Todesrate bei dieser Krankheit noch wesentlich zu senken.

GR. Dr. Tuma (DFP) appelliert einleitend an die Mütter, den Kindern bereits in den ersten Monaten ihres Lebens nicht mehr Nahrung aufzuzwingen als sie brauchen. Die Grundlagen für Fettsucht würden bereits in den ersten Lebensmonaten gelegt und das übersetzt sich dann auf Alkohol, Zigarettenkonsum usw.

Die Einnahmen der Gruppe V haben sich um 36 Prozent erhöht, die Ausgaben jedoch nur um 11,9 Prozent, wobei zu beachten ist, daß sich das gesamte Wiener Budget um 16,1 Prozent erhöht hat. Das heißt also, daß das Gesundheitsbudget weit unter dem Durchschnitt bedacht wurde.

Bei den ärztlichen Erfordernissen steigen die Ansätze jedoch um 59 Prozent. Wieso? Weitere Fragen: Warum sind bei den Desinfektionsanstalten die Ansätze für Hauptbezüge geringer, jene für

./.

Nebenbezüge aber höher als 1971 und wie kommt es dazu, daß die Jugendzahnkliniken mit einem 111prozentigen Gewinn budgetiert werden?

Bei den Psychiatrischen Krankenhäusern sinken die Ausgaben für bauliche Herstellungen konstant. 1970 waren es noch 15,7 Millionen, 1971 waren 14,3 Millionen veranschlagt, für 1972 sind es aber nur mehr 11,6 Millionen. Dabei haben wir gehört, daß ein weiterer Ausbau gerade auf diesem Gebiet dringend notwendig wäre. Beim Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst müßte man ebenso wie bei den Verkehrsbetrieben an die Einführung des Null-Tarifes denken, da die veranschlagten Einnahmen ohnedies nur zwei Drittel der tatsächlichen Kosten decken.

Als problematisch bezeichnet es der Redner, daß für die Ausgestaltung der Ober-Laaer Grünanlage im Voranschlag 115 Millionen Schilling vorhanden sind, die Ansätze für Bauten für unsere alten Menschen aber sinken. Einem solchen Budget könne seine Fraktion nicht zustimmen.

GR. Lehner (ÖVP) replizierte zunächst ganz kurz auf die Ausführungen von GR. Krenn über die "Wanderarbeiter": Wir brauchen doch die Gastarbeiter, rief er unter Beifall der beiden großen Fraktionen in den Saal. Außerdem müsse er, so fuhr Lehner fort, auch auf das Schlußwort von Frau Jacobi zurückkommen: Es stimme nicht, daß die Volkspartei bezüglich der Pensionistenklubs von der Gemeinde ebenfalls partizipiere. Denn von 125 Klubs seien lediglich zwei - und das als Untermieter - in Gemeindehäusern untergebracht. Für seine Fraktion sei es am Rande des noch erträglichen, daß die Stadtverwaltung als Untermieter in von der SPÖ gemietete Gemeindelokale gehe und diese renoviere.

Lehner beschäftigte sich sodann mit der Abteilung von Primarius Rett und wies darauf hin, daß 1920 von 100 monogoloid Geborenen 80 gestorben seien, während in den letzten fünf Jahren von 1.590 gehirngeschädigten Kindern 57 gestorben seien. In diesem Zusammenhang regte Lehner an, die Vereine "Lebenshilfe" und "Jugend am Werk" besser als bisher zu subventionieren. Auch die finanzielle Situation der Wiener Privatspitäler müsse als bedrohlich bezeichnet werden. Obwohl sie für die Bevölkerung

./.

4.000 Betten zur Verfügung stellten und damit eine wichtige Aufgabe im öffentlichen Interesse erfüllten, sei die öffentliche Förderung dieser Spitäler doch sehr gering. Eine besondere Belastung stelle der Zoll für medizinische Apparaturen, die zum größten Teil aus dem Ausland kämen, dar. Die Privatspitäler müßten nämlich im Gegensatz zu den städtischen Krankenhäusern, für diese Geräte Zoll bezahlen. Lehner machte dann aufmerksam, daß derzeit etwa 80 Plätze in den Wiener Krankenpflegeschulen frei seien und stellte sodann einen Antrag: Der Finanzreferent und der Gesundheitsreferent sollten ein gesundheitspolitisches Forderungsprogramm Wiens mit entsprechender Rangordnung ausarbeiten und der neuen Gesundheitsministerin Dr. Leodolter überreichen.

Die Stadt Wien gebe für das Gesundheitswesen sehr viel Geld aus, der große finanzielle Abgang werde in der nächsten Zeit aber auch eine Erhöhung verschiedener Gebühren notwendig machen, stellte GR. Nimmerrichter (SPÖ) fest. Er appellierte an die ÖVP, nicht nur zu fordern, sondern auch daran zu denken, woher das Geld genommen werden kann.

In den Mittelpunkt seines Debattenbeitrages stellte Nimmerrichter den Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses und die Sanierungen und Umsiedlungen im alten Allgemeinen Krankenhaus. Gerade weil das alte Allgemeine Krankenhaus in vollem Betrieb steht, sei der Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses besonders schwierig. Immer wieder werde die Frage gestellt, warum man noch große Investitionen im alten AKH tätige, wenn sowieso das neue gebaut wird. Dies sei aber unbedingt notwendig, um die medizinische Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Immerhin werde es noch voraussichtlich zehn Jahre dauern, bis das neue Allgemeine Krankenhaus fertig ist.

Nach einer Übersicht über andere Krankenhausneubauten und Sanierungsarbeiten an Spitälern in Wien und einer Aufschlüsselung der einzelnen Baustufen des neuen Allgemeinen Krankenhauses schloß Nimmerrichter mit dem Dank an alle, die mitgeholfen haben, die Schwierigkeiten bei Umbauten oder Neubauten zu überwinden und trotz Behinderungen der Bevölkerung in optimaler Form zu dienen.

./.

Stadtrat Dr. Glück dankt in seinem Schlußwort den Debattenrednern für ihre Beiträge und Anregungen. Zu den unrichtigen Pressemeldungen: Leider stellen sich erste Pressemeldungen oft als falsch heraus. Berichtigungen werden aber - wenn überhaupt - an einer Stelle gebracht wo sie kaum jemand beachtet.

Besetzung von Primararztstellen: Wir haben für diese Bestellungen eine hervorragendes Organ, nämlich den Landessanitätsrat, und man kann sagen, daß unsere Primariate mit international anerkannten Fachkräften besetzt sind.

Ärztlicher Notdienst: Es bestehe kein Mangel an Ärzten, da für einen 12-Stunden-Dienst immerhin 1.500 Schilling bezahlt werden.

Der Nikotingenuß spiele natürlich bei vielen Krankheiten eine große Rolle, so vor allem bei Gefäßkrankheiten, Herzkrankheiten und natürlich beim Lungenkrebs. Der Referent verweist auf die Vorschläge des europäischen Kongresses für Volksgesundheit, die nicht nur diskutiert werden müßten, sondern auch angewendet. Es wurde für die europäischen Länder vorgeschlagen, die Tabakwerbung einzustellen und in allen öffentlichen Gebäuden eindeutig gegen das Rauchen Stellung zu nehmen. Ebenso wäre das Rauchen in den Nahverkehrsmitteln zu untersagen. (Zwischenrufe: Selbstverständlich auch im Gemeinderatssitzungssaal). Zum Vorschlag, die Unkosten der durch das Rauchen verursachten Krankheiten auszurechnen, erklärte der Stadtrat, er könnte sich vorstellen, daß im Rathaus mit der Realisierung dieserVorschläge begonnen werden könnte.

Die Gesundenuntersuchungen haben sich in Wien sehr bewährt. Im Moment sind keine Wartezeiten zu verzeichnen, das sei natürlich auch dafür ausschlaggebend, daß derzeit von einem weiteren Ausbau Abstand genommen wird. Es stehen außerdem ja auch die Zentralambulatorien und die Ambulatorien der Sozialversicherungen zur Verfügung. Wichtig erscheint, daß im Rahmen der Gesundenuntersuchungsstellen auch zwei Zentralen für zur Früherkennung von Brustkrebs bestehen.

Der Gesundheitsstadtrat zitierte dann aus einer Schweizer Zeitschrift einen Bericht, demzufolge es in den Schweizer Spitälern zu einer echten Krise gekommen sei. Es gäbe also auch anderswo

./.

spürbare Schwierigkeiten, meinte Glück. Was die Gastarbeiter anlange, so sei er der Meinung, daß man auf keinen Fall gegen sie mit Härte vorgehen dürfe. Wenn ein Gastarbeiter in Österreich krank werde, so sei es selbstverständlich, daß er hier auch wieder gesundgepflegt und nicht abgeschoben werde, erklärte Glück unter dem Beifall der beiden großen Fraktionen.

Die Verhandlungen mit der Gebietskrankenkasse über eine prästationäre Untersuchung sei leider bisher ohne Ergebnis geblieben, fuhr Glück fort. Bei den letzten Besprechungen hätten die Vertreter der Kasse erklärt, sie könnten dafür kein Geld aufwenden, würden jedoch nochmals interne Beratungen pflegen. Seither habe er nichts mehr darüber gehört. Was die Drogensucht anlange, müsse man zwischen einer Kerngruppe - jene, die auch andere Jugendliche animieren zum Trunkgenuß - und einer Randgruppe - gleichsam die Verführten und Neugierigen - unterscheiden. Nach wie vor sei aber der Alkohol das Suchtgift Nummer eins und viele Alkoholiker kämen zu spät in ärztliche Behandlung.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gebilligt. Die eingebrachten Anträge werden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Die Beratungen werden Montag um 9 Uhr mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VI, Planung (Referent Stadtrat Ing. Fritz Hofmann, SPÖ) und im Anschluß daran mit der Geschäftsgruppe VII, Hochbau (Referent Stadtrat Hubert Pfoch, SPÖ) fortgesetzt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861

Montag, 13. Dezember 1971 Blatt 3601

Die Leitlinien der Planung

4. Tag der Budgetdebatte, 1. Referat

Wien, 13.12. (RK) Verwaltungsgruppe VI, Planung. Referent Stadtrat Ing. Fritz Hofmann (SPÖ). Einnahmen: 9,812.000 Schilling, Ausgaben: 46,680.600 Schilling.

In seiner Budgetrede beschäftigte sich Planungsstadtrat Ing. Fritz Hofmann vor allem mit den grundsätzlichen Problemen und den Leitlinien seiner Geschäftsgruppe. Gleichzeitig legte er den Gemeinderäten das Berichtswerk "Stadtplanung Wien 1963-1969" von Architekt Georg Conditt, dem nunmehrigen Direktor des Instituts für Stadtforschung vor.

Die Entwicklung im technologischen und sozialen Bereich gehe derartig rasant vor sich, daß man heutzutage vor Problemen stehe, die es vor wenigen Jahren noch gar nicht gegeben habe. Dieser rasche Wandel, den man in Wien vorerst nur in abgeschwächter Form verspüre, sei auch der Grund dafür, daß die Vorarbeiten für ein räumliches Leitbild zugunsten von Leitlinien für die Stadtentwicklung zurückgestellt worden seien. Der Entwurf für diese Leitlinien der Stadtentwicklung liege vor und werde vielleicht schon in wenigen Wochen zur Diskussion stehen. Diese Leitlinien würden eine Momentaufnahme vom Problembewußtsein und den Zielvorstellungen sein, die im zeitlichen Ablauf selbstverständlich Veränderungen unterworfen seien.

Ausführlich ging Hofmann auf die Probleme des Umweltschutzes ein. Die Koordinierung dieser Aufgaben einschließlich der Betreuung des im November geschaffenen Beirates für Umweltschutz werde von der Magistratsabteilung 22 vorgenommen, sodaß nunmehr

./.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien — Presseforum — A 1082 Wien, 1 Rathausstr. 1, Telephon 42800 Durchwahl Kl. 2971 - 2974, FS (7) 5662 — Chefredakteur: Wilhelm Adametz — Für den Inhalt

im Bereich der Verwaltungsgruppe VI, in die bekanntlich die Baudirektion mit dem Referat für Lärmbekämpfung, Luftreinhaltung und Gewässerschutz eingegliedert worden sei, alle Möglichkeiten und Aufgaben in Sachen Umweltschutz konzentriert seien. In der ganzen Welt entwickle sich ein neues Umweltbewußtsein, fuhr Hofmann fort. So seien in der förderalistischen Schweiz eigene Bundeskompetenzen mit Verfassungsrang geschaffen worden. Die deutsche Bundesregierung wiederum habe ein umfassendes Umweltprogramm erarbeitet und der neuen österreichischen Bundesregierung schließlich gehöre ein eigener Minister für Gesundheit und Umweltschutz an.

Die Hauptaufgaben der Stadt konzentrierten sich zunächst auf die Reinhaltung der Luft, die Verminderung des Lärmes, die Reinhaltung des Wassers und die Beseitigung von Abfällen. Auf diesem Gebiet sei die Stadtverwaltung in den letzten Jahren ohnedies nicht untätig gewesen. Dazu komme, daß wegen des geringeren Wachstums im Wiener Raum die Umweltsprobleme sich hierzulande nicht so drastisch und drängend präsentierten wie in den großen westeuropäischen oder amerikanischen Ballungsräumen.

Die Hauptprobleme des Umweltschutzes für Wien bestünden in der Praxis demnach aus folgenden Punkten:

Der Großteil der Luftverschmutzung wie auch des Lärmes rühre vom Auto her. Diese Belastungen würden mit weiterer Motorisierung noch ansteigen.

Wege zur Umstellung auf saubere Heizungssysteme müßten beschleunigt gesucht und die Abgasabgabe von Gewerbe und Industrie unter Kontrolle gebracht werden.

Es müsse rasch ein einfaches, aber doch umfassendes Meßsystem zur Erfassung der Luftverunreinigung aufgebaut werden.

Von einigen Sonderproblemen abgesehen, sei die Lösung der Abwasserfrage eingeleitet und die Müllbeseitigung bis auf weiteres befriedigend gelöst. Besondere Sorgfalt müsse allerdings der Behandlung von Industrieabfällen zuteil werden.

Die Sicherung der Trinkwasservorkommen müsse im regionalen, wenn nicht gar im nationalen Maßstab erfolgen.

Das Hochwasserschutzprojekt bringe für Wien wasserwirtschaftliche Veränderungen, unter anderem eine Stabilisierung des Wasserhaushaltes der Alten Donau.

Schließlich dürften die mengenmäßig weniger ins Gewicht fallenden Umweltprobleme, wie etwa die "wilden" Mistablagerungen oder die Beseitigung von Altölen nicht vernachlässig werden.

Da die schädigenden Einflüsse einer biologisch gestörten Umwelt auf den Menschen unbestreitbar seien, Toleranzgrenzen für viele Bereiche derzeit aber nicht angegeben werden könnten, müsse die Belastung der Umwelt unter allen Umständen herabgesetzt werden. Deshalb seien Handlungen, die Umweltschäden überhaupt vermeiden helfen, höher zu bewerten als Maßnahmen zu deren nachträglichen Beseitigung. Grundsätzlich müßten aber die Kosten für die Behebung von Umweltschäden dem Verursacher angelastet werden.

Der Planungsstadtrat kam sodann auf die Bevölkerungsentwicklung zu sprechen und rief kurz die Ergebnisse der Volkszählung 1971 in Erinnerung: Stagnierende Gesamtbevölkerung Wiens, Zunahme des Anteils der Ausländer, Beibehaltung der Randwanderung aus den inneren in die äußeren Bezirke, starke Bevölkerungszunahme in den Gemeinden des Wiener Umlandes und schließlich eine Verflachung des Trends zur Auslaugung der entfernteren Zonen der Dreiländerregion Wien-Niederösterreich-Burgenland. Die Verflechtungen zwischen Wien und seinem Umland seien insgesamt größer geworden.

In der beabsichtigten Schwerpunktverlagerung von der Stadtentwicklung zur Stadterneuerung sei man im ablaufenden Jahr um einige Schritte weitergekommen, fuhr Hofmann fort. So habe erst kürzlich der Bautenminister bei einer Tagung des Hauptausschusses des Städtebundes im Rathaus die Grundzüge des im Entwurf fertiggestellten Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes erläutert. Man hoffe, daß dieses vor allem von Wien so lange geforderte Gesetz 1972/73 voll wirksam werde. Seitens der Magistratsabteilungen 18 und 22 seien eine Reihe wichtiger Grundlagenarbeiten eingeleitet worden.

Zu seinem Bedauern habe er jedoch feststellen müssen, daß - von der Stadt selbst und einigen gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen abgesehen - trotz der klaren Willens- und Bereitschaftserklärungen von privater Seite bisher kaum Initiativen zur Stadterneuerung ausgegangen seien. Sollte dies weiterhin so bleiben und die Stadtverwaltung beziehungsweise einige gemeinnützige Bauvereinigungen aus dem Sachzwang heraus allein zum Träger größerer Erneuerungsmaßnahmen werden, müsse er schon jetzt den in vergleichbaren Fällen üblichen Vowurf zurückweisen, die Gemeinde wolle alles selber machen und kommunalisieren, erklärte Hofmann.

./.

Der Planungsstadtrat ging dann auch kurz auf das Problem des Verkehrsverbundes ein und berichtete über erfreuliche Fortschritte zwischen Wien, den ÖBB sowie den Bundesländern Niederösterreich und Burgenland. In Anbetracht einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen einzelnen europäischen Ländern beziehungsweise Regionen könne man sich in der österreichischen Ostregion eine Vernachlässigung der Kooperation einfach nicht mehr länger leisten. Über Stadt-, Landes- und Parteigrenzen hinweg müsse es zu einer intensiven Zusammenarbeit kommen. Dazu gehöre auch eine geordnete Gesprächssituation zwischen Wien als Gemeinde und den Umlandgemeinden. Wie für die Dreiländerregion so sollte auch für die Stadtregion eine institutionalisierte Form gefunden werden.

Am Beispiel einer Kommunalen Gebietsreform und einer Neugliederung des Gebietes der Deutschen Bundesrepublik, Änderung der französchischen Gemeindestruktur und Regionen und Überlegungen nach Schaffung neuer Regionen in Frankreich, Italien und sogar der Schweiz müßte man in Ostösterreich ebenfalls zu einer solchen Regionalisierung kommen. Keine Chance sehe er, sagte Hofmann, für die Verwirklichung eines Regionsmodells mit Wien als Hauptstadt eines Bundeslandes, das sich aus den Gebieten Wiens, Niederösterreichs und allenfalls des Burgenlandes bilden könnte. Ebenso aussichtslos sei immer wieder dieskutierte Eingemeindung von Umlandgemeinden nach Wien.

Hingegen sollte die Bildung von Gemeindeverbänden im Wiener Umland positiv beurteilt werden. In solchen starken Gemeindeverbänden würden Wien echte Gesprächspartner für die Lösung der Stadt-Umlandprobleme erhalten. Selbstverständlich müßte außerdem die Zusammenarbeit der drei Bundesländer forciert werden.

Wenn im kommenden Jahr die Leitlinien für die Stadtentwicklung zur Diskussion gestellt würden, soll damit erreicht werden, daß auch eine breite Öffentlichkeit an der Erarbeitung der Zielsetzung für Wien mitwirke. Daher werde man anstreben, möglichst alle sozialen Gruppen in diese Diskussion hineinzubeziehen. Die Mitwirkung der Bürger und gesellschaftlichen Gruppen am politischen Entscheidungsprozeß sei schließlich eine Lebensfrage der Demokratie überhaupt. Eine solche Kooperation setze aber einen hohen Grad an Informiertheit der Öffentlichkeit voraus, ein Problem, dem die Stadt in den nächsten Jahren noch mehr Bedeutung werde schenken müssen als bisher. In diesem Zusammenhang richtete Hofmann an die Vertreter der Massenmedien den Apell, die Öffentlichkeit möglichst sachgerecht zu informieren.

Wohnbauqualität wird weiter gesteigert

4. Tag der Budgetdebatte, 2. Referat

Wien, 13.12. (RK) Verwaltungsgruppe VII, Hochbau.
Referent: Stadtrat Hubert Pfoch (SPÖ).
Einnahmen: 764,629.100 Schilling, Ausgaben: 1.691,467.900 Schilling.

Der gesamte Bauaufwand der Gruppe Hochbau werde 1972 mehr als 2,5 Milliarden Schilling betragen, hob Stadtrat Hubert Pfoch zu Beginn seiner Budgetrede hervor. Im Jahr 1971 sei die Bautätigkeit in Wien so umfangreich und intensiv gewesen, wie kaum in einem Jahr vorher: um 34 Prozent sei der Hochbau gegenüber dem Vorjahr gesteigert worden, der Tiefbau sogar um 52 Prozent. Durch eine kontinuierliche Beschäftigung der Bauwirtschaft habe die Stadt Wien die Voraussetzungen für die ständige Vollbeschäftigung geschaffen. Die Situation im August 1971 wqr so günstig, daß auf einen Bewerber fast zwei Arbeitsplatzangebote entfielen.

Ganz entschieden wies der Hochbaustadtrat auf den Mangel an baureifen Grundstücken hin - eine Situation, die sich verschlimmern werde, wenn nicht sehr rasch die Gesetze über Bodenbeschaffung und Assanierung wirksam würden. Die Bereitstellung von Baugrund zu erträglichen Bedingungen sei eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß Wien seine Aufgaben im Dienste der Bevölkerung erfüllen könne.

Hochbaustadtrat Pfoch ging dann im Detail auf die Aktivitäten seiner Geschäftsgruppe ein:

MA 19 (Architektur): Zur weiteren Erhöhung der kommunalen Wohnbauqualität seien eine Reihe wichtiger Untersuchungen veranlaßt worden. Diese Initiativen werden auch 1972 fortgesetzt, unter anderem durch einen Wettbewerb "Wohnen morgen", für die Bebauung des Areals der abgesiedelten Hauptwerkstätte der Verkehrsbetriebe im 15. Bezirk und durch Umbaumodelle für Altwohnungen. Vorschläge der Architektenschaft, die auf eine Verwendung neuester Erkenntnisse in der Ausstattung von Wohnungen abzielen, werden eingehende geprüft. Ein Terrassenhaus, dessen Bau in Kürze in der Per Albin Hansson-Siedlung-Ost begonnen wird, kreiert eine neue Wohnbauform, die den Mietern Stockwerkswohnungen mit einem "grünen Zimmer" bietet.

./.

Weitere Studien zielen darauf ab, eine höhere Flexibilität der Wohnungsgrundrisse zu erreichen, desgleichen werden die Möglichkeiten zur Modernisierung der Wohnhausanlagen aus der Zwischenkriegszeit studiert.

MA 32 (Maschinenbau, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft): Die Abteilung habe bereits die Grundlagen für den Einbau von Zentral- und Etagenheizungen mit Warmwasserbereitung in Altbauwohnungen erarbeitet. Dabei sollen die vorhandenen Gasinstallationen ausgenützt werden. 1972 sollen die ersten Probeanlagen erstellt werden.

Grundsätzlich plädierte Stadtrat Pfoch für geeignete Maßnahmen zur sinnvollen Rationalisierung auf dem Bausektor. Aus diesem Grunde habe er den Vorschlag unterbreitet, ähnlich wie auf Bundesebene auch in Wien einen Beirat als permanentes Gesprächsforum aller interessierten Stellen zu schaffen. Dieser Vorschlag sei begrüßt worden, sodaß die Konstituierung des Beirates in die Wege geleitet werden könne. Auch eine Überprüfung des Vergabewesens - immer häufiger werden Hauptunternehmer mit einem Projekt beauftragt - und der Ausbau des Projektsmanagements zielen auf weitere Rationalisierung. ab.

MA 24 (Wohnhaus- und Siedlungsbau): Für die Fortsetzung begonnener Wohnhausbauten und für den Neubau von weiteren 5.000 Wohnungen stehen 1972 rund 1,27 Milliarden Schilling (151,7 Millionen aus dem Wiener Wohnbaufonds und 1,12 Milliarden aus Wohnbauförderungsdarlehen 1968 und Wohnbauförderungszuschußfonds 1971) zur Verfügung. Die Wohnbau- Schwerpunkte werden im 21. und 22. Bezirk liegen, darüber hinaus werde man immer mehr auch in dichtverbauten, überalteten Vierteln neue Wohnbauten errichten. Von der Wiedereingliederung der Stadtplanung in das Stadtbauamt sei künftig eine frühzeitige Abstimmung von Planung und Durchführung zu erwarten. Der neue Typenschlüssel mit nunmehr 75 Prozent C-Typen (Drei-Raum-Wohnung) und 15 Prozent D-Typen (Vier-Raum-Wohnung) habe die Durchschnittsnutzfläche auf 74 Quadratmeter ansteigen lassen.

f/.

Weitere Bemühungen der MA 24 gelten der Verbesserung des Wärmeschutzes und der Schalldämmung. Gemeinsam mit dem Arbeitsring für Lärmbekämpfung seien Richtlinien für lärmarme Bauführungen ausgearbeitet und in die Bauausschreibungen aufgenommen worden. Auch die Luftverunreinigung werde durch ähnliche Bestimmungen bekämpft. Im Interesse des Umweltschutzes sind ferner die Pläne, kleinere Wohnhäuser mit Gasetagenheizungen oder mit einer einschienigen Stromversorgung auszustatten. Versuchsweise soll auch ein größeres Wohnbauprojekt eine vollelektrische Versorgung erhalten.

Die Entwicklung eines widerstandsfähigen Holz-Aluminiumfensters und der Bau von nunmehr zwei- und sogar dreigeschossigen offenen Garagen sind weitere Aktivitäten der Wohnhausabteilung. Erstmals sind heuer auch bei neuen Wohnbauten Flächen, die nicht sofort bebaut werden, als Spielwiesen "auf Zeit" hergerichtet worden. Damit werde nicht nur genügend Bewegungsraum für Kinder geschaffen, sondern auch ein Beitrag zur Umweltsanierung geleistet. Zur ständigen Verbesserung der Wohnbauqualität werden weitere Forschungsarbeiten in Auftrag gegeben.

MA 34 (Elektro-, Gas- und Wasseranlagen): Über Auftrag von Stadtrat Pfoch werden Überlegungen angestellt, wonach die Sanitätsinstallationen in Badezimmern so gestaltet werden, daß zusätzliche Anschlußmöglichkeiten geschaffen werden.

MA 26 (Gebäude des Kultur- und Schulwesens): Sechs fertiggestellte und zehn in Bau befindliche Schulen in Neubaugebieten stellen den Schwerpunkt der Arbeit im zu Ende gehenden Jahr dar. Mit 268 Millionen Schilling im kommenden Jahr werden die Ausgaben für Schulneubauten neuerlich gesteigert. Bei zwei in Bau befindlichen Schulen in Kaiser-Ebersdorf und in der Per Albin Hansson-Siedlung-Ost werden Rundturnhallen fertiggestellt, zwei weitere Projekte wurden in Auftrag gegeben. Insgesamt sind bereits 74 mobile Schulklassen zur Verfügung gestellt worden, weitere 15 werden 1972 angeschafft.

Neue Aspekte im Schulbau sind von einer Untersuchung der Architekturabteilung über die Auswirkung neuer pädagogischer Konzepte zu erwarten.

./.

Weitere Projekte, die 1972 in Angriff genommen werden oder bereits in Bau sind: Ausbildungszentrum für Sozialberufe, Volksbildungsstätten in Hietzing und in der Großfeldsiedlung, Häuser der Begegnung in Liesing und in Rudolfsheim, Hallenstadion, Sportzentrum West, neues Laborgebäude für Versuchs- und Forschungsanstalt. Das Bezirkszentrum Donaustadt wird 1972 seiner Bestimmung übergeben.

MA 23 (Gebäude des Wohlfahrts- und Gesundheitswesens):
Die großen Spitalsbauten, St. Marx, Großmarkt Inzersdorf und die Bäderneubauten werden von dieser Fachabteilung betreut. 1972 stehen insgesamt 710 Millionen Schilling zur Verfügung.

Der Erhaltung der Bauten komme künftig eine steigende Bedeutung zu, betonte Hochbaustadtrat Pfoch. Auch in den kommenden Jahren müssen dafür erhöhte Mittel in Aussicht genommen werden. Im Voranschlag seien namhafte Beträge für derartige Klein- und Kleinstbauvorhaben vorgesehen.

Mit dem Baubeginn des Hauptgebäudes werde 1972 ein Markstein beim Allgemeinen Krankenhaus erreicht. Im Hochhaus der neuen Rudolfsstiftung soll Ende 1972 der Ausbau vollendet sein. Dieses Gebäude ist eine der größten Winterbaustellen. 1974 werde Wien in der Rudolfsstiftung eines der modernst eingerichteten Krankenhäuser Europas besitzen. Stadtrat Pfoch verwies auf die kürzlich erfolgte Inbetriebnahme der Unfallchirurgie im Wilhelminenspital und auf den neuen Kinderpavillon im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel, der 1972 die Rohbaugleiche erreichen werde.

Das Jahr 1972 bringt auch die Eröffnung des Großmarktes Inzersdorf und die Inbetriebnahme des Fleischzentrums St. Marx.

Fertigteil-Kindertagesheime - von der VÖEST errichtet - wurden heuer vier und sollen im kommenden Jahr sechs aufgestellt werden.

Die MA 44 (Bäder) meldet mit rund 1,7 Millionen Badegästen in den Sommerbädern eine erfreulich hohe Besucherziffer für 1971, die lediglich 1967 (1,9 Millionen Besucher) übertroffen wurde. Im übrigen weiterhin die bereits seit Jahren deutliche Tendenz: bei den Reinigungsbädern rückläufiger Besuch, in den Schwimmhallen, Dampf- und Saunaabteilungen steigende Frequenz.

./.

Die am 17. Dezember vorgesehene Eröffnung der ersten, in einem Volksbad eingebauten Sauna, nämlich im Hermannbad im 7. Bezirk, passe sich den geänderten Badebedürfnissen der Bevölkerung an.

1972 werden 124 Millionen Schilling für den Bäderbau investiert. Von dem vor drei Jahren beschlossenen Bäderkonzept seien bereits 31 Prozent realisiert worden, hob Stadtrat Pfoch hervor. Die Form des kombinierten Hallen- und Freibades - wie sie beim Theresienbad und in jüngster Zeit beim Ottakringer Hallenbad ausgeführt wurde - werde in Zukunft bei einer Reihe von neuen Projekten forciert werden. Mit einem weiteren Freibecken und dem neuen Umkleidegebäude werde das Ottakringer Bad bis 1973 voll ausgebaut sein.

Weitere wichtige Vorhaben: Fertigstellung des Kinderfreibades in Hirschstetten im nächsten Jahr, Projektierung des neuen "Höpflerbades" in Atzgersdorf und des neuen "Hohe-Warte-Bades", zügige Fortsetzung der Arbeiten am Dianabad, am Stadthallenbad und am Schafbergbad, Bau der Kurmittelanstalt Ober-Laa, weitere Modernisierung der bestehenden Bäder. Das Dianabad wird voraussichtlich Ende 1973 fertig, das Stadthallenbad erreicht 1972 die Gleiche und das Schafbergbad wird im nächsten Jahr den Badebetrieb provisorisch aufnehmen können.

1971 standen bei den Betriebskosten der Bäder 100 Millionen Schilling Ausgaben nur 34,5 Millionen an Einnahmen gegenüber. Stadtrat Pfoch bemerkte, daß im Interesse der Volksgesundheit eine völlige Beseitigung des Betriebsabganges zwar nicht angestrebt werden könne, daß jedoch gewisse Vereinfachungen und Vereinheitlichungen des Tarifes erreicht werden müssen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

wettbewerb karlsplatz abgeschlossen

6 wien, 13.12. (rk) der internationale wettbewerb ueber die gestaltung des karlsplatzes ist abgeschlossen. die jury wird am donnerstag dieser woche unter vorsitz von prof. dr. roland r a i n e r mit der arbeit beginnen. ueber das ergebnis dieses bedeutsamen wettbewerbes wird sie planungsstadtrat ing. fritz h o f m a n n bei einer

p r e s s e k o n f e r e n z

informieren, an der auch prof. rainer und die anderen mitglieder der jury teilnehmen werden.

bitte merken sie vor:

zeit: montag, 20. dezember, 11.30 uhr.

ort: kuenstlerhaus, erster stock (karlsplatz).

1015

keine ehe- und familienberatung waehrend der weihnachsfeiertage

3 wien, 13.12. (rk) in der ehe- und familienberatung der magistratsabteilung 12, 1, gonzagagasse 23, entfallen infolge der feiertage die beratungsstunden. die letzte beratung in diesem jahr findet dienstag, den 21. dezember 1971, die erste beratung im neuen jahr, dienstag, den 11. jaenner 1972, in der zeit von 16 bis 18 uhr statt.
0940

weihnachtsferien fuer sozialberatungsstellen

4 wien, 13.12. (rk) die beratungsstellen der wiener sozialberatung bleiben anlaesslich der weihnachtsfeiertage vom 20. dezember 1971 bis 9. jaenner 1972 geschlossen.
0941

preisguenstige gemuese- und obstsorten

9 wien, 13.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 4 schilling, weisskraut 4 schilling, karotten 4 bis 6 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetklasse 2) 6 schilling, bananen 7 schilling, orangen, blond 5.50 bis 6 schilling je kilogramm.
1035

Mittwoch Plakatausstellung im Kulturamt

Wien, 13.12. (RK) In einer Ausstellung sind die besten Plakate des Jahres 1970 zusammengefaßt worden. Diese Ausstellung wird im Ausstellungsraum des Kulturamtes bis Mitte Jänner gezeigt. Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner wird Mittwoch die Eröffnung vornehmen.

Geehrte Redaktion!

Zu der Eröffnung der Ausstellung "Die besten Plakate des Jahres 1970" laden wir Sie herzlich ein.

Zeit: Mittwoch, 15. Dezember, 15 Uhr.

Ort: Kulturamt (Ausstellungsraum), 8, Friedrich Schmidt-Platz 5.

\- - -

Rennerpreise 1971 verliehen

Wien, 13.12. (RK) Zum achtzehnten Male wurden heuer die Preise aus der Dr. Karl Renner-Stiftung der Stadt Wien verliehen. Bürgermeister Felix Slavik hat auf Grund eines einstimmigen Beschlusses des von ihm eingesetzten Kuratoriums die Rennerpreise 1971 an folgende Organisationen verliehen: Hochschule für Bodenkultur, Spanische Reitschule (je 70.000 Schilling), Jugendfürsorgestelle des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Wiener Jugendhilfswerk (je 30.000 Schilling). Die Überreichung der Preise wird im Jänner 1972 stattfinden.

\- - -

Geehrte Redaktion

Wir erinnern daran, daß morgen, Dienstag, eine Konzertstunde in den Repräsentationsräumen des Rathauses stattfindet. Bürgermeister Felix Slavik hat dazu 80 Erzieher von städtischen Kinder- und Jugendheimen eingeladen. Bitte merken Sie vor:

Zeit: Dienstag, 14. Dezember, 15 Uhr.

Ort: Rathaus, Repräsentationsräume (Zugang über Präsidialstiege).

\- - -

Ausstellungseröffnung

Wien, 13.12. (RK) In der Galerie Pramergasse 1 im 9. Bezirk eröffnete Sonntag Bezirksvorsteher Schmiedbauer gemeinsam mit Bundesrat Abgeordneten Univ.-Doz. Dr. Giesel eine Ausstellung, die Werken des jungen Kärntner Graphikers K.F. Zech gewidmet ist. Akt, Landschaft und Stilleben sind die Motive der zum Teil naturalistischen und zum Teil abstrakten Arbeiten.

Die Ausstellung ist bis 30. Dezember und zwar Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr geöffnet.

\- - -

Erhöhte Pensionsleistungen zugunsten der Stadtwerke

Wien, 13.12. (RK) Der Finanzausschuß des Gemeinderates genehmigte Montag auf Antrag von Stadtrat Otto Schweda einstimmig eine verstärkte Finanzhilfe für die Wiener Stadtwerke. Seit Beginn des Jahres 1971 trägt die Finanzverwaltung die Pensionslasten der Stadtwerke, dafür bezahlen die Stadtwerke 25 Prozent der Aktivbezüge als Pensionsleistung. Dieser Betrag sollte ab 1. Jänner 1973 auf 20 Prozent gesenkt werden. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Stadtwerke wird diese Kürzung auf den 1. Jänner 1972 vorgezogen. Damit erhöht sich die Belastung der Hoheitsverwaltung zugunsten der Stadtwerke um 71,3 auf 626,9 Millionen Schilling im kommenden Jahr.

\- - -

Finanzausschuß: Hilfe für Wiener Kinos

Wien, 13.12. (RK) Zwischen der Stadtverwaltung und der Wiener Handelskammer wurde eine finanzielle Hilfe für die in ihrer Existenz bedrohten Wiener Kinos vereinbart, die vom Finanzausschuß des Gemeinderates auf Antrag von Stadtrat Otto Schweda einstimmig begilligt wurde. Es werden Freibeträge bei der Vergnügungssteuer bis zur Höhe von 500.000 Schilling jährlich gewährt, wobei diese Freibeträge für die kleinsten Kinos am größten sind.

\- - -

Geschäftsgruppe 14 betreut Heizbetriebe

Wien, 13.12. (RK) Finanzstadtrat Otto Schweda teilte Montag im Finanzausschuß des Gemeinderates mit, daß die Betreuung der Heizbetriebe Wien Ges.mbH. ab 1. Jänner 1972 von der Geschäftsgruppe für die Städtischen Unternehmungen übernommen wird. Diese Änderung ist bereits vor längerer Zeit angekündigt worden. Die Heizbetriebe bleiben dabei ein selbständiges Unternehmen und werden nicht in die Stadtwerke eingegliedert.

Stadtrat Franz Nekula teilte dazu der "Rathaus-Korrespondenz" mit, daß diese Änderung erfolgt, um die Koordinierung zwischen den drei Energieformen Strom, Gas und Fernwärme zu erleichtern.

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Planungsdebatte

Wien, 13.12. (RK) GR. Joachim Müller (DFP) bedauert, daß die vom Referenten bei der Sitzung schriftlich vorgelegten Berichte zu spät kommen, um zu ihnen Stellung nehmen zu können. Leider sei das auf dem Planungssektor überhaupt so, daß vieles zu spät komme und dadurch immer wieder Umplanungen und Verzögerungen die Ursache sind. Der Redner kritisiert die Fassaden der Wohnbauten und die Errichtung des Polizeipräsidiums in einem Stil, der das Gesamtbild der Ringstraße beeinträchtige. Die geplante Errichtung der Hochschule für Welthandel erfolge am falschen Ort, ebenso wie jene des internationalen Studentenheimes. Ein Überbau der Remise Währinger Gürtel wäre sicher möglich gewesen und das Areal des Währinger Parks wäre als Erholungsgebiet erhalten geblieben. Das gelte auch für die Schmelz, wo man diese einmalige Fläche zerstört, statt sie der Bevölkerung als Grünfläche zur Verfügung zu stellen.

Das Stadterneuerungsgesetz wird sicherlich ein wesentlicher Teil und eine Voraussetzung des Gesamtplanes sein. Enteignungen sollten rasch vorgenommen werden ohne allzulange Verwaltungsprozesse, die Entschädigungen sollten aber gerecht und sozial sein.

Die Fußgängerzone sei zu begrüßen, doch wäre ihre Ausdehnung auf den gesamten Bereich der inneren Stadt notwendig.

Bedauerlich sei, daß die Fußgängerzone anscheinend als zweiter Wurstelprater betrachtet wird. Am Rande der Fußgängerzone müßten ausreichend Parkgaragen geschaffen werden, vor allem der Heldenplatz biete sich hiefür an. Was jedoch mit den Garagen in der Innenstadt werden soll und was man sich bei ihrer Planung und Errichtung dachte, sei unbekannt.

Beim U-Bahn-Bau hätte man die Randgebiete viel mehr berücksichtigen müssen, denn vor allem die Siedlungen am Stadtrand seien verkehrsmäßig kaum erschlossen.

./.

Der Garagenbau bei der Lobkowitzbrücke, dessen Errichtung durch die Weigerung eines Hausbesitzers, sein Haus zu verkaufen, verzögert wird, hätte durch die Stadt Wien und nicht durch eine Privatfirma erfolgen müssen.

Die Aufwendung bedeutender Mittel für die Industrieansiedlung hält der Redner für unzweckmäßig, da der Bedarf an fremden Arbeitskräften dadurch weiter vergrößert wird und die Betriebe auch überwiegend unter Heranziehung fremden Kapitals errichtet werden.

Der Redner kritisiert, daß zu viele Großbauvorhaben auf einmal durchgeführt werden und daß es dadurch zu großen Verzögerungen komme.

Bei allen Planungen müßte man im Auge behalten, was überhaupt noch innerhalb der Stadtgrenzen Platz habe, ohne den Lebensraum der Bewohner zu beeinträchtigen.

Den Ansätzen werde seine Fraktion nicht zustimmen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) erklärte, die Änderung der Geschäftseinteilung des Magistrates habe zu einer ausgewogeneren Verteilung geführt. Allerdings sollte die Magistratsabteilung 18 der Baudirektion nicht unter, sondern neben geordnet sein. Hirnschall begrüßte es auch, daß der Umweltschutz nun zur Gruppe Planung gehöre. Freilich sei dieser Problemkreis wie bisher unzureichend mit 650.000 Schilling dotiert. Er stellte daher einen Antrag: den Betrag für den Kampf gegen die Luftverpestung und Lärm sowie um den Gewässerschutz von 650.000 auf drei Millionen Schilling zu erhöhen. Außerdem meinte Hirnschall, daß ein Beirat für den Umweltschutz zu wenig und es daher notwendig sei, einen Beamten mit der Koordinierung und der Realisierung der Projekte zu beauftragen, wie dies in der Steiermark der Fall sei. Er stellte den Antrag, einen solchen Landesbeauftragen zu berufen, der jedes Jahr bis 30. April dem Gemeinderat einen Bericht vorzulegen hätte.

Ausführlich ging Hirnschall auf die Demokratisierungsbestrebungen in der Planung ein. Er zitierte dabei die Erfahrungen aus München, die bei einem Seminar vor wenigen Wochen Wiener Fachleuten zugängig gemacht worden seien.

./.

Demnach habe man in München mit den im deutschen Städtebauförderungsgesetz verankerten Partizipationsbestimmungen, denen zufolge die Bürger bei Planungsvorhaben ein unbedingtes Mitspracherecht haben, die besten Erfahrungen gemacht. Dieser Demokratisierungsprozeß sei zwar als mühevoll und auch teuer beschrieben worden, doch habe er andererseits die Qualität der Planungen verbessert und eine breite Zustimmung in der Bevölkerung bewirkt. Im Gegensatz dazu werde in Wien im Entwurf für die neue Bauordnung das letzte Mitbestimmungsrecht der Bezirksvertretung bei Planungsvorhaben eliminiert. Hirnschall bat den Planungsstadtrat, derartige Demokratisierungsmöglichkeiten auch für Wien zu prüfen und vor allem bei "heißen Eisen" zu verwirklichen.

Der freiheitliche Redner beklagte es schließlich, daß zwar eine Fülle von wissenschaftlichen Arbeiten vergeben würde, man aber über deren Ergebnis kaum etwas höre. Was die Fußgängerzone anlange, so müsse dieser Versuch als weitgehend geglückt bezeichnet werden. Man müßte nur von diversen fragwürdigen Attraktionen Abstand nehmen. Seiner Meinung nach sollte man das Experiment verlängern und den Zonenbereich vergrößeren.

GR. Neusser (ÖVP) kritisierte die fehlende Möglichkeit eines genauen Studiums des Tätigkeitsberichtes. In diesem Zusammenhang mit der Realisierung des beschlossenen Planungskonzeptes stellte er fest, daß, dieser Beschluß obwohl schon vor zehn Jahren gefaßt, leider nur in sehr wenigen Punkten realisiert worden sei.

Zur Auflockerung der zu dicht verbauten Stadtviertel: Hier sei fast nichts geschehen. "Wir verbauen heute die Zukunft".

Zur Verdichtung der zu lockeren Stadtviertel: Hier führte der Redner die Satellitenstädte als negative Beispiele an. Er reklamierte in diesem Zusammenhang unter anderem den forcierten Bau von Kindergärten und Schulen für diese Neusiedlungen.

Zu den Stadtentwicklungsgebieten: Hier werden wohl Studienaufträge in großer Zahl vergeben, doch deren Realisierung hinke nach.

Zur Betriebsansiedlung: Die in letzter Zeit eingeleiteten Maßnahmen seien wohl anerkennenswert, der Umstand jedoch, daß im vorliegenden Budget die Mittel dafür ungefähr um 20 Prozent

./.

niedriger liegen, sei ein Wermutstropfen in dieser Entwicklung. Zu zahlreichen Zwischenrufen kam es, als der Debattenredner auf das Kapitel Massenverkehr eingehend, der sozialistischen Fraktion den Vorwurf machte, den bereits vor zehn Jahren möglichen U-Bahn-Bau verhindert zu haben. Im Gegensatz dazu habe seine Fraktion diesen bereits damals gefordert. Als Fehler im Massenverkehr bezeichnete er die Auflassung beziehungsweise die Kappung von verschiedenen Linien des öffentlichen Verkehrs. Ebenso reklamierte Neusser in diesem Zusammenhang die bereits vor einem Jahr versprochene Diskussion des Verkehrskonzeptes im Gemeinderat.

Schutz des Stadtbildes: Auch hier wäre nichts geschehen. Anstatt ein entsprechendes Altstadterhaltungsgesetz zu beschließen, habe man Wiens Innenstadt nur weiter zerstört. Auf die Kapiteln Landschaftsschutz und Grünflächenplanung eingehend, meinte der Redner, daß hier zum Teil erfreuliche Einhelligkeit im Gemeinderat bestünde. Als positives Beispiel für einen sinnvollen Landschaftsschutz nannte er in diesem Zusammenhang die Aufforstung des Laaer Berges. Als überaus negativ bezeichnete er die Tatsache, daß die Aulandschaft in der Wiener Lobau immer mehr und mehr durch verschiedene Bauvorhaben gefährdet werde. Im Interesse der Luftreinhaltung der Stadt begrüßte er auch den "Kampf um die Bäume". Er stellte den Antrag, die bestehenden Strafbestimmungen zu verschärfen.

Mangelnde räumliche Ausdehnungsmöglichkeiten einerseits, die ständige Anspannung des Arbeitsmarktes andererseits bezeichnete GR. Czettel (SPÖ) als die Hauptprobleme der Wiener Wirtschaft - übrigens seien das nach dem Ergebnis einschlägiger Untersuchungen auch meist die Hauptursachen für die Abwanderung von Betrieben aus der Bundeshauptstadt. Hier komme hinzu, daß die Planung der Stadtverwaltung in Wirtschaftsdingen bei weitem nicht so viel Spielraum habe wie bei Stadtentwicklungsfragen im allgemeinen.

Trotz dieses Handikaps habe die Stadt alles darangesetzt, um die Dinge zum Besseren zu wenden: Bisher seien in den Betriebsansiedlungsgebieten des 14., 21. und 23. Bezirks nicht weniger

./.

als 3,7 Millionen Quadratmeter Grund aufgeschlossen worden, und das mit Kosten von fast 600 Millionen Schilling. Abgesehen von Ansiedlungen ganz neuer Betriebe (die bisher keinen Wiener Standort hatten) hätten nicht weniger als 60 Wiener Betriebe von der Möglichkeit einer Umsiedlung Gebrauch gemacht.

Sehr eingehend nahm der Redner zum Arbeitsmarktproblem Stellung: Die permanente Anspannung werde nicht vor Ende der Siebzigerjahre aufhören. (Bekanntlich entfallen in Wien auf einen Arbeitssuchenden 1,8 offene Stellen). Czettel verwies aber auch auf den Umstand, daß dieser Mangel an Arbeitskräften in hohem Maße ein qualitativer und nicht nur ein quantitativer sei - eine Tatsache, deren Schwere besonders ins Licht rückt wenn man bedenkt, daß Wiener Produkte ja in erster Linie wegen ihrer Güte Weltruf haben und daß das Schwergewicht der Wiener Wirtschaft nicht auf dem Gebiet der Massenproduktion liegt.

Besonders drückend sei der Lehrlingsmangel: Würde das sinkende Interesse an den Lehrberufen nicht durch Zugang - und zwar ständig steigenden Zugang - aus den Bundesländern wettgemacht, wäre die Situation katastrophal. Dieser Umstand erfordere aber auch den Bau von mehr und besseren Lehrlingsheimen.

Nach seiner Kenntnis, erklärte Czettel, gebe es in Wien kein Lehrlingsheim, das von einer unternehmernahen Institution geführt werde. Hier solle sich die Wiener Wirtschaft in Zukunft stärker engagieren.

Nur die Bewältigung der beiden Hauptprobleme - Platzmangel und Arbeitsmarktsituation - werde gewährleisten, daß die Wiener Wirtschaft ihr eindrucksvolles Wachstum auch weiter halten könne - zur Sicherung der Arbeitsplätze, des Wohlstandes und der Zukunft aller Wiener Bürger.

GR. Dr. Goller (ÖVP) warf der Stadtplanung fehlende Koordinierung und Konzeptlosigkeit vor und führte Vorgänge um die zeitlich begrenzten Bausperren als Beispiel an. So seien 1967 Bausperren über ausgedehnte Gebiete in mehreren Bezirken, sowohl im dichtverbauten Gebiet wie am Stadtrand, verhängt worden, die bis zum gesetzlich möglichen Höchstmaß von vier Jahren ausgedehnt

./.

wurden. Die Verlängerungen wurden damit begründet, daß die bereits geleisteten umfangreichen Arbeiten nicht gefährdet werden sollten. Nach vier Jahren sind diese Bausperren - von zwei kleinen Ausnahmen abgesehen - ersatzlos ausgelaufen, ohne daß neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne vorgelegt wurden. Bausperren bedeuten einen Eingriff in das Wirtschaftsleben. Wenn man sie dann einfach ablaufen läßt, dann ist das ein Schaden für die Stadtverwaltung, die die Möglichkeit, neue Pläne im Sinne eines Stadtentwicklungskonzeptes festzulegen, ungenützt verstreichen ließ - und für die Wirtschaft, die für ihre Vorhaben die inzwischen gestiegenen Baupreise bezahlen muß.

Viele Sünden habe die Planung in Fragen des Umweltschutzes begangen. Der sogenannte Altmannsdorfer Autobahnzubringer führt mitten durch den von der Stadt gekauften Draschepark. Ein Erholungsgebiet ist damit für immer verlorengegangen. Stadtrat Ing. Hofmann kündigte den Ausbau der Entwicklungsachse Stadlau-Ost an. Über dieses Gebiet führt die Einflugschneise zum Flughafen Schwechat. Eine Einflugschneise ist kein Gebiet für den Wohnbau.

Abschließend verlangte Dr. Goller mehr Transparenz und Mitsprachemöglichkeit bei der Planung für den Gemeinderat, die Bezirksvertretungen und die Bevölkerung. Die Ankündigung, die U-Bahn-Station Taubstummengasse bis 1973 zu errichten, also lange vor Beginn des U-Bahn-Verkehrs, sei allerdings keine Transparenz sondern Show-Business.

GR. DDr. Strunz (ÖVP) stellte einen von ihm im November gestellten Antrag auf Ausarbeitung eines Umweltschutznetzplanes in den Mittelpunkt seines Debattenbeitrages zur Geschäftsgruppe Planung. Dies deshalb, weil nun nach Änderung der Geschäftsordnung die Stadtbauamtsdirektion und damit auch das Referat Netzplantechnik zu dieser Geschäftsgruppe gehört. Er freue sich, meinte DDr. Strunz, daß Planungsstadtrat Hofmann bereits auf diesen Antrag reagiert habe und die Möglichkeiten der Koordinierung der Maßnahmen für den Umweltschutz prüfen lasse.

Nur ein Netzplan, der gerade wegen seiner Einfachheit universell verwendbar sei, biete die Möglichkeit, tatsächlich Prioritäten im

./.

Kampf gegen die Verschmutzung der Luft des Wassers und des Raumes zu setzen. Der Redner bedauerte, daß für die Erstellung eines umfassenden Umweltschutzplanes noch viele Einzelheiten fehlen. Man habe beispielsweise noch nie untersucht, warum Österreich in der Krebsstatistik an der Spitze nahezu aller Länder steht. Auch die Einzelfaktoren, die zur Luft- und Wasserverschmutzung führen, seien bei uns zu wenig ausgelotet. Nur wenn man dies nachhole, könne ein umfassender Umweltschutzplan für Wien ausgearbeitet werden.

GR. Edlinger (SPÖ) ging auf wesentliche Maximen einer zeitgemäßen Stadtplanung ein.

Stadterneuerung: Diese sei nicht nur als technischer Vorgang, sondern vor allem politisch-ideologisch zu betrachten. Zunächst sei die Stadterweiterung mit all ihrer Problematik im Vordergrund gestanden, nun werde das Schwergewicht auf die Reaktivierung historisch gewachsener Stadtteile gelegt. Für diese Stadterneuerung seien gesetzliche Voraussetzungen notwendig, wenn wir nicht den Weg amerikanischer Städte gehen wollen.

Edlinger plädierte energisch für eine demokratische Bodenpolitik: das Bauland könne nicht mehr wie eine beliebig vermehrbare Ware und als Spekulationsobjekt gehandelt werden. Den Massenmedien komme die wichtige Aufgabe zu, hier wahrheitsgemäß und korrekt die erforderlichen Zusammenhänge aufzuzeigen.

Umweltschutz: Der Redner verwies auf die Ab- und Neuansiedlung schmutzverursachender Industriebetriebe, auf die Schaffung neuer Grünflächen und Fußgängerzonen sowie auf den Bau einer Großkläranlage. Die Kardinalfrage, nämlich die Finanzierung müsse nach dem "Verursacherprinzip", wie dies in der Regierungserklärung Kreiskys festgestellt wurde, gelöst werden.

Gastarbeiter: Es gelte, nicht nur deren wirtschaftliche notwendigkeit für unbestritten zu halten, vielmehr haben diese Arbeiter ein Recht auf Solidarität und gleichberechtigte Eingliederung. Durch entsprechende Maßnahmen zu dieser Eingliederung - der Redner erwähnte den kürzlich beschlossenen Fonds - werde die Gefahr der Isolierung und damit einer Slum-Bildung herabgemindert.

./.

In seinem Schlußwort ging Stadtrat Ing. Hofmann zunächst auf den Umweltschutz ein: Viele Probleme könnten sicher nicht von der Stadt, sondern nur in Zusammenarbeit mit der Region gelöst werden. Was die Bausperren anlange, so stellten sie gewiß einen oft unangenehmen Eingriff dar, seien aber im Hinblick, gerade auf die Großvorhaben der U-Bahn und des Straßenbaues auch in ihrer zeitlichen Ausdehnung kaum zu umgehen.

Die zweite Piste für Schwechat werde sicher eine Verbesserung bringen, weil die Flugschneisen dann lediglich an der Peripherie Wiens liegen würden. Vor der Entscheidung über die dritte Piste werde man sich noch den Kopf zerbrechen müssen. Der Hochwasserschutz werde sicherlich nicht zu einer Zerstörung der Aulandschaft führen.

Was die Vorwürfe anlange, die SPÖ hätte in den letzten 25 Jahren auf dem Gebiet der Planung Fehler gemacht, so bekenne er sich zu diesen Fehlern. Man dürfe aber auch nicht vergessen, daß heutige Erkenntnisse anders seien als frühere. So seien auch einige Überlegungen des Konzeptes von Prof. Rainer schon überholt. Dies entspreche nur der Tatsache, daß Planen eben ein dauernder Prozeß sei. Die Arbeit des Architekten Gruen würde in den nächsten Wochen abgeliefert und dann den Gemeinderäten zur Verfügung stehen.

Der vielfach erhobenen Kritik gegen die Gestaltung der Fußgängerzone könnte er durchaus zustimmende Briefe über die Musik und sogar die Riesenbälle entgegensetzen, fuhr Hofmann fort. Er gab dann bekannt, daß das Experiment ab morgen, Dienstag, gleichsam in seine letzte Phase trete und die Fußgängerzone bar aller Gestaltungselemente, also auch ohne die zusätzliche Fassadenanstrahlung, zur Verfügung stehen werde.

Ausführlich beschäftigte sich der Planungsstadtrat sodann mit den Demokratisierungsbestrebungen des Planungsprozesses: es sei dies noch immer ein nicht ganz gelöstes Problem, wie auch die Münchner Fachleute zugegeben hätten. Wie solle man die Bevölkerung objektiv informieren und wer zähle überhaupt zum Kreis der vom Planen betroffenen? Freilich sei er der Meinung, daß man nicht warten dürfe, bis das Interesse aus der Bevölkerung an die Verwaltung herangetragen werde. Aber es sei auch die Frage zu prüfen, bei welchen Planungsmaßnahmen man überhaupt aktiv werden solle? Er müsse allerdings ernsthaft davor warnen,

wenn die Betroffenen statt mit Information mit politischer Propagande versehen würden. Dann werde nämlich die gesamte Demokratisierungsbestrebung so gut wie unlösbar.

Abstimmung: Die Ansätze werden mit den Stimmen SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Die Grippesituation in Wien

Wien, 13.12. (RK) In der Virologischen Lehrkanzel der Universität (Vorstand Prof. Dr. Kunz) mehren sich in den letzten Tagen Rachenanstriche, in denen das Influenza-Virus A 2-Hongkong gefunden werden konnte. Beim klinischen Krankheitsverlauf fiel bei diesen Patienten ein außergewöhnlich hoher Fieberanstieg auf, der aber bereits nach ein bis zwei Tagen die kritische Entfieberungsphase aufweist. Komplikationen (wie etwa übermäßige Kreislaufbelastung) konnten bisher nicht beobachtet werden. Allerdings verstarb ein 42jähriger Mann, dessen Obduktionsdiagnose "hämorrhagische Tracheobronchitis, Grippe" ergab.

Die Anzahl der grippeartigen Erkrankungen in Wien ist, wie Oberstadtphysikus Dr. Krassnigg, in einer Stellungnahme feststellte, bisher noch im saisongemäßen Rahmen. Eine fortlaufende Überwachung ergab in der letzten Woche, daß in Wien etwa 11.000 Personen an Grippe erkrankt waren. Auch der Absenzenstand in den Schulen und Betrieben ist mit rund vier Prozent noch als durchaus normal zu bezeichnen. Es ist jedoch zu rechnen, daß bei einem Teil der auftretenden grippeartigen Erkrankungen echte A 2-Hongkong-Virus-Grippen zu beobachten sein werden. Zur Frage einer spezifischen individuellen Prophylaxe (Schutzimpfung stellte Oberstadtphysikus Dr. Krassnigg im Einvernehmen mit der Virologischen Lehrkanzel der Stadt Wien fest, daß eine Grippeimpfung im Inkubationsstadium zu einem schwereren Krankheitsverlauf führen kann. Impfungen in Grippezeiten sollten nur in dringenden Fällen nur unter gleichzeitiger Abschirmung durch mehrere Tage und entsprechender Verabreichung spezifischer Grippemittel vorgenommen werden.

Wasserrohrbruch stört Straßenbahnlinie 8

Wien, 13.12. (RK) Sonntag um 19.09 Uhr kam es auf dem Währinger Gürtel, bei der Leo Slezak-Gasse, zu einem Wasserrohrbruch, durch den die Gleisanlage der Straßenbahnlinie 8 unterwaschen wurde. Es entstand ein Hohlraum von vier Meter Länge, drei Meter Breite und 1.50 Meter Tiefe unterhalb der Gleise. Von 21.30 bis zur Behebung des Schadens um 22.48 konnte dieser Gleisteil deshalb nicht befahren werden, die Züge der Linie 8 wurden über die Trassen der Linien 43, 9 und 42 umgeleitet.

\- - -

Neuer Röntgenzug in Dienst gestellt

Wien, 13.12. (RK) Für das Gesundheitsamt der Stadt Wien übernahm Montag vormittag Gesundheitsstadtrat Dr. Otto Glück den neuen Rötgenbus, für dessen Ankauf die Stadt Wien 1,5 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt hat. Der rot-weiße Bus enthält zur Tuberkulose-Früherkennung eine durch Bleiplatten abgeschirmte strahlensichere Kabine mit einer Röntgenapparatur, die pro Stunde bis zu 100 Untersuchungen vornehmen kann. Die Wartenden und das Bedienungspersonal sind also vor Röntgenstrahlen absolut geschützt. Der Anmeldeschalter befindet sich im hinteren Teil des Autobusses und ist durch beide Seitentüren erreichbar. Der Röntgenbus ist mit einer Dieselöl-Warmwasserheizung und einer Klimaanlage ausgerüstet.

\- - -

Zentralsparkasse finanzierte 187.000 Wohnungen

Wien, 13.12. (RK) Wie groß der Anteil der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien bei der Finanzierung von Wohnbauten ist, geht daraus hervor, daß dieses Institut in den letzten 20 Jahren den Neubau und die Bestandsicherung von nicht weniger als 187.000 Wohnungen finanziert hat. Allein in diesem Jahr wurde Finanzhilfe in der Höhe von 370 Millionen Schilling gewährt, womit 8.100 Wohneinheiten gebaut werden können.

Mit den neuen Wohnbauförderungsbestimmungen erwartet die "Z" ab dem kommenden Jahr eine steigende Inanspruchnahme von Geldern für den Wohnbau.

Auch auf anderen Gebieten der kommunalen Finanzierung leistet die Zentralsparkasse beträchtliches. 1971 wurden insgesamt 1,8 Milliarden Schilling für Zwecke der öffentlichen Hand aufgewendet, davon allein 1,4 Milliarden für Gemeinden. Die Finanzierungen der Zentralsparkasse betreffen vor allem Kraftwerksbauten, Autobahnbau, Umweltschutzinvestitionen und andere infrastrukturelle Maßnahmen im kommunalen Bereich.

"Starthilfe-Kreditaktion"

Eine neue Aktion der Zentralsparkasse gemeinsam mit der Ersten Österreichischen Sparcasse wird sicher von allen jungen Ehepaaren begrüßt werden. Mit Beginn des kommenden Jahres gewähren die beiden Geldinstitute zusätzlich zu der vom Staat gewährten Hausstandsgründungsbeihilfe in der Höhe von 15.000 Schilling für jedes junge Ehepaar einen "Starthilfe-Kredit" in der gleichen Höhe. Dieser Kredit ist im ersten Jahr rückzahlungsfrei.

\- - -

Ehrengrab für Max Mell

Wien, 13.12. (RK) Bürgermeister Felix Slavik hat angeordnet, für den heute Nacht in Wien verstorbenen österreichischen Schriftsteller und Dramatiker Max Mell ein Ehrengrab im Wiener Zentralfriedhof zu widmen.

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Hochbaudebatte

Wien, 13.12. (RK) GR. Wölger (DFP) kritisiert die Erhöhung der Ansätze dieser Gruppe, werden sie doch seiner Ansicht nach weiter dazu beitragen, Wien in einen noch größeren Schuttplatz zu verwandeln. Es habe jedoch nicht nur der Hochbau allein Anteil an dieser Zerstörung sondern auch der Straßenbau trage dazu bei. Man müßte sich fragen, ob man in Wien beabsichtigt, das Stadtbild zu zerstören, wertvolle Gebäude abzureissen und durch primitive Architektur zu ersetzen. So wie heute über die Zinskasernen der Gründerzeit geurteilt werde, werden unsere jetzigen Gemeindehäuser in wenigen Jahren beurteilt werden. Auch die Beschaffenheit der Wohnungen wäre nicht der Zeit entsprechend. Er stellt die Frage, welcher Erholungsraum für größere Siedlungen geschaffen werde.

Als erfreulich bezeichnet der Redner die Entwicklung auf dem Bädersektor, meint aber, man hätte bereits früher Saunaanlagen und entsprechend Schwimmbäder errichten müssen. Das Sprungbecken im Ottakringer Bad sei zu klein und dadurch gefährlich.

Abschließend verlangt der Redner, auch künftighin in Altbauten Aufzüge einzubauen und die nötigen Mittel dafür zu veranschlagen. Den Ansätzen stimme seine Fraktion nicht zu.

GR. Prof. Dr. Wolfram (FPÖ) befaßte sich am Anfang seiner Ausführungen mit dem sinkenden Anteil des Wohnbaues. Dies sei umso unverständlicher, da es in Wien derzeit noch immer 2.500 Wohnungen mit fünf Quadratmeter Wohnraum gebe, in denen 13.000 Menschen wohnen, beziehungsweise 54.000 Wohnungen mit fünf bis zehn Quadratmeter großen Wohnräumen, die von 210.000 Menschen bewohnt werden. Schwerpunkt der kommenden Wohnbauvorhaben muß daher die Qualitätsverbesserung sein. Mit Wohnsilos könne man sich dieser Aufgabe keineswegs entledigen. Das Vorhandensein eines privaten Wohnbaues würde sich bestimmt auch in dieser Beziehung auch für den kommunalen Wohnhausbau positiv auswirken.

./.

Bezüglich des Fernwärmewerkes Spittelau richtete der Redner an den Stadtrat die Frage, welchen Zwecken die im Budget vorgesehenen 34,5 Millionen Schilling zugeführt werden.

Abschließend forderte er weniger Protektionismus bei der Vergabe von Bauvorhaben. Trotz verschiedener Mängel würde jedoch seine Fraktion dem vorliegenden Budgetentwurf die Zustimmung erteilen.

GR. Dr. Wöber (ÖVP) gestand einen gewissen Fortschritt in der architektonischen Gestaltung der Gemeindebauten zu, verwies aber darauf, daß in der Anordnung infrastruktureller Einrichtungen die größeren Zusammengehörigkeitskategorien - und zwar schon in der Planung - berücksichtigt werden müßten. Einkaufsmöglichkeiten, Schulen, Kindergärten, Arbeitsplätze (vor allem für Frauen), Erholungsräume und Freizeiteinrichtungen bildeten zusammen mit der reinen Wohnmöglichkeit jene Kombination, die vor allem jüngeren Architekten eine Chance böte, neue Siedlungen mit Urbanität zu entwickeln.

Wöber schnitt aber auch die Problematik der Budgetdebatten im allgemeinen an ("weil beim Hochbau gerade die Halbzeit erreicht ist"). Die Presse behupte nicht zu Unrecht, daß hier vieles überholungsbedürftig sei. Bermerkungen in dieser Richtung seien auch schon von den Stadträten Schweda und Hofmann zu hören gewesen. Die Tätigkeit des Gemeindeparlaments müsse aktueller und informativer werden, Debatten dürften nicht einfach dahinplätschern.

Wöber erneuerte in diesem Zusammenhang die ÖVP-Forderung nach Einführung einer mündlichen Fragestunde. Die rasche Aufeinanderfolge von Frage und Antwort in ein und derselben Sitzung sei für die Massenmedien sicher attraktiver als das derzeitige System, bei dem zwischen Frage und Antwort immer die nächste Sitzung abgewartet werden müsse. Darüber hinaus sei zu überlegen, ob nicht auch der Voranschlag selbst für den Bürger überschaubarer gemacht werden sollte - und wenn schon nicht das, ob man nicht gewissermaßen eine "Klarsicht-Version" des Voranschlages zusätzlich erstellen solle, speziell für die öffentliche Einsichtnahme. Dann werde vielleicht nicht mehr nur eine so bedrückend geringe Anzahl von Bürgern (1971: 131) vom Recht der "Erinnerungen", also eigener Vorschläge, Gebrauch machen.

./.

Über neue Entwicklungen im Hochbau sprach GR. Dipl.-Volkswirt Karoline Pluskal (SPÖ), wobei sie zuerst auf die Wohnungen für Körperbehinderte verwies. Die Zahl der Körperbehinderten steigt, vor allem infolge der Zunahme der Verkehrsunfälle, ebenso steigt die Zahl älterer gebrechlicher Menschen infolge der Erhöhung der Lebenserwartung. Manche dieser Menschen müssen in Heime eingewiesen werden, bei anderen besteht jedoch die Möglichkeit, sie ins normale Gemeinschaftsleben einzugliedern, wenn entsprechend Wohnungen gebaut werden. Nun sind in der Berteégasse die ersten vier Wohnungen für Körperbehinderte im Bau, weitere 26 werden eine eigene Stiege in der Per Albin Hansson-Siedlung Ost bilden. An vieles muß dabei gedacht werden: Zum Lift dürfen keine Stufen führen, im Vorzimmer muß genug Platz zum Wenden eines Rollstuhls sein, Liftknöpfe und Lichtschalter müssen vom Rollstuhl aus erreichbar sein, die Kücheneinrichtung muß entsprechend gestaltet werden usw. Diese ersten Wohnungen für Körperbehinderte sollen Erfahrungen für die Zukunft liefern.

Mit neuen Methoden wird auch ein Problem bewältigt, das in neuen Wohnanlagen besteht: Anfangs ist ein sehr großer Bedarf an Kindergartenplätzen und Schulen zu bewältigen, der jedoch nach zehn bis fünfzehn Jahren stark nachläßt. In der Großfeldsiedlung werden für die erste Zeit Kindergartengruppen in Räumen untergebracht, die später als Wohnungen benützt werden können. Nun wurde der völlig neue Gebäudetyp des Schul-Wohn-Hauses entwickelt: Zuerst dient es als Schule, wenn es dafür nicht mehr benötigt wird, kann es mit relativ geringem Aufwand in ein Wohnhaus umgewandelt werden.

Andere Städte interessieren sich bereits für diese Wiener Neuentwicklungen. Wien beweist den Mut zum Experiment. Dipl.-Volkswirt Pluskal schloß mit einem Bekenntnis zur "schöpferischen Unruhe", die Fertiges immer wieder in Frage stellt und Neues erprobt und damit ständig das zweckmäßigere, wirtschaftlichere und Bessere sucht.

GR. Traindl (ÖVP) vertrat in seinem Debattenbeitrag die Ansicht, daß beim Schulbau fast ausschließlich die Quantität im Vordergrund stehe und der Qualität zu wenig Augenmerk geschenkt werde. Man habe es beim Schulbau bisher verabsäumt, den modernsten

./.

Erkenntnissen der Pädagogik, der Soziologie, der Psychologie und der Architektur Rechnung zu tragen. Wenn man mit modernen Methoden in den Wiener Schulen Schwierigkeiten habe, so sei das sehr wesentlich auch auf die baulichen Mängel zurückzuführen. Der Gruppenunterricht fordere Formen des Schulbaues, die bisher nicht verwirklicht wurden. Noch immer werde zu starr geplant und gebaut. Die moderne Schule sollte gesellschaftliches Zentrum sein, meinte Traindl, man würde sich den Bau vieler Häuser der Begegnung ersparen, wenn man diesem Aspekt gerecht werden würde. Sie müßte ein echter Mehrzweckbau sein, der von frühmorgens bis spät abend hundertprozentig ausgenützt wird und deren Einrichtungen - Leseräume, Bibliotheken, Sprachlabors und Sportstätten - allen zugänglich sind.

Der Redner regte an, eine Schulbaukommission ins Leben zu rufen, die in Zusammenarbeit mit den Fachleuten und der Stadtverwaltung die modernsten Erkenntnisse erarbeitet und dem Schulbau jene Impulse vermittelt, die er dringend notwendig hat. Mehr Geld für die Planung beim Schulbau könne die Möglichkeit für eine bessere Arbeit schaffen.

GR. Schemer (SPÖ) stellt einleitend fest, daß mit den vorhandenen Ansätzen der Bau von 5.000 Wohnungen gesichert sei. Das Fehlen eines Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes zwinge jedoch dazu, unaufgeschlossene Gebiete baureif zu machen und neue Wohnzentren am Stadtrand zu errichten: Fachleute haben errechnet, daß die Aufschließungskosten für eine Wohnung so hoch sind, wie die Baukosten selbst. Darüber hinaus müssen noch bedeutende Beträge für die Schaffung entsprechender öffentlicher Verkehrsmittel in diese Gebiete aufgewendet werden und ebenso ist für Gemeinschaftseinrichtungen, wie Schulen, Einkaufszentren usw. vorzusorgen. Es erhebt sich daher die Frage, wie lange kann es sich eine Stadt leisten, am Stadtrand neue Wohnviertel zu errichten und alte dem Verfall preiszugeben? Privatinitiative wird dieses Problem nicht lösen können. Die Sozialisten begrüßen es daher, daß die Bundesregierung dem Problem der Bodenbeschaffung und Assanierung absoluten Vorrang eingeräumt hat und in Kürze ein entsprechendes Gesetz im Parlament beschlossen wird.

./.

Zur Kritik an der Architektur: Die städtischen Wohnhausbauten unterscheiden sich in der Architektur in keiner Weise von Privat- oder Genossenschaftsbauten, ja diese kommen oft nicht einmal an die städtischen heran. Es mag sein, daß die Fassaden der Häuser aus der Gründerzeit manchmal ansprechender waren, keineswegs waren es aber die hygienischen Einrichtungen.

Der Redner kommt sodann auf die geplante Wohnsiedlung am linken Donauufer auf den ehemaligen Trabrenngründen, zu sprechen. Auf einem 22 Hektar großen Areal soll eine Wohnsiedlung mit gedeckten Fußwegen entstehen. Geschlossene Höfe werden über Spiel- und Erholungsflächen verfügen, und eine Trennung zwischen Fußgänger- und Fahrverkehr ist vorgesehen. Es wird für unterirdische Parkplätze und natürlich ausreichende Geschäftslokale vorgesorgt. Im Anschluß an dieses neue Wohngebiet ist an die Schaffung von Betrieben mit ausreichenden Arbeitsmöglichkeiten gedacht.

Der Redner nimmt dann gegen Pressemeldungen Stellung, die den Wohnwert und die Wärmeversorgung der städtischen Wohnungen vollkommen falsch beurteilen. Der 1961 einsetzende Montagebau habe sich bestens bewährt. Sicherlich gab es auch hier, wie bei allen Baumethoden, kleine Mängel, die aber beseitigt werden konnten. So war es möglich, eine Verbesserung der Wärmedämmung zu erreichen.

Zu den Heizkosten: Auch hier seien die Pressemeldungen bezüglich überhöhter Heizkosten falsch gewesen. So haben zum Beispiel von den 267 Mietern der Wohnhausanlage 22, Pogrelzstraße 126 für die Heizperiode 1969/70 - ein sehr kalter Winter - Gutschriften mit einer Gesamtsumme von 85.000 Schilling erhalten. 141 Mieter mußten Nachzahlungen in einer Gesamthöhe von rund 120.000 S leisten. Für die Beheizung einer 70 Quadratmeter großen Drei-Zimmer-Wohnung wurden für eine siebenmonatige Heizperiode 3.000 Schilling berechnet, bei 55 Quadratmeter 2.500 Schilling. Es wird also keine andere Heizform geben, die durch 24 Stunden hindurch gleichmäßige Wärme um diesen Preis bietet.

Stadtrat Pfoch nahm im Schlußwort zuerst zur Frage der Wohnungsgrößen Stellung. Die neuen Gemeindewohnungen haben eine Durchschnittsgröße von 75 Quadratmeter und liegen damit im

./.

europäischen Mittelfeld. Es werden nur mehr je fünf Prozent A- und B-Typen gebaut, hingegen 75 Prozent C-Typen und 15 Prozent D-Typen.

Aufzüge: In den letzten Jahren wurde die Kapazität der österreichischen Aufzugsfirmen bis zur äußersten Grenze ausgelastet.

Budgetansätze: Die Ansätze für den Hochbau erscheinen nur deshalb niedriger, weil einige Agenden aus dieser Geschäftsgruppe herausgenommen wurden. So kam der Bau der Fernwärmeanlagen in Spittelau, Kagran und im Süden der Stadt nach Gründung der Fernheizwerkegesellschaft zur Finanzgruppe, Beträge für Ergänzungsarbeiten und Grundfreimachungen scheinen in den Gruppen 10 und 11 auf.

Wohnbau: Es wird keine Reduzierung des Wohnbaus geben. Das Versprechen, in fünf Jahren 65.000 Wohnungen zu bauen oder zu fördern, wird eingehalten werden können. Klippen gab es durch die ungünstigen Bestimmungen der Wohnbauförderung 1968, sie wurden durch die Initiative von Stadtrat Suttner beseitigt. Schwierigkeiten gibt es auch bei der Grundstückbeschaffung.

Zur Wohnqualität betonte Stadtrat Pfoch, daß sie in den neuen Wohnhausanlagen garantiert jener im dichtverbauten Stadtgebiet entspreche. Auch die Voraussetzungen für die Infrastruktureinrichtungen seien von der Planung her getroffen. Diese werden jedoch - oft wegen mangelnder Privatinitiative - noch nicht immer gleich voll wirksam. Zu dem in der Per Albin-Hansson-Siedlung Ost in Aussicht genommenen Terrassenhaus erklärte der Stadtrat, daß eine Ausschreibung zu hohe Quadratmeterpreise erbrachte, was eine Verzögerung des neuartigen Bauvorhabens zur Folge haben wird.

Vorwürfe gegen die Schulbauarchitektur treffen nicht zu, da hier erstrangige Architekten eingesetzt werden.

Bäderpreise: eine Regelung bedeute Erhöhung unter Berücksichtigung der Leistung. Die rund 56 verschiedenen Tarife sollen vereinheitlicht werden.

Fragenbeantwortung: soweit möglich, werden im Ausschuß gestellte Fragen sofort behandelt.

./.

Körperbehindertenwohnungen: im 13., ferner im 10. und im 21. Bezirk werden nun nacheinander "maßgeschneiderte" Spezialwohnungen nach letzten Erkenntnissen gebaut.

Projektschulwohnhaus: Das entwickelte Objekt werde Dank seiner hohen Flexibilität den Erfordernissen voll gerecht. Zum Schulbau erklärte Stadtrat Pfoch ferner, daß die in Arbeit befindliche Untersuchung über die Auswirkung neuer pädagogischer Konzepte unter Einsatz aller einschlägigen Wissenschaftler durchgeführt werde. Übrigens stimme es, daß der Schulbau in der Stadt Wien etwas teurer als in den Bundesländern komme. Deren Angaben seien aber oft nicht vollständig, etwa hinsichtlich der Grunderwerbskosten.

Schließlich verwies der Hochbaustadtrat auf die oft jahrelangen Bemühungen bei Assanierungsprojekten. Freilich könnten hier nicht beliebig hohe Preise beim Grunderwerb gezahlt werden.

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Die Beratungen werden morgen Dienstag, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VIII, Tiefbau (Referent Stadtrat Kurt Heller, SPÖ) und im Anschluß daran mit der Geschäftsgruppe IX, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten (Referent Stadtrat Dkfm. Dr. Maria Schaumayer, ÖVP) fortgesetzt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

adoptiertes puppengluecK

31 wien, 13.12. (rk) so wie jedes jahr vor weihnachten gab es auch heuer wieder im wiener rathaus das traditionelle ''adoptierte puppengluecK''. im rahmen einer kleinen feier ueberreichte wohlfahrtsstadtrat maria j a c o b i in anwesenheit von mitgliedern des wohlfahrtsausschusses montag im wappensaal des rathauses kleinen maedchen puppen zur adoption.

bei den kindern handelt es sich um pflegekinder bzw. um heimzoeglinge der stadt wien. waehrend 50 maedchen zunaechst probeweise ein puppenkind erhielten, ueberreichte die stadtraetin 50 weiteren den schenkungsbrief,womit die vor einem jahr uebergebenen puppen in deren besitz uebergehen.

die aktion wurde von frau jacobi ins leben gerufen. ihr sinn ist es, die maedchen auf ihre spaeteren muetteraufgaben vorzubereiten.
1649

100. geburtstag in doebling

33 wien, 13.12. (rk) ihren 100. geburtstag feierte montag frau josefa b l o c e k aus dem 19. bezirk, glatzgasse 9. buergermeister felix s l a v i k, der der jubilarin in begleitung von bezirksvorsteher franz w e b e r einen besuch abstattete, ueberbrachte dem geburstagskind die besten wuensche sowie die ehrengeschenke der stadtverwaltung.

frau blocek wurde am 13. dezember 1871 in cadowe (cssr) geboren, und war von beruf garderobierin. sie ist ledig und lebt mit einer ihrer nichten im gemeinsamen haushalt.
1655

rinderhauptmarkt vom 13. dezember

26 wien, 13.12. (rk) unverkauft vom vormarkt: 2 kuehe, summe 2. neuzufuhren inland: 8 ochsen, 115 stiere, 199 kuehe, 64 kalbinnen, summe 386. gesamtauftrieb: 8 ochsen, 115 stiere, 201 kuehe, 64 kalbinnen, summe 388. verkauft alles.

notierungen: ochsen 17 bis 19, stiere (14.10/1 stueck) 16 bis 18.90, kuehe 11.60 bis 15.80, extrem 17.20 (1), kalbinnen 16.50 bis 18.50, extrem 18.70 (1), beinlvieh: kuehe 11 bis 11.40, ochsen und kalbinnen 13 bis 16.

der durchschnittspreis erhoehte sich bei ochsen um 75 groschen, bei kuehen um 14 groschen und bei kalbinnen um 23 groschen und ermaessigte sich bei stieren um 29 groschen je kilogramm. die durchschnittspreise einschliesslich beinlvieh betragen: ochsen 17.01, stiere 17.66, kuehe 12.97, kalbinnen 17.09, beinlvieh verteuerte sich bis zu 15 groschen je kilogramm.

auftrieb und preis im auslandsschlachthof (laut mitteilung des veterinaeramtes): 24 stiere aus ungarn, verkauft zum preis von 18.50 bis 18.70 je kilogramm.
1514

ergaenzung zu: ehrengrab fuer max mell

32 wien, 13.12. (rk) der in der letzten nacht verstorbene dichter max m e l l war auch ehrenringtraeger der stadt wien. das ehrengrab fuer den aus marburg (untersteiermark) gebuertigen dichter wird in der gruppe 32 c des wiener zentralfriedhofs liegen.
1650

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861

Dienstag, 14. Dezember 1971 Blatt 3637

Sicherung der Vollbeschäftigung

5. Tag der Budgetdebatte, 1. Referat

Wien, 14.12. (RK) Verwaltungsgruppe VIII, **Tiefbau** Referent: Stadtrat Kurt Heller (SPÖ). Einnahmen 1.018,072.500 Schilling, Ausgaben: 2.183,091.200 Schilling.

Die Ausgaben für seine Geschäftsgruppe garantierten nicht nur die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung im Tiefbau, sondern trügen auch maßgeblich zum gewaltigen Fortschritt in der Entwicklung Wiens bei, erklärte Tiefbaustadtrat Kurt Heller. Freilich seien gerade die für die Stadtentwicklung bedeutsamen Projekte nicht im Voranschlag seiner Geschäftsgruppe enthalten: Der U-Bahnbau, das große Hochwasserschutzprojekt und nicht zuletzt die Aufschließung großer Betriebsbaugebiete. Rechne man diese in der Finanzverwaltung budgetierten Beträge hinzu, so stünden dem Tiefbau im kommenden Jahr rund 3.430 Millionen Schilling zur Verfügung. Heller warnte sodann vor der Entwicklung der Baupreise, die - freilich nur theoretisch - zwischen Oktober 1970 und Oktober 1971 laut Baukostenindex um 6,6 Prozent gestiegen seien.

Für den U-Bahnbau werde 1972 erstmals mehr als eine Milliarde Schilling aufgewendet. Einschließlich des heurigen Jahres seien bisher für die U-Bahn rund 1,4 Milliarden Schilling ausgegeben worden. Die Arbeiten gingen nun mit "voller

./.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien — Presseforum — A 1082 Wien, 1 Rathausstr. 1, Telephon 42800 Durchwahl Kl. 2971 - 2974, FS (7) 5662 — Chefredakteur: Wilhelm Adametz — Für den Inhalt

Fahrt" voran. 1972 werde mit dem Abschnitt zwischen Stock im Eisen-Platz und Nestroyplatz die sicherlich schwierigste Strecke für die Wiener U-Bahn in Angriff genommen. Es müsse nicht nur eine Schwimmsandlinse vom "Maulwurf" durchfahren, sondern dabei auch besondere Rücksicht auf die Widerlager der Schwedenbrücke genommen werden. Man habe in Wien absolut wissenschaftliches Neuland mit dem Versuch betreten, diesen Schwimmsand mit Hilfe von Injektionen zu verfestigen. Auf einem bloß etwa acht Quadratmeter großen Versuchsfeld habe man in eine Tiefe von acht bis vierzehn Meter nicht weniger als 16.000 Liter Kunstharz injiziert. Trotzdem habe es sich gezeigt, daß eine Verfestigung mit Sicherheit nicht möglich sei. Derzeit laufe noch ein weiterer Versuch mit isotopenmarkiertem Wasser. Ebenso wie dieses Experiment der Sicherheit diene, so würden die U-Bahnbauer der Sicherheit von St. Stephan vor dem U-Bahnbau den absoluten Vorrang einräumen. Alle Fachleute hätten zugestimmt, daß die Vorhaben der Stadtverwaltung für den Dom keine Gefährdung bedeuteten. Heller erwähnte noch, daß die Vorarbeiten für den U-Bahnbau im ersten Bezirk heuer termingemäß abgeschlossen werden konnten und daß die Vorarbeiten in den äußeren Bezirken weit weniger schwierig und daher mit weniger Belästigung für die Bevölkerung verbunden sein würden.

Das zweite Projekt säkularer Bedeutung, die Verbesserung des Hochwasserschutzes für Wien, trete im kommenden Jahr ebenfalls in seine entscheidende Phase. Es werde mit dem Baulos 1 zur Schaffung des Entlastungsgerinnes sowie der 20 Kilometer langen hochwasserfreien Donauinsel begonnen. Für den Hochwasserschutz stünden 1972 insgesamt 340 Millionen Schilling zur Verfügung. Mit diesen Mitteln werde auch der Bau des neuen linken Donausammelkanales fortgeführt. In diesem Zusammenhang erwähnte der Tiefbaustadtrat den Wasserwirtschaftsfonds, dessen derzeit geltende Richtlinien bei der Vergabe seiner Mittel ausgesprochen großstadtfeindlich seien. Er werde sich jedenfalls für eine Änderung dieser

./.

Bestimmung einsetzen. Was den Kanalbau schließlich anlange, so müsse er den Gemeinderat aufmerksam machen, daß der bestehende Sammelkanal am rechten Donaukanal bereits derart überlastet sei, daß der Bau eines Entlastungskanales notwendig werde. Es sei dies sicherlich nicht nur ein schwieriges Projekt in finanzieller, sondern ebenso in technischer Hinsicht. Außerdem regte Heller einen einzigen, gemeinsamen Tarif für die Lieferung des Trinkwassers und die Beseitigung der Abwässer an. Dadurch könnte die Abrechnung wesentlich vereinfacht werden. Heller machte den Gemeinderat aufmerksam, daß wie beim Kanalbau auch bei den Wasserwerken die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben immer größer würde. Im kommenden Jahr werde man an die Realisierung der III. Fernwasserleitung für Wien schreiten.

Ausführlich beschäftigte sich Heller mit dem Bundesstraßenbau. Zwar sei durch das Bundesstraßengesetz 1971 ein erheblicher Teil der Wiener Wünsche erfüllt und das Bundesstraßennetz auf mehr als das Vierfache vergrößert worden. Was aber die Finanzierung für 1972 angehe, so sei es derzeit gar nicht rosig bestellt. Der Bund habe für das kommende Jahr mit 340 Millionen Schilling weniger als Jahresbaurate vorgesehen als für heuer. Die Wiener Wünsche lägen bei 539 Millionen Schilling , das "Existenzminimum" mache 392 Millionen aus. Er hoffe freilich, daß sich hier noch eine Änderung ergeben werde. Heller berichtete dem Gemeinderat überdies, daß ein kleiner Teil der für heuer vorgesehenen Autobahnmittel deshalb nicht verbraucht werden konnte, weil man eine Projektsänderung des Landstraßer Knotens - des Verbindungsstückes zwischen der Süd- und Nordostautobahn sowie mit der späteren Gürtelautobahn - vorgenommen habe. Der Knoten Landstraße könne nun an die Ostseite des St. Marxer Friedhofes situiert werden. Damit werde für dieses Kulturdenkmal von europäischem Rang ein besserer Schutz als zuvor und für die Bewohner zahlreicher neuerer Häuser am Gürtel ebenfalls ein größerer Schutz möglich sein. Was das städtische

./.

Straßenbaubudget anlange, so seien für 1972 für den Straßenbau samt allem "Zubehör" an Investitions- und Erhaltungsmitteln 694,9 Millionen Schilling vorgesehen.

Abschließend beklagte Heller noch die erheblichen Schäden, die heuer den städtischen Gartenanlagen zugefügt worden seien. Er könne es nicht verstehen, daß manche Leute wie Vandalen in den Parks hausten. Das Stadtgartenamt habe heuer erstmals Rasenflächen zum Spielen für Kinder versuchsweise freigegeben. Ergebnisse würden erst im späten Frühjahr 1972 vorliegen, doch erinnerte der Stadtrat daran, daß man an das Spielen von Kindern und nicht an das Zertrampeln durch Jugendliche und Erwachsene gedacht habe.

\- - -

Zentrales Orientierungssystem für ganz Wien

5. Tag der Budgetdebatte, 2. Referat

Wien, 14.12. (RK) Verwaltungsgruppe IX, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten.

Referentin: Stadträtin Dr. Maria Schaumayer (ÖVP).

Einnahmen: 138,416.800 Schilling, Ausgaben: 283,045.000 Schilling.

Gegenüber dem Vorjahr zeigen die Budgetansätze der Geschäftsgruppe IX nur geringe Veränderungen, erklärte die Stadträtin einleitend.

Baupolizeiliche Agenden: Zum Wohnungsverbesserungsgesetz postulierte die Stadträtin eine entsprechende Adaptierung: Insbesondere sollten auch die Mieter eine direkte Möglichkeit zur Antragstellung haben. Damit könne man dem Sinn und Ziel des Wohnungsverbesserungsgesetzes 1969 auch in Wien gerecht werden.

Die Aktivität der Baupolizei-Abteilungen spiegelt die Stadtentwicklung wider: Während innerhalb des Gürtels die Baubewilligungen 1971 um 12.5 Prozent abnahmen, stiegen sie außerhalb des Gürtels um fast 20 Prozent. Im gesamten Stadtgebiet stieg jedoch die Zahl der Ansuchen um Abbruchbewilligung (innerhalb des Gürtels um 17,3 Prozent, außerhalb des Gürtels um 21 Prozent).

Zum Problem der Assanierung betonte Stadträtin Dr. Schaumayer, daß es kaum echte Meinungsdifferenzen über deren Notwendigkeit gebe. Wohl aber gebe es unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich des Bundesgesetzgebers. Die Zielvorstellung müßte lauten: nicht isoliert den Ausbau, sondern ganzheitlich den Städtebau zu fördern. Der Bürger sollte dabei nicht als Objekt angesehen werden, sondern müßte, egal ob Eigentümer oder Mieter, aktiv eingeschaltet werden. Die Rechte und Möglichkeiten von Privatleuten müssen gesetzlich so verankert werden, daß sie aktives Interesse an der Assanierung gewinnen.

Durch eine intensivere Tätigkeit des Gehsteigreferates der Baupolizei soll die Situation sowohl hinsichtlich des Zustandes der Gehsteige als auch der Inanspruchnahme durch Bautätigkeit verbessert werden.

Die Mitwirkung am neuen Wiener Ölfeuerungsgesetz und die Arbeiten am Veranstaltungsstättengesetz zählen zu den Haupt-

./.

aktivitäten der MA 35. Hinsichtlich der Zulassung neuer Baustoffe wird begonnen, ein vereinheitlichtes System zu schaffen.

Die Aktion zur Erteilung von Gebrauchserlaubnissen für Selbstbedienungseinrichtungen der Sonntagsblätter wurde mit der Genehmigung von 23.496 Aufstellungsplätzen abgeschlossen.

Für die öffentliche Beleuchtung sind 1972 Ausgaben von 112,9 Millionen Schilling - das ist eine Steigerung um rund 10 Prozent gebenüber dem Vorjahr - vorgesehen. Da jedoch auch die WIG 74, Betriebsbaugebiete, Autobahn-Bau, U-Bahn-Bau und Bundesstraßen zu den Agenden der zuständigen MA 33 gehören, ist deren Arbeitsumfang um rund 20 Millionen Schilling höher.

Auch der Umbau des Uhrennetzes auf Funksteuerung - die erste funkgesteuerte Uhr wurde bekanntlich heuer in Betrieb genommen - wird im kommenden Jahr vorangetrieben. Ab 1973 müßten jedoch mehr Mittel aufgewandt werden, um das Funksteuerprogramm rationell durchführen zu können.

Das Anstrahlungsprogramm sieht 1972 eine Sanierung der Anlagen beim Kunsthistorischen und Naturhistorischen Museum vor. Bekanntlich wurden dieser Tage die Anstrahlung auf der Freyung und Installationen in der Fußgängerzone fertiggestellt.

Die Altstadtleuchten in Grinzing sind großteils fertiggestellt. In Zusammenarbeit mit dem Kulturamt soll 1972 das Gebiet um die Ruprechtskirche in Angriff genommen werden. Weitere Pläne betreffen den Bereich Fleischmarkt, Postgasse und Laurenzerberg sowie die Mölkerbastei.

Da die Zahl der Anzeigen gegen Hersteller vorschriftwidriger Elektrogeräte zunimmt, soll diesem Problem 1972 durch die zuständige MA 33 besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Abteilung will die notwendigen Vorkehrungen für eine einheitliche Vorgangsweise bei den Magistratischen Bezirksämtern treffen.

Drei Schwerpunkte nennt die Versuchs- und Forschungsanstalt (MA 39) für 1972: den Umweltschutz, den Straßen- und U-Bahn-Bau und die Forschungstätigkeit für den Wohnbau.

Dauermessungen an den Stellen mit höchsten Staub- und Schwefeldioxydgehalten sollen 1972 Grundlagen für die Stadtplanung hinsichtlich optimaler Standorte erbringen. Hinsichtlich der Beseitigung industrieller und gewerblicher Abfallstoffe

./.

wird die Magistratsabteilung 39 im Zusammenwirken mit anderen Dienststellen Lösungsmöglichkeiten erarbeiten. Auch ein Sondermüllgesetz wird in Zusammenarbeit mit der MA 48 im nächsten Jahr fertiggestellt. Auf dem Sektor Lärmschutz sind Trittschalldämmungs-Messungen und Fensterprüfungen mit einem modernst ausgestatteten Prüfstand vorgesehen.

Im Straßenbau sind vor allem Versuche, die dem nachträglichen Einsinken der Straßendecken entgegenwirken, hervorzuheben. Ein mobiles Straßenbaulabor mit Isotopengerät wird 1972 von der Versuchsanstalt zusammen mit der MA 28 in Betrieb genommen. Bei der Abnahme der Tübbings wird die MA 39 nun in großem Stil mitwirken. Desgleichen bei den Erschütterungsmessungen am Stephansdom.

Für den Wohnbau ist neben den Fenstertests eine Forschungsarbeit über Probleme der Ziegel-, Mörtel- und Pfeilerfestigkeit von Bedeutung.

Die MA 46 wird 1972 nicht nur die 500. Lichtsignalanlage einschalten, sondern auch ein umfassendes Vorrangstraßenkonzept in Angriff nehmen. Ferner wird ein zentrales Wegweiser- und Orientierungssystem für ganz Wien erarbeitet. Die für Mai 1972 vorgesehene Einbahnerklärung des Rings erfordert einen Umbau der gesamten Verkehrslichtsignalanlagen mit Kosten von sieben Millionen Schilling. Gleichzeitig erfolgt eine Koordinierung mit der Verkehrsleitzentrale, an die damit im kommenden Jahr bereits 150 Signalanlagen angeschlossen sein werden. Für die Fortsetzung der Dauermarkierungen stehen 3,5 Millionen Schilling zur Verfügung. Einen weiteren Schwerpunkt bildet 1972 die Verdeutlichung der Lichtzeichen durch Sichtblenden an den Lichtsignalanlagen. Damit soll die häufige Überstrahlung der Signale durch andere Lichtquellen wesentlich gemildert werden. Im Frühjahr 1972 wird im zweiten Bezirk die erste akustische Blinden-Signalanlage errichtet.

Stadträtin Dr. Schaumayer betonte, daß sich die neue Friedhofsordnung ein Jahr nach Inkrafttreten bewähre, mit den im Budget vorgesehenen Mitteln können jedoch nicht die erforderlichen Investitionen sichergestellt werden. Insbesondere

./.

müsse im Hinblick auf die Sperre verschiedener Friedhöfe der Erweiterungsteil des Südwestfriedhofs rechtzeitig fertiggestel sein. Für die WIG 74 sei die Gesamtgestaltung des Friedhofes Ober-Laa, wo eine Friedhofslehrschau stattfindet, erforderlich. Die Sanierung des Zentralfriedhofes stehe an prominenter Stelle im nächstjährigen Schwerpunktprogramm der Friedhofsverwaltung. Der im Oktober 1971 aufgenommene Autobusverkehr im Zentralfriedhof finde außerordentlich großen Anklang bei der Bevölkerung.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

die rettung im november

4 wien, 14.12. (rk) wie bereits jetzt erkennbar, wird die jahresbilanz ein starkes ansteigen der einsaetze der rettung gegenueber dem vorjahr ergeben. waehrend 1970 37.770 ausfahrten zu verzeichnen waren, duerften ende dieses jahres rund 41.000 interventionen gezaehlt werden.

im zusammenhang mit dem ausbruch dreier haeftlinge aus der strafanstalt stein stellte die wiener rettung am 5. november an verschiedenen orten bereitschaftsdienste auf, da eine schiesserei befuerchtet werden musste. am 20. november ereignete sich ein mordversuch, wobei eine 19jaehrige frau schwere stichverletzungen erlitt. da auch das herz verletzt war, wurde die patientin mit herzalarm auf die unfallstation gebracht, die sofort durchgefuehrten massnahmen erwiesen sich als lebensrettend.

eine berufung in eine schule in favoriten ergab, dass vier kinder schlaftabletten eingenommen hatten, die eine mitschuelerin von zu hause mitgebracht hatte. alle vier kinder wurden in das preyer'sche kinderspital eingeliefert und konnten gerettet werden.

der krankenbefoerderungsdienst fuehrte im november 6.238 transporte durch. es gab nicht weniger als zehn verfruehte entbindungen, davon sechs im rettungswagen und vier in den wohnungen. dabei erblickten fuenf maedchen und fuenf buben das licht der welt.
0918

wiener landesregierung bewilligt 276 millionen an darlehen aus der wohnbaufoerderung

7 wien, 14.12. (rk) die wiener landesregierung genehmigte am dienstag auf antrag von stadtrat reinhold s u t t n e r darlehen aus der wohnbaufoerderung 1968 in der hoehe von insgesamt 276 millionen schilling. damit koennen 1.446 wohnungen und 9 lokale errichtet werden. der groesste teil dieser foerderungsdarlehen entfiel wieder auf gemeinnuetzige bauvereinigungen.
1008

schubert-jubilaeum:

grosse musikfeiern zum 175. geburtstag

3 wien, 14.12. (rk) mit einem grossprogramm musikalischer ereignisse begeht die stadt wien die feier des 175. geburtstages von franz schubert. schauplaetze sind der musikverein und das geburtshaus franz schuberts in der nussdorfer strasse. folgende veranstaltungen werden rund um den 31. jaenner, den geburtstag des komponisten,stattfinden:

sonntag, 30. jaenner 1972, 19.30 uhr: orchesterkonzert im grossen musikvereinssaal. carl m e l l e s dirigiert die wiener symphoniker (solist: lennart r a b e s). programm: 1. symphonie, unvollendete, wanderer-fantasie.

montag, 31. jaenner 1972, 19.30 uhr: elly a m e l i n g singt ausgewaehlte lieder von franz schubert, begleitet von irwin g a g e . ort: brahmssaal des musikvereins.

mittwoch, 2. februar 1972, 19.30 uhr: klavierabend rudolf b u c h b i n d e r im geburtshaus franz schuberts (9, nussdorfer strasse 54).

am 31. jaenner wird ausserdem ein kranz der stadt wien am grabe von franz schubert niedergelegt.
0907

feuerwehrleute als schweinehueter

5 wien, 14.12. (rk) wiener feuerwehrmaenner mussten sich dienstag frueh kurzfristig als schweinehueter bewaehren. der grund fuer die ungewoehnliche taetigkeit: nach dem zusammenstoss eines lastautos mit zwei personenwagen auf der triester strasse stuerzte der lkw um und streute seine fracht - 21 fuer st. marx bestimmte schweine - auf die fahrbahn. quietschend und grunzend versuchten die tiere zwischen den autos einen weg in vertrautere umgebung zu finden. die feuerwehrleute fingen die schweine und quartierten sie im Hinterhof eines Hauses ein. mit einem kranfahrzeug wurde der umgestuerzte lkw aufgestellt und aus der fahrbahn geschleppt. der unfall hatte eine laengere verkehrsstoerung zur folge.
0947

personalnachrichten

6 wien, 14.12. (rk) der wiener stadtsenat hat am dienstag den bisherigen technischen vizedirektor der wiener gaswerke, dipl.-ing. dr. josef s c h o l l e , zum d i r e k t o r d e r g a s w e r k e bestellt. neuer t e c h n i s c h e r v i z e d i r e k t o r wird oberstadtbaurat dipl.-ing. rudolf s c h l a u e r .

der aerztliche leiter prof. dr. anton l u g e r (ma 17) wurde in die d i e n s t k l a s s e roem. a c h t befoerdert. die stadtbauraete dipl.-ing. hans s c h w a r z (e-werke) und dipl.-ing. walter t r a u n s t e i n e r (e-werke) wurden zum o b e r s t a d t b a u r a t befoerdert. der technische amtsrat ing. fritz w a g n e r (ma 32) wurde zum t e c h - n i s c h e n o b e r a m t s r a t und der amtsrat karl s c h e i n o s t (ma 11) zum o b e r a m t s r a t befoerdert. 1003

preisguenstige gemuese- und obstsorten

9 wien, 14.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 4 schilling, karotten 5 schilling, kohl 5 schilling, weisskraut 3.50 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 bis 6.50 schilling, bananen 7 schilling, mandarinen (tuerkische) 10 schilling, orangen (blond italienische) 5 bis 5.50 schilling je kilogramm. 1052

ein drittel aller grippekranken hat die honkonggrippe in wien harmloser krankheitsverlauf

8 wien, 14.12. (rk) die aus dem oesten langsam einsickernde a 2-honkong-grippewelle hat zwei todesopfer gefordert. bei den toten handelt es sich aber um aeltere, schon vor der erkrankung an verschiedenen leiden laborierende menschen. seit dem wochenende ist die zahl der an grippoesen infekten erkrankten wiener um 7.000 angestiegen. ein drittel aller grippekranken duerfte davon an der echten honkonggrippe leiden.

oberstadtphysikus dr. k r a s s n i g g , der leieter des gesundheitsamtes der stadt wien, teilte dazu der ''rathaus-korrespondenz'' mit, dass die virus-grippe derzeit in einer abgeschwaechten form (verglichen mit dem krankheitsbild in den ostblock-staaten) und einem relativ komplikationslosen krankheitsverlauf zu beobachten ist. diesen beobachtungen entspricht auch die situation in den spitaelern, sie ist keineswegs angespannter als in den vorwochen.

trotz des derzeit harmlosen krankheitsbildes wird empfohlen, auftretendem schuettelfrost, fieber oder schweren abgeschlagenheitszeichen beachtung zu schenken. nachdruecklich betonte oberstadtphysikus dr. krassnigg, dass es zur zeit keinerlei anlass zu einer ''grippe-panikstimmung'' gibt.

1023

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Tiefbaudebatte

Wien, 14.12. (RK) Als erster Redner zum Kapitel Tiefbau kritisierte GR. Joachim Müller (DFP) die sinkenden Ansätze für den Straßenbau: Einer Verringerung im Vorjahr um zehn Millionen folge heuer eine solche um 13 Millionen. Es erhebe sich die Frage, ob diese Reduktionen vielleicht durch die vielen, gleichzeitig begonnenen Großbauvorhaben bedingt seien. Auf jeden Fall aber sei der Straßenbau durchaus der falsche Platz für plötzliche Sparsamkeit.

Müller erneuerte auch seine Forderung nach dem Bau eines Nutzwasser-Leitungsnetzes. Nach den Ausführungen von Stadtrat Heller sei - unter Einbeziehung aller in Ausarbeitung befindlichen Wassergewinnungsprojekte - der Wasserbedarf Wiens nicht länger als bis 1975 gedeckt. Was aber wäre, wenn plötzlich eine der beiden Hochquellenleitungen ausfiele? Der Zustand der II. Hochquellenleitung sei ohnedies besorgniserregend genug. Im übrigen brauche man zum Feuerlöschen und Straßenspritzen nicht teures Quellwasser aus den Bergen. Daher also die Notwendigkeit der Verwendung von Nutzwasser.

Müller zitierte schließlich eine Reihe von Schweizer Vorschriften und Praktiken für die Errichtung von Anlagen für Kinder und Jugendlich. Er forderte unter anderem die Errichtung eines Radweges im Donaupark und erklärte, Wien sei hinsichtlich des Baues von Spielanlagen und Freizeitflächen für Kinder deshalb so rückständig, weil alle Gelder, die man dazu verwenden könnte, als Subventionen den Jugendorganisationen der Großparteien zugewendet würden.

GR. Klement (FPÖ) verwies darauf, wie sehr das Baugeschehen unserer Stadt vom Wiener Budget beeinflußt werde. So werden allein auf dem Tiefbausektor rund 2,2 Milliarden, um 20 Prozent mehr als im Vorjehr, ausgegeben. Die Ansätze

./.

für den Straßenbau wurden jedoch leider reduziert und das, obwohl die Vollmotorisierung mit Riesenschritten auf uns zukommt.

Wenn wir hier auf diesem Sektor nicht alles unternehmen, werden wir in wenigen Jahren vor einer noch schwierigeren Verkehrssituation stehen als heute. Leider fehle auch noch immer eine Koordinierung der einzelnen Tiefbauarbeiten. Als Beispiele führte der Redner die Arbeiten Ecke Seilerstätte und Weihburggasse und Margaretengürtel-Arndtstraße an.

Der planmäßige, rasche und großzügige Ausbau der Verkehrsflächen leiste auch einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Reinhaltung der Großstadtluft.

Der Ansatz für den U-Bahn-Bau, erstmals mehr als eine Milliarde, bezeichnete der Redner als erfreulich, meint aber, daß auch sie durch die ständig steigenden Lohn- und Preiserhöhungen nicht hoch genug seien, um den Baufortschritt in den angegebenen Zeiträumen zu gewährleisten. Nach dem erstellten Zeitkostenplan, sei mit der Fertigstellung des Bauabschnittes Reumannplatz-Stephansplatz im Jahr 1977 zu rechnen. Dieser sah aber bereits jährliche Bauraten von maximal 1,5 Milliarden vor. Der Redner urgierte auch ein Finanzierungskonzept für den U-Bahn-Bau. Weiter ersucht er den Stadtrat um Bekanntgabe der einzelnen Fertigstellungstermine. Groß seien die Belastungen für Bevölkerung und Geschäftsleute im Bereich der U-Bahn-Baustellen. Der Einsatz von gedämpften Baumaschinen sei unerläßlich.

Senkgruben: Besteht hier ein Zeitplan bezüglich Anschluß der Senkgruben an das Kanalnetz? Werden derzeit noch neue Senkgruben bewilligt? Die Errichtung der im Bau befindlichen Großkläranlage müßte beschleunigt werden, denn auch damit werde ein nicht unwesentlicher Beitrag zur Reinhaltung der Gewässer geleistet. Die Straßenreinigung lasse noch einiges zu wünschen übrig. Die Müllbeseitigung stehe vor immer größeren Aufgaben, da der Müllanfall ständig steige. Den Ansätzen stimme seine Fraktion zu.

./.

Die Dritte Wiener Wasserleitung werde keinesfalls ausreichen, die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Trinkwasser für die Zukunft zu sichern. Man müsse bereits jetzt nach neuen Möglichkeiten zur Erschließung von Trinkwasser für Wien suchen, meinte GR. DDr. Strunz (ÖVP). Er sei daher froh, daß bereits jetzt überlegt wird, wie man auf dem Gelände der künftigen Donauinsel Trinkwasserquellen erschließen könne. Er gebe Stadtrat Heller recht, der gesagt hat, daß der Wasserwirtschaftsfonds großstadtfeindlich sei. 100 Millionen - das ist jener Betrag, den Wien im kommenden Jahr erhalten soll - seien zu wenig. Es müsse doch möglich sein, mit dem Landwirtschaftsminister, der jetzt der gleichen Partei wie die Rathausmehrheit angehört (Stadtrat Heller korrigiert: Bautenminister!) zu einer besseren Regelung zu gelangen.

Der Redner urgierte weiter einen Rohrnetzplan und wies darauf hin, daß seine Partei die Erstellung eines solchen Planes bereits im Jahre 1964 gefordert habe.

Bei der Müllverbrennung müsse man auch in Wien in Zukunft den ansteigenden Kunststoffanteil am Müll besonders berücksichtigen. Analysen in verschiedenen Städten Österreichs hätten gezeigt, daß dieser Anteil bereits fünf Prozent übersteige. Dazu komme, daß auch die Zahl der weggeworfenen Spraydosen immer mehr steige und zusätzliche Gefahren mit sich bringe. Eine Untersuchung, welche Auswirkungen der immer giftiger werdende Müll, in der Nähe von Verbrennungsanlagen für die Luft habe, sei daher notwendig. DDr. Strunz brachte einen diesbezüglichen Antrag ein.

Mit dem Straßenbau befaßte sich GR. Hala (SPÖ). 1955 gab es in Wien 15,1 Millionen Quadratmeter Fahrbahnflächen, jetzt sind es 19,3 Millionen. Der jährliche Zuwachs an Fahrbahnflächen beträgt durchschnittlich 270.000 Quadratmeter. Von der vorhandenen Fahrbahnfläche besitzen 81 Prozent eine Asphalt- oder Betondecke und neun Prozent vergossenes Groß- oder Kleinsteinpflaster. 90 Prozent sind also geräuscharm. Es verbleiben zehn Prozent Großsteinpflaster, leider auch noch in einigen Hauptstraßen. Die MA 28 ist bemüht, auch diese Straßen geräuscharm zu machen, doch hängt die Möglichkeit nicht nur von den bereitgestellten finanziellen Mitteln ab, sondern auch von den Erfordernissen des Verkehrs, weil Umleitungen damit verbunden sind.

./.

Jeder Straßenbau hat auch weitergehende Folgen. So hat beim Umbau der Felberstraße der reine Straßenbau 3,2 Millionen Schilling gekostet, für die Einbauten - Gas, Strom, Wasser, Gleisanlagen waren hingegen 14,8 Millionen Schilling erforderlich.

Erstmals sind im Voranschlag 30 Millionen für die Behebung von Frostschäden vorgesehen. Natürlich werden Mittel im erforderlichen Ausmaß dafür zur Verfügung stehen. Die beiden vergangenen Winter waren sehr streng, deshalb waren 1970 rund 57 Millionen und 1971 rund 56 Millionen zur Behebung von Frostschäden vorgesehen. Nur 33 Prozent der Wiener Straßenfläche besitzen eine ausreichende Frostsicherheit. Bei den anderen Straßen ist die Dicke der Fahrbahnkonstruktion angesichts der Zunahme des Verkehrs zu gering. Dabei spielt nicht nur die ständig wachsende Zahl von Fahrzeugen eine Rolle, sondern auch die immer höheren Achsdrücke. Die MA 28 hat deshalb neue Methoden der Straßenerstellung gesucht und nun die Oberbaudicke für Straßen mit Schwerstverkehr mit 70 Zentimeter, für andere Straßen mit 55 Zentimeter festgesetzt. Jedes Jahr gibt es mehr frostsichere Straßen, aber der Ärger mit Frostaufbrüchen wird noch lange bleiben.

GR. Hala verwies abschließend auf das im September beschlossene Bundesstraßengesetz, das Anliegen Wiens erfüllt und der Stadt einige Sorgen abgenommen hat. Gab es vorher in Wien 120 Kilometer Bundesstraßen und Autobahnen, so sind es jetzt 287 Kilometer. Das bedeutet eine spürbare Entlastung der Stadtverwaltung, die eine schnellere Sanierung der übrigen Straßen ermöglicht. Dabei geht es darum, diese Straßen lärmarm, griffiger, tragfähiger und frostsicherer zu machen.

GR. Josef Hoffmann (ÖVP) weist zunächst auf die große Bedeutung des Tiefbaubudgets für die Wiener Wirtschaft hin. Er lobt auch die hohen Ansätze für den U-Bahn-Bau und den günstigen Baufortschritt. Freilich gebe es im Tiefbau nicht nur Licht, sondern auch Schatten. So beklagte Hoffmann die Abnahme der Budgetmittel für die Stadtreinigung, für den Brückenbau und für den Straßenbau.

./.

Obwohl der Bau zweier neuer Donaubrücken heuer im Sommer - freilich vor Wahlen - angekündigt worden sei, seien die Mittel für den Brückenbau von 117 auf 99 Millionen Schilling zurückgegangen. Der Finanzreferent sollte doch den Straßenbau, dessen Investitionsmittel leider ebenfalls eine klare fückläufige Tendenz aufwiesen, besser dotieren.

Was schließlich die Bundesstraßen in Wien angehe, sei es gewiß erfreulich, daß der Bundesgesetzgeber den Wiener Wünschen weitgehend Rechnung getragen habe. Es sei doch aber auffallend, daß die Jahresraten für die Wiener Bundesstraßen so lange eine steigende Tendenz aufgewiesen hätten, so lange es eine ÖVP-Regierung gegeben habe, während unter der SPÖ-Regierung eine abnehmende Tendenz vorherrsche: Im letzten von der ÖVP-erstellten Bundesbudget seien für 1970 insgesamt 395 Millionen Schilling präliminiert gewesen, während nun lediglich 340 Millionen Schilling für 1972 angeboten worden seien. Die Wiener Bevölkerung habe aber nichts davon, wenn die Bundesstraßen zwar vermehrt würden, aber bloß auf dem Papier existierten, erklärte Hoffmann.

Abschließend beschäftigte sich der ÖVP-Redner noch mit der Vergabepraxis, die er als im wesentlichen sauber und korrekt bezeichnete. Allerdings sei ihm aufgefallen, daß in letzter Zeit die Zahl der freien Vergaben zugenommen habe. Schließlich lobt Hoffmann noch das ausgezeichnete Klima im Tiefbauausschuß und hebt hervor, daß seine Fraktion immer prompt über alle gewünschten Vorgänge informiert worden sei.

GR. Ing. Nedwed (SPÖ) widmete sich ausführlich der Bedeutung städtischer Grünflächen. Wien sei hier in einer ausgesprochenen Spitzenposition innerhalb der europäischen Großstädte. Dieser Umstand sei nicht nur unter dem Aspekt des Erholungswertes für den Bürger allein zu würdigen, sondern in ganz hohem Maß durch seine Auswirkung auf das Kleinklima. Nedwed zitierte in diesem Zusammenhang Messungen: Die Temperaturschwankungen bei hochsommerlicher Sonneneinstrahlung liegen bei Parkrasenflächen (12,2 Grad - 29,1 Grad) wesentlich niedriger als bei anderen Flächen, etwa Asphalt (16,2 Grad - 41,8 Grad). Außerdem binde Rasenfläche etwa drei- bis

./.

sechsmal soviel Staub wie andere Materialien. In dieser Zahl manifestiere sich die enorme Bedeutung der Grünflächen für die Lebensbedingungen des Stadtbewohners.
Nedwed nahm dann zur winterlichen Salzstreuung Stellung. Noch immer seien Versuche mit anderen Lösungsmitteln ohne praktikables Ergebnis geblieben: Sprühmittel auf Alkoholbasis müßten mehrmals an einem Tag angewendet werden, andere Mittel auf der Basis des technischen Harnstoffes wirkten nur bis minus sieben Grad Celsius.

Grundsätzlich kritiserte der Redner, daß die Presse die Arbeit der Stadtverwaltung ignoriere: Wien befinde sich jetzt in einem Stadium wie vor rund 100 Jahren, also in einem gigantischen Umbau. Das Bild dieser Stadt von morgen werde geprägt - aber die Presse suche nichts als Sensation.
Ein Wiener Massenblatt halte sich nicht einmal einen eigenen Kommunalredakteur, sondern streife die Kommunalpolitik nur gelegentlich in Glossen. Im Zusammenhang mit der dürftigen Berichterstattung über den Stollendurchbruch bei der U-Bahn forderte der Redner die Presse auf, ihre negative Haltung aufzugeben und - im Sinne einer Äußerung von Bürgermeister Felix Slavik bei der letzten Jungbürgerfeier - mehr als bisher die "positiven Sensationen" zu berücksichtigen.

In seinem Schlußwort beschäftigte sich Tiefbaustadtrat Heller zunächst mit dem Problem der Kostensteigerungen: Man habe bei einzelnen Angeboten tatsächlich Erhöhungen bis zu 50 Prozent gegenüber den Preisen des Jahres 1970 feststellen müssen. Dies sei freilich keine allgemeine Tendenz. Die Innung jedenfalls habe offiziell eine Erhöhung des Baukostenindex um 6,6 Prozent bekanntgegeben, aber durchschnittlich lägen die Kostensteigerungen in der Praxis darüber.

Ausschreibungen: Er sei ein absoluter Anhänger dieses Systems, aber manchmal, und vor allem bei Spezialarbeiten, sei eine beschränkte Ausschreibung beziehungsweise eine freihändige Vergabe vorteilhafter. Für die Vorarbeiten des U-Bahnbaues im 1. Bezirk habe man sich bemüht, zwecks besserer Koordinierung beziehungsweise Verkürzung der Bauzeit bei der Arbeitsvergabe gewisse Erleichterungen von den Bestimmungen der Haushaltsordnung zu erlangen, allerdings vergeblich.

./.

Man habe also in einigen Fällen improvisieren müssen, und vielleicht werde dies in einigen Jahren vom Kontrollamt zum Anlaß für Kritik genommen. Er, Heller, bekenne sich jedoch zu dieser Vorgangsweise, da sie zu einer Beschleunigung der Bauarbeiten geführt habe.

Was den Straßenbau angehe, würde er natürlich auch lieber mehr Mittel verbauen, fuhr Heller fort. Man dürfe freilich nicht übersehen, daß die im Budget ausgewiesenen Gelder für den Straßenbau ausschließlich zur Herstellung der Straßendecken dienten und größere Beträge für die Einbauten eben im Voranschlag anderer Abteilungen enthalten seien. Wie die Vorarbeiten im 1. Bezirk heuer zudem gezeigt hätten, seien die Möglichkeiten eines vermehrten Straßenbaues durch die zumutbaren Umleitungen beziehungsweise die Kapazitäten der Baufirmen beschränkt. Die Verhandlungen über die Bundesstraßenmittel für 1972 seien erst auf Beamtenebene geführt worden, und er hoffe doch, daß deshalb das letzte Wort noch nicht gesprochen sei, erklärte der Tiefbaustadtrat.

Die Behauptung, der Stillstand des "Maulwurfes" habe die Stadt täglich eine Million Schilling gekostet, sei absolut falsch, wenngleich natürlich der Stillstand Mehrkosten verursacht habe. Bekanntlich habe man die Tunnelarbeiten vorübergehend einstellen müssen, weil ein Hausbesitzer beziehungsweise dessen Anwalt für die Genehmigung, vom Keller des Hauses zum Schutz dieses Hauses Injektionsarbeiten durchzuführen, nicht weniger als 700.000 Schilling begehrt habe. Man habe sich dann bei etwa der Hälfte geeinigt. Die Fertigstellungstermine für die U-Bahn richteten sich nach der Bewältigung der technischen Schwierigkeiten und die derzeitige Planung sehe vor, daß die Linie U 1 im Jahre 1978 den Betrieb aufnehme. Jedenfalls sei der U-Bahnbau weder bisher noch im kommenden Jahr durch finanzielle Einschränkungen in irgendeiner Weise behindert worden.

./.

Er stimme mit einigen Debattenrednern überein, daß mit der Errichtung der III. Fernwasserleitung das Trinkwasserproblem Wiens für die Zukunft nicht gänzlich gelöst werde. Daher würde ja eine Reihe anderer Vorhaben, wie ein Wasserwerk auf der künftigen Donauinsel, eine vermehrte Anzapfung der Lobau und die Einleitung der Pfannbauernquelle ernsthaft studiert beziehungsweise auch schon realisiert. Eine eigene Nutzwasserleitung für Wien sei schon deshalb unrealistisch, fuhr Heller fort, weil die derzeitigen Bestimmungen der Gesundheitsbehörde so seien, daß auch Nutzwasser die Qualität von Trinkwasser aufweisen müsse. Schließlich erinnerte Heller daran, daß der Bau neuer Donau- und Donaukanalbrücken deshalb nicht im städtischen Budget aufscheinen könne, weil es sich ja um Bundesstraßenprojekte handle.

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Der ÖVP-Antrag über die Messung von Schadstoffen wurde einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Neue Ausstellung im Historischen Museum:

"Wiener Theater 1660 bis 1900"

Wien, 14.12. (RK) Im Historischen Museum der Stadt Wien wird Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner kommenden Montag eine neue Ausstellung eröffnen. Sie steht unter dem Motto "Wiener Theater. Bilddokumente 1660-1900 aus der Theatersammlung des Historischen Museums".

Das Museum hat sich dabei mit 520 Objekten - durchwegs aus eigenen Beständen - das Ziel gesetzt, den hohen Eigenwert einer musealen Spezialsammlung zu beweisen. Ausgestellt werden Ölgemälde, Aquarelle, Handzeichnungen, Druckgraphiken und Plastiken. Sie bilden einen Querschnitt durch die Entwicklung des Wiener Theaters von der prunkenden Barockbühne über das Stegreiftheater des Hanswurst und das Theater der Wiener Volkskunst bis zur Gesellschaftsbühne in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Zu dieser Ausstellung wurde ein 100-Seiten starker illustrierter Katalog herausgegeben.

Geehrte Redaktion!

Zu der Presseführung durch die Ausstellung mit Frau Fröhlich-Sandner laden wir Sie herzlich ein.

Zeit: Montag, 20. Dezember, 10.30 Uhr.

Ort: Historisches Museum, Karlsplatz.

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Debatte-Baubehördliches

Wien, 14.12. (RK) GR. Dr. Tuma (DFP) betonte, daß sympathische an der Gexchäftsgruppe sei, daß hier nicht nur durch den Einsatz großer finanzieller Mittel Erfolge zu erzielen seien, sondern daß mit Nachdenken und Überlegungen gute Arbeit geleistet werden kann. So können durch gute Verkehrsleitanlagen oftmals Straßenumbauten erspart werden.

Gehsteiginstandsetzungen: Hier müßte versucht werden, notwendige Einbauten zu koordinieren, um unnötige Instandsetzungskosten zu vermeiden. Die Aufstellung der Zeitungsstände an Sonntagen sei notwendig und die Erteilung der Gebrauchserlaubnis zu begrüßen. Es müßte jedoch darauf geachtet werden, daß bei stürmischem Wetter nicht ganze Stadtviertel durch herumfliegende Zeitungen verschandelt werden.

Viel wurde in Wien auf dem Gebiet der Beleuchtung getan. Schlecht beleuchtet seien Gebiete entlang des Donaukanals, wo wegen verschiedener unliebsamer Vorfälle immer wieder Polizeirazzien durchgeführt werden müssen. Ausreichende Beleuchtung sei wichtig für die öffentliche Sicherheit, die derzeit in Wien ohnedies nicht die beste sei.

Vermietung von Lichtmasten für Wahlplakate: Hier nur Anerkennungszinse einzuheben wäre Großzügigkeit am falschen Platz. Gerade hier könnte man gewaltig abschöpfen.

Parkverbot auf dem Rathausplatz: Nach Ansicht des Redners hat der Rathausplatz durch das Parkverbot nur gewonnen. Man sollte diese Angelegenheit jedoch nicht zu einer politischen hochspielen. Leider hat es sich hier gezeigt, daß man die gegenteilige Ansicht anderer negiert und vom Verfassungsrecht Gebrauch gemacht und den Platz gesperrt hat. Dadurch wurde dokumentiert, daß die Verfassung unserer Stadt veraltet ist und sie endlich gründlich überholt werden müßte. Dem Bürgermeister stehen beinahe diktatorische Möglichkeiten offen, das Budgetrecht sei jedoch eine Farce. Die Oppositionsparteien haben kein Recht zur Akteneinsicht und können nicht einmal an vertraulichen Sitzungen teil-

./.

nehmen. Es sei daher nicht verwunderlich, daß sich die Presse für diese Budgetdebatte nicht interessiert. Die DFP werde den Ansätzen nicht zustimmen. Mit Kritik an den Zuständen und der Gestaltung der Wiener Friedhöfe begann Gemeinderat Krenn (FPÖ) Er habe den Eindruck, der Friedhofswettbewerb sei "l'art pour l'art" gewesen. Von irgendwelchen Auswirkungen habe man nichts gehört, obwohl er - wie Stadtrat Dkfm. Dr. Maria Schaumayer meinte - gute Ergebnisse gebracht habe. Diese Ergebnisse dürften in den Schreibtischladen des Rathauses ruhen, vermutete Krenn. Auf vielen Friedhöfen nähmen die Abfälle überhand, die Behälter würden nur selten oder manchmal überhaupt nicht geleert. Er brachte einen Antrag ein, für mehr Sauberkeit auf den Friedhöfen und die Entleerung der Abfallbehälter zu sorgen. Ein weiterer Antrag sollte - wie Gemeinderat Krenn formulierte - dem "Uhrenskandal" ein Ende bereiten. Für den Neubau und Umbau der städtischen Uhren auf zentrale Steuerung sei so wenig Geld vorhanden, daß die Misere bestenfalls in zehn Jahren behoben wäre.

Auch die Koordinierung der Lichtsignalanlagen - der Redner nannte Beispiele - und die Aufbringung von Bodenmarkierungen ließen zu wünschen übrig.

Die Gefahren für die Kinder auf dem Schulweg seien in Wien noch immer viel zu groß. Der Redner richtete an die SPÖ-Fraktion des Hauses die Frage, wo das auf Bundesebene vorgesehene Schulwegsicherungsgesetz bleibe. Zum Schluß seines Beitrages forderte Krenn Frau Stadtrat Dkfm. Dr. Schaumayer auf, zur Situation auf dem Rathausplatz Stellung zu nehmen. Seine Fraktion sei der Ansicht, daß wenigstens ein Teil des Platzes als Kurzparkzone zur Verfügung stehen solle. Seine Fraktion könne den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen, endete Krenn.

Erfreulich ist, daß die verschiedenen Zeitangaben auf den öffentlichen Uhren bald der Vergangenheit angehören werden, weil die Bemühungen um eine zentrale Funksteuerung vor dem Abschluß stehen.

Wichtig ist der Schutz vor mangelhaften Elektrogeräten, der aber nicht genügt, so lange so viele Schutzerdungen in Wohnungen mangelhaft sind.

Bei der Baubehörde dauert die Ausfertigung der Bescheide wegen des Personalmangels oft sehr lange. Dadurch entstehen den Bewerbern oft beträchtliche Mehrkosten. Es ist erfreulich, daß sich manche Beamte einsichtig zeigen und den Bauwerbern Gelegenheit geben, Schreibarbeiten selbst zu erledigen.

Begrüßenswert ist die Erweiterung des Vorrangstraßennetzes, weil viele Autofahrer noch immer so fahren, als hätten alle Schienenstraßen Vorrang. Auch das fahrbare Labor zur Kontrolle der Straßendecken bedeutet einen Fortschritt, doch müßten nun auch die festgestellten Schäden rasch behoben werden, ehe sie größer werden.

GR. Matza erinnert daran, daß er wiederholt die mangelnde Sichtbarkeit mancher Verkehrsampeln kritisiert habe. Es ist erfreulich, daß für 1972 die zweimalige Reinigung aller Ampeln und mehr Sichtblenden vorgesehen sind. Vielleicht könnte auch ein erschwingliches Gerät entwickelt werden, das die Leuchtkraft der Ampeln entsprechend den Lichtverhältnissen ändert.

Das Fehlen von großen Parkplätzen bei Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel in den Außenbezirken und der Mangel an Parkgaragen um die Innenbezirke hat die Überfüllung der vorhandenen Parkplätze zur Folge, Warenzustellung und -abholung muß oft von der zweiten oder dritten Spur aus erfolgen, was die Produktivität senkt und somit die Kosten erhöht. Mit Parkgebühren, Park- und Halteverboten kann man das Problem nicht lösen, weil sie keine zusätzlichen Parkplätze schaffen. Es gibt überhaupt zu wenig Transparenz in der Verkehrsplanung. Umleitungen werden oft zu wenig überlegt und es kommt dann zu Umleitungen in der Umleitung. Die Verkehrsstauungen, die aus allen diesen Gründen entstehen, erhöhen die Unfallgefahr und verursachen eine stärkere Verunreinigung der Luft.

./.

GR. Brosch (SPÖ) wies auf die große Bedeutung der Geschäftsgruppe IX für die Fragen des Umweltschutzes hin. Er hob hervor, daß die Magistratsabteilung 25 durch ihre Prüftätigkeit den Mietern in Wien im Jahr 34 Millionen Schilling erspart und bat sodann, die Baupolizei möge noch mehr zur Beseitigung sanitätswidriger Zustände bei den Wohngelegenheiten für Gastarbeiter unternehmen.

Bei der Abfassung des Altstadterhaltungsgesetzes möge man zudem so vorgehen, daß auch die inneren Bezirke lebenswert bleiben, meinte Brosch.

Der Redner lobte übrigens noch die gute Beleuchtung auf den Wiener Straßen sowie die Städtische Prüf- und Versuchsanstalt. Was die Friedhöfe angehe, so seien die Neuerungen der letzten Jahre von der Bevölkerung positiv aufgenommen worden. Dazu gehöre auch der Autobus im Zentralfriedhof.

In ihrem Schlußwort bekannte sich Stadträtin Doktor Maria Schaumayer zu dem Grundsatz "Mehr Licht - mehr Sicherheit". Sicherlich gebe ein gut bleuchteter Heimweg am Abend dem Bürger besonders am Stadtrand ein beruhigendes Gefühl. Dabei sei allerdings immer darauf zu achten, daß die Wohnbevölkerung nicht durch Blendwirkungen belästigt werde.

Mit großer Entschiedenheit sagte die Stadträtin dem Vandalismus den Kampf an, der sich besonders gegen Beleuchtungskörper richtet. Hier habe es in einigen extremen Fällen sogar schon ein Preisschießen auf neue Beleuchtungskörper gegeben.

Hinsichtlich der zu verwendenden Masten sei derzeit ein Professor der Technischen Hochschule mit statischen Berechnungen beschäftigt. Das Ergebnis - zusammen mit den Überlegungen innerhalb der Magistratsabteilung 33 - werde zur Verwendung schlankerer Masten als bisher führen.

Verkehrsampeln: Auch die perfektesten Signalanlagen können Fehler im Straßenbau nicht korrigieren und es dem Autofahrer nicht abnehmen, diszipliniert zu fahren.

Friedhofsautobus: Die verlangte Flexibilität. Seit voriger Woche wird entsprechend der Jahreszeit der Betrieb erst um 9 Uhr aufgenommen.

./.

Südwest-Friedhof: Das Wettbewerbsergebnis wird derzeit in der Friedhofsverwaltung zur Ausarbeitung eines formellen Antrages durchgearbeitet. Für die Feuerbestattung wird Vorsorge getroffen werden.

EDV in der Friedhofsverwaltung: Ihre Realisierung erscheint fast unmöglich, weil zum Beispiel fast niemand daran denkt, eine Adressenänderung auch der Friedhofsverwaltung mitzuteilen.

Baupolizei: Es gibt tatsächlich große personelle Probleme. Es wurden Vorkehrungen getroffen, um in Überstunden Rückstände aufzuarbeiten, außerdem gibt es weitere Bemühungen um Rationalisierungen und um die Uniformierung von Formularen.

Lieferverkehr: 1971 wurden 613 neue Ladezonen verordnet. Trotzdem muß das Problem neu überlegt werden, vor allem im Zusammenhang mit den Fußgeherzonen, in denen der Lieferverkehr Vorrang genießen muß.

Umleitungen: Die Möglichkeiten der Magistratsabteilung 46 enden dort, wo keine geeigneten Ausweichstrecken vorhanden sind.

Schulwegsicherung gehört in die Kompetenz der Polizei. In der kommenden vierten Novelle zur Straßenverkehrsordnung wird ein neuer Weg zur Lösung dieses sehr dringlichen Problems gesucht.

Öffentliche Uhren: Mit der Funksteuerung wurde technisches Neuland betreten. Der Einsatz großer Mittel ist nicht vertretbar, solange nicht gesichert ist, daß der richtige Weg beschritten wurde. Ab 1973 werden jedoch wesentlich höhere Mittel nötig sein.

Rathausplatz: Die Stadträtin bekannte sich zur Meinungsverschiedenheit mit Bürgermeister Slavik in dieser Frage. Es sei unverantwortlich, eine so große Fläche dem ruhenden Verkehr zu entziehen, ohne daß dort die Fußgeher zu sehen seien, die der Bürgermeister offenbar erwartet habe. (Zwischenruf Bgm. Slavik: Sie sehen sie nicht, weil sie Ihr Fenster auf der falschen Seite haben) Trotz Weihnachtsbaum und Gewista-Ausstellung, also echter Attraktionen, seien auch jetzt nicht mehr Fußgeher dort, als auf den Gehsteigen Platz haben. Es sei also eine Fehlentscheidung des Bürgermeisters gewesen. Zu dieser Entscheidung war er allerdings laut Verfassung ermächtigt.

Friedhofsreinigung: Zwei Tage vor den Totengedenktagen waren alle Abfallbehälter leer, ab Allerheiligen wurden sie täglich gereinigt. Die Abfallbeseitigung auf den Friedhöfen ist trotz aller Bemühungen ein internationales Problem. ./.

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Der FPÖ-Antrag auf Erhöhung der Mittel für öffentliche Uhren wurde von SPÖ, ÖVP und DFP abgelehnt. Der FPÖ-Antrag bezüglich der Sauberkeit auf den Friedhöfen wurde einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Die Budgetdebatte im Wiener Rathaus wird morgen, Mittwoch, mit dem Referat von Stadtrat Dkfm. Alfred Hintschig (Liegenschafts- und Zivilrechtswesen; verschiedene Angelegenheiten) fortgesetzt. Nach der Debatte darüber wird die Geschäftsgruppe XI (Wohnungswesen - Referent Stadtrat Reinhold Suttner) behandelt.

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

jubilaeumspreisverteilung ''wien im blumenschmuck'':
1.800 blumenfreunde machten mit
18.000 baeume heuer in wien neu gepflanzt

11 wien, 14.12. (rk) insgesamt 1.800 blumenfreunde (1970: 1.710) haben sich heuer am wettbewerb ''wien im blumenschmuck'' beteiligt. die bezirke meidling, floridsdorf und donaustadt waren dabei am staerksten vertreten. buergermeister felix s l a v i k nahm montag abend im mit blumen dekorierten festsaal des wiener rathauses im beisein der stadtraete kurt h e l l e r und otto p e l z e l m a y e r die preisverteilung vor.

da es sich um eine jubilaeumsveranstaltung handelte - der wettbewerb wurde heuer zum 20. mal durchgefuehrt -, wurde sie durch die kuenstlerische mitwirkung der publikumslieblinge elfriede o t t , heinz c o n r a d s und des operettensaengers heribert r o n g e besonders festlich gestaltet. es spielte das konzertorchester franz b i l e c k , die conference hatte willy k r a l i k .

die stadtverwaltung hatte fuer praemiierte hausgemeinschaften und firmen insgesamt 47 goldene, silberne und bronzene ehrenplaketten sowie 4 vierfachdukaten fuer einzelteilnehmer bereitgestellt. dazu kamen 550 gruenpflanzen und 17 fachbuecher.

die oesterreichische gartenbaugesellschaft, die in zusammenarbeit mit der stadt wien den wettbewerb organisiert, stellte 100 abonnements des ''gartenmagazins fuer alle'' zur verfuegung. der praesident der gartenbaugesellschaft, kommerzialrat oekonomierat rudolf s c h w a r z r o c k fungierte als preisverteiler.

schliesslich stellte sich auch die wiener landwirtschaftskammer mit ihrem praesidenten gemeinderat kommerzialrat josef j e d l e t z b e r g e r mit je einer goldenen, einer silbernen und bronzenen rose als wanderpreise an firmen sowie mit einer vase und 6 fachbuechern fuer einzelteilnehmer ein.

bevor die spitzenpreise durch buergermeister s l a v i k verliehen wurden, gab der fuer das staedtische gartenwesen verantwortliche tiefbaustadtrat h e l l e r einen umfassenden ueberblick ueber die gruenflaechenbilanz des heurigen jahres:

./.

18.000 laub- und nadelbaeume, 100.000 straeucher und 20.000 rosen wurden unter anderem neu gepflanzt. dazu kamen 150 neuegartenbaenke und 1.700 gartenbaenke wurden instandgesetzt. fuer 32,5 millionen schilling wurden 22 neue gartenanlagen mit einer flaeche von 170.000 quadratmeter fertiggestellt. weitere 16 gartenanlagen (100.000 quadratmeter) befinden sich in arbeit. dazu kommen noch die grossinvestitionen fuer die wig 74. derzeit betreut das wiener stadtgartenamt 19,7 millionen quadratmeter oeffentliche gruenflaechen (1970: 19,2 millionen), wobei die staedtischen wohnhausgaerten eingeschlossen sind. fuer 1972 werden fuer die erhaltung und neuanlage oeffentlicher gruenflaechen fast 340 millionen schilling bereitgestellt, hob stadtrat heller hervor.

der stadtrat schilderte ausfuehrlich den ablauf des wettbewerbs, fuer den die stadt wien 100.000 schilling zur verfuegung gestellt hat. er teilte auch mit, dass im einvernehmen mit stadtschulratspraesident dr. s c h n e l l wieder ein aufsatzwettbewerb durchgefuehrt wurde, an dem sich 64 schueler aus 70 schulen beteiligt hatten.

buergermeister slavik unterstrich in seiner ansprache die bedeutung der gruenflaechenpolitik unter dem aspekt des umweltschutzes. er nannte auch die uebrigen grossen initiativen, die unseren lebensraum gesund erhalten sollen: staendige kontrolle der luftreinheit, bau einer grossklaeranlage und ausbau des fernwaermenetzes, absoluter hochwasserschutz und wig 74. wie sehr es der stadtverwaltung ernst damit sei - trotz mancher verkehrsbedingter opfer in den inneren bezirken - den baumbestand zu vermehren, zeigen folgende zahlen: innerhalb der letzten drei jahre wurden 34.000 baeume und 280.000 straeucher neu gepflanzt. der buergermeister appellierte schliesslich an die bevoelkerung, mitzuhelfen, die stadt in ordnung zu halten und mutwillige zerstoerung in gartenanlagen zu verhindern. er ersuchte auch um geduld, wenn die realisierung der grossen bauvorhaben manche unbequemlichkeiten mit sich bringe. versaeumnisse frueherer jahrzehnte muessten heute, da wien eine bedeutende wirtschaftliche kraft erreicht hat, nachgeholt werden.

1206

schweinehauptmarkt vom 14. dezember

28 wien, 14.12. (rk) unverkauft vom vormarkt: 0, neuzufuhr inland: 2193, davon 4 durchlaeufer. gesamtauftrieb dasselbe. verkauft alles.

preise: extrem 18.10 bis 18.30, 1. qualitaet 17.20 bis 18, 2. qualitaet 16.50 bis 17.10, 3. qualitaet 15.50 bis 16.40, zuchten extrem 14 bis 14.50, zuchten 13 bis 13.80, altschneider 10.50 bis 11.20.

der durchschnittspreis fuer inlaendische schweine ermaessigte sich um 21 groschen und betraegt 17.26 je kilogramm. aussermarktbezuege in der zeit vom 10. bis 14. dezemeber (ohne direkteinbringung): 0.

auftrieb im auslandsschlachthof (laut mitteilung des veterinaeramtes der stadt wien): bulgarien 100, rumaenien 201, ungarn 488, ddr 583, zum preis von 14.30 bis 16.50.

pferdehauptmarkt vom 14. dezember

29 wien, 14.12. (rk) auftrieb: 9 stueck, davon 1 fohlen, herkunft: oberoesterreich 1, niederoesterreich 4, burgenland 4. verkauft als schlachttiere 3, unverkauft 6.

notierungen: schlachttiere: fohlen 18, pferde 2. qualitaet 8.50.

der durchschnittspreis fuer inlaendische schlachtpferde erhoehte sich um 1.55 schilling je kilogramm. durchschnittspreis fuer schlachtpferde 8.75, schlachtfohlen 18, pferde und fohlen 11.83. 1631

schwerer unfall auf der stadtbahn

30 wien, 14.12. (rk) in der naehe der stadtbahnstation meidling hauptstrasse wurden zwei maenner von einem stadtbahnzug niedergestossen. der eine starb noch an der unfallstelle, der andere wurde mit lebensgefaehrlichen verletzungen ins krankenhaus gebracht.

die beiden verungluckten sind arbeiter einer privaten baufirma, die auf dem weg zu ihrer arbeitsstelle unberechtigt ueber die stadtbahngleise gingen. unterhalb der lobkowitzbruecke wurden sie um 12.35 uhr von einem stadtauswaerts fahrenden zug der linie g erfasst. der fahrer des zuges, der aus dem tageslicht ins dunkel der unterfuehrung kam, hatte die beiden erst im letzten augenblick bemerkt und konnte nicht mehr rechtzeitig bremsen. der 59jaehrige georg s a u e r aus neckenmarkt im burgenland war auf der stelle tot, der 20jaehrige josef w e c e r a aus wien 19, barawitzkagasse 8 erlitt schwerste verletzungen.

die beiden arbeiter waren bei gleisbauarbeiten beschaeftigt und auf dem weg zu ihrer arbeitsstelle. dabei haetten sie natuerlich nicht den gleiskoerper betreten duerfen. nach aussage des fahrers standen sie tief gebueckt auf dem gleiskoerper, als suchten sie dort etwas, und waren deshalb besonders schlecht zu sehen.

der zug wurde zur technischen ueberpruefung eingezogen, doch konnten keine maengel festgestellt werden. der verkehr zwischen den stationen gumpendorfer strasse und meidlinger hauptstrasse war 75 minuten unterbrochen. so weit als moeglich wurde ab und zu zwischen diesen beiden stationen ein pendelverkehr durchgefuehrt.
1635

neue ampeln gehen in betrieb

15 wien, 14.12. (rk) freitag nachmittag wird im bereich heiligenstaedter bruecke - lorenz mueller-gasse - brigittenauer laende eine nunmehr mit dreiphasen-regelung ausgestattete lichtsignalanlage in betrieb genommen. diese verbesserung bringt gegenueber der bisherigen zweiphasen-regelung fuer die linksabbieger von der heiligenstaedter bruecke in richtung brigittenauer laende eine eigene gruenphase. gleichzeitig wurden fussgaengersignale installiert.

auf dem graesslplatz wird montag vormittag eine mit der anlage gudrunstrasse - absberggasse koordinierte verkehrslichtsignalanlage eingeschaltet.

ampel johannesgasse/schellinggasse

der errichtung einer koordinierten lichtsignalanlage an der kreuzung johannesgasse/schellinggasse im 1. bezirk sowie einer automatischen anlage im bereich floridsdorfer bruecke/hubertusdamm stimmte der baubehoerdliche gemeinderatsausschuss nun zu.
1227

grinzings altstadtleuchten werden vor weihnachten erstrahlen

16 wien, 14.12. (rk) die attraktivitaet des alten ortskerns von grinzing soll - wie bereits mehrfach berichtet - durch 54 altstadtleuchten a la engliche gaslaterne, teils als kandelaber, teils als wandleuchten, gehoben werden. wie stadtraetin dr. maria s c h a u m a y e r mitteilte, werden heute, dienstag, die ersten 16 leuchten entzuendet. wenn es die witterung zulaesst, soll bis weihnachten noch ein grossteil der fuer grinzing vorgesehenen altstadtleuchten im milden, gelblichen licht erstrahlen.
1231

franz glawatsch zum gedenken

20 wien, 14.12. (rk) auf den 16. dezember faellt der 100. geburtstag des schauspielers franz g l a w a t s c h , der 1871 in graz als sohn eines tischlermeisters geboren wurde.

er sollte buchdrucker werden, schrieb aber nebenbei kleine artikel fuer die grazer tagespost und beteiligte sich an privaten theaterauffuehrungen. 1894 ging er als jugendlicher gesangskomiker und liebhaber endgueltig zur buehne. in budweis feierte er in der operette ''der vogelhaendler'' sein debuet, ging von dort nach marburg und schliesslich in seine heimatstadt graz, wo er vier jahre lang wirkte. sein freund alexander girardi, wie glawatsch gleichfalls aus graz stammend, brachte in 1901 an das wiener carl-theater. in wien beginnt glawatsch's grosser aufstieg. er wurde, obwohl grazer, der typ des gemuetlichen ''urwieners''. seine grosse behebige gestalt strahlte lebenslust und heiterkeit aus. eine grosse anzahl von operettenrollen hat glawatsch dargestellt. so ist der vater tschoell in bertés ''dreimaederlhaus'' seine bekannteste figur geworden und der grosse erfolg dieser operette ist nicht zuletzt ihm zu danken. weiters war glawatsch ein beruehmter zsupan in der straussoperette ''zigeunerbaron'', der oberst ollendorf in milloeckers ''bettelstudent'', der wiener selchermeister in ''auf befehl der herzogin'' und der wiener fiaker puehringer in ''liebeswalzer''. die zahl der von ihm dargestellten operettenfiguren ist in den 35 jahren seiner buehnentaetigkeit fast unabsehbar gewesen. glawatsch kam vom carl-theater an das theater an der wien, schliesslich an das raimundtheater. diesem theater ist er treu geblieben, abgesehen von einigen auslandsgastspielen, die ihn durch nord- und sueddeutschland fuehrten. in berlin hat er besonders als zsupan die groessten erfolge gehabt. franz glawatsch litt in den letzten jahren seines lebens an krebs, dem er schon am 21. juni 1928, im alter von 57 jahren erlag. er liegt am hietzinger friedhof begraben.

1406

franz cizek zum gedenken

21 wien, 14.12. (rk) auf den 17. dezember faellt der todestag des malers und kunsterziehers franz c i z e k , der 1865 in leitmeritz geboren wurde.

1885 inskribierte er an der wiener akademie der bildenden kuenste, wo er sich zum portraet- und genremaler ausbildete. zehn jahre spaeter, 1895, nachdem er sich bereits als maler einen namen gemacht hatte, wandte er sich dem beruf eines mittelschul-zeichenlehrers zu und in dieser eigenschaft ist er dann auch fuer wien von besonderer bedeutung geworden. schon in jungen jahren hatte cizek mit groesster aufmerksamkeit das triebhafte und eigenartig schoepferische der kindererziehung verfolgt und versucht, die gesetze, nach denen kinder ein bild zeichnen, zu ergruenden. bald sammelte er eine schar kinder um sich, die er ganz frei nach ihrer eigenen phantasie und der ihrem alter angepassten darstellungsmoeglichkeit arbeiten liess. schliesslich richtete er sich 1897 eine private zeichen- und malschule ein, in der er den unterricht nach der vom ihm ergruendeten methode weiterfuehrte. als anerkannter fachmann wurde er 1908 zum inspektor fuer den zeichenunterricht an den staatlich-gewerblichen lehranstalten berufen. nun konnte er massgebenden einfluss auf die heranbildung der zeichenlehrer nehmen: die idee der ''jugendkunstklasse'', als deren begruender er anzusehen ist, brachte ihm anerkennung aus allen europaeischen staaten, aber auch aus amerika. als prof. cizek am 17. 12. 1946 starb, verlor wien mit ihm eine der markantesten persoenlichkeiten auf dem gebiet der kunsterziehung. teile des cizek-nachlasses befinden sich im besitz der stadt wien und werden fallweise in ausstellungen der oeffentlichkeit zugaenglich gemacht.
1409

dienstag, 14 uhr:

19.100 grippefaelle in wien

24 wien, 14.12. (rk) wie gesundheitsstadtrat dr. otto g l u e c k der ''rathaus-korrespondenz'' mitteilt, lagen dienstag nachmittag bis 14 uhr meldungen ueber insgesamt 19.100 grippale infekte in wien vor. allein von gestern auf heute ist bei den erwachsenen die zahl der erkrankungen um 200 gestiegen, bei den schulkindern hat die zahl der krankmeldungen um 50 prozent zugenommen. eine umfrage in wiener schulen hat ergeben, dass sich durchschnittlich 6,4 prozent der wiener schulkinder krankgemeldet haben (einschliesslich anderer erkrankungen).
1505

konzertstunde im rathaus

27 wien, 14.12. (rk) in den repraesentationsraeumen des rathauses war buergermeister felix s l a v i k dienstag nachmittag gastgeber bei einer konzertstunde. geladen waren 80 erzieher von staedtischen kinder- und jugendheimen. das programm umfasste zur haelfte klassische musik und zur haelfte wiener operette.

der buergermeister hiess seine gaeste herzlich willkommen, wuenschte ihnen gute unterhaltung und den ausfuehrenden kuenstlern - saemtlich lehrer und schueler des konservatoriums der stadt wien - guten erfolg.
1555

bezirksvertretungssitzung in dieser woche

31 wien, 14.12. (rk) morgen findet folgende bezirksvertretungssitzung statt:

mittwoch, 15. dezember, 17 uhr: alsergrund, 9, waehringer strasse 43, sitzungssaal.
1744

studentendelegation beim buergermeister

32 wien, 14.12. (rk) eine abordnung der oesterreichischen hochschueler unter der fuehrung ihres vorsitzenden ernst streeruwitz wurde dienstag nachmittag von buergermeister felix s l a v i k im wiener rathaus empfangen. an der diskussion, die um fragen des umweltschutzes und um die einfuehrung des sogenannten null-tarifes ging, nahmen auch finanzstadtrat otto s c h w e d a und stadtwerke-stadtrat franz n e k u l a teil.

ergebnis des mehr als einstuendigen gespraeches: buergermeister slavik erklaerte sich bereit, in regelmaessigen abstaenden fragen und anliegen der wiener studenten zu eroertern. es wurde vereinbart, bereits im jaenner zu weiteren gespraechen zusammenzukommen. von stadtrat schweda wurde hervorgehoben, dass eine expertenkommission das gesamte tarifsystem der verkehrsbetriebe in allen zusammenhaengen untersuchen werde und dass dabei natuerlich auch die frage des sogenannten nulltarifes genau ueberprueft werden wird. derzeit ist jedoch ein nulltarif volkswirtschaftlich nicht moeglich. stadtrat nekula hob als beitrag der stadtwerke zum umweltschutz die steigende zahl von elektrizitaets- und gasheizungen in wien hervor. ausserdem werden die staedtischen autobusse bereits 1973 den strengen bestimmungen des ''california-testes'' entsprechen. buergermeister slavik teilte im verlauf des gespraeches mit, dass er der handelskammer vorschlagen werde, die fussgeherzone in der innenstadt vorlaeufig bis 31. maerz zu verlaengern. eine ausdehnung auf die gesamte innenstadt sei wegen der grossen zahl von betrieben, die davon betroffen wuerden, auf lange sicht hinaus nicht moeglich.

die studenten nahmen die zusage des buergermeisters nach weiteren gespraechen mit dank zur kenntnis, behielten sich jedoch weitere aktionen gegen den neuen strassenbahnfahrpreis vor.
1846

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861

Mittwoch, 15. Dezember 1971 Blatt 3672

Maßvolle Bodenankaufspolitik: Grundpreise bleiben stabil

6. Tag der Budgetdebatte, 1. Referat

Wien, 15.12. (RK) Verwaltungsgruppe X, Liegenschafts- und Zivilrechtswesen; verschiedene Angelegenheiten.

Referent: Stadtrat Dkfm. Alfred Hintschig (SPÖ).

Einnahmen: 264,001.400 S, Ausgaben: 812,298.800 S.

Die zunehmende Bedeutung der öffentlichen Hand zwinge in höherem Maße nicht nur zu vermehrtem Grunderwerb, sondern auch zu vermehrter Umverteilung von Grund und Boden in Form von Weitergaben von Nutzungs- oder Eigentumsrechten. Dies komme auch im Budgetansatz für die Geschäftsgruppe Liegenschaftswesen durch die wachsenden Einnahmen aus Grundtausch und Grundverkauf deutlich zum Ausdruck, erklärte Stadtrat Dkfm. Hintschig in seinem Referat. Konkret: Die Ausgaben des Liegenschaftsressorts erhöhen sich gegenüber 1971 um 15 Prozent, die Einnahmen sogar um 88 Prozent.

Die jahrelange, zielbewußte Bodenpolitik der Stadtverwaltung, die keinesfalls auf das Erzielen von Gewinnen abgestellt sei, beginne vor allem dadurch Früchte zu tragen, weil es in zunehmendem Maße in der nächsten Zukunft möglich sein werde, entsprechend den von der Planung beabsichtigten Stadtentwicklungskonzepten für den Wohnbau, aber auch für neu anzusiedelnde oder umzusiedelnde Unternehmen günstige, meist voll aufgeschlossene Grundstücke anzubieten.

Die Bodenpolitik der Stadt Wien ziele nicht darauf ab, Grundbesitz anzuhäufen, Hauptziel sei es, das von den Steuerzahlern Wiens erarbeitete Geld dafür einzusetzen, eine gesunde und den Anforderungen von Gegenwart und Zukunft entsprechende Gesamtentwicklung gewährleisten zu können. Diese Anforderungen werden gerade in einer Zeit des Wirtschaftswachstums und des steigenden Wohlstandes immer größer. Grund und Boden ist an sich nicht vermehrbar. Besser ausgebildete Kräfte brauchen besser aus- ./.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien — Presseforum — A 1082 Wien, 1 Rathausstr. 1, Telephon 42800 Durchwahl Kl. 2971 - 2974, FS (7) 5662 — Chefredakteur: Wilhelm Adametz — Für den Inhalt

gestattete Ausbildungsstätten - und daher mehr Raum. Für Schulen und Hochschulen müssen immer mehr Grundstücke zur Verfügung gestellt werden. Auch vollmechanisierte Fabriken, hochentwickelte Großhandelsfirmen und moderne Verwaltungen brauchen mehr Raum. Nicht zu vergessen die steigenden Ansprüche der Bevölkerung selbst, die ein Recht darauf hat, für Wohnung und Freizeit mehr Platz beanspruchen zu können. Die Stadt Wien versucht seit Jahren - und setzt diese Politik konsequent fort - durch Flächenwidmung und Aufschließung das hochwertige Bauland zu vermehren.

Die großen Leistungen aller Steuerzahler bei der Aufschließung von Grundstücken, beim Aus- und Neubau der technischen und sozialen Infrastruktur der Stadt Wien kämen jedoch in vielen Fällen den einzelnen Grundbesitzern zugute, denen ohne eigenes Zutun hohe Gewinne in den Schoß fielen.

Es gebe Anlaß, diese Probleme neu zu überdenken, meinte Stadtrat Hintschig. Beispiele: In Zürich wird beispielsweise geprüft, inwieweit Nutznießer des bevorstehenden U-Bahn-Baues zur Mitfinanzierung der U-Bahn auf dem Abgabewege gezwungen werden können. In der Bundesrepublik Deutschland ist eine Diskussion über die Abschöpfung von Planungsgewinnen im Gang.

Das Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz, dessen Entwurf in diesem Jahr zur Begutachtung versendet wurde, diene fast ausschließlich der Sicherung des Eigenheim- und Wohnungsbaues. Stadtrat Hintschig deponierte sein Bedauern, daß entsprechende Regelungen und Möglichkeiten etwa zugunsten des Baues von Schulen und Krankenhäusern nicht vorgesehen sind, obwohl auch für diese Bauten immer schwerer geeignete Grundstücke gefunden werden können.

In der Stellungnahme zu diesem Gesetz machte das Amt der Wiener Landesregierung die Anregung, bei Enteignungsverfahren einen Modus zu finden, der bei aller Rücksicht auf die Rechtsinteressen und Eigentumsrechte Betroffener unnötige Verzögerungen vermeidet. Leider sei aus dem Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz - soweit man aus dem Entwurf ersehen könne - kein umfassendes Städtebauförderungsgesetz geworden. Nach Meinung von Stadtrat Hintschig fehlten in diesem Gesetzentwurf, - abgesehen von der Beschränkung der leichter möglichen Bodenbeschaffung nur für Wohnbauzwecke - flankierende Maßnahmen zur Förderung von Assanierungsvorhaben. Daher die Anregung:

./.

Ermächtigung der Landesregierungen, bei einer Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 einen bestimmten Anteil der verfügbaren Förderungsmittel zur Abstützung von nachweisbar unrentablen und aus sozialen Gründen auftretenden Kosten zu verwenden.

Im kommenden Jahr wird die Stadt Wien nahezu 400 Millionen Schilling für Grunderwerbungen und -freimachungen ausgeben. 300 Millionen Schilling entfallen auf Grundankauf und Grundtausch, 95 Millionen Schilling für die Freimachung von Grundstücken.

Aus Grundverkäufen und Grundtäuschen werden im kommenden Jahr **120 Millionen Schilling Einnahmen erwartet.** Diese - im Vergleich zu den letzten Jahren - exorbitant hohe Einnahmensumme lege Zeugnis ab von der wichtigen Umverteilungsrolle, die die Stadtverwaltung übernommen hat.

Ein kurzer Überblick über die Grundtransaktionen des Jahres 1971: Der Gemeinderat genehmigte bis Mitte November dieses Jahres Grunderwerbungen von insgesamt rund 1,3 Millionen Quadratmeter. Dafür wurden 405,7 Millionen Schilling ausgegeben. Gegenüber 1970 seien sowohl die Größe der innerhalb Wiens gekauften Grundstücke als auch die Preise ungefähr gleich geblieben. Gerade die Stabilität der Preise lege Zeugnis ab von der zielbewußten und maßvollen Bodenankaufspolitik der Wiener Stadtverwaltung. Wien, seine Bevölkerung und die Wirtschaft, sei von Bodenspekulationsexzessen bewahrt geblieben. Dadurch habe man sich schwerste Probleme erspart, die man in zahlreichen westeuropäischen Großstädten bereits beobachten kann.

Bei den Grundverkäufen lag der Schwerpunkt bei der Vergabe von Industriegrundstücken. Insgesamt wurden 1971 bis Mitte November 96 Millionen Schilling aus Grundverkäufen eingenommen.

Bei den Grundtransaktionen zwischen der Stadt Wien und der Republik Österreich sei im ablaufenden Jahr ein großer Fortschritt erzielt worden. Nach langen Schwierigkeiten konnten nun die Modalitäten wesentlich vereinfacht und umfangreiche Verträge abgeschlossen werden. De Abschluß weiterer bedeutender Verträge steht bevor, zum Beispiel die Aufteilung der durch den Bau des totalen Hochwasserschutzes entstehenden Donauinsel. Auch die

./.

Verhandlungen über die bessere Nutzung von wertvollem Grund, auf dem zur Zeit Kasernen stehen, werden im kommenden Jahr intensiv weitergeführt.

Die Bestellung neuer Baurechte wurde 1971 fortgesetzt. Allein in Stadtrandsiedlungen wurden fast 117.000 Quadratmeter Pachtgründe in Baugründe umgewandelt. Anfang November dieses Jahres hatte die Stadt Wien fast 4,6 Millionen Quadratmeter Grund im Baurecht vergeben. Ungefähr 1,2 Millionen Quadratmeter waren zu diesem Zeitpunkt vor allem für Häuser am Stadtrand verpachtet. Für Kleingärten wurden bis November dieses Jahres 123.000 Quadratmeter Grundfläche neu geschaffen. Dies sind jedoch Vorleistungen zum Ausgleich von Verlusten an bestehenden Kleingartenflächen, die durch Absiedlungen entstehen. Ausmaß: rund 100.000 Quadratmeter. Am 31. Oktober 1971 hatte die Wiener Stadtverwaltung rund 6,03 Millionen Quadratmeter Kleingartengrund verpachtet.

Das gesamte Grundeigentum der Stadt Wien betrug am 31. Oktober 14.530 Hektar innerhalb Wiens, 32.172 Hektar außerhalb Wiens. Miteigentum: 1.250 Hektar innerhalb, 340 Hektar außerhalb Wiens.

Für die Feuerwehr werden im kommenden Jahr 229 Millionen zur Verfügung gestellt. Schwerpunkte im kommenden Jahr: Ausbau der elektronischen Datenverarbeitung in der Zentrale, Fortsetzung der Arbeiten für den Neubau der Feuerwache Landstraße und des Erneuerungsprogrammes für den Fuhrpark. Der Feuerwehrfunk wird voraussichtlich im kommenden Jahr voll ausgebaut werden können.

Für die Bundespolizei wird die Stadt Wien im kommenden Jahr einen Beitrag von 128 Millionen Schilling (1971: 130 Millionen) leisten.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

2,5 Milliarden Schilling für Wohnbauförderung!

6. Tag der Budgetdebatte, 2. Referat

Wien, 15. 12. (RK) Verwaltungsgruppe XI, Wohnungswesen. Referent Stadtrat Reinhold Suttner (SPÖ). Einnahmen: 2.377,8 Millionen Schilling, Ausgaben: 3.083,7 Millionen Schilling.

Stadtrat Suttner stellt in seiner Budgetrede einleitend fest, daß die Ansätze der Gruppe XI gegenüber 1971 auf der Einnahmenseite eine Steigerung von 13 Prozent und auf der Ausgabenseite von 11,5 Prozent vorsehen.

Die Ansätze der städtischen Wäschereien sind mit 43,1 Millionen Einnahmen und 44,5 Millionen Ausgaben nahezu gleich geblieben. Bei den Wohnhauswäschereien stehen 11,9 Millionen Ausgaben voraussichtliche Einnahmen von 6 Millionen gegenüber. Bei den Amtshäusern werden die Ausgaben mit 20,8 Millionen und die Einnahmen mit 9 Millionen veranschlagt, bei den Treuhandhäusern sind bei Einnahmen und Ausgaben je 7,5 Millionen veranschlagt.

Bei den städtischen Wäschereien ist die Gebarung nahezu ausgeglichen. Die moderne Anlage der Zentralwäscherei wäre jedoch in der Lage, zusätzliche Wäschemengen aufzunehmen und dadurch den Gebarungserfolg weiter zu verbessern.

Bei den Wohnhauswäschereien wird lediglich eine Kostendeckung von 50,6 Prozent erreicht werden können. Es wurde daher ein umfangreiches Konzept für den Umbau der bestehenden Zentralwaschküchen in moderne, vollautomatische Einzelwaschkabinen ausgearbeitet.

Bei den städtischen Wohnhäusern ist eine Einnahmensteigerung von 68,4 Millionen gegenüber dem Voranschlag 1971 auf den Zugang von 21 neuen Wohnhausanlagen mit insgesamt 4.081 Wohnungen und 185 Geschäftslokalen zurückzuführen. Aus Alt-Stifungs- und Anteilhäusern, die von der Stadt Wien 1971 erworben wurden, kommen außerdem noch 653 Wohnungen und 136 Geschäftsräume hinzu. Unter Berücksichtigung des Abganges von 693 Wohnungen und 116 Geschäftsräumen durch Abbruch, betrug die Gesamtzahl der von der Magistratsabteilung 52 verwalteten Mietobjekte Ende November 1971

./.

183.158 Wohnungen und 9.816 Geschäftslokale. Die neu hinzugekommenen Mietobjekte sind zu 90 Prozent mit Zentralheizung ausgestattet, sodaß die Gesamtzahl der zentralbeheizten städtischen Mietobjekte 28.524 beträgt. 66,4 Prozent aller Gemeindewohnungen waren mit Stichtag 30. November 1971 mit Badeeinrichtungen ausgestattet und insgesamt stehen 1.885 Aufzüge - 171 wurden im Berichtsjahr gebaut - den städtischen Mietern zur Verfügung. Die Zahl der maschinellen Kleinwaschküchen erhöhte sich um 108 auf insgesamt 3.742.

An Mietzinseinnahmen aus den städtischen Wohnhäusern rechnet man mit insgesamt 739,4 Millionen, davon entfallen 365,5 Millionen auf Betriebskosten und Grundsteuer sowie 16,8 Millionen auf den Kapitaldienst für Darlehen. Die reine Betriebskostenabrechnung läßt 1972 einen vorläufigen Abgang von 12,8 Millionen erwarten.

Für Erhaltung und Erneuerung in den städtischen Wohnhausanlagen wurden 1972 insgesamt 298,6 Millionen aufgewendet.

Die größte Budgetpost des XI. Hauptstückes, die Wohnbauförderung: Hier sind Einnahmen von 1.461,5 Millionen (Leistungen des Bundes nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968, Einnahmen aus bereits gewährten Darlehen und Zinsenertrag aus den Rücklagen) und Ausgaben von 2.040,2 Millionen Schilling vorgesehen. Der Stand der Rücklagen wird mit Jahresende rund zwei Milliarden ausmachen, weil die zugesicherten Darlehen im Laufe einer durchschnittlich zwei- bis dreijährigen Baudauer, je nach Baufortschritt, zugezählt werden und die durch die Zusicherung gebundenen Gelder eben der Rücklage zuzuführen sind. Durch die Gründung des Wohnbauförderungszuschußfonds ist eine stärkere Inanspruchnahme der Wohnbauförderung 1968 zu erwarten, so daß künftighin Vorgriffe getätigt werden müssen. Dadurch wird es im kommenden Jahr voraussichtlich zu keinem weiteren Steigen der Rücklagen kommen.

Für Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 sind 1.570,7 Millionen vorgesehen. In diesem Betrag ist auch der Anteil des Landes Wien in der Höhe von 165 Millionen enthalten. Ferner sind noch weitere Förderungsbeträge für den Wohnungsbau in der Höhe von 370 Millionen, und zwar 220 Millionen ./.

für bereits zugesicherte Darlehen nach dem Wiener Wohnbaufonds, 10 Millionen für noch zu zählende Zusatzdarlehen zum Bundes-, Wohn- und Siedlungsfonds und 140,3 Millionen für die neue Wiener Wohnbauaktion 1958, 1964 und 1969 vorgesehen.

Für zinsenlose Eigenmittelkredite scheinen 38 Millionen im Budget auf.

Die Stadt Wien hat somit für das Jahr 1972 ohne jene 578 Millionen, die bei der Geschäftsgruppe VII budgetiert sind, rund 2 Milliarden für Wohnbauförderungen vorgesehen. Insgesamt wird Wien also 1972 für den Wohnhausbau mehr als 2,5 Milliarden Schilling aufwenden, eine Leistung, die gebührende Beachtung verdiene. Wien steht damit nicht nur ziffernmäßig an der Spitze aller österreichischen Bundesländer, sondern auch hinsichtlich der Pro-Kopf-Aufwendungen. Die jüngsten Maßnahmen des Wohnbauförderungszuschußfonds werden dazu beitragen, daß Wien weiterhin sein günstiges Mietenniveau beibehalten kann. Die Wiener Bevölkerung wird dadurch in die Lage versetzt, leichter ihren Wohnungsstandard zu verbessern. Schließlich nützen die schönsten Wohnungen nichts, wenn sie für breite Schichten der Bevölkerung unerschwinglich sind.

Eine günstige Entwicklung zeigt sich auf dem Sektor der Wohnungsvergabe. Die Zahl der Vormerkungen ist weiter gesunken und betrug Ende November 15.903. Von den Vorgemerkten haben nur 1.676 eine längere Vormerkzeit als drei Jahre. In den meisten Fällen wurden ihnen auch schon Wohnungen angeboten, die sie jedoch ablehnten.

Die Anregung nach bargeldloser Mietzinszahlung wird derzeit geprüft und die Magistratsabteilung 52 ist gemeinsam mit der Buchhaltungsabteilung und dem Büro für Organisation und automatische Datenverarbeitung mit der Ausarbeitung eines Programmes auf EDV-Umstellung beschäftigt. Die Umstellungsarbeiten werden jedoch voraussichtlich ein Jahr in Anspruch nehmen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

wien:

seit 1925 schwimmunterricht fuer 500.000 schueler

4 wien, 15.12. (rk) fast jedes zweite neunjaehrige wiener kind kann schon schwimmen. die anderen lernen in der schule, sich im wasser zu tummeln: dies geht aus einer bilanz des stadtschulrats fuer wien hervor, die anlaesslich eines besonderen jubilaeums erstellt wurde.

seit 1925 naemlich, also seit der grossen schulreform, die in aller welt nachahmer fand, haben bis ende 1971 insgesamt 500.000 wiener schueler am schul-schwimmunterricht teilgenommen. diesen unterricht erhalten die schueler der 4. volksschulklassen durch insgesamt 13 schwimmlehrer in den vier wiener hallenbaedern. der moderne schwimmunterricht der gloeckelschen schulreform geht auf kurt wiessner zurueck.

doch selbst in unserem wasserfreudigen zeitalter - mit dem urlaub am meer oder an grossen seen - ist offenbar die kenntnis des schwimmens weniger weit verbreitet, als man denkt: von den 13.800 schuelern, die im vorigen schuljahr schwimmunterricht erhielten, waren nicht weniger als 45 prozent anfaenger. rund zwei drittel von ihnen haben das schwimmen ''richtig'' erlernt. die anderen haben den kurs als ''gleiter'' abgeschlossen, das bedeutet, dass sie sich immerhin ueber wasser halten koennen.
0940

reindlgasse wieder frei

3 wien, 15.12. (rk) nach durchfuehrung von belagsarbeiten steht die reindlgasse zwischen huetteldorfer strasse und linzer strasse ab donnerstag wieder dem verkehr zur verfuegung.
0938

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Liegenschaftsdebatte

Wien, 15.12. (RK) Als erster Debattenredner erklärte GR. Müller (DFP), daß seine Fraktion sich nicht in der Lage sehe, den Ansätzen des X. Hauptstücks zuzustimmen.

Die DFP-Kritik setzte unter anderem an den Ausgaben des Präsidialbüros für Repräsentation an. Dazu wurde ein Antrag gestellt, die Post um zehn Millionen Schilling zu kürzen. Im übrigen verlangte Müller Einsicht in die Abrechnungen.

Für den PID verlangte der DFP-Redner weitere Rationalisierungsmaßnahmen, den Personalstand hält er noch immer für zu hoch. Mit gleichem Aufwand könnten seiner Ansicht nach sachliche Werbespots über die Aktivitäten der Stadtverwaltung informieren.

In Sicherheitsfragen sollte aufgrund des Beitrags zur Bundespolizei der Stadtverwaltung ein größeres Mitspracherecht eingeräumt werden.

Der Ruf nach einem neuen Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz hat sich, wie GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) in seinem Debattenbeitrag feststellte, wie ein roter Faden durch die Debatte gezogen. Die Redner der Sozialistischen Partei vertreten anscheinend die Ansicht, daß derartige Gesetze ein Patentrezept für die Lösung der Probleme unserer Stadt seien. Er habe jedoch den Entwurf in seinem jetzigen Wortlaut studiert und könnte diese Ansicht nicht teilen. Außerdem seien die wichtigsten Flächen im verbauten Gebiet, also jene, die für die Stadterneuerung interessant sind, im Besitz der öffentlichen Hand. Gerade bei Grundverhandlungen mit dem Bund, vor allem mit der Bundesbahn, ergaben sich aber bisher die größten Schwierigkeiten. Beispiele dafür seien das Problem Nordbahnhof und Franz Josefs-Bahnhof. So müßte der Franz Josefs-Bahnhof in Heiligenstadt am Endpunkt der U 4 errichtet und die künftigen S-Bahn-Züge direkt zum Bahnhof Praterstern weitergeführt werden. Dasselbe gelte für Rennweg-, Roßauer- und die Stiftskaserne. Es darf bei Assanierungen nicht zwei Klassen von Grundeigentümern geben, ./.

denn dann würde die Stadterneuerung weiterhin nur ein Torso bleiben. Die Höhe der Entschädigungssumme müßte von einem unabhängigen Gericht festgesetzt werden.

Zur Bodenbeschaffung: Die Stadt Wien hat bisher große Beträge für Grundankäufe ausgegeben. Stadtrat Hofmann habe bereits in seinem Budgetreferat darauf hingewiesen, daß wir ausreichend Baulandreserve haben und Beispiele hiefür zitiert. Was in Wien jedoch notwendig wäre, sei eine ausreichende Grundaufschließung und das wäre Aufgabe der Stadt Wien. GR. Windisch habe bereits angeregt, den Genossenschaften, die bereits Schwierigkeiten mit der Grundbeschaffung haben, dieses aufgeschlossene Bauland für ihre Bauzwecke zur Verfügung zu stellen. Der Ansicht schließe er sich an. Die gemischte Bauherrschaft würde sich günstig auswirken und auch eine Uniformierung des Stadtbildes vermeiden. Diesen Weg hätten viele ausländische Städte bereits mit den besten Erfolgen beschritten.

Als unsozial bezeichnet es der Redner, daß vor Jahrzehnten abgeschlossene Pachtverträge nun in Baurechtsverträge umgewandelt und die Bewohner der Objekte dadurch mit hohen Pachtzinsen belastet werden.

Der Redner bezeichnete den PID als überdimensioniert. Beim seinerzeitigen Aufbau in dieser Form habe man ihn anscheinend als Gegenstück der Wiener Sozialisten zum damaligen Staatssekretariat Pisa geschaffen. Einem Gesundschrumpfen stünde nun also nichts mehr im Wege. Der Dienstpostenplan deute eine solche Entwicklung an, die Sachausgaben mit 20,8 Millionen seien jedoch ungerechtfertigt hoch. Dazu kommen nun noch zwei Millionen für einen Vertrag mit der Austria-Wochenschau. Angesichts der Kinokrise und der Tatsache, daß viele Kinos keine Wochenschau bringen, keine sinnvolle Aufwendung. Überdies sollten diese zwei Millionen aus den bedeutenden Ansätzen des PID und nicht aus dem Kulturbudget dieser Stadt gedeckt werden, das ohnedies nicht in der Lage sei, die wichtigsten kulturellen Aufgaben zu finanzieren.

Seine Fraktion könne den Ansätzen nicht zustimmen.

./.

GR. Dr. Glatzl (ÖVP) sprach über ein "gewisses Unbehagen" im Zusammenhang mit der Budgetdebatte. Man hat den Eindruck, als würde an zu wenigen Tagen zu viel geredet. Man könnte zum Beispiel am Jahresende nur die Schwerpunkte des Budgets beraten und dann monatlich eine Geschäftsgruppe ausführlich behandeln. Oft sei auch der Stadtrat, der als Berichterstatter fungiert, für die eine oder andere Frage nicht der wirklich Zuständige, weil er die betreffende Post nur zufällig in seinem Budget hat, wie etwa Stadtrat Hintschig den Presse- und Informationsdienst.

Das Unbehagen betrifft auch die Berichterstattung über die Budgetdebatte in der Presse und besonders im ORF. Hier wird über ein Budget verhandelt, das mehr als 20 Milliarden Schilling ausmacht. Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, etwas darüber zu erfahren. Auch die Meldung über etwas Positives hat einen Nachrichtenwert. Dr. Glatzl richtete an Stadtrat Hintschig die Frage, ob er bereit sei, über das Wiener Aufsichtsratsmitglied im ORF zu erwirken, daß breiter und objektiver über Wien informiert wird.

Der Presse- und Informationsdienst hat 47 Mitarbeiter, darunter elf Redakteure. Sie alle erreichen nicht, daß über die Budgetdebatte ausreichend informiert wird. Der Papierverbrauch ist kein Kriterium für die Leistung des PID. Offenbar müßte man seine Tätigkeit der geänderten Struktur des Pressewesens anpassen.

Die Werbung für diese Stadt muß jeder Vernünftige für notwendig halten, stellte Dr. Glatzl fest. Die ÖVP hat parteipolitische Propaganda mit Steuergeldern immer abgelehnt, bekennt sich aber zur Werbung für Wien. Dr. Glatzl lobte besonders die Wiener Auslandsausstellungen und die Entwicklung bei den Plakaten. Bei der Inseratenvergabe erweist sich das Gießkannensystem als ungünstig. "Wien im Spiegel" ist wunderschön, aber der gleiche Zweck, eine Übersicht über die Wien betreffenden Veröffentlichungen in der Auslandspresse, könnte billiger erreicht werden.

Die Werbeausgaben sind über verschiedene Geschäftsgruppen verteilt, mehr Übersicht wäre notwendig. Der Hauptanteil ist in

./.

der Geschäftsgruppe X - aber kann der zuständige Stadtrat dem PID eine Weisung geben? Er kann es nicht. Das kann nur der Bürgermeister über den Magistratsdirektor. Deshalb sollte auch der Bürgermeister dazu Stellung nehmen.

Bei der Feuerwehr sei seit Jahren eine Schwergewichtsverlagerung zu bemerken: Immer mehr stehe die Hilfe bei technischen Unfällen und Katastrophen im Vordergrund, meinte GR. Friederike Seidl (SPÖ). Gerade diese Schwergewichtsverlagerung koste wegen der Anschaffung moderner, teurer Geräte sehr viel Geld. Sie sei daher froh, daß im kommenden Jahr die Mittel für die Feuerwehr neuerlich erhöht werden und insgesamt 228 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Die vielen Großbaustellen in Wien bringen weitere Gefahren mit sich. Es sei daher zu begrüßen, daß im kommenden Jahr Spezialgeräte für die Bekämpfung von Katastrophen, die beim Bau der U-Bahn enstehen könnten, angeschafft werden.

Ein Katastrophenfunk sei für die Wiener Feuerwehr dringend erforderlich. Zur Zeit sei eine echte Koordinierung der Maßnahmen wegen der nur mangelhaft vorhandenen Möglichkeit, alle zuständigen Stellen so schnell wie möglich zu erreichen und zu informieren, kaum möglich. Ein Katastrophenfunknetz sei auch im Hinblick auf den umfassenden Zivilschutz dringend erforderlich.

Sie freue sich, daß nun durch ein Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz in Kürze die Möglichkeit geschaffen wird, Wohnhäuser und Wohnviertel, in denen die Wohnverhältnisse unerträglich geworden sind, zu sanieren. Sie wundere sich, meinte Friederike Seidl, daß die ÖVP bisher dagegen war, diese Gründerzeitviertel bewohnbar zu machen, umso mehr als die ÖVP gerade in jenen Bezirken, in denen die Situation am prekärsten ist, auf Bezirksebene die Mehrheit hat. Zwischenrufe aus den Reihen der ÖVP: Wir sind doch auch dafür Seidl: Ihre Vertreter im Parlament können das in Kürze beweisen.

./.

Für die ÖVP erklärte GR. Dr. Habl grundsätzlich die Zustimmung zu den Ansätzen des 10. Hauptstücks.

Angesicht der Tatsache, daß es in wenigen Tagen genau 50. Jahre sind, da Wien selbständiges Bundesland wurde, befaßte sich der Redner ausführlich mit der von seiner Partei schon wiederholt urgierten Novellierung der Wiener Verfassung. Zwar sei jener Teil, der Wien als Stadt behandle, bereits novelliert, die Modernisierung des Teiles, der Wien als Bundesland behandelt, stehe jedoch noch aus. Die Novellierung der Verfassung müsse vor allem in Richtung einer weiteren Demokratisierung gehen. Mehr Mitspracherecht der Bevölkerung - hier zitierte der Redner das Beispiel Graz, das eine Volksbefragung über die Renovierung des Rathauses durchführte - und die Einführung einer Fragestunde im Gemeinderat, seien Wege dazu. Als problematisch bezeichnete Dr. Habl die häufigen Paragraph 98-Entscheidungen des Stadtsenats. Auch eine Modernisierung der Geschäftsordnungen forderte der Redner.

Bei den Grundtransaktionen bemängelte Dr. Habl die Diskrepanz zwischen Ansatz und tatsächlichen Ausgaben im ablaufenden Budgetjahr.

Im übrigen zeige die Zahl der durch die Gemeinde Wien erworbenen Grundstücke, die Unrichtigkeit der Behauptung, daß nur ein Bodenbeschaffungsgesetz das "Allheilmittel" sei. Durch eine Bodenreform treffe man nicht nur Bodenspekulanten sondern auch Kleingärtner, Siedler und Eigentumshausbesitzer, deren Interessen auch zu berücksichtigen seien.

Die Anlegung eines Liegenschaftskatasters begrüße der ÖVP-Redner. Er sprach auch anerkennende Worte über die Leistungen der Feuerwehr, bei deren ständiger Einsatzbereitschaft seien Vorwürfe, die über Leerlauf sprechen, unzutreffend.

GR. Outolny (SPÖ) erklärte, wir könnten Stolz auf die Bedeutung Wiens als internationale Kongreßstadt sein. So wird Wien im kommenden Jahr Tagungsort der internationalen Gemeinwirtschaft sein, eine der größten Organisationen der Städte, und wir bemühen uns, in Wien den Amtssitz internationaler Organisationen zu haben. Diese internationale Bedeutung spiegle sich natürlich aber auch in den Ansätzen für Empfänge und Feierlichkeiten.

./.

Zur Kritik am Presse- und Informationsdienst: Man könne nicht auf der einen Seite immer mehr Transparenz verlangen, auf der anderen aber eine Einrichtung, die zu dieser Transparenz beiträgt, derart kritisieren. Information sei Bestandteil eines demokratischen Gemeinwesens und jeder Bürger habe Anspruch auf sie. Der PID leiste aber außer seiner umfangreichen Publikationstätigkeit wertvolle Bildungsarbeit, wie zum Beispiel das Kommunalpolitische Seminar, die Rundfahrten "Neues Wien" usw.

Die Stadt sei sich auch der Bedeutung der Kleingärten voll bewußt. Sie sind von der seinerzeitigen Form der Nutzgärten nunmehr zu Ziergärten geworden. Diese Strukturwandlung führt immer mehr zur Schaffung von Kleingartenparks und damit zum Erholungsgebiet für alle. Durch verschiedene notwendige städtebauliche Maßnahmen komme es fallweise gezwungenermaßen zu Absiedlungen. Das sei im Interesse der Allgemeinheit aber leider nicht zu vermeiden.

Das Grunderwerbs- und Liegenschaftswesen sei ein bedeutendes Kapitel dieser Gruppe. Es sei interessant festzustellen, daß bei Verwirklichung großer Vorhaben heute - dank der guten Finanzpolitik - nicht das Geld die Hauptsache sei, sondern die nötige Grundfläche. Wir fordern bessere Wohnungen, mehr Schulen, mehr Einkaufszentren, mehr Straßen, Spitäler, usw. Wo finden wir aber Platz für all diese Dinge? Bei den Grundankäufen zeige sich ein deutliches Mißverhältnis zwischen jenen Flächen, die am Stadtrand angekauft werden können und jenen in den Innenbezirken. Es komme daher den Assanierungsgebieten immer größere Bedeutung zu.

Der Ansicht von Stadtrat Dr. Schaumayer könne er sich nicht anschließen, daß die Privatinitiative auf dem Sektor der Assanierung bereits einen größeren Beitrag leiste. Assaniert wird vor allem dort, wo die Stadt Wien nach langjährigen Verhandlungen die abbruchreifen Objekte erwerben und abreissen konnte. Leider werden private Objekte vielfach bewußt dem Verfall preisgegeben, um eine Unwirtschaftlichkeit herbeizuführen. Die Mieter müssen dann auf Kosten der Stadt Wien neue Wohnungen erhalten und mit den alten unbrauchbaren Objekten werden Spekulationsgewinne erzielt. Dem von der jetzigen Bundesregierung ausgearbeiteten Entwurf eines Assanierungsgesetzes komme daher große Bedeutung zu. Sicherlich weise der Entwurf einige Mängel auf. ./.

Die könnten jedoch nur durch geänderte Verfassungsbestimmungen, dazu wäre auch die Zustimmung der anderen Parteien notwendig, verbessert werden. Die Volkspartei müßte endlich ihre Auffassungen ändern und die Anforderungen der Zeit erkennen. Wie ungünstig sich das Fehlen entsprechender Gesetze bisher auswirke, haben viele langwierige Grundverhandlungen gezeigt. Hier sei an den Ankauf von Grundflächen im Bisamberg, in Kaltenleutgeben, an der Linken Wienzeile usw. erinnert. Das jüngste Beispiel sei die Lobkowitzbrücke, wo es nicht möglich ist, ein Gemeinschaftszentrum und eine Hochgarage zu errichten, weil ein einzelner Hausbesitzer eine dreifache Ablöse verlangt. Die Assanierungsbemühungen im 15. Bezirk haben sich auf mehr als 20 Jahre erstreckt.

StR. Hintschig verwies im Schlußwort darauf, daß der Staat und die Gemeinde auf Informations- und Pressearbeit nicht verzichten können, schon gar nicht in unserer Zeit, die das Leitbild des mündigen Bürgers hat. Die Weckung des Interesses an der politischen Information und die Vertiefung dieser Information ist für die Demokratie äußerst wichtig. Die Stadt ist heute keine Obrigkeit mehr, sondern ein national und international konkurrierendes Unternehmen mit gewaltig gestiegenen Dienstleistungen. Es geht um das Gesamtimage der Stadt. Das gilt auch für die kritisierten Repräsentationskosten. Sie sind für nächstes Jahr höher angesetzt, weil im Mai der Internationale Gemeinwirtschaftskongreß im Rathaus stattfindet. Wenn wir mehr internationale Organisationen und Kongresse in Wien haben wollen, dann müssen wir auch die Erhöhung der Repräsentationskosten akzeptieren. Das ist noch der geringste Teil der Aufwendungen Wiens zur Erhaltung seiner internationalen Position als Zentrum im Donauraum.

Stadtverfassung: Seit dem Vorjahr gibt es einen Diskussionsentwurf für eine **Neufassung** der Stadtverfassung. Die Arbeiten können jedoch nicht abgeschlossen werden, weil eine Novelle zur Bundesverfassung in Ausarbeitung ist, die berücksichtigt werden muß.

Kleingärten: Es ist selbstverständlich, daß sich die von Absiedlungen Betroffenen sehr mit dieser Frage beschäftigen. Darüber hinaus gibt es aber auch welche, die, besonders vor Wahlen, ihr politisches Süppchen damit kochen wollen.

./.

Ihnen ist der Grund für eine Absiedlung ganz egal, ob die Fläche nun für ein Wohnhaus oder eine Schule benötigt wird. Da wird die für Wien wichtige Ansiedlung eines Betriebes zur "Verschacherung von Kleingärten an das Auslandkapital" und der Bau einer seit vielen Jahren von Wien angestrebten Autobahntrasse plötzlich zur "Fehlplanung" gemacht. Niemand glaubt doch im Ernst, daß auch nur eine Parzelle willkürlich geräumt wird. Die Stadt tut zugunsten der Betroffenen alles nur mögliche, sowohl bei den Ablösen als auch bei der Beschaffung von Ersatzgründen. Es gibt sechs Millionen Quadratmeter Kleingartenflächen in Wien und das neue Konzept garantiert für vorerst zehn Jahre, daß diese Gesamtfläche nicht nur erhalten, sondern noch vergrößert wird.

Stadtrandsiedlungen im 21. und 22. Bezirk: Es geht um eine Fläche von 1,2 Millionen Quadratmeter, für die von der Stadt bisher ein Pachtzins von 10 Groschen pro Quadratmeter und Jahr eingehoben wurde. Nun wurde dieser Pachtzins auf 50 Groschen angehoben. Das sind zwar, wie es heißt, 500 Prozent Erhöhung - aber der Betrag ist noch immer so niedrig, daß wohl jeder gerne einen Siedlungsgrund um diesen Betrag pachten würde. Der Betrag wurde einvernehmlich mit den Vertretern der Siedler festgelegt. Einige Siedler haben diese Vertreter nicht anerkannt. Diese Siedler bekommen Baurechtsverträge, wobei der Wert des Grundes mit 150 Schilling pro Quadratmeter äußerst niedrig angesetzt wurde. Der Baurechtszins beträgt demnach 4 Schilling pro Quadratmeter und Jahr. Das ist praktisch ein Geschenk an einige wenige. Die vorgenommene Erhöhung war unbedingt nötig, weil die Stadt schließlich das Geld und das Eigentum der Bürger ordentlich zu verwalten hat.

Feuerwehr: Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen muß man auf Baustellen mit Unfällen rechnen. Die Feuerwehr wurde dafür mit allem erforderlichen Gerät ausgerüstet. Vielleicht wird es auch möglich sein, ihr den mit Recht gewünschten, aber leider sehr teuren Teleskop-Kran zu kaufen. Über eine eigene Funkebene für Katastrophenfälle werden Verhandlungen mit dem Bund geführt.

Die weitere Rationalisierung und Modernisierung der Verwaltung, vor allem die Ausdehnung des EDV-Bereiches, werden noch viele Änderungen der Geschäftseinteilung

./.

notwendig machen, schloß StR. Hintschig. Das erfordert die Mitarbeit und das Verständnis aller Bediensteten, aber auch aller Mandatare.

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen. Der DFP-Antrag von SPÖ, ÖVP, FPÖ abgelehnt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

UNIDO über Standort Wien:

"Wir hätten es nicht besser treffen können"

Wien, 15.12. (RK) Mit Weihnachtsliedern in vier Sprachen stellte sich Mittwoch der 14köpfige Chor der UNIDO bei Bürgermeister Felix Slavik ein. Nach dem Ständchen im Roten Salon des Rathauses erklärte UNIDO-Direktor John Birkhead, er danke nicht nur im Namen des Stabs der UNIDO dem Bürgermeister für vielfach bewiesene Gastfreundschaft, sondern habe auch namens der ganzen Organisation für industrielle Entwicklung zu sprechen: Die UNIDO sei begeistert von ihrem Standort in Wien, die Organisation hätte es nirgends besser treffen können.

Bürgermeister Felix Slavik dankte dem Chor für die Darbietung und würdigte die "großartigen Leistungen", die die UNIDO seit ihrer Schaffung bereits in den Entwicklungsländern vollbracht habe. Für Wien und seine internationale Bedeutung sei der hiesige Standort der UNIDO von großer Wichtigkeit.

Zum Abschluß überreichte der Bürgermeister jedem Mitglied des Chors eine Wien-Medaille.

\- - -

Geehrte Redaktion!

Wir erinnern daran, daß morgen, Donnerstag, Hochbaustadtrat Hubert Pfoch die neue Hermann-Sauna im 7. Bezirk im Rahmen einer Presseführung vorstellen wird. Es handelt sich um die erste Ausstattung eines Volksbades mit einer Saunaabteilung.

Bitte merken Sie vor:

Zeit: Donnerstag, 16. Dezember, 10.30 Uhr.

Ort: Hermann-Sauna, 7, Hermanngasse 28, Erdgeschoß, Vestibül.

\- - -

Änderung bei Silvesterfeier im Pensionistenklub

Wien, 15.12. (RK) Die Anmeldungen zu der Silvesterfeier im Pensionistenklub, 6, Wallgasse 4, sind so zahlreich, daß sich die Räume dieses Klubs als zu klein erweisen. Die Silvesterfeier wurde daher in die Grabnergasse 11-13 verlegt.

\- - -

preisguenstige gemuese- und obstsorten

5 wien, 15.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 4 schilling, karotten 5 schilling, kohl 5 schilling, weisskraut 3.50 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 bis 6.50 schilling, aepfel (wirtschaftsobst) 5 schilling, bananen 7 schilling, mandarinen 10 schilling, orangen, griechische, 7 schilling, orangen, blond, 5 bis 5.50 schilling je kilogramm.

1055

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Wohnungsdebatte

Wien, 15.12. (RK) Um den Wohnbau und die Wohnungsvergabe sei es in Wien sehr schlecht bestellt, behauptete GR. Wölger (DFP). Seiner Meinung nach dürfte es überhaupt keine Notstandsfälle auf dem Wohnbausektor mehr geben. Die Praktiken bei der Wohnungsvergabe seien daran schuld, wenn Leute noch immer jahrelang in unzumutbaren Quartieren hausen müssen. Die Wohnungsvergabe erfolge noch immer nach den Gesichtspunkten der Wahlgeometrie - und auch die ÖVP partizipiere daran. Die Geduld der Bevölkerung sei nicht ohne Grenzen, meinte der Redner. (GR. Dinhof (SPÖ): Auf jeden Fall nicht bei Ihnen!)

Wölger schloß mit der Befürchtung, die Gemeindewohnungen könnten wie viele Privatwohnungen unerschwinglich werden.

Dr. Wolfram (FPÖ) erklärt, daß das Wohnungsproblem in Wien noch lange einen bedeutenden Platz einnehmen werde, da sich die Wohnverhältnisse nur langsam verbesserten. In diesem Zusammenhang fragte Wolfram, ob man sich denn schon Vorstellungen darüber gemacht habe, wie die 64.000 Altgemeindewohnungen saniert werden sollen. Bei den Wäschereien bemängelt der Redner, das Sinken sowohl der Einnahmen wie auch der Ausgaben und meinte, die Wäschereien arbeiteten offenbar zu teuer, da ansonsten Spitäler nicht Privatfirmen heranziehen würden.

Ausführlich beschäftigte sich Wolfram mit der Praxis bei der Vergabe von Zuschüssen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz und zitiert dabei seinen eigenen Fall: bis der Zuschuß genehmigt werde, müsse ein zermürbender Papierkrieg geführt werden, es seien mehrere Abteilungen des Magistrates zuständig und nach unerfindlichen Richtlinien würden zudem Kürzungen in den Voranschlägen der Professionisten zu einem Zeitpunkt vorgenommen, zu dem die Arbeit schon begonnen habe. Er regte an, daß der Magistrat direkt mit den Firmen abrechnen sollte. Die Praxis jedenfalls führe dazu, daß viele Interessenten das Rennen aufgeben und die Gemeinde Wien Nutznießer werde. Dies sei jedoch eine Zweckentfremdung des Gesetzes.

./.

Ausführlich beschäftigt sich Wolfram sodann mit dem Problem der Wohnungsvergabe und meinte, die Altgemeindewohnungen seien zu Erbwohnungen geworden und stellten in den inneren Bezirken noch immer Hochburgen der SPÖ dar. Man sollte jedoch gerade die Altgemeindewohnungen jenen Wohnungsbedürftigen geben, die sich eine Neubauwohnung nicht leisten könnten, weil sie weder den Baukostenzuschuß noch die monatliche Mietbelastung aufbringen könnten. Seiner Meinung nach müßte man auch bei der Vergabe von Gemeindewohnungen mehr Vertreter verschiedener Mangelberufe berücksichtigen. Obwohl der Wert einer Gemeindewohnung einige hunderttausend Schilling ausmache, erfolge die Vergabe ohne öffentliche Kontrolle. Im Gegensatz dazu müßte der Gemeinderat seine Zustimmung etwa zum Verkauf einiger Festmeter Holz geben.

GR. Leinkauf (ÖVP) stellte fest, daß sich die Vergabe neuer Wohnungen per Computer bewährt habe. Wie aber erfolgt die Vergabe der Altwohnungen in Gemeindebauten? Diese sollten primär alten Menschen mit geringerem Einkommen vorbehalten sein.

Der Redner übte Kritik an gewissen architektonischen Lösungen, zum Beispiel bei den C-Typen. Die Mieter sollten bei der Ausstattung der Wohnungen, etwa bei der Anbringung von Armaturen und dergleichen, mehr Mitspracherecht haben. Daß die Küche nicht direkt, sondern nur durch ein Zimmer erreichbar ist, sei tadelnswert. Der Redner übte auch Kritik an der infrastrukturellen Versorgung der neuen Wohnzentren und hinsichtlich des Lärmschutzes bei Kommunalwohnungen. Schließlich fand er es nicht in Ordnung, daß die Firma Intercommerz den Mietern für die Wohnungsausstattung "aufgedrängt" werde.

GR. Joachim Müller (DFP) bedauert, daß trotz der Mitteilung von Stadtrat Suttner, - sie erfolgte in Beantwortung einer DFP-Anfrage - neuerlich ein belegter Fall bekannt wurde, daß ein Mieter zur Übernahme einer teilweise möblierten Wohnung veranlaßt werden sollte. Der Fall war sogar im Fernsehen. Der Betroffene hat nach Ablehnung der teilweise möblierten Wohnung bisher keine andere zugewiesen erhalten. Bei einer Vorsprache im Wohnungsamt wurden ihm dann noch Ratschläge gegeben, die eines Beamten unwürdig seien. Wie

./.

komme aber jemand dazu, daß er seine Möbel in der neuen Wohnung nicht verwenden kann, weil er um 18.000 Schilling die von der Firma Intercommerz eingebauten kaufen muß? Hier wäre Aufklärung nötig.

Auf den großen Bestand an alten, unzulänglichen Wohnungen verwies GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP): Ein Drittel der Wiener Wohnungen hat kein eigenes WC und teilweise auch kein Wasser innerhalb der Wohnung. Es gibt aber auch alte Häuser mit hohem Wohnwert, deren Ersetzung durch Neubauten unwirtschaftlich wäre.(GR. Windisch (SPÖ): Das will doch niemand. Mayr: Umso überraschender, daß die SPÖ ursprünglich Einwände gegen das Wohnungsverbesserungsgesetz hatte. Windisch: Die bestehen noch immer.)

Dr. Mayr verwies auf die SPÖ-Initiative, für Zinserhöhungen nach dem Paragraph 7 einen Plafonds festzusetzen. Dadurch würden verschiedene Kriterien bei der Festsetzung der Zinserhöhung ausgeschaltet, zum Beispiel das Verhältnis zwischen den Kosten einer Reparatur und einer Neuverbauung.

Die Notwendigkeit eines Assanierungsgesetzes werde von allen anerkannt, doch verhindere die Polemik darum eine sachliche Arbeit daran. Im Mittelpunkt der Überlegungen muß der Mensch stehen, der im Assanierungsgebiet wohnt oder seinen Betrieb hat. Er braucht eine begleitende Betreuung während des ganzen Assanierungsverfahrens.

Bei der Diskussion über die Finanzierung der Assanierung muß berücksichtigt werden, daß es unrentierliche Kosten - für Planung, Umsiedlungen, Härteausgleiche usw. - und rentierliche Kosten gibt, die von den künftigen Benützern hereingebracht werden können. Die unrentierlichen Kosten müßte auf jeden Fall die öffentliche Hand tragen. Auch die im Gesetzentwurf vorgesehenen Bodengenossenschaften könnten nur realisiert werden, wenn die öffentliche Hand die unrentierlichen Kosten übernimmt. Das vorgesehene Vorrecht der gemeinnützigen Bauvereinigungen müßte überprüft werden, da diese beim Bau von Geschäften und Werkstätten stark behindert sind. Hier müßten auch andere Assanierungsträger herangezogen werden. ./.

Ernsthaft müßte geprüft werden, ob Enteignungsbestimmungen wirklich nötig sind. Jedenfalls muß ein objektives Enteignungsverfahren mit Chancengleichheit gesichert werden und die Entschädigung muß so festgelegt werden, daß sie den Betroffenen zwar nicht reicher, aber auch nicht ärmer als vorher macht.

Es gibt in Wien einen Fahlbestand an Wohnungen mit drei Wohnräumen. Deshalb ist es erfreulich, daß seit einiger Zeit beim kommunalen Wohnbau die C-Typen besonders berücksichtigt werden.

Dr. Mayr verlangte Auskunft darüber, warum es bei den Ansätzen für die Wohnbauförderung zwischen Bundes- und Gemeindebudget eine Differenz von etwa 100 Millionen Schilling gebe. Die Richtsätze der Wohnbauförderung sollten laufend der Entwicklung angepaßt, das Schwergewicht müßte auf die Familienförderung gelegt and die ständige Information über Mietzins- und Wohnbeihilfen verstärkt werden.

Abschließend betonte Dr. Mayr, es gehe um eine menschliche Stadt, in der die Menschen nicht nur existieren, sondern sich wohlfühlen.

GR. Czettel (SPÖ) begann mit Kritik an der Kritik. Sich insbesondere an die Adresse des FPÖ-Vorredners Prof. Wolfram wendend meinte er, man solle doch endlich beim Thema Wohnungsvergabe den Ballast von vorgefaßten Meinungen über Bord werfen. Die Vergabe erfolge nach genau festgesetzten Richtlinien durch den Computer. Er appellierte an die Kritiker, doch die Bemühungen um eine bestmögliche Form der Vergabe bei Wohnungen anzuerkennen.

Hauptthema seines Debattenbeitrages waren die Verbesserungen, die die Stadtverwaltung vor allem in Altwohnungen vornimmt. Mit der Aufzählung jener Geldbeträge, die für den nachträglichen Einbau von Aufzügen, Verstärkung der Steigleitungen Modernisierung der Waschküchen und ähnliches mehr ausgegeben werden, untermauerte er seine Feststellung, auf diesem Gebiet würde sehr viel getan. Natürlich seien manchen Bemühungen Grenzen gesetzt. Beispielsweise bei den Aufzügen. Diese Grenzen würden im konkreten Fall durch die Kapazität der Wiener Aufzugsfirmen gesetzt, die vollausgelastet sind und einem vielleicht möglichen, schnelleren Einbau gar nicht nachkommen könnten.

./.

Wie schon Stadtrat Suttner in seinem Referat, wies Czettel neuerlich auf das sehr umfangreiche Konzept des Umbaues bestehender Zentralwaschküchen in moderne, vollautomatische Einzelwaschküchen hin. Dieser Umbauplan soll in drei Etappen erfolgen und wird insgesamt rund 80 Millionen Schilling kosten. Die Stadtverwaltung trage der dringenden Notwendigkeit einer Verbesserung der Versorgungseinrichtungen jedenfalls, soweit es in ihren Kräften stehe, Rechnung.

In seinem Schlußwort befaßte sich Wohnungsstadtrat Suttner zunächst mit der DFP-Kritik: Es lohne sich nicht, auf diese Vorwürfe einzugehen, da sie durch die Statistik eindeutig entkräftet sind.

Die wichtigsten Fragen der FPÖ-Kritik beantwortete der Stadtrat dann im Detail:

Wohnungszusammenlegungen: Dort, wo der Wunsch geäußert wird, wird dies gemacht, ein Zwang könne jedoch nicht ausgeübt werden. Daß die rund 60.000 kommunalen Wohnungen der Zwischenkriegszeit zu 30.000 mit Bad ausgestatteten Wohnungen generell zusammengelegt werden, bleibe daher leider Theorie.

Städtische Wäsdhereien: Da die Magistratsabteilung 17 noch Verträge mit verschiedenen privaten Wäschereien einzuhalten habe, seien hier keine höheren Ansätze enthalten.

Wohnbauförderung: Die höheren Ansätze entsprechen derzeit lediglich der Abgeltung der Kostenerhöhungen. Von den im Regierungsprogramm enthaltenen Initiativen erwarte man sich eine Ausweitung der Kapazität.

Stadtrat Suttner plädierte unter Hinweis auf den derzeit laufenden "Prozeß Inderin" für eine strenge Prüftätigkeit der zuständigen Magistratsabteilung.

Wohnungsverbesserungsgesetz: Auch die derzeitige Form sei noch nicht als vollkommen zu bezeichnen, meinte Stadtrat Suttner. Es fehle das Antragsrecht der Mieter, das auch einen Schutz der Mieter inkludieren müsse (Zwischenruf Stadträtin Dr. Schaumayer: "Wir sind uns einig").

Wohnungskosten: Statistische Vergleiche zeigen, daß Wien die niedrigsten Wohnungsmieten in Österreich habe. Im übrigen biete die Bundeshauptstadt auf dem Wohnungssektor Vergünstigungen, die mit keiner europäischen Stadt vergleichbar sind.

./.

Altwohnungen: Soweit möglich, werden sie älteren Mitbürgern zugewiesen. Bei Übersiedlungen trachte man danach, die Transferierung in nicht zu weit entfernte Bezirke vorzunehmen.

Wohnungsgrundrisse: Dies sei immer eine Frage des Geschmacks, auch sei man hier jederzeit offen für Experimente. Im übrigen werden durch Befragungen der Mieter immer wieder deren Wünsche festgestellt.

Vorvergaben: Diese hätten sich als großer Vorteil für die künftigen Mieter erwiesen, da sie sich in Ruhe einen Finanzierungsplan zurechtlegen können. Auf Sonderwünsche hinsichtlich der Ausstattung, bei denen sich die Mieter finanziell oftmals "verbluten", einzugehen, sei nicht empfehlenswert.

Infrastruktur: Die Frage des "Konsum"-Monopols sei nicht mehr aktuell, da keine Geschäftslokale durch die Gemeinde Wien gebaut werden. Es wäre freilich begrüßenswert, wenn sich in den Neubaugebieten mehr Handwerker niederließen.

Im Zusammenhang mit der Frage der Möbelausstattung befaßte sich Stadtrat Suttner ausführlich mit dem Fall Krejci, eines Gemeindemieters, der in einer Fernsehsendung heftige Kritik geübt hat. Grundsätzlich nannte Stadtrat Suttner diese Art der einseitigen Darstellung, bei der der Angegriffene keine Gelegenheit nur Verteidigung habe, eine Gefahr für die Demokratie. Krejci hatte nach nur elfmonatiger Wartezeit eine Wohnung mit Möbeln in der Großfeldsiedlung zugewiesen bekommen. Da er aber eine Wohnung ohne Möbel wollte, konnte ihm diese erst nach Fertigstellung des nächsten Bauteils, erst sechs Monate später - im Dezember dieses Jahres - zugewiesen werden. Da Krejci zur Zeit seines Fernsehauftritts bereits von dieser Zuweisung wußte, sei diese Art der Berichterstattung als reine Sensationsmacherei zu bezeichnen, erklärte Stadtrat Suttner.

Firma Intercommerz: Es habe bisher keinerlei Grund zur Beanstandung gegeben: Wegen der fixen Vorvergabe der Wohnungen, sei diese in der Lage, die Möbel, die im übrigen von Privatbetrieben hergestellt werden, konkurrenzlos preiswert anzubieten. Niemand sei jedoch genötigt, eine Wohnung mit Möbeln zu nehmen, eine Ablehnung könne bloß zu gewissen Verzögerungen in der Zuweisung führen.

Die soziale Gesinnung der Stadt Wien als Hausherr zeige sich vor allem in der unterschiedlichen Ausnutzung des Wohnungs-

./.

verbesserungsgesetzes, hob dann Stadtrat Suttner hervor. Während private Hausbesitzer vor allem die eigenen Wohnungen mit den Mitteln finanzieren, stelle die Stadt Wien den Ausbau und die Modernisierung der Gemeinschaftseinrichtungen, wie Aufzüge, Verstärkung der Stromzuführungen usw. in den Vordergrund. Im übrigen lasse Wien dem Förderungswerber weitgehend freie Hand bei der Wahl der Rechtsform. Die geringe Zahl der beanstandeten Fälle - lediglich zwei im Rahmen der Wohnbaudebatte - spreche für die hervorragende Arbeit des Wohnungsamtes.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Die Budgetdebatte wird morgen, Donnerstag, mit den Kapiteln Wirtschaftsangelegenheiten (Stadtrat Otto Pelzelmayer) und Verschiedene Rechtsangelegenheiten (Stadtrat Dr. Hannes Krasser) im Anschluß an die Landtagssitzung fortgesetzt. Die Landtagssitzung beginnt um 9 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die 6. Novelle zur Besoldungsordnung 1967.

Der Entwurf über den Kulturschilling wird voraussichtlich erst im Jahr 1972 beraten werden.

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

Frau stürzte von Straßenbahn

Wien, 15.12. (RK) Vermutlich infolge eines plötzlichen Unwohlseins stürzte Mittwoch um 8.50 Uhr die 68jährige Theresia Schienreich, 16, Hasnerstraße 107, von der vordersten Plattform eines durch die Blindengasse fahrenden Zuges der Straßenbahnlinie 5. Sie fiel auf einen geparkten Pkw und dann zurück gegen die Straßenbahn. Mit lebensgefährlichen Verletzungen wurde die Frau in die 1. Unfallstation gebracht. Der Straßenbahnverkehr war 21 Minuten lang unterbrochen.

\- - -

grosses silbernes ehrenzeichen fuer prof. grzywienski

20 wien, 15.12. (rk) im roten salon des wiener rathauses ueberreichte mittwoch landeshauptmann felix s l a v i k das grosse silberne ehrenzeichen fuer verdienste um das land wien an dipl.ing. dr. anton g r z y w i e n s k i , den seit kurzem emeritierten ordinarius fuer wasserbau an der technischen hochschule wien. slavik wuerdigte besonders die verdienste des hervorragenden gelehrten um das projekt der stadt wien fuer den totalen hochwasserschutz. sein gutachten habe die technische ausfuehrbarkeit dieses projektes unwiderruflich bestaetigt.

prof. grzywienski dankte fuer die hohe ehrung durch das land wien und erklaerte, die realisierung des hochwasserschutz-projektes werde das ganze stadtbild veraendern - genauso wie die donauregulierung vor einem jahrhundert. nach der fertigstellung werde wien zu den am besten gegen hochwasser gesicherten grosstaedten der welt gehoeren.

an der ueberreichung des ehrenzeichens nahmen landtagspraesident dr. wilhelm s t e m m e r , stadtrat kurt h e l l e r , stadtbaudirektor prof. dr. rudolf k o l l e r sowie zahlreiche repraesentanten des akademischen lebens teil.
1614

preise aus dem adolf schaerf-fonds verliehen

21 wien, 15.12. (rk) mittwoch wurden zum 11. mal die foerderungsbeitraege aus dem von der zentralsparkasse der gemeinde wien errichteten ''dr. adolf schaerf-fonds'' zur foerderung der wissenschaften'' verliehen. bei der auszeichnung der zwoelf wissenschaftler, denen ein gesamtbetrag von 250.000 schilling zur verfuegung gestellt wurde, erklaerte generaldirektor dr. karl m a n t l e r , der fonds habe in diesem jahr in seiner aktivitaet eine bewusste hinwendung zur problematik des umweltschutzes vorgenommen. dementsprechend hielt auch ein einschlaegiger fachmann den festvortrag, und zwar hofrat dr. friedrich p e t u e l y zum thema ''umweltschutz - ein anliegen der obrigkeit oder ein anliegen aller?"

folgende wissenschaftler erhielten foerderungsbeitraege: dr. hans a b e l e , dr. hans g o e b l , dr. marianne h a m b o e c k , dipl.-ing. wilhelm k a i n r a t h , dr.gerhard k a p n e r , dr. stefanie k u p k a , dr. hermann n e u g e b a u e r , dr. hartmann s c h e i b l e c h n e r , dr. hermann s t e i n i n g e r , dr. helmut u i b e r r a k , dr. willibald u n d t und prof. g e o r g w e i n h e n g s t . 1630

die besten plakate des jahres 1970

22 wien, 15.12. (rk) in einer kleinen ausstellung praesentiert das kulturamt der stadt wien in seinem ausstellungsraum, 8, friedrich schmidt-platz 5, die besten wiener plakate, die im rahmen der plakatwertungsaktion 1970 praemiiert worden sind. die ausstellung ist bis 14. jaenner 1972 von montag bis freitag von 10 bis 16 uhr geoeffnet. am 24. und am 31. dezember ist sie nur von 10 bis 12 uhr zugaenglich.

unter den 25 ausgestellten plakaten befindet sich auch das von der stadt wien in auftrag gegebene plakat ''gemma bodn''. es zaehlt zu den drei besten des jahres 1970.

die im jahre 1951 ins leben gerufene plakatwertungsaktion wird alljaehrlich durchgefuehrt und dient der foerderung der kuenstlerisch-graphischen gestaltung der wiener plakate. ein von der stadt wien bestelltes wertungskollegium tritt vierteljaehrlich zusammen und waehlt mindestens zwei und hoechstens acht plakate als die besten des vierteljahres aus. von den im verlauf eines jahres ausgezeichneten plakaten werden von der jury schliesslich die drei besten des jahres ermittelt.
1649

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861

Donnerstag, 16. Dezember 1971 Blatt 3701

"Großmarkt Inzersdorf im Herbst 1972 fertig"

7. Tag der Budgetdebatte, 1. Referat

Wien, 16.12. (RK) Verwaltungsgruppe XII, Wirtschaftsangelegenheiten.

Referent: Stadtrat Otto Pelzelmayer (ÖVP).

Einnahmen: 141,307.800 Schilling, Ausgaben: 571,532.600 Schilling.

Stadtrat Otto Pelzelmayer stellte an den Beginn seiner Budgetrede das Bekenntnis zu neuen Kooperationsmodellen zwischen der Administration einerseits, der Wirtschaft und den Bürgern Wiens andererseits. Achtung und Vertrauen, sagte Pelzelmayer, müßten die Grundlagen der Zusammenarbeit zum Wohle aller Beteiligten sein.

Bei seinem Amtsantritt vor einem Jahr habe er als zentrale Projekte Inzersdorf und St. Marx vorgefunden. In beiden Vorhaben seien während des vergangenen Jahres maßgebliche Fortschritte erzielt worden. Für Inzersdorf sei nun die Gebührenfrage erledigt, die Verträge mit den Wirtschaftstreibenden unter Dach und Fach, die verfügbaren Räumlichkeiten so gut wie ausgebucht.

Sowohl hinsichtlich des Großmarktes als auch bezüglich St. Marx seien die städtischen Dienststellen von Anfang an so vorgegangen, daß sie ständig durch Gespräche - und teils sogar durch Meinungsbefragungen - über die Wünsche und die Willensbildung der künftigen Benützer informiert gewesen seien.

Nun könne gesagt werden, daß die Eröffnung des Großmarktes Inzersdorf spätestens Mitte September 1972 so gut wie sicher sei. Nicht ganz so weit seien die Dinge in St. Marx. Hier habe

./.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien — Presseforum — A 1082 Wien, 1 Rathausstr. 1, Telephon 42800 Durchwahl Kl. 2971 - 2974, FS (7) 5662 — Chefredakteur: Wilhelm Adametz — Für den Inhalt

man ja nicht nur die Gebührenfrage, sondern auch die Betriebsform klären müssen. Nach verschiedenen Erwägungen sehe die Regelung nun so aus, daß in Zukunft der Vieh- und Fleischgroßmarkt dem Marktamt unterstehen werde, der Schlachthof dem Veterinäramt. Ebenso seien die Gebühren als Basis für die endgültige Anmeldung festgesetzt worden.

Die nächste Phase werde eine Einladung an die zuständigen Interessenvertretungen sein, einen Beirat zur Ausarbeitung von Maßnahmen zu beschicken, die die Erhöhung der Attraktivität von St. Marx zum Ziele haben sollen. (Im besonderen gehe es hier um die Fragen Aufbringung, Transport und Absatz.) Auf diese Weise könne mit der Inbetriebnahme des ersten Teiles von St. Marx (1. Juli 1972) bereits ein Konzept für das Fleischzentrum vorliegen.

Pelzelmayer berichtete dann über die verschiedenen "Umsiedlungsaktionen", ein bis ins letzte Detail durchgeplantes Programm, das einige Provisorien erfordere und für alle Betroffenen naturgemäß Unannehmlichkeiten mit sich bringen müsse. Pelzelmayer appellierte dabei an alle Verantwortlichen innerhalb der Gemeindeverwaltung ebenso wie an die Wirtschaftstreibenden, durch gegenseitiges Verständnis das Überwinden dieser schwierigen Phase zu erleichtern.

Der Stadtrat ging dann auf die einzelnen Abteilungen seiner Geschäftsgruppe ein. Die beiden Beschaffungsabteilungen (Baustoffbeschaffung und Beschaffungsamt) seien - insbesondere wegen des hohen Ausmaßes ihrer Bestellungen - besonders dem Druck der Preissteigerungen ausgesetzt. (Preissteigerungen bei Baustoffen im Durchschnitt zwischen vier und zehn Prozent. Beschaffungsamt: Preissteigerungen bei 67 Prozent der eingekauften Waren.)

Zum Marktamt erklärte Pelzelmayer, die besondere Sorge gelte der Erhaltung und baulichen Verbesserung der bestehenden Anlagen. Dabei erwähnte er die bevorstehende Renovierung der Markthalle in der Nußdorfer Straße, deren Erhaltung nun nicht mehr angezweifelt werde.

Auch die temporären Märkte seien ein voller Erfolg geworden: Es habe sich als richtig erwiesen, sie nicht im dichtverbauten Stadtgebiet, sondern in den Stadtrandsiedlungen zu installieren.

./.

Ausführlich widmete sich Pelzelmayer der Tätigkeit des Veterinäramtes. Er würdigte besonders die schwere Tätigkeit der Amtstierärzte im Dienst des Gesundheitsschutzes der Wiener. 1970 seien fast 14 Millionen Kilogramm importiertes Fleisch untersucht worden (215.000 Kilogramm wurden beanstandet und in das Herkunftsland zurückgeschickt). Im übrigen werde zu überlegen sein, mit welchen Maßnahmen ein weiterer Rückgang der Schlachtungen verhindert werden könne.

\- - -

"Gesetze für den Umweltschutz"

7. Tag der Budgetdebatte, 2. Referat

Wien, 16.12. (RK) Verwaltungsgruppe XIII, Verschiedene Rechtsangelegenheiten; Forstwesen.

Referent: Stadtrat Dr. Hannes Krasser (ÖVP).

Einnahmen: 6,106.600 Schilling, Ausgaben: 19,336.300 Schilling.

Wie sehr in Wien die Problematik des Umweltschutzes aus dem Stadium der Diskussion bereits in die Phase klar konturierter Rechtsnormen eingetreten ist, zeigte sich beim Bericht von Stadtrat Dr. Hannes Krasser in der Budgetdebatte. Eine ganze Reihe von Gesetzen befindet sich in verschiedenen Stufen des Entstehens.

Der Entwurf für ein Baulärmgesetz wird nach Vorliegen von Höchstwerten für bestimmte Kategorien für Baumaschinen in das Begutachtungsverfahren gehen, gleichzeitig mit einer Verordnung der Landesregierung, die die Emissionsschutzwerte enthalten wird. Die Verbesserung der Umweltbedingungen wird weiter durch den Entwurf eines Sondermüllgesetzes angestrebt, das die Beseitigung von gefährlichen Abfallstoffen zum Gegenstand hat. Bereits im Begutachtungsverfahren war der Entwurf für ein Ölfeuerungsgesetz, das die veralteten Vorschriften der Ölfeuerungsverordnung ablösen soll.

Stadtrat Dr. Krasser berichtete auch über die Fortschritte in der Materie der Altstadterhaltung. Der Entwurf stellt sich als Novelle zur Bauordnung für Wien dar und soll auf Grund seines Zusammenhanges mit den übrigen Bestimmungen der Bauordnung für Wien lediglich diejenigen Rechte und Verpflichtungen der Grund- und Hauseigentümer regeln, die über die Rechte und Pflichten eines Gebäudeeigentümers nach den geltenden Bestimmungen der Bauordnung hinausgehen. Für die örtliche Abgrenzung sollen durch den Entwurf Schutzzonen geschaffen werden, in denen das durch die bestehenden Gebäude geprägte örtliche Stadtbild besonders geschützt wird. An Pflichten für den Grund- und Hauseigentümer ergeben sich daher im wesentlichen: ein Abtragungsverbot, ein Veränderungsverbot und ein Erhaltungsgebot, die aber in ihrer Summe durch den Entwurf so gestaltet werden, daß die Adaptierung von Althäusern für moderne Wohnzwecke sichergestellt ist.

./.

Krasser sprach die Hoffnung aus, daß der Entwurf spätestens zu Anfang des kommenden Jahres zur Begutachtung ausgesendet werden könne.

Zum Thema Zivilschutz erklärte Krasser, hier sei eine Klarstellung schon deshalb nötig, weil der Zivilschutz auch in die Novellierung der Bauordnung hineinrage. Man höre oft den Vorwurf, in diesem Punkt seien die anderen Bundesländer dem Land Wien in der gesetzlichen Verpflichtung zur Errichtung von Schutzräumen weit voraus. Dem sei nicht so, erklärte Krasser. Die niederösterreichische Bauordnung beispielsweise verlange wohl bei Neubauten gewisse bauliche Maßnahmen als Voraussetzung für die Einrichtung von Schutzräumen. Nähere Vorschriften seien zwar angekündigt worden, tatsächlich aber bis heute keine Verordnungen ergangen. In Vorarlberg wieder gebe es zwar eine derartige Verordnung, sie beziehe sich aber lediglich auf Schutzräume in öffentlichen Gebäuden des Landes und der Gemeinden.

Krasser berührte dabei auch das eigentliche Problem der Zivilschutz-Anlagen, nämlich die finanzielle Seite: nach einer Aufstellung der Stadtbauamtsdirektion würden sich durch solche Einbauten die Kosten von Wohnungsneubauten zwischen 4,7 und 6,12 Prozent erhöhen. Auf seinen Antrag habe nun der Vorstand des Instituts für Stadtforschung die Durchführung einer Meinungsbefragung beschlossen, die die Bereitschaft der Bevölkerung ermitteln solle, für Überlebenschancen im Ernstfall eine solche Verteuerung in Kauf zu nehmen.

Stadtrat Dr. Krasser nahm auch auf die kürzlich erfolgte Eingliederung des Stadtforstamtes in die Verwaltungsgruppe XIII Bezug: Die Bedeutung des Waldes für die Gesundheit und die Erholung der Bevölkerung, für die Reinhaltung der Luft, den Wasserhaushalt sei eminent. Der massierte Ausflugsverkehr führe allerdings zu immer größerer Verschmutzung, in manchen Fällen sogar zu hohen Kosten an Steuergeldern: Dann nämlich, wenn die Abfälle (Kühlschränke, Autoreifen, Mauerschutt, etc.) jener Leute abzutransportieren seien, die den Wienerwald mit einem Abfallplatz verwechseln. Es müßten Wege gefunden werden, diesen Umweltverschmutzern das Handwerk zu legen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

\- - -

Musikveranstaltungen in der Zeit vom 20. bis 26. Dezember 1971

Wien, 16.12. (RK)

Montag, 20. Dezember:

11.00 Uhr, Konzerthaus - Großer Saal, Kulturamt der Stadt Wien - Theater der Jugend: 3. Orchesterkonzert für Schüler der 2. Klassen. Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Dirigent: Peter Lacovich; Solistin: Rosario Marciano (Klavier), Sprecher: Peter Knicza, W. A. Mozart: Oeverture zu "Titus", B. Britten: "Führer durch das Orchester für junge Leute", op. 34, F. Liszt: Fantasie über ungarische Volksmelodien für Klavier und Orchester, J. Strauß (Sohn): "Perpetuum mobile", musikalischer Scherz, op. 257.

20.00 Uhr, Kirche Maria am Gestade, Internationale Gesellschaft für Alte Musik: 2. Konzert im Zyklus A - "Musik an historischen Stätten": Wiener Motettenchor und das Ensemble Musica antiqua; Leitung: Bernhard Klebel, Weihnachtskonzert: "In dulci jubilo"

15.30 Uhr, Konzerthaus - Mozart-Saal, Theater der Jugend: Mozart-Sängerknaben, Leitung: Erich Schwarzbauer, Chöre von C.Ph.E. Bach, Mozart, Distler und Pepping; Volkslieder aus Europa; Schubert: Szenische Aufführung des Singspiels "Die Zwillingsbrüder"

Dienstag, 21. Dezember:

11.00 Uhr, Konzerthaus - Großer Saal, Kulturamt der Stadt Wien - Theater der Jugend, 4. Konzert für Schüler der 2. Klassen (Programm siehe 20. Dezember)

20.00 Uhr, Kirche Maria am Gestade, Internationale Gesellschaft für Alte Musik: 2. Konzert im Zyklus B - "Musik an historischen Stätten": Wiener Motettenchor und das Ensemble Musica antiqua, Leitung: Bernhard Klebel, Weihnachtskonzert: "In dulci jubilo"

Mittwoch, 22. Dezember:

19.30 Uhr, Musikverein - Großer Saal, Weihnachtskonzert der Österreichischen Frauenbewegung: Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Dirigent: Karl Etti, (Zador, Sibelius, Weber, Rossini, Dvorak, Leoncavallo, Puccini, Mascagni u. a.)

Freitag, 24. Dezember:

23.15 Uhr, Pfarrkirche, Ober St. Veit, Wiener Madrigalchor: Kirchenkonzert (Weihnachtliche Bläsermusik und Weihnachtslieder).

Wiener Landtag

Wien, 16.12. (RK) Der Wiener Landtag trat Donnerstag früh unter dem Vorsitz seines Präsidenten Dr. Wilhelm Stemmer zusammen. Der Präsident schlug vor, den Gesetzentwurf über die Einführung eines Kulturschillings von der Tagesordnung abzusetzen, da gleichzeitig mit diesem Gesetz auch die Bestimmungen über die Förderungsmaßnahmen, die damit finanziert werden sollen, vorgelegt werden sollten. Dabei sind jedoch noch einige Detailfragen zu klären.

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ wurde das Gesetz über die Einführung eines Kulturschillings von der Tagesordnung abgesetzt.

Novelle zur Besoldungsordnung

Landeshauptmannstellvertreter Bock (SPÖ) legte eine Novelle zur Besoldungsordnung vor, mit der einige Zulagen gesetzlich verankert werden. Das gilt unter anderem für die Verwendungszulage, mit der quantitative oder qualitative Mehrleistungen abgegolten werden, für sprachpädagogisch eingesetzte Kindergärtnerinnen und für die pauschalierten Fahrtkostenzuschüsse. Außerdem werden in Anpassung an die Bundesbestimmungen einige Dienstzulagen für Lehrer erhöht.

Abstimmung: ohne Debatte einstimmig angenommen.

50 Jahre Land Wien

Landtagspräsident Dr. Stemmer gedachte des 29. Dezember 1921, an dem durch die gleichlautenden Beschlüsse der Landtage von Wien und Niederösterreich die Trennung der beiden Bundesländer vollzogen wurde und führte dabei unter anderem aus:

"Das Bundesland Niederösterreich, einschließlich Wien, hatte mit 3,344.000 Einwohnern 52,25 Prozent aller Einwohner Österreichs. Davon entfielen auf Wien 1,870.000 Einwohner, das waren 55,9 Prozent, und auf das übrige Niederösterreich 1,473.000. Im Bundesrat beispielsweise hätte das damalige Niederösterreich gegenüber

./.

allen übrigen Bundesländern ein Übergewicht gehabt, und im niederösterreichischen Landtag hätte Wien mit seinen 55,9 Prozent gegenüber dem soziologisch völlig anders strukturierten Land ein Übergewicht gehabt, ohne indessen die seiner Größe und Bedeutung entsprechende Finanzhoheit zu besitzen. Mit seinen 55,9 Prozent Einwohnern brachte Wien 80 Prozent der Steuern von Niederösterreich auf. Die politische Struktur in den beiden Teilen Niederösterreichs war ebenfalls eine sehr unterschiedliche.

Die am 29. Dezember 1921 verabschiedeten Trennungsgesetze bestimmten die rechtlichen, finanziellen und personellen Modalitäten der Trennung. Berichterstatter Landtagspräsident Dr. Danneberg begründete das Trennungsgesetz ausführlich. Die Redner der Opposition brachten ihre Befürchtungen zum Ausdruck, schlossen aber, wie etwa Abg. Kunschak, mit den Worten: "Wir geizen nicht nach dem Ruhm, Recht zu haben, sondern wünschen von ganzem Herzen, daß uns die geschichtliche und die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Wien und des Landes Niederösterreich in unseren Befürchtungen Unrecht geben möge, daß die Entwicklung einen solchen Gang nähme, der die Trennung in späteren Jahren rechtfertige." Die Entwicklung der beiden Länder in diesen fünfzig Jahren hat die Beschlüsse von 1920 und 1921 in jeder Weise gerechtfertigt. So war der 1. Jänner 1922, an dem diese Gesetze in Kraft getreten sind, ein Markstein in der Geschichte der beiden Länder. Dr. Danneberg schloß sein Referat damals mit folgenden Worten: "Mit Niederösterreich in guter Freundschaft zu stehen, mit Niederösterreich die wirtschaftlichen Zusammenhänge aufrecht zu erhalten, ist ein Interesse Niederösterreichs ebenso wie ein Interesse Wiens." Gerade die Entwicklung der letzten Zeit mit ihren über die Landesgrenzen hinausreichenden Verflechtungen haben diese Notwendigkeit erneut unterstrichen.

Präsident Dr. Stemmer schloß mit nachbarlichen Grüßen an den niederösterreichischen Landtag, die er auch in Telegrammen an den Landeshauptmann und den Landtagspräsidenten von Niederösterreich zum Ausdruck brachte.

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Wirtschaftsdebatte

Wien, 16.12. (RK) Als erster Redner erklärte GR. Doktor Tuma (DFP), die Marktpolitik der Stadtverwaltung sei im Grundsätzlichen richtig. Durch Schaffung entsprechender Konkurrenzverhältnisse werde auf den Märkten Wiens auch das Interesse der Konsumenten ausreichend berücksichtigt. Besonders zu begrüßen seien die Einkaufsmöglichkeiten bei den temporären Märkten, und das nicht nur in örtlicher Hinsicht (also in ihrer Situierung in den unterversorgten Stadtrandsiedlungen), sondern auch und ganz besonders mit Bezug auf die zeitlichen Einkaufsmöglichkeiten.

Der Pflege des Marktes als Herzstück städtischen Lebens überhaupt komme hohe Bedeutung zu, und es sei vielleicht symbolisch für das musische Wesen dieser Stadt, daß gerade der Blumenmarkt als erstes Teilstück des Großmarktes Inzersdorf fertiggestellt worden sei.

Dennoch - und zwar hauptsächlich wegen grundsätzlicher Einwände gegen den Aufbau des Wiener Gemeindebudgets insgesamt - könne die DFP den Ansätzen des XII. Hauptstückes nicht zustimmen.

GR. Krenn (FPÖ) verwies auf den steigenden Abgang bei den Märkten, Schlachthöfen und im Veterinärwesen. Es sei bekannt, daß der überstürzte Baubeginn des Fleischgroßmarktes darauf zurückzuführen war, daß der Platz dringend für ein amerikanisches Großhotel- und Großgaragenprojekt gebraucht wurde. Die Verlegung sollte nach St. Marx erfolgen. Leider wurden jedoch die Termine nicht eingehalten und immer wieder neue genannt. Dieser überstürzte Bau, Fehlplanungen, das ständige Verschieben der Fertigstellungstermine führte zu entsprechend hohen Kosten. Der Betrieb in St. Marx mußte inzwischen auf engsten Raum zusammengedrängt werden. Während die Schlachthöfe rund um Wien die Bedingungen für Einsender und Kunden laufend verbessern, werden die Bedingungen in Wien bis zur Übersiedlung immer schlechter. Die

./.

Schlachtungen gingen daher innerhalb der letzten Jahre auch bedeutend zurück. So sank sie zum Beispiel bei den Schweinen von 566.108 Stück auf 275.150.Die Schlachtungen bei Kälbern und Schafen sind kaum mehr erwähnenswert. Dazu kommt, daß in Wien ein Rückgang der Fleischhauerbetriebe und auch ein Rückgang der Marktanteile zu verzeichnen ist. Es erhebt sich also die Frage, ob St. Marx wieder so attraktiv gestaltet werden kann, daß sich nach Fertigstellung wieder entsprechend Einsender und Käufer einfinden und die hohen aufgewendeten Beträge gerechtfertigt sind.

Fischgroßmarkt: Hier wurde den Fischgroßhändlern nach Sperre des Donaukanals ein Grundstück in der oberen Lobau zur Verfügung gestellt. Sie haben sich jedoch inzwischen selbst geholfen und eigene Anlagen errichtet, da das zur Verfügung gestellte Areal ihrer Ansicht nach eine Art Urwaldgrundstück sei und Millionenbeträge hätten investiert werden müssen. Der Zentralfischmarkt im Donaukanal gehört also der Vergangenheit an und es werden für den Donaukanal nur mehr Fischerkarten ausgegeben.

Den Ansätzen könne seine Fraktion nicht zustimmen.

GR. Gockner (ÖVP) beschäftigte sich in seinen Ausführungen ausführlich mit der Institution der temporären Märkte wobei er betonte,daß diese ein voller Erfolg geworden seien.Sie in den Stadtrandsiedlungen zu installieren,habe sich als richtig erwiesen, denn der Konsument sollte möglichst in Wohnnähe für den täglichen Bedarf versorgt werden.

Auf das Projekt der Neuerrichtung des Detailmarktes am Naschmarkt zu sprechen kommend, forderte er, daß dieser im Interesse der Konsumenten aber auch der Wirtschaftstreibenden wieder an seinem alten Platz entstehen sollte.

Abschließend unterstrich er die Bedeutung der Tätigkeit der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien für die Wiener Bevölkerung. So wurdenim vergangenen Jahr mehr als 15.000 Untersuchungen durchgeführt und damit Wesentliches zum Schutz des Konsumenten geleistet.

./.

GR. Paulas (SPÖ) lobt zunächst die Arbeit der Abteilung für die Baustoffbeschaffung und beschäftigt sich sodann mit dem neuen Fleischzentrum St. Marx: Dieses neue Zentrum bewirke erhebliche Veränderungen, denen die Unternehmen natürlich Rechnung tragen müßten. Die Konkurrenz einiger Schlachthausanlagen im Umland von Wien habe in den letzten Jahren zu einem spürbaren Rückgang der Schlachtungen in Wien und damit zu einem finanziellen Verlust geführt: Während 1966 noch rund 67.000 Rinder in Wien geschlachtet worden seien, seien es in den ersten zehn Monaten dieses Jahres lediglich 28.000 Stück gewesen. Bei den Schweinen sei eine Abnahme von 515.000 auf 207.000 eingetreten. Im gleichen Zeitraum sei die Zufuhr, also die Direktlieferung von schon außerhalb Wiens geschlachteten Schweinen von 62.000 auf 108.000 gestiegen. Man wisse allerdings, daß die Qualität des Fleisches der in Wien geschlachteten Tiere jedenfalls die beste sei. Der Neubau des Fleischzentrums St. Marx garantiere weiterhin die Belieferung mit einwandfreiem Fleisch und sei damit auch ein Beitrag für den Umweltschutz. Der Großgrünmarkt, der bekanntlich im kommenden Jahr fertiggestellt werde, sei seiner Meinung nach ein Beweis für die große Förderung, die die Stadtverwaltung dem Gewerbe angedeihen lasse. Abschließend regte der Redner an, daß künftig die Verkaufsstellen der Wiener Gemüseproduzenten ebenfalls beim Großmarkt in Inzersdorf situiert sein sollten, um das Gemüse möglichst frisch zur Vermarktung bringen und damit auch Kosten sparen zu können.

Um Verständnis für die Wiener Landwirtschaft warb GR. Jedletzberger (ÖVP). Von 42.000 Hektar Stadtfläche sind 57 Prozent landwirtschaftlich genutzt, 17 Prozent forstwirtschaftlich - und nur 25 Prozent sind Bauland oder anders genutzt. Die landwirtschaftlichen Grünflächen sind zugleich ein wichtiger Beitrag zum Umweltschutz.

GR. Jedletzberger würdigte, daß in Inzersdorf einer der modernsten Großmärkte Europas entsteht, der auch verkehrsmäßig günstig gelegen hat. Der bereits eröffnete Blumengroßmarkt hat sich sehr bewährt und ist voll ausgelastet.

./.

Gegenüber dem alten Phorusmarkt hat sich der Umsatz verdreifacht, eine Vergrößerung des Marktes, für die eine Möglichkeit gesichert wurde, wird bereits überlegt. Auf dem Gemüsegroßmarkt wird auch die Gemüsegenossenschaft, die 70 Prozent des Wiener Gemüsebedarfs deckt, vertreten sein. Aber der kürzeste Weg vom Produzenten zum Konsumenten verläuft über die Sammelstellen, wo ganztägig angeliefert und vor allem von der Konsumgenossenschaft und den Kettenläden auch ganztägig bezogen werden kann.

Die Marktbeschickung mit Obst und Gemüse war heuer ruhig und gleichmäßig. Die Anlieferungen und Preise bei Obst waren ungefähr gleich wie im Vorjahr. Beim Frischgemüse gab es infolge der Trockenheit etwas geringere Anlieferungen und leichte Preissteigerungen. Importwünsche, die deshalb geäußert wurden, lehnte auch die Arbeiterkammer ab, weil die Auslandsware wesentlich teurer als die Inlandsware war. Die Verkaufspolitik der Oststaaten hat sich seit einem Jahr völlig gewandelt, es gibt keine Schleuderpreise mehr, sondern es wird kaufmännisch gedacht.

Der Wiener Gartenbau verlegt seine Produktion immer mehr in die sogenannte vitaminarme Zeit. Die Glashausfläche nahm heuer um weitere vier Hektar auf rund eine Million Quadratmeter zu. Die Wiener Gemüseproduzenten decken 70 Prozent des Wiener Gemüsebedarfs, auf sie entfällt 60 Prozent der österreichischen Gesamterzeugung von Frischgemüse.

Große Sorgen bereitet die Teuerungswelle, vor allem bei Heizöl, das rund ein Drittel der Produktionskosten ausmacht, aber auch bei landwirtschaftlichen Maschinen, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln.

Die Landwirtschaft hat Verständnis für die Umsiedlungen, die aus städtebaulichen Gründen notwendig sind - und sie fand auch bei der Stadtverwaltung Verständnis für ihre damit verbundenen Bedürfnisse. Die Umsiedlungen konnten deshalb einvernehmlich durchgeführt werden. Die 61 Parzellen des Siedlungsprojektes Eßling sind bereits vergeben, wichtige Betriebe konnten dadurch Wien erhalten werden. Ein ungelöstes Problem ist es, daß ein Großteil der Betriebe auf städtischem Pachtgrund liegt, oft seit Generationen, wobei die Pachtverträge nicht befristet sind. Die Stadt hat noch nie von ihrem Recht der vierteljährlichen Kündigung Gebrach gemacht, aber es ist trotzdem ein Unsicherheitsfaktor gegeben.

./.

GR. Maria Hlawka (SPÖ) verwies auf die Notwendigkeit der Konsumenteninformation. Für die Hausfrau sei es nicht so einfach, bei dem großen Warenangebot und der enormen Reklame das Richtige zu finden und preisgünstig einzukaufen. Die Sozialisten haben daher der Konsumenteninformation immer größtes Augenmerk zugewendet. Nun hat sich auch die Bundesregierung aktiv durch die Konstituierung eines Konsumentenbeirates und die Ausarbeitung eines Entwurfes für ein neues Lebensmittelgesetz eingeschaltet. Der Schutz des Konsumenten müßte unser aller Anliegen sein.

Zu wenig informiert sei die Bevölkerung leider darüber, daß die Marktämter in den Bezirken jederzeit für Auskünfte zur Verfügung stehen. Zum Schutz der Konsumenten verlangte die Rednerin die Waren-Auszeichnungspflicht bezüglich Güteklasse, Qualitätsbezeichnung und natürlich Preis. Im neuen Lebensmittelgesetz müßte diese verankert werden.

Neben den Großprojekten Inzersdorf und St. Marx dürften jedoch auch die Detailmärkte nicht vergessen werden. Hier müßten mehr Mittel für die Verbesserung der technischen und hygienischen Einrichtungen bereitgestellt werden. Der Detailmarkt des Naschmarktes sollte nicht bis an die Secession herangeführt werden, sondern nur bis zur Höhe des Theaters an der Wien. Leider liegen bisher keine diesbezüglichen Pläne vor. Daß die Nußdorfer Halle bestehen bleibt und instandgesetzt wird, sei erfreulich, ebenso die Schaffung von zwei temporären Märkten. Die Rednerin kritisiert in diesem Zusammenhang ein Flugblatt der ÖVP, das bei der Eröffnung des temporären Marktes in der Hansson-Siedlung verteilt wurde und das den Markt als Erfüllung eines ÖVP-Wahlversprechens bezeichnete.

Eine noch junge, aber besonders wertvolle Einrichtung zum Schutz des Konsumenten sei die Lebensmitteluntersuchungsanstalt, die bereits im ersten Jahr ihrer Tätigkeit eine beachtliche Arbeitsleistung erbrachte. Auch die Möglichkeiten der marktamtlichen Revision müßten voll ausgeschöpft werden.

./.

Der Forstverwaltung, die aus dem Bereich dieser Geschäftsgruppe herausgenommen wurde, dankt die Rednerin für ihre hervorragenden Leistungen und wünscht ihr weiterhin viel Erfolg .

In seinem Schlußwort erklärte Stadtrat Pelzelmayer, selbstverständlich werde er sich bemühen, im nächsten Jahr mehr Mittel als bisher von der Finanzverwaltung für die Sanierung der Märkte zu erhalten - ungeachtet der Tatsache, daß das Marktamt ohnehin alles tue, um mit den vorhandenen Beträgen ein Höchstmaß an Wirkung zu erzielen.

Zu der Probenbeanstandung bei den Lebensmitteln erklärte Pelzelmayer, tatsächlich sei dieser Prozentsatz sehr hoch, verzerre aber ein wenig die Richtigkeit des Bildes: Keineswegs handle es sich in allen Fällen um festgestellte Gesundheitsschädlichkeit, sondern vielfach nur um Deklarationsfehler. Die tatsächlichen Übeltäter müßten natürlich bestraft werden, man solle aber nicht übersehen, daß es sich dabei nur um ein paar Außenseiter handle.

Schließlich nahm der Stadtrat auch zum Problem Fischmarkt Stellung. Er erklärte, gewisse Pressemeldungen der letzten Tage seien in der Behauptung unrichtig, die Stadtverwaltung habe die Wirtschaftstreibenden im Stich gelassen. In Wirklichkeit sei im Sinne der seinerzeitigen Erklärungen und in enger Zusammenarbeit mit Stadtrat Dkfm. Hintschig sehr wohl ein neuer Standort für den Fischmarkt gefunden und den Händlern angeboten worden. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch habe sich weder bei Stadtrat Hintschig noch bei ihm selbst jemand von der Seite der Händler gemeldet, um in nähere Verhandlungen einzutreten.

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Australischer Stadtrat aus Sydney im Rathaus

Wien, 16.12. (RK) Leo Port, Stadtrat aus Sydney (Australien), zur Zeit auf einer ausgedehnten Informationsreise durch Europa, hält sich gegenwärtig zu einem viertägigen Besuch in Wien auf. Sinn und Zweck seines Wien-Aufenthaltes ist es, hier verschiedene kommunale Einrichtungen - besonders der Stadtplanung und des Verkehrs - zu studieren. Stadtrat Port, unter anderem führendes Mitglied des Institutes für Elektrotechnik und Elektronik in New York, vertritt seine Heimatstadt in der staatlichen Planungskommission von New South Wales und hat auch an einem Generalkonzept für die Stadt Sydney mitgearbeitet.

Donnerstag stattete er dem Wiener Rathaus einen Besuch ab, wo er Gelegenheit hatte, ein informatives Gespräch mit den Stadträten Ing. Fritz Hofmann und Franz Nekula zu führen. Im Anschluß daran war der australische Kommunalpolitiker Gast von Bürgermeister Felix Slavik. Den Abschluß des offiziellen Programmes bildete eine Rundfahrt durch das Neue Wien.

\- - -

Förderungszuschüsse im Kulturausschuß

Wien, 16.12. (RK) In seiner Sitzung am Dienstag genehmigte der Kulturausschuß des Gemeinderates für eine ganze Reihe kultureller Institutionen Förderungszuschüsse in der Höhe von insgesamt 140.000 Schilling. Unter den Empfängern befinden sich unter anderem das Institut für Wissenschaft und Kunst, die Österreichische Gesellschaft für Literatur, die Gesellschaft österreichischer Kinderdörfer, die Josef Weinheber-Gesellschaft und die Österreichische Gesellschaft für Kulturpolitik.

\- - -

Landessanitätsrat:

Grippewelle klingt ab?

Wien, 16.12. (RK) In der Sitzung des Landessanitätsrates unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Breitenecker wurden Donnerstag vormittag im Wiener Rathaus sechs Tagesordnungspunkte, darunter drei Besetzungsfragen, besprochen. Überdies beschäftigte sich der Landessanitätsrat nach einem ausführlichen Referat des Landessanitätsdirektors Dr. Krassnigg über die Grippesituation in Wien mit dem für die Feiertage zu treffenden Maßnahmen.

Für die freie Vorstandsstelle für die Medizinische Abteilung (Rheuma) im Krankenhaus Lainz wurden Dr. Czitober, Dr. Eberl und Dozent Dr. Pietschmann vorgeschlagen; für die Vorstandsstelle an der Kardiologischen Abteilung im Krankenhaus Lainz wurden Dr. Enenkel, Dr. Karobath und Dozent Dr. Griehuber vorgeschlagen; die Apotheker-Leiterstelle der Apotheke II im AKH soll an Frau Oberpharmazierat Dr. Eberl vergeben werden.

Dr. Krassnigg berichtete, daß am Wochenanfang (Montag, Dienstag) ein starkes Steigen an grippösen Erkrankungen, seit Mittwoch ein noch nicht gesichertes Abklingen zu beobachten ist. Für die laufende Woche müsse mit einer täglichen Neuerkrankungsquote von 4.000 bis 5.000 Personen (in der Vorwoche rund 3.000), darunter ein Drittel Virusgrippekranker gerechnet werden. In den Schulen registriert man im allgemeinen die noch als normal zu bezeichnende Erkrankungsrate von sechs bis sieben Prozent aller Wiener Schulkinder, doch gibt es Schulen, in denen bis zu zehn Prozent fehlen. Der Landessanitätsdirektor erklärte, daß es in den Spitälern derzeit keinen Bettenengpaß gäbe. Man vereinbarte, daß durch das Gesundheitsamt weitere Erhebungen über die Grippesituation mit dem Ziel angestellt werden müssen, ob verstärkter Einsatz des ärztlichen Notdienstes zu den Feiertagen erforderlich wird oder nicht.

Vor Beginn der Sitzung des Landessanitätsrates überbrachte Gesundheitsstadtrat Dr. Glück eine Glückwunschadresse von Landeshauptmann Slavik. Er dankte den Mitgliedern des Landessanitätsrates für die gedeihliche Zusammenarbeit und gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieses Klima auch im kommenden Jahr erhalten bleibe. Für den Landessanitätsrat erwiderte Prof. Dr. Breitenecker die Glückwünsche an den Landeshauptmann namens aller Mitglieder.

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Debatte Rechtsangelegenheiten

Wien, 16.12. (RK) Als erster Debattenredner beschäftigte sich GR. Dr. Tuma (DFP) mit den durch den Stadtrat in Aussicht gestellten Gesetzesvorlagen, deren Realisierung er bezweifelte. Dies gelte sowohl für den Baulärmgesetzentwurf ("Die technische Wirklichkeit läuft den gesetzlichen Bemühungen davon"), als auch für das Altstadterhaltungsgesetz. Hier beklagte er besonders die mangelnde Koordination zuständiger Stellen. Als einzigen "Sonnenstrahl" in der gesetzgebenden Körperschaft der Stadt Wien bezeichnete er das in Ausarbeitung befindliche Parkometergesetz. Mit den bisherigen Maßnahmen dafür wurde ein neuer, vielversprechender Weg beschritten.

Bezüglich der Verbesserung der Sicherheit: hier sollte auch seitens der Stadtverwaltung mitgearbeitet werden. Positiv seien die bisherigen Bemühungen im Hinblick auf neue Möglichkeiten der Lenkerprüfung, doch sollte deren Reform noch weiter vorangetrieben werden.

Bezüglich des Umweltschutzes forderte er eine Verstärkung der Bemühungen um den Naturschutz und in diesem Zusammenhang dessen Eingliederung in die Forstdirektion.

Zum Thema Zivilschutz meinte Dr. Tuma, daß in dieser lebenswichtigen Angelegenheit in Wien nur sehr wenig geschehe und die Bevölkerung über die Problematik viel zu wenig aufgeklärt werde. Ebenso kritisierte er den Umstand, daß die dafür vorgesehenen Budgetmittel von Jahr zu Jahr unverändert bleiben.

Auch GR. Klement (FPÖ) beschäftigte sich mit den Fragen des Zivilschutzes. Es handle sich dabei um den weitaus schwächsten Punkt im Budget der Geschäftsgruppe. Er begehrte vom Stadtrat Aufklärung, was mit den Geldern bisher geschehen sei. Seiner Meinung nach handle es sich ohnehin nur um eine reine Alibimaßnahme. Niederösterreich wende beispielsweise 1,5 Millionen Schilling auf. Wenngleich der Bund für die Fragen des Zivilschutzes zuständig sei, könnte die Gemeinde doch wichtige Ergänzungen vornehmen. So seien unter anderem auch in den Bauordnungen der Länder Niederösterreich, Vorarlberg und Steiermark bereits Bestimmungen über Schutzräume enthalten.

./.

Die Verzögerung der nötigen Maßnahmen zur Altstadterhaltung warf GR. Dr. Macher (ÖVP) der Stadtverwaltung vor. Schon 1961 waren im Rainerschen Planungskonzept Schutzzonen genannt, laut Verwaltungsbericht 1970 seien sie in zweiter Fassung festgelegt - aber man kann noch immer nichts darüber erfahren. Vielleicht werden sie im kommenden Jahr tatsächlich bestimmt - aber was da bestimmt werden soll, ist undiskutiert und vielleicht auch undiskutabel.

Der Paragraph 7 des Mietengesetzes, der die Instandhaltung auf das unbedingt Notwendige beschränkt, wirkt wie eine Maschine, die automatisch vernichtet, was programmatisch zu erhalten angestrebt wird. Die eine Abteilung, die Renovierungsanträge beurteilt, muß entsprechend der Gesetzeslage demolieren lassen, was die andere Abteilung, das Kulturamt, zu erhalten bemüht ist. Alt-Dornbach ist ein Beispiel dafür, wo die Wünsche des Kulturamtes nicht berücksichtigt werden konnten. Wien verzichtet auch auf die Möglichkeit, Wohnbauförderungsmittel für die Altstadterhaltung einzusetzen, weil dazu ein entsprechendes Landesgesetz nötig wäre.

In den Schutzzonen könnten die Errichtung von Bürogebäuden und die Umwandlung von Wohnungen in Büros untersagt oder beschränkt werden. Damit würde die Revita[illegible]; der Altstadtbereiche gesichert und der Verkehr entlastet werden. Auch der Bodenwucher - der durch die Umwandlung der City in ein Bürobaugebiet geradezu gezüchtet wird - würde gestoppt werden.

Sicher entstehen aus der Altstadterhaltung Mehrkosten. Man müßte jedoch einmal ausrechnen, was man sich bei den Folgeeinrichtungen der Stadtrandverbauung ersparen könnte, wenn man die Altstadt revitalisiert.

Die Schaffung zweier wichtiger landwirtschaftlicher Gesetze würdigte GR. Jedletzberger (ÖVP) als existentielle Grundlage für das Weiterbestehen der Wiener Landwirtschaft. Immerhin gebe es ja in Wien noch 2.500 landwirtschaftliche Betriebe, rund 12.000 Menschen seien in der Wiener Landwirtschaft beschäftigt. Jedletzberger bezog sich damit auf das Agrarbehördengesetz und das landwirtschaftliche Siedlungsgesetz. (Das letztere Gesetz befreit den - etwa aus städtebaulichen Gründen abgesiedelten - Landwirt von der Entrichtung der Grunderwerbssteuer beim Kauf neuer landwirtschaftlicher Flächen.)

./.

Jedletzberger kündigte dann an, daß sich die Wiener Landwirtschaftskammer demnächst in einer Vollversammlung mit einer Novellierung des Landwirtschaftskammer-Gesetzes befassen werde. Für die weitere Behandlung dieses Entwurfes ersuchte der Redner um wohlwollende Behandlung durch die Stadt Wien.

GR. Lausecker (SPÖ) erklärte, daß gerade in dieser Geschäftsgruppe festgestellt werden könnte, wie untypisch die Ansätze für die Bedeutung sein können. Es sei ein Sachgebiet, das nicht nach spektakulären Zahlen zu beurteilen sei und dessen Leistungen sinnvoller Ausdruck eines geordneten Gemeinwesens seien, das dem Menschen Rechnung trägt.

Die Einverleibung des Forstwesens in die Gruppe 13 sei eine sinnvolle Ergänzung des Geschäftsbereiches, trägt doch diese Abteilung mit ihren Leistungen bedeutend zum Umweltschutz, der Luft- und Gewässerreinhaltung und der Erhaltung des Wald- und Wiesenbestandes bei. Auf Bundesebene seien Gesetze in Ausarbeitung, die auch das Forstwesen in bedeutungsvoller Weise berühren. Die Forstrechtsbereinigungsnovelle verbessere sinnvoll die Ausbildung der Förster, die bis zur Hochschulreife führen kann. Geachtet müßte jedoch darauf werden, daß die Bestimmungen über die sogenannte Bestellungspflicht von Forstbediensteten nicht gelockert werden. Wenn Waldbesitzer nicht im bisherigen Umfang verpflichtet wären, Forstorgane anzustellen, wäre das für die Länder von großer Bedeutung. Bisher habe das bestellte Forstorgan gegenüber der Behörde die Verantwortung getragen, dann würde jedoch der gesamte Forstaufsichtsbereich Landessache sein, also eine nicht unbedeutende Kostenverlagerung mit sich bringen.

Die Aktion "sauberer Wienerwald" wird hoffentlich auch in der Zukunft weitergeführt werden und sollte entsprechende finanzielle Förderung erfahren.

In der Frage der Grünflächenverbauung müsse die rigoroseste Handhabung der bestehenden Rechtsvorschriften erwartet werden. Auf dem Sektor des Umweltschutzes müßte alles getan werden, um das Leben und die Gesundheit der Menschen dieser Stadt zu gewährleisten.

./.

Die Schaffung einer neuen Bauordnung wird in engem Zusammenhang mit den kommenden Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzen stehen und auch den Landeskompetenzen Rechnung tragen müssen.

Gewerbeordnung: Hier sei zu hoffen, daß die von Minister Staribacher eingeleiteten Reformmaßnahmen gute Fortschritte machen.

Fußgängerzonen: Es müßten rasch Überlegungen angestellt werden, welche rechtlichen Konsequenzen sich daraus ableiten lassen, u. a. auch die Frage des Garagengesetzes. Dringend notwendig wäre das rasche Zustandekommen eines Wiener Baulärmgesetzes.

Die Magistratsabteilung 61 konnte den Behördenlauf bei der Verleihung der Staatsbürgerschaften bedeutend verkürzen und eine wertvolle Verbesserung der Beurkundungstechnik einführen.

In seinem Schlußwort ging Stadtrat Dr. Krasser unter anderem auf die Feststellung ein, daß für den Zivilschutz in Wien zu wenig geschehe. Er stellte dazu fest, daß die Situation in Wien eine wesentlich bessere sei als in anderen Bundesländern (gut ausgebildetes Personal der Feuerwehr der Stadt Wien). Zum Vorwurf des zu geringen Budgetansatzes für den Zivilschutz (200.000 Schilling): dies sei selbstverständlich nur ein Teilbetrag der insgesamt zur Verfügung stehenden Zuwendungen. Bezüglich der in anderen Bundesländern bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen zum Bau von Schutzräumen, meinte der Stadtrat, daß man auch in Wien eine diesbezügliche Regelung anstreben werde. In dieser Angelegenheit regte er eine Meinungsbefragung der Wiener Bevölkerung an.

Bei der Schaffung einer neuen Bauordnung werde man auch die Möglichkeiten einer Schutzraumordnung berücksichtigen.

Zur Anregung einer Novellierung des Wiener Landwirtschaftsgesetzes versprach Dr. Krasser eine Überprüfung, ebenso gab er auch die Zusicherung, daß die Aktion "Sauberer Wienerwald" fortgesetzt werden wird. Was das Baulärmgesetz betrifft, so ist es in seinem ganzen Umfang bereits fertiggestellt worden.

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

./.

Wiener Budget von SPÖ und ÖVP beschlossen

Im Anschluß an die Behandlung der Geschäftsgruppe XIII brachte der Vorsitzende, GR. Hans Leinkauf, den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1972 in seiner Gesamtheit zur Abstimmung. Nach siebentägiger Debatte wurde um 14.50 Uhr das Budget mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen. Ebenso wurden die Anträge auf Überprüfung der Gebühren und tarifmäßigen Entgelte angenommen.

Morgen, Freitag wird Stadtrat Nekula (SPÖ) über den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke referieren. In Erledigung der restlichen Tagesordnung wird der Wiener Gemeinderat auch noch über die neuen Tarife der Verkehrsbetriebe zu beschließen haben.

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

diplomfeier im allgemeinen krankenhaus

5 wien, 16.12. (rk) seit donnerstag vormittag gibt es 70 neue medizinisch-technische assistenten. so zahlreich waren die absolventen der schule fuer den medizinisch-technischen laboratoriumsdienst im allgemeinen krankenhaus, die im rahmen einer feierstunde von vizebuergermeister hans b o c k ihr diplom ueberreicht erhielten. zwoelf der assistenten bestanden die abschlusspruefungen nach der zwei jahre und drei monate waehrenden ausbildungszeit mit auszeichnung, nur zwei muessen die pruefungen wiederholen.

rund die haelfte der schueler stammt aus anderen bundeslaendern, nur 14 von ihnen werden dorthin zurueckkehren. die restlichen fachkraefte, die in die schule erst nach absolvierter matura eintreten konnten, nehmen in der bundeshauptstadt eine beschaeftigung an. 25 schueler haben sich fuer eine stelle in anstalten der stadt wien entschlossen. in seine heimat zurueck faehrt der einzige auslaender dieses ausbildungskurses, naemlich ein syrischer medizinisch-technischer assistent.

an der diplomfeier nahmen der leiter des anstaltenamtes, obersenatsrat dr. w i d m a y e r , stadtphysikus doktor w e i n f e l d vom gesundheitsamt, der direktor des akh, hofrat dr. r i t s c h l , das professorenkollegium und die angehoerigen der schueler teil.
1104

preisguenstige gemuese- und obstsorten

8 wien, 16.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 4 schilling, karotten 5 schilling, weisskraut 3.50 schilling je kilogramm, grundsalat (ital.) 4 schilling je stueck.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 bis 6.50 schilling, bananen 7 schilling, mandarinen 8 bis 10 schilling, orangen (blond) 5 schilling je kilogramm.
1151

marktuebersicht:

karpfen etwas teurer

21 wien, 16.12. (rk) waehrend eine woche vor weihnachten gefluegel zu fast unveraenderten preisen auf den markt kommt, haben die karpfen - des wieners bevorzugte weihnachtsspeise - im preis etwas angezogen. sie notieren um 50 groschen je kilogramm teurer.

weitgehende stabile preise sind bei obst und gemuese festzustellen. italienische weintrauben sind etwas teurer geworden, spanische weintrauben etwas billiger. in den letzten tagen hat die anlieferung von rumaenischen paradeisern wieder eingesetzt, sie sind allerdings sehr teuer.

preisverbilligungen sind im uebrigen noch von italienischen blondorangen zu melden.
1556

rindernachmarkt vom 16. dezember

22 wien, 16.12. (rk) neuzufuhren inland: 0, neuzufuhren ausland: 12 stiere aus ungarn, verkaufspreis 18.50.

schweinenachmarkt vom 16. dezember

23 wien, 16.12. (rk) neuzufuhren inland: 0, neuzufuhren ausland: 18 schweine aus der ddr, verkaufspreis 15.50.

pferdenachmarkt vom 16. dezember

24 wien, 16.12. (rk) kein auftrieb.
1607

stadtrat pfoch praesentierte:

neue hermannsauna im 7. bezirk

11 wien, 16.12. (rk) donnerstag praesentierte hochbaustadtrat hubert p f o c h der presse im rahmen einer ersten besichtigung die neue hermannsauna im 7. bezirk. sie wird freitag um 9 uhr den betrieb aufnehmen. damit wurde ihm rahmen des baederkonzeptes erstmals ein traditionelles ''troepferlbad'' durch einbau einer sauna den geaenderten badebeduerfnissen der bevolkerung angepasst und ein modernes erholungszentrum in einem dichtverbauten innenbezirk geschaffen. vom neubau ging bekanntlich schon einmal eine bereits historische initiative im baederbau aus: in der mondscheingasse 9 oeffnete 1887 als voellig neuer und vielfach nachgeahmter typ das erste volksbrausebad europas seine pforten.

die neue hermannsauna wurde mit einem kostenaufwand von 853.000 schilling im parterre des seit 1910 existierenden hermannbades eingerichtet. es stehen auf einer nutzflaeche von 200 quadratmeter fuer die besucher ein warteraum, ein umkleideraum mit 48 kaestchen, ein brauseraum, ein saunaraum, ein kaltwasserraum, ein frischluftraum mit angeschlossenem frischlufthof, ein massageraum und ein ruheraum zur verfuegung. es herrscht wechselbetrieb mit je einem abendbetriebstag fuer damen (donnerstag) und herren (freitag). die preise: 18 schilling fuer ein saunabad (2 stunden), 81 schilling fuer den fuenferblock.

im naechsten jahr wird im bisherigen kassaraum ein buffet eingerichtet, die kassa wird neugestaltet. die neue sauna wurde anstelle eines maenner-brausebades, das in verkleinertem umfang in den ersten stock verlegt wurde, eingerichtet. im gleichen haus stehen den badegaesten wannen- und brausebaeder, die mit einer neuen, oelbefeuerten kesselanlage beheizt werden, zur verfuegung.

wandlung der badebeduerfnisse

eine bilanz des hermannbades zeigt die wandlung der badebeduerfnisse: waehrend 1951 die wannen- und brausebaeder noch von 286.355 besuchern genuetzt wurden, sank die frequenz bis 1970 auf 93.778 badegaeste. dieser rueckgang laesst sich zweifellos mit dem

./.

steigenden sanitaeren komfort der wohnungen erklaeren.demgegenueber ist die tendenz in den dampf- und saunabaedern - fuenf saunaabteilungen wurden bisher in staedtischen baedern eingerichtet staendig im steigen. waehrend 1960 der anteil der reinigungsbaeder an der gesamten warmbadfrequenz noch 82 prozent, jener der schwimmhallen 8,5 prozent und der dampf- und saunabaeder 9,5 prozent betrug hat 1970 der anteil der dampf- und saunabaeder bereits 16,5 prozent erreicht (reinigungsbaeder 55,5 prozent, schwimmhallen 28 prozent). im jahr 1970 zaehlte man allein 627.000 besucher - und zwar auffallend viel juengere jahrgaenge - in den staedtischen dampf- und saunabaedern.

mondscheingasse 9

unweit der neuen hermannsauna stand in der mondscheingasse 9 jenes legendaere erste volksbad, dass dann 1910 durch das hermannbad abgeloest wurde. der wiener gemeinderat hatte am 9. november 1886 den grundsaetzlichen beschluss gefasst, volksbaeder zu errichten. am 22. dezember 1887 - also vor fast genau 84 jahren - wurde dann das erste volksbad im hintertrakt des ehemaligen ''grundarmenhaus'' eroeffnet. es war mit getrennten brause- und umkleideraeumen fuer 42 maenner und 24 frauen eine absolute novitaet fuer die damalige zeit. ein bad (badezeit 20 minuten, 40 liter wasser pro person) kostete 5 kreuzer. die erwaermung des wassers geschah durch sogenannte ''heizwasserschlangen''. das volksbad in der mondscheingasse hatte am 22. mai 1910 das letzte mal offen, am 25. mai nahm bereits das hermannbad den betrieb auf.

keine ''erste schwalbe''

in der diskussion sprach stadtrat p f o c h die hoffnung aus, dass die neue hermannsauna keine ''erste schwalbe'' sein moege. man werde sich hier ganz nach den badebeduerfnissen der bevoelkerung und nach den moeglichkeiten in den einzelnen bezirken richten. das ottakringer bad z.b. zeige mit einem durchschnittlichen monatsbesuch von 15.000 badegaesten - davon 5.000 in der sauna - eine besonders gute auslastung. die heutige frequenz des bades betrage nach einer modernisierung das dreifache des durchschnittlichen monatsbesuches in den letzten zehn jahren.

auf die bereits in der budgetdebatte zur sprache gekommene baederpreisregulierung angesprochen, erklaerte der stadtrat, dass

./.

die voraussichtlich ab 1. februar 1972 erfolgende tariferhoehung durchschnittlich 30 prozent nicht ueberschreiten werde. stadtrat pfoch verwies darauf, dass im ablaufenden budgetjahr bei der baederverwaltung 100 millionen schilling ausgaben nur 34,5 millionen schilling an einnahmen gegenueberstehen. im interesse der volksgesundheit sei es freilich nicht moeglich, eine voellige beseitigung des betriebsabganges anzustreben, ein etwas groesserer teil der betriebskosten sollte jedoch hereingebracht werden.

an der ersten besichtigung der neuen hermannsauna nahmen auch bezirksvorsteher l i m a n o v s k y , bezirksvorsteherstellvertreter w a n a , als bezirksmandatar gr. b r o s c h und bezirksamtsleiter senatsrat dr. r i e t e n a u e r teil. die baederverwaltung war durch deren leiter senatsrat dipl.-ing. w u c z k o w s k i und oberstadtbaurat dipl.-ing. l a u s c h a vertreten.
1326

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861

Freitag, 17. Dezember 1971 Blatt 3727

Stadtwerke investieren fast zwei Milliarden

8. Tag der Budgetdebatte

Wien, 17.12. (RK) Verwaltungsgruppe XIV, Städtische Unternehmungen.

Referent: Stadtrat Franz Nekula (SPÖ).

Erträge: 5.496,100.000 Schilling, Aufwendungen: 5.665,300.000 Schilling.

Die rasante technische Entwicklung, verbunden mit einem tiefgreifenden Veränderungsprozeß auf sozialpolitischem Gebiet, hat Änderungen unserer Gesellschaftsstruktur eingeleitet, deren Auswirkungen und Ende heute noch nicht abzusehen sind. Eine Folge dieser Veränderungen ist die ständig steigende Nachfrage nach Energie. Darüber hinaus erfordert die Stadtentwicklung einen ständigen Ausbau der Infrastruktur. In der Konsequenz dieses Entwicklungsprozesses müssen immer umfangreichere Investitionen durchgeführt werden, für die enorme finanzielle Mittel notwendig sind.

Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für 1972 ist ein Spiegelbild dieser Entwicklung. Gegenüber dem Wirtschaftsplan 1971 steigen die Aufwendungen um 10,6 Prozent, während die Erträge nur um 7,1 Prozent steigen. Daraus ergibt sich ein Verlust von 169 Millionen. Nur durch die 1970 beschlossene Übernahme der Pensionslast der Stadtwerke durch die Hoheitsververwaltung, die für 1972 mit 555,6 Millionen Schilling veranschlagt wird, konnte der Verlust in dieser Größenordnung gehalten werden.

./.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien — Presseforum — A 1082 Wien, 1 Rathausstr. 1, Telephon 42800 Durchwahl Kl. 2971 - 2974, FS (7) 5662 — Chefredakteur: Wilhelm Adametz — Für den Inhalt

Um eine klaglose und der steigenden Nachfrage entsprechende Strom- und Gasbelieferung gewährleisten und den an die Verkehrsbetriebe gestellten Anforderungen entsprechen zu können, sind für 1972 Investitionen im Ausmaß von 1.869 Millionen Schilling geplant. Gegenüber dem Wirtschaftsplan 1971 bedeutet dies eine Steigerung um 517 Millionen oder 38 Prozent. Die Mittel zur Deckung dieser Investitionen stehen derzeit allerdings nicht voll zur Verfügung, so daß 748 Millionen oder 40 Prozent vorläufig gesperrt werden mußten. Im Hinblick auf die Versorgungsaufgaben der Stadtwerke darf jedoch kein Zweifel darüber bestehen, daß alle Anstrengungen unternommen und Maßnahmen gesetzt werden müssen, um diese Sperren abzubauen und den Werken jene Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen benötigen. (Der Wirtschaftsplan wurde auf der Basis der derzeitigen Tarife erstellt, da noch kein Beschluß über eine Änderung vorliegt.)

Elektrizitätswerke: Der Stromverkauf 1972 wird auf 3.934 Gigawattstunden (das sind 3,9 Milliarden Kilowattstunden) geschätzt, um 8,1 Prozent mehr als 1971. Angesichts der Verdopplung des Strombedarfs in weniger als zehn Jahren sind außerordentlich hohe Investitionen notwendig. In den kommenden zehn Jahren sind dafür - errechnet auf Preisbasis 1971 - rund 15 Milliarden Schilling nötig. Die Gewinne des E-Werkes reichen auf keinen Fall aus, diese Mittel aufzubringen. Die von der Verbundgesellschaft und den neun Landeselektrizitätsgesellschaften eingebrachten Tarifanträge wurden unter Ansetzung eines Limits genehmigt. Auf Grund dieser Genehmigung wird nun eine Berechnung für eine Tarifregulierung durchgeführt.

Allein für das neue Kraftwerk Donaustadt, dessen erster 150-MW-Block zur Sicherung der Wiener Versorgung 1973 den Betrieb aufnehmen muß, werden im kommenden Jahr 528 Millionen Schilling benötigt. Die heuer über zehn Monate dauernde Trockenperiode und der damit verbundene Wassermangel hat die Richtigkeit der Entscheidung bestätigt, innerhalb des Stadtgebietes ein zweites kalorisches Kraftwerk zu bauen. Infolge der extrem niedrigen Wasserführung sind die Wasserkraftwerke nicht in der Lage, ihr normales Stromangebot zur Verfügung zu stellen. Die kalorischen Werke Österreichs, von denen das Werk Simmering mit 510 MW das größte ist, müssen daher das entstandene Strommanko ausgleichen.

./.

Dabei gibt es noch eine Sorge. Das Kraftwerk Simmering bezieht sein Kühlwasser aus der Donau. Bei Ausfall des Kühlwassers würde auch die Stromerzeugung ausfallen. In den letzten Wochen drohte dieser Ausfall mehrmals, weil bisher unbekannte Täter Schlachtrückstände (Därme und Mägen) in so großer Menge in den Kanal geworfen haben, daß beide Kühlwasserstraßen verlegt wurden. Nur durch den Einsatz von Tauchern konnte die Kühlwasserversorgung wiederhergestellt und ein Ausfall der Stromerzeugung verhindert werden. In einem anderen Fall hat eine inzwischen ermittelte Firma so viel Altöl in den Donaukanal abgelassen, daß ebenfalls akute Gefahr bestand. Deshalb wurde der Polizeipräsident um eine verschärfte Überwachung gebeten.

Gaswerke: Für 1972 wird erwartet, daß erstmals mehr als eine Milliarde Kubikmeter Gas verbraucht wird. Bei der am 7. September 1970 begonnenen Umstellung auf Erdgas konnte nach der Überwindung von Anfangsschwierigkeiten die wöchentliche Umstellrate auf nunmehr 1.200 Haushalte mit rund 2.400 Geräten erhöht werden. Die Gaswerke tragen bekanntlich die Umstell- oder Umbaukosten für Herde und Kochstellen oder leisten bei deren Neuanschaffung eine Unterstützung; dafür sind 38 Millionen Schilling vorgesehen.

Verkehrsbetriebe: Die erwartete Beförderungsleistung von 446 Millionen Fahrgästen beruht auf zwei Annahmen. Erstens ist der Frequenzrückgang offenbar zum Stillstand gekommen, zweitens wirkt sich die vom Nationalrat beschlossene Schülerfreifahrt frequenzsteigernd aus. Der Durchschnittserlös pro Fahrgast wird mit nur mehr 239 Groschen angenommen. Andererseits erhöht die Schülerfreifahrt gerade während der Verkehrsspitze den Bedarf an Straßenbahnzügen, Autobussen und Personal.

Die Verkehrsbetriebe rechnen 1972 - noch ohne Berücksichtigung einer Tarifänderung - mit Aufwendungen von 1.883 Millionen und Erträgen von 1.262 Millionen Schilling. Der daraus entstehende Verlust wird durch einen Zuschuß, den die E-Werke innerhalb des Stadtwerkeverbundes leisten, auf 441 Millionen Schilling gesenkt.

Der Wunsch der Öffentlichkeit nach einem besseren Verkehrsangebot und größerer Attraktivität der Massenverkehrsmittel ist berechtigt. Daraus ergibt sich jedoch die Konsequenz, daß dem Unternehmen die finanziellen Mittel gesichert werden müssen, die zur Erfüllung dieser Wünsche nötig sind. Von den 431 Millionen Schilling, die 1972 für Investitionen unbedingt nötig

./.

sind, mußten mangels Bedeckung 268 Millionen vorläufig gesperrt werden. Das bedeutet nicht nur eine entscheidende Gefährdung der Betriebsführung, sondern ist auch ein ernstes Problem für große Teile der Wiener Wirtschaft und ihrer Arbeiter und Angestellten. Zur Sicherung der unbedingt erforderlichen Mittel wird noch heute dem Gemeinderat der Antrag auf eine Tariferhöhung vorgelegt werden.

Bestattung: 1972 sind Investitionen von 7,7 Millionen und ein Gewinn von 2,1 Millionen vorgesehen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

bruno enderes zum gedenken

4 wien, 17.12. (rk) auf den 19. dezember faellt der 100. geburtstag von bruno e n d e r e s , der 1871 geboren wurde.

er war ingenieur, trat 1897 in den staatsdienst ein und wirkte 1906 bis 1908 als bauleiter der elektrischen eisenbahn zwischen trient und male, 1908 bis 1917 als generaldirektor der aussig-teplitzer-eisenbahn, dann als leitender sektionschef im eisenbahnministerium und zuletzt im staatsamt beziehungsweise bundesministerium fuer verkehrswesen. 1923 trat er in den ruhestand. er gehoerte dann noch mehrere jahre der verwaltungskommission des neugeschaffenen unternehmens ''oesterreichische bundesbahnen'' sowie als vertreter oesterreichs der mit der aufteilung des staatlichen eisenbahn-fahrparks der ehemaligen oesterreichisch-ungarischen monarchie befassten repartitionskommission an. 1925/1926 war er auch praesident des oesterreichischen ingenieur- und architektenvereines. enderes war ein hervorragender fachmann des eisenbahnbaues und kenner der geschichte des eisenbahnwesens, die er ebenso wie alle fragen der verkehrs- und wirtschaftspolitik in seinen schriften stilistisch hervorragend darstellte. vor allem zu nennen sind: ''die holz- und eisenbahn'' budweis-linz...' (1926),''die semmeringbahn - zum 75. jahrestag ihrer eroeffnung''(1929),''ghega und sein werk - wahrheit und dichtung'' (1929),''das oesterreichische verkehrswesen'' (1932), enderes publizierte auch in verschiedenen wiener tageszeitungen.

bruno enderes ist am 17. oktober 1934 gestorben.

0933

weihnachtsbaumaktion fuer beduerftige familien

3 wien, 17.12. (rk) in zusammenarbeit mit der oesterreichischen gesellschaft ''rettet das kind'', landesverband wien, wird das jugendamt der stadt wien auch heuer wieder eine weihnachtsbaumaktion fuer beduerftige wiener familien durchfuehren. insgesamt wurden 50 familien mit 212 kindern von den bezirksjugendaemtern dafuer vorgeschlagen, die einen weihnachtsbaum mit kerzen und schokoladebehang erhalten werden.
0919

geehrte redaktion !

2 wir erinnern daran, dass montag die pressefuehrung durch die ausstellung des historischen museums ''wiener theater 1660 - 1900'' mit vizebuergermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r stattfindet.

bitte merken sie vor:

zeit: montag, 20. dezember, 10.30 uhr.

ort: historisches museum der stadt wien, 4, karlsplatz.
0918

bezirksvertretungssitzung in der kommenden woche

13 wien, 17.12. (rk) in der kommenden woche findet folgende bezirksvertretungssitzung statt:

dienstag, 21. dezember, 15 uhr, floridsdorf, 21, am spitz 1/201.
1209

Die Sendung des Wiener Bürgermeisters

Wien, 17.12. (RK) Morgen Samstag spricht Bürgermeister Felix Slavik um 13.20 Uhr in Österreich-Regional in der Sendung des Wiener Bürgermeisters über die Leistungen der Stadt Wien und der städtischen Bediensteten in diesem Jahr sowie über die Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit den Massenmedien.

\- - -

Weitere 42 Hektar für Quellschutzgebiet

Wien, 17.12. (RK) Weitere 42 Hektar für das Quellschutzgebiet der Ersten Wiener Hochquellenwasserleitung wird die Stadt Wien im Bereich des Forstreviers Stixenstein erwerben. Der Waldbesitz liegt nördlich des 826 Meter hohen Asandberges, der ebenfalls im Gemeindebesitz ist. Der Liegenschaftsausschuß des Wiener Gemeinderates beschloß nun den Ankauf des neuen Areals.

\- - -

Geehrte Redaktion!

Wir erinnern daran, daß am Montag eine

Pressekonferenz

stattfindet, bei der Planungsstadtrat Ing. Fritz Hofmann und Prof. Dr. Roland Rainer das Ergebnis des Wettbewerbes für die Gestaltung des Karlsplatzes bekanntgeben werden.

Bitte merken Sie vor:

Zeit: Montag, 20. Dezember, 11.30 Uhr

Ort: Künstlerhaus am Karlsplatz, 1. Stock.

\- - -

Neues Straßenbauvorhaben in Simmering

Wien, 17.12. (RK) Für den Ausbau eines neuen Straßenzuges, der parallel zur Dreherstraße in Simmering verlaufen soll, beschloß der Liegenschaftsausschuß des Wiener Gemeinderates nun den Ankauf einer entsprechenden Fläche in Kaiser Ebersdorf.

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Stadtwerke-Debatte

Wien, 17.12. (RK) GR. Müller (DFP) regte in seinem Debattenbeitrag unter anderem an, im Interesse eines flüssigen Individualverkehrs mehr Straßenbahnlinien auf den Autobusverkehr umzustellen. In diesem Zusammenhang übte er auch Kritik an der Verkürzung verschiedener Linien.

Ebenso kritisierte er das projektierte Umspannwerk auf der Schmelz: Damit ginge eine wertvolle Grünfläche inmitten dicht verbauten Gebietes verloren. Als groben Verstoß gegen den Naturschutz bezeichnete er auch die geplante Errichtung des Dampfkraftwerkes Donaustadt.

Die bevorstehende Strompreisregulierung, meinte der Redner, sei eine Folge des Fehlens einer vorausschauenden Planung.

Die Erdgasumstellung sollte forcierter vorangetrieben werden.

Seine Fraktion werde dem Wirtschaftsplan nicht zustimmen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) erklärte, es wäre sinnlos über den vorgelegten Wirtschaftsplan der Stadtwerke zu diskutieren, weil das gesamte Zahlenmaterial und die Schlußfolgerungen heute abend nach erfolgter Tariferhöhung nicht mehr stimmen werden. Diese Pläne wurden auf Grund der geltenden Tarife erstellt, die neuen Fahrscheine habe man hingegen bereits zu einem Zeitpunkt drucken lassen, als kein Genehmigungsbeschluß gefaßt war.

Der Redner nimmt gegen die geplante Tariferhöhung Stellung, da sie seiner Ansicht nach zu einem weiteren Rückgang der Frequenz führe und damit zwar zu einer Belastung für die Bevölkerung werde, jedoch keine Verbesserung der Finanzlage der Verkehrsbetriebe bringen wird. Jede Erhöhung der Vergangenheit habe das immer bewiesen. Die Verkehrsprobleme der großen Städte können nur dann bewältigt werden, wenn es gelingt, den Individualverkehr zugunsten des Massenverkehrs einzudämmen. Während bei den Verkehrsbetrieben als Grund für die Erhöhung der

./.

Frequenzrückgang genannt wird, wird bei den E-Werken argumentiert, daß durch den sprunghaft gestiegenen Stromverbrauch größere Investitionen und daher höhere Einnahmen notwendig würden. Eine Straßenbahn könnte in der heutigen Zeit nicht mehr kostendeckend geführt werden, vielleicht wäre dies bei einem Massenverkehrsmittel wie U-Bahn oder S-Bahn bei entsprechend großem Netz möglich. Leider haben wir hier aber viel zu spät mit dem Bau begonnen. Es gäbe jedoch eine Reihe von Rationalisierungs- und Einsparungsmöglichkeiten, die das Defizit um dutzende Millionen verringern könnten. Dazu gehöre die Verwendung von schaffnerlosen Beiwagen, auf minderfrequentierten Strecken sogar von schaffnerlosen Triebwagen, ein vernünftiger Personaleinsatz bei den Werkstätten, eine Reorganisation der Verwaltungsstellen usw.

Seine Fraktion werde dem Wirtschaftsplan und der Tariferhöhung nicht zustimmen.

GR. Kowarsch (ÖVP) urgierte detaillierte Unterlagen über das Budget der Stadtwerke und brachte einen entsprechenden Antrag ein. Danach wird die Vorlage von Vermögens- und Erfolgsrechnungen der Wiener Stadtwerke als Gesamtunternehmung sowie für die einzelnen Teilbetriebe und ein Jahresbericht gefordert. Für diese Unterlagen wird eine so weitgehende Untergliederung verlangt, daß eine wirtschaftliche Beurteilung der Stadtwerke und ihrer Teilunternehmungen möglich ist.

Der Redner forderte dann eine echte Sanierung der Stadtwerke und übte Kritik an der "verzerrenden Darstellung" des Wirtschaftsberichtes: Danach könne man glauben, es seien alle Unternehmungen der Stadtwerke sanierungsbedürftig. In Wirklichkeit: seien jedoch drei der vier Unternehmungen "kerngesund".

Folgende Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Bei den Verkehrsbetrieben erarbeite ein Beschäftigter den Betrag von 101.266 Schilling, bei der Bestattung 470.661 Schilling, bei den Gaswerken 583.272 Schilling, bei den E-Werken 639.915 Schilling. Das ergebe einen Durchschnitt von 321.821 Schilling für die Stadtwerke insgesamt.

./.

GR. Haag (ÖVP) begrüßte den gemeinsamen Kundendienst der E-Werke mit den Gaswerken als eine ausgezeichnete Einrichtung. Kritik übte er daran, daß in Wohnungen, die vor zwei Jahren bezogen wurden, die Gasgeräte teilweise bei der Erdgasumstellung bereits umgebaut werden mußten. Hier sei offenbar mehr Koordination zwischen den Gaswerken und der Wohnhäuserverwaltung nötig. Die Verwaltung der Heizbetriebe wieder sei offensichtlich unfähig gewesen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Das werde wohl hoffentlich in der Ära der Betreuung durch die Geschäftsgruppe XIV besser werden.

Zu den Verkehrsbetrieben sprach Haag die Vermutung aus, der vielzitierte Personalmangel sei möglicherweise in Wirklichkeit in einer mangelhaften Diensteinteilung zu sehen. In diesem Zusammenhang ersuchte der Redner um Aufklärung, warum die Zahl der Schaffnerinnen, die sich zu Straßenbahnfahrern ausbilden lassen, denn noch immer so gering sei.

Haag beschäftigte sich abschließend mit Verkehrsproblemen der City und der Stadtrandgebiete. Es sei merkwürdig: Menschen seien bereits bis zum Mond geflogen, aber noch immer sei es den Technikern nicht gelungen, ein abgasfreies Personenbeförderungsmittel für den Innenstadtverkehr bis zur Serienreife zu entwickeln.

Hinsichtlich der Stadtrandgebiete würdigte Haag besonders die wesentliche Verbesserung der Verkehrssituation im 22. Bezirk. Die Schaffung optimaler Umsteigemöglichkeiten verkürze für die Bewohner dieses Bezirkes beträchtlich den Weg vom und zum Arbeitsplatz. Zu wünschen bleibe nur, daß hinsichtlich der Stadtrandgebiete bald der Einheitstarif mit den entsprechenden Linien der Österreichischen Bundesbahnen - also etwa Ostbahn und Franz Josefs-Bahn-zustandekomme.

GR. Seeböck (SPÖ) unterstrich zunächst die Bedeutung des Wirtschaftsplanes für die Wiener Wirtschaft, wobei er die Wiener Stadtwerke - bekanntlich das fünftgrößte Unternehmen Österreichs - als einen Wirtschaftsmotor und wesentlichen Faktor innerhalb der Wirtschaft bezeichnete. Die Energieversorgung werde heute als viel zu selbstverständlich genommen

./.

und in ihrer Bedeutung nur leider allzu oft unterschätzt. In diesem Zusammenhang wandte sich der Redner scharf gegen verschiedene Manipulationen in den Massenmedien, die nur zu einer Beunruhigung der Bevölkerung führen. Man habe nichts gegen Kritik, doch müsse sie stets sachlich bleiben.

Zu den E-Werken: Allein 15 Milliarden werden in den nächsten zehn Jahren für den Investitionsbedarf notwendig sein. Eine besondere Belastung werde hier im Verhältnis zu anderen Landeselektrizitätsgesellschaften darin bestehen, daß in einer Großstadt wie Wien die wesentlich billigeren Freileitungen nur zum Teil durchführbar sind. Die Errichtung von Dampfkraftwerken habe sich gerade in "Trockenperioden" der Elektrizitätsversorgung als unbedingt notwendig erwiesen. Was den Stromverbrauch betrifft, so ist er durch die Vermehrung der Zahl der Elektrogeräte in den Haushalten ständig im Steigen begriffen.

Bezüglich des neu eingerichteten Kundendienstes meinte der Redner, daß sich dieser erfreulicherweise bestens bewährt habe.

Zu den Gaswerken: die am 7. September 1970 begonnene Aktion der Erdgasumstellung wird auch im kommenden Jahr forciert werden. So wurden bisher bereits 51.000 Haushalte mit über 96.000 Geräten umgestellt. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen ist damit zu rechnen, daß die Aktion schon früher als erwartet, nämlich in etwa zehn Jahren, beendet sein wird.

Der Redner kam sodann auf die Wiener Verkehrsbetriebe zu sprechen, wobei er die hier täglich erbrachten Dienstleistungen für die Allgemeinheit hervorhob. Auf die finanzielle Situation eingehend erklärte GR. Seeböck, dies sei ein internationales Problem. Auch in hochentwickelten europäischen Industriestaaten befinden sich die öffentlichen Verkehrsmittel in einer schwierigen finanziellen Lage. Wohl habe die Beförderungsleistung bei den Wiener Verkehrsbetrieben zugenommen, doch stünden die Einnahmen von den Beförderungen in keiner Relation zu den Betriebskosten. Zum Nulltarif meinte er, daß dieser keineswegs das "Ei des Kolumbus" darstelle. Abschließend forderte der Debattenredner im Interesse einer raschen Fahrgastbeförderung den absoluten Vorrang der Massenverkehrsmittel im Straßenverkehr.

./.

StR. Nekula bekannte sich im Schlußwort zur Rationalisierung durch Personaleinsparungen. Diese Rationalisierung verursacht jedoch hohe Kosten - etwa beim Umbau von Straßenbahnwagen für den schaffnerlosen Betrieb - die anfallen, ehe irgendein Rationalisierungseffekt wirksam wird. Das gilt auch für den Vorschlag von Gleisverlegungen. Wer höhere Ausgaben verlangt, dürfte jedenfalls nicht gleichzeitig dagegen sein, die nötigen Investitionsmittel aufzubringen.

Standorte Umspannwerk Schmelz und Kraftwerk Donaustadt: Immer, wenn ein solches Werk gebaut wird, taucht die Frage auf, warum gerade hier und nicht woanders. Standorte werden jedoch nicht willkürlich gewählt. Der Standort eines Umspannwerkes ist von der Netzsituation abhängig. Ein kalorisches Kraftwerk benötigt große Mengen Kühlwasser, die am besten aus der Donau zu entnehmen sind. Übrigens ist die Gegend, wo das Kraftwerk Donaustadt gebaut wird, nur dem Namen nach Naturschutzgebiet, in Wirklichkeit jedoch völlig devastiert.

Atomkraftwerk: Es gibt keine Pläne für ein Atomkraftwerk auf Wiener Boden, sondern nur Überlegungen bezüglich des dritten Blocks im Kraftwerk Donaustadt, der 1979 fertig sein muß. Es sei denkbar, daß gemeinsam mit anderen Elektrizitätsunternehmungen ein Atomkraftwerk gebaut wird. Wien allein wird das kaum tun, da die Untergrenze der Wirtschaftlichkeit bei 700 Megawatt liegt.

Erdgas-Umstellung: Die Umstellung von 800 Haushalten wöchentlich war geplant, jetzt sind es jedoch schon 1.200. Die internationalen Spitzenwerte liegen bei 1.500, Wien will auf 2.000 kommen. Das bedeutet, daß die Umstellung nicht, wie geplant, in zwölf oder, wie optimistisch eingeschätzt wurde, in zehn Jahren, sondern schon in neun Jahren oder noch früher abgeschlossen sein wird.

Wirtschaftsplan: Seine Ausarbeitung beginnt im Juli und dauert viele Wochen. Wäre die erst zu beschließende Tariferhöhung schon berücksichtigt worden, wäre das sicher als Mißachtung des Beschlußrechtes des Gemeinderates kritisiert worden.

./.

E-Werks-Investitonen: Die Gewinne der E-Werke stehen in keinem Verhältnis zum Investitionsbedarf (StR Schaumayer(ÖVP): Die Unterlagen sind dürftig!). 1972 erwarten die E-Werke 354 Millionen Gewinn, aber der Investitionsbedarf beträgt 1.121 Millionen. Bei einer Verdopplung des Strombedarfs in zehn Jahren sind in dieser Zeit Investitionen von 15 Milliarden nötig. Die gegenwärtige Steigerungsrate entspricht jedoch einer Verdopplung des Strombedarfs in achteinhalb Jahren.

U-Bahn: Sie wird kostensparend sein, aber vorerst einmal verursacht sie sehr hohe Kosten. Diese Mittel müssen aufgebracht werden. Man kann nicht für die U-Bahn eintreten, aber gleichzeitig die Dienstgeberabgabe ablehnen.

Vergleich zwischen den Leistungen der Bediensteten der verschiedenen Unternehmungen: Das ist eine wertlose Äpfel-Birnen-Rechnung. Man kann Energieversorgungsunternehmen nicht mit besonders arbeitsintensiven Dienstleistungsunternehmen vergleichen.

ÖVP-Antrag, genauere Unterlagen zu liefern: Die Stadtwerke haben verschiedene Wirtschaftspartner. Kein Wirtschaftsunternehmer veröffentlicht Detailunterlagen und gibt damit dem Partner Einblick in die Kalkulation (Tumult bei der ÖVP. GR. Kowarsch: Dann kann man Verantwortung nicht übernehmen. StR Schaumayer: Unglaublich. Lesen Sie das Aktiengesetz.).

Elektrobus: International sind drei Systeme in Erprobung. In Koblenz fährt ein Batteriebus mit einem Radius von 50 Kilometer, dessen Batterieanhänger jedoch zu groß ist und eine untragbar kurze Lebensdauer von eineinhalb Jahren hat. In Japan fährt ein Batteriebus mit Radius 100 Kilometer, dessen Batterieanhänger jedoch sechs Meter lang, also für den Stadtverkehr unbrauchbar ist. Eine österreichische Erfindung beruht auf Gleichstrombasis. In Abständen von zwölf Kilometern müßten dafür eigene Umformer aufgestellt werden, jedesmal entstünden nach 12 Kilometern zehn Minuten Aufenthalt zur Aufladung. Wien konzentriert sich auf den Umbau von Autobussen auf umweltschonenden Flüssiggasantrieb. Als erstes großes Unternehmen wird der Wiener Autobusbetrieb 1973 den strengen Bestimmungen des California-Tests entsprechen.

./.

Einheitstarif für alle innerstädtischen Bahn- und Buslinien: Würde rund 120 bis 140 Millionen Schilling kosten.

Abstimmung: Der Wirtschaftsplan wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP genehmigt, der ÖVP-Antrag einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

*

Die kürzeste Budget-Debatte "die es je gab"

Dies war die kürzeste Budget-Debatte im Wiener Rathaus. Insgesamt beriet der Wiener Gemeinderat in acht Sitzungstagen 47 Stunden und 35 Minuten lang. Im Vorjahr dauerte die Budgetdebatte 56 Stunden und zehn Minuten.

Das längste Referat hielt Finanzstadtrat Schweda mit einer Stunde und sechs Minuten, das kürzeste Referat Wohnungsstadtrat Suttner mit 17 Minuten.

80 Debattenredner hatten sich zu Wort gemeldet. Den längsten Debattenbeitrag lieferte GR. Seeböck zum Kapitel "Stadtwerke" mit 50 Minuten Rededauer. Die kürzeste Rede hielt GR. Jedletzberger zum Kapitel "Verschiedene Rechtsangelegenheiten"; er sprach drei Minuten lang.

- - -

Geschäftssitzung des Wiener Gemeinderates

Wien, 17. 12. (RK) Im Anschluß an die Budgetdebatte erledigte der Wiener Gemeinderat die restliche Tagesordnung. GR. Hermine Fiala (SPÖ) beantragt, dem Verein Wiener Jugendkreis eine Subvention von 500.000 Schilling zu gewähren.

Ohne Debatte mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Ein weiterer Antrag der selben Referentin sieht den Abschluß eines Vertrages mit der Austria-Wochenschau über wöchentliche Bildberichte vor.

GR. Dr. Tuma (DFP) kritisiert, daß seine Fraktion keine Unterlagen über diesen Antrag erhalten habe. Da kaum mit einer echten Information zu rechnen sei, stimme seine Fraktion nicht zu.

GR. Dr. Wolfram (FPÖ) befürchtet, daß die für Wochenschau-Berichterstattung aufgewendeten Beträge hinausgeworfenes Geld sein könnten, da der Wochenschau im Zeitalter des Fernsehens und des Rückgangs des Kinobesuches kaum mehr Bedeutung zukomme. Seine Fraktion werde nicht zustimmen.

GR. Fiala erklärt im Schlußwort, die Geschäftsgruppe III sei zuständig für die Filmförderung. Ihre Fachleute werden daher auch beratend bei der Herstellung der Wochenschauberichte mitwirken. Die Landeslichtbildstelle wird überdies diese Filme für Dokumentationszwecke archivieren und sie natürlich auch den Schulen und dem Landesjugendreferat zur Verfügung stellen. Die Wiener Bevölkerung habe ein Recht, über die Arbeit und die Leistungen der Wiener Stadtverwaltung objektiv informiert zu werden und dem soll der vorliegende Antrag dienen.

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

GR. Dr. Müller (SPÖ) beantragte für die Erweiterung des Internationalen Studentenheimes in Döbling eine Erhöhung des Sachkredites um 4,4 Millionen auf 106,4 Millionen Schilling. Ohne Debatte einstimmig angenommen.

Stadtrat Suttner (SPÖ) stellte den Antrag, auch für die in 707 Fällen gewährten Zusatzdarlehen der Stadt Wien eine einmalige Sonderbegünstigung für die vorzeitige Rückzahlung von Wohnbaudarlehen zu gewähren.

Ohne Debatte einstimmig angenommen. ./.

Für die Ausarbeitung eines generellen Projektes für die Süd-Ost-Autobahn durch Prof. Dr. Dorfwirth beantragte Gemeinderat Ing. Hofstetter (SPÖ) eine Erhöhung des Kostenbetrages auf 528.600 Schilling.

Dazu meldete sich GR. Dr. Tuma (DFP) zu Wort: Im Interesse noch offener Fragen des Umweltschutzes sollte die Stadtverwaltung die zu dem Projekt gemachten Budgeterinnerungen von 50 Bürgern diskutieren.

GR. Ing. Hofstetter betonte im Schlußwort, daß gerade eine Autobahn, auf der nicht oft angehalten werde, im Vergleich zu Straßen mit Kreuzungen nach Ansicht der Fachleute wesentlich umweltfreundlicher sei. Bei Abwägung der Vor- und Nachteile des Projektes müsse man der Autobahn ein größeres Interesse der Gemeinschaft zusprechen.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Nächste Punkte der Tagesordnung waren zwei Schulbauten: GR. Fiala (SPÖ) beantragte die Errichtung einer achtklassigen Schule im 14. Bezirk, Karl Toldt-Weg, mit Kosten von 19,7 Millionen Schilling.

Abstimmung:: einstimmig angenommen.

GR. Gawlik (SPÖ) beantragte den Bau einer 32-klassigen Volks-, Haupt- und Sonderschule in der Großfeldsiedlung (Kosten: 54 Millionen Schilling).

Abstimmung: einstimmig angenommen.

GR. Schmid (SPÖ) beantragte die Erhöhung der Nächtigungsgebühren in den städtischen Obdachlosenheimen.

Als Debattenredner erklärte GR. Dr. Tuma (DFP), seine Fraktion schäme sich dieses Antrages.

Im Schlußwort erklärte GR. Schmid, diese Gebühren seien seit 20 Jahren gleichgeblieben, mittlerweile hätten sich aber die Fürsorgerichtsätze auf das Vierfache erhöht.

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Ohne Debatte einstimmig angenommen wurde die Vergebung eines Untersuchungsauftrages für die Stadtentwicklung an ein Institut in Frankfurt (Berichterstatter: GR. Ing. Hofstetter, SPÖ) und die Schaffung einer Überwachungsstation im Elisabethspital (Berichterstatter Stadtrat Dr. Glück, ÖVP),

./.

GR. Edlinger (SPÖ) beantragte die Vergebung eines Auftrages an das Institut für empirische Sozialforschung (IFES) zur Messung der Attraktivität von Stadtteilen in Wien.

Bezugnehmend auf die Person des Geschäftsführers in diesem Institut, den SPÖ-Nationalratsabgeordneten Otto Blecha, kritisierte GR. Müller (DFP) als Debattenredner, den Umstand, daß es dabei keine Ausschreibung gegeben habe.

GR. Edlinger erklärte im Schlußwort, das erste Erfordernis für optimale Planung sei das Vorhandensein eines Höchstmaßes von Daten.

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Stadtrat Pfoch und GR. Edlinger (SPÖ) referierten über die geplante Errichtung eines städtischen Wohnhausbaues im 23. Bezirk in der Breitenfurter Straße 360-368. Neben Wohnräumen wird diese Wohnhausanlage unter anderem auch Büroräumlichkeiten, Geschäftslokalitäten sowie eine Tuberkulosenfürsorgestelle enthalten.

Als Debattenredner wies GR. Dr. Tuma (DFP) auf die Gefahr einer solchen Institution in einer Wohnhausanlage hin.

Stadtrat Pfoch versicherte in seinem Schlußwort, daß entsprechende Vorkehrungen vorgesehen sind.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ, der ÖVP und der FPÖ angenommen.

GR. Margarete Tischler (SPÖ) referierte über den Abschluß einer eigenen Bauwesen- und Haftpflichtversicherung für den U-Bahn-Bau.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Stadtrat Pelzelmayer stellte den Antrag, Provisorien für die Unterbringung der derzeitigen Inhaber von Marktständen des Fleischdetailmarktes und des Viktualienmarktes zu errichten.

GR. Krönn (FPÖ) kritisierte als Debattenredner die zu geringe Information der Mitglieder des Gemeinderates über derlei Vorhaben.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

./.

GR. Paulas (SPÖ) beantragte die Erhöhung des Kreditrahmens für die Ansiedlung und die strukturverbessernde Umsiedlung von Betrieben um 200 Millionen auf 650 Millionen Schilling. Die Stadt Wien gewährt für diese Kr dite Zinsenzuschüsse. Die Aufstockung bedeutet für die Stadt eine Belastung von 12 bis 14 Millionen Schilling.

Abstimmung: Einstimmig genehmigt.

GR. Ascherl (SPÖ) beantragte eine Subvention von 180.000 Schilling an die Gesellschaft bildender Künstler für die Renovierung des Künstlerhauses.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

GR. Prof. Bittner (ÖVP) beantragte für die Gesellschaft bildender Künstler eine Jahressubvention von 50.000 und eine Sondersubvention von 75.000 Schilling für die Ausstellung "Zeichnen heute".

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

GR. Prof. Bittner (ÖVP) beantragte auch eine Subvention von 100.000 Schilling für das Österreichische Filmmuseum.

Abstimmung: Einstimmig genehmigt.

Weiter beantragte GR. Prof. Bittner (ÖVP) 50.000 Schilling für das Katholische Bildungswerk der Erzdiözese Wien, das seinen 25jährigen Bestand feiert.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

GR. Hermine Fiala (SPÖ) beantragte 100.000 Schilling für die Wiener Kammeroper.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

GR. Gawlik (SPÖ) beantragte insgesamt 145.000 Schilling für das English Theatre, das Theater Arlequin, das Cafetheater und die Gruppe Torso.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

GR. Gawlik (SPÖ) beantragte weiter 40.000 Schilling Sondersubvention für die Übersiedlung des Notrings der wissenschaftlichen Gesellschaften Österreichs.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

GR. Dr. Müller (SPÖ) beantragte, zwölf Südtiroler Studenten ein Jahresstipendium von je 13.000 Schilling zu gewähren.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

./.

GR. Dipl.-Volkswirt Karoline Pluskal (SPÖ) beantragte 20.000 Schilling für das Kabarett "Der Bunte Wagen".

Abstimmung: Einstimmig gebilligt.

GR. Wiesinger (SPÖ) beantragte 70.000 Schilling für das "Haus des Meeres".

Abstimmung: Einstimmig genehmigt.

GR. Prof. Bittner (ÖVP) beantragte 25.000 Schilling für die Stegreifbühne Karoline Tschauner.

Abstimmung: Einstimmig beschlossen.

GR. Michaelica (SPÖ) beantragt die Verhängung der zeitlich begrenzten Bausperre für ein Gebiet im Ortsbereich Stammersdorf. Ohne Debatte einstimmig angenommen.

GR. Wiesinger (SPÖ) stellt den Antrag, die Errichtung eines 32klassigen Schulbaues in der Großfeldsiedlung IIIa zu genehmigen. Die Baubewilligung wird von GR. Edlinger (SPÖ) beantragt.

Beide Anträge wurden einstimmig angenommen.

Bericht der Altersheim-Kommission

GR. Rosenberger (SPÖ) gibt als Vorsitzender der Altersheim-Kommission einen Bericht über die bisherigen Untersuchungen der Möglichkeiten einer weiteren Verbesserung in der Betreuung der in den Altersheimen untergebrachten Mitbürger. Der Kommissionsbericht, der eine Zusammenfassung der Tätigkeit des ersten Jahres enthält, wurde dem Wiener Gemeinderat auch schriftlich vorgelegt. Wie GR. Rosenberger feststellt, konnten auf Grund der Beobachtungen und der ersten Wahrnehmungen bereits viele Verbesserungen erreicht werden. Ziel der Kommission sei es, mitzuhelfen, unseren älter gewordenen Mitbürgern, die nicht mehr im Familienverband leben können, die Aufnahme in ein Altersheim zu ermöglichen und den Aufenthalt dort so angenehm wie möglich zu gestalten. Insgesamt stehen derzeit 6000 Betten in den Altersheimen zur Verfügung.

./.

Zu den Vorschlägen der Kommission gehören unter anderem: Vereinfachung der Aufnahmeformalitäten und Auflassung der zentralen Aufnahmestelle. Den Insassen sollte die Möglichkeit geboten werden, persönliches Gut zu behalten, um über einen kleinen persönlichen Bereich verfügen zu können. Der Tagesablauf sollte so gestaltet werden, daß zu zeitiges Wecken vermieden wird und daß die Abstände zwischen dem Abendessen und dem Frühstück verkleinert werden. Die Hausordnung wäre den heutigen Gegebenheiten anzupassen und zu ändern. Die Kleidung, vor allem jene der gehfähigen Pfleglinge, müßte individueller gestaltet werden. Die Anstaltsbibliotheken müßten in Zukunft besser versorgt werden. Zweckmäßig erschiene es, in den Altersheimen Buffets einzurichten und mit kleinen Buffetwagen bettlägerige Pfleglinge zu versorgen. Bei Umbauten müßte darauf geachtet werden, eine Belästigung der Patienten und des Pflegepersonals durch zu große Lärm- und Staubbelästigung zu vermeiden.

Wichtig wäre es, jene Pavillons im Bereich des Altersheimes Lainz, die derzeit für Spitalszwecke verwendet werden, wieder dem Altersheim zur Verfügung zu stellen. Dadurch wäre eine große Entlastung in der Versorgung möglich.

Der Redner verweist abschließend noch auf die Vorschläge, die für die einzelnen Altersheime in baulicher und pflegerischer Hinsicht gemacht wurden. In allen aufgezeigten Belangen wurde bereits mit dem Anstaltenamt verhandelt und gutes Einvernehmen erzielt.

Die vier Grundsatzersuchen, die an den Gemeinderat gerichtet werden, seien folgende: Auflassung der großen Schlafsäle, für Ehepaare geeignete Räume in ausreichendem Maß zur Verfügung zu stellen, in Krankenhäusern der Stadt Wien an die Einrichtung geriatrischer Abteilungen für vorübergehend Erkrankte vorzusorgen und den absolut vorhandenen Mangel an Pflegepersonal durch geeignete Maßnahmen zu beseitigen.

Abschließend dankt der Redner für die ausgezeichnete Zusammenarbeit aller Stellen. Den vorliegenden Bericht bittet er zur Kenntnis zu nehmen.

Ohne Debatte einstimmig zur Kenntnis genommen.

./.

Stadtrat Pfoch beantragte die Errichtung der städtischen Wohnhausanlage in der Per Albin Hansson-Siedlung Ost (Bauteil 7, fünf Häuser, 110 Wohnungen, davon 26 für Körperbehinderte) mit Kosten von 37 Millionen Schilling. GR. Glaser (SPÖ) referierte die Baubewilligung.

Abstimmung: Ohne Debatte einstimmig angenommen.

Als nächstes stand die städtische Wohnhausanlage im 14. Bezirk, Markusgasse-Rottstraße-Felbigergasse-Prochstraße (163 Wohnungen), referiert von Stadtrat Pfoch, auf der Tagesordnung.
GR. Dr. Glatzl (ÖVP) referierte die Baubewilligung.

Abstimmung: ohne Debatte einstimmig angenommen.

Den Neubau einer Wohnhausanlage im 11. Bezirk, Thürnhofstraße, (4. Bauteil, 14 Häuser, 474 Wohnungen) beantragte GR. Paulas (SPÖ). Dazu referierte GR. Ing. Nedwed (SPÖ) die Baubewilligung.

Abstimmung: ohne Debatte einstimmig angenommen.

GR. Busta (SPÖ) beantragte sodann die Aufnahme von drei Darlehen beim Wasserwirtschaftsfonds durch die Stadt Wien. 5,07 Millionen Schilling für den Bau des Österreicher-Stollens, vier Millionen für Kanalumbauten im Zusammenhang mit der Niveaufreimachung der Altmannsdorfer Straße und 8,7 Millionen für die Umlegung von Wasserleitungssträngen für das gleiche Projekt.

Abstimmung: ohne Debatte einstimmig angenommen.

Eine neue Telefonanlage (Kosten eine Million Schilling) im Zuge der Erneuerung des Amtshauses im 17. Bezirk beantragte GR. Dipl.-Volkswirt Karoline Pluskal (SPÖ)

Abstimmung: ohne Debatte einstimmig angenommen.

Stadtrat Heller (SPÖ) beantragte die Genehmigung von 800 Millionen Schilling für das Baulos 2 c der U-Bahn-Linie 4 (das ist die Strecke Columbusplatz-Reumannplatz) und die Genehmigung von 560 Millionen Schilling für die Errichtung des ersten Bauloses des Entlastungsgerinnes, allgemein als "zweite Donau" bezeichnet. Es handelt sich dabei um ein neun Kilometer langes Teilstück des neuen Bettes von der Praterbrücke Strom abwärts.

Beide Anträge einstimmig angenommen.

GR. Stockinger (SPÖ) beantragte die Ermäßigung von Gebühren für die Benützung von Schlachteinrichtungen im Zentrum Landstraße.

GR. Krenn (FPÖ) brachte einen Antrag mit noch weitergehenden Ermäßigungen ein. Dieser Antrag wurde abgelehnt, der Antrag des Referenten einstimmig angenommen. ./.

Neuer Straßenbahntarif

Stadtrat Nekula (SPÖ) legte den Antrag auf Änderung der Tarife und der Beförderungsbestimmungen der Wiener Verkehrsbetriebe vor.

Der heute beschlossene Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1972 hat die Finanznotlage des Gesamtunternehmens, die fast ausschließlich durch die Wiener Verkehrsbetriebe verursacht wird, aufgezeigt. Für das kommende Jahr rechnen die Verkehrsbetriebe mit einem Verlust von 621 Millionen Schilling. Auch unter Berücksichtigung der Zuschußleistung der Wiener E-Werke von 180 Millionen verbleibt noch immer ein Verlust von 441 Millionen. Die seit der letzten Tarifregulierung, also vor fünf Jahren, entstandenen Verluste betragen 2,9 Milliarden Schilling. Den steigenden Preisen und Löhnen stehen die seit fünf Jahren unveränderten Tarife gegenüber. Allein die Preissteigerungen auf dem Metall-, Bau- und Treibstoffsektor führten zu einem empfindlichen Auseinanderklaffen von Erträgen und Aufwendungen. Entscheidend jedoch bei einem personalintensiven Unternehmen, wie es gerade die Verkehrsbetriebe sind, sind die Lohnkosten. Obwohl es durch intensive Rationalisierungsmaßnahmen gelungen ist, den Personalstand um 982 Personen zu senken, stieg infolge von Bezugsregulierungen der Personalaufwand von 730 Millionen um 23 Prozent auf 989 Millionen Schilling an.

Zur Fortsetzung ihrer Investitionstätigkeit und damit zur Durchführung weiterer Rationalisierungen benötigen die Wiener Verkehrsbetriebe für 1972 431 Millionen Schilling. Mangels entsprechender Mittel mußten aber davon 268 Millionen gesperrt werden. Allein durch die bisher durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen konnten Erfolge erzielt werden, die in Form von 299,8 Millionen Minderausgaben zu Buche stehen. Eine Sperre von Investitionsmitteln in einem derart hohen Ausmaß müßte zwangsläufig die Einstellung der Investitionstätigkeit notwendig machen, wodurch auch weitere Rationalisierungserfolge nicht erreicht werden könnten. Die verschiedenen überalteten Straßenbahntypen müßten ausgeschieden werden, ohne daß dafür ein Ersatz möglich wäre. Die Folge davon wären Betriebsverschlechterungen und Intervalldehnungen, die zu einem weiteren Absinken der Attraktivität der Verkehrsbetriebe führen würden.

Außerdem würden für Teile unserer Wiener Industrie, die weitestgehend von der Auftragsvergabe der Wiener Verkehrsbetriebe

abhängig sind, spürbare Rückschläge entstehen. Im § 24 des vom Wiener Gemeinderat beschlossenen Unternehmungsstatutes wird die Direktion des Unternehmens verpflichtet, zur Lenkung der Aufwendungen erforderliche Maßnahmen zu treffen oder vorzuschlagen. Unter Punkt 2 heißt es wörtlich: Wirtschaftliches Ziel der Ertragslenkung sind eigene Erträge der Unternehmungen in einer Höhe, die es in der Regel ermöglichen, zumindest die Aufwendungen voll zu decken, die Erhaltung der Wirtschaftssubstanz im Bereiche der Anlagen sicherzustellen und die technische und wirtschaftliche Fortentwicklung der Unternehmungen zu gewährleisten.

Auf Grund der finanziellen Notlage des Unternehmens und unter Berücksichtigung der statutarischen Verpflichtung sah sich die Direktion veranlaßt, entsprechende Vorschläge auszuarbeiten. Um ausreichend Entscheidungsunterlagen zu schaffen, wurden im Rahmen der Direktion rund 120 Tarifvorschläge berechnet. Auf Grund der im Wirtschaftsplan angenommenen Beförderungsleistungen wurde ein Durchschnittserlös von 239 Groschen pro Beförderungsfall errechnet. Um eine volle Kostendeckung zu erreichen, müßte jedoch ein Durchschnittserlös von 596 Groschen erzielt werden. Bei diesem Durchschnittserlös müßte unter Beibehaltung aller Sozialrabatte ein Tagesfahrschein, von dem sich auf Grund unseres heutigen Tarifsystems alle Rabatte ableiten, 14 Schilling kosten. Ich war mir bewußt, daß diese Berechnung nur rein theoretischen Wert haben konnte, trotzdem mußte sie zur Erstellung einer Ausgangsbasis angestellt werden.

Zur Aufrechterhaltung der notwendigen Investitionstätigkeit und um wenigstens bescheidene Mittel zur Deckung des Abganges zu erhalten, wurde daher von den Verkehrsbetrieben ein Tarifvorschlag auf der Basis eines Sieben-Schilling-Schaffnerfahrscheines erstellt. Der auf dieser Basis erstellte Vorschlag hätte Mehreinnahmen im Betrage von 318 Millionen Schilling brutto erbracht. Brutto deshalb, weil durch die Mehreinnahmen erhöhte Ausgaben für Provisionen an Trafiken, durch höhere Abgeltung für die Beförderung von Fahrgästen der Wiener Verkehrsbetriebe auf der Schnellbahn und durch Erhöhung der Beförderungssteuer entstanden wären. Der verbleibende Nettoertrag hätte 292 Millionen Schilling betragen. Im Zuge der zwischen der Finanzverwaltung und den Stadtwerken geführten Verhandlungen

./.

erklärte sich Stadtrat Schweda bereit, die für 1973 wirksam werdende Pensionsübernahme der Wiener Stadtwerke im Ausmaß von 80 Prozent bereits auf 1972 vorzuverlegen.

Die dadurch erzielte Entlastung für die Wiener Stadtwerke beträgt 71,3 Millionen Schilling. Die Stadt Wien übernimmt damit Pensionslasten von insgesamt 626,9 Millionen. Durch diese Bereitschaft der Finanzverwaltung war es möglich, die Erhöhung des Tagesfahrscheines von fünf auf sechs Schilling vorzuschlagen. Die sich dadurch ergebenden Tarifänderungen liegen im Detail vor. Der Mehrertrag dieser Tarifregulierung beträgt 211 Millionen. Unter Berücksichtigung der vorher bereits dargestellten Erhöhung an Provisionen, an Erhöhung der Abgeltungen an die ÖBB und an Beförderungssteuer verbleibt ein Nettomehrertrag von 192 Millionen. Zuzüglich der von der Hoheitsverwaltung vorzeitig geleisteten 71,3 Millionen werden daher den Wiener Verkehrsbetrieben Mittel zur Verfügung gestellt, die sie in die Lage versetzen, ihre Investitionstätigkeit und damit weitere Rationalisierungen durchzuführen.

Im Zuge der Tarifregulierungen sind auch eine Reihe von Verbesserungen vorgesehen. So werden mit 1. Jänner 1972 das Tarifgebiet II aufgelassen, die Gültigkeit der Kurzstreckenfahrscheine sowie der Jugendfürsorgefahrscheine auf Sonn- und Feiertage ausgedehnt. Für Lehrlinge wurde eine Fünf-Tage-Wochenstreckenkarte geschaffen und über Wunsch des Fremdenverkehrsverbandes eine Eintagesnetzkarte eingeführt. Der innerstädtische Sondertarif bleibt unverändert.

Im Rahmen der Tarifregulierung soll darüber hinaus die Beförderungsbestimmung vorbehaltlich der Zustimmung der Aufsichtsbehörde verbessert werden. So ist unter anderem vorgesehen, nach Maßgabe der technischen Möglichkeiten die Beförderung von Kinderwagen und Rollstühlen zu ermöglichen und die Vorschriften über Gepäckbeförderung zu vereinfachen. Vereinfacht soll auch die Bestimmung über die unentgeltliche Beförderung von Kindern bis zu sechs Jahren werden. Im Zusammenwirken mit dem Stadtschulrat soll ein einheitlicher Jugendausweis geschaffen werden, dessen Gültigkeit nicht nur für die Straßenbahn, sondern darüber hinaus auch zur Inanspruchnahme verschiedener anderer Einrichtungen dienen soll. In Hinkunft werden beim Schaffner am Wagen nur mehr zwei Fahrscheinkategorien erhältlich sein, der Tagesfahrschein zu sechs Schilling und der Kinderfahrschein zu zwei Schilling.

Dadurch werden die Voraussetzungen für weitere Rationalisierung geschaffen. Im Hinblick auf die große Anzahl von betriebseigenen Vorverkaufsstellen und Trafiken besteht die Möglichkeit, verbilligte Fahrausweise zu erwerben. Durch diese verbilligten Vorverkaufsfahrscheine helfen die Fahrgäste außerdem mit, weitere Rationalisierungen in Form schaffnerloser Züge zu ermöglichen.

Im Zusammenhang mit der Tariferhöhung der Wiener Verkehrsbetriebe wurde und wird der aus Westeuropa übernommene Begriff "Nulltarif" stark diskutiert. Mit dem Ausdruck "Nulltarif" wird kostenloses Fahren auf öffentlichen Verkehrsmitteln gemeint. Im Vordergrund dieser Gespräche stehen immer die Einsparungen, die bei einem solchen System ansoheinend erzielbar sind. Was kann wirklich erspart werden? Schaffner, Kontrollore, das Verwaltungspersonal, das mit der Fahrscheinverrechnung beschäftigt ist, und schließlich die Kosten für Papier und Druck bei Fahrscheinen. Dazu kommen noch die Verkaufsprovisionen in Trafiken und die Beförderungssteuer, weil diese auf Einnahmen basiert. Da die technische Ausrüstung der Trieb- und Beiwagen derzeit einem schaffnerlosen Betrieb noch nicht entspricht, könnten im Hinblick auf die Sicherheit der Fahrgäste von den 2.007 Schaffnern nur 594 eingespart werden, da die übrigen als Zugsbegleiter tätig sein müßten. Die Einsparungen auf dem Personalsektor würden daher 107 Millionen betragen, der Wegfall der Papier- und Druckkosten für Fahrscheine sowie der Verkaufsprovisionen für Trafiken und der Entfall der Beförderungssteuer würde eine weitere Ersparnis von 30 Millionen erbringen. Eine der Hauptfrage bei kostenlosem Fahren wäre, in welchem Ausmaß die Fahrgastfrequenz auf den öffentlichen Verkehrsmitteln ansteigen würde. Gerade in Wien kann man etwas darüber sagen, weil durch die 1967 erfolgte Einbeziehung aller privaten innerstädtischen Autobuslinien und durch die Gewährung der Freifahrt für Schüler und Studenten entsprechende Erfahrungswerte vorhanden sind. Im ersteren Fall, bei den privaten Autobuslinien, ist eine Steigerung der Fahrgastfrequenz von 40 Prozent feststellbar und im Falle der Schülerfreifahrt eine solche von 80 Prozent. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß trotz der Benützungsmöglichkeit privater Autobuslinien

./.

im Einheitstarif die Pkw-Zulassungsquote bisher nicht gefallen, sondern nach wie vor steigend ist. Die Verkehrsbetriebe sind auf Grund dieser Erfahrungswerte der Ansicht, daß während der Verkehrsspitze mit einer Frequenzsteigerung von 40 Prozent und in der verkehrsschwachen Zeit mit einer Steigerung von 20 Prozent zu rechnen ist. Diese Zunahme der Fahrgastfrequenz bedeutet, daß von den Verkehrsbetrieben zur Bewältigung dieser Leistungen zusätzliche Investitionen für die Erweiterung des Wagenparkes und die Anschaffung von neuen Autobussen notwendig wären. Da diese zusätzlichen Wagen und Autobusse keine Geisterzüge sind und von Menschen bedient werden müssen, entsteht dadurch auch ein Personalmehrbedarf. Für den notwendigen Wartungs- und Reparaturdienst wäre ebenfalls ein zusätzliches Personal notwendig; wobei zu beachten ist, daß derzeit schon beim Verkehrspersonal ein Unterstand von zwölf Prozent besteht.

Um diese Mehrerfordernisse bewältigen zu können, wären 257 sechsachsige Gelenktriebwaren und 257 schaffnerlose Beiwagen sowie 70 normale Autobusse, 18 Doppeldecker und zwölf Gelenkautobusse notwendig. An Personal wären für die Straßenbahn 450 Fahrer und 450 Zugsbegleiter, für den Autobusbetrieb 175 Lenker und 57 Wagenbegleiter notwendig. An zusätzlichen Wagenrevisions- und Werkstättenpersonal wären bereits 588 Mann notwendig.

Das Investitionsgelderfordernis für die genannten Wagen wird auf der Preisbasis 1971 mit 1.552 Millionen errechnet. Nicht berücksichtigt wurden dabei die notwendigen Wagenreserven und der Bauaufwand für Garagen, Remisen und Werkstätteneinrichtungen. Der Mehraufwand für erhöhte Fahrleistungen würde im gesamten Betrieb 130 Millionen betragen. Der Mehraufwand für Personal und Werkstättenpersonal wurde mit 173 Millionen errechnet. Infolge des kostenlosen Fahrens würden Einnahmen im Ausmaß von 1.034 Millionen entfallen.

In diesem Zusammenhang ist noch die Frage offen, welche Einsparungen am Straßenbausektor erzielbar wären. Aus der Debatte über das Kapitel VIII (Tiefbau) ging hervor, daß nicht nur die Redner der Oppositionsparteien, sondern auch der Vertreter der Österreichischen Volkspartei darüber geklagt hat, daß für den Straßenbau zu wenig Mittel im Budget der Stadt Wien eingesetzt werden. Abgesehen davon, liegen Aufstellungen der Magistratsabteilungen 28, 29 und 46 vor, aus denen hervorgeht, daß auch

beim "Nulltarif" keine Einsparungen an Mittel für den Straßenbau zu erzielen wären.

Zur Prüfung des Fragenkomplexes Tarifsystem und Steigerung der Attraktivität des Massenverkehrsmittels sowie zum Zwecke weiterer Untersuchungen im Zusammenhang mit dem kostenlosen Fahren wird im kommenden Jahr eine Kommission, bestehend aus Fachleuten, Wissenschaftern und Politikern zusammentreten, deren Untersuchungsergebnis dem Gemeinderat dann vorgelegt wird. In Kürze wird auch das Untersuchungsergebnis des von den Verkehrsbetrieben beauftragten deutschen Verkehrsexperten, Prof. Lehner, vorliegen, das sicherlich eine brauchbare Arbeitsunterlage für diese Kommission darstellen wird, schloß Stadtrat Nekula.

Störversuch im Gemeinderat

Während des Berichtes von Stadtrat Nekula versuchten drei Personen auf der dichtbesetzten Galerie, durch Entrollung eines Spruchbandes und durch das Aufsetzen von Totenkopfmasken beziehungsweise Gasmasken die Debatte zu stören. Sie wurden von anderen Galeriebesuchern daran gehindert. Bürgermeister Slavik stellte als Vorsitzender dazu fest: "Wer die Verhandlungen stört, ist von der Galerie zu entfernen. Die Galerie wird nicht den gewählten Gemeinderat terrorisieren. Der Wiener Gemeinderat hat ohne Beeinflußung von außen seine Verhandlungen zu führen."

Nach einer Unterbrechung von drei Minuten konnte Stadtrat Nekula ohne weitere Störung seinen Bericht fortsetzen und beenden.

Verkehrsbetriebe-Debatte

Als erster Debattenredner warf GR. Müller (DFP) den Stadtwerken vor, durch die geplante Tariferhöhung nur zur Beunruhigung der Wiener Bevölkerung beizutragen. Überdies wäre die geplante Gebührenerhöhung sinnlos, da sie ohnedies nicht einem kostendeckenden Tarif entspricht. Im Interesse der Wiener Bevölkerung wäre daher die Einführung des Nulltarifes anzuraten.

Seine Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

./.

GR. Prof. Wolfram (FPÖ) lehnte für seine Fraktion aus zwei Gründen die Tariferhöhung ab: 1. Aus wirtschaftlichen Gründen, weil die Tariferhöhung sich einfach nicht bezahlt mache, weil sie die Situation nur verschlechtere und nichts einbringe, sondern nur einen Rückgang der Frequenz zur Folge haben werde und 2. aus sozialen Gründen, weil gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Preislawine über Österreich hinwegfege. Als besonders unsozial bezeichnete er die geplante Verteuerung des Kinderfahrscheines. Vor Beschließung neuer Tarife hätten eingehende Untersuchungen und Überlegungen zu einer Verbesserung der Situation angestellt werden müssen. GR. Kowarsch (ÖVP) erklärte, eine wirkliche Sanierung der Verkehrsbetriebe könne nur durch ganz andere Maßnahmen als die vorliegende Tariferhöhung erzielt werden. Er nannte dazu die Abnahme der Last an Fremdkapitalzinsen sowie den Ersatz des Einnahmenentfalls durch Sozialtarife.

Die Steigerung der Attraktivität der Straßenbahn könne durch mehrere Maßnahmen erreicht werden: Erhöhung der Reisegeschwindigkeit, Verdichtung der Zugfolge, bessere Versorgung der Randgebiete, Pensionistenfahrschein und schließlich park-and-ride-System.

Das alles, sagte Kowarsch, wären tatsächliche Sanierungsmaßnahmen. Was aber werde nach der Tariferhöhung geschehen? Weniger Fahrgäste und daher weniger Einnahmen, noch mehr Autos als bisher, noch mehr blockierte Schienen und deshalb weiter sinkende Reisegeschwindigkeit. Nicht einmal ein Jahr werde es dauern, bis man vor der Unausweichlichkeit einer neuerlichen Tariferhöhung stehen werde.

Als Ausweg nannte Kowarsch außer den aufgezählten Maßnahmen auch noch die Einführung eines generellen Drei-Schilling-Tarifs bei gleichzeitiger Abschaffung der Sozialtarife mit Ausnahme des Kinderfahrscheines. Des weiteren solle man alle Erfahrungen, die in anderen Städten mit dem Nulltarif gesammelt werden, genau auf ihre Verwertbarkeit für Wien prüfen.

Die Österreichische Volkspartei könne, sagte Kowarsch, dem Antrag auf Tariferhöhung nicht zustimmen. Diese Maßnahme gehe an dem Zweck vorbei, der ihr unterlegt werde . Sie bedeute keine Sanierung, sondern nur ein sinnloses Opfer.

./.

GR. Pöder (SPÖ) unterzog sich der Aufgabe, den Tariferhöhungsantrag mit internationalen Vergleichen und mit einzelnen Daten aus der Situation der Verkehrsbetriebe selbst zu untermauern. Er räumte ein, daß dieser Beschluß niemandem Freude bringen werde.

Sehr viele Verkehrsbetriebe, auch in Übersee, weisen hohe Investitionskosten bei sinkenden Erträgen auf. Bei den Wiener Verkehrsbetrieben sei die Ausgangssituation vergleichsweise noch schlechter gewesen. Der Gesamtaufwand sei mit 1,3 Milliarden Schilling im Jahre 1962 auf 2,4 Milliarden im Jahre 1970 um 84,5 Prozent gestiegen. Die Einnahmen hingegen seien im gleichen Zeitraum viel langsamer von 877 Millionen Schilling auf 1,02 Milliarden gestiegen.

Die Lohnintensität des Unternehmens zeige sich aus folgenden Vergleichsziffern: 1962 Personalaufwand 810 Millionen, Beförderungserlös 877 Millionen, 1971 Personalaufwand 1,5 Milliarden, Beförderungserlös 1,02 Milliarden nach Übernahme der Pensionslasten durch die Hoheitsverwaltung.

Festzustellen sei, daß in Deutschland öffentliche Verkehrsmittel auch defizitär wurden, obwohl sie keine Pensionslasten zu tragen hatten. Die Übernahme der Pensionslasten durch die Stadt Wien sei als echte strukturverbessernde Maßnahme zu bezeichnen. 1972 wird die Stadtverwaltung 555 Millionen Schilling für die Pensionslasten aufwenden.

Zum Nulltarif müßte gesagt werden, daß bei seiner Einführung manche anderen Sozialleistungen nicht erbracht werden könnten. Ein Nulltarif wäre eine "Sozialpolitik in falschen Bahnen". Eindeutig müsse festgestellt werden, daß jeder Bürger mit vollem Einkommen einen angemessenen Preis für entsprechende Leistungen zu zahlen habe. Dieser echte Preis könnte ohnehin bei Spitalsbetten, Kindergarten- und Schulplätzen nicht verlangt werden.

Der Nulltarif müßte durch den Frequenzanstieg zu einem Verkehrschaos führen, meinte der Redner. Erhöhter Sachaufwand und Personalkosten für zusätzlich 1.850 Beschäftigte, würden dazu führen, daß der Nulltarif die Stadt Wien die Summe von 2,7 Milliarden Schilling kosten würde. ./.

Ganz entschieden wandte sich Pöder gegen den Vorwurf der "Überstundenkratzer" bei der Straßenbahn. Die rund 5.000 Mann des Fahrpersonals hätten vom 1. Jänner bis 31. Oktober dieses Jahres 1,64 Millionen Überstunden geleistet. Bei einem Personalunterstand von 900 Bediensteten sei diese Leistung im Interesse des Verkehrsaufkommens unbedingt erforderlich gewesen. Pöder: "In Wirklichkeit müssen die Wiener und der Gemeinderat für diese zusätzlichen Dienste den Straßenbahnern dankbar sein." Für die Mehrleistungen hätten sie jedoch auch Anspruch auf ein entsprechendes Entgelt.

Zum Alternativvorschlag der ÖVP argumentierte der Redner vor allem in der Richtung, daß der harte Kern in zusätzlichen Lasten für die Stadtverwaltung liegen würde. Wenn man außerdem ohnehin geplante, langfristige Maßnahmen, wie das park-and-ride-System und den forcierten U-Bahnbau fordere, seien dies "Gemeinplätze".

Abschließend zitierte Pöder StR. Dr. Schaumayer, die im Oktober 1966 die letzte Tariferhöhung zu vertreten hatte. Die Stadträtin habe damals den ablehnenden Oppositionsparteien den "Wunsch nach Popularitätsgewinn" vorgeworfen. Die Überlegung, an politischer Popularität zu gewinnen, trage auch die heutige ablehnende Haltung der ÖVP.

StR. Dr. Maria Schaumayer (OVP) hatte sich zusätzlich als Debattenrednerin gemeldet, wobei sie in ihren Ausführungen unter anderem auch auf den Debattenbeitrag von GR. Pöder einging. Sie betonte dabei, daß die ÖVP-Fraktion niemals die Flucht vor dem Ressort "Städtische Unternehmungen" angetreten habe, sondern, daß es vielmehr Wunsch der Sozialistischen Fraktion des Gemeinderates gewesen sei, es dort besser zu machen.

./.

Der Vergleich mit dem Jahr 1966 hinke in sachlicher Hinsicht sehr stark, denn die finanziellen Relationen seien damals andere als heute gewesen. Damals habe man echte Verbesserungen für die Fahrgäste - etwa durch die Einführung des Einheitstarifes - geschaffen. Zum Unterschied dazu, gebe es heute keine Verbesserungen, beziehungsweise nur solche, die noch aus Vorschlägen ihrer Fraktion resultieren. Die Sanierung sei wohl im vergangenen Jahr in den Zeitungen inseriert, jedoch nie durchgeführt worden. So müsse sie diesem Ressort dem berechtigten Vorwurf machen, daß während der vergangenen zweieinhalb Jahre wirklich nichts getan wurde.

Als Gründe für die nunmehr bestehende Misere führte sie unter anderem den Umstand an, daß zu wenig Kapital für die Wiener Stadtwerke freigemacht worden sei, wodurch die entsprechende Aufnahme von Fremdkapital notwendig wurde. Ebenso führte sie den jahrzehntelangen Mangel eines Verkehrskonzeptes als eine der Ursachen dafür an.

Zur Übernahme der Pensionslasten: Die Liquidität habe sich nur noch verschlechtert (Finanzkosmetik der verantwortlichen Stellen).

Zur Einhebung der Gebrauchsabgabe: Hier führte sie an, daß auch die GEWISTA für ihre derzeit auf dem Rathausplatz etablierte Jubiläums-Ausstellung keine Gebühr zu entrichten habe. Fadenscheinige Begründung dafür: dieser Platz sei "Privateigentum".

Abschließend erklärte die Stadträtin: Wir halten den nun eingeschlagenen Weg für einen echten Fehler, einen Irrweg. Ein gemeinsames Studium anderer Systeme wäre hier angebracht. Der Nulltarif sei abzulehnen, ihm wäre der Zähltarif vorzuziehen, da dieser den Griff in die Taschen der Steuerzahler vermeidet.

./.

Die nunmehr in Aussicht genommene Tariferhöhung bezeichnete sie verkehrs- und sozialpolitisch als verfehlt. Ihre Fraktion werde daher "Nein" zu der Tariferhöhung sagen.

GR. Schreiner (SPÖ) erklärte, seine Fraktion habe bereits seit November 1970 die Gelegenheit benützt, alle zur Debatte stehenden Fragen eingehend zu diskutieren, zu untersuchen und möglichst praktikable Lösungen zu finden. Den Niederschlag dieser Arbeit finde man in der vorliegenden Publikation "Probleme des öffentlichen Nahverkehrs".

Die Situation der Massenverkehrsmittel sei kein Wiener Problem, sondern ein weltweites. Vergleiche mit der Stadt Graz zu ziehen, sei vollkommen falsch, da Graz knapp die Größe eines Wiener Bezirkes habe und die Grazer Verkehrsbetriebe nicht annähernd jene Leistungen zu erbringen haben, die man von den Wiener Verkehrsbetrieben erwartet. Nicht in entferntesten würde sich ein Privatunternehmer finden, der ein solches Unternehmen übernehmen würde. Er wäre schon längst zur Lohn- und Preiskommission gegangen und hätte schon vor Jahren ein Nachziehen der Preise verlangt.

Wenn man die U-Bahn in die Diskussion bringt, erhebe sich die Frage, hätten wir 1945, 1950, 1955 oder auch noch 1960 den Mut haben sollen, den Wienern eine U-Bahn zu bauen, wo ihnen das Notwendigste zum Leben gefehlt hat? Hätten wir um Milliardenbeträge technisch wunderbare Leistungen erbringen sollen, wie Tunnelröhren und ähnliches und den Wienern, die auf eine Wohnung gewartet haben, sagen sollen, sie mögen in der Tunnelröhre hausen?

Den Sozialisten war die Lösung all der lebenswichtigen Fragen weitaus wichtiger als ein Versäumnis der Zeit der Jahrhundertwende nachzuholen. Es brauche niemand besorgt zu sein. Die Sozialisten werden bei der Auseinandersetzung mit den Wählern diesen klar sagen, daß sie nicht nur Grund haben, stolz auf die Leistungen dieser Stadtverwaltung zu sein, sondern daß sie sich auch auf sie verlassen können. Man werde auch in Zukunft immer abwägen, welches Vorhaben gerade am dringendsten realisiert werden müßte. Die Sozialisten stimmen der Erhöhung nicht aus Freude an der Erhöhung zu, sondern weil sie glauben, damit einen kleinen Beitrag für weitere Leistungen erbringen zu können. Die Wiener werden dies sicherlich verstehen. (Beifall bei der SPÖ).

./.

Stadtrat Nekula erklärte im Schlußwort, daß die Tariferhöhung keine Beseitigung, sondern nur eine Verringerung des Defizits bringt. Der kostendeckende Tarif wären 14 Schilling, der tatsächliche Tarif beträgt sechs Schilling, also nicht einmal die Hälfte. Zusammen mit den Sozialrabatten, die es in solcher Höhe in keiner anderen vergleichbaren Stadt gibt, entspricht das also sehr wohl der Forderung nach einem niedrigen Tarif.

Die ÖVP befürchtet eine ärgere Verstopfung der Straßen durch Autos als Folge der Tariferhöhung. Auf Initiative der ÖVP wurde jedoch voriges Jahr, vor den Wahlen, eine Erhöhung des Kfz-Pauschales beschlossen. Das war ein Beitrag zur ärgeren Verstopfung der Städte.

Zum Thema Nulltarif wurde in Basel eine Befragung durchgeführt, wobei man auch offen auf die entstehenden Kosten hingewiesen hat. 82 Prozent der stimmberechtigten Basler haben sich deshalb gegen den Nulltarif ausgesprochen.

Die ÖVP-Vorschläge sehen unter anderem eine Erhöhung der Zugfolgen und der Reisegeschwindigkeit vor. Das würde mehr Personal erfordern und höhere Kosten verursachen. Es wird auch die Gültigkeit des Kurzstreckentarifs an Sonn- und Feiertagen verlangt, was ohnedies in den neuen Tarifen enthalten ist.

Seit dem 8. Juni 1969, als die Leitung des Ressorts von der ÖVP zur SPÖ überging, ist einiges geschehen, was vorher bestenfalls angekündigt war - die Umstellung der Linien 39 und 317 auf Autobusbetrieb, die Beseitigung der Parallelführungen des innerstädtischen Autobusses mit anderen Linien und vor allem die Verwirklichung eines neuen Konzeptes für den 21. und 22. Bezirk, das volle Zustimmung der Bevölkerung findet. Manche Verbesserungen, vor allem die bessere Stadtranderschließung, waren aber nur durch unpopuläre Maßnahmen, wie die Kürzung der innerstädtischen Autobuslinien möglich.

Der sogenannte "Zähltarif" - einheitlicher Fahrpreis von drei Schilling bei jedem Einsteigen unter Wegfall aller Rabatte außer dem Kinderfahrschein - wird sicher auch überlegt werden. Dafür würde man aber entweder Automaten brauchen, was hohe Kosten zur Folge hätte, oder mehr Schaffner oder höhere Provisionen an die Trafiken.

./.

Es ist nicht leicht, schloß Stadtrat Nekula, von den Fahrgästen die Bezahlung höherer Fahrpreise zu verlangen. Die SPÖ bekennt sich zu den großen positiven Leistungen in dieser Stadt - aber auch zur Notwendigkeit, die nötigen Mittel dafür zu sichern. Die Wiener haben dafür offenbar Verständnis, weil sie der SPÖ seit 54 Jahren auf diesem Weg folgen.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ wurden die Änderungen der Tarife und der Beförderungsbestimmungen genehmigt.

Restliche Tagesordnung

Auf Antrag von Stadtrat Schweda (SPÖ) beschloß der Gemeinderat einstimmig eine Reduktion des Dienstgebers-Pensionsbeitrages ab 1. Jänner 1972, den die Stadtwerke der Stadt Wien zu entrichten haben: 20 Prozent der Aktivbezüge.

Danach wurde ebenfalls einstimmig ein Wechsel in der Betreuung der Wiener Heizbetriebe beschlossen: Sie erfolgt in Zukunft durch die Verwaltungsgruppe XIV (bisher Verwaltungsgruppe II). Stadtrat Schweda (SPÖ) erklärte als Berichterstatter, das Leitmotiv dieses Antrages liege in der wünschenswerten Koordination der Energieversorgung. Schweda gabe auch die - vor kurzem zugesagten - Detailinformationen über die Heizbetriebe: Der in Wien vielfach kritisierte Verdunstungszähler sei auch in "langjährigen Fernwärmeländern" wie Deutschland oder Dänemark das bisher exakteste Meßinstruement. Des weiteren liefen Verhandlungen zur Erschließung neuer Abnehmer, besonders mit der Verwaltung einiger großer Bundesgebäude und mehreren großen Industrieunternehmungen. Der Aufsichtsrat schließlich werde seine Zusammensetzung ändern, und zwar deutlich in Richtung auf verstärkte politische Kontrolle. Sechs Mitglieder des Gemeinderates würden in den Aufsichtsrat einziehen, Stadtrat Suttner werde den Vorsitz übernehmen.

In der Debatte reklamierte GR. Dr. Goller (ÖVP) die Idee für den vorliegenden Antrag für seine Partei. Der diesbezügliche Antrag stamme aus dem Jahr 1966. Seither habe es Fehlplanungen, Fehlentscheidungen, Beunruhigung bei den Abnehmern und schließlich den letzten Kontrollamtsbericht gegeben, der die Vermutungen und Befürchtungen der ÖVP bestätigt habe.

./.

In seinem Schlußwort bezog sich Stadtrat Schweda ebenfalls auf den Kontrollamtsbericht und erklärte, natürlich sei das ein gefundenes Fressen für jeden gewesen, der der Verwaltung etwas am Zeuge flicken wollte. Er selbst habe aus diesem Bericht wertvolle Anregungen gewonnen, insbesondere für die Gestaltung des Verhältnisses zwischen dem Magistrat, der Gesellschaft und den Abnehmern der Fernwärme.

GR. Seeböck (SPÖ) beantragte den Kauf eines Grundstückes im Bereich Groß-Enzersdorf zur Errichtung eines Umspannwerkes.

Abstimmung: ohne Debatte einstimmig angenommen.

GR. Pöder (SPÖ) beantragte Nachtragskredite in der Höhe von rund 13,4 Millionen Schilling für Umbau- und Neubauprojekte der Gaswerke.

Abstimmung: ohne Debatte einstimmig angenommen.

Ansatzerhöhungen im Rahmen des Sachkredites um insgesamt zehn Millionen Schilling für die Elektrizitätswerke beantragte GR. Zehetner (SPÖ).

Abstimmung: ohne Debatte einstimmig angenommen.

Damit war die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung erledigt.

Weihnachtswünsche des Bürgermeisters

Bürgermeister Slavik gab zum Schluß der Sitzung einen kurzen Rückblick auf das zu Ende gehende Jahr: Es sei ein gutes und zugleich ein schweres Jahr gewesen. 1971 brachte eine gute Entwicklung in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht, durch die umfangreichen Arbeiten im Stadtgebiet aber auch Erschwernisse für die Wiener Bevölkerung.

Als besondere Leistungen hob der Bürgermeister die Gründung des Kuratoriums für Umweltschutz, die Einrichtung des Fonds für Gastarbeiterprobleme und den Versuch einer Fußgängerzone, die insgesamt ein positives Echo bei der Bevölkerung gefunden habe, hervor.

Der Bürgermeister verwies dann auf organisatorische Verbesserungen bei den Heizbetrieben und bei den Bauabteilungen: Die Organisationsformen müßten sich immer wieder den zeitbedingten Veränderungen anpassen.

./.

Auch die Bewilligung der Dritten Wiener Wasserleitung, das Bundesstraßengesetz, die Neuordnung bei der Wohnbauförderung und die verschiedenen Großprojekte wie U-Bahn-Bau, absoluter Hochwasserschutz und Großkläranlage gehören zu den Fortschritten des ablaufenden Jahres. Aber auch die kleineren Projekte, die vor allem im Dienste der Bevölkerung stehen, wie der Bau von Wohnungen, Kindergärten, Schulen und Spitälern haben im ablaufenden Jahr eine erfreuliche Entwicklung genommen.

Der Bürgermeister dankte der Wiener Bevölkerung für ihre Mithilfe und für ihr Verständnis. Er brachte zum Ausdruck, daß er für jede Anregung und jede Kritik dankbar sei. Er habe jedoch weder Lust zu einsamen Entschlüssen, noch fühle er sich berechtigt dazu. Er nehme weder Aufträge von Massenmedien noch von demonstrierenden Gruppen entgegen. Einzig und allein der Wiener Gemeinderat habe zu bestimmen, was der Stadtsenat als Exekutivorgan durchzuführen habe.

Auch 1972 werden die Arbeiten an den Großprojekten ebenso wie an kleineren Vorhaben, die Wien zu einer immer humaneren Stadt gestalten sollen, weiter gehen. Wir leben derzeit in einer zweiten Gründerzeit, da wir die wirtschaftliche Kraft dazu haben, unterstrich das Stadtoberhaupt. Die Bevölkerung und die Massenmedien sollen immer gut und objektiv informiert werden.

Schließlich dankte der Bürgermeister allen Bediensteten der Verwaltung und der Städtischen Unternehmungen, aber auch den Mitgliedern des Gemeinderates und des Stadtsenates für ihre Mitarbeit.

Unter alllgemeinem Beifall richtete dann der Bürgermeister als Sprecher der Bundeshauptstadt sowohl an die österreichische Bevölkerung als auch an alle Wienerinnen und Wiener Grüße und gute Wünsche für die Feiertage.

Der Bürgermeister schloß die Sitzung nach zehneinhalb Stunden Dauer um 19.28 Uhr.

Darauf überbrachten Landtagspräsident Dr. Stemmer sowie die Fraktionsführer Mühlhauser (ÖVP), Dr. Hirnschall (FPÖ) und Doktor Tuma (DFP) ihrerseits den Bürgermeister Glückwünsche zu Weihnachten und zum Neuen Jahr.

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

Kommende Woche Verhandlungen über die Fußgängerzone

17.12. (RK) Am Dienstag kommenden Woche werden Bürgermeister Felix Slavik und Kammerpräsident Kommerzialrat Otto Mitterer im Wiener Rathaus gemeinsam mit ihren Fachleuten über die bisherigen Erfahrungen mit der provisorischen Fußgängerzone eine Besprechung abhalten. Bis dahin wird zumindest ein ziemlich klarer Überblick über das Ergebnis der meisten durchgeführten Untersuchungen und Befragungen vorliegen. Es ist daher voraussichtlich damit zu rechnen, daß Kammer und Stadtverwaltung am Dienstag die grundsätzliche Entscheidung treffen werden, ob die Fußgängerzone weiter bestehen soll.

Geehrte Redaktion!

Die Besprechung zwischen Bürgermeister Slavik und Präsident Mitterer findet Dienstag erst um 16.30 Uhr statt. Wir werden Sie nach Ende der Sitzung via Fernschreiber der "Rathaus-Korrespondenz" über das Ergebnis der Besprechung sofort informieren.

\- - -

Überreichung von Medizinalratsdekreten

Wien, 17.12. (RK) Vizebürgermeister Hans Bock überreichte Freitag an vier praktische und zwei Fachärzte die Dekrete des ihnen vom Bundespräsidenten verliehenen Berufstitels eines Medizinalrates. Es sind dies Dr. Leopold Kana, Dr. Franz Koci, Dr. Anna Macher, Dr. Elisabeth Neuhold, Dr. Manfred Ginter und Dr. Ludwig Zimmermann.

\- - -

preisguenstige gemuese- und obstsorten

19 wien, 17.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 4 schilling, karotten 5 schilling, weisskraut 3.50 schilling je kilogramm, haeuptelsalat 3 bis 4 schilling je stueck.

obst: apefel (qualitaetsklasse 2) 6 bis 6.50 schilling, bananen 7 schilling, mandarinen 8 bis 10 schilling, orangen (griech) 6.50 bis 7 schilling, orangen (blond) schilling je kilogramm.

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861

Samstag, 18. Dezember 1971 Blatt 3764

G e s p e r r t b i s 1 3. 3 o U h r !

Die Sendung des Wiener Bürgermeisters:

Für ein besseres, schöneres und lebenswertes Wien!

1 Wien, 18.12. (RK) In der Sendung des Wiener Bürgermeisters sprach Bürgermeister Felix S l a v i k heute Samstag, den 18. Dezember, um 13.20 Uhr im Programm Österreich-Regional über die Leistungen der Stadt Wien und der städtischen Bediensteten in diesem Jahr sowie über die Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit den Massenmedien.

Der Bürgermeister führte aus: Ein Jahr geht zu Ende, und es ist an der Zeit, Rückschau zu halten. Für die Stadt Wien glaube ich sagen zu können, es war ein Jahr des stetigen Fortschrittes und des weiteren Ausbaues. Es hat im kommunalen Bereich keine Sensationen gegeben, aber wir hatten eine ruhige, ungestörte Aufwärtsentwicklung und konnten unsere Pläne für 1971 verwirklichen.

Die Wiener Stadtverwaltung konnte eine Reihe von Großprojekten entscheidend weiterführen. Sie konnte bei Straßenbauten, bei Kabel- und Rohrlegungen große Fortschritte erzielen. Freilich, diese großen Fortschritte mußten mit manchen Erschwernissen erkauft werden. Sie dürfen mir glauben, daß ich durchaus Verständnis dafür habe, wenn unsere Bevölkerung über die vielen Umleitungen und Absperrungen klagt. Aber wir mußten uns entscheiden, ob wir in einem Jahr rasch weiterkommen wollten, oder ob wir die Arbeit auf einen längeren Zeitraum ausdehnen.

Wir haben im zu Ende gehenden Jahr für die notwendigen Arbeiten in der Inneren Stadt 234 Millionen Schilling aufge-

./.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien — Presseforum — A 1082 Wien, 1 Rathausstr. 1, Telephon 42800 Durchwahl Kl. 2971 - 2974, FS (7) 5662 — Chefredakteur: Wilhelm Adametz — Für den Inhalt

wendet. Unsere Dienststellen haben 7,5 Kilometer Wasserleitungsrohre, einen Kilometer Kanäle, 4,3 Kilometer Gasrohre, und 34,6 Kilometer elektrische Kabel verlegt. Dazu kamen noch 92 Kilometer Kabel, die von der Postverwaltung verlegt wurden. Bei diesem Umfang von Arbeiten waren Schwierigkeiten einfach unvermeidbar. Lassen Sie mich noch einige Schwerpunkte der kommunalen Arbeit dieses Jahres kurz beleuchten: der U-Bahn-Bau macht gute Fortschritte. Die Betriebsansiedlung hatte große Erfolge. Das Ottakringer Hallenbad wurde fertig, die dritte Wasserleitung wurde bewilligt, die Einführung der temporären Märkte, die Begründung eines Gastarbeiterfonds, die Fertigstellung des Verkehrsbauwerkes Lobkowitzbrücke, die Fertigstellung der Ostbahn-Unterführung, die Grundsteinlegung für die Stadt des Kindes, die Gleichenfeier beim Diana-Bad, die Gründung der Umweltschutzkommission und die Verbesserung der Wohnbauförderung. Und dazu kommen noch viele andere Arbeiten.

Wir haben in diesen Tagen das Budget der Bundeshauptstadt für das neue Jahr 1972 unter Dach und Fach gebracht und ich meine, wir können mit gutem Gewissen den im Wiener Gemeinderat vertretenen politischen Parteien das Zeugnis ausstellen, daß sie sich bemüht haben, dem Auftrag ihrer Wähler, dem Volk von Wien, nach bestem Wissen und Gewissen nachzukommen. Trotzdem haben wir, wie man so sagt, eine schlechte Presse. Es gibt viel Kritik und Ratschläge, wie es die Gemeindeverwaltung besser machen sollte und immer wieder erhalte ich als Bürgermeister die Aufforderung "Schreiten Sie ein, greifen Sie ein".

Es scheint eine alte Tradition, gegen Wien und die Wiener Stadtverwaltung zu sein. Das hat schon der große, liberale Bürgermeister Cajetan Felder spüren zu müssen, unter dessen Amtszeit das erste große Hochwasserschutzprojekt verwirklicht wurde - die Donauregulierung. Das hat der christlich-soziale Bürgermeister Dr. Lueger ebenso erfahren müssen, dessen großes Kommunalisierungsprogramm für die E-Werke, die Gaswerke und die Verkehrsbetriebe von den Zeitungen regelrecht in der Luft zerrissen worden ist. Und das hat Karl Seitz gleichermaßen zu spüren bekommen. Und heute ist es noch immer so wie damals.

../.

Wenn man die Wiener Zeitungen liest, könnte man glauben, daß es keine schlechtere Stadtverwaltung auf der Welt gibt. Um nicht mißverstanden zu werden, möchte ich mit vollem Nachdruck sagen, daß ich ein Anhänger der Kritik und kein Gegner bin. Es ist ohne Zweifel berechtigt, Kritik zu üben, wenn man spürt, das oder jenes ist schlecht. Auf der anderen Seite sollte man aber die großen Leistungen, die in Wien von der Wiener Bevölkerung erbracht werden, nicht übersehen und nicht verschweigen. Als Bürgermeister von Wien und als Präsident des internationalen Gemeindeverbandes weiß ich, wie hoch die Stadt Wien und ihre kommunalpolitischen Leistungen auf der ganzen Welt eingeschätzt werden, und ich weiß, daß wir auf vielen Gebieten in der Kommunalpolitik führend sind. Ich weiß aber auch, daß nicht jeder Ratschlag, der irgendwo in einer Zeitung, im Rundfunk oder im Fernsehen gegeben wird, zu verwirklichen ist. Die Probleme einer modernen Großstadt sind ja viel zu vielschichtig, als daß sie der einzelne in ihrer vollen Tragweite leicht erfassen könnte. Deshalb beschäftigt auch die Gemeindeverwaltung hervorragende Fachbeamte und Techniker und arbeitet eng mit der Wissenschaft zusammen.

Ich möchte heute und am Ende dieses Jahres den zehntausenden Beamten und Arbeitern, die bei der Stadt Wien für die Wiener Bevölkerung arbeiten, namens der Wiener Bevölkerung den Dank und die Anerkennung zum Ausdruck bringen. Wir danken ihnen für die Betreuung unserer Kranken, unserer Kinder und unserer älteren Mitbürger. Wir danken ihnen für die klaglose Versorgung Wiens mit Strom, Gas und Wasser, und alles, was wir sonst noch im täglichen Leben brauchen. Es genügt aber für eine Gemeindeverwaltung nicht, ihre Arbeit gut zu verrichten. Unsere wichtigste Arbeit und unser größtes Problem ist es, für diese Stadt und für die Wienerinnen und die Wiener in die Zukunft zu schauen. Das heißt, richtig zu planen und die richtigen Entscheidungen zu treffen. Hier aber wird Kritik ohne den notwendigen Unterlagen problematisch und ich stelle bewußt die Frage, auf wen ich mich mehr stützen soll: auf einzelne Ratgeber oder auf die vielen Teams von Fachleuten. Ein recht aktuelles Musterbeispiel scheint mir die Pressepolemik um die Tarifregelung bei den Verkehrsbetrieben zu sein. Dieselben Zeitungen, die ihren Lesern, ohne viel Federlesens, eine Preiserhöhung vorsetzen

./.

und diese mit steigenden Löhnen und steigenden Materialkosten rechtfertigen, dieselben Zeitungen sprechen von Preistreiberei, wenn ein öffentlicher Betrieb nach fünf Jahren für seine Dienste nach gewissenhafter Prüfung jene finanziellen Mittel verlangt, die er für seine Dienstleistung unbedingt benötigt.

Wir Wiener verlangen mit Recht gewisse Dienstleistungen von der öffentlichen Hand, aber wir müssen auch bereit sein, für diese Dienstleistungen die Mittel aufzubringen. Was nützte uns der schönste Fernsehapparat, wenn wir keinen Strom hätten? Was nützt uns der schönste Gasherd, wenn die Gasversorgung nicht funktioniert? Was nützt uns das schönste Auto, wenn wir es in der Reparaturwerkstätte haben? Dann brauchen wir den öffentlichen Verkehr. Im Jahr 1952 schrieb eine Wiener Tageszeitung allen Ernstes, und ich zitiere wörtlich: "Nur wenn man Wien, das wie die meisten europäischen Städte vielfach enge Straßen hat, von der Straßenbahn befreit, wird es möglich sein, den rasch wachsenden Anforderungen des modernen Verkehrs zu entsprechen". Heute wird von uns verlangt: "Verbannt den Individualverkehr". Wenn wir im Jahre 1952 den Wünschen der Zeitung nachgekommen wären und jetzt wieder den Wünschen der Zeitungen entsprechen würden, dann gäbe es gar keinen Verkehr in Wien und dann würde das Lied, das jetzt so modern geworden ist, aktuellste Bedeutung gewinnen: "Ja, wir san mit'n Radl da!". Wie sehr wandeln sich doch die Meinungen der Massenmedien.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich sagen, daß für mich als Bürgermeister und als Landeshauptmann einzig und allein der Wille des Wiener Gemeinderates maßgebend ist. Denn dieser Gemeinderat ist aus einer Wahl hervorgegangen, an der sich rund eine Million Menschen beteiligt hat. Mir kann keine Demonstration mit einigen hundert Teilnehmern einen Auftrag geben, und mir kann keine Zeitung einen Auftrag geben. Ich stehe als Bürgermeister an der Spitze dieser Stadt, aber ich bin dem Gemeinderat voll verantwortlich. Ich kann und will keine einsamen Entscheidungen treffen, die nicht vom Wiener Gemeinderat gebilligt werden.

Eine Demokratie verträgt keine diktatorischen Entscheidungen, sondern nur die demokratische Willensbildung in den demokratisch gewählten Körperschaften. Wir müssen in dieser Zeit der techni-

./.

schen Entwicklung der Stadt geben, was sie zum Leben braucht, wenn wir selber leben wollen, und ich glaube, wir alle wollen ein besseres, schöneres und lebenswertes Wien.

In wenigen Tagen ist Weihnachten, das Fest des Friedens. Wäre es nicht ein guter Anlaß für die Stadtverwaltung und die Massenmedien, in Frieden zu leben? Letzten Endes nehme ich doch an, daß wir alle guten Willens sind. Und deshalb sollten wir nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten. Die Stadtverwaltung wird bereit sein, die Massenmedien genau und richtig zu informieren und die Massenmedien mögen sich bemühen, der Wiener Bevölkerung objektiv zu berichten. Das wünsche ich mir als Bürgermeister von Wien von ganzem Herzen.

\- - -

ehrenring der stadt wien fuer zuckmayer, lesky und erich schmid

4 wien, 18.12. (rk) der wiener gemeinderat hat beschlossen dem schriftsteller dr. h.c. carl z u c k m a y e r sowie den universitaetsprofessoren dr.dr. mult. h.c. albin l e s k y und dr.dr. h.c. erich s c h m i d den ehrenring der stadt wien zu verleihen.

der zeitpunkt der ueberreichung dieser hohen auszeichnung durch buergermeister felix s l a v i k wird rechtzeitig mitgeteilt.

+++

70. geburstag von jakob weinbacher

3 wien, 18.12. (rk) am 20. dezember vollendet weihbischof ddr. jakob w e i n b a c h e r sein 70. lebensjahr.

jakob weinbacher ist 1901 in wien, pfarre st. florian geboren.

in den letzten jahren des ersten weltkrieges und waehrend des umsturzes 1918 studierte er an der wiener universitaet theologie und wurde im jahre 1924 zum priester geweiht. die ersten jahre wirkte er als kooperator in laa an der thaya, 1926 ernannte ihn kardinal piffl zum erzbischoeflichen zeremoniaer. der kardinal sandte ihn auch zum studium des kirchenrechtes nach rom, wo er 1932 sein zweites doktorat erwarb. nach seiner rueckkehr nach wien wurde er sekretaer kardinal innitzers und dessen rechte hand. 1939 wurde weinbacher verhaftet und nach parchim in mecklenburg verbannt. 1943 wurde er neuerlich verhaftet und verbrachte zwei jahre bis zum kriegsende im gefaengnis. nach ende des krieges kehrte weinbacher sofort nach wien zurueck, wurde zum domkapitular ernannt und mit der leitung der caritas beauftragt. 1950 ernannte ihn kardinal innitzer zum generalvikar. eine neue grosse aufgabe zog ihn jedoch bald von seiner wiener taetigkeit ab, als papst pius der zwoelfte ihn zum leiter der anima in rom ernannte. diese berufung war fuer weinbacher persoenlich wie auch fuer oesterreich eine grosse ehre. weinbacher verbrachte achteinhalb jahre in rom, wo er auch als konsultor roemischer kongregationen und als mitglied der konzilsvorbereitungskommission taetig war. sowohl die oesterreichische regierung, wie auch die regierung der deutschen bundesrepublik anerkannten seine taetigkeit als rektor der anima durch die verleihung des grossen goldenen ehrenzeichens fuer verdienste um die republik oesterreich und des grossen verdienstkreuzes der bundesrepublik deutschland. durch den ploetzlichen tod des weihbischofs dr. streidt wurde die stelle des generalvikars wieder vakant und kardinal koenig brachte praelat weinbacher von rom wieder nach wien zurueck.
praelat weinbacher hat als priester, kirchenrechtler und mensch in der erzdioezese wien einen ausserordentlich guten namen. sein eintreten fuer ein unabhaengiges oesterreich und seine kompromisslose ablehnung des nationalsozialismus hat ihm auch die freundschaft und achtung zahlreicher nichtkatholiken eingetragen.
1962 wurde jakob weinbacher zum weihbischof ernannt und im dom zu st. stephan geweiht.

+++

josef popper-lynkeus zum gedenken

2 wien, 18.12. (rk) auf den 21. dezember faellt der 50. todestag des schriftstellers und sozialphilosophen josef p o p p e r - l yn k e u s , der am 21. februar 1838 in kolin (boehmen) geboren wurde.

josef popper-lynkeus lebte als freier schriftsteller in wien. ideenmaessig kommt er von den fruehsozialistischen lehren saint-simon's her. in einer anzahl von interessanten buechern hat er diese art des utopischen sozialismus in moderne form weitergedacht und ist zu einem eindrucksvollen gedankengebaeude gekommen. bereits in seinem ersten buch ''das recht zu leben und die pflicht zu sterben'', fuehrt er seine gedanken aus, um sie dann in seiner zentralen schrift ''die allgemeine lehrpflicht als loesung der sozialen frage'' (1912) weiter auszubauen. popper spricht sich fuer die aufstellung eines nachr- und dienstpflichten-systems aus, das mit hilfe eines genau ausgearbeiten planes die existenz jedes einzelnen bis zu einem gewissen grad sicherstellen will. in seinen ''phantasien eines realisten'' (1899), das lange zeit wegen seiner scharf antimilitaerischen einstellung verboten war und nur geheim verbreitet verbreitet werden durfte, gibt er in novellen, skizzen, tagebucheintragungen eine uebersicht ueber seine sozialen ideen, die stark auf die leser wirken. popper-lynkeus ist seinen eigenen weg gegangen, bedeutet aber in der wiener geistesgeschichte des 20. jahrhunderts eine wesentliche erscheinung. im jahre 1926 wurde im andenken an ihn auch im wiener rathauspark eine bueste aufgestellt. zum 50.todestag von popper-lynkeus wurde durch die foerderung des kulturamtes der stadt wien eine umfangreiche studie ueber seine ideen, verfasst von bruno frei, beim verlag notring veroeffentlicht.

+++

wochenprogramm des planetariums

5 wien, 18.12. (rk) das planetarium in der prater hauptallee (beim riesenrad) fuehrt in der kommenden woche folgende veranstaltungen durch:

samstag, 25. und sonntag, 26. dezember: ''der stern von bethlehem'', es spricht univ.-prof. dr. k. ferrari d' occhieppo, vorstand des univ.-institutes fuer theoretische astronomie, wien. jeweils um 9.30, 15, 17 und 19 uhr, sonderveranstaltung.

+++

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861

eisrevue-sondervorstellung fuer wiens dauerbefuersorgte

1 wien, 20.12. (rk) kommenden donnerstag, den 23. dezember, findet um 15 uhr in der wiener stadthalle eine sondervorstellung der neuesten produktion der wiener eisrevue statt, zu der wohlfahrtsstadtrat maria j a c o b i die dauerbefuersorgten wiens eingeladen hat. die von der erwachsenenfuersorge alljaehrlich durchgefuehrte aktion findet bereits seit dem jahre 1955 statt.

geehrte redaktion!

sie sind herzlich eingeladen, berichterstatter und fotoreporter zu dieser vorstellung am donnerstag, dem 23. dezember, um 15 uhr, zu entsenden. telefonische kartenbestellungen bitte unter der tel.nr. 42 800/2970 durchwahl.
0944

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien — Presseforum — A 1082 Wien, 1 Rathausstr. 1, Telephon 42800 Durchwahl Kl. 2971 - 2974, FS (7) 5662 — Chefredakteur: Wilhelm Adametz — Für den Inhalt

skandinavier siegten im karlsplatz-wettbwerb

2 wien, 20.12. (rk) mit einem skandinavischen doppelerfolg endete der internationale wettbwerb um die gestaltung des wiener karlsplatzes: der erste preis wurde prof. sven-ingvar a n d e r s o n aus kopenhagen zuerkannt. den zweiten preis errang der schwede prof. gunnar m a r t i n s s o n. statt des dritten preises wurden zwei anerkennungspreise vergeben. ueber das ergebnis dieses bedeutenden wettbwerbes berichteten montag bei einer pressekonferenz im kuenstlerhaus wiens planungsstadtrat ing. fritz h o f m a n n und prof. dr. roland r a i n e r als vorsitzender der jury. alle wettbewerbsarbeiten werden vom 22. dezember bis 20. jaenner im franzoesischen saal des wiener kuenstlerhauses ausgestellt.

das siegreiche projekt des daenischen gartengestalters sieht die schaffung einer zusammenhaengenden erholungsflaeche vom ostrand des karlsplatzes bis zur wiedner hauptstrasse vor. dieser raum wiederum wird durch ein grosses wasserbecken vor der karlskirche und mehrere kleine wasserflaechen sowie durch differenzierte pflasterungen akzentuiert. der gesamte baumbestand soll erhalten bleiben. zudem sieht anderson muldenartige absenkungen in der weise vor, dass der ausgang aus der u-bahn-station ohne treppen in die parkanlage moeglich wird. der daene schlaegt auch noch die schaffung von gruenverbindungen vom schwarzenbergplatz bis zum schillerplatz vor. im verlauf wiedner hauptstrasse-kaertner strasse sollte der karlsplatz mit einem filigranen tragwerk fuer lichtbaender ueberspannt werden. die jury hob bei dem projekt des daenischen gartengestalters vor allem hervor, dass dem benuetzer dieses erholungsraumes weitgehende bewegungsfreiheit und gleichzeitig ein grosser reichtum an klar gestalteten raeumen und formen geboten werde. die jury kam zur auffassung, dass dieses konzept besonders entwicklungsfaehig sei.

die dominante des mit dem zweiten preis ausgezeichneten projektes von prof. martinsson wird durch fuenf glashaeuser entlang des wientales im resselpark gebildet. diese glashaeuser sollen durch galerieartige gaenge miteinander verbunden werden. zwischen der karlskirche beziehungsweise der technischen hoch-

./.

schule und diesen glashaeusern soll ein fussgaengerplatz mit vielen sitzmoeglichkeiten unter den zum groessten teil erhaltenen baeumen entstehen. das wiental wird von martinsson durch einen gruenzug vom stadtpark ueber den karlsplatz hinaus besonders gesaeumt und damit betont.

das preisgericht lobte an diesem projekt die deutliche trennung der erholungsflaechen von den verkehrszonen, so dass eine geschuetzte und zudem klar gestaltete gesamtflaeche entstehe, die den benuetzern nach jeder richtung hin bewegungsfreiheit bietet. es werde zudem ein raum urbanen charakters geschaffen, der der besonderen situation des platzes am rande der city und zwischen repraesentationsbauten gerecht werde, heisst es in der beurteilung des in karlsruhe lehrenden stockholmer landschaftsarchitekten.

die wiener stadtverwaltung hatte den wettbewerb heuer im fruehjahr ausgeschrieben und dazu die fuenf verfasser der letzten karlsplatzprojekte - durchwegs wiener architekten beziehungsweise arbeitsgemeinschaften - sowie sechs auslaendische und sechs inlaendische gartengestalter eingeladen. das preisgericht bestand aus prof. rainer als vorsitzenden, stadtgartendirektor alfred a u e r , gartenarchitekt e. c r a m e r aus zuerich, senatsrat dipl.-ing. otto e n g e l b e r g e r , prof. hans g r u b - b a u e r aus graz, architekt gustav p e i c h l und dem linzer stadtgartendirektor a.d. rudolf h i r s c h m a n n .
1101

rathauseingang schmidthalle voruebergehend gesperrt

3 wien, 20.12. (rk) der rathauseingang durch die schmidthalle an der 2er-linie muss ab morgen, dienstag, 21. dezember, auf ungefaehr 14 tage wegen bauarbeiten gesperrt bleiben.
1015

gedenktage im jaenner 1972

7 wien, 20.12. (rk)

1.	theodor kramer, lyriker (+ 3.4.1958)	75. geb.tag
3.	johanna terwin-moissi, schauspielerin	10. tod.tag
4.	prof. arnulf neuwirth, maler	60. geb.tag
5.	ernst arnold, komponist und saenger	10. tod.tag
5.	polizeipraesident josef holaubek	65. geb.tag
6.	karl cerne, konzertpianist (+ 20.10.1943)	75. geb.tag
6.	konstantin dumba, diplomat	25. tod.tag
7.	hochsch.prof. dr. franz benesch, tierarzt, gynaekologe	80. geb.tag
7.	albin doebrich, bildhauer	100. geb.tag
9.	rudolf bing, ehem. direktor der metropolitan-opera new york	70. geb.tag
9.	hans nuechtern, schriftsteller	10. tod.tag
12.	johann scheffer, edl.v. leonhardshof, maler	150. tod.tag
13.	univ.-prof. dr. karl menger, mathematiker	70. geb.tag
16.	prof. dr. eduard haschek, physiker	25. tod.tag
16.	dr. hans sachs, psychoanalytiker	25. tod.tag
16.	roman karl scholz, augustiner chorherr (hingerichtet 1944)	60. geb.tag
19.	dipl.-ing. johann gundacker, stadtbaudirektor	10. tod.tag
20.	reg.rat prof. karl lustig-prean, direktor der musiklehranstalten der stadt wien (+ 22.10.1965)	80. geb.tag
21.	hochsch.prof. hans andre, bildhauer	70. geb.tag
21.	franz grillparzer, dichter	100. tod.tag
22.	hermann jellinek, schriftsteller (+ 23.11.1848)	150. geb.tag
23.	franz gloeggl, musikverleger	100. tod.tag
23.	arthur nikisch, dirigent	50. tod.tag
23.	josef plecnik, architekt (+ 6.1.1957)	100. geb.tag
23.	margarethe schuette-lihotzky, architektin, graphikerin	75. geb.tag
24.	univ.-prof. dr. anton huber, mathematiker	75. geb.tag
25.	prof. peter klein, kammersaenger	65. geb.tag

./.

26.	alfred pentz, schriftsteller	25. tod.tag
26.	hochsch.prof. dipl.-ing. dr. adolf pucher, techniker	70. geb.tag
26.	univ.-prof. dr. erwin stransky, psychiater	10. tod.tag
27.	anna bahr-mildenburg, saengerin (+ 27.1.1947)	25. tod.tag
27.	hofrat dr. gustav blenk, direktor i.r. der bibliothek des nationalrates	80. geb.tag
27.	hans wilczek, forschungsreisender	50. tod.tag
27.	prof. dr. karl ziak, schriftsteller	70. geb.tag
28.	dr. arnold eisler, sozialdemokratischer politiker	25. tod.tag
29.	fritz kreisler, violinvirtouse	10. tod.tag
30.	josef david bach, musikkritiker	25. tod.tag
30.	dr. franz hauer, geologe, ritter v.	150. geb.tag
31.	heinrich reinhardt, komponist	50. tod.tag
31.	franz schubert, komponist (+ 19.11.1828)	175. geb.tag

1255

diplomfeier im preyer'schen kinderspital

9 wien, 20.12. (rk) ein hervorragender lehrgang fand montag im preyer'schen kinderspital seinen abschluss. vizebuergermeister hans b o c k und gesundheitsstadtrat dr. otto g l u e c k konnten sieben von sechzehn neuen saeuglings- und kinderschwestern mitteilen, dass sie ihre ausbildung mit auszeichnung abgeschlossen haben. die jungen schwestern, die nach dreijaehriger ausbildungszeit montag ihre diplome ueberreicht erhielten, bleiben im dienst der stadt wien, obwohl nur ein drittel von ihnen in der oesterreichischen bundeshauptstadt ansaessig ist. an der diplomierungsfeier nahmen oberstadtphysikus dr. k r a s s n i g g fuer die magistratsabteilung 15 und obersenatsrat dr. w i d m a y e r fuer die magistratsabteilung 17 teil.

1300

wettbewerb fuer hohe-warte-bad entschieden

5 wien, 20.12. (rk) der wettbewerb fuer die gestaltung eines neuen bades auf der hohen warte, zu dem zehn wiener architekten geladen waren, ist nun durch die entscheidung einer siebenkoepfigen jury abgeschlossen worden. der erste preis wurde architekt mag. arch. ing. hubert s t e i n h a u e r zugesprochen, der zweite preis ging an architekt dipl.-ing. rainer k r e i h s l , den dritten preis erhielt architekt prof. mag. arch. eugen w o e r l e . zwei anerkennungspreise vergab das preisgericht, das alle entscheidungen einstimmig ausgesprochen hatte, an architekt dipl.-ing. josef p a t z e l t und an architekt mag. arch. peter c z e r n i n .

der wettbewerb, der vom wiener stadtbauamt (magistratsabteilung fuer architektur) veranstaltet wurde, ging nach etwas mehr als dreimonatiger dauer am 30. november zu ende. der erste preis ist mit 60.000 schilling, der zweite mit 45.000 schilling und der dritte mit 30.000 schilling dotiert. die anerkennungspreise betragen je 20.000 schilling. die preisgekroenten projekte werden in der ersten jaennerhaelfte 1972 oeffentlich ausgestellt werden.

die wettbewerbsaufgabe umfasste die gestaltung eines neuen bades auf dem areal der ehemaligen rothschildgaerten, das von einem parkschutzgebiet, dem aussichtsweg, der kuenftigen stuerzergasse und dem steilabfall zur heiligenstaedter strasse begrenzt wird. die erste baustufe sieht die errichtung des sommerbades sowie eines restaurants (kosten: 20 millionen schilling) vor. in der zweiten baustufe soll eine sauna und in der dritten baustufe eine kleine schwimmhalle errichtet werden.

dem mit dem ersten preis honorierten projekt steinhauer bescheinigte die jury eine ausgereifte und ... ansprechende architektur und durch entsprechende gliederung der baukoerper einen schoenen blick auf die stadt. beim projekt kreihsl (zweiter preis) lobte das preisgericht die aufgelockerten baukoerper und die gute anordnung der schwimmbecken. die lockere bebauung in der gartenlandschaft und den schoen gestalteten

./.

vorplatz hob die jury beim projekt woerle (dritter preis) besonders hervor.

die jury bildeten architekt dipl.-ing. friedrich r o l l w a g e n (vorsitz), architekt prof. mag. arch. ing. f.f. g r u e n b e r g e r , senatsrat architekt mag. arch. ing. rudolf k o l o w r a t h , prof. architekt mag. arch. hannes l i n t l , architekt mag. arch. fritz gerhard m a y r , obersenatsrat dipl.-ing. anton s e d a und senatsrat dipl.-ing. ernst w u c z k o w s k i .

12 9

verkehrsaenderung am 24. dezember

1i wien, 20.12. (rk) entsprechend der geaenderten arbeitszeiten und teilweisen schliessung von betrieben am 24. dezember wurden von den wiener verkehrsbetrieben fuer diesen tag folgende aenderungen festgesetzt:

die verlaengerung der linie O zur raxstrasse und der einsatz der linie 31/5 erfolgen nicht am nachmittag, sondern schon zu mittag. die linie 9 verkehrt nur bis mariahilfer strasse, die linie 25 nur bis praterstern. die zusaetzlichen linien 59 und 231 entfallen, ebenso die linie 36 am nachmittag und die nachmittagseinlagefahrten der linie 167 zum suedbahnhof. die stadtbahnlinie g faehrt nur bis meidling hauptstrasse.

die innerstaedtischen autobuslinien 1, 2, 3 und 4 fahren nur bis 18 uhr.

1331

glatteis-einsatz erfolgreich

6 wien, 20.12. (rk) regen, der in den morgenstunden bei minus 2 grad eingesetzt hatte, verursachte montag frueh strassenglaette im ganzen stadtgebiet. saemtliche einsatzfahrzeuge fuhren daher um 4 uhr frueh aus, wodurch es gelang, das reibungslose anlaufen des fruehverkehrs sicherzustellen.

1236

kuenstlerhaus: neues theater fuer wien

8 wien, 20.12. (rk) wiens erste theater-neugruendung seit 1945 ist perfekt. in einer pressekonferenz machte montag vizebuergermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r mitteilung von dem projekt, dessen kosten der bund und die stadt wien zu gleichen teilen tragen werden: der franzoesische saal des kuenstlerhauses wird zu einer experimentierbuehne umgebaut und conny hannes m e y e r (''komoedianten''-chef und kainz-medaillentraeger) zur kuenstlerischen leitung uebergeben. das neue theater (baukosten rund 4 millionen schilling) soll zu beginn der spielzeit 1972/73 fertiggestellt sein.

das neue theater wird 200 bis 250 zuschauer fassen. der fassungsraum ist variabel, da architekt p o l a k keinen definierten zuschauerraum schafft, sondern insgesamt neun moeglichkeiten der zuschauergruppierung offen laesst, also etwa arenabuehne, laufstegbuehne und guckkastenbuehne.

dem hohen mass an flexibilitaet, fuer das der neutrale, leere raum des franzoesischen salls eine hervorragende voraussetzung bildet, steht die konzentration der lichttechnischen einrichtungen in einem einzigen ''kabelgang'' gegenueber. architekt polak rechnet mit rund 5 monaten bauzeit.

erst ende der vergangenen woche waren die letzten gespraeche mit der leitung des kuenstlerhauses abgeschlossen worden. der wiener kunstverein wird namens des bundesministeriums fuer unterricht und kunst und der stadt wien gegenueber dem kuenstlerhaus als mieter des franzoesischen saales auftreten und seiner seits das theater an conny hannes meyer vermieten.

meyer erklaerte dazu, er werde selbstverstaendlich dieses neue theater nicht nur mit den drei gruppen seines ensembles bespielen, sondern auch progressiven gruppen gelegenheit geben, ihre produktionen in diesem experimentiertheater dem wiener publikum vorzufuehren.

1249

historisches museum: ausstellung ueber wiener theater

10 wien, 20.12. (rk) im historischen museum der stadt wien auf dem karlsplatz eroeffnete montag vizebuergermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r die neue sonderausstellung ''wiener theater - bilddokumente 1660 bis 1900'' mit der feststellung, sie freue sich, dass das museum wieder einmal einen teil seiner vielen schaetze dem publikum zugaenglich mache, und zwar in einer illustrativen uebersicht ueber drei jahrhhunderte theatergeschichte.

die von dr. wilhelm d e u t s c h m a n n zusammengestellten 520 objekte stammen aus der theatersammlung des museums, sind also ausschliesslich eigenbestaende.

der direktor des historischen museums, dr. alfred m a y , verwies darauf, dass die theatersammlung des museums seit der ersten internationalen theaterausstellung im jahre 1892 nicht nur immer wieder an theatergeschichtlichen veranstaltungen beteiligt, sondern auch selbstaendig hervorgetreten sei, so zum beispiel mit ausstellungen ueber johann nestroy (1962) und ferdinand raimund (1965).

die daten der ausstellung:

geoeffnet vom 21. dezember bis zum 29. februar 1972

besuchszeiten: dienstag bis freitag 9 bis 16 uhr, samstag 17 bis 18 uhr, sonntag 9 bis 13 uhr.

eintritt: dienstag bis freitag 5 schilling, samstag und sonntag eintritt frei. (damit hat es folgende bewandtnis: mit dem besuch der ausstellung ist die besichtigung des gesamten museums moeglich. daher richten sich die modalitaeten nach der praxis des historischen museums, das am wochenende kostenlos besucht werden kann.)

1330

wettbewerb karlsplatz (forts):
''ein ueberzeugendes ergebnis''

12 wien, 20.12. (rk) da alle bisher vorgelegten projekte fuer eine gestaltung des karlsplatzes unbefriedigend gewesen seien, habe er darauf gedraengt, einen wettbewerb durchzufuehren, erklaerte planungsstadtrat ing. fritz h o f m a n n im verlauf der pressekonferenz ueber das ergebnis eben dieses wettbewerbes am montag im wiener kuenstlerhaus. von der stadtverwaltung sei prof. roland r a i n e r mit den vorbereitungen betraut worden, der zudem von den mitgliedern der jury zum vorsitzenden gewaehlt worden sei. hofmann bekannte sich ausdruecklich dazu, dass das mit dem ersten preis praemiierte projekt ausgefuehrt werden solle, wenn sich dieser absicht keine unueberwindlichen schwierigkeiten entgegenstellten. und dies scheine nach den ersten pruefungen nicht der fall zu sein. auf jeden fall werde prof. a n d e r s o n einen detailauftrag in dieser richtung erhalten.

prof. rainer sprach von einem ueberzeugenden ergebnis dieses internationalen wettbewerbes. und zwar deshalb, weil es ein wettbewerb fuer die gartengestaltung statt fuer die verbauung eines raumes gewesen sei. an dieser problematik seien bisher alle anderen vorschlaege gescheitert. besonders hob rainer hervor, dass auf grund der planungen der stadtverwaltung die strassen vor der karlskirche aufgelassen wuerden und damit 10.000 quadratmeter neue gruenflaeche gewonnen werden koennten. ''statt eines blechernen oedlandes erhaelt die karlskirche nun einen gruenraum als unmittelbare umgebung'', meinte rainer. die arbeit des daenischen gartengestalters sei deshalb den meisten anderen projekten weit ueberlegen, weil anderson die unbetretbaren rasenflaechen aufgegeben habe und stattdessen einen nach allen seiten hin benuetzbaren erholungsraum vorschlage. dies werde durch eine sehr differenzierte pflasterung unter beibehaltung grosser baum- und buschgruppen erreicht. das preisgekroente projekt zeichen sich durch phantasie und poesie in gleicher weise aus. rainer erinnerte noch daran, dass im nahbereich des karlsplatzes

./.

bereits drei markante gebaeude von einem daenen, naemlich theophill hansen, errichtet worden seien: das musikvereinsgebaeude, die technische hochschule und die evangelische schule.

der bekannte zuericher gartenarchitekt e. c r a m e r , der ebenfalls der jury angehoerte, lobte an andersons projekt zwei dinge besonders: dem daenen sei es gelungen, das barock mit den heutigen erfordernissen zu vereinen und zum zweiten braechte er es zuwege, dass trotz gewisser technischer abriegelungen gegen laerm und staub - erdwaelle mit starkem bewuchs beziehungsweise mauern - sehr grosse oeffnungen von dem freiraum zu den bedeutenden gebaeuden am rande des karlsplatzes entstuenden. (schluss)
1446

preisguenstige gemuese- und obstsorten

4 wien, 20.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: weisskraut 3.50 schilling, karotten 5 bis 6 schilling je kilogramm, ital. grundsalat 3 bis 4 schilling je stueck.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 bis 6.50 schilling, ital. blondorangen 5 schilling, mandarinen 8 bis 9 schilling je kilogramm.
1115

vorstand des stadtforschungsinstitutes genehmigt forschungsvorhaben fuer 7 millionen

13 wien, 20.12. (rk) im gruenen salon des wiener rathauses trat montag der vorstand des instituts fuer stadtforschung unter vorsitz von buergermeister slavik zusammen. dabei wurden eine grosse zahl neuer forschungsvorhaben bewilligt:

eine staedtebauliche bestandsaufnahme in den sechs oesterreichischen grossadtregionen (graz, innsbruck, klagenfurt, linz, salzburg, wien) mit dem ziel, die moeglichkeiten der deckung des flaechenbedarfes fuer den wohnungsbau in erneuerungs- und erweiterungsgebieten zu ermitteln. dieses vorhaben wird vom bundesministerium fuer bauten und technik im rahmen der wohnbauforschung unterstuetzt, so dass dieses ministerium zwei drittel der gesamtkosten von fast 5,1 millionen schilling traegt.

in den sechs genannten grosstadtregionen soll ferner eine vollerhebung der im zeitraum 1967 bis 1970 vollzogenen wohnungswechsel durchgefuehrt werden. damit werden erstmals vollstaendige angaben ueber die wohnungswechsel innerhalb der stadtregionen und stadtgebiete nach art der haushalte (familiengroesse, altersstruktur), nach zugehoerigkeit zu sozialen schichtungen etc. erarbeitet werden koennen. die sehr breit angelegte untersuchung wird rund 1,5 millionen schilling erfordern, zu denen das bundesministerium fuer bauten und technik ebenfalls zwei drittel der kosten beitraegt.

im hinblick auf eine, mit hilfe von sonderauswertungen und teilergebnissen der vhwz 1971 beabsichtigt ermittlung des wohnungsbedarfes in den grosstadtregionen wurden 150.000 schilling fuer untersuchungen bereitgestellt, mit deren hilfe ''methoden der wohnungsbedarfsermittlung'' erarbeitet werden sollen. ferner will das institut fuer stadtforschung den wohnungsmarkt in den sechs staedten transparent machen. fuer vorarbeiten wurden 260.000 schilling bewilligt. ein weiterer auftrag hat das ziel, die moeglichen bebauungsdichten bei verschiedenen gebaeudeformen in abhaengigkeit von wohnkulturellen anspruechen (belichtung, besonnung, gruenflaechen, unterbringung von kraftfahrzeugen) zu

./.

ermitteln. das ergebnis dieser arbeit soll keine norm sein, sondern ein hinweis darauf, wie sehr sich einzelnen anforderungen an die lage eines gebaeudes auf dem grundstueck, auf die bebauungsdichte auswirken. der vorstand des instituts fuer stadtforschung genehmigte dafuer 180.000.

beim verlag fuer jugend und volk wird ab nun eine gemeinsame schriftenreihe der institute fuer kommunalwissenschaften (linz), fuer kommunale finanzierungen (wien), fuer stadtforschung und des kommunalwissenschaftlichen dokumentationszentrums erscheinen. der vorstand des instituts fuer stadtforschung genehmigte den vertragsentwurf.
1505

rinderhauptmarkt vom 20. dezember

14 wien, 20.12. (rk) unverkauft vom vormarkt: 0, neuzufuhr inland: 3 ochsen, 46 stiere, 207 kuehe und 78 kalbinnen, summe 334. gesamtauftrieb dasselbe, verkauft alles, unverkauft: 0.

notierungen: ochsen 18.20 bis 19, stiere (13.-/3 stueck) 16.50 bis 18.60, kuehe 11.50 bis 15.20, extrem 15.70 bis 16 (2), kalbinnen 16 bis 18.50, extrem 18.70 (1), beinlvieh kuehe 9.40 bis 11, ochsen und kalbinnen 11.50 bis 15.70.

der durchschnittspreis erhochte sich bei ochsen um 1.72 schilling, bei stieren um 9 groschen, ermaessigte sich bei kuehen um 24 groschen, und bei kalbinnen um 63 groschen je kilogramm. durchschnittspreise einschliesslich beinlvieh: ochsen 18.73, stiere 17.75, kuehe 12.73, kalbinnen 16.46, beinlvieh verbilligte sich bis zu 15 groschen je kilogramm.

kein auftrieb im auslandsschlachthof.
1520

neues rekordjahr der feuerwehr

15 wien, 20.12. (rk) den 15.000sten einsatz dieses jahres hat die wiener feuerwehr am montag um 14.56 uhr durchgefuehrt. damit sind ihre aufgaben neuerlich gestiegen: 1970 gab es im ganzen jahr 14.976 einsaetze, 1969 waren es 14.923 und 1968 noch 11.499. die zunahme ist vor allem auf die wachsende zahl von verkehrsunfaellen zurueckzufuehren.

der 15.000ste einsatz fuehrte zum haus wipplingerstrasse 29, wo mehrere dachziegel und ein dachfenster auf den stark frequentierten gehsteig abzustuerzen drohten. die bauteile wurden entfernt und damit die gefahr fuer die passanten beseitigt.
1635

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861

michaelerplatz ''entforstet''

5 wien, 21.12. (rk) die stadtbildpfleger koennen aufatmen: am michaelerplatz kommt man nun mit dem unbedingt erforderlichen minimum an verkehrszeichen aus. in den letzten tagen wurden 22 provisorische verkehrszeichen, die im interesse der vom gesetz geforderten klarheit die neuen verkehrssituationen besonders deutlich signalisiert haben, entfernt. fuer konkrete unfallsituationen ist damit ein gewisses risiko freilich nicht ausgeschlossen. es bleibt jedoch zu hoffen, dass die **verkehrsteilnehmer - nicht zuletzt im interesse der eigenen sicherheit, aber auch des stadtbildes** - die notwendige disziplin an den tag legen.
0927

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien — Presseforum — A 1082 Wien, 1 Rathausstr. 1, Telephon 42800 Durchwahl Kl. 2971 - 2974, FS (7) 5662 — Chefredakteur: Wilhelm Adametz — Für den Inhalt verantwortlich: Chefredakteur-Stellvertreter Robert Prosel

mittelmeerstaedte koordinieren kongresswerbung

1 wien, 21.12. (rk) die zentren des kongresslebens der naechsten jahre seien berlin, paris, wien, zuerich, muenchen, tokio erklaerte der daenische fremdenverkehrsexperte prof. e. a l k j a e r letzte woche bei der generalversammlung der organisation meditercongress in wien. der kopenhagener fachmann prophezeite gleichzeitig, dass sich noch fuer mindestens zwei jahrzehnte hindurch die durchschnittliche teilnehmerzahl bei internationalen kongressen um etwa 500 bewegen werde.

die organisation meditercongress, 1968 in venedig gegruendet, vereint staaten, staedte und fremdenverkehrsorganisationen der laender des mittelmeerraumes als mitglieder. (oesterreich und die schweiz sind als einzige binnenlaender in der mediter repraentiert, wobei oesterreich durch die fremdenverkehrsorganisationen von wien und graz vertreten ist.)

derzeit befindet sich beim kongressreferat des fremdenverkehrsverbandes fuer wien ein umfassender prospekt mit genauen daten aller mitgliedsstaedte in ausarbeitung. er soll gewissermassen die weiterempfehlung innerhalb der mediter-staedte ermoeglichen, das heisst: wenn eine internationale organisation ihren kongress in einer dieser staedte abhaelt, werden die veranstalter durch den prospekt auf die moeglichkeit hingewiesen, ihren naechsten kongress in einer anderen mitgliedsstadt abzuhalten.

im uebrigen wechselte bei der generalversammlung in wien auch die oberste fuehrung: commendatore mario b i a s u t t i , hotelier in venedig, legte sein amt als praesident der organisation zurueck. neu zum praesidenten gewaehlt wurde der vizebuergermeister von rijeka, zeljko g r b a c .
0908

neue verkehrsregelung am alsergrund

6 wien, 21.12. (rk) die komplizierte, bisher nur durch einen verkehrsposten geregelte kreuzung boltzmanngasse/liechtensteinstrasse/alserbachstrasse im 9. bezirk soll nun durch eine verkehrstechnische loesung sicherer und leistungsfaehiger werden: ab donnerstag vormittag wird dort eine automatische verkehrslichtsignalanlage in betrieb gehen. als voraussetzung fuer das funktionieren dieser regelung wird schon einen tag vorher, am mittwoch, die boltzmanngasse von der waehringer strasse zur alserbachstrasse zur einbahn erklaert und entsprechend beschildert. neu festgelegt wurden geradeausfahrgebote in der liechtensteinstrasse fuer die fahrtrichtung stadteinwaerts und in der alserbachstrasse fuer die fahrtrichtung nussdorfer strasse. die zahlreichen, an der kreuzung aufeinander stossenden verkehrsstroeme werden durch eine vier-phasen-regelung der lichtsignalanlage automatisch gelenkt. die polizei wird das funktionieren dieser verkehrsregelung genau beobachten, zumal die signalanlage die moeglichkeit bietet, bei spitzenverkehr flexibel auf handschaltbetrieb zu gehen. am urban loritz-platz, wo zwar nicht vergleichbare verkehrsverhaeltnisse herrschen, bewaehrt sich eine vierphasen regelung bereits seit einigen jahren.

... und in doebling

donnerstag vormittag werden auch an den beiden kreuzungen rodlergasse und friedlgasse im zuge der krottenbachstrasse in doebling automatische, koordinierte verkehrslichtsignalanlagen mit haengesignalen eingeschaltet.

schliesslich wird donnerstag vormittag im 3. bezirk an der kreuzung schlachthausgasse/viehmarktgasse/landstrasser hauptstrasse eine mit der signalgruppe simmeringer hauptstrasse koordinierte lichtsignalanlage in betrieb genommen.

1002

''das dorf, wo einst der eber hauste''

2 wien, 21.12. (rk) der historischen entwicklung zweier bezirksteile simmerings, naemlich von kaiser-ebersdorf und albern, ist eine soeben erschienene broschuere gewidmet. sie traegt den titel ''das dorf, wo einst der eber hauste'' und wurde vom kustos des simmeringer bezirksmuseums,hans h a v e l k a , verfasst. zahlreiche abbildungen von topographien, dokumenten und mittlerweile laengst verschwundenen motiven ergaenzen den textlichen teil des besinnlichen spazierganges durch die interessante und vielfaeltige geschichte dieser frueheren vororte wiens.

die broschuere kann im simmeringer bezirksamt oder im bezirksmuseum simmering 11, enkplatz 2,zum preis von 25 schilling kaeuflich erworben werden.
0914

hohe-wand-wiese: warten auf die kaelte

7 wien, 21.12. (rk) nach nur zweitaegigem betrieb (27. und 28. november) wartet die sportstelle der stadt wien geduldig - doch bis jetzt erfolglos - auf die noetige kaelte fuer den betrieb der skipiste hohe-wand-wiese. ein fuer den 22. dezember geplanter ''fitness-slalom fuer jedermann'' musste vorlaeufig abgeblasen werden.

fuer die piste ist bekanntlich durch mehrere tage eine temperatur von minus drei grad oder noch weniger die voraussetzung zum einsatz der schneekanonen. wenn das wetter sich aehnlich gestaltet wie im vorjahr, besteht bald nach weihnachten wieder hoffnung. 1970 war die piste vom 25. dezember bis 25. jaenner, vom 6. bis 8. februar und vom 3. bis 13. maerz in betrieb.
1024

neue leitung der wiener gaswerke

auf dem weg in die dritte epoche der geschichte der wiener gasversorgung - gaspreis seit zwanzig jahren praktisch unveraender

10 wien, 21.12. (rk) die wiener gaswerke haben eine neue leitun dipl.-ing. dr. josef s c h o l l e ist der neue direktor, dipl.-ing. rudolf s c h l a u e r der neue technische vize-direktor. dienstag erhielten beide von stadtwerke-generaldirektor dr. karl r e i s i n g e r die ernennungsurkunden ueberreicht. der bisherige direktor dr. walter j o r d e ist krankheits-halber vorzeitig in den ruhestand getreten.

an der amtseinfuehrung der neuen gaswerke-leitung nahmen buergermeister felix s l a v i k , vizebuergermeister hans b o c k , stadtrat franz n e k u l a , magistratsdirektor dr. rudolf e r t l und andere hohe beamte teil.

stadtrat nekula verwies darauf, dass die dritte epoche in der geschichte der wiener gasversorgung begonnen hat: nach kohlengas und spaltgas kommt jetzt das erdgas. die wiener gaswerke beliefern 788.000 kunden und sind damit eines der groessten gasversorgungsunternehmen der welt. rund 95 prozent der wiener haushalte werden mit gas beliefert.

buergermeister slavik erinnerte daran, dass die letzte aenderung der gastarife 1957 zugleich mit einer erhoehung der kalorienzahl erfolgte. die letzte tatsaechliche preiserhoehung wurde 1951 durchgefuehrt. seit zwanzig jahren ist also der gaspreis praktisch unveraendert, trotz aller kostenerhoehungen, die seither eingetreten sind. allein diese tatsache zeigt, wie gross die leistung der wiener gaswerke war.

der neue direktor, dr. scholle, gab in seinen dankes-worten einen ueberblick ueber die entwicklung der letzten 25 jahre, die er im gaswerk taetig war. in dieser zeit hat sich die gaser-zeugung in wien vervierfacht. waren vor 25 jahren zur herstellung von 10 millionen kubikmeter gas 133 arbeitskraefte noetig, so sind es jetzt 19. ein wichtiger fortschritt in dieser zeit war die entgiftung des stadtgases.

direktor dipl.-ing. dr. josef s c h o l l e wurde 1921 in wien geboren und erwarb hier an der technischen hochschule das

./.

doktorat fuer technische chemie. 1946 trat er in den dienst der wiener gaswerke und arbeitete zuerst als chemiker im gaswerk leopoldau. seit 1966 war dr. scholle technischer vizedirektor und leitete zuletzt die geschaeftsgruppe 3 (gasverteilung, gasspeicheranlagen, regleranlagen, behaelter, hauptrohrnetz).

technischer vizedirektor dipl.-ing. rudolf s c h l a u e r wurde 1925 in wien geboren und studierte hier an der technischen hochschule gas- und feuerungstechnik. seine arbeit in den gaswerken begann er 1951 in der versuchsanstalt im gaswerk simmering. vor fuenf jahren kam er in die direktion, leitete zuerst die erdgasabteilung und und uebernahm dann die geschaeftsgruppe 2 (gasvertrieb, technische beratung, werbung, gebaeudeerhaltung, gebrechenbehebung, kraftfahrzeuge), in deren aufgabenbereich auch die umstellung auf erdgas gehoert.
1231

24. dezember: pensionistenfahrschein gilt ganztaegig

4 wien, 21.12. (rk) freitag, den 24. dezember, gilt der pensionistenfahrschein der wiener verkehrsbetriebe um 2.50 schilling den ganzen tag.

samstag, den 25. dezember (christtag), gilt bei den wiener verkehrsbetrieben der sonntagstarif.

die betriebseigenen vorverkaufsstellen der verkehrsbetriebe sind am 24. dezember von 6.30 bis 12.30 uhr geoeffnet, am 25. dezember bleiben sie geschlossen. die kartenausgabestelle in wien 6, rahlgasse 3, ist am 24. dezember von 8 bis 12 uhr geoeffnet.
0923

auch linz sagt: ''nulltarif'' unmoeglich

14 wien, 21.12. (rk) auch in linz erwies sich eine erhoehung des strassenbahnfahrpreises von 5 auf 6 schilling bzw. im vorverkauf von 4 auf 5 schilling unvermeidlich. in diesem zusammenhang kam ebenfalls der sogenannte ''nulltarif'' zur sprache. in den ''oberoesterreichischen nachrichten'' vom 17. dezember stellt dazu meinhard b u z a s in einem kommentar unter anderem fest:

''wie die chancen fuer eine verwirklichung des strassenbahn- oder autobusfahrens ohne einen groschen wirklich stehen, kam gestern bei einer esg-pressekonferenz zur sprache: naemlich gleich null. erfahrungen hat man in linz bereits gesammelt, mit der schuelerfreifahrt. der zuwachs an esg-benuetzern unter den schuelern stieg seit der einfuehrung der freikarte schlagartig um 30 bis 40 prozent an. aehnliche werte waeren auch bei der ''freikarte fuer alle'' zu erwarten. wenn man nun bedenkt, dass die esg schon heute fast nur noch fuer ihr personal arbeitet (98 prozent der einnahmen werden fuer personalaufwand wieder ausgegeben), dass derzeit schon 42 millionen fahrgaeste im jahr befoerdert werden und sich diese anzahl als folge eines nulltarifs um rund 45 prozent steigern wuerde, werden die schwierigkeiten klar. nulltarif gut und schoen - doch wer soll's bezahlen ? da kaeme dann doch hoechstens wieder der steuerzahler in frage ... schliesslich aber gibt es noch eine erfahrungstatsache, die die diskussion um den nulltarif derzeit noch zu reinem theoretisieren abstempelt: eine internationale erfassung der wuensche der verkehrsteilnehmer (oesterreicher eingeschlossen) ergab, dass in ihrer wunschliste an oeffentliche verkehrsmittel der preis erst an vierter stelle rangiert. zuerst will der fahrgast haeufige frequenz, geschwindigkeit und komfort. die aktuellen probleme zu bewaeltigen und durch rationalisierung die horrenden personalaufwendungen (siehe oben) in den griff zu bekommen, ist jene aufgabe, die wirklich draengt. da muessen spielereien mit einem schoenen schlagwort noch lange zurueckstehen.''

1404

gutes bild: grosser verkaufserfolg

9 wien, 21.12. (rk) schon mitten im verbrauch der reserven steck die heurige verkaufsausstellung ''das gute bild fuer jeden'' in der secession. die ersten 170 arbeiten sind laengst verkauft, montag hie man bei 419 verkauften kunstwerken. die reserven reichen gerade noch fuer die letzten tage bis zum heiligen abend. der verkaufserloes betraegt bisher insgesamt 237.000 schilling.

die ausstellung ist am 22. und 23. dezember noch von 10 bis 19 uhr, am heiligen abend von 10 bis 12 uhr geoeffnet.
1145

personalnachrichten

12 wien, 21.12. (rk) der wiener stadtsenat hat am dienstag den oberstadtbaurat diol.-ing. robert k n o r r (e-werke) in die d i e n s t k l a s s e r o e m. a c h t befoerdert und ihm den titel s e n a t s r a t verliehen. dem oberstadtbaurat dipl.-ing. heribert h o l u b (ma 35) wurde der titel s e n a t s r a t verliehen.
1345

neue wohnbaudarlehen durch die wiener landesregierung
1971 fast eine milliarde schilling bewilligt

13 wien, 21.12. (rk) die wiener landesregierung bewilligte am dienstag auf antrag von stadtrat reinhold s u t t n e r darlehen nach dem wohnbaufoerderungsgesetz 1968 in der hoehe von 66,799.700 schilling. damit wird der bau von 334 wohnungen und vier lokalen ermoeglicht.

damit erreicht der in diesem jahr von der wiener landesregierun beschlossene gesamtbetrag an wohnbaumitteln fast eine milliarde schilling.
1351

schueler-unfall leibnizgasse:
die tafel war in ordnung

15 wien, 21.12. (rk) zu den berichten ueber einen unfall in der hauptschule leibnizgasse im 10. bezirk stellte die schulverwaltung dienstag fest, dass es sich nicht um ein ''herabfallen'' der tafel auf die 13jaehrige schuelerin eva s ch n e y e r gehandelt hat. es scheidet also die moeglichkeit aus, dass irgendwelche maengel an der tafel den unfall verursacht haben.

inzwischen hat auch die leitung der schule mitgeteilt, dass die schuelerin durch den schwenkbaren fluegel der tafel am kopf getroffen wurde. da zu dem zeitpunkt des zwischenfalls (zehn-uhr-pause) keine lehrkraft im klassenzimmer anwesend war, wird angenommen, dass das tafelblatt durch eine mitschuelerin eva schneyers so heftig bewegt wurde, dass es zu dem unfall kam. die tafel selbst jedenfalls war weder unsachgemaess montiert noch sonst mangelhaft.
1422

kardinalsbesuch im e-werk

3 wien, 21.12. (rk) zu einem informationsbesuch kam montag nachmittag der wiener erzbischof, kardinal dr. franz k o e n i g , ins e-werk simmering. der kardinal, der damit die reihe seiner industriebesuche im wiener stadtgebiet fortsetzte, war sehr beeindruckt von der groesse des werkes. stadtrat n e k u l a , der im kreis der e-werksdirektoren den hohen gast empfangen hatte, machte kardinal koenig mit den problemen der elektrizitaetsversorgung - verdoppelung der stromerzeugung und versorgungsleitungen innerhalb eines jahrzehnts - vertraut.
0919

weitgehende zustimmung zur fussgaengerzone

11 wien, 21.12. (rk) der ueberwiegende teil der geschaeftsleute und der besucher der fussgaengerzone in der inneren stadt hat sich positiv ueber dieses experiment ausgesprochen. sowohl von der stadtverwaltung wie auch von der wiener handelskammer waren eine reihe von erhebungen durchgefuehrt worden, um die meinung ueber den ''weihnachtskorso 71'' zu eruieren. ueber das ergebnis dieser untersuchungen und befragungen berichteten am dienstag nachmittag bei der besprechung zwischen buergermeister felix s l a v i k und kammerpraesident komm.-rat otto m i t t e r e r wiens planungsstadtrat ing. fritz h o f m a n n beziehungsweise praesident mitterer.

bei einer telefonischen befragung von rund 200 betrieben in der fussgaengerzone, die im auftrag der stadtverwaltung vom institut fuer standortberatung vorgenommen worden ist, haben sich 80 prozent der geschaeftsleute positiv ueber die fussgaengerzone ausgesprochen. 13 prozent der antworten waren negativ und sieben prozent neutral. die gruende fuer die negativen antworten waren hauptsaechlich anlieferungsschwierigkeiten mit personenwagen, zu wenig parkmoeglichkeiten und eine ''unguenstige passantenstruktur''.

besonders positiv wurden von den geschaeftsleuten folgende auswirkungen der fussgaengerzone hervorgehoben: die luftverbesserung, angenehmere arbeitsbedingungen, weniger laerm und neue kundenschichten.

die anlieferung wurde von 36 prozent der betriebe als gut beziehungsweise besser als vorher bezeichnet, zehn prozent der unternehmen bezeichneten die situation als problematisch, die anderen geschaeftsleute aeusserten sich dazu neutral. von den ausserhalb der fussgaengerzone liegenden unternehmen, die ebenfalls vom wist befragt worden sind, aeusserten sich 80 prozent positiv, fuenf prozent negativ und 15 prozent neutral. 45 prozent dieser befragten betriebe sprachen sich ausdruecklich fuer eine einbeziehung in die fussgaengerzone aus.

das ergebnis dieser erhebung differiert mit dem einer befragung, die parallel von der wiener handelskammer, und zwar mit der ausgesprochenen fragestellung nach einer zeitlichen verlaengerun

./.

der zonenregelung durchgefuehrt worden ist: die kammer hatte alle 704 unternehmen im zonenbereich schriftlich um ihre meinung befragt. bis zum 20. dezember hatten 315 unternehmen (45 prozent) geantwortet: die bisherigen erfahrungen mit der fussgaengerzone haben 65 prozent positiv, 29 prozent negativ und sechs prozent neutral bewertet.

fuer die zeitliche verlaengerung der zonenregelung ueber den 2. jaenner hinaus sprachen sich 66 prozent der unternehmen aus. 25 prozent von ihnen lehnten eine solche massnahme ab, meldeten jedoch keinerlei ernstliche geschaeftliche schwierigkeiten, wenn es dazu kommen sollte. neun prozent der antworten waren zu diesem punkt neutral.

die wiener handelskammer hat ueberdies 271 betriebe, die in strassenzuegen liegen, die fuer eine raeumliche ausdehnung der fussgaengerzone in frage kommen beziehungsweise von einer solchen massnahme betroffen waeren, um ihre meinung zur einbeziehung in die zonenregelung befragt. bis zum 20. dezember haben 97 firmen (36 prozent) geantwortet. davon haben sich 49 firmen fuer und 48 betriebe gegen eine einbeziehung ausgesprochen. auffallend daran ist das starke ueberwiegen der pro-stimmen von unternehmen der kaertner strasse (21 dafuer, elf dagegen).

das institut fuer standortberatung hat ueberdies eine spezielle untersuchung durchgefuehrt, um die meinung der benuetzer des weihnachtskorso 71 feststellen zu koennen. rund 250 ausgewaehlte personen, die in ihrer zusammensetzung den besuchern der innenstadt entsprechen, wurden vor einfuehrung der fussgaengerzone und dann, nachdem sie erfahrungen mit dem weihnachtskorso gesammelt hatten, eingehend schriftlich befragt (eine dritte befragung ist fuer ende dezember noch vorgesehen). etwa 70 prozent beantworteten die frage, was sich durch die zonenregelung gegenueber dem frueheren zustand verbessert habe, folgendermassen: die abnahme des laerms, die luftverbesserung, die tatsache, dass auf den gehsteigen kein gedraenge mehr herrsche und man muehelos die strassen ueberqueren koenne sowie ganz generell die angenehme atmosphaere.

interessant war die differenz zwischen der ersten und der zweiten befragung bezueglich der autobusse. waehrend vor einfuehrung der fussgaengerzone zwei drittel der befragten

./.

personen fuer die fuehrung des staedtischen autobusses durch die fussgaengerzone plaedierten, war bei der zweiten befragung, also nach gesammelten erfahrungen mit dem weihnachtskorso, nur noch ein drittel damit einverstanden, dass die autobusse durch die zone fahren duerfen. allerdings sprachen sich zwei dittel der befragten dafuer aus, dass zwischen dem ring und dem rand der fussgaengerzone auf jeden fall autobusse verkehren sollten.

gezielt wurden die testpersonen auch nach den verschiedenen einrichtungen der fussgaengerzone befragt, und um eine benotung (1 bis 5) gebeten: die gehschule kam auf 54,5 prozent ''fuenfer'', die riesenbaelle wurden sogar von 68,1 prozent mit der schlechtesten note bewertet. hingegen erhielt die beleuchtung am graben 65,9 prozent ''einser'' und nur 2,3 prozent ''fuenfer''. den kindergarten gaben 40 prozent die beste und 22,2 prozent die schlechteste note (vermutlich war die meinung die, dass die baubaracke neben dem stephansdom extra fuer den kindergarten aufgestellt worden war). die lautsprecheranlage beziehungsweise die musikdarbietungen erhielten 15,9 prozent ''einser'', 31,8 prozent ''fuenfer'' und 22,7 prozent ''dreier'' (die note drei entsprach der meinung, es sei gleichgueltig, ob diese einrichtung vorhanden sei oder nicht).

die beobachtung des lieferverkehrs in den stichstrassen, die an fuenf verschiedenen tagen vom wist durchgefuehrt worden ist, ergab, dass es nirgends zu ernsthaften schwierigkeiten gekommen war. auch die zufahrt zu den hotels war reibungslos. der ladebahnhof am graben wurde freilich hauptsaechlich von personenwagen frequentiert.

eine zusaetzliche erhebung wurde vom wist zudem ueber die neuen kurzparkzonen am heldenplatz und im inneren burghof vorgenommen. dabei zeigte sich, dass der innere burghof mit zunehmender dauer des ''weihnachtskorso'' als kurzparkzone angenommen worden ist, waehrend der heldenplatz ebenfalls in zunehmendem masse von langzeitparkern benuetzt wird.

die passantenfrequenz in der fussgaengerzone hat erwartungsgemaess stark zugenommen. am eroeffnungstag erlebte beispielsweise der graben mit 85.000 besuchern eine mehr als 300prozentige steigerung. selbst die mariahilfer strasse konnte am ersten einkaufssamstag keine solche zuwachsrate aufweisen, obwohl sie absolut mit 100.000 passanten innerhalb von zehn stunden an der spitze liegt.

1344

schweinehauptmarkt vom 21. dezember

16 wien, 21.12. (rk) unverkauft vom vormarkt: 0, neuzufuhr inland: 1612, hievon 14 durchlaeufer, gesamtauftrieb dasselbe, verkauft alles, unverkauft: 0.

notierungen: extrem 18.40 bis 18.80, 1. qualitaet 18 bis 18.30, 2. qualitaet 17 bis 17.90, 3. qualitaet (16.-/9 stueck) 16.30 bis 16.90, zuchten extrem 14.50, zuchten 13.50 bis 14, altschneider 11.80.

der durchschnittspreis fuer inlaendische schweine erhoehte sich um 34 groschen und betraegt 17.60. aussermarktbezuege in der zeit vom 17. bis 21. dezember (ohne direkteinbringungen): 2 stueck.

ausland (laut mitteilung des veterinaeramtes): bulgarien 50, rumaenien 100, ungarn 547, verkaufspreis 15 bis 16.60.

pferdehauptmarkt vom 21. dezember

17 wien, 21.12. (rk) auftrieb: 1 pferd aus dem burgenland, blieb unverkauft.
1543

preisguenstige gemuese- und obstsorten

8 wien, 21.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 4 schilling, kohl 5 schilling, weisskraut 3 bis 3.50 schilling, sellerie 7 schilling je kilogramm.

obst: mandarinen 8 schilling, aepfel (qualitaetklasse 2) 6 bis 7 schilling, orangen blond (ital.) 4.50 bis 5 schilling, bananen 7 schilling je kilogramm.
1116

fussgaengerzone bleibt

18 wien, 21.12. (rk) die provisorische fussgaengerzone in der inneren stadt wird unbefristet weiter bestehen. ferner werden untersuchungen angestellt, ob auch die kaertner strasse bis zur philharmonikerstrasse und die naglergasse in die zone einbezogen werden koennen. dies ist das ergebnis eines arbeitsgespraeches, das dienstag nachmittag unter dem vorsitz von buergermeister felix s l a v i k stattfand. an dem gespraech nahmen von seiten der stadt wien die stadtraete h e l l e r , ing. h o f - m a n n , n e k u l a und dr. maria s c h a u m a y e r sowie fuer die wiener kammer praesident m i t t e r e r teil.

genaue erhebungen vor naechstem schritt

die verhandlungspartner waren sich dienstag am spaeten nachmittag darueber einig, dass vor einer raeumlichen ausdehnung der fussgaengerzone in der wienner innenstadt genaue erhebungen durchgefuehrt werden muessen. bei einer verkehrsverhandlung wird morgen, mittwoch, nicht nur die verordnung ueber die unbefristete verlaengerung der jetzigen regelung erlassen, sondern es wird auch ein vorlaeufiges konzept ueber die raeumliche ausdehnung ausgearbeitet werden. vorgesehen ist die einbeziehung der kaertner strasse bis zur philharmonikerstrasse und der gesamten naglergasse in die fussgaengerzone. die entsprechenden vorschlaege sollen dann den geschaeftsleuten von der kammer zur kenntnis und deren stellungnahme eingeholt werden.

buergermeister slavik und praesident mitterer hiessen weiter hin auch die vorgesehenen vorarbeiten fuer den u-bahn-bau im bereich des stephansplatzes, des grabens, der spiegelgasse und der braeunerstrasse gut. mit diesen arbeiten, die bereits heuer im maerz fuer den beginn des jahres 1972 vorgesehen worden sind, wird voraussichtlich nach dem 10. jaenner begonnen werden. sie werden eine gewisse, oertlich eng umgrenzte behinderung darstellen, doch werden die baufirmen angewiesen werden, die arbeiten unter groesster ruecksichtnahme auf die fussgaenger durchzufuehren.

vor einsetzen der grossen bautaetigkeit fuer die u-bahn

./.

soll dann einvernehmlich geprueft werden, welche aenderungen in der bisherigen regelung notwendig werden.

die verhandlungsteilnehmer kamen ueberein, neuerlich an die burghauptmannschaft beziehungsweise das bautenministerium mit dem ersuchen heranzutreten, den inneren burghof, der in der verwaltung des bundes steht, als kurzparkzone zur verfuegung zustellen. die beibehaltung des halben heldenplatzes als blaue zone, auch darueber war man sich einig, scheint nicht notwendig zu sein.

fuer den naechsten schritt der fussgaengerzone soll zudem von den experten auch das problem geprueft werden, ob eine fuehrung der innerstaedtischen autobuslinien so vorgenommen werden kann, dass die autobusse nicht wie bisher durch die fussgaengerzone fahren. die magistratsabteilung 46 wurde schliesslich angewiesen, die ausstellung von sondergenehmigungen fuer schwerinvalide zum befahren der fussgaengerzone vorzunehmen.

buergermeister slavik und planungsstadtrat hofmann wiesen ueberdies darauf hin, dass die zeit des experimentierens in der fussgaengerzone zwar vorbei sei, diese versuche aber doch wertvolle erkenntnisse erbracht haetten.

fussgaengerzone: bessere luft

zu den erfreulichsten auswirkungen der fussgaengerzone gehoert die bessere luft. wie senatsrat dipl.-ing. e n g e l - b e r g e r bei dem arbeitsgespraech mitteilte, haben messungen am stock im eisen-platz und in der spiegelgasse ergeben, dass der co-gehalt der luft waehrend der zeit der fussgaengerzone gegenueber frueher erheblich abgenommen hat: waehrend beispielsweise vor dem ''weihnachtskorso'' am stock im eisen-platz zwischen 8.30 und 10.30 uhr ein co-gehalt von 80 bis 100 prozent des maximum gemessen worden war, sank die luftverschmutzung waehrend der zeit des reinen lieferverkehrs auf 40 prozent. waehrend der zeit der eigenlichen fussgaengerzone zwischen 11 und 14 uhr wurden sogar minimalwerte von bloss 17 prozent gemessen. in der spiegelgasse wiederum sank der co-gehalt zwischen 11 und 14 uhr von 77 auf 38 prozent. die spiegelgasse ist freilich eine sogenannte stichstrasse, das heisst, dass ganztaegig lieferverkehr erlaubt ist.

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861

freyung im flutlicht

1 wien, 22.12. (rk) ab heute, mittwoch, abend wird die freyung, einer der attraktivsten plaetze im zentralen stadtgebiet, in gelblichem flutlicht erstrahlen. wie bereits gemeldet, wurde auf dem dach des schottenstiftes eine scheinwerferbatterie montiert, die sowohl den platz als auch die fassaden der kirche und der angrenzenden haeuser in ein warmes, gelbliches licht tauchen wird. zugleich werden die lampen der drei grossen lichtmasten der sonnenlichtaehnlichen farbe der flutlichtanlage angeglichen. der neue beleuchtungseffekt wird durch zwei natriumhochdruck- fluter (einer mit 400-watt-lampe, der zweite mit zwei 400-watt-lampen) erzeugt. in den naechsten tagen, wahrscheinlich aber erst nach weihnachten, werden auch die verspannungen der alten strassenbeleuchtung demontiert, sodass sich die freyung kuenftig ohne den anblick stoerender verspannungsdraehte praesentieren wird.
0922

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien — Presseforum — A 1082 Wien, 1 Rathausstr. 1, Telephon 42800 Durchwahl Kl. 2971 - 2974, FS (7) 5662 — Chefredakteur: Wilhelm Adametz — Für den Inhalt verantwortlich: Chefredakteur-Stellvertreter Robert Prosel

70. geburtstag von otto basil

3 wien, 22.12. (rk) am 24. dezember vollendet der schriftsteller und publizist prof. otto b a s i l sein 70. lebensjahr.

otto basil wurde 1901 in wien geboren. nach universitaetsstudien (germanistik, palaeontologie) uebte er verschiedene berufe aus, um schliesslich als freier schriftsteller zu wirken. als redaktioneller mitarbeiter, herausgeber von kulturellen zeitschriften, verlagslektor und dramaturg war er bis zum jahre 1948 taetig, dann war er als leiter der kulturredaktion des ''neuen oesterreich'' taetig. basil ist bereits in jungen jahren unter den namen hoermann als lyriker und erzaehler hervorgetreten. seine lyrik ist sprachlich und formal hochstehend. als 21jaehriger veroeffentlichte er seinen ersten gedichtband ''sonette an einen freund'', 1940 folgte der band ''freund des orients'', 1945 ''sternbild der waage'', 1947 ''apokalyptischer vers'' und schliesslich im letzten jahr ein sammelband in der stiasny-buecherei unter dem titel ''anruf ins ungewisse''. seine formkunst zeigt sich auch in seinen ausgezeichneten uebersetzungen franzoesischer lyriker wie rimbaud und eluard. basil hat aber auch als publizist, kritiker und wortfuehrer eines kreises junger kuenstler noch mehr bedeutung. schon 1923/24 gab er mit einer gruppe gleichgesinnter die zeitschrift ''das wort'' heraus. durchgedrungen ist er aber erst mit seiner bekannten gruendung des ''plan'', der dann 1945 eine grosse anzahl junger oesterreichischer kuenstler, schriftsteller, musiker und wissenschaftler zu worte kommen liess. die mehrzahl von diesen zaehlt heute zu den repraesentativen erscheinungen auf den gebieten der dichtkunst, der bildenden kunst und der kritik. das ziel der zeitschrift, die nach den jahren der erzwungenen abschliessung vom geistigen leben der welt erschien, war, oesterreich mit den kuenstlerischen und philosophischen richtungen der letzten jahre bekannt zu machen. basils ''plan'', der leider nur drei jahrgaenge erlebte, ist heute bereits eine fundgrube und quelle fuer die bewegten jahre nach 1945, in welchen, von den nationalsozialistischen fesseln befreit, das geistige leben oesterreichs neu entstand. basils

./.

taetigkeit als literatur-, kunst- und theaterkritiker im ''neuen oesterreich'' bewegte sich auf der gleichen linie. seine kritiken waren sachlich fundiert, einfallsreich in ausfuehrung und form. dass er bei karl kraus in die schule gegangen ist, zeigte sich vielfach. im literarischen almanach der stadt wien erschien er im jahre 1960 mit einem interessanten beitrag - einem abriss zur gegenwaertigen lage des oesterreichischen romans, den er in suedfrankreich im rahmen der universitaet marseille als vortrag gehalten hat. basils publizistische taetigkeit, ausgedrueckt in tausenden von artikeln, glossen und diskussionsbeitraegen, gehoert zum wesentlichen bestand des wiener kulturellen lebens. otto basil erhielt 1965 den preis der stadt wien fuer publizistik.
0948

die strassenbahn am heiligen abend

2 wien, 22.12. (rk) auch am heiligen abend und waehrend der weihnachtsfeiertage stehen tausende mitarbeiter der wiener stadtwerke im einsatz, um die versorgung der bevoelkerung mit gas und strom und den oeffentlichen verkehr aufrecht zu erhalten. damit wenigstens moeglichst viele strassenbahner den heiligen abend im kreise ihrer familie verbringen koennen und weil erfahrungsgemaess in diesen abendstunden nur sehr wenige fahrgaeste die oeffentlichen verkehrsmittel benuetzen, werden die intervalle auf den strassenbahn- und autobuslinien und bei der stadtbahn am 24. dezember ab 18 uhr verlaengert. der verkehr auf den innerstaedtischen autobuslinien 1, 2, 3 und 4 wird ab 18 uhr eingestellt.
0943

fuehrungen im historischen museum der stadt wien im jaenner

4 wien, 22.12. (rk)

samstag,	1.	10 uhr	dr. deutschmann	)
sonntag,	2.	10 uhr	dr. deutschmann	)
donnerstag,	6.	10 uhr	dr. deutschmann	)
samstag,	8.	15 uhr	dr. dueriegl	)
sonntag,	9.	10 uhr	dr. dueriegl	) sonderausstellung
samstag,	15.	15 uhr	dr. deutschmann	) ''wiener theater
sonntag,	16.	10 uhr	dr. walther	) bilddokumente
samstag,	22.	15 uhr	dr. bisanz	) 1660 - 1900''
sonntag,	23.	10 uhr	dr. bisanz	)
samstag,	29.	15 uhr	dr. deutschmann	)
sonntag,	30.	10 uhr	dr. dueriegl	)

sonntag,	16.	11 uhr	uebersichtsfuehrung in der ur- und
sonntag,	23.	11 uhr	fruehgeschichtlichen abteilung mit
sonntag,	30.	11 uhr	prof. dr. neumann

uhrenmuseum, 1, schulhof 2

sonntag,	2.	10 uhr	astronomie, jahreswechsel und kalender-anzeigen im spiegel der uhren (heinrich lunardi)
		11.15 uhr	mit spieluhrklaengen ins neue jahr (mit vorfuehrungen) (heinrich lunardi)
sonntag,	16.	10 uhr	aus der fruehgeschichte der zeit-messung (heinrich lunardi)
		11.15 uhr	uhrwerkseinrichtungen betreiben automatenfiguren und machen musik (mit vorfuehrungen) (heinrich lunardi)

roemische ruinen unter dem hohen markt, 1, hoher markt 8 am 16. und 23. jaenner 1972 um 9.30 uhr uebersichtsfuehrung mit prof. dr. neumann.

fuer geschlossene gruppen koennen auch andere termine vereinbart werden. telephonische anmeldung fuer das historische museum unter der nummer 42 804 klappen 741 bis 46, fuer das uhrenmuseum unter der nummer 63 22 65. die fuehrungen sind kostenlos.
1006

aerztliche versorgung zu weihnachten:
vermehrter einsatz auf abruf sichergestellt

5 wien, 22.12. (rk) in anwesenheit von buergermeister felix s l a v i k fand eine sitzung des aerztlichen notdienstes (der bekanntlich fuer die aerztliche versorgung am wochenende verantwortlich ist) mit den ergebnis statt, dass fuer die kommenden weihnachtsfeiertage genuegend aerzte und autos bereitstehen werden. ihr einsatz erfolgt ad hoc dann, wenn der leiter des aerztlichen notdienstes einen bedarf dafuer feststellt.

in der woche zwischen dem 13. und 19. dezember sind in wien 40.000 neuerkrankte grippepatienten registriert worden. zwei drittel der patienten waren unter 45 jahre, von ihnen wieder ein aufffallend hoher anteil jugendlicher und kinder. die anfaelligkeit der jugendlichen fuer grippeinfektionen spiegelt sich auch in den aufnahmezahlen der wiener spitaeler wider, wo wesentlich mehr kinder als erwachsene zur behandlung uebernommen werden mussten. mit der diagnose ''grippaler infekt'' wurden in dem erfassten zeitraum taeglich nur 10 bis 14 erwachsene in spitalsbehandlung uebergeben.

der leiter der urologischen lehrkanzel der universitaet wien, prof. k u n z , berichtete oberstadtphysikus dr. k r a s n i g g dass rund die haelfte aller gemeldeten grippefaelle als a2-hongkong-grippe erkannt worden sind, was ein betraechtliches ansteigen der virusgrippe gegenueber der Zeit vor dem 13. dezember bedeutet.

9,2 prozent aller wiener schueler und 4,7 prozent aller bei den krankenkassen versicherten personen sind zur zeit durch die grippe bettlaegerig. seit dem auftreten des ersten virusgrippefalles (mitte november) sind in wien 13 personen verstorben: vier von ihnen waren mit sicherheit an hongkong-grippe erkrankt, die restlichen neun litten an erkrankungen, die zum ''grippalen formenkreis'' gehoeren. ein verstorbener war unter 40, einer unter 50, drei bis 60, drei bis 70 und 5 ueber 70 jahre alt. die obduktionsergebnisse bei saemtlichen verstorbenen

./.

haben ergeben, dass der tod infolge uebergangener stress-situationen (weiterarbeiten trotz fieber und anderer grippe-anzeichen) eingetreten ist.

daraus ergibt sich klar, stellte der oberstadtphysikus mittwoch vormittag fest, dass die in wien grassierende grippeform an und fuer sich eher harmlos ist, unter grippe**erscheinungen** leidende personen aber unbedingt das bett hueten sollen. der derzeit feststellbare trend bezueglich des umsichgreifens der grippe ist in dieser woche ein leicht steigender. mit einer ''explosion'' in den weihnachtstagen sei nicht zu rechnen, doch habe man selbst fuer eine ausnahmesituation alle notwendigen vorkehrungen hinsichtlich der aerztlichen versorgung getroffen.
1029

spittelauer laende wieder frei

9 wien, 22.12. (rk) die spittelauer laende steht ab morgen, donnerstag, 11 uhr, wieder fuer den durchzugsverkehr zur verfuegung. allerdings koennen zunaechst nur zwei fahrspuren fuer den verkehr freigegeben werden, weil die erneuerung eines tragwerkes fuer die stadtbahn erst zur haelfte abgeschlossen werden konnte. die situation wird jedoch trotzdem eine wesentliche verbesserung erfahren, weil ja der bloss einspurige umweg ueber den treppelweg wegfaellt.

zugleich mit der verkehrsfreigabe der spittelauer laende wird donnerstag auch die einbahnfuehrung der muthgasse zwischen pressehaus und gunoldgasse aufgehoben. die zufahrt zum pressehaus ist also wieeder durch die muthgasse moeglich.
1119

weihnachts- und neujahrsgratulationen fuer den buergermeister

11 wien, 22.12. (rk) anlaesslich des bevorstehenden weihnachts- und neujahrsfestes fanden sich gestern, dienstag, und heute, mittwoch, zahlreiche gratulanten im arbeitszimmer von buergermeister felix s l a v i k ein. den anfang machte dienstag eine gruppe von wiener kindergartenkindern, die vom leiter des jugendamtes, obersenatsrat dr. walter p r o h a s k a , begleitet wurde. die kinder ueberreichten ein selbstgebasteltes geschenk, sangen weihnachtslieder und sagten gedichte auf.

mittwoch folgte eine delegation des wiener jugendhilfswerkes, die gleichfalls ein selbstfabriziertes geschenk ueberreichte. amtsrat fritz l e h n e r ueberbrachte namens dieser organisation dem buergermeister die besten wuensche zum jahreswechsel. anschliessend daran gratulierte eine vertretung der staedtischen lungenheilstaette baumgartner hoehe mit primarius clemens l a n g e r an der spitze. zwei kinder, die unmittelbar vor ihrer genesung stehen, uebergaben verschiedene zum teil von den kindern und zum teil von den erwachsenen krankenhausinsassen angefertigte geschenke.

buergermeister slavik erwiderte die glueckwuensche saemtlicher gratulanten und ueberreichte ihnen suessigkeiten und buecher.

morgen, donnerstag, werden abordnungen der vereinigung ''jugend am werk'' sowie der modeschule hetzendorf - unter fuehrung ihres direktors prof. otto l i e w e h r - dem buergermeister ihre glueckwuensche ueberbringen.

1131

pressekonferenz institut fuer stadtforschung:
zwei untersuchungen ueber oesterreichische staedte
fertiggestellt

7 wien, 22.12. (rk) bei einer pressekonferenz im presse-club concordia stellte mittwoch vormittag das institut fuer stadtforschung das ergebnis zweier untersuchungen ueber die situation in den oesterreichischen staedten vor.

unter dem titel ''der staedtische lebensraum in oesterreich'' wurde in einem 170 seiten umfassenden bericht der versuch unternommen, die probleme des staedtischen lebensraumes und ihre behandlung uebersichtlich und vollstaendig darzustellen. die zusammenstellung umfasst neben einer darstellung des anteils der staedtischen raeume an der bevoelkerungs- und wirtschaftsentwicklung eine behandlung der raumordnungsprobleme, die sich aus der groesse, den zentralen funktionen und der raeumlichen verteilung und verflechtung der staedte in oesterreich ergeben.

im staedtischen lebensraum wuchs die bevoelkerung in den letzten zehn jahren etwas staerker als in den anderen oesterreichischen gebieten. von 1961 bis 1971 stieg die zahl der einwohner in den 17 untersuchten staedtischen agglomerationen um 219.000 personen, das sind 5,7 prozent. im selben zeitraum nahm die oesterreichische gesamtbevoelkerung um 5,2 prozent zu. ein besonders starkes bevoelkerungswachstum war in den umlandgebieten der staedte zu verzeichnen. die geburtenbilanz hat sich in den letzten 20 jahren in den staedtischen lebensraeumen eindeutig verbessert. sie war in den fuenfzigerjahren noch negativ (minus 0,5 prozent) und ist jetzt positiv (plus 1,4 prozent). in wien hat sich das geburtendefizit um 30 prozent vermindert.

eine zweite analyse, die von dem institut in austrag gegeben worden war, hat die wirtschaft und die finanzen oesterreichischer staedte zum inhalt. eines der hauptergebnisse dieser untersuchung: die einnahmenentwicklung haelt in den staedten nicht mit der entwicklung der aufgaben stand. eine starke ausweitung der schuldenlasten ist die folge. die staedte treiben in eine ernste krise mit kumulativer verschlechterung von umwelt und verkehrsbedingung. die autoren der analyse schlagen zur bereinigung der krise vor: ausnuetzung aller wissenschaftlichen

./.

instrumente und mutige reformen im institutionellen bereich. lockerung der finanziellen beschraenkungen im neuen finanzausgleich. bessere anpassung des finanzausgleiches an die steigenden aufgaben der staedte.

in den 18 untersuchten staedten hat sich die finanzlage in den letzten zehn jahren sehr stark verschlechtert. waehrend die staedte 1961 noch forderungen gegenueber anderen wirtschaftssektoren aufwiesen, sind sie nun, zehn jahre spaeter, in einer exponierten schuldnerposition. die gesamtschulden der untersuchten staedte schnellten beispielsweise von 373 millionen schilling im jahr 1966 auf 1,56 milliarden schilling im jahr 1968. die schulden hatten sich in diesem zeitraum mehr als vervierfacht. (forts.)
1056

preisguenstige gemuese- und obstsorten

6 wien, 22.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 4 schilling, weisskraut 3 bis 3.50 schilling je kilogramm, italienischer karfiol 5 bis 6 schilling, italienischer grundsalat 3 bis 4 schilling je stueck.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 bis 7 schilling, bananen 7 schilling, mandarinen 7 bis 8 schilling, griechische orangen 6 bis 6.50 schilling je kilogramm.
1035

endgueltiges volkszaehlungsergebnis: wien hat doch mehr einwohner

10 wien, 22.12. (rk) das endgueltige volkszaehlungsergebnis bringt der oesterreichischen bundeshauptstadt gegenueber den ersten vorlaeufigen zahlen einen ''bevölkerungszuwachs'' von 11.433 menschen. das vorlaeufige ergebnis war fuer wien 1,603.408 einwohner, nach den endgueltigen zahlen betraegt die wiener bevoelkerungszahl 1,614.841.
1121

1971: wist erstellte 150 gutachten

8 wien, 22.12. (rk) das wiener institut fuer standortberatung hat 1971 erstmals mehr als zehn millionen schilling an honoraren fuer die erstellung von rund 150 gutachten eingenommen. dies berichtete einer der beiden geschaeftsfuehrer, dipl.-kfm. k l e b e l , bei der am dienstag abgehaltenen generalversammlung, die unter dem vorsitz von stadtrat ing. fritz h o f m a n n stattfand. im kommenden jahr uebernimmt turnusgemaess wieder der praesident der wiener handelskammer, komm.-rat otto m i t t e r e r den vorsitz im vorstand. das wiener institut fuer standortberatung ist bekanntlich eine gemeinsame gruendung der stadtverwaltung und der handelskammer.

das wist hat seine gutachtertaetigkeit im abgelaufenen jahr stark ausweiten koennen, wobei die auftraege zu 74 prozent von der stadt, zu neun prozent von der wiener kammer und bereits zu 17 prozent von privaten auftraggebern stammen. da ueberdies in zunehmendem masse das wist auch um die erstellung von gutachten von institutionen und privaten unternehmen ausserhalb wiens gebeten wird, hat die generalversammlung am mittwoch einer statutenaenderung zugestimmt, der zufolge der taetigkeitsbereich des institutes nicht mehr ausschliesslich auf wien beschraenkt ist.

das institut hat im abgelaufenen jahr eine reihe ueberaus wichtiger erhebungen im interesse der wiener stadtentwicklung durchgefuehrt. so etwa erst in den letzten wochen untersuchungen ueber die fussgaengerzone, ueber den verkehrsverbund der drei bundeslaender wien, niederoesterreich und burgenland, eine auch international gesehen ueberaus grosse haushaltsbefragung ueber den wiener verkehr, erhebungen ueber betriebsverlagerungen, vorarbeiten zu einer untersuchung des wiener geld- und kreditapparates und schliesslich einige untersuchungen in privatem auftrag ueber optimale buerostandorte. insgesamt hat das wist 1971 rund 150 gutachten ausgearbeitet.

im kommenden jahr sollen vornehmlich arbeitsmarktpolitische probleme untersucht werden. auch eine grosse arbeit fuer eine konzeption der wiener innestadt, eine gesamtuntersuchung des bueroraummarktes, eine erhebung ueber die nahversorgung der periphaeren stadtgebiete sowie vorarbeiten fuer stadtentwicklungskonzepte der bezirke 6 bis 9, 2, 20, 22 und 12 sollen unter anderem 1972 fertiggestellt werden.

1115

''die goettin der vernunft'' kehrte heim:
wien erwarb originalpartitur von johann strauss (sohn)

14 wien, 22.12. (rk) in los angeles, und zwar in privater hand, befand sich bis vor kurzem die originalpartitur der operette ''die goettin der vernunft'' von johann strauss (sohn). die wiener stadtbibliothek hat nun die 258 seiten umfassende handschrift erworben und ihrer musiksammlung eingegliedert.

wien ist im besitz der meisten urschriften des walzerkoenigs, wie ''die fledermaus'', der zigeunerbaron'', karneval in rom'' und ''indigo''. zu den bestaenden gehoert auch strauss' einzige oper ''ritter pazman''.

''die goettin der vernunft'' (text a.m. willner und b. buchbinder) ist das letzte vollendete buehnenwerk des komponisten und behandelt eine frei erfundene episode aus den tagen der franzoesischen revolution. die operette wurde am 13. maerz 1897 im theater an der wien uraufgefuehrt.
1320

krankenpflegeschule lainz:
oesterreichische schwester braucht internationale konkurrenz nicht zu scheuen

12 wien, 22.12. (rk) in der krankenpflegeschule im krankenhaus lainz der stadt wien in der jagdschlossgasse 23 begruesste mittwoch der direktor der krankenpflegeschule, prof. dr. l u g e r, vizebuergermeister b o c k, gesundheitsstadtrat dr. g l u e c k, oberstadtphysikus dr. k r a s s n i g g, obersenatsrat dr. w i d m a y e r, vertreter des gesundheitsausschusses 5, bezirksvorsteher P o p p und dessen stellvertreter dipl.ing. g e r s t b a c h, bei der letzten diplomierungsfeier im heurigen jahr. es waren insgesamt 23 schwester die ihre diplome von vizebuergermeister bock ueberreicht erhielten. drei von ihnen hatten ihre pruefung mit auszeichnung bestanden.
1231

pressekonferenz institut fuer stadtforschung (forts.):
''wachstumsfetischismus'' aufgeben

15 wien, 22.12. (rk) finanzstadtrat s c h w e d a , der an der pressekonferenz in seiner eigenschaft als generalsekretaer des oesterreichischen staedtebundes teilnahm, erklaerte, dass diese beiden untersuchungen grundlagen fuer alle zustaendigen fachgremien des staedtebundes sein werden. vor allem im hinblick auf das bevorstehen wesentlicher entscheidungen - neuer finanzausgleich mehrwertsteuer etc. - seien diese forschungsergebnisse von hoechstem wert. schweda, auf die schwierigkeiten beim zustandekommen koordinierter massnahmen ueber gemeinde-, bezirks- und landesgrenzen hinaus, angesprochen, erklaerte sich als starker befuerworter regionaler zusammenarbeit. das regionale denken ist in oesterreich verkuemmert, stellte er fest.

architekt c o n d i t t , der leiter des institutes fuer stadtforschung, hob die bedeutung der praesentierten wissenschaftlichen arbeiten fuer die kuenftige weiterentwicklung der stadtstruktur hervor und betonte, dass auf kommunalwissenschaftlichem gebiet in der naechsten zeit sehr viel zu tun sein werde. zwei weitere grosse forschungsprojekte - die ''rathaus-korrespondenz'' berichtete gestern darueber - werden in kuerze in angriff genommen.

dozent m a t z n e r vom kommunalwissenschaftlichen dokumentationszentrum hob in einer kurzen zusammenfassung der ergebnisse der analyse ueber ''wirtschaft und finanzen oesterreichischer staedte'' hervor, dass die industrie in den staedten in der letzten zeit nicht der einzige wachstumsmotor gewesen sei. die untersuchung habe gezeigt, dass auch bereiche des tertiaeren sektors sehr entscheidend zum wachstum beitrugen. im hinblick auf die gefahr der zunehmenden verschlechterung der umweltbedingungen im staedtischen lebensraum forderte matzner die aufgabe des ''wachstumsfetischismus''; ein umdenken in der naechsten zeit sei unbedingt erforderlich. man muesse zu einer qualitativen wirtschaftspolitik kommen.
1342

115 millionen fuer wohn- und kulturbauten

18 wien, 22.12. (rk) 115,2 millionen schilling machte mittwoch der hochbauausschuss des wiener gemeinderates fuer neue wohnhaeuser und kulturbauten fluessig. im einzelnen wurden erd-, baumeister- und stahlbetonarbeiten fuer neue staedtische wohnbauvorhaben in simmering (mitterweg), in der per albin hansson-siedlung ost (bauteil7), in der schwendergasse in rudolfsheim -fuenfhaus, wo auch ein haus der begegnung geplant ist, in der markusgasse prochstrasse in penzing, ferner fuer ein schule-wohnhausprojekt in der grossfeldsiedlung und schliesslich fuer das neue liesinger haus der begegnung in der perchtoldsdorfer strasse vergeben. soweit es die witterung zulaesst, koennen nun die firmen, denen durch den hochbauausschuss die arbeiten uebertragen wurden, unverzueglich mit den bauvorbereitungen beginnen.

bemerkenswert ist bei den wohnbauvorhaben in der per albin hansson-siedlung ost, dass von den 110 wohnungen dieses bauteils erstmals eine ganze stiege, naemlich 26 wohnungen,''massgeschneidert'' fuer koerperbehinderte eingerichtet wird. eine weitere spezialitaet ist das projekt schule-wohnhaus in der grossfeldsiedlung, das so konzipiert ist, dass es sich nach einem zu erwartenden absinken des schul-raumbedarfs etappenweise und ohne groesseren aufwand in ein wohnhaus umwandeln laesst.
1429

am montag trauerfeier fuer franz koblizka

13 wien, 22.12. (rk) die beisetzung des am 18. dezember im 66. lebensjahr ploetzlich verstorbenen frueheren bezirksvorstehers der brigittenau, franz k o b l i z k a , findet montag, 27. dezember, um 15.30 uhr, nach vorangegangener trauerfeier im stammersdorfer zentralfriedhof statt.
1235

neuer leiter der stadtreinigung

17 wien, 22.12. (rk) ab 1. jaenner 1972 steht an der spitze der magistratsabteilung 48 (stadtreinigung und fuhrpark) ein neuer leiter: senatsrat dipl.-ing. ludwig s e i t l wurde mittwoch von vizebuergermeister und personalstadtrat hans b o c k und tiefbaustadtrat kurt h e l l e r in sein amt eingefuehrt. gleichzeitig wurde der bisherige langjaehrige chef der stadtreinigung, obersenatsrat dipl.-ing. franz f i s c h e r, der nun in den ruhestand tritt, verabschiedet. stadtbaudirektor prof. dipl.-ing. dr. rudolf k o l l e r ueberreichte dem neuen leiter der magistratsabteilung 48 das ernennungsdekret des buergermeisters. bei der feier waren auch magistratsdirektor dr. rudolf e r t l, obersenatsrat dr. karl t h e u e r von der amtsinspektion sowie leitende beamte und zahlreiche mitarbeiter der magistratsabteilung 48 anwesend.

erste muellverbrennungsanlage oesterreichs

stadtbaudirektor prof. koller wuerdigte zunaechst die hohen fachlichen und menschlichen qualitaeten des scheidenden obersenatsrats fischer. er ist vor 35 jahren in die magistratsabteilung 48 eingetreten und war als maschinenbauer zunaechst im konstruktionsbuero taetig. die weiteren stationen: 1955 oberstadtbaurat, 1958 leiter der muellabfuhr und im gleichen jahr auch noch des fuhrparks. im jahre 1961 - also vor zehn jahren - uebernahm fischer die leitung der magistratsabteilung 48 mit ihren 2.700 bediensteten. wesentliche fortschritte dieser abteilung sind in diesem zeitraum nicht nur durch zahlreiche technische verbesserungen, sondern auch durch die inbetriebnahme der muellverbrennungsanlage am floetzersteig, der ersten in oesterreich, erzielt worden. seit ihrem start im jahre 1963 wurden bereits mehr als eine million tonnen muell verbrannt. auch die errichtung der biomuellanlage geht auf fischers initiativen zurueck. darueber hinaus hat sich obersenatsrat fischer als vorsitzender des stadtreinigungsausschusses des oesterreichischen staedtebundes im in- und im ausland mit fachvortraegen und fachartikeln einen namen gemacht.

./.

1966 wurde ihm das grosse ehrenzeichen fuer verdienste um die republik oesterreich verliehen.

1971 wurde er mitglied des wissenschaftlichen beirats fuer umwelthygiene und als letzte auszeichnung erhielt fischer anlaesslich seiner pensionierung den titel ''obersenatsrat''.

modernisierung der muellabfuhr

stadtbaudirektor koller schilderte dann den werdegang des neuen abteilungsleiters, senatsrat s e i t l : er kommt aus dem bauwesen und trat 1946 in die gemeindeverwaltung ein. mit fragen des wohnhauswiederaufbaues war er zunaechst bei der magistratsabteilung 27 befasst und wechselte spaeter zur magistratsabteilung 25. seit 1959 ist er bereits in diensten der magistratsabteilung 48, seit 1963 als senatsrat. 1965 erhielt seitl das goldene ehrenzeichen fuer verdienste um die republik oesterreich.

seitl hat sich besonders um die freimachung des gelaendes der wig 64 im donaupark sowie um die modernisierung der muellabfuhr verdient gemacht.

tiefbaustadtrat h e l l e r dankte nicht nur dem scheidenden und dem neuen leiter der stadtreinigung, sondern der ganzen abteilung fuer ihre grossen leistungen. die wiener stadtreinigung habe dank ihrer hervorragenden fuehrung einen ausgezeichneten ruf in der fachwelt. weitere grosse aufgaben hinsichtlich der rationalisierung und einsatz der datenverarbeitung seien in naher zukunft zu bewaeltigen.

gutes betriebsklima

auch vizebuergermeister b o c k sprach als personalstadtrat worte der anerkennung und des dankes: dass die magistratsabteilung 48, die wie keine andere im licht der oeffentlichkeit steht, einen guten ruf besitze, sei vor allem dem ausgezeichneten betriebsklima, das hier herrsche, zu verdanken. es sei auch in zukunft wesentlich, in dieser drittgroessten magistratsabteilung die wuensche der bevoelkerung mit dem technischen fortschritt und den erfordernissen der verwaltung in einklang zu bringen.

schliesslich ueberbrachte der betriebsratsobmann [illegible], betriebsinspektor b u c h e g g e r , die guten wuensche der belegschaft.

verordnung ueber weiterbestand der fussgaengerzone

19 wien, 22.12. (rk) wie dienstag berichtet, fand heute mittwoch eine verkehrsverhandlung ueber den weiterbestand der fussgaengerzone in der inneren stadt statt. auf grund des einstimmigen ergebnisses dieser verhandlung erliess nun die zustaendige magistratsabteilung 46 eine verordnung, die den weiterbestand der kurzparkzone festlegt.

gleichzeitig wurden einige aenderungen gegenueber dem provisorium gutgeheissen. so werden in der zeit der ''reinen'' fussgaengerzone postfahrzeuge nicht mehr einfahren duerfen. ein teil des ladebahnhofes am graben gegenueber dem gebaeude der ersten oesterreichischen-sparcasse wird taxistandplatz. der innere burghof bleibt kurzparkzone fuer die besucher der fussgaengerzone, die kurzparkzone heldenplatz wird jedoch aufgelassen.
1538

weihnachtssingen auf dem rathausplatz

20 wien, 22.12. (rk) weihnachtslieder, von 150 kindern vorgetragen, erklangen mittwoch nachmittag auf dem rathausplatz beim diesjaehrigen weihnachtssingen der wiener kinderfreunde. buergermeister felix s l a v i k , der die kleinen saenger herzlich begruesste, dankte diesen fuer ihr staendchen und wuenschte ihnen sowie ihren angehoerigen ein frohes weihnachtsfest. der im lichte von 1.000 lampen erstrahlende weihnachtsbaum bildete trotz etwas fruehlingshaften wetters eine stimmungsvolle kulisse fuer diese veranstaltung.

mit dem buergermeister wohnten vizebuergermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r , stadtrat hubert p f o c h , stadtschulratspraesident dr. hermann s c h n e l l sowie der praesident der gewerkschaft der gemeindebediensteten robert w e i s z dem weihnachtssingen bei.
1550

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861

strassenbahn entgleist

6 wien, 23.12. (rk) in der umkehrschleife der strassenbahn-endstelle der linie 167 in rothneusiedel sprang mittwoch um 17.24 uhr ein triebwagen aus den schienen, fuhr einen oberleitungs-mast um und blieb im weichen erdreich neben dem gleiskoerper stecken. gluecklicherweise wurde bei dem unfall niemand verletzt. die feuerwehr hob den strassenbahnwagen wieder in die schienen.

der verkehr war fast zwei stunden gestoert. als ersatz wurde ein pendelverkehr mit autobussen durchgefuehrt.

an der unfallstelle wurden zwei holzstuecke von je 30 zentimet laenge und zwei zentimeter durchmesser gefunden, die vermutlich die ursache der entgleisung waren. die herkunft dieser holzstuecke konnte noch nicht geklaert werden.

0955

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien — Presseforum — A 1082 Wien, 1 Rathausstr. 1, Telephon 42800 Durchwahl Kl. 2971 - 2974, FS (7) 5662 — Chefredakteur: Wilhelm Adametz — Für den Inhalt verantwortlich: Chefredakteur-Stellvertreter Robert Prosel

ab 1. jaenner:

kinderwagen und rollstuehle in der strassenbahn
auch zahlreiche andere neuerungen - umtausch alter fahrscheine

1 wien, 23.12. (rk) zugleich mit der tariferhoehung treten am 1. jaenner 1972 bei den wiener verkehrsbetrieben eine reihe von neuerungen in kraft. das tarifgebiet 2 (von englisch-feldgasse bis gross-enzersdorf) wird aufgelassen, eine aufzahlung auf dieser strecke ist daher nicht mehr notwendig. es werden neue streckenkarten ausgegeben, die nun auch im entwerter des schaffnerlosen wagens markiert werden koennen. die alten karten bleiben daneben weiter gueltig.

der kinderfahrschein gilt nun bis zum vollendeten 15. lebensjahr. als nachweis gilt nunmehr jeder lichtbildausweis. die zwei-fahrten-fahrscheine, die fuer kinder an sonn- und feiertagen gelten, sind kuenftig nur mehr im vorverkauf erhaeltlich.

kurzstreckenkarten gelten kuenftig auch an sonn- und feiertagen, und zwar ganztaegig. es gibt sie nur mehr im vorverkauf.

fuer gepaeckstuecke braucht man kuenftig nur mehr dann einen fahrschein, wenn sie in einer dimension groesser als 60 zentimeter sind. hunde und gepaeckstuecke werden kuenftig auch im schaffnerlosen beiwagen befoerdert.

auch nicht zusammenklappbare kinderwagen und krankenfahrstuehle werden nunmehr auf den hinteren plattformen der strassenbahn- triebwagen, auf den beiwagen der stadtbahn und auf den autobussen nach massgabe der technischen moeglichkeiten gratis befoerdert.

neu eingefuehrt werden eine tagesnetzkarte und eine fuenf-tage-lehrlingswochenkarte.

der umtausch von fahrscheinen und fahrausweisen des alten tarifs erfolgt von 3. bis 31. jaenner 1972 in allen vorverkaufsstellen, also auch in den trafiken, die fahrscheine verkaufen. ein rueckkauf von alten fahrscheinen ist allerdings nur in den bahnhoefen und garagen der verkehrsbetriebe sowie in den direktionsgebaeuden 4, favoritenstrasse 9-11, und 6, rahlgasse 3, moeglich.

die fahrgaeste werden mit flugblaettern ueber diese neuerungen informiert.

0913

richard waldemar zum gedenken

2 wien, 23.12. (rk) auf den 27. dezember faellt der 25. todestag des charakterkomikers richard w a l d e m a r , der 1869 in wien geboren wurde.

nach dem besuch der mittelschule trat er in den eisenbahndienst ein, wechselte aber bald zur buhnenlaufbahn ueber. er versuchte sich zuerst als ernster sprachdarsteller, bis sein grosses talent fuer das komikerfach entdeckt wurde. von troppau, seinem ersten engagement, kam er ueber heidelberg, wiesbaden und muenchen wieder nach wien zurueck und war bald einer der gefeiertsten komiker seiner heimatstadt. im theater in der josefstadt begann er seine wiener laufbahn, kam von dort an das colosseum und wurde von ben tiber an das neueroeffnete apollo-theater geholt. vom apollo-theater ging er an das carl-theater, wo er an der seite girardis und blasels grosse erfolge errang. zum namen eines grossen charakterkomikers kam er unter der direktion marischkas im theater a der wien,wo er in fast saemtlichen operettenneuheiten mitwirkte. so spielte er in der ''graefin mariza'' den populescu und im ''orlow'' den mister walsh. in den operetten ''die goldene meisterin'', ''walzertraum'', ''die geschiedene frau'' war er gleichfalls in seinem fache taetig. die wiener sahen ihn zum letzten mal kurz vor seinem tode im raimundtheater in den ''strauss-buben'', wo er einen alten musiker spielte. waldemar hat eine anzahl von ehrungen schon in der zeit vor dem ersten weltkrieg erhalten und war inhaber zahlreicher ziviler medaillen. zu seinem 60. geburtstag wurde er buerger der stadt wien, zu seinem 70.geburtstag im jahre 1939 erhielt er den ring der stadt wien. sein 50jaehriges buehnenjubilaeum im jahre 1942 wurde unter ausserordentlich starker teilnahme der oeffentlichkeit gefeiert. zu diesem zeitpunkt konnte waldemar auf ein 18.000maliges auftreten hinweisen. ebenso bekannt wurde waldemar durch seine rundfunksendungen. er starb am 27. dezember 1946, sein grab wurde in die obhut der gemeinde wien uebernommen. 1969 erfuhr der grosse volksschauspieler noch im nachhinein eine ehrung: im waldemar-park in der hofmuehlgasse in mariahilf wurde die bueste richard waldemars enthuellt.
0916

eduard josef wimmer zum gedenken

wien, 23.12. (rk) auf den 25. dezember faellt der 10. todestag von eduard josef w i m m e r , der 1882 in wien geboren wurde.

er begann seine kuenstlerische ausbildung zunaechst privat bei kolo moser, worauf er 1901 in die kunstgewerbeschule (heutige hochschule fuer angewandte kunst) eintrat und bei alfred roller sowie in den jahren 1903 bis 1907 bei josef hoffmann studierte. schon durch die wahl seiner lehrer, deren mitarbeiter und nachfolger er werden sollte, bewies wimmer ein sicheres gefuehl fuer kuenstlerische qualitaet. 1908 wurde er assistent an der kunstgewerbeschule, 1918 im alter von 36 jahren, vertraute man ihm die leitung der werkstaette fuer mode und modezeichnen an, welche ernennung mit der verleihung des professortitels verbunden war. nach einem zweijaehrigen aufenthalt in den vereinigten staaten, wo er nach einer vortragsreihe in new york am art institute in chicago unterrichtete, kehrte prof. wimmer 1925 nach wien zurueck, um seine taetigkeit an der kunstgewerbeschule wieder aufzunehmen, wo er bis zu seiner versetzung in den ruhestand lehrer war. prof. wimmer wurde 1907 mitglied der wiener werkstaette und befasste sich seither mit dem zeichnen von entwuerfen fuer kunstgewerbliche arbeiten in jedem material, dessen eigenheiten er in seinen vorlagen jeweils gerecht wurde. seine taetigkeit umfasste alle zweige des kunstgewerbes vom entwerfen von moebeln bis zu vorzeichnungen fuer filigrane schmuckstuecke aus edelmetallen. fuer das 1907 von der wiener werkstaette eingerichtete kabarett ''fledermaus'' zeichnete er buehnenausstattungen und kostueme, ebenso fuer das theater der kunstschau wien und das carltheater. prof. wimmer verdankt seinen internationalen ruf, der die einladung in die vereinigten staaten zur folge hatte, nicht zuletzt seiner taetigkeit als dekorateur zahlreicher ausstellungen der wiener werkstaette im in- und ausland.

0941

Wohnbevölkerung Wiens auf Grund der Volkszählungen

Wien, 23.12. (RK)

Gemeinde-bezirk	1971	1961	Zunahme (+) Abnahme (-) gegenüber 1961 in %
1.	25.134	32.243	- 22,1
2.	102.592	108.144	- 5,1
3.	101.936	114.795	- 11,2
4.	39.599	46.441	- 14,7
5.	60.276	69.548	- 13,3
6.	33.535	41.216	- 18,6
7.	36.133	45.544	- 20,7
8.	30.135	36.027	- 16,4
9.	54.572	64.929	- 16,0
10.	153.110	134.761	+ 13,6
11.	57.349	48.367	+ 18,6
12.	85.262	89.854	- 5,1
13.	56.886	54.191	+ 5,0
14.	81.132	86.656	- 6,4
15.	78.768	94.100	- 16,3
16.	100.817	110.809	- 9,0
17.	55.295	63.252	- 12,6
18.	59.149	65.109	- 9,2
19.	72.325	66.171	+ 9,3
20.	81.517	75.671	+ 7,7
21.	105.151	80.708	+ 30,3
22.	79.806	57.268	+ 39,4
23.	64.362	41.762	+ 54,1
Wien	1,614.841	1,627.566	- 0,8

\- - -

Musikveranstaltungen in der Zeit vom 27.Dezember 1971 bis 2.Jänner 1972

Montag, 27. Dezember:

19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Theater der Jugend: 1. Vorauffführung zum 3. Konzert im Klavier-Quartett-Zyklus der G.d.M. (Programm siehe 29. Dezember)

Dienstag, 28. Dezember:

19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Ö.G.B.: 2. Vorauffführung zum 3. Konzert im Klavier-Quartett-Zyklus der G.d.M. (Programm siehe 29. Dezember)

Mittwoch, 29. Dezember:

19.30 Uhr, Musikverein. Brahms-Saal, Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Konzert im Klavier-Quartett-Zyklus. Haydn: Klaviertrio E-Dur, Hob.XV/28, Mozart:Klavierquartett g-moll, KV 478, Dvorak: Klavierquintett A-Dur, op.81, Ausführende: Michael Schnitzler (1.Violine), Siegfried Führlinger (Viola), Walther Schulz (Violoncello), Heinz Medjimorec (Klavier),Heide Schnitzler (2. Violine), Johannes Auersperg (Kontrabaß)

Donnerstag, 3o. Dezember:

1o.oo Uhr, Musikverein Gr. Saal, Vorauffführung des Naujahrskonzertes der Wr. Philharmoniker für das Österr. Bundesheer;Dirigent: Willi Boskovsky

19.3o Uhr, Musikverein Brahms-Saal, Gesellschaft der Musikfreunde; Wiederholung des 3. Konzertes im Klavier-Quartett-Zyklus. (Programm siehe 29. Dezember.)

Freitag, 31. Dezember:

18.oo - ca 18.35 Uhr, Loggia des Rathausturmes, Kulturamt der Stadt Wien: Turmblasen des Trompetenchores der Stadt Wien, Leitung: Prof. Josef Levora (Werke von Händel, Haydn, Samara, Rosner, Jettel, R. Strauss, Russ-Bovelino, Hadraba). Übertragung der Neujahrsansprache des Herrn Bürgermeisters auf den Rathausplatz.

Samstag, 1.Jänner 1972:

11.oo Uhr, Musikverein Gr. Saal, Neujahrs-Konzert der Wr. Philharmoniker Dirigent: Willi Boskovsky

\- - -

friedrich jaeger zum gedenken

4 wien, 23.12. (rk) auf den 26. dezember faellt der 100. todestag des augenarztes dr. friedrich jaeger ritter von jaxttal, der 1783 in kirchberg an der jaxt geboren wurde. er studierte in wuerzburg und landshut, wo er 1808 an der hochschule graduiert wurde. im jahre 1809 kam er nach wien, wo er sich unter professor beer der augenheilkunde widmete. nach 2 jahren studium wurde er an der wiener universitaet zum doktor promoviert. 1825 wurde dr. jaeger zum professor an der kaiserlichen josephsakademie in wien ernannt, wo er als lehrer wie als mitglied des militaer-sanitaetskoerpers, bis 1848 blieb. von da an beschraenkte er seine taetigkeit auf das wirken als praktischer arzt und menschenfreund. jaeger besass als augenheilkundler einen europaeischen ruf und kann in oesterreich als begruender einer neuen aera in der wissenschaftlichen behandlung dieses gebietes der medizin gelten. nach einer reise 1825 durch frankreich veranlasste er seinen schueler und assistenten dr. sichel nach paris zu gehen, der mit seinen in wien erworbenen kenntnissen der dortigen augenheilkunde einen bedeutenden aufschwung gebracht hat. dr. jaeger bewirkte auch in der tuerkei die reorganisation des dortigen sanitaets- und aerztlichen schulwesens sowie des militaer-sanitaetswesens. jaegers publizistische taetigkeit beschraenkte sich auf seine dissertation ''dissertatio de keratonyxide'' (wien 1813) und auf die schrift ''die aegyptische augenentzuendung (ophthalmia egyptica)'' (wien 1840).
0935

brandstiftung am naschmarkt

7 wien, 23.12. (rk) bisher unbekannte brandstifter unternahmen in der nacht zum donnerstag den versuch, zwei naschmarkthuetten in flammen aufgehen zu lassen. der - oder die - taeter hatten in einem durchgang zwischen zwei huetten obststeigen in brand gesetzt. das feuer wurde jedoch rechtzeitig entdeckt. als die feuerwehr kurz vor zwei uhr eintraf, brannten zwar bereits die seitenwaende der markthuetten, die beiden objekte wurden jedoch gerettet. nach den brandstiftern wird gefahndet.
1005

hans nuechtern zum gedenken

3 wien, 23.12. (rk) auf den 25. dezember faellt der 75. geburtstag von hans n u e c h t e r n , der 1896 als sohn des august nuechtern, wiener magistratsdirektor 1914 bis 1918, in wien geboren wurde.

nach dem besuch der mittelschule studierte er an den universitaeten in wien und lund und promovierte 1921 zum doktor der philosophie. nachdem er als redakteur einer woechentlich erscheinenden wirtschaftszeitung einige jahre gearbeitet hatte, trat er als pressechef in die damals aufstrebende firma czeija ein, die den auftrag erteilte, das erste wiener radiostudio einzurichten. mit der firma wanderte auch nuechtern in die neugegruendete ravag, wurde dort 1924 leiter der literarischen abteilung, was er bis zum jahre 1954 schliesslich geblieben ist. nur in den jahren 1938 bis 1945 hatte er seinen posten verlassen muessen, er war damals in berlin beim film taetig und schliesslich 1945 leiter des nachrichtenprogramms des neuen berliner senders, bis er 1946 wieder nach wien berufen wurde. nuechterns taetigkeitsgebiet erstreckt sich demnach auf zwei sektoren. als literarischer leiter der ravag und insbesonders als leiter der radiobuehne hat nuechtern es verstanden, literarische volksbildung in geschickter weise durchzufuehren. er selbst hat mehr als 700 auffuehrungen der radiobuehne inszeniert, darunter auch werke der weltliteratur, die er entsprechend bearbeitete. fuer das hoerspiel muss er als einer der ersten fachleute gelten, was auch durch seine berufung an die statsakademie fuer musik und darstellende kunst als professor dieser sparte anerkannt wurde. eine anzahl von hoerspielen stammt auch von ihm selbst. nuechtern war aber auch ein sehr fruchtbarer dichter und schriftsteller. sowohl auf lyrischem als auch epischem, dramatischem und erzaehlendem gebiet stammt eine grosse anzahl kleinerer und groesserer arbeiten von ihm. nuechterns lyrik findet ansprechende toene, stimmungen und gedanken. ueber das mittelmass ragen jedoch nur eine anzahl von ihnen hervor. seine besten leistungen hat nuechtern auf dem gebiet der erzaehlung vollbracht. von seinen zahlreichen erzaehlenden arbeiten seien als beispiel fuer seine form der roman-

./.

novelle genannt: ''der hass gegen die stadt'' (1921). weitere novellen beschaeftigen sich mit dem problem des kuenstlertums, wie beispielsweise die erzaehlung ''nur ein schauspieler'' oder die erzaehlungssammlung ''der dunkle ruf''. eine geschichte aus der eroberung mexikos durch cortez stellt der roman ''das herz des hildagos'' dar, die erzaehlungen'' die ewige melodie'' und ''verwirrung um inge'' sind wohl nur als gehobene unterhaltungsliteratur zu bezeichnen. weitaus die reifste und beste seiner arbeiten stellt jedoch der umfangreiche roman ''das wunder von mundisheim'' (1953) dar. als dramatiker hat nuechtern neben seinen zahlreichen beispielen auch ein legendenspiel ''das spiel von den vier rittern und der jungfrau'' geschrieben, das 1937 im burgtheater aufgefuehrt wurde. hans nuechtern ist am 9. jaenner 1962 gestorben.
0933

preisguenstige gemuese- und obstsorten

8 wien, 23.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 4 schilling, karotten 5 schilling, weisskraut 3 bis 3.50 schilling je kilogramm, grundsalat 3 bis 4 schilling je stueck.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 bis 7 schilling, birnen (qualitaetsklasse 1) 8 bis 10 schilling, mandarinen 8 bis 9 schilling, orangen 4 bis 6 schilling je kilogramm.
1010

bald 1500 erdgas-umstellungen pro woche

11 wien, 23.12. (rk) die umstellung auf erdgas wird in wien weiter beschleunigt. im kommenden jahr soll sie bei rund 75.000 kunden durchgefuehrt werden, das entspricht einem durchschnitt von etwa 1.500 kunden pro woche. international werden etwa 1.200 als spitzenleistung angesehen. die gesamte umstellzeit, die urspruenglich auf fuenfzehn jahre geschaetzt und bereits in den vorplanungen auf zwoelf jahre gedrueckt wurde, wird nun voraussichtlich nicht einmal zehn jahre betragen. zum vergleich: muenchen fuehrt die umstellung bei 269.000 kunden in zwoelf jahren durch, wien bei 788.000 kunden in weniger als zehn jahren.

die nunmehr 16 monate erfahrungen mit der umstellung haben bewiesen, dass die von verschiedenen seiten geaeusserten bedenken wegen der rohrleitungen unbegruendet waren. wie die gaswerke seit jeher versichert haben, gibt es in dieser hinsicht keine schwierigkeiten. sie sind in anderen staedten aufgetreten, wo vom kohlengas direkt auf erdgas umgestellt wurde. kohlengas enthaelt naemlich verschiedene bestandteile, vor allem teer, die eine Art Abdichtung bilden. Diese Dichtstoffe fehlen im Erdgas. in wien wird aber schon seit jahren kein kohlengas, sondern gespaltenes erdgas geliefert, das diese bestandteile nicht enthaelt. es ist uebrigens auch bei der seinerzeitigen umstellung von kohlengas auf spaltgas zu keinen schwierigkeiten gekommen. das ist auf die besonders sorgsame wartung des rohrnetzes in wien zurueckzufuehren, fuer die jaehrlich rund 100 millionen schilling aufgewendet werden.
1059

die riesenbaelle gefragt

10 wien, 23.12. (rk) dir drei riesenbaelle, die als experiment zeitweilig in der wiener fussgaengerzone aufgelegt worden waren, haben im ausland interesse gefunden: die stadtverwaltung von krefeld hat sich als interessent im wiener rathaus gemeldet und moechte die baelle kaufen oder ausleihen.
1057

projekt fuer erweiterung der fussgaengerzone

9 wien, 23.12. (rk) bei der verkehrsverhandlung ueber die zeitliche verlaengerung der fussgaengerzone im jetzigen umfang haben die verkehrsexperten am mittwoch nachmittag auch ein projekt fuer die raeumliche ausdehnung der fussgaengerzone vorgelegt. dieses projekt wird, wie dies bei dem gespraech zwischen buergermeister felix s l a v i k und kammerpraesident otto m i t t e r e r festgelegt worden war, von der kammer allen geschaeftsleuten in der erweiterungszone im jaenner zur stellungnahme uebermittelt werden. man rechnet damit, dass diese befragung etwa mitte februar abgeschlossen sein wird.

die erweiterung soll, wie bereits berichtet, die naglergasse und den teil der kaertner strasse zwischen donnergasse und philharmonikerstrasse umfassen. der vorschlag der fachleute sieht vor, dass fuer die irisgasse - sie fuehrt vom platz am hof zur naglergasse - und fuer die naglergasse selbst ein fahrverbot von 0 bis 24 uhr erlassen werden soll. die zufahrt zur ladetaetigkeit soll von 7 bis 10.30 uhr moeglich sein. dieses fahrverbot wuerde auch am sonntag gelten.

auch fuer die kaertner strasse, und zwar **im gesamten** bereich vom stock-im-eisen-platz bis zur philharmonikerstrasse, soll das fahrverbot an allen tagen von 0 bis 24 uhr gelten. die einbahn der kaertner strasse soll wie bisher vom stock-im-eisen-platz zur oper fuehren. von diesem fahrverbot werden lediglich fahrzeuge des strassendienstes ausgenommen. die zufahrt zur ladetaetigkeit soll von 7 bis 10.30 uhr moeglich sein. alle experten sind sich darueber einig, dass mit inkrafttreten der raeumlichen ausdehnung der staedtische autobus in der kaertner strasse nicht mehr verkehren soll. er wird dann eine andere route zugewiesen bekommen.

die einbeziehung der ganzen kaertner strasse bis zur philharmonikerstrasse hat natuerlich auch fuer die nebenstrassen konsequenzen: fuer die donnergasse, so lautet der vorschlag, soll ein fahrverbot von 0 bis 24 uhr gelten. die himmelpfortgasse soll zwischen kaertner strasse und rauhensteingasse in eine

./.

stichstrasse umgewandelt werden. das heisst also, dass sie in diesem abschnitt keine einbahn ist, sondern in beiden richtungen befahren werden kann ,und die fahrzeuge wenden muessen. es ist dies die gleiche regelung wie fuer die bisherigen stichstrassen. zwischen rauhensteingasse und seilerstaette bleibt die himmelpfortgasse einbahn.

die kaertner strasse soll dann im zuge marco d'aviano-gasse - johannesgasse gequert werden koennen. in dieser kreuzung befindet sich bekanntlich eine lichtsignalanlage. diese querung der fussgaengerzone wird notwendig, um den fahrzeugverkehr vom neuen markt abfliessen zu lassen. die einbahn der johannesgasse soll daher in richtung zur seilerstaette umgedreht werden.

die fuehrichgasse wiederum soll zu einer stichstrasse werden. allerdings mit der einschraenkung, dass taxis in die annagasse durchfahren duerfen. die annagasse selbst bleibt einbahn wie bisher und die belieferung soll zwischen 7 und 10.30 uhr erfolgen.

die maysedergasse wird zu einer stichstrasse. ebenso soll die krugerstrasse zwischen der akademiestrasse und der kaertner strasse in eine stichstrasse umgewandelt werden, doch gilt fuer die fahrzeuge der post - in der krugerstrasse gibt es bekanntlich ein sehr stark frequentiertes postamt - eine ausnahme: die postfahrzeuge sollen dem vorschlag zufolge ganztaegig durch die krugerstrasse und die kaertner strasse abfahren duerfen.

die umwandlung der kaertner strasse in eine definitive fussgaengerzone wuerde zudem auch in absehbarer zeit zu baulichen konsequenzen fuehren. das heisst, dass diese bedeutende geschaeftsstrasse dann nicht mehr in gehsteige und fahrbahnflaechen unterteilt sein, sondern eine einzige flaeche aufweisen wuerde.

bei der besprechung wurde ueberdies bekannt, dass fuer alle bewohner der kaertner strasse im gesamten abschnitt stock im-eisen-platz - philharmonikerstrasse lediglich zehn personenkraftwagen polizeilich gemeldet sind.

1026

zu den feiertagen:

stadtreinigung in bereitschaft

12 wien, 23.12. (rk) niemand wuenscht den maennern der ''48er'', der magistratsabteilung fuer stadtreinigung, ueber die weihnachtsfeiertage das eintreten von situationen, die sondereinsaetze erfordern. doch die stadtreinigung ist in bereitschaft, auch am heiligen abend, und kann selbst durch ploetzlichen schneefall nicht ueberrascht werden.

fuer den winterdienst stehen als erste alarmbereitschaft 40 staedtische und 72 angeheuerte private raeumfahrzeuge, dazu rund 80 mann in der zentrale und in den garagen der stadtreinigung zur verfuegung. dieser fuhrpark kann - falls notwendig - in kurzer zeit und durch einberufung von weiterem personal auf 113 kommunale und 135 private raeumfahrzeuge aufgestockt werden. sehr bewaehrt hat sich das bereits gut ausgebaute funkmeldenetz mit der zentrale in der einsiedlergasse in margareten: von hier koennen sechs funkwagen, die den strassenzustand kontrollieren, und sechs mit funk ausgeruestete streuwagen fuer den soforteinsatz bei strassenglaette gesteuert werden.

muellabfuhr-fahrplan

fuer die muellabfuhr sind der 24. und 31. dezember normale werktage, an denen die volle leistung erbracht wird. jene muellabfuhr, die am 6. jaenner (dreikoenig) faellig ist, wird auf freitag, 7. jaenner, verschoben. die fuer diesen tag faellige muellabfuhr wird am samstag, 8. jaenner (samstag ist normalerweise arbeitsfrei), nachgeholt. die hausbesorger werden ersucht, am samstag, 8. jaenner, die haustore offen und die mistabstellraeume zugaenglich zu halten.
1148

gute zusammenarbeit zwischen politikern und beamten

13 wien, 23.12. (rk) solange sich unsere grossen projekte, wie u-bahn und hochwasserschutz im bau befinden, muessen wir mit kritik rechnen. wir werden aber mit allen problemen fertig werden, wenn weiterhin eine gute zusammenarbeit zwischen den leitenden beamten der stadt wien und ihren politischen funktionaeren gesicht ist. dies erklaerte buergermeister felix s l a v i k am 23. dezember bei der gratulationscour der leitenden beamten der stadtverwaltung und der stadtwerke. der buergermeister erneuerte bei dieser gelegenheit seine ueberzeugung, dass sich die beamten und die funktionaere der stadt wien nur dem gemeinderat und der wiener bevoelkerung verantwortlich zu fuehlen haetten.

magistratsdirektor dr. rudolf e r t l , der die weihnachts- und neujahrsgruesse der beamtenschaft ueberbrachte, erinnerte an ein wort von wilhelm von humboldt: ''wie wenig bedeutet es am ende, was wir erlebt haben und wie unendlich bedeutsam ist das, was daraus hervorgegangen ist.'' gerade in diesem letzten jahr sind gigantische projekte vorangetrieben worden, die fuer generationen von bedeutung sind. nicht zu unrecht spricht man von einer zweiten gruenderzeit.

im namen der beamtenschaft dankte magistratsdirektor dr.ertl dem buergermeister fuer das vertrauen und fuer den schutz, den er stets gewaehrt habe. er versicherte, dass sich die beamtenschaft der wiener gemeindeverwaltung mit der stadt wien und ihren obersten repraesentanten verbunden fuehle und ihre ganze kraft einsetzen werde, um die grossen ziele zu erreichen, die man sich gesteckt hat.

1358

fuer alle, die schlittschuhe erhalten:
gratiseislaufen in der stadthalle

14 wien, 23.12. (rk) eine weihnachtsueberraschung besonderer art hat sich vizebuergermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r vor allem fuer jene wienerinnen und wiener einfallen lassen, die vom christkind neue schlittschuhe bekommen. ueber ihre initiative steht die c-halle (eishalle) der wiener stadthalle vom 27. bis 31. dezember in der zeit von 8 bis 13 uhr zur kostenlosen benuetzung zur verfuegung.
1417

schweinenachmarkt vom 23. dezember

15 wien, 23.12. (rk) inland: kein auftrieb. ausland: ddr 199, verkaufspreis 15.20 bis 16.20 je kilogramm.

rinder- und pferdenachmarkt vom 23. dezember

16 wien, 23.12. (rk) kein auftrieb.
1432

marktuebersicht:

jetzt billig: chinakohl, blondorangen

17 wien, 23.12. (rk) preisbewusste wiener hausfrauen werden zu den weihnachtsfeiertagen wahrscheinlich ''jaegersalat'' als beilage zum fleisch auf den tisch stellen: chinakohl ist naemlich die einzige gemuesesorte, die derzeit im preis sinkt. steigend hingegen karotten, kohl, kraut und sellerie.

verbilligungen auf dem obstsektor: blondorangen aus italien, madarinen aus der tuerkei.

1503

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861

neues kursprogramm fuer stenografie und maschinschreiben

4 wien, 24.12. (rk) das referat fuer berufsweiterbildung - bildungsreferat der gewerkschaft der gemeindebediensteten - hat soeben das neue kursprogramm fuer stenografie und maschinschreiben veroeffentlicht.

danach beginnen anfang jaenner 1972 die kurse, wobei sowohl moeglichkeiten fuer anfaenger als auch fuer fortgeschrittene bestehen. die kursdauer betraegt jeweils drei monate, der kursbeitrag 150 schilling (einmal woechentlich). nach beendigung jedes kurses erhalten die teilnehmer unter vorlage des durch die kursleitung bestaetigten antragsformulares eine rueckverguetung im hoechstausmass von 200 schilling pro jahr. auskuenfte und anmeldungen erteilen die kollegen friedrich b a u m g a r t n e r (42 800/2215) und rudolf s e i f e r t (63 97 11/612).
0950

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien — Presseforum — A 1082 Wien, 1 Rathausstr. 1, Telephon 42800 Durchwahl Kl. 2971 - 2974, FS (7) 5662 — Chefredakteur: Wilhelm Adametz — Für den Inhalt verantwortlich: Chefredakteur-Stellvertreter Robert Prosel

zu weihnachten:

grinzings strassen im licht ''neuer'' altstadtlampen

1 wien, 24.12. (rk) rechtzeitig vor weihnachten wurde die ''neue'' altstadtbeleuchtung grinzings in der himmelstrasse, in der cobenzlgasse und in der feilergasse fertig. unter der regie der staedtischen beleuchtungsabteilung wurden in den letzten tagen 45 lampen auf kandelabern und 20 an schmiedeeisernen wandarmen montiert. es handelt sich um zylinderfoermige leuchtkoerper, die alten englischen gaslampen nachempfunden wurden. die ''neuen'' altstadtleuchten wurden in zusammenarbeit von architekturabteilung, beleuchtungsabteilung und kulturamt entwickelt. sie sind mit silikat-gluehlampen bestueckt, die ein warmes, weiss-gelbes licht spenden. lediglich die beleuchtungsanlagen auf dem platz gegenueber der strassenbahn-endschleife erhalten erst im neuen jahr ihre endgueltige form. es ist geplant, auch im jahr 1972 weitere altstadtbereiche durch stimmungsvolle lichtspender attraktiver zu machen.
0930

weniger hochzeiten und geburten

2 wien, 24.12. (rk) auch im november gab es in wien weniger hochzeiten und geburten als voriges jahr: 507 paare traten vor den standesbeamten, im november 1970 waren es 712. 1.247 kinder wurden geboren, voriges jahr waren es 1.320. das sinken der heirats- und geburtenziffern haengt damit zusammen, dass nun die zahlenmaessig besonders schwachen jahrgaenge der nachkriegszeit in dem alter sind, in dem die meisten heiraten und kinder in die welt setzen.

die zahl der todesfaelle ist mit 2.315 nahezu gleich geblieben (voriges jahr 2.390), die zahl der gestorbenen saeuglinge sank von 42 auf 38.
0931

kulturamt:

''phantastischer realismus'' jetzt in leoben

6 wien, 24.12. (rk) die stadt leoben, obersteirische industriemetropole und im lied als ''stolze bergstadt'' besungen, hat sich ein neues museum gebaut, das vor zwei wochen eroeffnet wurde. auf bitte von buergermeister leopold p o s c h hat das kulturamt der stadt wien das neue haus mit einer sonderausstellung ''eingeweiht'': gezeigt werden 60 graphiken des phantastischen realismus von leherb, fuchs, hutter, lehmden und anderen. die kollektion ist ein teil jener ausstellung, die in den beiden letzten jahren mit grossem erfolg in paris, bern, frankfurt und muenchen gezeigt wurde.

bei der eroeffnung dankte buergermeister posch der stadt wien fuer das entgegenkommen, ihre wertvollen bestaende fuer die erste sonderausstellung des neuen museums zur verfuegung zu stellen. obermagistratsrat dr. robert w a i s s e n b e r g e r (referen fuer bildende kunst im kulturamt) vertrat vizebuergermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r und hielt einen einfuehrungsvortrag ueber den phantastischen realismus. aus leoben wird gemeldet, dass sich die ausstellung (sie bleibt bis 14. jaenner geoeffnet) bereits in den ersten tagen grossen interesses des obersteirischen publikums erfreute.
1002

der wiener fremdenverkehr im november

3 wien, 24.12. (rk) in wien wurden im november 181.000 uebernachtungen registriert, das sind um 6.000 mehr als im november 1970. 68.000 gaeste besuchten wien, davon 18.000 oesterreicher, 12.000 bundesdeutsche, 7.800 us-amerikaner und 5.600 jugoslawen.

bei fast allen herkunftslaendern sind steigerungen der gaestezahlen gegenueber dem november des vorjahres zu registrieren. besonders stark ist die zunahme bei schweden und japanern.
0944

wohnungsbrand gefaehrdete vier kinder

5 wien, 24.12. (rk) glueckliche umstaende verhinderten in der nacht von donnerstag auf freitag, dass ein wohnungsbrand im 3. bezirk zur katastrophe wurde: eine frau rettete vier kinder aus der verqualmten und brennenden wohnung.

der brand in der wohnung der 35jaehrigen monika dubin in der mohsgasse 10 duerfte durch einen kurzschluss am fernsehgeraet entstanden sein. die kinder im alter von 3, 5, 7 und 12 jahren, die allein zu hause waren, hatten bis spaet abends ferngesehen. durch den kurzschluss geriet der fernsehapparat in brand. die flammen griffen sofort auf die vorhaenge und den fensterstock des zimmers ueber.

eine nachbarin hoerte das schreien der kinder, drang in die verqualmte wohnung ein und brachte die kleinen in sicherheit. die feuerwehr loeschte in kurzer zeit den brand.
0955

geehrte redaktion !

allen kolleginnen und kollegen wuenschen wir ein angenehmes und ruhiges weihnachtsfest. die naechste ausgabe der ''rathaus-korrespondenz'' erscheint montag, den 27. dezember.
+++

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861

silvesterprogramm auf dem rathausplatz
neujahrsansprache des buergermeister und viel musik

5 wien, 27.12. (rk) am freitag, dem 31. dezember, beginnt um 18 uhr das silvesterprogramm auf dem rathausplatz. bis etwa 18.35 uhr wird der trompetenchor der stadt wien (leitung: prof. josef l e v o r a) das jaehrliche turmblasen von der loggia des rathausturmes bestreiten. auf dem programm stehen mehrere fanfaren und weihnachtsmelodien.

im rahmen dieses konzertes wird die neujahrsansprache von buergermeister felix s l a v i k durch lautsprecher auf den rathausplatz uebertragen.

von 23.50 uhr bis 24 uhr wird weihnachtsmusik uebertragen, um 24 uhr - zum beginn des neuen jahres - ertoenen 12 glockenschlaege vom rathausturm. in den ersten minuten des neuen jahres erklingt dann wie immer der walzer ''an der schoenen blauen donau'' von johann strauss, die schallplattenwiedergabe einer aufnahme der wiener philharmoniker unter der leitung von clemens k r a u s s . 1002

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien — Presseforum — A 1082 Wien, 1 Rathausstr. 1, Telephon 42800 Durchwahl Kl. 2971 - 2974, FS (7). 5662 — Chefredakteur: Wilhelm Adametz — Für den Inhalt verantwortlich: Chefredakteur-Stellvertreter Robert Prosel

neue spaltanlage im gaswerk leopoldau

1 wien, 27.12. (rk) im gaswerk leopoldau wurde eine neue spaltanlage in betrieb genommen, in der aus erdgas oder naphta stadtgas hergestellt wird. beim spaltprozess entstehen temperaturen bis zu 800 grad. die neue anlage, die den offiziellen titel ''ccr-anlagen roem. 3/5+6'' traegt, kann aus erdgas 430.000 kubikmeter und aus naphta 315.000 kubikmeter spaltgas pro tag erzeugen. sie hat 66 millionen schilling gekostet.

trotz der umstellung auf erdgas muessen die gaswerke auch fuer die spaltgaserzeugung weiter investieren, weil die lieferung von spaltgas bis zur umstellung des letzten geraetes gesichert werden muss. die umstellung auf erdgas bringt also vorlaeufig keinen rationalisierungseffekt, sondern nur erhebliche zusaetzliche kosten. es ist ein grosser erfolg der gaswerke, dass trotzdem der seit zwanzig jahren unveraenderte gaspreis weiter gehalten werden kann. (die zehnprozentige tariferhoehung im jahre 1957 war mit einer gleichzeitigen zehnprozentigen erhoehung des heizwertes des gases verbunden, bedeutete also keine mehrbelastung fuer den kunden). es gibt wohl keinen anderen preis, der zwanzig jahre lang trotz aller kostensteigerungen beibehalten werden konnte.

die entwicklungen des gaspreises ist ueberhaupt erstaunlich. vor dem ersten weltkrieg kostete ein kubikmeter stadtgas 17 heller, ein kilogramm brot 32 heller. ein kilogramm brot und 1,8 kubikmeter erdgas hatten also den gleichen preis. 1930 kostete ein kilogramm brot soviel wie 2,9 kubikmeter, 1950 soviel wie 3,5 kubikmeter und jetzt so viel wie 6 kubikmeter erdgas. der brotpreis ist also fast viermal so hoh gestiegen wie der gaspreis. 0928

oswald kabasta zum gedenken

2 wien, 27.12. (rk) auf den 29. dezember faellt der 75. geburtstag des generalmusikdirektors prof. oswald k a b a s t a, der 1896 in mistelbach, niederoesterreich, geboren wurde.

er wurde nach absolvierung der mittelschule student der staatsakademie fuer musik und darstellende kunst in wien und der damals im stifte klosterneuburg untergebrachten abteilung fuer schul- und kirchenmusik, die er mit ausgezeichnetem erfolg verliess. seine anfaengliche taetigkeit als musiker begann er als regens chori im 21. wiener gemeindebezirk und wirkte in der folge als gesangslehrer an mittelschulen in wien. in den jahren 1924 und 1925 betaetigte er sich als kapellmeister am stadttheater in baden bei wien und in wiener neustadt. 1926 nunmehr generalmusikdirektor, wirkte er am theater in graz und als dirigent der symphoniekonzerte und konnte sein koennen als gastdirigent in konzerten der gesellschaft der musikfreunde in wien glaenzend unter beweis stellen. 1930 erhielt er die berufung als musikalischer leiter an den wiener rundfunk, dem er durch interessante programmgestaltung und die von ihm dirigierten konzerte einen ausserordentlichen ruf auf musikalischem gebiete errang. 1931 wurde er als professor an die staatsakademie fuer musik und darstellende kunst geholt und uebernahm die kapellmeisterschule, aus der unter seiner leitung eine reihe sehr tuechtiger dirigenten hervorgegangen ist. als orchesterleiter konnte er in den jahren 1921 bis 1941 sechs ausserordentliche konzerte der wiener philharmoniker in eisenstadt (1932), baden (1933 und 1939), klosterneuburg, linz, passau (1938), und im rundfunk mit dem gleichen weltklasseorchester weitere 21 auffuehrungen durchfuehren. dazu kamen sei dem jahre 1929 staendige konzerte bei der gesellschaft der musikfreunde, in denen er neben werken frueherer meister auch erstauffuehrungen und urauffuehrungen neuerer und zeitgenoessischer komponisten brachte. unter den von ihm bei der gesellschaft der musikfreunde zur urauffuehrung gebrachten werken oesterreichischer komponisten, die er zum erfolg gefuehrt hat, stehen an erster stelle die 4. symphonie von franz schmidt (konzertsaison 1933/34),

./.

die der komponist ihm gewidmet hat, und das grosse oratorium ''das buch mit sieben siegeln'' des ihm befreundeten franz schmidt (1937/38), die beide seither weltgeltung erlangt haben. vom jahre 1935 an war oswald kabasta direktor der gesellschaft der musikfreunde in wien und gleichzeitig auch der wiener symphoniker. besonders die wiener symphoniker erreichten unter seiner stabfuehrung die kuenstlerische hoehe, die ihnen weltruf verschaffte. 1938 erhielt er eine berufung als leiter der muenchner philharmoniker. sein wirken wurde auch dort von vollem erfolg begleitet. die politischen umstaende waehrend der letzten kriegsjahre hatten seine gesundheit erschuettert. er zog sich nach dem zusammenbruch des nationalsozialistischen regimes nach kufstein zurueck, wo er am 6. februar 1946, erblindet, freiwillig aus dem leben ging.
0932

faelligkeitstermine der abgaben der stadt wien im jaenner

4 wien, 27.12. (rk) im jaenner sind nachstehende abgaben faellig:

10. jaenner: ankuendigungsabgabe fuer dezember
dienstgeberabgabe fuer dezember
getraenkesteuer fuer dezember
gefrorenensteuer fuer dezember
vergnuegungssteuer und sportgroschen fuer die zweite haelfte dezember

14. jaenner: anzeigenabgabe fuer dezember
ortstaxe fuer dezember

15. jaenner: lohnsummersteuer fuer dezember

25. jaenner: vergnuegungssteuer und sportgroschen fuer die erste haelfte jaenner.
0934

die weihnachtstage in wien:
es gibt keine ''ganslspitze'' mehr

7 wien, 27.12. (rk) jahrzehnte hindurch war es tradition, dass am 25. dezember zwischen 11 und 12 uhr von den gaswerken ein spitzenverbrauch registriert wurde, die sogenannte weihnachtliche ''ganslspitze''. 1965 war dies zum letzten mal der fall. heuer war der gasverbrauch am 25. dezember sogar besonders schwach. 2,482.000 kubikmeter gas wurden am christtag verbraucht, das ist nicht einmal die haelfte des bisherigen spitzenverbrauchs von 5,883.000 kubikmeter am 5. maerz 1971. der verbrauch zwischen 11 und 12 uhr betrug 214.600 kubikmeter, das sind etwa zwei drittel des bisherigen spitzenstundenverbrauchs, der am 11. jaenner 1970 zwischen 11 und 12 uhr mit 320.500 kubikmeter registriert wurde.

zwei gruende sind dafuer massgeblich, dass die ''ganslspitze'' verschwunden ist. erstens werden die spitzenbeanspruchungen des gaswerkes immer weniger vom kochen und mehr vom heizen bestimmt. so war der rekordtag, der 5. maerz 1971, mit temperaturen minus 15,3 grad ein extrem kalter tag, waehrend heuer der 25. dezember sehr warm war. zweitens fahren immer mehr leute ueber die weihnachtstage weg.

da es auch bei den e-werken und den verkehrsbetrieben keine besonderen ereignisse gab, koennen die wiener stadtwerke melden: die weihnachtstage sind ruhig verlaufen, die versorgung der bevoelkerung war einwandfrei gesichert.

738 einsaetze der rettung

der rettungs- und krankenbefoerderungsdienst der stadt wien hatte von 24. bis 26. dezember 738 einsaetze, das entspricht ungefaehr dem jahresdurchschnitt. auffallend ist, dass es am 24. dezember die ueberdurchschnittliche zahl von 180 krankenbefoerderungen gab. das haengt damit zusammen, dass sich die aerzte und das pflegepersonal in den spitaelern sehr darum bemuehen, moeglichst viele patienten noch vor den feiertagen zu ihren familien entlassen zu koennen, wodurch gleichzeitig betten fuer andere kranke freiwerden. die neuen patienten sind ueberwiegend aeltere menschen, die spitalsbetreuung brauchen, weil ihre angehoerigen ueber weihnachten wegfahren und sich deshalb nicht um sie kuemmern koennen. (forts.moegl.)
1041

autofahrer missachtet rotlicht und rammt rettung:
ein toter, acht verletzte

9 wien, 27.12. (rk) bei einem schweren verkehrsunfall auf der kreuzung st. veit-gasse-hietzinger kai in der naehe der stadtbahnstation unter st. veit wurden montag frueh um zwei uhr neuen personen zum teil schwer verletzt, ein personenauto war - auf dem hietzinger kai stadteinwaerts fahrend - mit hoher geschwindkeit bei rotlicht ueber die kreuzung gerast und frontal gegen ein rettungsauto im einsatz gekracht.

das rettungsauto wurde durch die wucht des anpralls umgeworfen. der personenwagen blieb beschaedigt auf dem fahrbahnrand stehen. zwei personen - ein mann und eine frau - wurden durch die wucht des anpralls aus dem pkw geschleudert. drei weitere insassen zwei frauen und ein mann, lagen eingeklemmt in dem wrack.

nur wenige sekunden nach dem unfall passierte ein einsatzwagen der feuerwehr die unfallstelle. die feuerwehrmaenner kamen von einem verkehrsunfall in der bossigasse: der verungluckte rettungswagen war von der feuerwehr angefordert worden und hatte ebenfalls die bossigasse zum ziel gehabt.

die feuerwehrmaenner befreiten die in den fahrzeugen eingeklemmten verletzten und leisteten erste hilfe. zwei ambulanzen brachten die neun verletzten in das arbeitsunfallkrankenhaus meidling. ein insasse des pkw starb kurz nach der einlieferung.

nach den ersten erhebungen steht ausser zweifel, dass der pkw-lenker an dem unfall die schuld traegt: die insassen des rettungsfahrzeuges berichteten uebereinstimmend, sie seien bei ''gruen'' in die kreuzung st. veit-gasse-hietzinger kai eingefahren und haetten sogar noch aus vorsichtsgruenden vor einfahren in die freie kreuzung das folgetonhorn eingeschaltet.
1059

umtausch alter fahrscheine

10 wien, 27.12. (rk) ab 1. jaenner 1972 gelten die neuen tarife der wiener verkehrsbetriebe, die vom gemeinderat beschlossen wurden. ab 3. jaenner koennen fahrscheine und fahrausweise des alten tarifs in allen vorverkaufsstellen, also auch in den trafiken, gegen entsprechende aufzahlung umgetauscht werden. ein rueckkauf von alten fahrscheinen ist nur in den bahnhoefen und garagen sowie in den direktionsgebaeuden der verkehrsbetriebe (4, favoritenstrasse 9-11 und 6, rahlgasse 3) moeglich. das gilt auch fuer teilweise benuetzte kurzstrecken-sammelkarten.

der umtausch in den trafiken ist bis 31. jaenner 1972 moeglich, der umtausch und rueckkauf in den dienststellen der verkehrsbetriebe bis 31. maerz 1972.
1117

verwuestung im schweizer garten

8 wien, 27.12. (rk) bisher unbekannte taeter haben im schweizer garten in der rhododendron-gruppe gewuetet. ein dutzend der bis zu vier meter hohen straeucher wurde abgebrochen. ein handwagen voll aeste musste weggefuehrt werden, der sachschaden betraegt ungefaehr 10.000 schilling. vom stadtgartenamt wurde die anzeige erstattet.

es kommt leider immer wieder zu solchen sinnlosen zerstoerungen in den oeffentlichen gaerten, bei denen gemeinschaftseigentum, das zum wohle der bevoelkerung aus steuermitteln geschaffen wurde, verwuestet wird. die mitwirkung der bevoelkerung beim schutz oeffentlicher einrichtungen, zumindest durch sofortige alarmierung der polizei, waere ein wertvoller beitrag zur unterbindung derartiger vandalenakte.
1049

100. geburtstage in hietzing und ottakring

6 wien, 27.12. (rk) die zahl von wiens ''hundertjaehrigen'' nimmt staendig zu. montag stattete vizebuergermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r zwei wienerinnen, die an diesem tag die vollendung des seltenen festes eines dreistelligen geburtstages feierten, einen besuch ab, um ihnen die besten wuensche und die ehrengeschenke der stadtverwaltung zu ueberbringen.

wiens juengste ''hunderter'' sind:

frau karoline d i r a , aus dem altersheim lainz, die am 3. jaenner 1972 ihren 100. geburtstag feiern wird. sie wurde in der cssr geboren, ist verwitwet, brachte sechs kinder zur welt, von denen heute allerdings keines mehr am leben ist. die nachfolgenden generationen bestehen aus vier enkeln und fuenf urenkeln.

frau katharina t i l l i c h aus dem 16. bezirk, panikengasse 6-8/1/1/6, wurde gleichfalls in der cssr geboren. sie ist verwitwet und hat ein kind, einen enkel und einen urenkel.

das uebergewicht des ''schwachen geschlechtes'' im kreis von wiens hundertjaehrigen ist derzeit eindeutig: 25 wienerinnen, aber nur ein wiener sind aelter als 100 jahre. die aelteste wienerin ist derzeit frau anna b a r t i k aus dem 11. bezirk, kopalgasse 55, die am 21. oktober ihren 106. geburtstag feierte.
1006

temporaerer markt: diese woche am donnerstag

3 wien, 27.12. (rk) die beiden temporaeren maerkte wiens werden dienstag, den 28. dezember, wie gewoehnlich abgehalten. der markttag am freitag, der auf den 31. dezember fallen wuerde, wird um einen tag vorverlegt, also auf donnerstag, den 30. dezember. (die beiden maerkte befinden sich in der franz koci-strasse im 10. bezirk und in der bernoullistrasse im 22. bezirk.)
0933

die weihnachtstage in wien: (forts.)

keine ''grippeexplosion''

13 wien, 27.12. (rk) die von manchen befuerchtete ''grippe-explosion'' zu weihnachten ist nicht eingetreten. die verstaerkte bereitschaft fuer den aerztlichen notdienst, die vorige woche in einer sitzung unter vorsitz von buergermeister felix s l a v i k vereinbart worden war, musste deshalb nicht beansprucht werden. von 24. bis 27. dezember, 7 uhr frueh, fuehrte der aerztliche notdienst 623 hausbesuche durch.

montag, den 27. dezember wurden der wiener gebietskrankenkasse 10.451 erkrankungen an grippe und grippalen infekten gemeldet. insgesamt sind derzeit rund 5 prozent der wiener arbeitnehmer krank gemeldet, was einen leichten anstieg gegenueber der vorwoche (4,7 prozent) bedeutet. die grippe verlaeuft weiterhin in den meisten faellen leicht, doch ist bettruhe unbedingt notwendig, weil sonst die gefahr von komplikationen sehr gross ist.

keine christbaumbraende

der feuerwehr wurden bis montag mittag keine christbaumbraende gemeldet.

1345

rathaus-eingang schmidtplatz gesperrt

11 wien, 27.12. (rk) der rathaus-eingang auf dem friedrich schmidt-platz musste wegen bauarbeiten, die ueber den tueren durchgefuehrt werden, gesperrt werden. voraussichtlich bis mitte jaenner sind deshalb die schmidthalle des rathauses und die informations- und beschwerdestelle nur vom rathaus-hof aus zugaenglich.

1135

rinderhauptmarkt vom 27. dezember

14 wien, 27.12. (rk) unverkauft vom vormarkt 0. neuzufuhren inland: 6 ochsen, 76 stiere, 189 kuehe, 37 kalbinnen, summe 308. gesamtauftrieb dasselbe, verkauft alles.

notierungen: ochsen 17 bis 19, stiere 17 bis 18.80, extrem 19/2 stueck, kuehe 11.80 bis 15.30, extrem 15.60 bis 16/2 stueck, kalbinnen 16.50 bis 18.20, extrem 18.80/1 stueck.

beinlvieh: kuehe 10 bis 11.20, ochsen und kalbinnen 14.50 bis 16.20. der durchschnittspreis ermaessigte sich bei ochsen um 117 groschen, erhoehte sich bei stieren um 41 groschen, bei kuehen um 17 groschen, bei kalbinnen um 60 groschen je kilogramm.

der durchschnittspreis einschliesslich beinlvieh betraegt: ochsen 17.56, stiere 18.16, kuche 12.90, kalbinnen 17.06. beinlvieh verteuerte sich bis zu 20 groschen je kilogramm.

auftrieb und preis im auslandsschlachthof laut mitteilung des veterinaeramtes der stadt wien: 11 stiere aus ungarn, der verkaufspreis: 18.70 schilling je kilogramm.
1433

preisguenstige gemuese- und obstsorten

12 wien, 27.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 4 schilling, rote rueben 4 bis 5 schilling, kohl 6 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 bis 7 schilling, birnen (qualitaetsklasse 1), italienische, 8 bis 9 schilling, orangen 6 bis 7 schilling je kilogramm.

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861

ab jaenner 1972: kein samstagsdienst in bezirksgesundheitsaemtern

1 wien, 28.12. (rk) infolge der arbeitszeitverkuerzung kann ab 1. jaenner 1972 in den bezirksgesundheitsaemtern kein samstagsdienst mehr abgehalten werden. stellvertretend fuer alle bezirksgesundheitsaemter wird im gesundheitsamt fuer den 2. bezirk in der karmelitergasse 9 (telefon 36 16 11/291) zwischen 8 und 10 uhr ein journaldienst eingerichtet. unberuehrt von dieser neuregelung bleibt der seit jahren bestehende amtsaerztliche permanenzdienst, erreichbar ueber die staedtische desinfektionsanstalt (65 21 25).
0917

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien — Presseforum — A 1082 Wien, 1 Rathausstr. 1, Telephon 42800 Durchwahl Kl. 2971 - 2974, FS (7) 5662 — Chefredakteur: Wilhelm Adametz — Für den Inhalt verantwortlich: Chefredakteur-Stellvertreter Robert Prosel

in der silvesternacht per strassenbahn

4 wien, 28.12. (rk) der gute tip alle autofahrer: in der meist feuchtfroehlichen silvesternacht laesst man das eigene fahrzeug besser stehen und faehrt mit der strassenbahn.

in der nacht vom 31. dezember zum 1. jaenner verkehren bis etwa 5 uhr frueh folgende linien: a (elderschplatz - ring - kai - elderschplatz), ak (elderschplatz - kai - ring - elderschplatz), 18 (liechtenwerder platz - guertel - stadionbruecke), 25 (kagran - praterstern), 29 (friedrich engels-platz - schwedenplatz - radetzkystrasse), 36 (nussdorf - boerse), 38 (grinzing - schottentor), 39a (salmannsdorf - waehringer guertel), 41 (poetzleinsdorf - schottentor), 43 neuwaldegg - schottentor), 46 (joachimsthaler platz - bellaria), 49 (huetteldorf - urban loritz-platz - bellaria), 58 (unter st. veit - burgring), 60 (rodaun - kennedy-bruecke), 62 (lainz - philadelphiabruecke - oper), 65 (stefan fadinger-platz - oper), 66 (raxstrasse - oper), 71 (zentralfriedhof - schwarzenbergplatz), 74 (st. marx - landstrasser hauptstrasse - schwarzenbergplatz - suedbahnhof), 132 (strebersdorf - bahnhof floridsdorf), 167 (rothneusiedl - oper), 331 (stammersdorf - ringturm).

der fahrpreis in der silvesternacht betraegt pro person 10 schilling. alle anderen fahrtausweise, ausser dem schwerkriegs-beschaedigtenausweis, sind ungueltig.

am 31. dezember treten entsprechend den geaenderten arbeits-zeiten und der schliessung vieler betriebe folgende aenderungen ein: die verlaengerung der linie O und die fuehrung der linie 31/5 erfolgen schon zu mittag statt am nachmittag, die linie 9 wird nur bis mariahilfer strasse, die linie 25 nur bis praterstern gefuehrt, am nachmittag entfallen die linie 36 und die einlage-fahrten der linie 167 zum suedbahnhof, ferner entfallen die linien 59 und 231, die stadtbahnlinie g verkehrt nur bis meidling-hauptstrasse.

die kartenausgabestelle in wien 6, rahlgasse 3, ist am 31. dezember von 8 bis 15 uhr geoeffnet.

am samstag, dem 1. jaenner 1972 (neujahrstag) gilt der sonntagstarif.

0943

innerstaedtische wanderung unter der lupe

2 wien, 28.12. (rk) in wien wechseln jaehrlich rund siebzigtausend personen ihre wohnung. die gruende fuer diese mobilitaet liegen weitestgehend im dunkeln. bisher war man auf vermutungen angewiesen. eine untersuchung soll nun klaeren, wer diese personen sind, wohin sie ziehen, welchen berufsgruppen sie angehoeren, wie alt sie sind und welche gruende dafuer bestimmend waren, eine wohnung zu verlassen und in eine neue einzuziehen.

die magistratsabteilung fuer wirtschaftliche planung und koordination, die diese untersuchung angeregt hatte, betraute kuerzlich das institut fuer empirische sozialforschung mit der durchfuehrung der studie. das ifes wird in der naechsten zeit eine untersuchung jener personen vornehmen, die im jahre 1966 ihre wohnung gewechselt haben. die erhebung wird darueber daten liefern, welche bezirke bzw. stadtteile eine besonders starke wanderbewegung aufweisen, ob diese wanderbewegung auf die starke wohnbautaetigkeit der stadt wien zurueckzufuehren ist, ob vor allem ein wohnungswechsel aus dem altbaugebiet in neue stadtrandsiedlungen vorherrscht oder ob auch eine starke mobilitaet in den dicht verbauten gebieten zu finden ist. die studie soll zum erstenmal richtzahlen ueber die wohnungsmobilitaet in wien liefern.
0920

preisguenstige gemuese- und obstsorten

7 wien, 28.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: rote rueben 4 bis 5 schilling, kohl 5 bis 6 schilling, kraut 3 bis 4 schilling, champignons 20 bis 24 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 bis 7 schilling, birnen (qualitaetsklasse 1) 8 bis 9 schilling, mandarinen 7 bis 8 schilling, orangen 6 bis 7 schilling je kilogramm.
1045

neues landesgesetzblatt:

wuerstelstaende schon ab 20 uhr
hoehere blindenbeihilfe und bessere bezahlung fuer fremdenfuehrer

3 wien, 28.12. (rk) das neue landesgesetzblatt fuer wien (ausgegeben am 27. dezember, 19. stueck des jahres 1971) enthaelt drei verordnungen. mit der ersten werden die blindenbeihilfen fuer blinde auf 970 schilling und fuer schwerst sehbehinderte auf 570 schilling erhoeht. die zweite verordnung enthaelt eine erhoehung der fremdenfuehrertarife. mit der dritten verordnung schliesslich wird gestattet, dass wuerstelstaende (offiziell ''das feilbieten von heissen und kalten wurstwaren mit und ohne zutaten'') schon ab 20 uhr gestattet sind. bisher war die oeffnungszeit auf die zeit von 21 bis 4 uhr beschraenkt.

das landesgesetzblatt ist um einen schilling im drucksorten verlag der stadthauptkassa, 1, rathaus, stiege 7, hochparterre, und in der verkaufsstelle der oesterreichischen staatsdruckerei - wiener zeitung, 3, rennweg 12 a, erhaeltlich.
0927

neue ampel speisinger strasse/riedelgasse

9 wien, 28.12. (rk) in der speisinger strasse, einer wichtigen durchzugsroute richtung rodaun und kalksburg, erhaelt die einmuendung der riedelgasse ab mittwoch vormittag eine sicherung, die vor allem fussgaengern und besuchern der dort befindlichen krankenhaeuser zugute kommt. es wird an diesem kreuzungspunkt eine automatische verkehrslichtsignalanlage in betrieb genommen.
1106

101. geburtstag in waehring

8 wien, 28.12. (rk) ihren 101. geburtstag feierte montag frau pauline h a u k e im 18. bezirk poetzleinsdorfer strasse 56. vizebuergermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r nahm dies zum anlass und stattete der jubilarin dienstag gemeinsam mit bezirksvorsteher dkfm. hans h e m m e l m a y e r einen besuch ab, um ihr zur vollendung dieses seltenen festes herzlich zu gratulieren, und das ehrengeschenk der stadtverwaltung zu ueberreichen.

frau hauke, die in erbersdorf in der cssr geboren wurde, ist verwitwet und lebt zusammen mit ihrer tochter. ihre vier kinder sind noch alle am leben, an gratulanten gibt es neben drei enkeln auch noch vier urenkel und ein ururenkel.
1100

waehringer bezirksmuseum voruebergehend geschlossen

6 wien, 28.12. (rk) das waehringer bezirksmuseum, 18, martinstrasse 100, wird infolge notwendig gewordener umbauarbeiten im jaenner 1972 geschlossen bleiben.
0956

schweinehauptmarkt 28. dezember

10 wien, 28.12. (rk) unverkauft vom vormarkt: 0, neuzufuhr inland 2.125, hievon 17 durchlaeufer, gesamtauftrieb dasselbe, verkauft alles.

notierungen: extrem 18.40 bis 18.80, 1. qualitaet 17.70 bis 18.30, 2. qualitaet 17 bis 17.60, 3. qualitaet (14.50 bis 15.20/ 20 stueck) 15.80 bis 16.90, zuchten extrem 14 bis 15, zuchten 13.50 bis 13.80, altschneider 11.50 bis 12.50.

der durchschnittspreis fuer inlaendische schweine ermaessigte sich um 26 groschen je kilogramm und betraegt 17.34.

aussermarktbezuege in der zeit vom 24. bis 28. dezember (ohne direkteinbringung): 0.

auftrieb im auslandsschlachthof: 490 schweine aus ungarn, 300 aus rumaenien, 600 aus bulgarien und 740 aus der ddr, verkaufspreis 15 bis 16.50 je kilogramm.

pferdehauptmarkt vom 28. dezember

11 wien, 28.12. (rk) auftrieb: 9 stueck, hievon 1 fohlen, herkunft: niederoesterreich 1, burgenland 5, steiermark 3. verkauft als schlachttiere 5, unverkauft 4.

notierungen: pferde: extremware 11, pferde 1. qualitaet 10, 3. qualitaet 8.50.

der durchschnittspreis fuer schlachtpferde betraegt 9.30.

1457

60. geburtstag von marcel prawy

12 wien, 28.12. (rk) am 29. dezember vollendet der oesterreichische dramaturg prof. dr. marcel p r a w y sein 60. lebensjahr. er wurde 1911 in wien geboren.

prawy beschloss zwar 1934 an der wiener universitaet das studium der rechte mit der erwerbung des juridischen doktorgrades und absolvierte anschliessend eine zweijaehrige gerichtspraxis, sein hauptinteresse galt aber von jugend auf der musikbuehne. im stehparterre der wiener staatsoper war er seit seinem 12. lebensjahr stammgast, und auf der universitaet besuchte er nebenher die musikgeschichtlichen vorlesungen von egon wellesz. 1939 emigrierte dr. prawy in die vereinigten staaten, wo er u.a. als kuenstlerischer berater von jan kiepura und martha eggerth taetig war und vornehmlich auf dem gebiet der operetten- und musicalproduktion berufserfahrungen sammelte. 1943 trat er in die amerikanische armee ein, die ihn 1946 als zivilbeamten der besatzungstruppe nach wien schickte, wo er bis 1950 unter ernst haeussermann die amerikanische wochenschau fuer oesterreich leitete. den amerikanischen dienst 1950 quittierend, widmete er sich in den naechsten jahren freiberuflich der theater- und schallplattenproduktion, durch die von ihm im kosmos-theater veranstalteten musikalischen abende wurde er dem wiener publikum als autor, regisseur und conferencier bekannt. seit 1955 ist dr. prawy mitglied der volksoper als dramaturg, produktionsleiter und persoenlicher referent des direktors. ihm danken die wiener theaterfreunde nicht nur die bekanntschaft mit dem amerikanischen musical - cole porters ''kiss me kate'' und irving berlins ''annie get your gun'' wurden von ihm ins deutsche uebertragen -, sondern auch die dort aufgefuehrten deutschen versionen von donizettis ''don pasquale'', ravels ''spanische stunde'', menottis ''die alte jungfer und der dieb'' und bernsteins ''west side story''. daneben ist dr. prawy seit langem mitarbeiter des oesterreichischen rundfunks und hat insbesondere durch seine operneinfuehrungen im fernsehen eine weit ueber oesterreich hinausreichende popularitaet erreicht. zu recht trugen ihm diese sendungen 1967 die ''goldene kamera'' und den fernsehpreis der

./.

volksbildung ein. seit oktober 1966 bindet ihn ueberdies ein lehrauftrag an das reinhardt-seminar, wo er als dozent ueber ''dramaturgie des musikalischen theaters'' liest. 1969 wurde er mit dem oesterreichischen professorentitel ausgezeichnet.
dr. marcel prawy ist seit 1. september 1971 chefdramaturg der staatsoper. als autor und uebersetzer musikalischer shows war er in verschiedenen hauptstaedten europas taetig, mit seiner revue ''vienna on parade'' machte er 1958, 1960 und 1962 tourneen durch amerika. dr. prawy ist ferner verfasser von zahlreichen aufsaetzen in fachzeitschriften und in programmeinfuehrungen sowie des 1969 im molden-verlag erschienen prachtbandes ''die wiener oper''.
1649

80. geburtstag von moriz enzinger

13 wien, 28.12. (rk) am 30. dezember vollendet der oesterreichische germanist emer. univ.prof. dr. moriz e n z i n g e r sein 80. lebensjahr.

er ist 1891 in steyr geboren, besuchte die mittelschule in kremsmuenster, studierte an den universitaeten graz, freiburg, wien und prag, wo er schliesslich im jahre 1916 das philosophiedoktorat erwarb. in wien war er schueler von castle, in freiburg von nadler und in prag von von august sauer. nach einigen mittelschullehrjahren wurde er im jahre 1922 an die universitaet nach innsbruck berufen. dreissig jahre lang hat moriz enzinger in innsbruck gewirkt. er bekleidete zweimal das amt eines philosophischen dekans. enzingers erste grosse arbeit, welche ihm seine berufung nach innsbruck eintrug, war ''die entwicklung des wiener theaters vom 16. bis zum 19. jahrhundert'' (1918/19). in dieser arbeit hat er die kontinuitaet der theatralischen entwicklung von den humanisten bis zu grillparzer, raimund und nestroy verfolgt. die ansichten seiner lehrer nadler und sauer sind deutlich zu spueren. in innsbruck selbst beschaeftigte sich enzinger vor allem mit der tiroler literatur, umsomehr, als die innsbrucker universitaetsbibliothek spezielle forschungsgebiete aus der neueren deutschen literatur nicht genug mit quellen versorgen konnte. es folgten eine arbeit ueber das

./.

schicksalsdrama und eine umfangreiche arbeit ''die deutsche tiroler literatur bis 1900''. die forschungen auf diesem zweig haben enzinger auch auf die literarischen verbindungen zwischen tirol und wien im zeitalter und freundeskreis franz schuberts gebracht (michael senn, franz v. bruchmann). zum goethe-jahr 1932 erschien seine kleinere arbeit ''goethe und tirol''. in den dreissiger- und vierzigerjahren, als die renaissance aldalbert stifters eine grosse zahl von biographischen und auslegenden arbeiten ueber den dichter brachte, kam auch moriz enzinger zu adalbert stifter. er hat auf diesem forschungsgebiet zahlreiche neue gesichtspunkte, zahlreiche neue quellen und literaturgeschichtliche zusammenhaenge gefunden. heute gehoert enzinger zu den bedeutendsten stifter-forschern. In seiner arbeit "adalbert stifters studienjahre" (1951) bemueht sich enzinger auf grund der unterrichtsverhaeltnisse zu stifters zeit aufschluesse ueber den bildungsgang des dichters herauszufinden, die das spaetere werden stifters erklaeren koennen. in der grossen gesamtausgabe stifters erschien von ihm der band ''stifters jugendbriefe in urspruenglicher gestalt'' (1953). auch das beruehmte buch von aprent ''adalbert stifter'' hat enzinger neu herausgegeben. moriz enzinger ist seit 1951 korrespondierendes mitglied, seit 1963 wirkliches mitglied der akademie der wissenschaften. im jahre 1952 wurde er nach dem tod von oskar benda nach wien berufen und war bis zu seiner eremitierung 1962 der inhaber der wiener lehrkanzel fuer deutsche sprache und literatur.
1701

85. geburtstag von heinrich benedikt

14 wien, 28.12. (rk) am 30. dezember vollendet der oesterreichische historiker emr. univ. prof. dr. heinrich b e n e d i k t sein 85. lebensjahr.

er kam 1886 in wien als sohn des ordinarius fuer chemie an der technischen hochschule dr. rudolf benedikt zur welt. nach absolvierung der mittelschule studierte er an der wiener universitaet rechtswissenschaften und wurde 1911 als doktor jur. promoviert. nach dem ersten weltkrieg wandte sich dr. benedikt der geschichts-

./.

wissenschaft zu, 1923 erschien seine erste groessere historische arbeit ''franz anton graf von spork (1662 - 1738). zur kultur der barockzeit in boehmen."1927 veroeffentliche er ''das koenigreich neapel unter kaiser karl 6.'', ein umfassendes werk, das der erforschung der wechselwirkung zwischen den verschiedenen kulturen in der monarchia austriaca des 18. jahrhunderts gewidmet ist. so hatte dr. benedikt schon auf zwei wertvolle kulturgeschichtliche publikationen hinzuweisen, als er 1930 auch das historische studium an der universitaet wien als dr. phil. (hauptfach: geschichte des mittelalters und der neuzeit) abschloss. 1938 war dr. benedikt gezwungen, seine heimat zu verlassen. waehrend seiner emigrationsjahre in england (1939 - 1946) widmete er sich dem studium der englischen geschichte. nach seiner rueckkehr nach oesterreich habilitierte er sich an der universitaet wien (1947) als privatdozent fuer neuere geschichte. im gleichen jahr veroeffentliche er ''monarchie der gegensaetze. oesterreichs weg durch die neuzeit'', eine umfangreiche studie ueber das wesen des alten, uebernationalen oesterreich. ende 1950 wurde dr. benedikt zum a. o. professor fuer geschichte der neuzeit an der universitaet wien ernannt. als solcher hatte er vor allem die neuere geschichte des angelsaechsischen und romanischen kulturkreises seinen hoerern nahezubringen versucht. neben seiner akademischen lehrtaetigkeit und der publikation einschlaegiger aufsaetze in historischen fachzeitschriften hatte prof. benedikt eine reihe von vortraegen im rahmen der oesterreichischen radiochochschule gehalten. 1954 brachte er als herausgeber die sehr repraesentative ''geschichte der republik oesterreich'', eine gemeinschaftsarbeit von vier juengeren fachwissenschaftlern, heraus. 1955 hatte er den titel eines ordentlichen professors und 1956 die ordentliche professur erhalten. im jahre 1957 erhielt er den preis der stadt wien fuer geisteswissenschaften und arbeitete an dem grossen werk ''spectrum austriae'' mit dem beitrag ''die casa d'austria, das reich und europa'' mit. 1958 wurde er als professor emeritiert und uebernahm die leitung des zeitungswissenschaftlichen universitaetsinstitutes. im gleichen jahr erschien ''die wirtschaftliche entwicklung der franz josef-zeit''. prof. benedikt hat auch nach seiner emeritierung eine reihe von groesseren und kleineren

./.

arbeiten veroeffentlicht, von denen zwei fuer die oesterreichische geschichte besonders wichtig erscheinen. 1964 erschien das umfangreiche, 480 seiten starke buch ''kaiseradler ueber dem apennin. die oesterreicher in italien 1700 - 1866'' und 1965 die zweite grosse veroeffentlichung ''als belgien oesterreichisch war''. 1809

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861

sportbudget wien: plus 28 prozent

3 wien, 29.12. (rk) keine internationalen sportveranstaltungen bringt das olympische jahr 1972 der oesterreichischen bundeshauptstadt: vielmehr ist das kommende jahr mit einem um 28 prozent gesteigerten sportbudget in der hoehe von 105 millionen dem forcierten anlagenbau gewidmet: hallenstadion, sportzentrum west - nicht zu vergessen die baederbauten, die budgetaer allerdings zum hochbau gehoeren. dies erklaerte vizebuergermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r in einem orf-interview.

frau froehlich-sandner betonte dabei auch die weiterfuehrung und den ausbau der jugend-sportaktionen der stadt wien. sehr gute erfahrungswerte haetten die ''sportplaetze der offenen tuer'' gebracht. in diesem zusammenhang sei der 16. jaenner 1972 als termin der ersten ''fahrt zum schnee'' des heurigen winters zu erwaehnen. die vorbereitungen in der sportstelle der stadt wien seien abgeschlossen, nun muesse nur noch der noetige schnee fallen.
0942

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien — Presseforum — A 1082 Wien, 1 Rathausstr. 1, Telephon 42800 Durchwahl Kl. 2971 - 2974, FS (7) 5662 — Chefredakteur: Wilhelm Adametz — Für den Inhalt verantwortlich: Chefredakteur-Stellvertreter Robert Prosel

wiener fasching 1972: laesst die tanzfreudigkeit nach ?

2 wien, 29.12. (rk) verglichen mit dem fasching des vorjahrs ist die lustige zeit zum jahresbeginn 1972 etwas kuerzer: der aschermittwoch faellt naemlich bereits auf den 16. februar. der fasching 1971 war um eine woche laenger, aber so wie in den jahren zuvor haelt sich der ballkalender nicht an den heringsschmaus, und man tanzt ueber den aschermittwoch hinaus bis weit in den maerz hinein weiter.

dieser zeitlichen erstreckung zum trotz scheint die tanzfreudigkeit etwas nachzulassen, wie die zahlen des referats fuer vergnuegungssteuer erkennen lassen. dort wurden bisher 132 tanzveranstaltungen angemeldet, um 15 weniger als ende dezember 1970 fuer den den fasching 1971 gemeldet worden sind. allerdings steht damit die gesamtzahl der faschingsveranstaltungen noch keineswegs fest, da die veranstaltungen erst drei tage vor dem dafuer vorgesehenen termin angemeldet werden muessen, erfahrungsgemaess pflegt sich die zahl der tanzvergnuegen noch betraechtlich zu erhoehen.

unter den bisherigen anmeldungen befinden sich 74 veranstaltungen groesseren und repraesentativen charkters mit mehr als 500 eintrittskarten (dezembermeldung 1970: 88,,1969: 46 veranstaltungen), darunter 47 baelle, zu denen mehr als eintausend gaeste erwartet werden. (dezembermeldung 1970: 52, 1969: 62 baelle mit mehr als eintausend eintrittskarten).

der fremdenverkehrsverband fuer wien hat auch fuer 1972 seinen traditionellen ballkalender herausgebracht. dieser kalender verraet, dass der reigen der tanzveranstaltungen durch sieben silvesterbaelle und den ''kaiserball'' in der wiener hofburg eroeffnet wird. schon wenige tage spaeter, am mittwoch, dem 5. jaenner, wird weitergetanzt: beim ball der polizeimusik in den sofiensaelen und beim ball der post- und telegraphenbediensteten des 6., 7. und 8. bezirks beim wimberger.

das reichste veranstaltungsprogramm weist - genau wie in den jahren zuvor - der faschingssamstag, 12. februar, auf. an diesem

./.

tag finden insgesamt 22 veranstaltungen statt (1971: 22, 1970: 23), darunter der ball der wiener stadtwerke-gaswerke im floridsdorfer haus der begegnung und der tirolerball in den sofiensaelen. ausgesprochen stiefmuetterlich ist wieder der faschingsonntag mit nur sechs festivitaeten bedacht, immerhin findet an diesem tag der 102. narrenabend des wiener maennergesangvereins statt, und zwar in den sofiensaelen.

an zweiter stelle im hinblick auf die zahl der veranstaltungen rangiert mit 20 baellen, kraenzchen und sonstigen tanzveranstaltungen der 5. februar, ein samstag. 16 veranstaltungen stehen am samstag, dem 29. jaenner auf dem programm, 14 am samstag, dem 19. februar, und 11 am freitag, dem 11. februar.

eine der beliebtesten veranstaltungen jeder ballsaison, der blumenball der wiener stadtgaertner, findet am freitag, dem 14. jaenner, in den sofiensaelen statt. weitere repraesentative tanzvergnuegen sind der bonbon-ball im konzerthaus (15. jaenner), der ball der wiener philharmoniker im musikverein (20. jaenner), der ball der pharmazie in der hofburg (22. jaenner), die ''gschnasparade'' des wiener schubertbundes im konzerthaus (28. jaenner), der wiener aerzteball in der hofburg (29. jaenner) und die hofburgredoute der wiener faschingsgesellschaft (4. februar). der opernball steht am donnerstag, dem 10. februar auf dem programm.

die wiener walzerkonkurrenz 1972 - anlaesslich des hundertjaehrigen jubilaeums des weltberuehmten strausswalzers ''an der schoenen blauen donau'' wurde bekanntlich 1967 der ''walzerpreis der stadt wien'' gestiftet - wird am samstag, dem 8.april, im rahmen der ''europameisterschaft in den standardtaenzen im turniertanzsport fuer amateure'' in der wiener stadthalle abgehalten.
0941

Musikveranstaltungen in der Zeit vom 3. bis 9. Jänner 1972

Wien, 29.12. (RK)

Dienstag, 4. Jänner:

19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Paul Badura-Skoda und Jörg Demus: "Klaviermusik zu vier Händen" (Werke von Debussy und Mozart).

Mittwoch, 5. Jänner

19:30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Musikalische Jugend: Voraufführung zum 5. Konzert des Zyklus "Große Symphonie" der G.d.M., Wiener Symphoniker, Dirigent: Josef Krips. (Programm siehe 8. Jänner)

20.00 Uhr, Minoritenkirche, The Institute of European Studies: Kansas State University Choir, Manhattan, Kansas, USA. (Werke von: N. Lockwood, J. Mouton, G.P. da Palestrina, J. Brahms und Negro Spirituals.)

19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Liederabend Marc Stehle. Am Flügel: Frieder Meschwitz (Rameau, Haydn, Schoeck, Schumann und Egk).

Freitag, 7. Jänner

19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Gesellschaft der Musikfreunde: 2. Konzert im Zyklus "Musica Antiqua": Musik des Rokoko. Ausführende: Ensemble Alarius (Belgien). Couperin: Concert Royal, L'Imperiale L'Apothéose de Corelli, Les Goûts Réunis u.a.

Samstag, 8. Jänner

15.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Nicolai-Konzert der Wiener Philharmoniker, Dirigent: Karl Böhm, Solist: Alfred Prinz (Klarinette). Mozart: Symphonie in g-moll, KV 550; Konzert für Klarinette und Orchester in A-Dur, KV 622. Beethoven: Symphonie Nr. 4, B-Dur op. 60.

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Gesellschaft der Musikfreunde: 5. Konzert im Zyklus "Große Symphonie". Wiener Symphoniker, Dirigent: Josef Krips, Solist: Walter Klien (Klavier). R. Strauss: Don Juan op. 20; Schönberg: Klavierkonzert op. 42; Brahms: 1. Symphonie c-moll, op. 68.

19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Violinabend Charmain Gadd. Am Flügel: Patricia Parr (Mozart, Brahms, Debussy und Bartók).

Sonntag, 9. Jänner

16.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal, 6. Konzert der Sonntagsnachmittagkonzerte des N.Ö. Tonkünstlerorchesters, Dirigent: Heinz Wallberg, Solist: Leonhard Hokanson. Beethoven: Klavierkonzert Nr. 4, Bruckner: 4. Symphonie

./.

11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Nicolai-Konzert der Wiener Philharmoniker, Dirigent: Karl Böhm. (Programm siehe 8. Jänner).

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal, Gesellschaft der Musikfreunde: Wiederholung des 5. Konzertes im Zyklus "Große Symphonie", Wiener Symphoniker, Dirigent Josef Krips (Programm siehe 8. Jänner).

19.30 Uhr, Musikverein, Brahms-Saal, Chorkonzert des Glee-Club der Cornell-University.

- - -

ballkalender

1 wien, 29.12. (rk) in der zeit vom 31. dezember 1971 bis 8. jaenner 1972 finden in wien folgende groessere ballveranstaltungen statt:

freitag, 31. dezember: bayrischer hof (grosse silvesterfeier), hofburg (''kaiserball''), hotel bohemia (silvesterball), hotel intercontinental (silvesterball), kursalon (grosse silvesterfeier), parkhotel schoenbrunn (grosser silvesterball), sofiensaele (silvesterball), wimberger (silvesterfeier).

mittwoch, 5. jaenner: sofiensaele (polizeimusik), wimberger (post- und telegraphenbediensteten des 6., 7. und 8. bezirkes).

donnerstag, 6. jaenner: hans neroth's studio ''n'' (pop-festival 1972, nachmittag).

freitag, 7. jaenner: sofiensaele (''flugtouristik-reisering'').

samstag, 8. jaenner: haus der begegnung - mariahilf (boehmerwaldbund), haus der begegnung - floridsdorf (oebb-schnellbahn), parkhotel schoenbrunn (hietzinger buergerball), schwechaterhof (simmeringer maturanten-vereinigung), sofiensaele (niederoesterreichischer bauernbund), wimberger (oevp wien 15).
0921

preisguenstige gemuese- und obstsorten

7 wien, 29.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: grundsalat 3 bis 4 schilling, chinakohl 4 bis 5 schilling, karotten 5 bis 6 schilling, sellerie 8 bis 9 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 bis 7 schilling, birnen (qualitaetsklasse 1) 8 bis 9 schilling, mandarinen 8 schilling, blondorangen, ital. 4.50 bis 5 schilling je kilogramm.
1107

theodor kramer zum gedenken

5 wien, 29.12. (rk) auf den 1. jaenner faellt der 75. geburtstag des oesterreichischen lyrikers theodor k r a m e r , der 1895 in nieder-hollabrunn geboren wurde.

er besuchte nach dem ersten weltkrieg die exportakademie und arbeitete als beamter, als geschaeftsfuehrer im buchhandel und als verlagsvertreter. schliesslich wurde er freier schriftsteller, musste aber 1939 oesterreich verlassen und erlangte als bibliothekar in london eine bescheidene stellung. 1957 kehrte er schwerkrank nach wien zurueck, wo er am 3. april 1958 starb. kramer trat erstmals 1927 mit gedichten hervor und fand staerkste beachtung. fuer seinen gedichtband ''die gaunerzinke'' erhielt er 1928 neben drei anderen dichtern einen kunstpreis der stadt wien. 1931 wurde ihm der julius reich-preis verliehen. an weiteren sammlungen erschienen: ''wir lagen in wolhynien im morast'', ''mit der ziehharmonika'', ''verbannt aus oesterreich'', ''die untere schenke'', ''wien 1938'', ''die gruenen kader'', und ''lob der verzweiflung''. eine auswahl seines gesamten werkes traegt den titel ''vom schwarzen wein''. dieses enthaelt impressionistische landschafts- und situations-, soziale und gedankenlyrik meisterlichen koennens in vielfaeltiger form, die vom harten realismus bis zur feinsten nuancierung seelischer stimmungen und geistiger aussage reicht. die jahre der emigration verstaerkten seine liebe zur heimat, aber auch das gefuehl der einsamkeit, des unverstandenseins und des schmerzes. theodor kramer war einer der bedeutendsten oesterreichischen lyriker der gegenwart. unmittelbar vor seinem tod wurde ihm der preis der stadt wien fuer dichtkunst zuerkannt.
1052

infektionskrankheiten im november

8 wien, 29.12. (rk) 589 grippefaelle, davon zwei mit toedlichem ausgang, wurden vom wiener gesundheitsamt im november registriert. ins gewicht fielen auch 359 scharlacherkrankungen. die zahl der uebrigen anzeigepflichtigen infektionskrankheiten war erfreulich gering: 76 faelle von infektioeser hepatitis, elf keuchustenerkrankungen, vier bakterielle lebensmittelvergiftungen, zwei faelle von paratyphus und eine psittakose.

in den tbc-fuersorgestellen wurden 7.472 besucher gezaehlt, darunter 3.654 neuuntersuchungen. in 97 faellen wurde eine aktive tuberkulose festgestellt. es wurden 1.700 roentgen-durchleuchtungen, 1.210 hausbesuche, 455 roentgenaufnahmen und 3.907 schirmbild-aufnahmen vorgenommen.

in die beratungsstelle fuer geschlechtskrankheiten kamen 3.301 personen. es wurden 401 neue venerische erkrankungen festgestellt. von 618 im wochendurchschnitt untersuchten kontroll-prostituierten waren 33, von 72 untersuchten geheimprostituierten waren dreizehn venerisch infiziert.

in den 56 mutterberatungsstellen wurden 12.851 beratungen durchgefuehrt. in den fuenf schwangerenberatungsstellen wurden 675 frauen untersucht. bei 74 frauen wurden erkrankungen festgestellt, die zu einer stoerung der schwangerschaft fuehren koennen.

in den gesundenuntersuchungsstellen wurden im november 577 personen untersucht. es wurden zwoelf geschwulstverdaechtige befund erhoben und 387 personen wegen anderer erkrankungen ihren aerzten zugewiesen.

1119

erster herzalarmwagen auf probefahrt

6 wien, 29.12. (rk) nach laengeren versuchen ist nun eine geeignet erscheinende form gefunden worden, die wiener rettungswagen fuer ihre kuenftige bestimmung als herzalarmwagen umzubauen. dienstag fruh ist der erste adaptierte rettungswagen in der zentrale der wiener rettung eingetroffen. nach dem einbau der benoetigten geraete (tragbares ekg, oszilloskop und defibrillator) wird der erste herzalarmwagen der wiener rettung auf probefahrten geschickt. es gilt erfahrungen zu sammeln, ob die vorgenommenen umbauten fuer an einem herzinfarkt leidende patienten die zweckmaessigsten sind oder noch weitere verbesserungen vorgenommen werden koennten. jedenfalls wird ein erstes groesseres kontingent von rettungswagen um die januarmitte zu den notwendigen adaptierungen abgestellt. gesundheitsstadtrat dr. otto g l u e c k , unter dessen leitung dienstag eine sitzung ueber die inbetriebnahme der herzalarmwagen und der herzueberwachungsstationen in wiener spitaelern stattfand, stimmte mit den zustaendigen fachleuten ueberein, dass ende maerz alle 22 rettungswagen zum einsatz bei herzalarm bereitstehen werden.

mit dem bei der sitzung gleichfalls anwesenden prof. dr. fritz k a i n d l wurden die moeglichkeiten besprochen, fuer die stadt wien aus dem herzfonds mittel fluessig zu machen, mit denen ein teil der ausgaben fuer die errichtung der herzueberwachungsstationen in den fuenf schwerpunktspitaelern und fuer die ausstattung der rettungswagen mit den kostspieligen apparaten zur erstversorgung eines herzinfarkt-patienten gedeckt werden kann. nach den statuten des herzfonds koennen zur ausstattung einer car-station pro betteinheit 80.000 schilling gewaehrt werden. dieser betrag entspricht annaehernd den anschaffungskosten jener standardausruestung, die es ermoeglicht, einen infarkt-patienten ununterbrochen zu ueberwachen. eine etwas hoehere summe koennte zur anschaffung der wesentlich teureren mobilen ueberwachungseinheiten in rettungswagen vom herzfonds genehmigt werden.

den betrieb aufgenommen hat in diesen tagen auch die erste herzueberwachungsstation, die sich im schwerpunktspital floridsdorf befindet. die station, in der lebensgefaehrdete infarktpatienten die ersten tage unter staendiger aerztlicher

./.

beobachtung verbringen werden, umfasst fuenf mit entsprechenden apparaten ausgeruestete betten. bei der geringsten abweichung des herzrhythmus wird der behandelnde arzt durch eine alarmglocke, die sich selbstaendig ausloest, an das bett des kranken geholt. im maerz 1972 werden die car-stationen im franz josefs-spital und im privatspital ''goettlicher heiland'', im juli die vier bis acht betten grosse station im elisabeth-spital, im oktober die stationen in der rudolfsstifung, im wilhelminenspital und vermutlich auch in der poliklinik zur verfuegung stehen. mit den zehn, seit zwei jahren erprobten ueberwachungsbetten der klinik prof. dr. k a i n d l und der klinik prof. doktor d e u t s c h sowie der in planung befindlichen intensivstation im krankenhaus lainz, wird es dann in wien 55 spezialbetten fuer infarktpatienten geben.
1057

fussgaengerzone auch nach dem 2. jaenner

4 wien, 29.12. (rk) die fussgaengerzone in der inneren stadt, die urspruenglich als experiment nur bis zum 2. jaenner haette bestehen sollen, bleibt bekanntlich im bisherigen umfang erhalten: der graben ab der habsburgergasse, der westliche teil des stephansplatzes und die kaertner strasse vom stock im eisen-platz bis zur donnergasse sind also weiterhin wochentags zwischen 10.30 und 19 uhr weitestgehend den fussgaengern vorbehalten. zwischen 7 und 10.30 uhr kann die zu- und ablieferung der geschaefte erfolgen und zwischen 19 uhr abends und 7 uhr frueh sowie an sonn- und feiertagen schliesslich koennen diese drei strassenzuege normal entsprechend ihrer einbahnregelung befahren werden. auch die regelung in den sogenannten stichstrassen bleibt wie bisher erhalten: park- oder halteverbot von 7 bis 19 uhr, ausgenommen ladetaetigkeit.

die raeumliche ausdehnung der fussgaengerzone - in frage kommen zunaechst die kaertner strasse bis zur philharmonikerstrasse und die naglergasse - soll bekanntlich erst zu einem spaeteren zeitpunkt, nachdem von der wiener handelskammer eine befragung der im ausersehenen zonenbereich liegenden geschaeftsleute vorgenommen worden ist, erfolgen.
0958

verkehrsbehinderung in der margaretenstrasse

9 wien, 29.12. (rk) wegen rohrlegungsarbeiten der wasserwerke ist die margaretenstrasse ab sofort bis etwa mitte februar 1972 im abschnitt kohlgasse/embelgasse gesperrt. umleitung: richtung meidling ueber reinprechtsdorfer strasse - arbeitergasse, richtung schoenbrunn ueber reinprechtsdorfer strasse - linke wienzeile.
1245

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861

verkehrsunfall mit fahrerflucht:
opfer zweimal ueberrollt

4 wien, 30.12. (rk) der 41jaehrige kraftfahrer kurt poetschger aus der siebenbuergerstrasse im 22. bezirk wurde in der nacht zum donnerstag in unmittelbarer naehe seiner wohnung auf der erzherzog karl-strasse, einige meter vor der kreuzung mit der siebenbuergerstrasse, von einem bisher unbekannten fahrzeug angefahren und zu boden geworfen. der lenker des autos beging fahrerflucht. ein nachkommendes personenauto, gelenkt von dem 34jaehrigen manfred maerkle aus dem 22. bezirk, ueberrollte das unfallopfer zum zweiten mal, ob kurt poetschger in diesem augenblick bereits tot war, wird erst - wenn ueberhaupt - durch eine obduktion geklaert werden koennen. poetschger blieb im lenkgestaenge des zweiten pkw haengen und wurde von dem wagen etwa fuenfzig meter weit mitgeschleift. die feuerwehr barg den toten. nach dem fahrerfluechtigen autofahrer wird gefahndet.
1043

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien — Presseforum — A 1082 Wien, 1 Rathausstr. 1, Telephon 42800 Durchwahl Kl. 2971 - 2974, FS (7) 5662 — Chefredakteur: Wilhelm Adametz — Für den Inhalt verantwortlich: Chefredakteur-Stellvertreter Robert Prosel

auf dem weg zum finanzzentrum

1 wien, 30.12. (rk) wien ist auf dem besten weg, ein internationales finanzzentrum zu werden. in den letzten jahren haben sich in der oesterreichischen bundeshauptstadt eine reihe auslaendischer banken, ueberwiegend aus den usa, angesiedelt. in wien befinden sich filialen der drei groessten banken der welt: die bank of america, die first national city-bank und die chase-manhattan-bank. der hauptgrund fuer die filialen und beteiligungen auslaendischen kapitals an inlaendischen unternehmen ist das ostgeschaeft. dies geht aus einer untersuchung hervor, die im auftrag der magistratsabteilung 22 kuerzlich vom insitut fuer standortberatung abgeschlossen wurde.

bei den grossen amerikanischen banken kommt allerdings ein zweiter, wichtiger grund hinzu: die betreuung der in oesterreich taetigen tochtergesellschaften amerikanischer firmen. ausserdem versuchen die grossen amerikanischen banken, oesterreichische exportorientierte firmen, denen man bei der erschliessung des amerikanischen marktes behilflich ist, als kunden zu gewinnen.

mehr als die haelfte aller oesterreichischen beschaeftigten im geld- und kreditwesen arbeitet in wien. im jahre 1967 waren es in wien 16.000 personen, in ganz oesterreich 31.000. diese 16.000 personen, das waren rund zwei prozent der wiener erwerbstaetigen, erbrachten rund fuenf prozent des gesamten wiener bruttoregionalproduktes.

die zahl der bei den kreditunternehmen beschaeftigten steigt in wien rascher, als in ganz oesterreich. von 1964 bis 1967 stieg die zahl der beschaeftigten in oesterreich um 14,6 prozent, in wien jedoch um mehr als 21 prozent.

nach den bilanzsummen betraegt der anteil wiens an den banken rund 90 prozent, an den sparkassen rund 65 prozent und an den spezialkreditinstituten rund 75 prozent. nach den kapitaleinlagen sind in wien mehr als zwei drittel des oesterreichischen kreditwesens konzentriert.

1002

silvesterwochenende:
verstaerkter aerztlicher notdienst sichergestellt

2 wien, 30.12. (rk) die grippe in wien scheint ihren hoehepunkt ueberschritten zu haben: in der woche vom 20. bis zum 26. dezember wurden 30.100 neuerkrankungen registriert, in der woche vorher waren es mehr als 40.000. eine fehlerquelle in der grippeuebersicht liegt allerdings darin, dass viele tausende wiener mit ihren kindern ueber die weihnachtszeit den wohnsitz verlassen und ferienreisen angetreten haben.

um die aerztliche versorgung waehrend des silvesterwochenendes auf jeden fall sicherzustellen, ist beschlossen worden wie zu weihnachten neben dem normalen aerztlichen notdienst weitere 70 aerzte und eine entsprechend grosse zahl an autos zusaetzlich bereitzustellen und auf abruf einzusetzen. verstaerkt wurde auch das personal an den telefonen des aerztlichen notdienstes. wie notwendig gerade hier der verstaerkte einsatz ist, bestaetigen die erfahrungen des vergangenen wochenendes. normalerweise werden von jeweils freitag 19 uhr bis montag 7 uhr rund 2.000 anrufe erledigt. am wochenende zwischen dem 17. und 20. dezember - es scheint das wochenende mit dem grippehoehepunkt gewesen zu sein - trafen in der notdienstzentrale 5.000 anrufe ein. am weihnachtswochenende hatten die in der notdienstzentrale amtierenden aerzte nicht weniger als 7.500 anrufe entgegenzunehmen.
1027

preisguenstige gemuese- und obstsorten

5 wien, 30.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: karotten 5 bis 6 schilling, weisskraut 3 bis 3.50 schilling, sellerie 8 bis 9 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 bis 7 schilling, bananen 6 bis 7 schilling, orangen (blond), italienische, 4.50 bis 5 schilling je kilogramm.
1124

stadtreinigung baut funknetz aus

3 wien, 30.12. (rk) sehr bewaehrt hat sich bei der stadtreinigung - insbesondere im wintereinsatz - das funkmeldenetz mit der zentrale in der einsiedlergasse in margareten. sechs funkwagen zur kontrolle des strassenzustandes und sechs mit funk ausgeruestete streuwagen fuer soforteinsaetze bei strassenglaette koennen derzeit eingesetzt werden.

nun soll das funknetz - nach bereitstellung der mittel durch den hiefuer zustaendigen hochbauausschuss des gemeinderates - weiter ausgebaut werden:

- o auf dem matzleinsdorfer hochhaus wird eine funkstelle mit dazugehoeriger bedienstation in der zentrale der stadtreinigung errichtet,
- o bei der muellabfuhr in breitenlee im 22. bezirk wird eine halbmobile funkstation errichtet,
- o schliesslich werden elf mobile ukw-sprechfunkgeraete und fuenf funkalarmgeraete angeschaft.

die intensivierung des funkbetriebes bei der stadtreinigung erhoeht die schlagkraft und beweglichlichkeit bei katastropheneinsaetzen, im winterdienst und im normalen tagesbetrieb der muellabfuhr.
1036

schweinenachmarkt vom 30. dezember

6 wien, 30.12. (rk) unverkauft vom vormarkt: 0. auslandsschlachthof (laut mitteilung des veterinaeramtes): 210 aus ungarn zum preis von 15 bis 16.30 schilling je kilogramm.

rinder- und pferdenachmarkt vom 30. dezember

7 wien, 30.12. (rk) kein auftrieb.
1500

marktuebersicht:

preise sind stabil

8 wien, 30.12. (rk) zur jahreswende praesentieren sich die wiener maerkte mit weitgehend stabilen preisen. mit ausnahme von italienischem karfiol werden keinerlei preiserhoehungen gemeldet.

dagegen gibt es preissenkungen bei italienischem grundsalat und hollaendischem glassalat. sogar die teuren aegyptischen fisolen geben ein wenig im preis nach. dasselbe gilt bei obst fuer italienische blond- und blutorangen, vielleicht nicht zuletzt auf grund der preisguenstigen konkurrenz aus griechenland und israel. keine veraenderungen gibt es bei den preisen fuer gefluegel und fische.
1526

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861

sperrfrist 1. jaenner, 13.30 uhr

die sendung des wiener buergermeisters:
fuer 1972 viel vorgenommen

2 wien, 31.12. (rk) in der sendung des wiener buergermeisters sprach buergermeister felix s l a v i k samstag, den 1. jaenner, um 13.30 uhr im programm oesterreich-regional ueber die vorhaben der stadt wien im jahr 1972.

der buergermeister fuehrte aus: ''das neue jahr ist erst wenige stunden alt und wir stellen uns die frage, was dieses neue jahr 1972 bringen wird. und gleichzeitig hoffen wir alle, dass es ein gutes jahr werden moege.

ich moechte ihnen skizzieren, was wir uns fuer 1972 vorgenommen haben, was wir gemeinsam mit der wiener bevoelkerung zum nutzen fuer alle in diesem jahr verwirklichen wollen.

berechtigter optimismus

zunaechst: wir rechnen als optimisten auch fuer 1972 wieder mit einer guenstigen wirtschaftlichen entwicklung. natuerlich gibt es zu viele unbekannte faktoren, um diese prognose mit apodiktischer sicherheit zu stellen. aber allein schon die tatsache, dass die konjunktursituation in oesterreich wesentlich guenstiger erscheint als im ausland, untermauert unseren

./.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Druck: Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien — Presseforum — A 1082 Wien, 1 Rathausstr. 1, Telephon 42800 Durchwahl Kl. 2971 - 2974, FS (7). 5662 — Chefredakteur: Wilhelm Adametz — Für den Inhalt verantwortlich: Chefredakteur-Stellvertreter Robert Prosel

optimismus. das gilt speziell und vor allem auch fuer die wiener wirtschaft, die sich durch ein weitgestreutes produktionsprogramm einerseits und eine klein- und mittelbetriebliche struktur andererseits auszeichnet. das bedeutet, dass die wiener wirtschaftsstruktur zwar nicht sosehr die moeglichkeiten einer hochkonjunktur voll nuetzen kann,dass aber umgekehrt in zeiten eines schwaecheren wirtschaftswachstums die wiener wirtschaft auch weniger betroffen wird. auch durch das vollstaendige fehlen der grundstofferzeugung in der bundeshauptstadt wird eine eventuelle krisenanfaelligkeit noch weiter verringert.

vor allem aber sind es die grossen bauprojekte der gemeinde wien, die uns die vollbeschaeftigung in der bauwirtschaft fuer die naechsten jahre sichern.

auch im neuen jahr werden wir uns bemuehen, grundstuecke fuer betriebsansiedlungen aufzuschliessen, um der wiener industrie die bestmoeglichen chancen zu bieten. insgesamt ist beabsichtigt, allein fuer diese zwecke 95 millionen schilling aufzuwenden.

die grossen projekte, die die stadt wien in diesem jahr weiterfuehren wird, sind wohl hinlaenglich bekannt. ich moechte nur kurz in erinnerung rufen, dass wir fuer die weiterfuehrung des u-bahnbaues mehr als eine milliarde schilling aufwenden werden und dass wir in kuerze mit den aushubarbeiten fuer das entlastungsgerinne zum verbesserten hochwasserschutz beginnen wollen, dafuer sind heuer 340 millionen schilling geplant. ferner bauen wir weiter an der grossklaeranlage in simmering mit 70 millionen und an den dafuer notwendigen neuen kanaelen sowie an der dritten wasserleitung, fuer die 30 millionen vorgesehen sind. sehr viele projekte werden wir aber in diesem jahr bereits abschliessen koennen. und hier moechte ich ihnen eine dedailliertere uebersicht geben:

13.000 wohnungen

wir wollen in diesem jahr allein im kommunalen wohnungsbau 5.000 wohnungen fertigstellen. insgesamt sollen es 13.000 wohnungen sein, die dieses jahr mit hilfe der stadt wien errichtet werden.

einige beispiele: in der per albin hansson-siedlung ost sollen der vierte und der sechste bauteil noch heuer uebergeben werden.

./.

damit werden in dieser grossen neuen siedlung ungefaehr 4.200 wohnungen fertiggestellt sein.

in simmering wollen wir den ersten bauteil der muehlsangergasse mit 881 wohnungen fertigstellen, weiter werden in diesem raum die wohnhausbauten thuerndlhofstrasse mit 1.075 wohnungen uebergeben werden. an der krottenbachstrasse in doebling entstehen auf einem 25.000 quadratmeter grossen grundstueck 30 haeuser mit insgesamt 233 wohnungen. die anlage fuegt sich mit ihrer nur zwei- und dreigeschossigen bebauung harmonisch in die umgebung ein. nicht vergessen wollen wir die grossfeldsiedlung, in der bisher 3.700 wohnungen fertiggestellt werden konnten. in diesem jahr kommen noch ungefaehr 1.500 wohnungen dazu.

auch ein grosses schulbauprogramm wird dieses jahr verwirklicht werden koennen. es sind insgesamt elf schulen mit 130 klassen und gesamtbaukosten von voraussichtlich 256 millionen schilling. ich moechte nur die beiden groessten bauvorhaben hervorheben. es sind dies die knaben- und maedchenvolksschule im per albin hansson-zentrum in favoriten mit 24 klassen und die knaben-maedchen-haupt- und sonderschule in simmering an der kaiser ebersdorfer-strasse mit ebenfalls 24 klassenzimmern. auch auf dem gebiet des krankenhausbaues haben wir uns fuer dieses jahr vorgenommen, eine reihe von projekten fertigzustellen. so im allgemeinen krankenhaus die kinderklinik und die kinderpsychiatrie, die urologie und die generalsanierung der 1. frauenklinik und der 2. chirurgischen klinik, die allein zusammen 200 millionen schilling kosten werden. im wilhelminenspital wird die neue unfallchirurgie in betrieb gehen. ferner sollen heuer die physikalische therapie, die prosektur und die zentraldesinfektion in diesem spital fertiggestellt sein. das mautner markhof'sche kinderspital bekommt mit einem kostenaufwand von 20 millioen schilling ein neues schwesternhaus. besonders hervorheben moechte ich aber den neubau der krankenanstalt rudolfsstiftung, fuer den wir noch 60 millionen aufwenden. wir hoffen, bis auf die innenausstattung und einrichtung heuer fertig zu werden.

einen schoenen fortschritt werden wir auch auf dem gebiet des kindertagesheimbaues erzielen koennen. wir werden zehn kindertagesheime im laufe dieses jahres ihrer bestimmung uebergeben

./.

koennen. ende 1972 werden wir damit in der lage sein, insgesamt 25.000 wiener kinder betreuen zu koennen.

bei den gaswerken werden wir die erdgasumstellung forciert weiterbetreiben und heuer 75.000 gaskunden mit dem besseren erdgas versorgen. das entspricht einem wochendurchschnitt von etwa 1.500 kunden. international wird die umstellung bei 1.200 kunden pro woche als spitzenleistung angesehen. im gaswerk simmering wird ausserdem im jaenner die neue versuchs- und pruefanstalt eroeffnet. das e-werk wird den betrieb im neuen umspannwerk speising aufnehmen, das unter anderem der versorgung des orf-zentrums auf dem kueniglberg dient. die verkehrsbetriebe werden den ersten doppeltriebwagen fuer die u-bahn anschaffen und die u-bahn-versuchsstrecke zwischen den stadtbahnstationen friedensbruecke und heiligenstadt fertigstellen sowie die ersten schaffnerlosen strassenbahnzuege auf den linien 26 und 0 einsetzen. weitere 30 autobusse mit dem umweltschonenden fluessiggas-antrieb werden gekauft.

grossmaerkte

lassen sie mich zum schluss noch zwei grosse bauvorhaben erwaehnen, die fuer die versorgung der wiener bevoelkerung, aber auch fuer die wirtschaftstreibenden dieser sparten von eminentem interesse sind: der grossmarkt in wien-inzersdorf und die zentralen versorgungsanlagen in st. marx. in inzersdorf soll im sommer dieses jahres der grossgruenmarkt seiner bestimmung uebergeben werden. damit kann der grossmarkt vom naschmarkt aus seiner beengten lage abgesiedelt werden. in st. marx rechnen wir mit der fertigstellung des fleischmarktes samt den dazugehoerigen kuehlraeumen und des schweineviehmarktes ebenfalls noch im sommer. damit werden die zentralen versorgungsanlagen dort so weit fertiggestellt sein, dass die uebersiedlung des fleischgrossmarktes vom derzeitigen standort an der landstrasse moeglich wird. das gesamte neue fleischzentrum soll 1973 in betrieb gehen.

liebe wienerinnen und wiener, sie koennen, so glaube ich, aus diesem keineswegs vollstaendigen ueberblick ersehen, dass wir uns allein fuer dieses jahr viel arbeit vorgenommen haben, die wir zu einem guten ende bringen wollen. ich glaube aber, gerade am ersten tag des neuen jahres noch einmal sagen zu muessen, dass fuer

./.

die durchfuehrung all dieser und noch vieler anderer wichtiger projekte die erste voraussetzung die beschaffung der finanziellen mittel ist. ohne das notwendige geld koennen wir unsere arbeiten im interesse der wiener bevoelkerung nicht durchfuehren. da aber die anforderungen des buergers an die gemeinschaft mit dem persoenlichen wohlstand des einzelnen wachsen, muss logischerweise auch die gemeinschaft mehr mittel zur erfuellung dieser ansprueche zur verfuegung gestellt erhalten.

wir wollen eine gesunde umwelt, wir wollen eine schoene stadt und wir muessen allen anforderungen der technischen und gesellschaftlichen entwicklung rechnung tragen. wir leben in einer zweiten gruenderzeit, die von uns auch opfer fordert. ich glaube aber, dass wir gerade auf die unserer generation gestellten aufgaben stolz sein duerfen.

nichts kann schoener sein, als fuer die zukunft unserer vaterstadt grosses leisten zu koennen.''
0910

zum jahresbeginn:
keine neuen verkehrsbehinderungen

3 wien, 31.12. (rk) in der ersten woche des neuen jahres werden in wien keine groesseren strassenbauarbeiten in angriff genommen. das bedeutet, dass auch keine zusaetzlichen verkehrsbehinderungen fuer die kraftfahrer eintreten.
0912

optimismus fuer 1972

1 wien, 31.12. (rk) am silvesterabend wurde auf dem rathausplatz die folgende ansprache des wiener buergermeisters felix s l a v i k uebertragen:

''in wenigen stunden geht das alte jahr zu ende. es ist immer ein besinnlicher moment, wenn man zurueckblickt auf die vergangenen 365 tage und wenn man sich die frage stellt: was wird das neue jahr bringen ?

ich glaube, wir koennen auch fuer 1972 optimisten sein. die stadt wien hat jedenfalls in ihrem bereich alles unternommen, damit auch das neue jahr fuer unsere stadt fortschritte bringt. dank den grossen projekten, die wir gemeinsam mit der wiener bevoelkerung verwirklichen wollen, ist die vollbeschaeftigung in unserer stadt auch weiterhin gesichert. wir haben uns fuer die naechsten jahre sehr viel vorgenommen. ich erinnere nur an den u-bahn-bau und an den absoluten hochwasserschutz. aber ich glaube, dass die durchfuehrung so grosser projekte notwendig ist. so wie sich jeder einzelne bemueht, sein heim schoen und wohnlich zu gestalten, so wollen auch wir alle, alle wienerinnen und wiener, dafuer arbeiten, dass unsere stadt noch schoener und lebenswerter wird.

so moechte ich ihnen an der schwelle zum neuen jahr 1972 viel erfolg wuenschen. denn der erfolg jedes einzelnen wieners und jeder einzelnen wienerin ist auch die grundlage fuer den erfolg der ganzen wiener bevoelkerung und ihrer stadtverwaltung. alles gute im neuen jahr, ihnen und ihren familien.

als buergermeister unserer herrlichen stadt wuensche ich ihnen viel glueck und erfolg fuer 1972''.

0856

ab 1. jaenner neue verkehrstarife
kurzstreckenkarten auch am sonntag - lehrlings-fuenftagewochenkarte

5 wien, 31.12. (rk) ab sonntag, den 1. jaenner 1972 gelten die neuen tarife der wiener verkehrsbetriebe, die vom gemeinderat am 17. dezember beschlossen wurden. dabei treten auch einige neuerungen in kraft:

kurzstreckenkarten gelten kuenftig auch an sonn- und feiertagen, und zwar ganztaegig, einem wunsch der sport- und jugendorganisationen entsprechend gelten die jugend-fuersorgefahrscheine nunmehr ebenfalls auch an sonn- und feiertagen. neu eingefuehrt wurden eine tagesnetzkarte um 25 schilling und eine lehrlings-fuenftagewochenkarte um 22 schilling. das tarif-gebiet 2 (von englisch feld-gasse nach grossenzersdorf) wird aufgelassen, eine aufzahlung auf dieser strecke ist also nicht mehr notwendig.

fuer gepaeckstuecke muss nur mehr bezahlt werden, wenn sie in einer dimension das ausmass von 60 zentimeter ueberschreiten. kinderwagen und rollstuehle werden ab 1. jaenner 1972 gratis befoerdert, wenn die moeglichkeit dazu gegeben ist.

der umtausch der alten fahrscheine gegen neue erfolgt ab 3. jaenner in allen vorverkaufsstellen, also auch in den trafiken. ein rueckkauf erfolgt hingegen nur in den bahnhoefen und garagen sowie in den direktionsgebaeuden 4, favoritenstrasse 9 bis 11 und 6. rahlgasse 3.
1034

rauchfangkehrer beim buergermeister

6 wien, 31.12. (rk) eine abordnung der landesinnung wien der rauchfangkehrer mit innungsmeister kommerzialrat dipl.-ing. rudolf q u e s t e r ueberbrachte freitag buergermeister felix s l a v i glueckwuensche zum jahreswechsel.

die ''schwarzen gluecksbringer'' erschienen mit einer grossen blumenschale, der buergermeister revanchierte sich mit schallplatten.
1035

neue landesgesetzblaetter

4 wien, 31.12. (rk) zum jahresende sind noch zwei neue landesgesetzblaetter fuer wien erschienen. das 20. stueck enthaelt die aenderung der wiener gemeindewahlordnung, im 21. stueck ist die bauordnungsnovelle 1971 enthalten, durch die die bauklasseneinteilung geaendert wird.

beide landesgesetzblaetter sind zum preis von 1 schilling im drucksortenverlag der stadthauptkasse, 1, rathaus, stiege 7, hochparterre und in der verkaufsstelle der oesterreichischen staatsdruckerei - wiener zeitung, 3, rennweg 12a, erhaeltlich.
0919

buergermeister besucht feuerwehr und rettung

7 wien, 31.12. (rk) in der silvesternacht wird buergermeister felix s l a v i k die rettungszentrale in der radetzkystrasse und die feuerwehrzentrale am hof besuchen, um den dort diensttuenden staedtischen bediensteten neujahrsglueckwuensche zu ueberbringen. im laufe des silvesterabends wird der wiener buergermeister auch den aerztlichen notdienst besuchen.
1103

experiment nulltarif in rom

8 wien, 31.12. (rk) von 30. dezember bis 7. jaenner verkehren in rom die autobusse probeweise im sogenannten nulltarif, also gratis. an den beiden ersten tagen, also am 30. und 31. jaenner, waren die autobusse weit aerger ueberfuellt, als sie es sonst schon sind. dazu kam es, obwohl gegenwaertig sehr viele roemer auf urlaub sind und viele betriebe zugesperrt haben. die verkehrsbetriebe wollten zur zaehlung der fahrgastfrequenz auch beim nulltarif weiter fahrkarten ausgeben, doch musste diese fahrkartenausgabe freitag abend eingestellt werden, weil sich einfach zu viele leute in den wagen draengten und viele schaffner keine fahrkarten mehr hatten. auffallend ist, dass viele junge leute den nulltarif benuetzen, um gratis ''zur hetz'' spazieren zu fahren.

in der presse roms wird kritisiert, dass das experiment ausgerechnet waehrend der tage mit dem schwaechsten verkehr durchgefuehrt wird. ausserdem wird festgestellt, dass flankierende massnahmen noetig waeren - mehr fussgaengerzonen, mehr tiefgaragen und die freihaltung der vorrangspuren fuer die autobusse. eine volkswirtschaftliche kosten-nutzung-rechnung wurde von der stadtverwaltung roms nicht erstellt. es liegt nur eine schaetzung vor, dass fuer die realisierung des nulltarifs in zeiten mit normalem verkehr etwa 640 zusaetzliche autobusse noetig waeren, fuer die derzeit keine finanziellen mittel vorhanden sind.
1130

60984 81800